C 21734 D



Libanon: Ruhe vor dem Sturm? Seite 38

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 201 11.5.81 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 3 Förderpreis DM 5,–

Nach der Neuwahl: Wird West-Berlin unregierbar?

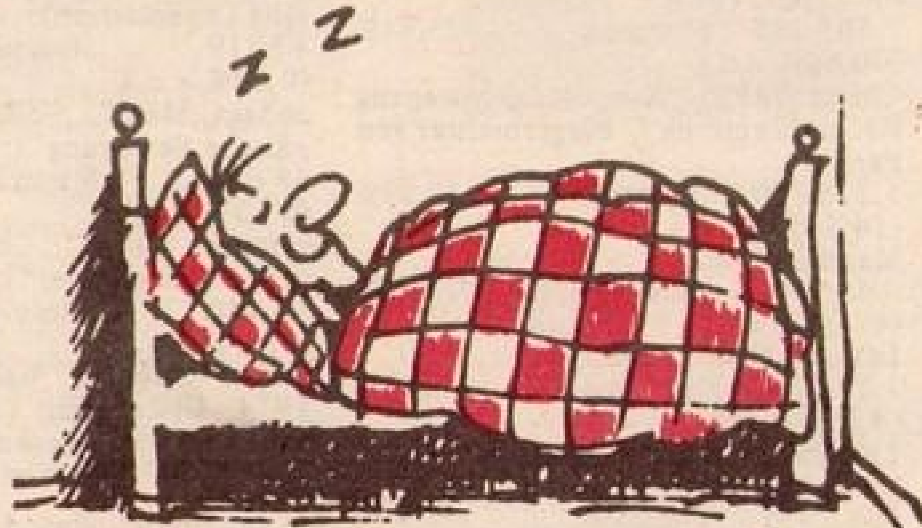
Ein sehr interessantes Umfrage-Ergebnis wurde am Westberliner Wahlabend im Fernsehen präsentiert: Gut zwei Drittel der Westberliner Bevölkerung würden es gut finden, wenn die Alternative Liste im neuen Abgeordnetenhaus vertreten ist. Nun, dieser Wunsch ist schon in Erfüllung gegangen: 7,2 % der Wählerstimmen sorgten dafür, daß zukünftig neun alternative Abgeordnete als Spielbein der außerparlamentarischen Opposition kräftige Tritte nach allen Seiten verteilen können. Die Lösung der Wohnungsproblematik, und hierbei besonders die Forderung nach Amnestie für alle im Zusammenhang der Hausbesetzungen juristisch Verfolgten, wird eines ihrer ersten und wichtigsten Anliegen sein.

Der Einzug der Igel ins Westberliner Parlament stellt aus mehreren Gründen eine neue Qualität für die alternative Wahlbewegung unseres Landes dar: In keiner Großstadt erreichten die Alternativen bisher ein vergleichbar gutes Ergebnis; daß dies gerade in „Deutschlands (un)heimlicher Hauptstadt", „Frontstadt" und langjährigem „Schaufenster des Westens" geschieht, hat eine zusätzliche Signalwirkung. Die Hauptsache aber ist, daß noch nirgendwo die Alternativen derart brisant als „Zünglein an der Waage" im Brennpunkt des Interesses und im Problempunkt etablierter Regierungsbildung gestanden haben.

Hierüber wurde in der AL bereits vor der Wahl nachgedacht und diskutiert. Ein Vorschlag wurde in die AL eingebracht, einen qualifizierten Forderungskatalog aufzustellen und von diesem die Unterstützung eines sozialliberalen Minderheitssenats abhängig zu machen. Dieser Vorschlag fand vor der Wahl keine Mehrheit, sollte aber in der Diskussion bleiben. Bisher hat die AL sich auf die Formel geeinigt, daß man entlang konkreter politischer Probleme bereit sei, die eine oder die andere Partei zu unterstützen, d.h. im Parlament gemeinsam mit dieser zu stimmen. Falls diese Formel in die Praxis umgesetzt werden müßte, lassen sich allerdings Probleme und Widersprüche voraussehen. Der beste Weg zwischen Isolierung und Anpassung ist längst noch nicht gefunden, und ein Streit darüber könnte durchaus Zwietracht und sogar Spaltung in der AL provozieren.

Ob es soweit überhaupt kommen wird, ist allerdings nach dem Wahlausgang und den ersten Stellungnahmen der Etablierten gar nicht mehr so sicher. Die CDU hat sich unwidersprochen zum Sieger erklärt, Vogel hat resigniert seine Niederlage eingestanden. Allein mit der FDP hätte die SPD keine Mehrheit mehr und wäre selbst bei Stimmenthaltung der AL der CDU unterlegen. Daß Vogel oder irgendein anderer SPD-Kandidat der AL Zugeständnisse machen könnte, um auf dieser Grundlage eine Minderheitsregierung über die Runden zu schleppen, ist ernsthaft nicht anzunehmen. Die SPD kann sich nirgendwo, schon gar nicht aber im Brennpunkt Westberlin, in den Verdacht bringen, mit den Alternativen „Volksfronten" zu bilden und mithilfe von Zugeständnissen an „die Extremisten" zu regieren. Andererseits rechnet auch niemand damit, daß die AL einen sozialliberalen Minderheitssenat sozusagen „umsonst" tolerieren würde.

Berlin ist also „unregierbar", jedenfalls nicht regierbar mit Beteiligung der SPD – es wäre denn in Gestalt einer Großen Koalition, wogegen aber aus der Sicht der Herrschenden viele Argumente sprechen. Anbieten tut sich aber ein Minderheitssenat der CDU, der von der FDP fallweise unterstützt bzw. toleriert wird, oder gleich eine CDU/FDP-Koalition. Ein solcher Senat könnte sich relativ skrupellos an eine polizeimäßige „Erledigung" der Hausbesetzungen machen, während die SPD in der Opposition Gelegenheit hätte, Teile der Linken wieder einmal mit Pseudo-Opposition zu verarschen und Stimmen von der AL zurückzuholen. Aus der Sicht der Herrschenden spricht also alles für genau diesen Weg. Daß danach auch in Bonn die Kegel purzeln könnten, liegt nahe.





Solidarität mit politischen Gefangenen wird kriminalisiert

Am Rande des letzten Hungerstreiks der RAF-Gefangenen, und von der Öffentlichkeit kaum beachtet, sind einige Dutzend Leute festgenommen und eingesperrt worden, die mit Flugblättern, Plakaten oder Sprühparolen ihre Solidarität auszudrücken versucht hatten. Genaue Zahlen hierzu gibt die Klassenjustiz nicht her, doch ist zu schätzen, daß derzeit mindestens 40 Leute wegen derartiger „Delikte" im Knast sind. Hinzu kommt eine unbekannte, zweifellos aber ziemlich hohe Zahl von Leuten, die zwar festgenommen wurden und gegen die auch ein „Ermittlungsverfahren" läuft, die aber aus irgendwelchen Gründen nicht inhaftiert sind.

Generell laufen alle diese Verfahren mit Anklage nach § 129 a, also wegen Werbung bzw. Unterstützung für eine kriminelle/terroristische Vereinigung. Wenn die Sache nicht so verzweifelt ernst wäre, könnte mensch vielleicht darüber lachen, was für Verrenkungen sich bundesdeutsche Richter abquälen, um derartige Anklagen zu begründen. Da werden beispielsweise Parolen, die die Zusammenlegung der Gefangenen oder die Haftentlassung von Schwerkranken fordern, als Unterstützung der RAF bewertet. Die Logik der Beweisführung ist verblüffend einfach: Da die Gefangenen für sichdie Zusammenlegung fordern, ist das Unterstützen dieser Forderung gleichbedeutend mit Unterstützung der Gefangenen, die ihrerseits bekanntermaßen schon längst als „terroristische Vereinigung" kriminalisiert sind. Also ist Unterstützung für die Gefangenen automatisch auch Unterstützung für eine terroristische Vereinigung. Und das wohl selbst dann, wenn es z.B. darum gehen würde, die Forderung eines Gefangenen nach einer neuen Zahnbürste zu unterstützen.

Es geht ganz einfach darum, Solidarität mit den politischen Gefangenen zu verhindern, und damit auch jeden Widerstand der Gefangenen unmöglich zu machen. Erst drängt man so die Solidarität mehr und mehr in die „Illegalität" (nächtliche Sprüh-Aktionen, „konspiratives" Plakate-Kleben usw.), und anschliessend benutzt man die „Illegalität" solcher Aktionen, um sie zusätzlich zu kriminalisieren und die „Täter" als ganz besonders gefährliche Subjekte darzustellen.

Daß sich diese Massenkriminalisierung ohne Proteste und weithin wohl sogar ohne Kenntnisnahme einer demokratischen Öffentlichkeit abspielen kann, signalisiert wieder einmal den Zustand der Ent-Demokratisierung in diesem Land.

In diesem AK: Übersicht zur Kriminalisierung von Knast-Solidarität in den letzten Monaten.

Erfahrungsbericht zur Festnahme von fünf Frauen, die einer Sprühaktion bezichtigt sind und gegen die nach § 129 a ermittelt wird.

Siehe auch die Seiten 18 und 19

Mitterrand Präsident! Französischer Frühling?

Diesmal ist nun wirklich geschafft worden, woran man schon so oft so nahe dran war! Ob PS-Anhänger, ob Linke – die Freude ist groß, endlich Giscard und seine Mafia vor die Tür gesetzt zu haben! Nachdem Mitterrand 1974 als Kandidat der Linksunion denkbar knapp verloren hatte, erhielt er am 10.5.81 52,1 % gegenüber 47,9 % für Giscard. Grund gibt's schon, sich zu freuen: so oder so, der Wahlsieg Mitterrands bietet erstmal bessere Möglichkeiten für die Massen und für die Linken. Die westdeutsche Linke dürfte sich ein bißchen an den Wahlsieg von Brandt 1969 erinnert fühlen. Hoffentlich gelingt es in Frankreich, Fehler zu vermeiden, wie sie damals hierzulande verbreitet waren: Einerseits Illusionen in die Sozialdemokratie – andererseits Sektierertum der extremen Linken.

(Auswertung des ersten Wahlgangs siehe unseren Artikel S. 2)

Tarifrunde '81 bringt Lohnraub

Nach dem Abschluß in der Metallindustrie („Sindelfinger Modell": 4,9% mehr Lohn und Gehalt ab 1. April und eine Pauschale von 160 DM für Februar und März) ist das Lohnabschlußkarussell in Bewegung geraten: In kürzester Zeit haben alle Bereiche der Metallindustrie das Modell übernommen. Abgeschlossen hat auch der öffentliche Dienst, allerdings weit unter der Metallmarke. Mit einer Pauschale von 120 DM für März und April sowie 4,3% ab 1. Mai wurden die Metaller beim Reallohnabbau noch unterboten. Prompt wurde das Ergebnis bei Bahn und Post übernommen.

Am übelsten wurde allerdings den Stahlarbeitern mitgespielt: Für die Monate Februar bis März erhalten sie eine Pauschale von 150 DM (pro Monat 50 DM); ab 1. Mai werden die Löhne um 4,3% angehoben. Außerdem wurde der Ecklohn um 23 Pfennig je Stunde vorwegangehoben. Alles in allem bleiben den Stahlarbeitern unter dem Strich ganze 4,3%. In der Stahlta-

Weiter Seite 2

IN DIESER AUSGABE:

Fortsetzung von Seite 1

Tarifrunde '81

rifrunde hat die IG Metall also noch weiter nachgegeben: Nachdem sie bei den Metallern die „gesamtwirtschaftliche Vernunft" als Grundlage für den niedrigen Abschluß akzeptierte, mußte in der Stahlindustrie die „besonders schwierige Lage dieser Branche" dafür herhalten, das Metallergebnis zu unterbieten. In der großen Tarifkommission der IG Metall für Stahl gab es eine heftige Kontroverse und Kampfabstimmung: mit 57 gegen 47 Stimmen wurde das Ergebnis schließlich angenommen.

Die diesjährigen Lohntarifrunden werden in die Geschichte als diejenigen mit dem bisher höchsten Reallohnabbau seit Existenz der Bundesrepublik eingehen.

Ein weiteres Novum dürfte die Entwicklung im Ein ganzer Landesverband des Industriellenverbandes Gesamtmetall, das größte Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, hat beschlossen, dem Verband Gesamtmetall „bis auf weiteres" die Führung von Tarifverhandlungen in seinem Namen zu entziehen. Gleichzeitig ist der Metallindustriellen-Präsident von NRW, Paul Pleiger, aus dem 7-köpfigen Präsidium von Gesamtmetall ausgeschieden. Die NRW-Industriellen protestieren mit dieser Maßnahme gegen die „lasche" Verhandlungsführung ihres Verbandes in Baden-Würtemberg, die ihnen einen „überhöhten Abschluß" gebracht habe.

Uneinigkeit im Kapitalistenlager muß ja nichts Schlechtes sein. Bedenkt man allerdings, daß hier die Scharfmacher-Fraktion gegen zuwenig Reallohnabbau rebelliert, so kann einem vor dem Hintergrund einer dermaßen angepaßten Gewerkschaftspolitik, wie wir sie in dieser Tarifrunde erlebt haben, bange um die Zukunft werden.

(Siehe dazu die Berichte auf der Seite 32)

Fortsetzung von Seite 1

Mitterand Präsident! Französischer Frühling?

Ergebnisse des 1. Wahlgangs

Giscard d'Estaing (Unabhängige Republikaner):
8.222.969 Stimmen; 28,31%
(d.h. 22,57% der eingeschriebenen Wähler).
Mitterand (PS):
7.505.295 Stimmen, 25,84%
(20,60%, s.o.).
Chirac (RPR, „Sammlungsbewegung für die Republik", Bürgermeister von Paris):
5.225.720 Stimmen, 17,99%
(14,34%, s.o.).
Marchais (KPF):
4.456.979 Stimmen, 15,34%
(12,23%, s.o.)
Lalonde (Ökologisten):
1.126.282 Stimmen, 3,87%
(3,09%, s.o.)
Laguiller („Lutte Ouvriere", trotzkistische Gruppe):
668.195 Stimmen, 2,30%
(1,83%, s.o.)
Crepeau (MRC, „Bewegung der Radikalen der Linken"):
642.815 Stimmen, 2,21%
(1,78%, s.o.)
Debre (Erzgaullist):
482.067 Stimmen, 1,66%
(1,32%, s.o.)
Garaud (ebenfalls eine der vielen „direkten Erben/innen" de Gaulles):
386.489 Stimmen, 1,33%
(1,06%, s.o.)
Bouchardeau (PSU):
321.391 Stimmen, 1,10%
(0,88%, s.o.).

Zahlenvergleich mit der Präsidentschaftswahl vom Mai 1974

(1. Wahlgang)
Mitterand (PS), gemeinsamer Kandidat der Linksunion KPF/PS):
10.863.402 Stimmen, 43,35%
(38,48% der eingeschriebenen Wahlberechtigten).
Giscard d'Estaing („Unabhänige Republikaner"):
8.253.856 Stimmen, 32,93%
(27,71%, s.o.).
Chaban Delmas (UDF, „Bund zur Verteidigung der Republik", Gaullisten):
3.646.209 Stimmen, 14,55%
(12,24%, s.o.).
Jean Royer (Unabhäniger, rechtsradikaler Kandidat):
808.825 Stimmen, 3,22%
(2,71%, s.o.)
Laguiller (LO):
591.339 Stimmen, 2,35%
(1,98%, s.o.).
Dumont (grüner Kandidat):
336.016 Stimmen, 1,34%
(1,12%, s.o.).
Le Pen („Nationale Front", faschistische Partei):
189.304 Stimmen, 0,75%
(0,63%, s.o.).
Muller, („MDSF",„Demokratische sozialistische Bewegung Frankreichs"):
175.142 Stimmen, 0,69%
(0,58%, s.o.).
Krivine (LCR, IV. Internationale):
92.701 Stimmen, 0,36%
(0,31%, s.o.).
Renouvin („NAF", „Neue Französische Aktion", royalistisch-faschistische Organisation):
42.719 Stimmen, 0,17%
(0,14%, s.o.).
Sebag („MFE", „Föderalistische europäische Bewegung"):
39.658 Stimmen, 0,15%
(0,13%, s.o.).
Heraud („PFE", „Europäische Föderalistische Partei"):
18.340 Stimmen, 0,07%
(0,06%, s.o.).

Beim zweiten Wahlgang gewann 1974 Giscard mit 13.082.006 Stimmen (50,66%) gegen Mitterand mit 12.737.607 Stimmen (49,33%).

Geschockt über das Wahlergebnis 1981 ist vor allem die KPF: es ist ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945.

1969 konnte noch KPF-Kandidat Jacques Duclos gegen seinen Kontrahenten Poher im 2. Wahlgang 21,52% vorweisen.

1978 bei den Parlamentswahlen übertraf die KPF die PS noch in 37 Departements – in nur 4 Departements war dies beim 1. Wahlgang 1981 der Fall. Ob dieser Rückgang der KPF-Stimmen eng mit den jüngsten Kampagnen ihrer Führung verbunden ist (Antidrogen-Kampagne, ausländerfeindliche Kommunalpolitik etc.), wird sich erst bei einer genaueren Zahlenuntersuchung sagen lassen, zum Beispiel:

In Montigny-les-Cormeilles (Standort der Antidrogen-Aktion der lokalen KPF gegen eine marokkanische Familie im Februar dieses Jahres) bekam die KPF 1978 33,9% der Stimmen, 1981 beim 1. Wahlgang nur noch 22,42% , dagegen die PS 1978 18,32% der Stimmen und 1981 24,66%.

Hingegen ist der große Sieger, so oder so, die PS: sie hat beim 1. Wahlgang das beste Stimmenergebnis ihrer Geschichte erreicht.

Mitterand hat seinen „Traum" verwirklicht, die KPF zurückzudrängen.

Eine Besonderheit dieser Präsidentschaftswahlen war die große Zersplitterung innerhalb des rechten Lagers: Noch einen Tag vorm 1. Wahlgang posaunte Kandidat Chirac (RPR, im übrigen sehr wohlwollend immer wieder von der „FAZ" erwähnt und vom unsagbaren Thankmar von Münchhausen mit unverdeckter Sympathie porträtiert), er würde in jedem Fall vor Giscard liegen.

Die RPR-Gaullisten trösten sich mit der Feststellung: *„Es ist nicht besonders glanzvoll für einen Präsidenten der Republik, sich nur mit 28,7% der Stimmen wieder zu finden"* (Labbe, Pdt. der Abgeordneten-Fraktion der RPR in der Nationalversammlung, „Express", 5.5.81).

Die RPR-Gaullisten ließen Giscard mit einer Wahlempfehlung für den 2. Durchgang ein bißchen zappeln, bis sie sich schließlich darauf einigten, daß ihre Chefs, persönlich versteht sich, sich öffentlich für Giscard aussprechen, ansonsten aber es ihrer Wählerschaft freistellen, wie sie sich verhält.

Interessant, auch für die westdeutsche Bewegung, dürften die Ergebnisse von Brice Lalonde (Ökologiebewegung) und seine, sagen wir mal etwas befremdende Haltung zum 2. Wahlgang sein.

Lalonde und seine Freunde konnten sich nicht durchringen, eine



Wahlempfehlung für Mitterand abzugeben, und schwiegen sich zu der Frage lieber aus.

Befremdend ist diese Haltung unter anderem deswegen, weil bekanntlich die Giscard-Maffia ein fieberhaftes Interesse am Ausbau eines ambitiösen französischen Atomenergieprogramms zeigt, u.a. Bau des Schnellen Brüters „Super-Phenix" in Malville, der geplante AKW-Komplex in Plogoff, die Atomexportgeschäfte in aller Welt etc...

Bekanntlich verwirft Mitterand ebenfalls nicht die Atomenergie - dennoch bestehen Unterschiede zwischen der PS und der Giscard-Maffia:

a) Die PS tritt für den Baustopp neuer AKW's ein.
b) Die PS lehnt den Bau von Schnellen Brütern in industrieller Produktion ab.

Giscard, um nur ein Beispiel zu nennen, möchte bis zum Jahr 2000 hundert AKW's in Frankreich sehen. Außerdem 10 Schnelle Brüter!

1974 bekamen die französischen Grünen (Kandidat Dumont) ganze 337.000 Stimmen, dieses Mal sind sie mit 1.126.000 Stimmen zur fünftstärksten politischen Formation geworden.

Das heißt, der Ökologie-Bewegung gelang eine Vervierfachung ihres Stimmenanteils.

Während sie 13.000 Stimmen in Paris verloren haben, haben sie insbesondere dort dazugewonnen, wo lokale oder regionale AKW- bzw. Umweltschutzprobleme vorliegen (Bretagne, Loire, Mittelmeerküste).

Insgesamt liegen die Wahlergebnisse einerseits nie unter 2 %, andererseits übersteigen sie nirgendwo 7%.

Auch nicht in Millau (Larzac, wo die Landarbeiter seit Jahren gegen ihre Enteignung zugunsten eines militärischen Übungsfelds kämpfen), wo sie knapp über 5% liegen. In Plogoff (AKW-Standort) erhielten sie 7,8 %. In Saint-Priest-la-Prugne (Loire), wo die Gemeinde gegen eine geplante atomare Mülldeponie im Kampf steht, bekam der lokale grüne Kandidat 6,19%.

Ähnlich wie die hiesigen Grünen träumt Lalonde von *„einem neuen Bündnis zwischen authentischen Liberalen und authentischen Selbstverwaltern"* - dieses sollte sich nicht im „rechts/links"-Schema ausdrücken. Solche Menschen („authentische Liberale und authentische Selbstverwalter") gibt es nach Ansicht Lalondes *„in jeder Partei"* (24.4.81, „Le Monde").

Rein anekdotenhalber, weil sonst auch ziemlich belanglos, sollen hier noch paar Worte zur LCR (IV. Internationale) verloren werden: Der Kandidat der LCR, Krivine, startete seine Kampagne als „Kandidat der Arbeiterlinken für eine PS/KP-Regierung". Er konnte nicht die 500 notwendigen Unterschriften von gewählten Volksvertretern zusammenbekommen, wobei die Direktiven der jeweiligen KPF- bzw. PS-Führungen an ihre Mitglieder eine Rolle spielten, keine Unterschrift für andere Kandidaten als die eigenen zu leisten. Die LCR, die die gesamte Zeit vorher den Gedanken an ein Wahlbündnis als abwegig betrachtet hatte, wollte auf einmal doch. Sie hatte sogar personelle Vorstellungen: Garaudy (heute eine Mischung von Baghwan und Grüner) sollte der gemeinsame Kandidat von LO, PSU und LCR werden. Dieser Vorschlag wurde von den beiden anderen Gruppierungen freilich abgelehnt. Daraufhin gab die LCR bereits im 1. Wahlgang (!) die Empfehlung aus, Mitterrand zu wählen ...

Frankreich-Kommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Jetzt wollen wir's aber genau wissen!

„ ... Hier geht es um die Arroganz eines Mannes, der in einem bestimmten Saal in Anwesenheit Hitlers Zeuge war, als Generäle, die 1944 den Teufel ausmerzen wollten, mit Klaviersaiten aufgehängt wurden".

„ ... Der Bundeskanzler hat seinen Fahneneid für Adolf Hitler nie gebrochen".

„Er war an der Ostfront. Ich weiß nicht, was er an der Ostfront getan hat, keiner kann das wissen – in Bezug auf die Juden. Und dort sind hauptsächlich die Juden vernichtet worden ... Ich weiß nicht, ob er in Brest gewesen ist. Ich weiß nur, daß er in dieser Armee war, die von Keitel den Befehl erhalten hat, wonach bei dem Einmarsch der Einsatztruppen zur Vernichtung von Juden die Armee zwar nicht Juden töten soll, jedoch diese Städte von allen Seiten umzingeln und für Ruhe sorgen soll, bis die Einsatztruppen ihr Werk vollendeten".

So äußerte sich Israels Regierungschef Menachem Begin am 3. und 6. Mai über seinen BRD-Kollegen Schmidt.

Herr Schmidt: Leisten Sie doch einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, sagen Sie uns, wie es sich nun wirklich damit verhalten hat!

Ihre Hofpresse redet von *„Entgleisungen"*, von *„Unterstellungen"*, von *„abwegigen und beleidigenden Behauptungen"*, für die es *„keine Entschuldigung"* gebe.

Sie bekamen sogar Unterstützung seitens der „Bonner Opposition": Werner Marx (CDU-Abgeordneter und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses) bezeichnete es als *„ganz und gar ungerecht"*, „den Deutschen" vorzuwerfen, sie hätten vergessen, was im letzten Krieg passiert sei mit den Juden. (Wer redet denn von „Vergessen"? Es wußte doch niemand was. ...) Alois Mertes, jüngstens durch seine Äußerungen zur faschistischen Militärdiktatur in der Türkei unangenehm aufgefallen, erklärte, die Selbstachtung des deutschen Volkes verbiete die Hinnahme einer Kollektivschuld; *„Verbundenheit mit Israel bedeutet keineswegs irrationale Zustimmung zu Blickverrenkungen verantwortlicher Politiker in Jerusalem"* (alles „Frankf. Rundschau", 7.5.).

Es gibt da ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist Begin total ausgeflippt und lügt wie gedruckt, und dann könnten Sie, Herr Bundeskanzler, endlich mal deutlich machen, was Sie insgeheim seit eh und je sind: nämlich ein glühender Antifaschist. Vorschläge, dies wirkungsvoll zu demonstrieren, würden zum Beispiel wir Ihnen mit Vergnügen unterbreiten. – Oder es stimmt eben doch, was Begin sagt – und dann müßten Sie Ihre Wähler aufklären. Es wäre ja gelacht, wenn diese sich mehr interessieren sollten für die dunklen Kapitel in der Vergangenheit ausländischer Politiker (z.B. Georges Marchais von der KPF, worüber vom „Spiegel" bis zur „FAZ" alle spekulierten) als für die ihres eigenen Kanzlers! Und kommen Sie nicht mit „Jugendsünden" – was für unsereins nicht gilt, gilt noch weniger für den höchsten Mann im Staate.

Wenn unsereins sich irgendwo bewirbt, muß er/sie ja auch alles offenlegen –
also: „ 'n bißchen mehr Demokratie wagen!" .

Eine Frankfurter Genossin

NPD Hamburg
Wo soll die jetzt noch hin?

Nur unter größten Schwierigkeiten konnte die Hamburger NPD irgendwo auf dem Land ihren diesjährigen Landesparteitag durchführen. Fast wäre es ca. 400 Antifaschisten, die sich am geplanten Treffpunkt der NPD versammelt hatten, um deren Abfahrt zu behindern, gelungen, diesen Parteitag ganz ausfallen zu lassen.

Vorausgegangen war diesem Parteitag eine längere öffentliche Debatte über ein Verbot des NPD-Parteitages, in deren Verlauf Hamburgs Innensenator Pawelczyk seine Bereitschaft bekundete, den Parteitag zu verbieten. Ihm lägen Erkenntnise vor, denen zufolge mit Gegendemonstrationen zu rechnen sei, wenn der Ort des Parteitages bekannt würde.

Tatsächlich lag bis zum 10. Mai kein Verbot des Parteitages vor. Die NPD selbst hatte unter dem Druck der Gegenmobilisierung von sich aus darauf verzichtet, ihr Treffen in Hamburg abzuhalten und sich um irgendein Hinterzimmer in Schleswig-Holstein gekümmert. Und selbst dahin konnte die NPD nur gelangen, indem sie sich auf Schleichwegen weg vom Treffpunkt zu ihren kurzfristig umdirigierten Bussen verzog.

Getragen wurde das antifaschistische Bündnis, das bis zuletzt in Flugblättern, auf Veranstaltungen etc. auf eine Verhinderung des Parteitages hin mobilisierte, von einer erfreulichen Breite für Hamburger Verhältnisse.

Ausgehend von einer Initiative der „Eppendorfer gegen rechts" fanden sich schließlich unter dem gemeinsamen Flugblatt gleichberechtigt wieder: Die Grünen Hamburg, DKP Hamburg-Nord, Bunte Liste (beide Teile), Gruppe Z, KB, SB, DFI Hamburg, Hamburger Friedenskoordination, Altonaer Fraueninitiative, Volksfront, Schüler gegen Rechts, Christen für den Sozialismus und eine Vielzahl von Stadtteilinitiativen sowie der Türkische Arbeiterverein.

Im Verlauf der Bündnisgespräche gab es allerdings eine ungute Situation, als auf der letzten Vorbereitungsssitzung plötzlich die „KPD" (Ex-KPD/ML) auftauchte und ihre Unterschrift abgeben wollte. Die Vertreter der DKP sahen leider keine Möglichkeit, ihre Organisation (und das hätte im konkreten auch die Unterschrift weiterer Gruppen bedeutet) zusammen mit der „KPD" auf einem Flugblatt zu sehen. Diese Ausgrenzungspolitik der DKP könnte sich unter anderen Vorzeichen auch gegen solche Organisationen richten, die heute als gerade noch bündnisfähig von der DKP angesehen werden.

Insgesamt aber ist dieses Bündnis ein hoffnungsvoller Ansatz für weitere gemeinsame antifaschistische Aktionen. Schon am 10. Mai wurde unter den tragenden Kräften überlegt, inwieweit das Bündnis etwa für den 17. Juni Initiativen in Richtung auf die Verhinderung des im norddeutschen Raum angekündigten „Deutschlandtreffens" der NPD entwickeln kann.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Wird Berlin unregierbar?

Fortsetzung von Seite 1

Ein kurzer Rückblick soll noch einmal den Wahlkampf in Westberlin und die Politik der Alternativen Liste beleuchten.

Pflastersteine und Garski...

...sorgten für den Rücktritt der sozialliberalen Koalition unter dem SPD-Bürgermeister Stobbe. Senatorensessel von SPD und FDP purzelten, als ein Bürgerschaftsskandal um den Bauspekulanten Garski (FDP) ans Licht der Öffentlichkeit kam, bei dem der Senat als Bürge 128 Mio. DM verschenkt hatte. Hinzu kam, daß sich die Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen in Westberlin seit Mitte Dezember 1980 verschärften und durch brutale Polizeieinsätze eskalierten. Die Pflastersteine, die im Zusammenhang dieser Häuserkämpfe flogen, bewirkten eine breite Öffentlichkeit und Diskussion über die menschenfeindliche Wohnungsbaupolitik des Senats.

Ein Vogel macht auch keinen Frühling

Bevor die zweite Phase des Rituals zur Erzwingung von Neuwahlen per Volksabstimmung anlief, einigten sich die drei bürgerlichen Parteien auf einen Termin für die Neuwahlen. Während die CDU auf Weizsäcker als Spitzenkandidat zurückgriff, schickte die SPD ihren Bonner Justizminister Vogel ins Rennen, und die FDP ihren ehemaligen EG-Atommanager Brunner. In einem Stillhalteabkommen einigten sich alle drei Parteien sehr schnell darauf, die Garski-Affäre aus dem Wahlkampf herauszuhalten, da vor allem die AL durch Enthüllungen neuer Dokumente nachweisen konnte, daß a l l e d r e i Parteien mit Garski finstere Geschäfte geschlossen und Schmiergelder kassiert hatten.

Im Zeichen des Wahlkampfes griff die CDU die SPD vor allem wegen ihrer angeblich zu nachsichtigen Haltung gegenüber den Hausbesetzern und den damit zusammenhängenden Auseinandersetzungen an; dadurch werde der „Rechtsstaat" gefährdet.

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen in Berlin (West)

CDU	47,9 %	60
SPD	38,4 %	49
FDP	5,6 %	7
AL	7,2 %	9

Das Abwirtschaften der SPD/FDP und der neue Filzskandal kamen der CDU wie gerufen. Demagogisch versuchte sie, die Senatskrise für sich auszunutzen und forderte die „saubere Lösung" (Weizsäcker), nämlich Neuwahlen. In dieser Situation schaltete sich die AL offensiv ein, indem sie zwei Tage vor der CDU ein Volksbegehren in Gang setzte, um Neuwahlen zu erzwingen. „Volksbegehren statt Parteibegehren" – hinter dieser Parole der AL drückte sich das Ziel aus, einerseits das Abwirtschaften der SPD/FDP aufzugreifen und einer weit verbreiteten Stimmungslage in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, andererseits diese Situation nicht den Demagogen der CDU allein zu überlassen. In ihrer Propaganda führte die AL den Hauptstoß gegen die CDU.

Die AL-Kampagne zum Volksbegehren war ein voller Erfolg: innerhalb von 4 Tagen sammelte die AL rund 90 000 Unterschriften. Dieser Erfolg kennzeichnete auch eine relativ breite Zustimmung aus der Bevölkerung, allen bürgerlichen Parteien durch zumindest punktuelle Unterstützung der AL einen Denkzettel zu verpassen. Innerhalb der AL löste die Durchführung des Volksbegehrens einen positiven „Ruck" aus: Viele AL-Mitglieder und auch Nicht-Mitglieder beteiligten sich an der Unterschriftenkampagne; die AL hatte einen großen Mitgliederzuwachs.

Die SPD wollte im Hauruck-Verfahren aus ihrer stark angeschlagenen Position wieder herauskommen und griff populäre Forderungen aus der Bürgerinitiativbewegung und von der AL auf: kein Weißer Kreis bis 1990, kein Bau der Autobahn Westtangente, für einen Verkehrsverbund von U-Bahn und DDR-Reichsbahn, „politische Lösung" mit den Hausbesetzern. Alle drei Parteien rühmen sich, daß sie einstimmig im Abgeordnetenhaus gegen die Einführung des Weißen Kreises bis 1990 gestimmt hätten. Allerdings ist damit die Einführung der sogenannten Tabellenmiete seitens der SPD nicht vom Tisch. Die Standardisierung und gesetzlich festzusetzende Mieterhöhungen nach einer Tabelle laufen auf das gleiche wie der Weiße Kreis hinaus: eine generelle Anhebung der Mieten.

Und die CDU betreibt an diesem Punkt schon vor der Wahl Wahlbetrug: Sie stimmt gegen den Weißen Kreis bei b e s t e h e n d e n Mietverträgen. Sozialdemokraten rechneten nach und kamen zu dem Ergebnis, daß dadurch rund 60% aller mietpreisgebundenen Altbauwohnungen bis 1990 herausfallen würden.

Daß die **Westtangente** nicht gebaut wird, ist kein Verdienst Vogels, sondern auf einen Senatsbeschluß bereits unter Stobbe zurückzuführen: der Bund hat kein Geld zur Finanzierung!

Und wie die „Linie der Vernunft" der SPD gegenüber den **Hausbesetzungen** aussieht, ist sattsam bekannt: Hausdurchsuchungen, Räumung von Häusern, mehrere Massenverhaftungen, die in einem Falle – bei der Festnahme von über 150 Hausbesetzern einschließlich des Besetzerrates – bereits „Nürnberger" Züge trugen, einige Terrorurteile, Kriminalisierungen nach § 129, an die 1.000 Ermittlungsverfahren, 24 in U-Haft Einsitzende ...

Zugleich ließ die SPD nichts unversucht, die Hausbesetzer zu spalten. Bereits Mitte April tauchten im SPD-Organ „Volksblatt", in der „Neuen" und auch in der „TAZ" Gerüchte auf, daß ein Teil der Hausbesetzer bereit sei, auf die Vorbedingungen für Verhandlungen mit dem Senat – Freilassung aller Inhaftierten und Einstellung aller Ermittlungsverfahren – zu verzichten. Dieser Spaltungsversuch wurde von den Hausbesetzern einmütig zurückgewiesen. Kurz vor den Wahlen, Anfang Mai, tauchten erneut Meldungen auf, wonach Mietverträge mit einigen wenigen Hausbesetzern kurz vor dem Abschluß stünden. Angeblich wolle die SPD Mietverträge mit den senatseigenen besetzten Häusern abschließen, das wären rund 40 von 160 besetzten Häusern. Die Taktik der SPD war klar: Sie hätte bis zum 10. Mai gern einen vorzeigbaren Beweis ihrer angeblichen Dialogbereitschaft gehabt. In der Tat gibt es eine starke Minderheit unter den Hausbesetzern, die diesem Angebot des Senats zuneigen. Bisher jedoch konnte sich die alte Linie (keine Verhandlungen, bevor nicht die Inhaftierten freigelassen und alle Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen eingestellt sind) durchsetzen.

Die Kampagne gegen die AL

Zunächst übernahm die FDP den Hauptpart des Kampfes gegen die AL. FDP-Bürgermeister und Spitzenkandidat Brunner zeterte, daß Westberlin nicht „ausflippen" dürfe. Die AL sei eine Gefahr für diese Stadt; sie bestehe aus „Chaoten" und politischen „Hasardeuren". Daß sich die FDP so hart in die Bresche warf, liegt auf der Hand: Unter dem Eindruck der hessischen Kommunalwahl und speziell dem Frankfurter Wahlergebnis (FDP raus, Grüne rein) droht der FDP in Westberlin das gleiche Schicksal.

Die CDU hielt sich relativ lange zurück, bis Ende April eine „Studie" von CDU-Parlamentspräsident Lummer auftauchte. Die CDU „enthüllte" in recht plumper und antikommunistischer Manier, daß die aufgelöste „KPD" die AL beherrsche und daß „Terroristen" wie Dieter Kunzelmann und Gerald Klöpper als Abgeordnete kandidierten.

Die SPD behauptete gleichfalls, die AL sei „nicht parlamentsfähig" (Glotz):

- Wer AL wähle, wähle CDU.
- Die AL habe für ihre Parlamentarier das imperative Mandat beschlossen und wolle die Abgeordneten alle zwei Jahre auswechseln.
- Die AL sei ein „Sicherheitsrisiko" für die Stadt, da sie die Reduzierung der alliierten Streitkräfte verlange und Block- und Paktfreiheit fordere.
- Die AL fordere die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.
- Die AL könne durch das Überspringen der 5-%-Hürde dafür sorgen, daß keine parlamentarische Mehrheit zustande komme. Daher sei die AL daran schuld, wenn Westberlin „unregierbar" wird.
- Die AL distanziere sich nicht vom Terrorismus, sondern habe sogar ihre Solidarität anläßlich des Todes von Sigurd Debus bekundet.

Die AL und das Problem einer SPD/FDP-Minderheitsregierung

Wie im AK berichtet, gab es vor der Wahl eine Auseinandersetzung im Delegiertenrat der AL darüber, wie sich die AL im Falle einer relativen Minderheit der SPD/FDP und einer ebenso relativen Mehrheit der CDU verhalten sollte. Klar und unumstritten war dabei, daß die AL in der Rolle des Züngleins an der Waage auf jeden Fall einen Weizsäcker-Senat entschieden ablehnen und zu Fall bringen würde. Aber was ist mit der SPD? Hier gab es drei Positionen:

- Teile der AL plädierten in diesem angenommenen Fall für eine generelle, bedingungslose „Tolerierung" eines Vogel-Senats. Das machten vor allem Kräfte aus dem SB in einer Zeitungsanzeige deutlich.
- Ein anderer Teil innerhalb der AL plädierte für eine Tolerierung, die an bestimmte inhaltliche Bedingungen geknüpft werden sollte. Zum Teil erhofften sich diese Kräfte (wie z.B. Ernst Hoplitschek), einen gewissen Druck nach links auf die SPD ausüben zu können.
- Eine, derzeit eher schwindende Mehrheit innerhalb der AL lehnt solche Überlegungen generell ab.

Die AL vertagte die Debatte über diese Frage, um sich nach der Wahl, am 22. Mai, auf einer Mitgliederversammlung dazu festzulegen.

Auf einer Pressekonferenz umriß AL-Pressesprecher Ernst Hoplitschek den Diskussionsstand in der AL folgendermaßen: „*Wir tragen nicht dazu bei, daß das eine oder andere Regierungslager zu Potte kommt*"; Koalitionen seien ausgeschlossen; die AL „*wolle ... weder einen Minderheitssenat Vogel/Brunner noch einen Mehrheitssenat Weizsäcker unterstützen*", sondern „*vielmehr die Aufgaben einer klassischen Opposition wahrnehmen*". Die „*derzeitige Beschlußlage in der AL*" lasse „*keine Hilfe für das derzeitige Regierungslager*" zu. Hoplitschek bezifferte das Kräfteverhältnis innerhalb der AL auf 30 bis 40% Befürworter einer „Tolerierungspolitik" gegenüber einem SPD/FDP-Minderheitssenat, während rund 50 % sich dagegen aussprechen würden (zitiert nach „TAZ", 5.5.).

D., Westberlin




Wahlplakat der AL: Wie finster schauen die beiden Spitzenkandidaten erst drein, wenn sie stachelige Gesellschaft bekommen!...



Linke Liste zu den Kommunalwahlen in Buxtehude?

Am 26.3. trafen sich zum ersten Mal im Buxtehuder „Bürgerhaus" etwa 60 Leute, um über die Gründung einer Liste für die Kommunalwahlen zu diskutieren. Aufgerufen hatte eine Gruppe von ca. sechs Leuten, deren Programm war: Förderung des Mittelstands, Schutz der Umwelt und die Gründung einer rein bürgerlichen Freien Wählergemeinschaft ohne „Extremisten" und Grüne, da diese „mehr rot als grün" seien. Dies erwies sich jedoch als Bumerang, da der Großteil (3/4) der Anwesenden solch eine Liste ablehnte. Nach einer turbulenten Diskussion über Sinn und Zweck einer Kommunalwahlliste wurde mit deutlicher Mehrheit beschlossen, eine neue Versammlung zwecks Programm- und Satzungsdiskussion einzuberufen. Als neuer Termin wurde der 24.4. festgelegt. Die Versammlung fand dann trotz einiger Sabotageversuche der Anhänger der Freien Wählergemeinschaft (FWG) statt; so hatten diese bei der lokalen Presse und dem Versammlungslokal angerufen und erklärt, die Versammlung fiele aus. Durch die vorangegangenen Geschehnisse waren die FWG'ler schon gleich zu Beginn der Veranstaltung isoliert und verließen den Saal. Etwa 80 Menschen waren gekommen, die Hälfte davon Unorganisierte, der Rest Mitglieder im KBW, BWK, „KPD" (ex-ML), Volksfront oder in den Grünen. Ebenso waren Leute der Aktion Jugendzentrum und einer Stadtteilinitiative vertreten. Zwei Programmentwürfe, einer von den Grünen und einer, der von unorganisierten und organisierten Linken ausgearbeitet worden war, lagen vor. Beide wurden, da sie sich nur geringfügig unterschieden, als programmatischer Grundkonsens aller Anwesenden für die Gründung einer Liste betrachtet und zur weiteren Überarbeitung an Arbeitsgruppen verwiesen, ebenfalls wurde eine Satzungskommission gebildet.

Der Breite der Bewegung entsprechen auch die jetzt schon erarbeiteten Teile des Programms, wie die Ablehnung des Baus der A 26, die Erhaltung der Buxtehuder Altstadt, die Einrichtung von Kindergärten und Krippen bzw. deren Erhalt, die Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums, die Unterstützung kleiner Kultur- und Medieninitiativen etc. Knackpunkte sind jedoch beim Satzungsentwurf auch sichtbar. So ist die finanzielle Autonomie der Liste nicht festgelegt und ebenso können Faschisten der NPD theoretisch Mitglied der Liste werden, da sie keiner Partei angehören, die „vom Bundesverfassungsgericht verboten ist". Die Satzungskommission bestand im übrigen nur aus Grünen. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die Gründung der Liste am 8.Mai daran scheitern wird, da die Grünen in einer deutlichen Minderheit sind und personell nicht in der Lage sind, für die Kommunalwahlen zu kandidieren bzw. einen Wahlkampf zu führen. Dies gilt auch für die Initiatoren der FWG. Somit stehen die Chancen für eine linke Kommunalwahlliste recht gut, zumal Grete Thomas, in Buxtehude als die „rote Grete" verschrien, bei den niedersächsischen Landtagswahlen 3,5 % der Stimmen bekam und 2,5 % der Stimmen bei der Kommunalwahl für einen Sitz im Buxtehuder Stadtrat reichen.

J. aus Buxtehude

WIE MAN AUFRÜSTUNG ALS "FREIDENSBEMÜHUNGEN" TARNT

Neue Tricks mit der »Nachrüstung«

Die „Nachrüstung" genannte Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa, die 1983 beginnen soll, ist in den betroffenen Ländern denkbar unpopulär. Eine NATO-Ratstagung in Rom sollte den Politikern ein paar neue Schein-Argumente zur Beschwichtigung und Irreführung der inneren Opposition, insbesondere zur Verwirrung und Spaltung der Opposition in erheblichen Teilen der SPD, liefern. Was am Ende herauskam, war ein ziemlich albernes und gegenstandsloses „Verhandlungsangebot" der USA an die Sowjetunion – und eine B e k r ä f t i g u n g des sogenannten „Doppelbeschlusses" der NATO. Dieser besagt, daß die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen der NATO in Europa erfolgen wird, falls die Sowjetunion sich nicht bereit erklärt, die Stationierung ihrer Mittelstreckenreketen SS 20 zu stoppen bzw. rückgängig zu machen.

Die NATO-Ratbeschlüsse von Rom enthalten also genau gesehen a b s o l u t n i c h t s N e u e s, sondern dienen nur der Wiederholung und Verstärkung des alten Arguments, daß man die Mittelstreckenraketen brauche, weil die Sowjetunion auf diesem Gebiet einen erheblichen Rüstungsvorsprung habe, den sie nicht in Verhandlungen aufzugeben bereit sei. Ob relevante Teile der SPD-Opposition bereit sind, diesem billigen Schwindel aufzusitzen, muß sich erst noch zeigen.

Die CDU/CSU sieht aufgrund der Auseinandersetzungen in der SPD um die Nachrüstungsbeschlüsse bereits *„die Fundamente bröckeln"* (Welt, 5. 5.), und auch viele Friedenskräfte hoffen, daß ein verstärktes Engagement der Sozialdemokraten die Nachrüstungsbeschlüsse zu Fall bringen werde.

Auf der anderen Seite wird der Abschluß der NATO-Ratstagung in Rom bereits als großer Sieg gefeiert. Die USA hätten dem *„Drängen der Verbündeten"* nachgegeben, und somit stünde der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses, der Abrüstungsverhandlungen einschließt,

NATO-Doppelbeschlusses, der Abrüstungsverhandlungen einschließt,

„nichts mehr im Wege" (FR, 5.5., FAZ, 6.5.).

Genscher hatte vorher verkünden lassen, daß er seine „politische Karriere" an einen Erfolg des NATO-Doppelbeschlusses knüpfe (FAZ, 2. 5.) und daß in Rom ein entsprechendes „Signal" losgelassen werden müsse, wolle man nicht den *„militärischen Teil ... ebenfalls gefährden"* (s.o.). Mit den Beschlüssen in Rom sah Genscher nun wieder alles im Lot: Sie hätten *„das Bündnis als auch den Frieden gestärkt"*. Für die „Frankfurter Allgemeine" ist eine solche Jubelei schlicht *„absurd"*: *„Wieviel Energie an der falschen Stelle und wieviel Sand in die Augen der europäischen Völker. Und das alles zur Beschwichtigung von Leuten, die nicht Ruhe geben werden, bis der Westen sich wehrlos gemacht hat"* (FAZ, 6.5.).

Tatsächlich hat es selten ein derartig plumpes und dummdreistes Strohfeuer gegeben, zumal in einer Überlebensfrage, um die Kritiker der Nachrüstungsbeschlüsse von angeblich friedlichen Absichten der NATO-Politiker zu überzeugen. Haig hat lediglich zugesagt, daß er sich mit Gromyko am Rande einer UNO-Konferenz zu G e s p r ä c h e n treffen wolle. Es gibt auch nur einen „provisorischen Beschluß" des US-Sicherheitsrates für Verhandlungen (FAZ, 4.5.); *„niemand könne voraussagen, ob die Kontakte in SALT-Gesprächen endeten. Doch sei das für das Bündnis zur Zeit noch nicht von Bedeutung"* (FAZ, 5.5.). Haig erklärte außerdem, daß er es für *„eine dringende und fundamentale Notwendigkeit halte"*, daß die SU einen *„Beweis der Mäßigung in bezug zu Afghanistan und in der 3. Welt"* liefert (FAZ, 4.5.). Mit den jetzigen Beschlüssen werden *„sich die Zukunft des Abendlandes"* entscheiden. Diese Zukunft hängt, so die Kriegslogik der USA, an der Ausschaltung der Einflüsse der Sowjetunion in der 3. Welt und einer NATO-*„Strategie, die es der Sowjetunion unmöglich machen soll, durch direktes oder indirektes Vorgehen ... zu destabilisieren"*, wobei dieses vorrangig für den mittleren Osten gilt (Welt, 30.4.).

Als Ziel von „Verhandlungen mit der SU wurde offen angegeben, daß einseitig die SU *„sich verpflichtet, ihr Raketenübergewicht abzubauen und zu vernichten"*, sonst werde es eben die „Nach"-Rüstung geben. Ebenso unverhohlen forderte die CDU/CSU im Bundestag einen Entschluß, der die SU zum Abbau ihres vorhandenen Mittelstreckenpotentials auffordert (Welt, 2.4.), während andererseits jedes beiderseitige Moratorium (Breschnew-Vorschlag) strikt abgelehnt wird. Genscher nahm zudem die NATO-Ratstagung zum Anlaß, gegen Verbündete zu pöbeln, die inzwischen eine Stationierung der Cruise Missiles und Pershing Raketen in ihrem Lande abgelehnt (Holland/Belgien). Gemeinsam mit Haig erklärte er: *„Mögliche Forderungen neu gewählter oder neu zu wählender Regierungen in Partnerländern nach Revision des NATO-Doppelbeschlusses sind abzulehnen"* (Welt, 5.5.). Und das, obwohl Genscher vorher erklärt hatte, er wolle auf der Tagung den Eindruck hervorrufen, er sei *„Partner und nicht Befehlsempfänger"* der USA (FAZ, 2.5.).

Bundesminister Offergeld (SPD), der gerade auf dem baden-württembergischen Landesparteitag der SPD mit seiner Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses eine Schlappe erlitten hatte, äußerte jetzt trotzdem die Hoffnung, daß der kommende SPD-Parteitag (April 81 in München) seine Resolution zur Nachrüstung erneuern werde, denn *„sicherlich habe man bis dahin aufgrund der m ö g l i c h e n Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion Erfolge vorzuweisen"* (FR, 5.5.). Allerdings ist bei Lichte betrachtet von den ursprünglichen Beschlüssen der SPD nicht viel übrig geblieben: Vergessen wir mal, daß die SPD die Nachrüstung an die Verabschiedung des SALT II-Abkommens gebunden hatte, das ja bekanntlich längst auf dem Müllhaufen gelandet ist. So bleibt trotzdem, daß Schmidt mit Breschnew seinerzeit in Moskau vereinbarte, man wolle über sämtliche Mittelstrekkenwaffen verhandeln – und nicht etwa mit dem Verzichtsangebot von Teilen der Nachrüstung den Abbau sowjetischer Mittelstreckenbasen verlangte. So rechnete selbst Theo Sommer in der „Zeit" vom 24.4. vor, daß bei den Mittelstreckenwaffen in Europa die NATO nach wie vor ein Übergewicht hat. Selbst wenn man (Wie der CIA behauptet) annehmen wolle, daß die SS-20 drei Sprengköpfe (und nicht bloß einen) trage, ergäbe sich lediglich eine geringe Überzahl sowjetischer Sprengköpfe.

Um das ganze nicht von vorneherein als ein totales Scheinangebot erscheinen zu lassen, hat Egon Bahr vorgebaut. Er erklärte seine Unterstützung für die *„sowjetische Forderung nach einer Einbeziehung aller bereits in Westeuropa stationierten Mittelstreckenwaffen"* in die Verhandlungen. Auch Helmut Schmidt sei dafür, versicherte Bahr. *„Mit taktischem Verhalten"*, um nicht die anlaufende NATO-Ratstagung zu stören, begründete er Schmidts Schweigen. Scheinbar im Gegensatz zur BRD-Regierung kritisierte Bahr „wichtige Leute" in den USA, *„die zunächst rüsten und anschließend Gespräche aufnehmen wollten."* Auch der Furcht, daß die USA und die SU *„im Ernstfall der Versuchung nicht widerstehen könnten, mit Hilfe der Mittelstreckenraketen einen Stellvertreterkrieg ausserhalb ihrer Territorien in Europa zu führen"*, schloß Bahr sich an. Deshalb halte er es für die *„sauberste und klarste ... Lösung"*, wenn beide Seiten auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa vollständig verzichten würden. Nun war ja damals der SPD-Beschluß gerade mit diesem so schönen Friedensziel „verkauft" worden, aber auch Bahr hält diese „Null-Lösung" für nicht sehr „wahrscheinlich". Deshalb wirbt er jetzt schon für eine etwas verkleinerte Mittelstreckenrüstung, da damit ja *„zumindest eine Verständigung auf eine kontrollierbare Größenordnung erreicht werden"* könne (Zitate nach FAZ, 23.4.).

Helmut Schmidt, der sich im Wahlkampf noch forsch als wesentlicher (Mit-)Initiator der Nachrüstungsbeschlüsse feiern ließ, versucht sich nun auch in „vertrauensbildenden Maßnahmen". Er authorisierte Theo Sommer (in der „Zeit" vom 24.4.), den Vorschlag zu machen, daß die Mittelstreckenwaffen auch – statt auf dem Lande – seegestützt stationiert werden könnten. Schon im „Spiegel" (vom 26.4.) war behauptet worden, Schmidts Anliegen sei es gewesen, seegestützte Mittelstreckenwaffen in Europa zu erreichen, dies sei aber von den USA mit dem (herbeigezogenen) Argument abgelehnt worden, daß seegestützte Systeme nicht so zielgenau seien. Wieweit tatsächlich hier mit dem Druck von Friedenskräften im Rücken auch konzeptionelle, strategisch-militärische Differenzen zwischen den USA und der BRD-Regierung ausgestritten werden sollen, kann von uns nicht beantwortet werden.

Schmidts Vorschlag könnte immerhin geeignet sein, von der Tatsache abzulenken, daß die NATO-Kriegsstrategie offensichtlich die atomare Zerstörung Westeuropas, und speziell der BRD, einkalkuliert. Tatsache ist, daß bisher jede NATO-Strategie den Atomwaffeneinsatz auch auf BRD-Gebiet vorsah, und auch heute dient der Großteil der hier gelagerten „taktischen Atomwaffen" (zwischen 5.000 und 10.000) für einen Einsatz auf BRD-Gebiet. Gerade dies war der Anlaß, mit dem sich die SPD in den 50er Jahren vehement gegen j e d e Stationierung von Atomwaffen in BRD und gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern und -Geschützen wendete (s. Kasten).

Die Diskussion um die Nachrüstungsbeschlüsse, genauer gesagt, die zielstrebige Planung der NATO, einen Atomkrieg in Europa führbar zu machen, hat die Kriegsgefahr für breite Teile der Bevölkerung (wieder) deutlich gemacht. Während die Planung und Verabschiedung dieser Rüstungsprogramme, die in die 1. Hälfte der 70er Jahre zurückzuverfolgen ist, noch kaum zur Kenntnis genommen wurde, hat der Antritt

folgen ist, noch kaum zur Kenntnis

genommen wurde, hat der Antritt der Reagan-Regierung, die offen ihre kriegerischen Absichten bekanntgab, das Bild hier schlagartig verändert.

Die SPD und die Friedensbewegung

Dies hat auch ein verstärktes Engagement von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung hervorgerufen.

1977 war den Jusos verboten worden, weiterhin zentral mit dem DKP-beeinflußten KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) Bündnisse zu schließen. Der seinerzeitige Juso-Vorsitzende Benneter wurde geschaßt. Mit dem Krefelder Appell (vom 15.11.80) trat hier eine Wende ein. Dieser Appell wird nicht nur von Untergliederungen der SPD und einzelnen gewerkschaftlichen Gremien unterstützt, sondern auch von den Bundestagsabgeordneten Thüsing, Coppik und Hansen, die allerdings schon in der Vergangenheit zu Bündnissen mit der DKP bereit waren. Die Jusos, die erst jüngst wieder erklärten, daß die DKP *„kein glaubwürdiger Partner in der Entspannungspolitik"* sei, haben immerhin auch erklärt, daß es *„jedem Sozialdemokraten möglich (sei), auch Texte wie den Krefelder Appell zu unterschreiben"* (aus der einstimmig verabschiedeten Erklärung des Bundesausschusses der Jusos vom 25.4., zitiert nach FR vom 30.4.).

Die Jusos forderten die Aufkündigung des Nachrüstungsbeschlusses und Verhandlungen, für die der Breschnew-Vorschlag des Moratoriums *„eine geeignete Grundlage"* sei. Allerdings wird gleichzeitig ihre Ablehnung der sowjetischen SS 20 bekundet und betont, daß die Initiatoren des Krefelder Appells inzwischen erklärt hätten, daß sich ihr Appell auch gegen die Stationierung der SS 20 richte. Obwohl davon nichts im Appell drin steht, hat General Bastian in einem Brief an SPD-Geschäftsführer Glotz dies inzwischen im Namen der Initiatoren bekundet.

Parallel zum Krefelder Appell wurde in sozialdemokratischen Kreisen, die die Ablehnung der Nachrüstungsbeschlüsse fordern, der sog. „Bielefelder Appell" („Mut für eine bessere Zukunft") verabschiedet, für den inzwischen 6.000 Unterschriften innerhalb der SPD gesammelt wurden. Ein ähnlicher Aufruf („Stoppt die Aufrüstung – Frieden durch Abrüstung") wurde in Hamburg in der Presse publiziert („Morgenpost", 12. 12.80). Darüberhinaus haben SPD-Kreise in vielen Städten gemeinsame Foren gegen „neue Atomwaffen" mit den Unterstützern des Krefelder Appells organisiert (Über das Hamburger Atomforum, das auch von 23 SPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft unterstützt wurde, siehe AK 200).

Dieser Entwicklung folgten natürlich Gegenaktionen des Parteivorstandes mit einer entsprechenden Kampagne der CDU/CSU und der Presse im Rücken.

„Moskau-gesteuert"

Am härtesten traf es den IG-Metall-Sekretär Gaßmann, der unter Spionage-Vorwurf einsitzt. Die Springer-Presse, stets zu Diensten für VS-Kampagnen, zog den Zusammenhang zu Gaßmann's Friedensaktivitäten (Erstunterzeichner des Hamburger Atomforums) und seinen Kontakten zur DKP und in die DDR. Auf der gleichen Wellenlänge behauptete die „Welt" (vom 6.4.) unter Berufung auf „Sicherheitsbehörden", daß es *„eine verstärkte Reisetätigkeit von Mitarbeitern der Westabteilung der SED"* zu „registrieren" gebe. Zum Krefelder Appell wollte die CDU *„von der Regierung bestätigt haben, daß die DFU und DKP in Kontakten mit der Sowjetunion und der DDR Aktionen gegen den NATO-Beschluß erörtert haben und betreiben"* (FR, 3.4.). Die Regierung solle erklären, *„was sie unternehmen wolle, damit künftig möglichst niemand den Krefelder Appell unterzeichne ohne dessen Hintergründe zu kennen"*. Der BBU (Mitträger des Krefelder Appells) sei ebenfalls *„für die Sicherheitsbehörden zum Problem geworden"* (Welt, 1.4.). Das Handelsblatt (Jörg Sottorf am 3.4.) sah *„Grüne auf rotem Leim"*. Bei solch einer Kampagne darf Horst Niggemeier natürlich nicht fehlen. In der von Niggemeier herausgegebenen „Einheit" (Zentralorgan der IG Bergbau) wird gleich auf mehreren Seiten „Hintergrundsmaterial" geliefert. Von einer *„taktischen Meisterleistung der DKP"* ist da die Rede; Vetters Ausführungen auf dem DGB-Kongreß vom 12. 3. hätten offenbar nicht ausgereicht, um die Sache von den Gewerkschaf-

um die Sache von den Gewerkschaf-

ten fernzuhalten.

Vetter hatte erklärt, wer eine einseitige Abrüstungsmaßnahme fordere, sei *„unehrlich und unrealistisch; wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen"*.

Die CDU/CSU propagiert mehr Wehrbereitschaft: *„Wer der Gewalt auf der anderen Seite nachgebe ... , verspiele den Frieden"*. Wörner sah gleichzeitig einen *„Abbröckelungsprozeß .. bis in die Reihen der engsten Mitarbeiter des Kanzlers"* hinein.

Die „Frankfurter Allgemeine" fordert, daß die SPD sich „allmählich" entscheiden müsse, ob sie *„den Nachrüstungsbeschluß oder seine Aufweichung"* wolle. Die Hamburger Unterschriften zum Atomforum wurden als „Dammbruch" bezeichnet; diese Sozialdemokraten wollten die Bonner Koalition „gesprengt" sehen, bzw. den Rücktritt Schmidts.

Glotz warnt vor Kommunisten

Während die Bundestagsvizepräsidentin Renger offen nach dem Parteiknüppel ruft, da die Beschlüsse der Jusos gegen den „Nachrüstungsbeschluß" gegen die Parteistatuten verstießen und durch die Parteiführung korrigiert werden müßten (Welt, 4.5.), betont der neue Geschäftsführer Glotz immer wieder, er *„lasse jedem das Recht auf seine eigene Meinung und diffamiere auch niemanden"* (Neue, 29.4.). Er wolle auch nicht mit der Organisationsdisziplin argumentieren. Trotzdem „begrüßt" Glotz es natürlich, daß die Jusos sich *„eindeutig von der DKP und ähnlichen Gruppierungen distanziert"* hätten („FR", 30.4. – Brief von Glotz an den Juso-Vorsitzenden Piecyk, mit dem er ihn zum Rapport lädt wegen der Juso-Angriffe gegen die FDP). In einem Mahnschreiben an die Parteigliederungen hatte Glotz zuvor geschrieben, daß die Parteispitze *„die Partei über die Träger und tatsächlichen Hintergründe des Krefelder Appells zu informieren"* hätte, im Sinne der bekannten Hetze gegen „Kommunistische Unterwanderung". Doch die pompösen Warnungen und Drohungen und die Beschwörung von Integrationsbemühungen, die von der SPD gefordert seien, *„wie es Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung der Fall war"* (Glotz, zitiert nach „die Neue" vom 15.4.), sollten keinesfalls Anlaß geben, die Stärke des Protestes gegen den atomaren „Nach"-Rüstungsbeschluß zu überschätzen. Weder in der SPD (geschweige denn in der FDP – s. Kasten) erreicht der Protest heute schon die Stärke, wie der Protest gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke. Man soll sich nicht täuschen lassen, wenn in Baden-Württembergs SPD die Mehrheit die „Überprüfung" des Nachrüstungsbeschlusses forderte und 40% der Delegierten sogar deren sofortige Aufkündigung wollten. Das hat durchaus Tradition, doch über die Mehrheitsverhältnisse auf dem

Fortsetzung nächste Seite

ÜBER 50.000 AUF DER GRÖSSTEN FRIEDENSDEMONSTRATION IN WESTBERLIN



Am 8. Mai – anläßlich des 36. Jahrestages der Niederlage des deutschen Faschismus – demonstrierten über 50.000 Menschen gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Unter den Forderungen:

„– für Rüstungsstopp und Abrüstung in Ost und West
– gegen den NATO-„Nachrüstungs"-beschluß......und gegen die Stationierung von Neutronenbomben
– für Kürzung des Militärhaushaltes zugunsten sozialer Ausgaben und Entwicklungshilfe
– gegen den Ausbau der Rüstungsproduktion
– für Sicherung der Arbeitsplätze durch Ausweitung ziviler Produktion
– gegen Waffenexporte
– für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa
– für politische Lösung von Konflikten durch Verhandlungen"

fand die bislang größte Demonstration in Westberlin statt.

Dem Aufruf zur Demonstration, zu der der Landesjugendring, die „Kirche in der Verantwortung" sowie die sozialdemokratische „Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit" (BIFIAS) aufriefen, schlossen sich über 100 Initiativen und Organisationen an. Das Bündnis umfaßte u.a. zahlreiche Schülervertretungen, kirchliche Organisationen, Jusos, Jungdemokraten, die FDP-Tiergarten, einige Kreisverbände der SPD, die Alternative Liste, SEW, die Falken, die GEW sowie verschiedene andere gewerkschaftliche Gliederungen, verschiedene Frauengruppen, die Gruppe Z und KB.

verschiedene Frauengruppen, die Gruppe Z und KB.

Auf der Abschlußkundgebung sprach der ehemalige Regierende Bürgermeister Pastor Albertz, anschließend wurde ein Friedensfest durchgeführt.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

SPD-Bundesparteitag entscheidet das Votum der NRW-Delegierten schon fast allein. Dort soll im Juni auf dem Landesparteitag nach den Vorstandsvorstellungen ein eindeutigen Votum für Genscher und Schmidt gefaßt werden.

Im Mai sollen die 300 Ortsvorsitzenden aus dem Niederrhein durch Landwirtschaftsminister Bäumer entsprechend präpariert werden (FAZ, 6.5.).

Symptomatisch für die genaue Kennzeichnung der Lage ist dabei die Situation in Hamburg, wo immerhin ein Drittel der Bürgerschaftsabgeordneten im Bündnis auch mit der DKP das Hamburger Atomforum vorbereiteten. Als sie in der Fraktion einen von Bürgermeister Klose formulierten „Kompromiß", der eine eindeutige Unterstützung Schmidts forderte mit Gewissensgründen ablehnten, drohten die Rechten damit, demnächst gemeinsam mit der CDU für Brokdorf zu stimmen.

Groß im Kommen in der SPD ist in der Friedensfrage Erhard Eppler, Spezialist für faule Kompromisse. Auf dem letzten Parteitag hat er es an der AKW-Frage vorgeführt, während er gegen den Nachrüstungsbeschluß stimmte. Heute erklärt er (noch?) klipp und klar, daß sich inzwischen viele SPD'ler, die auf dem letzten Parteitag dem Doppelbeschluß zustimmten, „an der Nase herumgeführt fühlen" müßten. Er habe zwar in Berlin gesagt, er würde in „zwei Jahren die Mehrheit hinter sich haben", wollte aber nicht unbedingt bei seiner Prognose bleiben; das komme darauf an, ob *„in den nächsten 13 Monaten ernsthafte Verhandlungen stattfinden oder sogar schon Ergebnisse vorliegen ... Ich habe von Anfang an daran gezweifelt, aber ich würde sehr gern Unrecht haben in diesem Punkt"* (In einem FR-Interview, vom 27.3.). In jedem Falle setzte er sich dafür ein, daß in Baden-Württemberg die SPD nicht schon jetzt mehrheitlich den Nachrüstungsbeschluß ablehnte, da die Entscheidung ja erst auf dem Bundesparteitag in München fallen solle.

Keine Alternative zu Abrüstungsverhandlungen?

Die Frage der Abrüstungsverhandlungen könnte zum Knackpunkt der Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung werden – zumindest will die SPD ihn dazu machen. Wenn Glotz jetzt zum großen „Dialog" mit der Friedensbewegung aufruft und fordert, daß die SPD dort „eine stärkere Rolle spielen", „verlorenen Boden wieder gut machen" müsse, so will er damit folgende Ziele erreichen; Ausgrenzung der DKP und anderer

den wieder gut machen" müsse, so will er damit folgende Ziele erreichen; Ausgrenzung der DKP und anderer

Kräfte mit *„einseitiger Interessenvorschaltung"*, die *„auf einem Auge blind"* seien. Zugleich will er erreichen, insgesamt von der *„bloß emotionalen Auseinandersetzung mit sogenannten pazifistischen Gesinnungen wegzukommen."* Wegkommen möchte Glotz überhaupt von Forderungen nach einseitiger Abrüstung; man dürfe *„keine politisch unkalkulierbaren Vorleistungen vor Verhandlungen"* fordern. Um sich nicht „aufzusplittern", müsse eine *„wirklichkeitsbezogene Friedensbewegung zusammen mit der Sozialdemokratie die in der Regierung Verantwortlichen an diesem Punkt unterstützen"*. Wenn Glotz durchaus offen angibt, daß sein „Dialog", der am Kirchentag groß beginnen und in der Kirche zuerst den großen „Durchbruch" bringen soll, vor allem die Machterhaltung für die SPD im Auge hat (die SPD würde sonst *„ein unauffüllbares Wählerreservoir verlieren und langfristig aus der Macht im Bund ausscheiden müssen"* – so Glotz), sollte dies kein Anlaß sein, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen (Zitate von Glotz nach FR, 30.4.; Neue, 28.4.).

Und in der Tat agieren die Initiatoren des Krefelder Appells und die Sozialdemokraten in der Friedensbewegung auch exakt auf der Position, man müsse im nationalen Sinne der Bundesregierung gegenüber den USA den „Rücken" stärken. Weiterhin ist mit der Formel, man müsse eine „konsequente Entspannungspolitik" betreiben, häufig nicht mehr gemeint als gemeinsame Abrüstungsverhandlungen. Man braucht sich dabei nur zu erinnern, daß bisher sowohl die Sozialdemokraten als auch die DKP samt Umfeld Abrüstungsverhandlungen bis zum Erbrechen als d e n Weg von der Entspannung zur tatsächlichen Abrüstung bezeichnet haben, obwohl es bislang, beginnend mit dem Atomteststopp-Abkommen Anfang der 60er Jahre, noch überhaupt kein Abkommen gegeben hat, das r e a l eine Einschränkung von Rüstungsmaßnahmen zur Folge gehabt hat. Das einzige tatsächlich militärisch relevante Abkommen ist die Ächtung bakteriologischer und chemischer Waffen, die allerdings trotzdem noch produziert werden („zur Abschreckung" – versteht sich).

Die DKP hat in ihrer Antwort auf Glotz betont, daß sie keine einseitige Abrüstung propagiere, sondern lediglich für *„konkrete Maßnahmen zur Verminderung der Militärausgaben, Truppen und Rüstungen als Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung eintritt."* In Antwort an eine entsprechende Leserfrage wurde zudem erklärt, daß der Krefelder Appel keine „politisch unkalkulierbare Vorleistung" fordere, sondern statt dem NATO-Doppelbeschluß, mit dem parallel erst einmal auch die Stationierung der Pershing II und Cruise Missile vorangetrieben wird, vorschlägt, auf den Vorschlag Breschnews eines beiderseitigen Moratoriums einzugehen (nach UZ, 24.4.).

D.h. es wird bislang erst einmal nicht mehr und nicht weniger gefordert, als daß die Mittelstreckenwaffen nicht v o r Verhandlungen stationiert werden sollen. Nicht nur die Jusos (die auch nur von „kalkulierbaren einseitigen Abrüstungsmaßnahmen" sprechen) richten ihre Ablehnung ebenso gegen die SS 20 wie auch die Krefelder Initiatoren, für die Bastian erklärte, daß die Bundesregierung ihren Appell nicht länger als „Kriegserklärung", sondern als Unterstützung ihrer eigenen Bemühungen verstehen solle, um *„den USA die Dringlichkeit von Abrüstungsverhandlungen im Hinblick auf die offenkundige Abneigung der Deutschen gegen jede Art nuklearer Ü b e r rüstung noch nachdrücklicher vorAugen zu führen" (Neue, 22.4.)*

Wenn es jetzt spätestens mit dem Luftballon von Rom, es würde in diesem Jahr noch zum Beginn von Verhandlungen um die Mittelstreckenraketen kommen, zur aktuellen Aufgabe geworden ist, in den bestehenden Initiativengegen die „Nach"-Rüstungsbeschlüsse über die Stellung zu Abrüstungsverhandlungen zu diskutierren, so wollen wir damit hier nicht empfehlen, diesen Kräften pauschal halbherzige Motive zu unterstellen.

Allerdings läßt sich der Stand dieser Bewegung durch einen einfachen Vergleich deutlich machen:

In den Niederlanden wird inzwischen auf Regierungsebene der Doppelbeschluß der NATO in der Form abgelehnt, daß der sog. militärische Teil, d.h. die Stationierung solcher Waffen in Holland, erst einmal abgelehnt wird. Dafür wird die holländische Regierung von der BRD-Regierung im Namen der „Geschlossenheit" des Bündnisses offen zur Räson gerufen. In den Friedensinitiativen wird in Holland bis einschließlich der Kirchenspitzen ganz offen der e i n s e i t i g e Verzicht auf Atomwaffen gefordert, der in Holland selbst anzufangen habe, während in der BRD auf der Basis eines Moratoriums gemeinsame Abrüstungsverhandlungen gefordert werden, bei denen man der BRD-Regierung den „Rücken stärken" will, bzw. den Rücken eines Untergebenen und Befehlsempfängers der USA wieder gerade biegen möchte.

Das umreißt sehr klar die Aufgaben, die linke Kräfte in der Friedensbewegung haben.



Hamburg am 8. Mai 1981: Szenen vom „Friedensmarsch", zu dem Jusos, Landesjugendring und das DKP-Spektrum aufgerufen hatten. Der Demonstrationszug führte u.a. zu den Symbolen militaristischer und faschistischer Hamburger Vergangenheit und Gegenwart (Photos: AK).

FDP und Mittelstreckenraketen — eine Übersicht

Die **Jungdemokraten** unterstützen den Krefelder Appell; ihr Bundesvorsitzender Strasser gehörte zu den Erstunterzeichnern.

Schleswig-Holstein: Der Parteitag Ende April forderte eine „Neuorientierung" in der Sicherheitspolitik und berief sich auf Abrüstungsvorschläge der 'Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung'. Das Breschnew-Moratorium wurde begrüßt.

Hamburg: *„Für den FDP-Landesverband Hamburg gibt es keinen Zweifel an der Unterstützung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses der Bundesregierung"*, erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende Rolf Bialas. Auf dem Landesausschuß am 24.4. war allerdings der Antrag der Judos, die „Nachrüstung" abzulehnen, nur knapp gescheitert (34 : 41).

Bremen: Die Mehrheit steht zu den 'Nachrüstungsbeschlüssen'; der Landesverband fordert, das *„Verhandlungsangebot energisch zu vertreten"*, mit dem Ziel, auf Mittelstreckenwaffen *„auf beiden Seiten zu verzichten"*.

Westberlin: Mehrheitliche Unterstützung des Vorschlages von Borm (s.u.).

Niedersachsen: Große Mehrheit zur Unterstützung des Genscher-Kurses. Es wurden „schnelle" Verhandlungen gefordert, damit die Nachrüstung „nicht erforderlich wird".

NRW: Keine formelle Abstimmung auf dem Landesparteitag (Ende März), allerdings mehrheitlich auf Pro-Genscher-Kurs.

Hessen: Der Landesverband sicherte Genscher seine „volle Unterstützung" zu, denn ohne „Gleichgewicht" gebe es keine Sicherheit.

Rheinland-Pfalz: Landesparteitag am 10.5.. Entsprechende Anträge nicht bekannt.

Saarland: Der Landesvorsitzende Klumpp behauptet, daß der Landesverband voll hinter der Nachrüstung stehe: *„Höchstens einige Jungdemokraten könnten da abweichende Ansichten vertreten ... Die Russen müssen abrüsten ... oder wir brauchen neue Raketen"*.

Baden-Württemberg: unterstrich nochmal mehrheitlich das Wahlprogramm, Verhandlungen „energisch" zu verfolgen mit dem Ziel, auf Mittelstreckenwaffen „auf beiden Seiten ganz zu verzichten".

Bayern: Bisher Anträge dazu: Mittelfranken forderte eine „neue Diskussion", falls bis Ende 82 keine erfolgreichen Verhandlungen geführt worden sind.

Vorstand: Für den Bundesparteitag Ende Mai legte der Vorstand einen Leitantrag vor, in dem es u.a. heißt: *„Der NATO-Doppelbeschluß ist unteilbar; deshalb darf er weder durch mangelnde Enschlossenheit zur Nachrüstung noch durch mangelnde Verhandlungsbereitschaft in Frage gestellt werden... Die FDP wird alles daransetzen, daß das mit dem Nachrüstungsbeschluß gekoppelte Verhandlungsangebot an den Warschauer Pakt energisch vertreten wird"*. Ziel sei es, auf Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten ganz zu verzichten. *„Selbst ein einseitiges Moratorium der Sowjetunion kann dem Westen keine Beruhigung geben, denn dadurch würde das bestehende Ungleichgewich zementiert"*. Der Nachrüstungsbeschluß solle *„laufend überprüft werden"*. Grundsätzlich nehme die FDP *„eine kritische Haltung zu einer wesentlich auf atomare Waffen gestützten Verteidigung der BRD ein"*.

Der Leitantrag wurde gegen eine Enthaltung (Koppelin aus Schleswig-Holstein) und die Stimme von William Borm verabschiedet.

William Borm: Mit Unterstützung des Fachausschusses Außenpolitik bzw. des Westberliner Landesverbandes will Borm einen Gegenantrag einbringen. Der Antrag fordert in Berufung auf das Wahlprogramm („Das wichtigste ist der Frieden") den „Vorrang" von Verhandlungen vor der Aufrüstungsmaßnahme. Man solle den Moratoriumsvorschlag Breschnews als „Test" für die Seriosität der UdSSR und der USA prüfen.

Auffällig ist hier bei der FDP (ebenso wie bei der SPD), daß beim heutigen Stand der Widerstand gegen den Nato-Doppelbeschluß geringer ist als der Protest gegen den Bau neuer AKW's ... (Angaben nach Pressemitteilung der Judos, WELT 30.4., FR, FAZ, 29.4.).

Bremer SPD-Unterbezirk gegen Nato-Beschluß

Mit einer Überraschung endete am 29.4. der Parteitag des SPD-Unterbezirks Ost: Nach heißer Debatte wurde – bei nur zwei Gegenstimmen – ein Antrag an den im Mai anstehenden Landesparteitag verabschiedet, in

ein Antrag an den im Mai anstehenden Landesparteitag verabschiedet, in

dem sich die Delegierten gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen Cruise Misiles und Pershing II aussprechen. Außerdem wird von der Bundesregierung die Erklärung eines „einseitigen Stationierungsverzichts" und der Stopp aller Vorbereitungen für die Installierung von Atomsprengköpfen gefordert. *„SPD-Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Kanzler ... werden aufgefordert, im Nato-Bündnis auf Verhandlungen mit dem Ziel zu drängen, einen Zustand zu erreichen, der es zuläßt, auf weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen zu verzichten und die vorhandenen Atomwaffen zu entfernen."*

Damit sind die Versuche des UB-Vorstands, doch noch die Forderung nach Aufkündigung des Nato-Doppelbeschlusses „abzubügeln", gescheitert. Die Diskussion wurde stark bestimmt durch Kritik an der Politik der USA, die mehrfach als kriegstreibend und nach militärischer Überlegenheit strebend gekennzeichnet wurde. Die Angst vor einem Atomkrieg in Europa erschien vielen Delegierten immer mehr begründet. U.a. wurde auf die „Konferenz über einen Nuklearkrieg in Europa" in Groningen verwiesen, auf der z.B. von einem US-Admiral a.D. erklärt wurde: *„Die militärischen Planer der USA sind überzeugt, daß es ... zu einem Krieg zwischen Amerika und der Sowjetunion kommen wird – und dieser Krieg wird ein nuklearer auf dem Territorium Europas sein."*

Eine Auseinandersetzung entwickelte sich zum Schluß noch an den unterschiedlichen Einstellungen gegenüber den Friedensinitiativen: Während Vorstandsmitglied Kröning vor den „von alternativen Gruppen getragenen Initiativen" warnte, propagierte der Bürgerschaftsabgeordnete Monnerjahn den Krefelder Appell. (Alle Zitate nach „Weserkurier", 1.5.81)

Eine Genossin der AG Frauen KB/Gruppe Bremen

6. Mai 1981: Erfolgreiche Großdemonstration in Bremen

Anläßlich des ersten Jahrestages der „Bremer Krawalle" hatten große Teile der Bremer Linken sich zusammengesetzt und eine Aktionswoche vorbereitet, deren einer Höhepunkt eine Demonstration am 6. Mai sein sollte.

Die Demo stand ebenso wie die Aktionswoche unter dem Motto „Solidarität mit den Verfolgten des 6. Mai und gegen innere und äußere Aufrüstung". Für die Demonstration hatten selbst die Optimisten im Bündnis mit max. 3.000 Menschen gerechnet, doch alle diese Erwartungen wurden übertroffen. Auch nach vorsichtigen Schätzungen beteiligten sich an der Demonstration mindestens 3.500 Menschen (die Presse schreibt von fast 5.000).

Leider waren nicht alle Veranstaltungen in den Tagen vor der Demonstration so gut besucht. Eine Veranstaltung zur „Solidarität mit den 6. Mai-Verfolgten" fand nur bei knapp 100 Leuten Interesse, und selbst unter diesen gab es fast keine inhaltliche Auseinandersetzung, da ein Teil nicht bereit war, über die Möglichkeiten einer Arbeit gegen Kriminalisierung zu diskutieren. Eine Frauenveranstaltung zum Thema „Frauen gegen Krieg – aber wie?" war dagegen mit 150 Frauen erfreulich gut besucht. Dagegen stand eine Veranstaltung mit Klaus Croissant zum Thema „Politische Justiz in der Weimarer Republik und in der BRD" ebenfalls unter keinem guten Stern, denn trotz etwa 250 Teilnehmer/-inne/n kam wegen erheblicher Chaotisierung durch die „MG" keine Diskussion zustande.

Die Demonstration am 6. Mai machte aber deutlich, daß noch immer sehr viele Kriegsgegner/inn/en in Bremen diesen Tag als „ihren" ansehen. Denn die große Beteiligung wurde erreicht, obwohl die Vorbereitung weitgehend bei Mitgliedern der „Prozeßgruppe zum 6. Mai", „Krieg dem Krieg", des KB und der „Volksfront" lag, umgekehrt das Bremer „Komitee für Demokratie und Sozialismus" nicht einmal eine gemeinsame Unterstützung erklärte, und obwohl das gesamte Spektrum um die DKP sich nicht beteiligte. Als Lehre für die Zukunft sollte auch dienen, daß die Kräfte darauf gerichtet wurden, ein breites Bündnis auf Grundlage gemeinsamer politischer Ziele herzustellen, fruchtlose Vorwegdebatten um die Widerstandsformen weitgehend nicht geführt wurden, sondern sich einhellig auf das gemeinsame und geschlossene Auftreten nach Maßgabe der Situation geeinigt wurde. Diese Vorgehensweise hatte zur Folge, daß trotz der Einschüchterung durch die Ereignisse vom 13. März eine der größten Bremer Demonstrationen der letzten Zeit stattfand.

Nach dem offiziellen Abschluß der Demonstration mit einer Kundgebung vor der Bürgerschaft kam es im Ostertor/Steintorviertel nach zu einigen Auseinandersetzungen, als einige hundert Demonstrant/inn/en dorthin zogen und die Schaufenster verschiedener Banken und Kaufhäuser einschmissen. Die Polizei agierte hauptsächlich mit zivilen Greiftrupps, die 13 Leute festnehmen konnten.

KB/Gruppe Bremen

antimil-nachrichten

Heidelberg: Am 13.6. soll in Heidelberg eine Demonstration zum Nato-Hauptquartier stattfinden. In Heidelberg befindet sich die „wichtigste Kommandozentrale der NATO außerhalb des Pentagon", heißt es dazu im Aufruf:

- USAREUR – das Hauptquartier der US-Armee in Europa;
- CENTAG – zuständig für den Militärbereich Süd- und Südwestdeutschland;
- ATAF - Hauptquartier der 4. Alliierten Luftflotte (900 Flugzeuge und Pershing-Einheiten);
- AMFL – das Hauptquartier der Alliierten Mobilen Streitkräfte-Land – eine bewegliche Einsatzreserve zum Einsatz in Krisenpunkten der Nord- und Südflanke der Nato;
- TKS – das Territorialkommando Süd.

Mit der zentralen Forderung nach
Mit der zentralen Forderung nach
einer „Atomwaffenfreien Zone in Europa – Keine Stationierung von Pershing II-Raketen" und den Schwerpunktparolen „Gegen den Nato-Putsch in der Türkei" und den „Völkermord in El Salvador" haben eine Reihe von Organisationen einen gemeinsamen Aufruf verfaßt: Frauen gegen Krieg und Militarismus, DFG/VK Totalverweigerergruppe, Antikriegskomitee, KB, Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Irlandgruppe, Mosquito Zeitungsinitiative, Lateinamerikakomitee, Initiative für Hermann, Sibylle u. Sylvia, Indochinainitiative, Schwuler Frühling Karlsruhe, Schwule Aktion Mannheim, Heidelberger Straßenkollektiv, Antiimperialistisches Kollektiv HD/Ma/Ka/Stgt., Fight Back, Volksfront.

Das Bündnis trifft sich jeden Samstag um 14 Uhr im Löwenkeller, Rohrbachstraße. Für den 16.5. ist ein überregionales Vorbereitungstreffen angesetzt. Ort: ESG, Ziegelhäuser Landestraße 17, 14 Uhr.

* * *

Mönchengladbach: Am 16.5. findet in Mönchengladbach eine Demonstration gegen den Nato-Nachrüstungsbeschlüß statt. Die Demonstration beginnt um 12 Uhr an der Flachsbleiche.

Vom 1.-16.5. findet eine Friedenswoche in Krefeld unter der zentralen Losung „Der Atomtod bedroht uns alle" statt. Beteiligt sind ca. 20 Initiativen bzw. Organisationen, darunter die Volksfront, der KBW und die DKP.

Am 15.5. (20 Uhr, Haus Blumenthal) findet eine Podiumsdiskussion statt, die die BI Niederrhein gegen AKWs veranstaltet; eingeladen sind u.a. Petra Kelly und Roland Vogt.

* * *

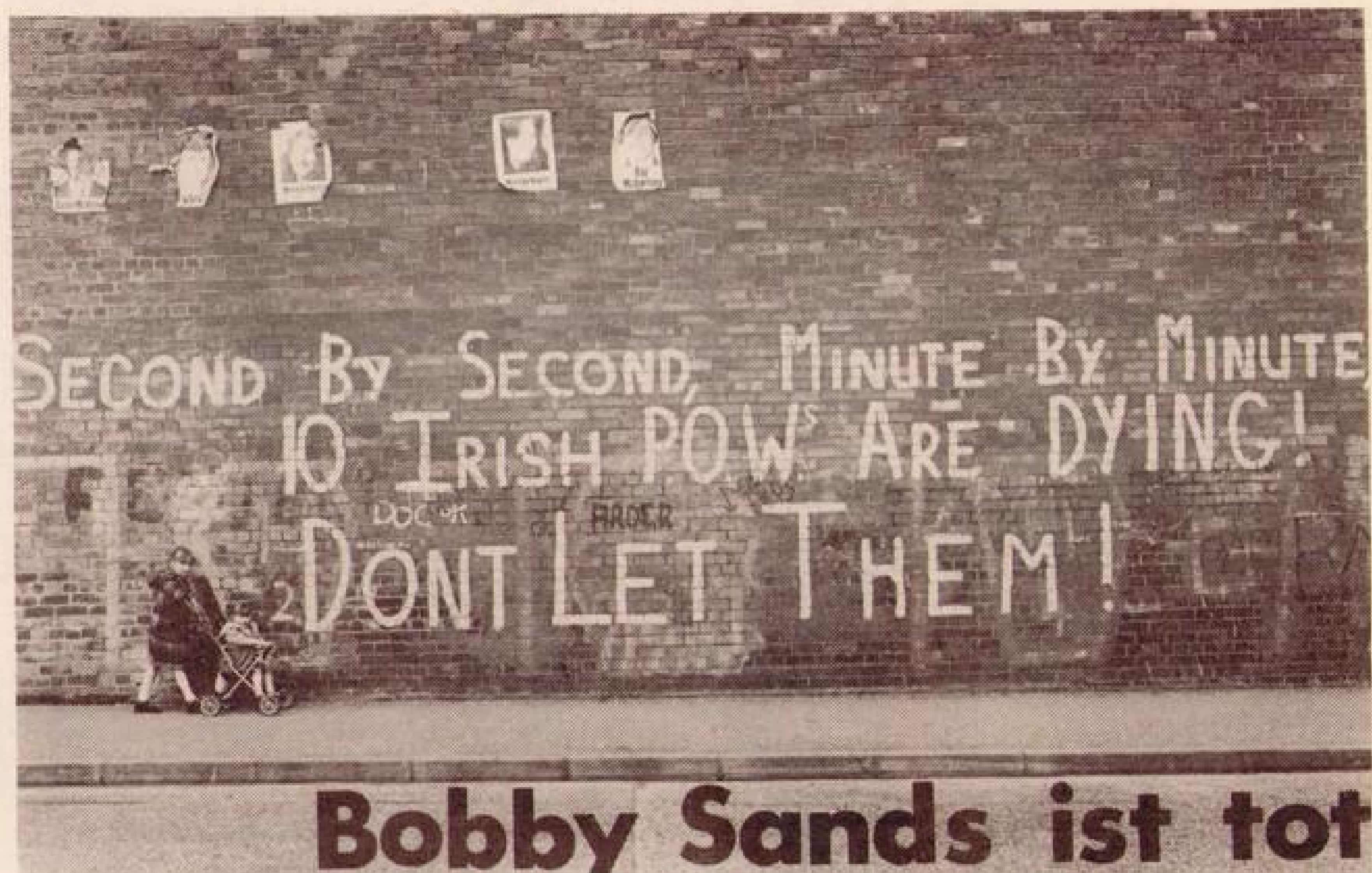
Friedensmarsch nordischer Frauen von Kopenhagen nach Paris

Im AK 200 wird in dem Artikel zu den Ostermärschen-Brüssel berichtet, daß sich bereits in Kopenhagen ein Zug nordischer Frauen in Richtung Paris aufgemacht hat. Tatsächlich beginnt der Friedensmarsch erst am 21. Juni und landet am 28. Juni in der BRD in Kiel. Von hier geht's in großen Fußmärschen über Glückstadt, Bremen und Münster weiter in die Niederlande. Vermutlich werden wesentlich mehr nordische Frauen und Männer als der Kern der 60-80 Wanderinnen den Zug zumindest streckenweise begleiten und hoffentlich eine noch größere Zahl westdeutscher Friedenskämpfer(innen). Zur Vorbereitung und Unterstützung haben sich die ersten Vorbereitungskreise gebildet. In Kiel hat am 2. Mai ein erstes Treffen stattgefunden. Kontaktadresse für den nördlichsten Teil der Strecke ist: Evang. Student. Gem. Kiel, Westring, Tel. 88 02 655.

Eine Kieler Genossin

»Man muß in Stalingrad gewesen sein, um heute für Aufrüstung zu sein!«

Jede Stimme gegen die Aufrüstung läßt die Kriegstreiber kochen. So auch Friedrich-Karl Fromme, Chefideologe der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen", in einem Kommentar zu den Friedenswünschen vieler Deutscher. Bemerkenswert ist dabei seine Betrachtung über die Politik der Bundesregierung und die Sowjetunion: *„Seit zehn Jahren stellt die offizielle Informationspolitik der Bundesregierung die Sowjetunion als friedensgeneigt hin, direkt oder mittelbar. Das hört man gern, denn es ist bequem. Den Leuten bis Mitte Vierzig fehlt eigene Erfahrung mit der Sowjetunion".* („FAZ",7.5.81). Führwahr, aber den über Fünfzigjährigen – zu denen F.-K. Fromme zählt – fehlt diese Erfahrung nicht, denn sie sind größtenteils unter Hitlers Befehl in die Sowjetunion einmarschiert und haben dort die Massen gemordet. Wer heute mit diesen Erfahrungen die Kriegsneigung der Sowjetunion nachzuweisen versucht, der kann seine Sympathie für den faschistischen **Feldzug kaum verhehlen.**



Bobby Sands ist tot

100.000 nehmen Abschied von Bobby Sands

Bobby Sands ist tot. Nach 66 Tage langer Verweigerung jeglicher Nahrungsaufnahme erlag der „I.R.A. Volunteer", Abgeordnete des britischen Unterhauses und prominente Gefangene aus der irisch-republikanischen Bewegung in der Nacht zum 4. Mai dem Hungertod. Bobby Sands' Hungerstreik steht in einer 700 Jahre alten Tradition: Ehemals von armen Bauern als Waffe gegen die ausbeuterische Macht englischer Grundbesitzer geschaffen, dient der Hungerstreik heute als Form des Protestes gegen die unmenschlichen, brutalen Verhältnisse in den KZs des britischen Imperialismus.

Der lapidare Kommentar des britischen Nordirland-Ministeriums, jener Administration, die für die Praxis britischer Besatzungspolitik in Ulster verantwortlich zeichnet, lautete: *„Herr Robert Sands, ein Gefangener im Maze-Gefängnis, ist heute um 1.17 Uhr gestorben. Er hat sich selbst das Leben genommen, indem er 66 Tage lang die Aufnahme von Nahrung und medizinischer Versorgung verweigerte"* („FR am Abend", 5.5. 1981).

Premierministerin Thatcher, die
Premierministerin Thatcher, die
„eiserne Lady", gab am Nachmittag des 5.5. vor dem britischen Unterhaus in der gewohnten zynischen Manier unmißverständlich zu verstehen, **daß auch zukünftig mit einem Einlenken Londons auf die selbstverständlichen Forderungen der Gefangenen, für die Bobby Sands starb, nicht zu rechnen sei.** Eine Anerkennung der Gefangenen aus der I.R.A. und I.N.L.A. als politische Gefangene käme einer Legitimation *„zum Töten unschuldiger Frauen, Männer und Kinder"* gleich („Guardian,", 6.5.81).

In Belfast und Derry verbreitete sich die Nachricht vom Ableben Bobby Sands' wie ein Lauffeuer: Mit Autohupen, Trillerpfeifen und dem bekannten Klappern mit Mülltonnendeckeln wurden die Bewohner der republikanischen/katholischen Viertel umgehend alarmiert. In Belfast versammelten sich nur kurze Zeit später mehrere hundert Demonstranten, um ihre Solidarität mit Sands und ihren Protest gegen die intransigente Haltung der britischen Regierung, die den Tod des I.R.A.-Häftlings provoziert hatte, zu bekunden. Barrikaden wurden errichtet, Strassenpflaster an einigen Stellen aufgerissen, die offiziellen Sicherheitskräfte und die britischen Soldaten mit einem Hagel von Benzinbomben traktiert. Ein jugendlicher Demonstrant wurde durch ein Gummigeschoß verletzt. 6 Personen sollen festgenommen worden sein („FR am Abend", 5.5.; „Abendpost", 5.5.).



Mehrere Schulen in Belfast waren am Dienstag geschlossen, weil kaum Schüler erschienen waren („FAZ", 6. 5.).

Die I.R.A.-Führung erklärte die folgenden Tage bis zur Beerdigung Sands' zu nationalen Trauertagen. Sie appellierte an die nationalistische Bevölkerung, Ruhe zu bewahren und mit Vergeltungsanschlägen bis nach der Beisetzung zu warten. Ihrerseits verkündete die I.R.A. eine befristete Feuerpause bis Donnerstag, den 7.5., dem Tag der Beerdigung. Die hierzulande noch aus der Zeit der Bürgerrechtsbewegung bekannte ehemalige Westminster-Abgeordnete Bernadette Mc Aliskey-Devlin äußerte sich anläßlich einer Pressekonferenz in ähnlicher Weise. Sie forderte des weiteren einen internationalen Boykott britischer Waren und sprach sich für einen Generalstreik am Tag der Beisetzung von Sands aus („Guardian", 6.5.).

Was sich jedoch in den letzten Wochen des Hungerstreiks abgezeichnet hatte, setzte sich nach Bekanntwerden der Nachricht vom Tode Sands' fort: Die Militanz aus den Katholischen Ghettos entwickelt ihre eigene Dynamik. Allen Erklärungen und Appellen zum Trotz, kam es während der „nationalen Trauertage" wiederholt zu Straßenschlachten, zumeist initiiert und getragen von jugendlichen Demonstranten.

In der Nacht zum 7. Mai, dem Tag der Beisetzung, wurde in Belfast ein Bulle der R.U.C. von einem Heckenschützen tödlich getroffen. In Derry wurde ein weiterer Bulle durch Heckenschützen schwer verletzt. Zuvor waren bereits zwei britische Soldaten im „befreiten" Crossmaglan, nahe der Grenze zur Republik, angeschossen worden; die erste militärische Aktion nach dem Tod von Sands, zu der sich die I.R.A. bekannte („FR am Abend", 7.5.).

Am Donnerstag, dem 8.5., wurde Bobby Sands auf dem Belfaster Miltown-Friedhof, an einer eigens Gefallenen der I.R.A. vorbehaltenen Ecke, beerdigt. **Zehntausende (nach Angaben von SINN FEIN/Dublin waren es 100.000) folgten dem von sieben uniformierten und maskierten „Volunteers" der I.R.A. getragenen und mit der irischen Trikolore sowie den Insignien der I.R.A. (schwarzes Barrett und Lederhandschuhe) bedeckten Sarg Sands'. Am Grabe wurden zu Ehren des I.R.A.-Häftlings von den „Volunteers" Salutschüsse abgefeuert. Der Zeremonie wohnten u.a. auch 15 Abgeordnete des europäischen Parlaments bei („Tagesschau", 8.5.). In ganz Irland waren** an diesem Tage 200.000 auf den Beinen (nach Angaben von SINN FEIN/Dublin).

Im Zusammenhang mit dem „Staatsbegräbnis" sowie den befürchteten Unruhen verstärkten die Briten ihre militärische Präsenz um weitere 600 Soldaten, so daß sich nunmehr 11.700 britische Soldaten auf irischem Territorium befinden. Weitere Einheiten sind in Alarmbereitschaft versetzt worden. Dazu gesellen sich noch 7.500 Soldaten des „Ulster Defence Regiment" sowie 11.400 hauptamtliche und nebenberufliche Bullen („FR am Abend", 5.5./6.5.).

Während des Trauerzuges wurden die protestantischen Wohnviertel von den Sicherheitskräften hermetisch abgeriegelt.

Zur Vorgeschichte des Hungerstreiks

Bereits am 27.10.80 proklamierten die sieben republikanischen Gefangenen Leo Green, Brendan Hughes, Ray Mc Cartney, Tom Mc Feely, Tommy Mc Kearny, Sean Mc Kenna
Tommy Mc Kearny, Sean Mc Kenna
und John Nixon einen Hungerstreik auf Leben und Tod. Mit Mairead Nugend, Mary Doyle und Maired Farrell schlossen sich zu einem späteren Zeitpunkt noch drei weibliche republikanische Gefangene im Frauengefängnis Armagh der Aktion an.

Sie forderten, an die Adresse der britischen Regierung gewandt, die Wiedererlangung des „Political Status" – der ihnen, in der verklausulierten Form des „Special Category Status", von einer Tory-Regierung 1972 zugestanden und 1976 von der damaligen Labour-Regierung im Zuge der „Europäisierung" und „Ulsterisierung" des Konflikts wieder aberkannt wurde –, auf Empfehlung der 1974 vom britischen Parlament mit der Prüfung des „Special Category Status" beauftragten „Gardiner Kommission". Die „Gardiner Kommission" betrachtete es damals als erwiesen, daß die Gewährung des Politischen Status' für Gefangene aus der republikanischen Bewegung eine zentrale Ursache für die fortgesetzte Gewalt in den sechs Grafschaften der geteilten historischen Provinz Ulster sei ... . Der damalige Labour-Nordirland-Minister Rees verkündete, daß das „Wesen der Gewalt" sich „in den letzten Jahren fundamental geändert" habe. Dem militärischen Widerstand der republikanischen Bewegung sollte jegliche politische Berechtigung und Substanz abgesprochen werden. Er galt fortan als „kriminell".

In Folge des Betrugsmanövers des britischen Nordirland-Ministerium entschieden sich die Gefangenen und ihr damaliger Oberkammandierender Bobby Sands nach 53 Tagen (19.12. 80) für einen Abbruch des Hungerstreiks, im Glauben, die fünf Forderungen der Gefangenen, die lauteten:

- keine Gefängniskleidung
- keine Arbeit im Gefängnis
- Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen; das Recht, Schulung, handwerkliche Betätigung, selbst zu regeln





– einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche
– Wiederherstellung des Begnadigungsrechts

erfolgreich durchgesetzt zu haben.

Bobby Sands wurde damals in seiner Funktion als OC (was die faktische Anerkennung der selbst aufgebauten Strukturen der Gefangenen bedeutete) seitens des Nordirland-Ministeriums ein Dokument unterbreitet, das die Erfüllung der fünf Forderungen beinhaltete. Offiziell werden sollte es durch eine Rede Atkins am folgenden Tag vor dem britischen Unterhaus. Angesichts des unmittelbar bedrohlichen physischen Zustandes von Sean Mc Kenna, der bereits seine letzte Ölung erhalten hatte, wurde nicht der nächste Tag abgewartet, sondern noch am 19.12. as Ende des Hungerstreiks erklärt.

Die im Dokument fixierten Zusagen wurden seitens der Briten nie materialisiert. Als dies evident war, kündigten die Gefangenen am 4.2.81 an, ab 1. März erneut in den Hungerstreik zu treten. Als erster nahm Bobby Sands (I.R.A.) am 1.3. den Hungerstreik auf. Ihm folgten wenig später Frankie Hughes (I.R.A.), Ray Mc Creesh (I.R.A.) und Patsy O'Hara (I.N.L.A.).

Der zweite Hungerstreik

Der zweite Hungerstreik

Die Mobilisierung auf den Straßen, wiederum organisiert vom „National H-Block Commitee", erreichte zunächst nicht das Ausmaß der ersten Kampagne. Desorientierung und Frustration schienen vielmehr die Szenerie zu beherrschen.

Dies änderte sich schlagartig mit der spektakulären Nominierung von Bobby Sands zum Kandidaten für das britische Unterhaus anläßlich von Nachwahlen in der nationalistisch geprägten nordirischen Region South Tyrone/Fermanagh. Sands wurde mit über 30.000 Stimmen gegen den Kandidaten der London-loyalen Unionist Party, Harry West, nach Westminster gewählt. Die Wahl Sands' gab der Kampagne in Irland selbst neuen Auftrieb und durchbrach auch international die letzte Mauer des Schweigens um die unmenschlichen Haftbedingungen in den „H-Blocks". Das eindrucksvolle Votum für Sands gab zudem eine Propaganda der Lächerlichkeit preis, die den radikal-republikanischen Widerstand als „terroristisch" und „kriminell" zu diffamieren versucht.

In britischen Regierungs- und Oppositionskreisen setzte nun eine heftige Diskussion um eventuelle Änderungen am herrschenden Wahlrecht ein, das Strafgefangenen (und in der Logik der Thatchers handelt es sich bei den republikanischen Gefangenenen um Straftäter) die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts ermöglicht und somit dem britischen Unterhaus die Peinlichkeit eines „Terroristen" als Abgeordneten bescherte. In der Sache selbst demonstrierte London weiterhin unerbittliche Härte.

Mit zunehmender Verschlechterung des Gesundheitszustands von Bobby Sands nahmen die Interventionsversuche verschiedener Kräfte in der „H-Block-Frage" zu.

Der südirische Premier Haughey, den völlig zu Unrecht noch immer die Aura des „Nationalisten" umgibt, forderte im Einklang mit dem nord-

den völlig zu Unrecht noch immer die Aura des „Nationalisten" umgibt, forderte im Einklang mit dem nord-

irischen S.D.L.P.-Führer Hume die Briten auf, über eine gemäßigte „vertretbare Reform", die Haftbedingungen betreffend, nachzudenken. Haughey möchte sich gerne als „Wiedervereiniger" profilieren (eine derartige „Wiedervereinigung", wie sie Haughey vorschwebt, geht durchaus konform mit den Interessen und Plänen der Imperialisten bezüglich Irlands), um somit der radikal-republikanischen Bewegung (zu der er einst aufgrund eines Waffendeals mit der I.R.A., was ihn seinen Sitz in der Regierung Lynch damals kostete, gezählt wurde) den Boden zu entziehen. Voraussetzung dafür wird allerdings u.a. sein, daß Haughey die nach dem denkwürdigen Gespräch mit der „eisernen Lady" im Dezember letzten Jahres in Dublin (d.h. während des ersten Hungerstreiks) seinerseits konstatierten „einzigartigen Beziehungen" zwischen der Republik und England dem irischen Volk plausibel machen kann. Die intransigente Haltung Londons in der „H-Block-Frage" drohte (und droht nun nach Sands' Tod erst recht) Haughey's Pläne bereits frühzeitig zum Scheitern zu verurteilen. Die Haltung Londons provoziert den Druck der Basis und verengt Haughey's Spielraum für eine Politik der Kollaboration mit dem Imperialismus zusehends. Die kritischen Stimmen in der eigenen „Fianna Fail"-Partei gegen Haughey's Politik des Ausverkaufs irischer Interessen häufen sich.

Erst in quasi letzter Minute (einen Tag vor Sands' Ableben) und auf Drängen seiner eigenen Parteibasis, bequemte sich Haughey, der auch um ein Übergreifen eventueller Unruhen auf „seine" südlichen 26 Counties fürchten mußte, die Europäische Menschenrechtskommission um eine Intervention in der „H-Block-Frage" zu bitten. Haughey's Begehren stieß in Straßburg auf Ablehnung („FAZ", 6.5). In Anbetracht der Tatsache, daß der Schritt Hau-

gehren stieß in Straßburg auf Ablehnung („FAZ", 6.5). In Anbetracht der Tatsache, daß der Schritt Hau-

ghey's zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem in ‚Sachen Sands' ohnehin nichts mehr zu retten war, muß dieser als reiner Akt der Legitimation begriffen werden. Bereits vorher hatte sich Haughey vom Europaparlaments-Abgeordneten Neils Blaney (der einst gemeinsam mit Haughey den oben schon erwähnten Waffendeal getätigt hatte), der mit seinen Kollegen Sile de Valera und John O'Connell zu Ostern Sands einen Besuch abgestattet hatte, dem ein Ersuchen der drei bei der Europäischen Menschenrechtskommission um Intervention folgte (siehe AK 200), den Vorwurf eingehandelt, mit London gemeinsames Spiel zu betreiben („Guardian", 24.4.).

Haughey dürfte duch sein Verhalten in der „H-Block-Frage" einiges an Kredit zugunsten der radikal-republikanischen Bewegung eingebüßt haben.

Seinem Traum, als „Wiedervereiniger" eines allerdings dann unter imperialistischer Herrschaft stehenden Irlands, und um den Preis der auch formellen Aufgabe traditioneller Neutralität, in die Geschichte einzugehen, dürften nun vorerst objektive Schranken gesetzt sein. Mit dem Tod von Sands hat die britische Regierung unmißverständlich demonstriert, wie eng sie dem Charles Haughey die Grenzen seines Spielraums an dieser Front zu ziehen gedenkt. Haughey wird dem irischen Volk nun erklären müssen, worin denn nun konkret die von ihm so bezeichneten neuartigen „einzigartigen Beziehungen" zum Tory-beherrschten England bestehen.

In den USA, wo heute mehr Exil-Iren leben als die Insel selbst heute an Bevölkerung aufweist, erhob insbesondere Edward Kennedy, seiner irischen Abstammung wie den wachsenden amerikanischen Interessen in Irland Rechnung tragend, seine Stimme für eine Reform des Strafvollzugs; im selben Statement distanzierte er sich von „Gewalt" und

Stimme für eine Reform des Strafvollzugs; im selben Statement distanzierte er sich von „Gewalt" und

„Terrorismus" in Ulster („FR am Abend", 24.4.). Kennedy's Plädoyer für einen „humanen Strafvollzug" erfolgte im Namen der – des weiteren aus den prominenten US-Politikern Tip O'Neill, Daniel Moynihan und Hugh Carey bestehenden – sogenannten „irischen Lobby", die privilegierte Kontakte zur integrationistischen S.D.L.P. unterhält und auch an den regelmäßig stattfindenden Geheimgesprächen über eine „politische Lösung" des Irland-Konflikts (im Interesse der Imperialisten, versteht sich) beteiligt ist.

Der Einfluß der USA auf Entscheidungen des britischen Nordirland-Ministeriums hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Wie auch in anderen Regionen der Welt ging der britische Imperialismus in Irland seiner ehemals hegemonialen Position zusehends verlustig. Im Norden muß sich heute das britische Kapital die Profite mit den USA und dem BRD-Kapital teilen und wird weiter zurückgedrängt. Im Zuge der Öffnung der Republik gegenüber internationalem Kapital, Ende der fünfziger Jahre, wurde das Land insbesondere vom US-Kapital penetriert. Logisch, daß diese ökonomischen Tatsachen auch auf die politische Ebene durchschlagen. Die Aufrechterhaltung des sekttierischen protestantischen Privilegienstaates im Norden und der Teilung der Insel, wie sie heute existiert, entspricht weder dem Interesse des US-Kapitals noch dem der europäischen Kapitalien. Angestrebt wird vielmehr eine „föderative Lösung" der „nationalen Frage", zum Zwecke der stärkeren Einbindung der gesamten Insel in den kapitalistischen Weltmarkt bzw. das imperialistische System, im „Innern" getragen von gemäßigten, integrationistischen Kräften. Der objektive Mangel an solchen hat in der Vergangenheit allerdings immer wieder diesbezügliche Projekte frühzeitig scheitern lassen. Kennedy's Appelle, die keineswegs im Widerspruch zu den US-Interessen in Irland stehen, fanden in London allerdings ebensowenig Gehör wie Haughey's Vorschläge. Nicht anders erging es den Führern der katholischen Kirche (u.a. hatte der Privatsekretär von Papst Paul eigens eine Initiative gestartet) mit ihren an die Adresse beider Konfliktparteien gerichteten Appellen, zu einer friedlichen Regelung der strittigen Fragen zu finden. Der Thatcher/Atkins-Administration wurde seitens verschiedener Kirchenführer nahegelegt, zwecks Vermeidung eines neuerlichen Ausbruchs von Gewalt in den sechs Provinzen, Bereitschaft zum Entgegnkommen genüber dem Begehren der Gefangenen und der katholischen Minorität zu signalisieren.

Derweil drohten die republikanischen/katholischen Ghettos zu explodieren. In Derry kam es tagtäglich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften und zumeist jugendlichen Demonstranten. Eine Eskalation des Konflikts stand unmittelbar bevor, nachdem im Anschluß an die alljährliche traditionelle Osterdemonstration, mit der die Republikaner dem „easter-rising" von 1916 gedenken und die dieses Jahr ganz im Zeichen des Hungerstreiks stand, zwei Jugendliche von einem britischen Militärfahrzeug getötet wurden (siehe AK 200). Einige Tage später erlag ein Jugendlicher den Verletzungen, die ihm die von der Armee verwendeten „rubber bullets" zugefügt hatten. Auf der Gegenseite wurde in Armagh ein ehemaliger UDR-Angehöriger erschossen („Guardian", 24.4.). Kurz darauf erwischte es einen R.U.C.-Bullen in Belfast („Guardian", 1.5.).

In den republikanischen/katholi-
Belfast („Guardian", 1.5.).

In den republikanischen/katholischen Ghettos wurden allseitige Vorbereitungen für den Fall des nun kaum mehr abwendbar erscheinenden Todes von Bobby Sands getroffen: Straßen- und stadtteilbezogene Verteidigungskomitees bildeten sich, Vorräte wurden angelegt, Absperrungen und Barrikaden zum Schutze vor etwaigen Angriffen der britischen Truppen und offiziellen nordirischen Sicherheitskräfte errichtet. Zudem hatte sich die republikanische/katholische Minorität auf Übergriffe der loyalistischen/protestantischen Paramilitärs, die in ihren Wohnvierteln Demonstrationen der Stärke und des Willens zur Auseinandersetzung abhielten, einzurichten.

Spätestens mit den präventiven Verhaftungen führender Republikaner in der Nacht zum 28.4. (im Laufe der Woche wurden insgesamt über 60 Personen vorbeugend festgenommen), gemäß dem „seven day detention order", das den Sicherheitsbehörden ermöglicht, unliebsame Personen sieben Tage lang ohne nähere Angabe von Gründen festzuhalten, sowie der offiziell bekundeten Solidarität der Labour-Führung mit der Nordirland-Poliitk der Tory-Regierung, war dann evident, daß es kein wie auch immer geartetes Einlenken Londons geben würde.

Weder die Wahl Sands' zum Unterhaus-Abgeordneten noch die breite internationale Unterstützung, die das Anliegen der Gefangenen aus der republikanischen Bewegung genießt, haben den Tod von Bobby Sands verhindern können. Die ersten spontanen Reaktionen aus den katholischen Ghettos haben der Weltöffentlichkeit allerdings eindrucksvoll demonstriert, daß der beharrliche Kampf der republikanischen Bevölkerung in den sechs Grafschaften der geteilten historischen Provinz Ulster weitergehen wird. Mit Frankie Hughes, Ray Mc Creesh und Patsy O.Hara befinden sich seit bereits geraumer Zeit weitere Republikaner im Hungerstreik auf Leben und Tod. Hughes' Gesundheitszustand wird heute mit „besorgniserregend" angegeben. **Nur eine weitere Verbreiterung der internationalen Solidarität, auch und gerade im europäischen Kernland BRD, wird den heute als unvermeidbar erscheinenden Tod dieser drei Republikaner verhindern können.**

KB-Gruppe Frankfurt



Hamburg: Etwa 60 Demonstranten (von der Bunten Liste, den Grünen, dem KB, der Z u.a.) legten am Samstag, den 9. Mai vor dem britischen Generalkonsulat Kränze zum Zeichen der Trauer um Bobby Sands nieder. Eine Delegation übergab eine Protesterklärung am Eingang des Konsulats. Hamburgs Bullen sorgten dafür, daß die Demonstranten nicht unmittelbar an das Gelände herankommen konnten. Die Trauerkränze mußten in „gebührendem Abstand" abgelegt werden.

1. MAI 1981

Für „Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, soziale Sicherheit" – so das offizielle Motto – hatte der DGB in diesem Jahr seine Mitglieder mobilisiert. Diesem Aufruf sind erheblich weniger Kolleginnen und Kollegen gefolgt als noch vor einem Jahr, abgesehen von Ausnahmen wie Hamburg, Hannover oder Nürnberg. Selbst die sozialdemokratische Prominenz – Schmidt, Vetter, Brandt – zog nur jeweils einige Tausend Menschen an, von denen allerdings ein erheblicher Teil weniger zum Zuhören gekommen war als zu dem Zweck, den Hauptexponenten der herrschenden Politik ihren Protest und Widerstandswillen zu demonstrieren. Dabei dominierten vor allem Parolen gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr, u.a. gegen die NATO-„Nachrüstung" und gegen Frauen-Militarisierung. Der 4,9%-Abschluß in der Metallindustrie hat sich auf die Maidemonstrationen des DGB eindeutig demobilisierend ausgewirkt: die große Masse der Kollegen, die noch vor kurzem mit Warnstreiks und Demonstrationen ihre Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt hatten, blieben am 1. Mai lieber zu Hause – auch so sieht die „Signalwirkung" dieses Lohnraubabschlusses aus.

Bei der Linken, große Teile des KB eingeschlossen, hat sich gleichfalls eine starke „Mai-Müdigkeit" breitgemacht. Während die organisierte Linke vor allem Probleme mit der Mobilisierung hat, bleibt ein Teil der „Freischwebenden" gleich ganz weg. Symptomatisch für diese Stimmung ist die Leserbriefseite in der „taz" vom 30.4. zum Thema „Ist Demonstrieren am 1.Mai noch 'in'?" – „Warum ich nicht mehr zur Mai-Demonstration gehe". Die Zahl derjenigen, die sich für die Mobilisierung der „Bewegung" einsetzen, um den in der Tat langweiligen oder direkt provokatorischen Aufmärschen und Kundgebungen des DGB ihre geballte Kraft entgegenzusetzen, hat weiter abgenommen. Das wird besonders deutlich am Beispiel von Westberlin, der Stadt mit der breitesten Hausbesetzerbewegung und überhaupt der größten Zahl von Linken und „Alternativen". Häufig stellten so die Linken zwar die Masse der Demonstranten, prägten ihre Transparente das Bild der gewerkschaftlichen Demonstrationen – die Kundgebungen wurden der Gewerkschaftsführung überlassen und – je nach Auftreten der offiziellen Redner – allenfalls durch Sprechchöre oder Trillerpfeifen belebt. In den wenigen Städten mit oppositioneller Tradition wurde allerdings auch an dem guten Brauch festgehalten, neben der Beteiligung an den DGB-Aktionen auch eigene Kundgebungen zu veranstalten. Diese Kundgebungen haben sich dort praktisch eingebürgert und werden allgemein als selbstverständlich angesehen (auch vom DGB).

Wie der Flensburger Bericht verdeutlicht (der übrigens von Göttinger Genoss/inn/en voll bestätigt wird), hat sich auch die anfangs betont „traditionalistisch" argumentierende „Gruppe Z", was die Organisierung alternativer Kundgebungen angeht, den Zeichen der Zeit angepaßt. Ihr gegenwärtig bevorzugter Bündnispartner, die DKP, hat dagegen erstmals ernsthafte Öffnungsversuche nach links unternommen und an einigen Orten zumindest „inoffiziell" Maifeste von Aktionseinheiten mitgetragen.

Das Erfreulichste am diesjährigen 1. Mai war das Auftreten der ausländischen Linken, allen voran unsere türkischen Genoss/inn/en, die mit ihren kämpferischen Blöcken, ihren Transparenten und Parolen gegen die Militärjunta und gegen die imperialistische Politik der BRD und der NATO, Anziehungspunkt für viele einheimische Linke waren.

***

Anders als in den vergangenen Jahren wollen wir uns in diesem AK auf Berichte aus einigen wenigen (meist größeren) Städten beschränken; einerseits, um die Berichterstattung nicht allzusehr ausufern zu lassen – andererseits, weil vielerorts die Mai-Aktivitäten des DGB wie auch der Linken alles andere als aufregend gewesen sind. Die im folgenden zusammengestellte Übersicht beruht auf – teilweise gekürzten – Berichten der ortsansässigen KB-Gruppen.

***

Seit APO-Zeiten organisierte die Flensburger Linke eigenständige Aktionen –in der Regel Kundgebungen und Demonstrationen. Bis Mitte der 70er Jahre gab es nämlich für den örtlichen DGB nur das inhaltsleere Mai-Fest. Erst seit ein paar Jahren organisiert er Kundgebungen und in diesem Jahr gab es das erste Mal grünes Licht für eine (allerdings superkurze) Demo der DGB-Jugend. Dafür wurde in der Person des Redners der Gipfel an Provokation präsentiert: Hans Schwalbach (s.Artikel). Der Vollständigkeit halber sei noch folgendes erwähnt: Waren es früher zumeist kämpferische Aktionen gewesen, so war die Demo im letzten Jahr eher müde – "pflichtgemäß". Zudem hatte es in den letzten Jahren auch zunehmende inner-linke Auseinandersetzungen um diese eigenständigen Aktionen gegeben: In großer Zahl waren jedesmal Leute von der "RGO"/"KPD(ML)", des KBW und einige Ex-KBW'ler erschienen und hatten nichts besseres zu tun, als die Unsinnigkeit einer oppositionellen Demo zu propagieren und uns für eine "oppositionelle" Nur-Teilnahme an der offiziellen DGB-Chose zu gewinnen. Ansonsten würden wir die fortschrittlichen Kollegen verprellen usw. Außerdem biete ja der Beschluß dieser oder jener Einzelgewerkschaft eine gute Möglichkeit, diese oder jene Forderung auf der Kundgebung zu vertreten. Bislang hatte es der aktiven Linken nie besondere Schwierigkeiten bereitet, sich über diesen Opportunismus und Legalismus gegenüber der Gewerkschaftsführung schlicht hinwegzusetzen. Diesmal sah die Sache leider anders aus:
Einmal waren viele Linke sehr stark in anderen wichtigen Projekten eingespannt, zum anderen ist das Lager der betulichen "Gewerkschaftslegalisten" angewachsen. Zumal es bekanntlich immer mehr Leute gibt, die ihre frühere Nähe zum KBW in dieser Frage eindeutig dokumentieren, zum anderen ... na, wer hat's als erste/r erraten? ... ja, natürlich die "Z", wer denn sonst!?!
(War dafür so eine lange Vorrede nötig? Anm. die Sätzerin)
Tja, unsere "stählernen Leninisten" sind gaanz weich, butterweich geworden. Waren sie im letzten Jahr noch die ersten, die zu "Mai-Verhandlungen" einluden, sind sie diesmal ... naja ... "Ja, in diesem Jahr macht die Gewerkschaft ja eine Demo und im übrigen ist im linken demokratischen Spektrum keine Stimmung für sowas." Und überhaupt, ergänzt ein anderer Z'ler, könne man/frau ja seine Parolen zeigen, ob nun gegen AKWs, Hochsichheitstrakts, §218 oder sonstwas, da hätte bestimmt kein Kollege was dagegen. – Schwalbach? Tja, leider, leider ....
(Ich bin dafür, diesen Artikel in der Rubrik 'Altes aus dem geschiedenen Familienleben' zu plazieren, d.S.)
Oh, bei Marx, wie kann so was angehen!? Und solche Sprüche von Leuten, die ehemals aktive Betreiber von oppositionellen Aktivitäten zum 1. Mai waren – weil sie wußten, daß fortschrittliche gewerkschaftliche Politik am 1.Mai gerade darin bestand, über den gegebenen sozialdemokratischen und staatsloyalen Politik der DGB-Führung hinauszugehen. Eine solche gewerkschaftsoppositionelle Politik zu verbinden mit den Widerstandsbewegungen aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen. Deutlich zu machen, daß es nicht nur um Lohnraub, Arbeitsbedingungen geht, sondern um die Gesamtheit der herrschenden Verhältnisse, hier Atomtechnologie und kapitalistische Wohnungspolitik, Ausbeutung und politische Unterdrückung, und ganz besonders gegen Kriegsvorbereitungen und für wirkliche Abrüstung und Frieden. Sicher, der 1.Mai ist 'traditionsgemäß' der Tag, wo sich die sozialen und politischen Bewegungen zusammenfinden und gemeinsam für ihre Ziele demonstrieren. Aber dies auf und im Rahmen von DGB-Kundgebungen? Sicher auch dort –das sei unbestritten– aber schließlich auch gegen die DGB-Führer und in deutlicher oppositioneller Aktion! Daß dies auch dementsprechend in Flensburg gelaufen ist, ja das läßt hoffen!

Vor etwa 600 Teilnehmern bei der DGB-Kundgebung zum 1. Mai wurde dem Starredner des DGB, Hans Schwalbach, ein denkwürdiger Empfang bereitet: Ein lautstarkes Pfeifkonzert, einige Anti-AKW-Parolen, ä. reichten völlig, um diesen sauberen Herrn aus dem Konzept zu bringen und um einen älteren Herren schrill, teilweise kreischend, reden zu hören. Und tatsächlich, jeder Satz beschäftigte sich mit ein und demselben Thema: Gegen die "Systemveränderer", die "grün getarnten Roten", die "Gesellschaftszerstörer", die "Chaoten" usw., usf. Ein langweiliges und armseliges Arsenal verbrauchter Hetztiraden. Dieses Schauspiel verhinderte auch, daß erboste Funktionäre und rechte Kollegen in irgendeiner Weise aktiv wurden. Stattdessen wuchs die Stimmung bei der linken Opposition, so daß im Anschluß an die DGB-Kundgebung eine spontane Demo durch die Innenstadt hin zu "unserem" besetzten Haus organisiert werden konnte. Ein zufriedenstellendes Ergebnis, an dem bis zu 150 Leuten teilnahmen.

Einige Daten zur Person Hans Schwalbach

Er ist: Bezirksvorsitzender der ÖTV, Bezirk Nordmark, Mitglied im Aufsichtsrat der NWK (Brokdorf-Betreiberfirma), Mitglied im Aufsichtsrat der SCHLESWAG (Tochterfirma der NWK), Organisator von Pro-AKW-Demonstrationen, für deren Teilnehmer es jeweils immer gut "Knete" gab, ehemaliger Chef der 'Kanalarbeiter-Riege' im Landtag, derzeit war er auch Haupt-Gegenspieler gegen den früher 'linken' SPD-Chef Jansen, usw. Reicht ja wohl auch – oder?

Ein KB'ler aus Flensburg

***



Lübeck: Auch in diesem Jahr fand wieder eine Demonstration mit 1.000 Teilnehmern statt. Beim Sammeln der Demonstranten gab es einige unschöne Szenen. Eine Frau, die ein Anti-Atom-Schild trug, wurde von einem ÖTV-Ordner aufgefordert, das Schild nicht zu tragen, dabei kam es zu Handgreiflichkeiten. Der ÖTV-Ordner erwischte dabei ein „falsches" Schild und zertrampelte es. Auch IGM-Ortschef Harder versuchte, der Anti-AKW-Initiative zu verbieten, ein Transparent zu Brokdorf zu tragen.
Da keiner sich auf die Einschränkungen einließ, wurde versucht, die oppositionellen Kräfte durch ein Polizei- und Stadtwerkeauto (!) von der Demo abzuspalten.
Die Demo, an der sich wieder viele
Demo abzuspalten.
Die Demo, an der sich wieder viele türkische Kollegen beteiligten, führte zum Marktplatz, auf dem sich 4.000 Menschen (LN, 3.5.) versammelten, um sich die offizielle DGB-Mairede anzuhören. Ein fotografierender „Grauer Wolf" erhielt die ihm zustehende Abreibung und „verlor" seine Kamera.
Mai-Fest: Anschließend fand ab 17.00 Uhr ein Mai-Fest in der „Alternative" statt, an dem sich der Verein „Frauen helfen Frauen", Babygruppe, Initiative gegen Atomanlagen, El Salvador-Komittee, Initiative für ein atomwaffenfreies Europa, Rote Hilfe, Hinterhofkino und der autonome Buchladen beteiligten. Es kamen ca. 300 Leute.

***

Hamburg: Wie immer hatte in Hamburg ein breites Bündnis linker und fortschrittlicher Organisationen und Initiativen zur oppositionellen Beteiligung an der DGB-Demo und zu Organisierung einer eigenen alternativen Kundgebung aufgerufen.
An der DGB-Demo beteiligten sich wie auch im vergangenen Jahr 25.000 Menschen. Im Mittelpunkt stand der Protest gegen Atomrüstung und Kriegsgefahr. Eine Gruppe von Kriegsgegnern hatte zu diesem Zweck eine riesige Atomrakete (im Modell!) mitgebracht. Besonders auffällig waren auch der Frauenblock und die Blöcke der ausländischen Linken, vor allem der Türken und Kurden. Vom offiziellen DGB-Motto „Vollbeschäftigung und Mitbestimmung" drang wenig durch. Bestimmend waren Parolen wie „BRD raus aus der NATO" „APEL, du Tornado-Schwein..." oder „Türkei-Hilfe Stop".
Während der sterbenslangweiligen Abschlußkundgebung des DGB – es sprach nur die zweite bis dritte sozialdemokratische Garnitur – formierte sich der alternative Zug. Viele hatten allerdings nach mehr als dreistündigem Marsch durch Wind und Regen, während der alternativen Abschlußkundgebung echte Konditionsschwächen und zogen vorzeitig ab, zumal schon um 14 Uhr das Maifest beginnen sollte. Zu diesem Fest, das in diesem Jahr von der gesamten Hamburger Linken einschließlich der DKP getragen wurde, kamen leider lange nicht so viele Besucher wie im vergangenen Jahr: ca. 7000 (1980: ca. 11.000). Gründe dafür sind sicher, daß sich die Bündnisverhandlungen so lange hingezögert hatten, daß für die Werbung und Mobilisierung nur noch wenig Zeit geblieben war und daß die DKP am Vorabend des 1. Mai ein eigenes großes Fest veranstaltete, an dem ca. 3000 Leute teilnahmen.



***

1. Mai in Bremen: An der vom DGB organisierten Demonstration und Kundgebung nahmen deutlich weniger Menschen als in den vergangenen Jahren teil: ca. 6 000.
Von Seiten der Linken hatten zu gemeinsamem Vorgehen und Blockbildung während der Demonstration lediglich die Frauen und die Initiative „der Kinder wegen" aufgerufen. Diese Blocks waren dann auch recht bunt und munter. Die anderen Linken hatten sich, wie's gerade kam, in den Zug eingereiht – mit dem Ergebnis, daß auch vom äußeren Erscheinungsbild die Opposition nicht eben übermäßig deutlich wurde.
Ein vorzeitiger Abmarsch vom Kundgebungsplatz und eine eigene Kundgebung der Oppositionellen war dieses Jahr ebenfalls nicht zustandegekommen, obwohl die Stimmung bei vielen Leuten danach war. Kein Wunder angesichts dessen, was vom Hauptredner Kurt Georgi von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff geäußert wurde: Er verkündete u.a., es sei „höchste Zeit, daß der Bundeskanzler die Zügel seiner politischen Richtlinienkompetenz wieder etwas fester in seine Hände nimmt, damit der sozialdemokratische Atem in der Bonner Regierungspolitik nicht noch ganz und gar verlorengeht" (WK,4.5.). Anschließend an die Kundgebung bis in den Abend hinein fand dann ein Straßen- und Hausfest der Bremer Jugendverbände BDP, Naturfreundejugend und Falken statt.

***

Delmenhorst: Zum zweiten Mal fand in diesem Jahr in Delmenhorst eine Mai-Demonstration unter freiem Himmel statt. Mit gut 300 Teilnehmern, darunter 70 Türken, war das letztjährige Ergebnis nur knapp übertroffen worden. Dabei war das Bild aber vergleichsweise bunter, die Sprechchöre kämpferischer geworden.
Auf der Abschlußkundgebung, die mit einer Schweigeminute für Sigurd

Debus begann, wurden Redebeiträge zur Kriegsgefahr und den Perspektiven unseres Kampfes, zur Situation in der Türkei (2-sprachig) und zu den Massenentlassungen in der pleitegegangenen VKS gehalten. Veranstalter war freilich – wie schon im letzten Jahr – nicht der DGB.

Zur Demonstration unter dem Motto „1. Mai – weltweiter Kampftag gegen Unterdrückung und Krieg" rief ein Bündnis von Initiative „Rock gegen Rechts", Fraueninitiative, BI-Umweltschutz, Wohnungsinitiative, Türkei-Komitee, Antimilitarist(inn)en, Krefelder-Appell Initiative, Buchladenkollektiv ALBUM, KBW, KB, Gruppe Friedenswoche und der Türkische Arbeiterverein auf. Außerdem beteiligten sich die „Grünen", die Falken und die DFG/VK. Die DKP war kurz vor der Demo wegen der „scheinbar, d.h. in den Augen der Kollegen gewerkschaftsfeindlichen Tendenz" der Demo ausgeschieden. Sie beteiligte sich dennoch.

Nach Abschluß der Demonstration und Kundgebung zogen ca. 200 Leute zu den DLW-Festsälen, um diese zu besetzen. (Siehe dazu entsprechenden Artikel)

* * *

Hannover: Bei der DGB-Kundgebung am Klagesmarkt versammelten sich 8 - 10 000 Leute, das sind etwa ebensoviele wie im vergangenen Jahr.

Trotz eines „offenen Briefes an den DGB", unterzeichnet von zahlreichen ÖTV-Funktionsträgern, mit der Forderung, auf das traditionelle „Grußwort" des SPD-Oberbürgermeisters H. Schmalstieg zu verzichten, da dieser allein im letzten Jahr für die Vernichtung von ca. 250 Arbeitsplätzen, für Stellenstreichungen und Sparpolitik im Gesundheitsdienst verantwortlich ist, sagte der DGB nein. Dafür erntete Schmalstieg schrille Pfeifkonzerte.

Zu Beginn der Kundgebung sorgte die Polizei – die erstmalig massiv präsent war – für eine Provokation: Kolleg(inn)en aus der Gewerkschaft „Gartenbau – Landwirtschaft – Forsten" hatten einen Handkarren voll Mist mitgebracht. – Wurfgeschosse sah darin die Polizei. Unter Androhung von Schlagstöcken und dann mit der chemischen Keule überfiel die Polizei zwei Kolleginnen und zwei Kollegen, die daraufhin ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Erst am Schluß der Kundgebung formierte sich der bunte Demonstra-

Erst am Schluß der Kundgebung formierte sich der bunte Demonstra-

tionszug zum 6. Internationalen 1. Mai-Fest am Lister Turm. Das Spektrum – diesmal knapp 100 Gruppen und Organisationen in seltener Einigkeit – von SB, Falken, Industriepfarramt, Glocksee, Antifa-AG, Schwule, Frauen-AE Kornstraße, über EPLF, Devrimci-Yol, ATIF, Internationalismus-Komitees über sämtliche linke Organisationen (mit Ausnahme der DKP), Grüne und sogar die DGB-Gewerkschaft Landwirtschaft-Gartenbau und Forsten, GEW-Betriebsgruppen und die DAG-Jugend.

Es demonstrierten etwa 5 000, davon sicher 1/3 Ausländerorganisationen. Vor dem türkischen Konsulat hielten die türkischen Organisationen eine gemeinsame Protestrede anläßlich der Arbeitspflicht am 1. Mai in der Türkei und des Verbots sämtlicher 1. Mai-Demonstrationen. Anschließend wurde ein Kranz niedergelegt „Für die Opfer des Terrors der türkischen Militärdiktatur".

Das Open-air-Fest mit breitem Kulturprogramm (insgesamt 23 Gruppen auf drei Bühnen) besuchten trotz wechselhaftem April-Wetter weit über 10 000 Leute. Im Festzelt des DGB blieben diesmal nur etwa 1 000 Kolleg/inn/en.

* * *

Braunschweig: Hier gab es auch in diesem Jahr wieder eine breite AE aus vielen Initiativen und Frauengruppen, den Grünen, KB, KBW, den „Falken", VVN, Braunschweiger Stadtzeitung und vielen anderen. Die DKP, erstmals überhaupt an den Bündnisverhandlungen beteiligt, sprang kurz vor Schluß wieder ab, weil in dem Aufrufflugblatt zur Demo und zum Maifest u.a. auch gegen das im nahegelegenen Bartensleben/DDR geplante Atommüllager protestiert wurde. „Inoffiziell" war die DKP allerdings trotzdem am Maifest beteiligt. An der erstmals vom DGB in Braunschweig durchgeführten Demonstration beteiligten sich 1 500 Menschen; auffallend waren ein starker IGM-Block, ein Türkenblock (Dev. Yol) und zahlreiche, aber vereinzelte Transparente von Initiativen. Am Maifest nahmen etwa 3 000 Menschen teil, ähnlich viele wie im vergangenen Jahr.

* * *

Göttingen: Insgesamt haben ca. 1 500 Leute demonstriert, davon ca. 400 im oppositionellen Block. (Vergleichszahlen von 1980: 4 000 Demonstranten, davon 1 000 im alternativen Block).

Wie immer hatte der DGB eine große Anzahl Ordner beschäftigt und erstmals zur zusätzlichen Behinderung des oppositionellen Blocks am Ende der Demo einen Lautsprecherwagen mitgeführt. Ohne eine breite Frauenaktionseinheit wäre auch der oppositionelle Block völlig substanzlos geblieben. Die „Frauen gegen Krieg" führten mit einem sehr schönen Transparent und Masken den oppositionellen Block an. Einige Verkleidungen und Symbole zum § 218 und ein sehr schönes Transparent für ein Kinderhaus in Göttingen waren weitere Lichtblicke.

Ein Bündnis von ca. 10 Frauengruppen hatte einen eigenen Frauenaufruf „Ent-Rüstet Euch! Frauen gegen Krieg und Militarismus!!" unterzeichnet und dazu aufgerufen, „ungebetenen Gästen" einen Besuch zu erstatten: Die CDU Frauenvereinigung hielt just am 1. Mai in der benachbarten Stadthalle ihre Bundesdelegiertentagung ab unter dem Motto „Menschliche Zukunft in Partnerschaft". Als Partner sollten Kohl und Albrecht zu Wort kommen. Die Frauen führten deshalb noch vor Ende der DGB-Kundgebung einen Demonstrationszug zur Stadthalle an. Mit großem Polizeiaufgebot (sogar ein Wasserwerfer stand bereit) wurde der Zug vor dem eigentlichen Ziel gestoppt. Frau hielt hier eine Kundgebung (Kriegsgefahr und 218) und löste sich auf, nachdem eine USA-Flagge verbrannt wurde.

* * *

Duisburg: In Duisburg fand in diesem Jahr die zentrale Mai-Kundgebung des DGB statt mit Kanzler Schmidt und H. O. Vetter als Hauptrednern. Schmidts Rede bestand ausschließlich aus Werbung für die derzeitige Bonner Politik: unter den Folgen des „wirtschaftlichen Strukturwandels" hätten nun einmal alle gleichermaßen zu leiden; oberstes Gebot sei die Erhaltung des „sozialen Friedens", der 4,9%-Abschluß in der Metallindustrie in diesem Sinne lobenswert; es folgten die bekannten Sprüche über die Notwendigkeit von AKWs; besonderes Gewicht legte Schmidt auf die „Erhaltung des militärischen Gleichgewichts", um zu verhindern, „daß uns das passiert, was den Ungarn passierte, den Tschechoslowaken, den



Afghanen". In die gleiche Kerbe haute auch Vetter: „Wer bei den Amerikanern Pershing 2 sagt, muß bei den Russen SS 20 sagen." Insbesondere Schmidts Rede wurde an solchen Stellen durch ein ohrenbetäubendes Hup- und Pfeifkonzert unterbrochen. Um den Lärm selbst unbeschadet zu überstehen, hatten sich viele der „Krawallmacher" nicht nur mit Trillerpfeifen, sondern auch mit Ohropax ausgerüstet. Zu den vielen Gewerkschaftern, die so ihrem Zorn über die Kanzlersprüche Luft machten, hatten sich auch 300 Leute aus der Duisburger Hausbesetzer-Szene gesellt, die vor allem gegen die Verhaftung von 161 Demonstranten am Vorabend des 1. Mai protestierten (vgl. den Artikel dazu auf den Wohnungskampf-Seiten). Die Proteste veranlaßten Schmidt und Vetter zu hemmungslos anti-kommunistischen Tiraden: die Kritiker sollten doch „nach Ost-Europa gehen, statt unsere Freiheit hier zu mißbrauchen" – so Schmidt; und Vetter: „In Polen wärt ihr schon längst weggeblasen."

* * *

Kassel: Der DGB veranstaltete seinen traditionellen langweiligen Sternmarsch mit abschließender Kundgebung. Es beteiligten sich ca. 4 000 Leute, darunter ein bescheidener linker Block. Zum erstenmal seit Jahrzehnten gab es am 1. Mai eine ernstzunehmende linke Alternative zu den DGB-Aktivitäten. „Rock gegen Rechts" veranstaltete ab 14 Uhr ein Fest. Neben breitem Musik- und Theaterprogramm informierten Initiativen über ihre Arbeit. 1 300 Besucher ließen das Fest zu einem vollen Erfolg werden.

* * *

Frankfurt: Der DGB gab die Teilnehmerzahl seiner Demonstration mit 12 000 an, was aber sicher zu hoch gegriffen ist. Es demonstrierten deutlich weniger Menschen als im letzten Jahr. Die Masse der Teilnehmer stellten die türkischen linken Organisationen, die mit Transparenten gegen Folter und Militärdiktatur und gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung das Bild bestimmten. Sämtliche DGB-Redner griffen scharf das von der türkischen Militärjunta verhängte Demonstrationsverbot am 1. Mai an. Überhaupt waren die offiziellen Reden teilweise recht radikal gehalten: IG-Chemie-Vorstandsmitglied Vitt warnte davor, zugunsten des Rüstungshaushalts Sozialleistungen einzuschränken, der örtliche DGB-Chef Kiesewetter bekam Beifall für seinen Hinweis auf die Gefährlichkeit der Neonazis. Das Thema Startbahn-West wurde von den Rednern allerdings ausgeklammert. Während 16 DGB-Ortskartelle aus dem Kreis Groß-Gerau als Zeichen ihrer Solidarität am Vorabend des 1. Mai im besetzten Waldhütten-Dorf eine Veranstaltung durchführten, veröffentlichte der DGB Hessen in seiner Mai-Zeitung eine ganzseitige Anzeige der Flughafen-AG.

Nach einigem Hin und Her hatten sich Frauen aus der autonomen Frauenbewegung und Frauen aus der DFI, der ÖTV und der Postgewerkschaft auf einen Frauenblock während der DGB-Demo geeinigt. Der Block war dann zwar nur klein und von den autonomen Frauen „majorisiert", aber bunt und laut.

* * *

In Nürnberg nahmen ungefähr 7000 Menschen an der Demonstration und Kundgebung des DGB teil. Besonders kämpferisch waren, wie in den vergangenen Jahren auch, die Blöcke der ausländischen Kollegen, allen voran die Türken. Einen gemeinsamen Block der Linken gab es dieses Jahr leider nicht – Transparente von AKW-Gegnern, Hausbesetzern, Kriegsdienstverweigerern, Frauengruppen und Schwulen waren im DGB-Zug verstreut zu finden. An der Spitze der DGB-Demonstration marschierten nicht nur die Gewerkschaftsspitze, sondern auch 'unsere' SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt und Egon Lutz, Lilo Seibel aus dem Europaparlament, und zum Schluß sogar noch „unser" Willy Brandt, der Hauptredner.

Auf dem Kundgebungsplatz dominierten Transparente gegen die Aufrüstungspolitik und gegen die Militärdiktatur in der Türkei: "Nobelpreisträger Willy, nimm' Stellung: Ihr sagtet, wir würden den Frieden wählen – bekommen wir Tornado und Atombomben" und "Willy, nimm' Stellung: du lebst, weil du in Norwegen Asyl bekamst. Sollen die türkischen Antifaschisten nicht leben?" DGB-Chef Ranzensberger eröffnete die Kundgebung mit einer Rede, die sich schwerpunktmäßig mit den Nürnberger Massenverhaftungen beschäftigte. Um von vornherein 'keine Mißverständnisse' aufkommen zu lassen, mußte er sich erst einmal distanzieren:"Wir sind gegen jede Gewaltanwendung, gegen Sachen, wie gegen Menschen. Jeder von uns möchte sich sein bißchen Eigentum –ob Häuschen, Wohnung oder Auto– nicht von Rowdies kaputtmachen lassen. Wer sich daran vergreift, gehört bestraft!" Nach diesen klaren Worten kritisierte er dann die Massenverhaftungen: bestraft gehört seiner Meinung nach auch, wer junge Menschen wie eine Herde Vieh zusammentreibt und über's Land verteilt in Gefängnisse sperrt. Die Verantwortlichen –so seine Forderung– müßten von ihrem Posten entfernt werden. Willy Brandt versuchte sich in seiner Rede im alten Gewand des 'Friedenskanzlers' zu profilieren: die Bundesrepublik solle sich nicht mehr als unvermeidlich in das internationale Waffengeschäft verstricken lassen; aus dem schrecklichen Widerspruch zwischen Weltrüstung und Welthunger ergäben sich zusätzliche Gefährdungen für den Weltfrieden. Er brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, daß die 80er Jahre zu einem weiteren Jahrzehnt der Aufrüstung werden, stattdessen sei Abrüstung notwendig, "wenn wir nicht riskieren wollen, daß die wahnwitzigen Militärmaschinen außer Kontrolle geraten und Teilstücke der Welt uns um die Ohren fliegen."

Diese Fülle von geheucheltem Pazifismus ging verständlicherweise einer ganzen Reihe von Kundgebungsteilnehmern auf den Geist: ein Pfeiff- und Buhkonzert, u.a. organisiert von einer ca. 500 Personen starken Gruppe der MG (Marxistische Gruppe), hatte schon Ranzensberger bei seiner Rede einige Male aus dem Konzept gebracht, und brachte nun auch Willy Brandt außer Fassung, so daß ihm einige gar nicht so jugend-dialog-freudige Worte über die Lippen kamen: recht väterlich hieß es zunächst noch: "Hier gibt es einige Schreihälse, die glauben, der 1.Mai wäre ein Tag des Spektakels – schämt euch!". Doch dann wurde er deutlicher: die Gegendemonstranten würden'das Geschäft der Reaktion' betreiben, und er brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, daß sich die Gewerkschafter so lange von einigen wenigen auf der Nase herumtanzen lassen. Ranzensberger konnte ihm da nur beipflichten: "Verbohrte Chaoten, mit denen man nicht diskutieren kann!"

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung zogen noch 200 Leute zur Justizvollzugsanstalt, um gegen die Inhaftierung von 18 Hausbesetzern zu protestieren (s. Artikel in diesem AK). Am Nachmittag gab's dann das schon traditionelle, diesmal leider etwas verregnete Mai-Fest im Kulturladen Nord. Das Lateinamerika-Komitee spielte das Theaterstück 'Terror' und sammelte für Waffen für El Salvador.

* * *

In München kamen 6000 Menschen zur Kundgebung des DGB auf den Marienplatz. Zu einem 'Eklat' kam es, als Oberbürgermeister Kiesl (CSU) sein 'Grußwort' vortragen wollte. Ein andauerndes Pfeifkonzert sorgte dafür, daß es praktisch nicht zu verstehen war (Kiesl war, nachdem er 1979 den DGB scharf angegriffen hatte, im vergangenen Jahr nicht 'eingeladen' worden). Der DGB-Kreisvorsitzende Mittermüller hatte natürlich nichts besseres zu tun, als gegen diesen Protest anzustänkern:"Möge jeder, der gepfiffen hat, sich prüfen, ob dies Ausdruck eines demokratischen Verständnisses war."

Im Anschluß an die Kundgebung hatte das 'Türkische Solidaritäts-Komitee' zu einer Demonstration aufgerufen, an der sich ca. 1500 Menschen beteiligten und die sich gegen das Verbot der öffentlichen 1.Mai-Feiern in der Türkei richtete. ("MM" und "SZ", 2.5.81)

Bamberg: An der DGB-Demo beteiligten sich etwa 400 Leute, etwa ebensoviele wie in den vergangenen Jahren, diesmal allerdings aufgeteilt in drei einzelne Demonstrationszüge – keine positive Neuerung. Von den 6 000 Metallern, die sich noch kürzlich am Warnstreik beteiligt hatten, war nach Steinkühlers „Kompromißabschluß" so gut wie keiner gekommen. Die über die Demozüge verteilten oppositionellen Transparente („Krieg dem Krieg", Parolen gegen Frauenmilitarisierung und gegen AKWs) konnten nach der Demo ohne Probleme in dem Saal, in dem (wegen Regen) die Abschlußkundgebung stattfand, aufgehängt werden und sorgten neben Sprechchören der „E-Werker" (Besetzer des E-Werks) für kämpferische Stimmung. Erstmals fand dann auch noch ein alternatives Maifest statt, organisiert von den „E-Werkern" als Auftaktveranstaltung einer Kulturwoche „Kultur für alle".

* * *

1. Mai in Westberlin: An der 1. Mai Demo des DGB beteiligten sich ca. 20 000 Menschen.

Zu einem linken oppositionellen Block kam es nicht, da es keinerlei gemeinsame Vorbereitung wie in den vergangenen Jahren gegeben hatte. Jedoch formierten sich innerhalb der DGB Demo kleine oppositionelle Blocks:

- Der Frauenbereich der AL hatte zu einem Frauenblock aufgerufen, an dem sich 400 Frauen beteiligten.
- Der Arbeitskreis Homosexualität in der ÖTV beteiligte sich mit einem schwulen Transparent an dem ÖTV–Block und verteilte ein Flugblatt zu seiner Arbeit.
- Der Schwulenbereich der AL rief zu einem Schwulenblock auf. An ihm beteiligten sich 30 Schwule und vereinzelt Lesben. An der Spitze des kleinen Zuges wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Vorsicht schwul" getragen, sowie während der Demo ein Flugblatt zur Diskriminierung am Arbeitsplatz verteilt.
- Des weiteren beteiligte sich ein Block von ca. 300 Hausbesetzern an der Demo.

Auf der anschließenden DGB-Kundgebung sprachen u.a. der DGB-Landesvorsitzende Sickert und der regierende Bürgermeister Vogel. In seiner Rede forderte Sickert zur Wahl der „demokratischen Parteien" auf und bescheinigte der politischen Führung, sowie den „Kollegen" der Polizei Besonnenheit, die eine weitere Eskalation in der Stadt verhindert habe.

kalation in der Stadt verhindert habe.

Vogel forderte auf, „denen zu widerstehen, die der Gewalt das Wort reden und Vandalismus für Politik halten."

Die Proteste und Pfeifkonzerte ließen dann auch nicht lange auf sich warten, so daß man die Reden nur noch mit Mühe verstehen konnte.

Am Nachmittag bis in den Abend hinein fanden dann noch in einigen Stadtteilen 1. Mai-Feste statt:

- In Charlottenburg wurde es von einem Komitee vorbereitet, an dem sich verschiedene Initiativen, vor allem Ausländergruppen beteiligten.
- Die AL hatte zu einem Fest auf dem Lausitzer Platz in Kreuzberg geladen. Auch hier: viele Informationsstände, Essen und Musik.
- In Wedding machte die SPD ein 1. Mai-Fest. Einzige Attraktion: ein Bierzelt.

»Indercity« besetzt!

Nun geht auch in Frankfurt die Post ab! Obwohl mehr als 20.000 Wohnungssuchende registriert sind und die Dunkelziffer mindestens genauso hoch ist, sprang der Funke der Häuserkampfbewegung erst jetzt in die Mainmetropole über. Am 11. April besetzen ca. 300 Leute das Casino des ehemaligen Eisenbahnausbesserungswerkes im Frankfurter Stadtteil Nied. Diese Aktion war bald in der ganzen Stadt bekannt, sodaß am Abend nochmal ein paar hundert Menschen in das sonst eher müde Kaff kamen. Außerdem verlegte das Sponti-Kulturzentrum „Batschkapp" sein Programm für diese Nacht ins besetzte Casino, und so heizten einige Punkbands die sowieso schon gute Stimmung noch weiter an. Das breite Interesse machte eine dauerhafte Besetzung möglich. Diesmal konnte die Bullizei nicht wie schon so oft in Ffm nach wenigen Stunden wieder gewaltsam räumen.

Die rund 60 Dauerbesetzer begannen sofort mit der Renovierung der alten Betriebskantine, deren obere Etage als Wohnraum, die Halle im Erdgeschoß jedoch für Veranstaltungen aller Art genutzt werden soll. **„FREILAND INDERCITY"**, wie es die Besetzer nennen, ist ein ca. 140.000 qm großes Gelände, ein Dschungel aus verwilderten Bäumen, Büschen und Sträuchern. Dazwischen liegen halbzerfallende, riesige Fabrikhallen, alte Villen und zahlreiche kleinere Gebäude. Ein Teil dieser Häuser wird von den Besetzern auch schon renoviert, später will man darin wohnen.

Es geht aber nicht nur darum, Wohnraum zu schaffen, vielmehr soll Indercity ein Zentrum politischer und kultureller Aktivitäten werden. So ist geplant, ein Kinder- und Jugendzentrum, einen Abenteuerspielplatz, eine Gartenkneipe, ein Ökozentrum sowie verschiedene Werkstätten zu errichten. Schon heute gibt es im Casino eine Kneipe, auch ein „Schwarzes Cafe" und ein „Indercity-Cafe" haben vor kurzem eröffnet.

Auch andere Initiativen beteiligen sich inzwischen aktiv an der Instandbesetzung. Mitglieder des Antifa-Arbeitskreises Höchst, der Falken und der Höchster Initiative gegen die Startbahn-West wollen ein weiteres Gebäude als Initiativentreffpunkt ausbauen.

Die Renovierungsaktivitäten fanden bei der Anwohnerschaft reichlich Zustimmung, zumal seit über 10 Jahren der Verfall des Geländes jedem ins Auge sticht. Also brachten manche Nachbarn erst mal Kuchen vorbei, um ihre Sympathie mit der Aktion und den „Tätern" zu bekunden. Auch mit einem Eisenbahnerverein, der einen Teil des Grundstückes gepachtet hat und dort alte Lokomotiven restauriert, konnte sich gütlich geeinigt werden.

Schwierigkeiten gibt es allerdings (wie sollte es auch anders sein) mit den Besitzern. INDERCITY „gehört" mehreren Gesellschaften, darunter auch der Bundespost, die dort eine Fernmeldezentrale für das europäische Ausland bauen will und anscheinend stark an den unter dem Gelände gelegenen Bunkern interessiert ist. Dieses Projekt, das erst jetzt plötzlich bekannt wurde, soll aber frühestens 1983 angegangen werden. Die Besetzer und der Frankfurter Kulturverein e.V. verhandelten deshalb mit der Oberpostdirektion (OPD) über einen Nutzungsvertrag. Die OPD lehnte einen solchen ab, der Personalrat des Frankfurter Hauptpostamtes befürwortete dagegen diese Lösung. Auch die Frankfurter Grünen haben sich mit den Besetzern solidarisiert und fordern, daß die OPD ihre Pläne über die weitere Nutzung des Geländes offenlegt.

Die Post befindet sich momentan in einer Zwickmühle: Einerseits muß sie befürchten, daß eine Räumung momentan unnütz wäre, da erst für ein Haus eine Abrißgenehmigung erteilt ist und das Gelände auf Dauer nur durch ein riesiges Polizeiaufgebot vor erneuter Besetzung geschützt werden könnte. Andererseits werden die Besetzer in der Öffentlichkeit immer mehr Sympathien finden, wenn nicht „bald was passiert". Dann wird es noch schwieriger, die Menschen vom Gelände zu knüppeln. Frankfurts Oberbürgermeister und Krawallmann freilich läßt bundesweit alle Verbindungen spielen, um möglichst bald „aufräumen" zu können. Momentan fährt die OPD die juristische Schiene, d.h. sie hat eine Räumungsklage eingelegt. Eine der anderen Eigentümergesellschaften hat allerdings gegen die Besetzer Strafanzeige gestellt.

Inzwischen hat FREILAND INDERCITY einseitig seine Unabhängigkeit erklärt. Vom 1.–3. Mai wurde ein rauschendes „Unabhängigkeitsfest" gefeiert, mit zig Musikgruppen, Theater, Pantomime usw. Bier und Äbbelwoi flossen in Strömen. MEHRERE TAUSEND(!) Sympathisanten feierten mit.

Insgesamt wurde in deutlichem Unterschied zu den Besetzungen (bzw. Versuchen) der letzten Zeit in Frankfurt eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet. INDERCITY ist in aller Munde, beliebt und genau das, was diese Stadt braucht. Von einer Räumung des Geländes wird dringend abgeraten!

KB/Gruppe Frankfurt
Stadtteilgruppe Nied



Einseitige Unabhängigkeitserklärung des Freilandes Indercity gegenüber der Bundesrepublik Deutschland

Im Bewußtsein seiner Verantwortung angesichts aller geräumten und besetzten Häuser und den Menschen, die darin leben und gelebt haben; von dem Willen beseelt, seine regionale, nationale und internationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem befreiten Europa dem Unfrieden in der Welt zu dienen, hat das bunte Völkchen von Indercity mit den schon befreiten Gebieten und Häusern aller, derzeit noch von Spekulanten und anderen lebensfeindlichen Elementen beherrschten Länder, kraft seiner freischwebend-schillernden und befreienden Gewalt, diese Unabhängigkeitserklärung für das Gebiet des Freilandes Indercity beschlossen. Es hat auch für jene Menschen gehandelt, denen mitzuwirken bisher noch versagt war und ist.

Wir, die Besetzer, erklären hiermit auf Allerschärfste unsere Unabhängigkeit von der BRD und deklarieren das von uns befreite Gebiet zum Freiland Indercity.

Schwerwiegende, unseres Erachtens irreparable gesellschaftliche Zustände innerhalb der BRD bewogen uns zu diesem Schritt: Die hiesige Gesellschaft, repräsentiert durch ihre Politiker, wird allem Anschein nach von der allseits bekannten Midlife crisis geplagt und kompensiert ihre unbearbeitete Angst vor dem Älterwerden und ihre Trauer über die verlorene Jugend durch unkontrollierten Terror und Gewalt. Wir, bis vor kurzem verdammt zur Entscheidungsunfähigkeit zwischen den Polen Coca-Cola und Pepsi-Cola, können und wollen dieser Menschenfeindlichkeit nicht länger zusehen, geschweige sie tagtäglich ertragen, weil

- *uns unser Gewissen plagt, wenn wir Lenor als Weichspüler benutzen sollen*
- *Bäume pflanzen, Häuser bauen, Kinder zeugen nicht den alleinigen Sinngehalt des Lebens ausmacht*
- *der Stereoton nicht das Ende der Monotonie ausmacht*
- *der Strand nicht erst am Mittelmeer beginnt*
- *die Wissenschaft Berge von Menschen unter die Erde versetzt*
- *immer nur die Dummen arbeiten und sparen*
- *wir auf den Straßen mehr unter den Rädern liegen, als auf den Rädern sitzen*
- *Freiheit nicht „freie Fahrt für freie Bürger" heißen kann und wirs nicht mehr raffen, den Geschmack von Freiheit und Abenteuer über ne Marlboro schmecken zu sollen*
- *wir es leid sind, schöne Erinnerungen kaufen zu müssen*
- *was passieren soll, wenn was passiert*
- *Krankheit kein ausschließlich pharmakologisches Problem ist*
- *wir unseren dicken Hals nicht einfach weggurgeln können*
- *die Bundesrepublik Deutschland zuviel Reiz- und Bitterstoffe enthält*
- *wir unversehrte Natur nicht nur in den Ferien erleben wollen*
- *wir nicht zu den Millionen gehören, die sich bezahlt machen*
- *unsere Freunde und Helfer andere sind als die Polizei*
- *sich Lebensraum nicht in Quadratmetern messen läßt*
- *wir lieber klug fragen als dumm zu antworten*
- *wir länger als 1000 und eine Nacht träumen wollen*
- *unser Verständnis von Lebensqualität nicht in bunten Farben auf der Stange hängt*
- *glückliche Kindheit nicht durch Versicherungen gesichert werden kann*
- *wir nicht mehr kaufen wollen um zu sein*

weil...weil...weil...weil wir endlich leben wollen ohne Schrekken, Angst und Grenzen!

Polizei macht Jagd auf Demonstranten

Aachen: Letzten Donnerstag, den 3o.April, stürmten Bullizisten aus Köln und Aachen das besetzte Haus im Alexianergraben. Die Hausbesetzer lagen z.T. noch in den Betten, da waren die „Beamten" schon mit Brechstangen, Hämmern, Feuerlöschern, Gummiknüppeln und Chemical Mace, Film – und Fotogeräten in ihren Zimmern. Wer keinen Ausweis hatte, wurde festgenommen.

5 von 11 Leuten nahm die Polizei mit.

Noch am selben Tag protestierten ca. 25o Leute gegen die Räumung. Zum Abschluß drangen die Demonstranten ins Rathaus ein. Dabei trat ein Polizist einem Demonstranten in die Eier.

HAUSBESETZER SOLLEN BEZAHLEN

Bei der Staatsanwaltschaft läuft ein Verfahren gegen die Besetzer des Alexianergrabens 2 wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Die Hausbesitzerin, die Brauerei „Stella Artois", hat die Anzeige gestellt, um die Hausbesetzer zu erpressen. Sie will, daß die Hausbesetzer für „etwaige Schäden im und am Haus" und „bautechnische Absicherungen – darunter eine Stahltür bezahlen. Zahlen sie, zieht die Brauerei die Anzeige zurück.

CHEMICAL MACE VOLL INS GESICHT

Am Samstag (2.Mai) war wieder eine Demonstration von 15o Leuten gegen die Wohnungsnot und die Räumung des Alexianergrabens. Dabei griff die Polizei einen Demonstranten aus der Menge heraus, den sie meinte, beim Parolensprühen beobachtet zu haben.

Ein Mannschaftswagen fuhr langsam an der Demonstration entlang. Ein Oberbulle, der immer nett mit den Demonstranten klönt, zeigte auf den Demonstranten und schon stürzten die Bullen aus dem Mannschaftswagen. Ein Motorradbulle ließ seine Karre fallen und sprühte voll auf die Demonstranten , ebenso die Bullen aus dem Mannschaftswagen. Dann stürzten sie auf den Demonstranten los. Es gelang nicht, Ketten zu bilden, und die Bullen konnten den Demonstranten herausholen. Auf dem Rückweg sprühten sie wieder ChemicalMace. Und das aus nächster Nähe (50cm) und voll ins Gesicht. Das zeigt übrigens auch ein Bild der „Aachener Nachrichten". Mindestens 1o Leute wurden von Chemical Mace getroffen, 5 oder 6 mußten anschließend in die Klinik. Im Anschluß an die Demonstration wurde wieder ein Haus besetzt (in der Hauptstraße 4). Von Aufgeben kann also trotz aller Schikanen nicht die Rede sein.

Eine Genossin aus Aachen

Hausbesetzer bekommen Mietverträge

In Aachen stehen 144 Häuser leer. 3 Häuser sind besetzt, und ein Haus hat inzwischen einen Mietvertrag bekommen.

Am 21.April war das Haus Promenadenstr. 44 besetzt worden, das mehr als 3 Jahre leer stand.

Zum Erstaunen der Instandbesetzer kam am ersten Morgen nach der Besetzung statt der Polizei der Hausverwalter und setzte sich mit den Forderungen der Besetzer auseinander. Für die Besetzer war es natürlich ungewohnt, auf Verständnis zu stoßen. Schließlich wurde ein Mietvertrag abgeschlossen. 1o bis 13 Leute können in dem Haus für 7oo DM wohnen.

Der Stadt paßte das natürlich nicht, ist doch eines ihrer Häuser besetzt (Johanniterstraße). So fragte die Polizei immer wieder beim Hausverwalter nach, wann sie endlich räumen „dürfe", und ob er denn überhaupt wüßte, was für kriminelle Leute da von ihm einen Mietvertrag bekommen sollten. Doch der Verwalter ließ sich nicht beeindrucken.

MIETVERTRÄGE AUCH FÜR DIE ANDEREN BESETZTEN HÄUSER !

Ein Genosse aus Aachen



Polizeiknüppel statt Jugendzentrum Delmenhorst

Samstag, 2. Mai: Vertrieben aus den tags zuvor besetzten DLW-Festsälen waren über 100 Delmenhorster Jugendliche gezwungen, ihr Fest auf der Straße zu feiern. Als die Rockband schon eingepackt hatte, das Fest sich langsam auflöste, trat überraschend spät, aber dafür umso brutaler die Polizei auf den Plan: Streifenwagen preschten mit hoher Geschwindigkeit in die Menschenmenge und jagten die Leute in Schlangenlinien fahrend vor sich her. Scharfe Polizeihunde wurden entsichert auf Jugendliche gehetzt und 5 Leute willkürlich festgenommen. Ein zuvor durch den Bullenwagen Verletzter wurde im Krankenhaus mit Knüppeleinsatz den behandelnden Pflegern gegen deren Widerstand unter den Händen weggeschleift.

Offensichtlich soll die knallharte Linie in der Bekämpfung der Jugendbewegung von der hier herrschenden Handvoll besonders geltungssüchtiger Kleinstadtbürokraten nach Delmenhorst geholt werden. Und zwar auf Teufel komm raus, denn die Delmenhorster Jugendbewegung hatte bisher einen vergleichsweise friedlichen Verlauf genommen.

Begonnen hatten die neuen Aktionen Jugendlicher in Delmenhorst mit der Besetzung der DLW-Festsäle am Freitagmittag. Rund 100 Besetzer begannen sofort ihre Vorstellungen von einem dringend gebrauchten Kulturzentrum in die Tat umzusetzen. Sie planten Veranstaltungen, vereinbarten Rockkonzerte, malten Plakate. Für den gleichen Abend wurde ein Fest vorbereitet.

Notwendig geworden war die Besetzung, nachdem klar war, daß die Stadt die Säle zum Ende des Jahres aufgeben will, und schon ab Mai keine Veranstaltungen mehr zuläßt. Damit waren „Rock gegen Rechts"-Veranstaltungen, türkische Feste, Frauenfeste usw. in akute Gefahr geraten.

Ziel der Besetzer war ein Kulturzentrum. Aber mitten in die ersten Aktivitäten platzte schon ein Drohbrief der Stadt. Gleichzeitig wurde von der Polizei der Zugang zu den Sälen abgesperrt. Die gewaltsame Räumung wurde angedroht. Als am Abend des 1. Mai endgültig deutlich wurde, daß ein beträchtliches Aufgebot inklusive Bereitschaftspolizei zusammengekarrt worden war, gaben die Besetzer auf. Aus ihrem Abzug entwickelte sich ein kämpferischer Demonstrationszug von 200 Leuten quer durch die Stadt zu einem Jugendfreizeitheim, wo die Jusos ihr Maifest zum Solidaritätsfest mit den Besetzern erklärt hatten.

Am folgenden Sonnabend organisierten die Jugendlichen den ganzen Tag Agitation und Straßenfest in der Fußgängerzone. Darunter auch ein illegales Rockkonzert von 18 - 20 Uhr. Zivilbullen beobachteten das Geschehen die ganze Zeit. Ihnen war sicherlich nicht entgangen, daß schließlich beschlossen wurde, friedlich nach Hause zu gehen. Genau daraufhin kam es zum Terroreinsatz der Polizei.

Nach den ersten Festnahmen zogen alle vor das Bullen-Hauptquartier, um dort bis auf die Freilassung des Letzten zu warten. Zwischendurch provozierten allerdings die Bullen erneut: Zwei weitere Festnahmen waren das Ergebnis, Hunde und Knüppel kamen erneut zum Einsatz.

Daß die Haltung der Stadt in bezug auf die alten Säle zunächst hart bleiben würde, war schon länger klar. Schließlich gibt es neue, für Jugendliche allerdings finanziell unerreichbare Saalbauten, in deren Gesellschafterrat die Chefbürokraten selber sitzen. Die sollen jetzt stärker bezuschußt werden, sonst nichts. Daß die Stadt Delmenhorst daraus aber auch härteste Konsequenzen in der Bekämpfung der Jugendbewegung ziehen würde, überraschte etwas. Anscheinend schätzt die Stadtverwaltung den Interessengegensatz so scharf ein, daß Krawalle unvermeidlich sind (sie muß es ja wissen!). Und sie hat es vorgezogen, diese so früh wie möglich zu inszenieren. Daß die Polizei dabei gleich so überzieht, entspricht wohl kaum dem Plan. Schon hat die bürgerliche Presse ihre Spalten für die Kritik eines Ermittlungsausschusses der Bewegung geöffnet. Für eine Demonstration am 6. Mai hat sich ein recht breites Bündnis zusammengefunden (Initiativen, Grüne, DKP, KBW, KB sowie Falken und einzelne SPD-Mitglieder). Und diese Demo war mit 500 Leuten, vor allem Jugendliche, sehr groß: Bei vorangegangenen Jugenddemos war vergleichsweise nur ein Viertel der Leute dabei. Ein wesentlicher Beitrag zu diesem Erfolg war wohl die offensive Reaktion der vom Polizeieinsatz Betroffenen: Über 10.000 (!) Flugblätter mit Ermittlungsergebnissen, Hintergrundberichten zu den Vorfällen und zum Demoaufruf wurden von fast 30 engagierten Leuten unters Volk gebracht.



KB/Gruppe Delmenhorst

Binnen einer Woche — drei Häuser besetzt

„In Dortmund wird es keine Hausbesetzungen geben", so eine nicht repräsentative Äußerung des Dortmunder Stadtoberhauptes G. Samtlebe, vor nicht allzu langer Zeit. Aber wie man sich doch täuschen kann.

Am Freitag, dem 24.4., um 22.00 Uhr, besetzten 40 Wohnungssuchende und Instandbesetzer das seit dem vergangenen November leerstehende Haus Helmutstraße 35 in Dortmund-Dorstfeld. Auf einem Flugblatt riefen die Instandbesetzer zur Solidarität und Unterstützung auf. Mehr als 100 Menschen kamen sofort. Über 500 waren es bis weit nach Mitternacht. Mit Musik wurde der Erfolg ein wenig gefeiert und die angespannte Stimmung (wird nun gleich geräumt oder nicht?) lockerte sich auf. Das Haus, noch weitgehend intakt, wies schon einige Zerfallserscheinungen und mutwillige Zerstörungen seitens des Eigentümers auf (erst kürzlich waren die Heizungen entfernt worden). Da das besetzte Haus einerseits Wohnraum für Wohnungssuchende bieten soll, andererseits ein freies Jugend- bzw. Nachbarschaftszentrum angestrebt wird, wurde ein sofortiges Instandsetzen notwendig.

1. Mai — Tag der Hausbesetzungen

Genau eine Woche später, am 1. Mai, schritt die DSH (Dortmunder Selbsthilfe) zur Tat. Sie besetzte das Haus Jakobstraße 1, in Dortmund-Lindenhorst. Seit März diesen Jahres steht die DSH bezüglich des Hauses mit der Stadt in Verhandlungen, Renovierungsarbeiten waren längst begonnen, als die Stadt der DSH ein anderes, total verfallenes Haus, als Zwischenlösung offerierte.

Diese Verzögerungs- und Hinhaltetaktik seitens der Stadt machte es für die Betroffenen erforderlich, auch ohne formalen Mietvertrag in das Haus einzuziehen.

Ebenfalls am 1. Mai wurde aufgrund des nicht zu bewältigenden Andranges auf das Haus Helmutstraße 35 kurzerhand das in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Haus Wörthstraße 22 in Besitz genommen.

Die Stadt — überrascht?

Auf diese doch recht sprunghafte Entwicklung reagierte die Stadt Dortmund, die Eigentümerin der Häuser, auf zweierlei Weise. Über Ultimaten wird die Drohung ausgesprochen, die Häuser gewaltsam räumen zu lassen. Über Erklärungen versuchen SPD und CDU den Eindruck zu erwecken, daß eine zwischenzeitliche Nutzung leerstehender Häuser möglich sei. Allerdings *„lehnen beide Ratsfraktionen die Vermietung an Hausbesetzer ab. Die CDU stellte dazu fest, daß Leute, die sich ihr vermeintliches Recht gewaltsam nehmen, nicht besser gestellt werden dürften, als andere, die beim Wohnungsamt nachfragen. Die SPD bekräftigte ihren Standpunkt, daß Hausbesetzungen rechtswidrig sind und nicht durch Duldung unterstützt werden dürften"* („WR", 29.4.).

Aller Verhandlungsbereitschaft in den Reihen der Besetzer zum Trotz, die Linie der Stadt ist klar. **„Wir haben ein Konzept ausgearbeitet. Wenn unsere Argumente nicht gehört werden, müssen wir eben räumen lassen!"** (SPD-Fraktionschef Schäfer lt. „WAZ" vom 4.5.).

Wenn auch die bisher aufgestellten Ultimaten ergebnislos verstrichen sind, die Stadt Dortmund erteilte nach Ablauf des letzten Ultimatums der Bullizei den Auftrag, die Gebäude zu räumen. Der Zeitpunkt ist der Bullizei überlassen worden (lt. „WR" vom 5.5.).

Instandbesetzt — was nun?

Angesichts dieser, seit Anfang der Besetzung, im Raume stehenden Bedrohung, bildete die Entwicklung und Verbreiterung einer Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit, neben der Renovierung und Instandsetzung, einen wichtigen Strang der Arbeit.

Über eine bisher recht gut laufende Pressearbeit (zumindest die „WAZ" berichtet recht sympathisch) wurde, zumindest ansatzweise, die Dortmunder Wohnungsproblematik einer breiteren Öffentlichkeit sichtbarer. Die konkret aufgestellten Forderungen (Nutzungsverträge, Mieten entsprechend den eigenen erbrachten Leistungen, Aufgabe der Bebauungspläne seitens der Stadt/weitere

Fortsetzung nächste Seite

45 Minuten lang ein Haus besetzt

Wilhelmshaven: Aus einer Liste von 2o leerstehenden Häusern wurde ein ehemaliges Bankgebäude für die Besetzung ausgesucht, ein ideales Haus in der Stadtmitte für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum o.ä. Am 3o.4. verschafften sich ca. 2o Leute aus verschiedenen Initiativgruppen Einlaß und besetzten das Haus. Noch bevor die Besetzung im nahegelegenen Kommunikationszentrum PUMPWERK und auf einer Juso-Veranstaltung zum Thema „Häuserkampf" bekanntgegeben wurde, waren schon 2o bis 3o Bullen da und begannen zu räumen. Die Situation für die Besetzer schien aussichtslos – zumal, wie sich herausstellte, nicht die Stadt, sondern das Land Besitzer des Hauses war, und die Bullen somit Hausrecht hatten. Nach einer kurzen Besprechung entschied sich die Mehrheit für einen freiwilligen Rückzug. Alle Besetzer wurden erkennungsdienstlich behandelt. Inzwischen hatten sich über 15o Demonstranten vor dem Haus eingefunden und besetzten die Kreuzung. Nach einmaliger (!) kurzer Aufforderung begannen die sichtlich nervösen Bullen brutal einzuschreiten – ihre Methoden reichten vom „nur" an den Haaren zerren bis zum Einsatz der chemischen Keule. Ein Bulle zog sogar die Pistole, weil „so schneller Ruhe wäre", konnte aber gerade noch von Kollegen zurückgehalten werden. Ein Demonstrant wurde vorübergehend festgenommen, weil er wagte, einen Bullen, der einen Genossen über einen Zaun schmiß, mit „Sie Schwein" zu titulieren. Dies war also das „gewaltlose Ende der Hausbesetzung" – „unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel", wie die reaktionäre „Wilhelmshavener Zeitung" berichtete als sie den Einsatzleiter der Polizei zitierte.

Die Wohnsituation in WHV stellt sich nach außen hin nicht so schlecht dar wie in anderen Städten. Die meisten der bei der Marine Arbeitenden (ca. 5o% der Lohnabhängigen) erhalten über diese recht preisgünstige Wohnungen. Trotzdem sind bei der Stadt ca. 2.3oo Wohungssuchende verzeichnet. Bei den Wohungsbaugesellschaften sind für größere Wohnungen jahrelange Wartezeiten angesetzt. Große Wohnungen für kinderreiche Familien werden systematisch in Eigentumswohnungen umgewandelt. Vermieter selbstfinanzierter renovierter Wohnungen ziehen die Mieten willkürlich nach oben, kein Gesetz unterbindet dies. Im Bebauungsplan sind vorwiegend Einfamilienhäuser vorgesehen. Ausländer und Wohngemeinschaften haben, wie üblich, kaum eine Chance. Ein Jahr suchen ist die Regel; die „Neue Heimat" nimmt überhaupt keine Wohngemeinschaften.

Aufgrund dieser Situation fordern die Besetzer:

- *Freiheit für alle inhaftierten Hausbesetzer!*
- *Kommunale Wohnungsvermittlung zur Beseitigung des Maklerunwesens!*
- *Schluß mit der Vernichtung billigen Wohnraums!*
- *Massive Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus durch die Stadt!*
- *Schluß mit der Wohnungs- und Bodenspekulation in WHV!*
- *Das „Bunte Haus" (als Zentrum) für die Türken!*
- *Ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in WHV!*
- *Das Frauenhaus dem Verein „Frauen helfen Frauen" (und nicht der Arbeiterwohlfahrt)!*

Die Besetzung war als politischer Akt, weniger als Instandbesetzung zu verstehen, obwohl geplant war, sofort eine Teestube einzurichten, um dort z.B. mit Jugendlichen zu überlegen, was alles im JZ passieren soll. Da das nicht gelang, war die Betroffenheit geringer. Viele waren weniger bereit ihren Kopf hinzuhalten für diese politischen Forderungen. Die Jugendlichen, die dringend ein JZ wollen, wurden nicht mit in die Vorbereitung einbezogen. Außerdem wurde die Reaktion der Provinz-Bullen völlig falsch eingeschätzt. Niemand rechnete mit einer sofortigen Räumung, geschweige denn mit solch brutalen Methoden.

Deshalb war auch für die Frauen, die eine Walpurgisnacht-Aktion geplant hatten, nie die Frage aufgetaucht, ihre Aktion zugunsten der Besetzung fallenzulassen. Sie wollten danach gemeinsam im besetzten Haus feiern und Stellung beziehen und die Besetzer unterstützen.

Im Nachhinein wurde die Vorbereitung als zu kurzfristig betrachtet. Es werden jetzt noch mehr Informationen eingeholt, mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet, und Kontakte zu denen verstärkt, als deren Sprecher man sich bezeichnet hat. Auf diese Weise hofft man, eine breitere Basis zu schaffen. Tja, und wenn die Stadt dann nicht auf die Forderungen reagiert, . . .

AK-Leser/innen aus Wilhelmshaven



Seit Freitag nacht: INSTANDBESETZT, Haus Helmutstraße 35 in Dorstfeld

Wohnraumvernichtung) sind letztlich erfüllbare, vergleicht man/frau sie mit den Plänen, die mittlerweile seitens der Rathausparteien vorgelegt werden.

Mit einer Unterschriftenliste wurden bisher mehr als 2500 Unterstützer gewonnen. Der AStA der Universität erklärte sich mittlerweile solidarisch.

Die Resonanz in der unmittelbaren Nachbarschaft der Häuser war und ist mehrheitlich positiv, was auch nicht verwundern kann. Alle drei Häuser liegen in einem Sanierungsgebiet, wo schon mehr Häuser zugemauert sind und verfallen, als Menschen wohnen. So ermunterten einige Anwohner die Instandbesetzer, doch auch die anderen, noch leerstehenden Häuser zu besetzen.

Bei der Renovierung werden die Instandbesetzer von der Nachbarschaft unterstützt. Möbel werden angeboten, ein kleiner Betrieb liefert Fensterscheiben zum Selbstkostenpreis usw. (Ein Kuriosum am Rande. Die Dortmunder Stadtwerke wollen den Instandbesetzern Strom liefern.)

200 bis 300 Menschen demonstrierten am Samstag in der Dortmunder Innenstadt gegen die Wohnraumzerstörung und die Kriminalisierung der Instandbesetzer. Nochmals wurde unterstrichen, daß die Häuser nicht freiwillig geräumt werden.

Bislang wurde nicht geräumt. Dennoch werden sich keine Illusionen gemacht. Und angesichts der noch recht schwachen Dortmunder Instandbesetzer-Bewegung wird seitens der Besetzer auf passiven Widerstand orientiert.

Soll der Kampf gegen Wohnraumzerstörung erfolgreich sein, ist es erforderlich, daß die Bewegung an Breite gewinnt. Mehr als 50 Häuser stehen noch leer!

Für die sofortige Freigabe aller leerstehenden Häuser und Wohnungen! Keine Räumung und keine Strafverfahren gegen die Instandbesetzer!

KB/Gruppe Dortmund

Nürnberg nach dem großen Schlag

Scheinbar herrscht wieder Alltag in Nürnberg. Der Staub, den die Masseninhaftierungen des 6. März aufgewirbelt haben, hat sich weitgehend gelegt, der „Rechtsfriede" (SPD) scheint wieder hergestellt.

Die SPD, kurzzeitig über sich selbst hinausgewachsen, indem sie sich an die Spitze der Proteste zu stellen versuchte, hat sich wieder in Ausschüsse und Parlamente zurückgezogen. Den Gipfel ihrer „Dialogbereitschaft" erklimmt sie heute, wenn sich die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Lutz und Renate Schmidt auf dem 1. Mai-Fest der linken Szene kurz blicken lassen.

Die Medien, besonders die sozialdemokratisch orientierten, die nach dem 5. März mit Dutzenden von Reportern, Kamerateams und klugen Kommentatoren hier auftauchten, tagtäglich das KOMM von innen und außen filmten, Jugendliche interviewten und großes Engagement für die Betroffenen heuchelten, haben jetzt das Interesse am „Fall Nürnberg" verloren. I h r Ziel, nämlich das Vorgehen der CSU zum Wahlkampfschlager für die Westberliner SPD zu machen und die Sozialdemokraten bundesweit mal wieder zum „kleineren Übel" zu stempeln, haben sie erreicht. An den Folgeerscheinungen des 5. März – Einschüchterung, Angst, Rückzug – haben sie ein genauso positives Interesse wie die CDU/CSU. Die Zeit der Schlagzeilen ist also vorbei – obwohl es Gründe genug für Schlagzeilen gibt.

Die Situation hier ist nicht mit der Lage vor dem 5. März vergleichbar. Letztendlich hat die Szene diesen Schlag bis heute nicht verkraftet. Am allerwenigsten die meisten derjenigen, die hautnah davon betroffen waren – die 141. Was sich bei der Mehrzahl von ihnen abgespielt hat und abspielt, kann man nur erahnen, weil sie nichts mehr von sich hören läßt. Es gibt nicht einmal den Ansatz einer Organisierung der direkt Betroffenen, geschweige denn Überlegungen für ein gemeinsames Vorgehen bei den zu erwartenden Prozessen. Die meisten hoffen darauf, irgendwie durchzukommen.

Seit dem 5. März passieren Dinge in Nürnberg, die früher die Szene in Aufruhr versetzt hätten, heute aber – nach außen – nur noch mit einem Achselzucken beantwortet werden. Dahinter verbirgt sich kalte Wut und Verzweiflung, das Gefühl, daß eh alles zwecklos ist: Jeder demokratische Protest erscheint unsinnig, irrsinnig, ja fast lächerlich angesichts der absoluten Nicht-Bereitschaft der Staatsgewalt, ihn in das Kalkül ihrer Politik miteinzubeziehen. Jeder militante Protest beinhaltet die Gefahr, von der ganzen Wucht des Staatsterrors betroffen und vernichtet zu werden – die bislang und wahrscheinlich auf absehbare Zeit letzte Hausbesetzung in Nürnberg hat das gezeigt:

Räumung, Knast, Besuchssperre

Die Besetzung des Hauses Nr. 5 in der Roritzerstraße war von Anfang an eine verzweifelte und letztendlich perspektivlose Aktion. Das Gebäude – eine alte Villa – war seit Jahren ein Streitpunkt zwischen Bürgern und Stadt, eine Besetzung hatte sozusagen historischen Hintergrund. Von daher ging keiner davon aus, daß das Haus länger als einige Tage zu halten sein würde. Die Besetzung hatte also – genau einen Monat nach den Massenverhaftungen – von vornherein mehr den Sinn, die Bereitschaft zu weiteren Aktionen zu dokumentieren und damit deutlich zu machen, daß das Terrorkonzept der CSU nicht aufgegangen war. Also bereiteten sich die Besetzer auf die Räumung vor, verbarrikadierten die Eingänge und zogen sich beim Anrücken der Polizei in den zweiten Stock zurück. Fünf Hausbesetzer harrten sogar stundenlang in eisiger Kälte auf dem Dach aus und kündigten an, bei Räumung des Hauses runterzuspringen. Die Polizei warte-

Fortsetzung nächste Seite

Duisburg: Massenverhaftungen bei Häuserkampfdemonstration

Mit der Festnahme von 160 Menschen übertraf die Duisburger SPD-Polizei sogar noch das Wahnsinns-Ausmaß der Verhaftungen in Nürnberg (KOMM) und in Westberlin (Besetzerrat). Die für den Polizeieinsatz Verantwortlichen haben mit ihrer Verhaftungs-Orgie den Zweck ihrer Übung voll erreicht: eine Demonstration gegen die drohende Räumung des seit Anfang Februar instandbesetzten Bahnhofs in Duisburg-Neumühl wurde verhindert.

Daß die SPD jetzt auch in Duisburg bereit ist, voll die „harte Linie" zu fahren, und sie das immer weniger der CDU/CSU überläßt, läßt Schlimmes ahnen.

Die Vorgeschichte ist vergleichsweise harmlos.

Mitte Februar hatte die Bundesbahn eine einstweilige Verfügung auf Räumung des Bahnhofs erwirkt. Dagegen hatten fünf Instandbesetzer Widerspruch eingelegt. Das Amtsgericht Duisburg-Hamborn lehnte am 22.5. den Widerspruch ab, u.a. mit der Begründung, daß die Instandbesetzer alle einen festen Wohnsitz hätten, somit auch nicht als obdachlos zu betrachten seien. Darüber hinaus wurden den fünf Instandbesetzern Ordnungsgelder in Höhe von je 5.000 DM angedroht, falls sie das Bahnhofsgebäude wieder betreten. Die Bundesbahn kündigte an, sie werde die zwangsweise Räumung beantragen, wenn der Bahnhof nach Zustellung des Urteils nicht freiwillig verlassen wird.

Die Instandbesetzer/innen hatten dagegen für eine Demonstration am 30.4. mobilisiert. Laut Presse wurden mehr als 400 Bullizisten eingesetzt, um diese zu verhindern. Es war geplant, vom Treffpunkt aus in einem PKW-Konvoi zum Duisburger Rathaus zu fahren. Das verhinderten die Bullen, indem sie die Straße an beiden Enden absperrte.

„Gleichzeitig sperrte ein übermächtiges Polizeiaufgebot die Zufahrtsstraßen ab. Ohne Begründung wurde eine Festnahme vorgenommen und ein VW-Bus beschlagnahmt, wohl in der Erwartung, die Demonstrationsteilnehmer damit zu Reaktionen provozieren zu können, die ein weiteres Eingreifen der Polizei legitimiert hätten.

Auch weitere spontane Demonstrationszüge, die gegen diese Willkürmaßnahmen der Polizei protestieren wollten, wurden von einem großen Polizeiaufgebot eingekesselt und die Teilnehmer sofort festgenommen. In den Polizeiwachen waren bereits sämtliche Vorbereitungen für eine massenhafte Verhaftung getroffen. Die Begründung für die Festnahmen lautete: Teilnahme an einer verbotenen Demonstration. Tatsache ist nur, daß es sich um spontane Demonstrationen handelte, die nicht angemeldet und somit auch nicht verboten waren.

Gegen 20.30 Uhr rückte eine Hundertschaft Polizei zum besetzten Haus vor und begann eine Druchsuchung. Durchsuchungsbefehle wurden nicht vorgezeigt. Begründung war der Verdacht, es könnten sich Waffen im Haus befinden. So hätte man angeblich schon Rauchbomben aus dem VW-Bus sichergestellt. Vier weitere Personen wurden festgenommen, u.a. eine hochschwangere Frau, obwohl dem Gericht ein ärztliches Attest vorliegt, daß solche Maßnahmen für sie als gesundheitsgefährdend erklärt. Tatsächlich setzten die Wehen ein, so daß sie sofort in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte und immer noch die Gefahr einer Frühgeburt besteht. Bei der Hausdurchsuchung wurden die ‚üblichen' Waffen gefunden, so z.B. ein Hammer.

Als eine Gruppe Demonstranten die Abfahrt der Polizei mit den Festgenommen durch eine Sitzblockade verhindern wollte, wurde diese durch die Polizei geräumt, und es erfolgten weitere Festnahmen. Selbst der Protest vor den Polizeiwachen führte wieder zu wahllosen Festnahmen.

Diese verschärften Aktionen der Polizei deuten darauf hin, daß mit allen Mitteln versucht werden soll, die Besetzer und ihre Unterstützer als Kriminelle zu diffamieren und so den Widerstand gegen die Wohnraum vernichtende Politik zu brechen.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die willkürliche Gewalt der Polizei. Wir fordern die Duisburger SPD auf, im Sinne ihrer Parteigenossen in Nürnberg zu diesen Machenschaften von Stadt und Polizei Stellung zu nehmen".

(Aus einer Presseerklärung der Teilnehmer der Demonstrationen gegen Wohnraumzerstörung in Duisburg vom 30.4.1981)

Gegen die Massenverhaftung regt sich erfreulicherweise ein recht breiter Widerstand. Am Abend des 30.4. sammelten sich viele Menschen vor der Polizeiwache und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Auf der 1. Mai-Kundgebung wurde ein Flugblatt „1. Mai – Tag der Polizei" breit verteilt, an einer Veranstaltung am Nachmittag beteiligten sich auch IG Metaller.

Nach dem Nürnberger Vorbild gründete sich eine Elterninitiative von festgenommenen Jugendlichen.

Am 2.5. fand eine Protestdemonstration statt, an der sich mehr als 500 Menschen beteiligten. Auch diesmal war die Bullizei äußerst massiv anwesend, man/frau sah vor lauter Bullizisten die Demonstration fast nicht mehr. Es wurde eifrig geknipst und gefilmt. **Ein leitender Bullizist äußerte, es ginge ihnen darum, möglichst viele Menschen, die neu zur „Scene" dazugestoßen seien, zu erfassen.** Auch am Nachmittag und Abend glich Duisburg aufgrund der massiven Bullizei-Präsenz einer belagerten Stadt.

Die präventive Registrierung von Demonstranten mittels Massenverhaftungen zeigt, wie sehr die Herrschenden die Faschisierung forcieren. Hier bleibt nicht mehr viel vom „Dialog mit der Jugend" und Integrationsbemühungen nach; hier wird der Terror gegen die Massen systematisch vorbereitet.

(Nach Informationen eines Duisburger Genossen und RP, 23.4., 2.5., NRZ, 1.5.)

Detlef/Düsseldorf

Fortsetzung von der vorherigen Seite

te, ein spezieller Bullenpsychologe wurde aus München eingeflogen, schließlich gaben die Besetzer auf.

Die Justiz gab deutlich zu verstehen, wie sie mit solchen Leuten umzugehen gedenkt: Seit der Räumung am 6. April sitzen noch fast alle der festgenommenen Hausbesetzer unter Besuchssperre in verschiedenen bayerischen Knästen. Sie stehen unter Anklage nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung), und ermittelt wird außerdem wegen „Tötungsversuch" (s. AK 200). Jahrelanger Knast kann für sie die Folge sein.

Die Roritzerbesetzung war das vorläufig letzte „Aufbäumen" gegen die verordnete Friedhofsruhe. Daß die Aktion nicht zum „Aufrütteln" geführt hat, sondern eher zu noch größerer Resignation, wird allein schon daran deutlich, daß sich für die bis heute Inhaftierten kaum ein Finger rührt. Mit Mühe kam im Anschluß an die 1. Mai-Kundgebung des DGB eine kleine Demo der engsten Szene zum Knast zustande, auf der die Freilassung Aller gefordert wurde.

Zeugin seit Wochen in Haft

Ähnlich ergeht es der 21jährigen A., die mit dem 5. März nur soviel zu tun hat, daß sie als Entlastungszeugin einige Tage später vor dem Richter aussagen konnte, zwei der 141 Inhaftierten zum Zeitpunkt der Demo im KOMM gesehen zu haben. **Allein diese Aussage hat sie für inzwischen über einen Monat hinter Gitter gebracht.** Denn die Staatsanwaltschaft präsentierte am 1. April zwei Bullen, die behaupteten, dieselben Leute auf der Demo gesehen zu haben, Da Bullen natürlich glaubwürdigere Zeugen sind, wanderte A. wegen „Verdacht auf Meineid" in den Knast. Das Verfahren gegen sie ist bereits eingeleitet, offenbar will die Justiz „Verdacht auf Meineid" in den Knast. Das Verfahren gegen sie ist bereits eingeleitet, offenbar will die Justiz möglichst schnell zu einer Verurteilung kommen. Das Ziel ist klar: Einschüchterung möglichst aller Entlastungszeugen. Manch eine/r wird sich jetzt sehr genau überlegen, woran er/sie sich noch erinnern kann und woran nicht.

Auch das ist einer der Fälle, in denen man nur noch eine ohnmächtige Wut empfinden kann. Er beweist einmal mehr, daß der Alltag in Nürnberg nach dem 5. März nicht wieder zur „Normalität" zurückgekehrt ist.

Nicht nur die Justiz, auch Polizei und Verfassungsschutz leisten sich seitdem ein dermaßen frechen und offensives Auftreten, das es vorher in dieser Form nicht gegeben hat. Sämtliche 3000 Besucher einer Solidaritätsveranstaltung, die vom Kreisjugendring und dem Jugendamt der Stadt Nürnberg (!) organisiert worden war, standen unter ständiger Beobachtung von ziviler Polizei, sämtliche Autonummern der dort parkenden Wagen wurden aufgeschrieben. Am Schluß dieser Veranstaltung, gegen 2.00 Uhr morgens, startete ein Spitzelkommando gegen eine der 141 Ex-Inhaftierten einen Überfall, wie man ihn nur aus Fernsehkrimis kennt: Die Bullen stellten ihren Wagen quer vor ihr Auto, hielten sie und ihren Bekannten mit gezogenen Pistolen in Schach, riefen eine andere Polizeistreife heran, die ebenfalls mit gezückten Maschinenpistolen beim „Absichern" half. Hintergrund der Geschichte: Die Betreffende ist hauptamtlich bei einem sozialdemokratischen Jugendverband tätig und war als eine der 141 in verschiedenen Städten der BRD bei Veranstaltungen aufgetreten, so in Essen, Köln und Stuttgart. Überall stand sie unter „beFa" (beobachtende Fahndung), d.h. sie war auf Schritt und Tritt verfolgt von Zivilbullen, sogar auf ihrem täglichen Arbeitsweg. Während einer Veranstaltung in Hannover erkannte sie ihren „Schatten" und enttarnte ihn vor allen Leuten. Bei der Rückfahrt im Zug saß er wieder in ihrer Nähe. Der Überfall auf dem Parkplatz war der vorläufige Höhepunkt dieser Observierungsaktion.

Das ist Nürnberg-Live. Und nur die Spitze des Eisberges, denn die Mehrzahl solcher Informationen erreicht die Öffentlichkeit nie, weil die Betreffenden Angst davor haben und weil ihnen Eltern oder Lehrer einschärfen, den Mund zu halten. Einige der 141 sind damals nur unter der Auflage aus dem Knast entlassen worden, daß sie das KOMM nicht mehr betreten, zu bestimmten Leuten keinen Kontakt mehr haben dürfen, usw. Vielen haben die Eltern – selbst unter dem Eindruck der Ereignisse – verboten, weiter ins KOMM zu gehen.

Die Linke wird diskutieren müssen, welche Politik unter solchen Bedingungen gemacht werden kann. Denn „Nürnberg" war kein Ausrutscher, sondern Vorreiter.

KB/Gruppe Nürnberg

Steinwurfübung im Kriminalgericht

Westberlin, den 8.5.
Gestern wurde ein weiterer Fall eines als Steinewerfer angeklagten Demonstranten vom 12. Dezember 1980 in Kreuzberg vor dem Kriminalgericht Moabit (Amtsgericht) verhandelt.

Die Anklage lautete wie üblich auf schweren Landfriedensbruch und Widerstand. Die Anklagevertretung forderte 14 Monate, jedoch ohne Bewährung, und berief sich auf die Entscheidung eines höheren Gerichts, wonach in solchen Fällen keine Bewährung gewährt werden dürfe.

Das Gericht verhängte eine Strafe von einem Jahr Gefängnis, ausgesetzt auf 2 1/2 Jahre zur Bewährung. Der Staatsanwalt war offensichtlich etwas über das Ziel hinausgeschossen und mußte sich vom Vorsitzenden Richter Weidner belehren lassen, daß, nachdem man übereingekommen war, bei dem 19jährigen angeklagten Andreas H. noch das Jugendstrafrecht anzuwenden, nicht die Bewährung ausgeschlossen werden dürfe.

Alle drei Polizeizeugen sagten übereinstimmtend aus, Andreas H. als Steinewerfer identifiziert zu haben und mit einer Wanne (Mannschaftswagen) über den Gehweg der Adalbertstraße bis in die Oranienstraße verfolgt zu haben. Es ergaben sich jedoch mehrere Widersprüche: in den ersten Anzeigeprotokollen war von Oranienstraße 20 als Festnahmeort die Rede, obwohl es das Eckhaus Nr. 29 war, in dem Andreas H. wohnt.

Insofern konnte die vom Polizeifahrer Rathmann im Gegensatz zu seinen Kollegen behauptete Slalomfahrt in der Oranienstraße in Zweifel gezogen werden, auch hatten sich die Polizeizeugen entgegen den schriftlichen Protokollen nicht selbst von der wirklichen Hausnummer überzeugt. Als wichtigstes Beweismittel erschienen dem Gericht die „bunten" Schilderungen des Polizeizeugen Richter (O-Ton Richter Weidner), der im Fall des freigesprochenen angeblichen Steinewerfers Jochen Behrmann (Sozialarbeiter aus Kreuzberg) bereits vom Gericht wegen unerlaubter Absprachen als unglaubwürdig angesehen wurde. Die als geringfügig gewerteten Widersprüche in dem gestrigen Prozeß dienten als Beweis der Glaubwürdigkeit, da somit nichts abgesprochen sein könne, da halfen auch die beiden Entlastungszeugen nicht, die die Szene aus dem Fenster von Nr. 29 beobachtet hatten und bezeugten, Andreas H. habe nicht geworfen.

Der Vorsitzende demonstrierte eigenhändig einen Steinwurf (ohne Stein!) zum Beweis, daß 1/10 Sekunde weggucken genüge, um dies nicht zu bemerken, worauf einer der Entlastungszeugen erwiderte, um jeden Zweifel ausschließen zu können, müsse man Augen wie eine Filmkamera haben. Da die Entlastungszeugen im übrigen im wesentlichen die Aussagen der Polizeizeugen bestätigten, erfüllten sie für die freie Beweiswürdigung des Gerichts gewissermaßen die Funktion von Belastungszeugen. Zwei hilfsweise Anträge der Verteidigung für den Fall eines Schuldspruchs wurden abgelehnt, und Richter Weidner fand nach kurzer Beratung mit den Schöffen „ein Jahr stationäre Erziehung" (O.-Ton), d.h. Knast, für angemessen, aber auch erforderlich.

Olaf Stüben

P.S.: Es war niemand aus der Szene als solidarischer Prozeßbeobachter in der Verhandlung, lediglich ein Vertreter der evangelischen Kirche Kreuzberg, die sich mit den Hausbesetzern solidarisch erklärt hat.
(Quelle: Ich war selbst im Prozeß!)
O.St.

Zum Abschuß freigegeben

Das regelmäßig erscheinende Bremer Sonntagsblatt „Weser-Report" ist Zeit seines Erscheinens Garant für die Verbreitung reaktionärer Positionen. Daß dabei die wahrheitsgemäße Berichterstattung beständig auf der Strecke blieb, liegt in der Natur der Sache. In der Ausgabe vom 3. Mai 1981 übertrifft allerdings der „WR" sich selbst: unter der Überschrift „Polizei unter Polizeischutz jeden Tag zum Dienstantritt" wird im Leitartikel die Hetzkampagne gegen einen 17-jährigen Schüler eingestimmt, der an den laufenden Hausbesetzungen in Bremen-Nord beteiligt ist.

So wird das Bild der „neuen Terroristen" gezeichnet: *„Der erst knapp 18jährige Polit-Rocker Christian A.". „Bandenchef"* von *„Hausroristen"* gezeichnet: *„Der erst knapp 18jährige Polit-Rocker Christian A.", „Bandenchef"* von *„Hausbesetzern, arbeitslosen ‚Berufs'-Krawallmachern und Sympatisanten der RAF-gesteuerten Terroristenszene"* in Bremen, *„bedrohte bislang ungestraft zwei Polizeibeamte mit Brandstiftung und Terroranschlägen gegen deren Familien. Nach einer Körperverletzung und Raubes gegenüber einem hilflosen 16jährigen Jugendlichen durch ihn und weitere neun Hausbesetzer ist er wieder auf freiem Fuß" „Aus Angst vor einem Überfall...schlafen in Bremen-Nord fast alle uniformierten Ordnungshüter mit der Dienst-Pistole unterm Kopfkissen."* Und der aufgeschreckte Leser erfährt durch ungenannte Beamte sofort, wer Schuld an derlei Zuständen ist: *„Hier müßte der Senator endlich auf den Tisch hauen! Statt dessen aber verhandelt man mit den Rechtsbrechern...Ich sehe keinen großen Unterschied mehr zu einem Linksputsch in einem südamerikanischen Staat."*

Die Untersuchung der Vorwürfe gegen Christian fördert Erstaunliches zutage: während der „WR" behauptet, Christian habe einen ihn kontrollierenden Beamten bedroht, *„Du bist doch der und der, willst Du lieber, daß Deine Gartenparzelle in Flammen aufgeht, oder möchtest Du, daß Deiner Familie etwas passiert!?,"* fragte Christian den Polizeibeamten anläßlich einer Verkehrskontrolle lediglich nach Namen oder Dienstmarke, was der Beamte jedoch verweigerte. Daraufhin nannte Christian den Polizisten beim Namen und wies auf dessen Parzelle hin, worauf der P o l i z i s t zu Christian sagte: „Wenn Du die anzündest, dann passiert was!" Wer drohte wem?

Der *„hilflose 16jährige Jugendliche"* ist *Mitglied einer nazistischen Wehrsportgruppe*, die seit einiger Zeit in Bremen-Nord ihr Unwesen treibt, paramilitärische Übungen macht und uniformiert durch den Stadtteil zieht. Die Faschisten hatten mehrere paramilitärische Übungen macht und uniformiert durch den Stadtteil zieht. Die Faschisten hatten mehrere Fahrräder von Hausbesetzern gestohlen und in die Weser geworfen. Als sich Tage darauf erneut eine Gruppe Nazis einem besetzten Haus näherte, traten ihnen die Besetzer entgegen und konnten, während die anderen flüchteten, einen Nazi schnappen, den sie zwangen, seine Uniform auszuziehen, die sie anschließend ebenfalls in die Weser warfen. Eine begrüßenswerte Tat antifaschistischer Selbsthilfe!

Da Bremen-Nord einen noch fast dörflichen Charakter hat, ist dort natürlich jedem klar, wer mit Christian A. gemeint ist, der durch den Artikel des „WR" nun praktisch allen Übergriffen der Polizei oder durch eine existierende Bürgerwehr von Kaufleuten ausgesetzt ist. Auch ein anstehender Prozeß wegen der „Bremer Krawalle" vom 6. Mai 1980 wird bereits in Richtung einer Verurteilung gedrängt. Es erinnert an die Machenschaften des Faschismus, daß hier ein Mensch, der polizeilich nicht einmal zur Fahndung ausgeschrieben ist, mit Lügen denunziert und zum Abschuß freigegeben wird.

KB/Gruppe Bremen



Auch in Hannover nimmt der Wohnungskampf von oben immer ra-

bar demokratischer und juristischer Kampfformen zu bedienen, hat nun

Auch in Hannover nimmt der Wohnungskampf von oben immer rabiatere Formen an.

Auf den Tip eines anonymen Anrufers hin fand die Polizei Ostern auf dem Balkon der letzten noch bewohnten Wohnung des Hauses Ferdinand-Wallbrecht-Str. 38 eine laut Oberstaatsanwalt „äußerst gefährliche" Rohrbombe von der Art, „wie sie auch von RAF-Terroristen benutzt wird.".

Kurz darauf platzte tatsächlich eine Bombe: Der Anrufer wurde ermittelt, und er gestand, zusammen mit drei weiteren Männern die Bombe selbst gelegt zu haben. Bei den Vieren handelt es sich um Wachmänner, die das Haus im Auftrag seines Besitzers Gaedecke, dem größten hannoverschen Wohnungsspekulanten, vor Besetzungen schützen sollten. Ihr Auftraggeber für die Bombe: Ebenfalls Gaedecke! Daraufhin ist dieser erst mal aus seinem Spanienurlaub nicht zurückgekommen. Offensichtlich ging es ihm darum, Stimmung gegen die Hausbesetzer zu machen, denen sein Anwalt die Bombe gerne unterschieben möchte. Sie haben Gaedecke und auch gerade dieses Haus in der letzten Zeit ins Gerede gebracht. Nachdem die Mieter rücksichtslos rausgeschmissen worden waren, begann die Luxusmodernisierung des Hauses. Lediglich eine Wohngemeinschaft konnte sich bis heute wehren. Im März wurde das Haus kurzfristig „warnbesetzt". Danach ließ Gaedecke die Eingänge zu mauern; die letzten Bewohner müssen über die Kellertreppe rein.

In der Bewertung dieser neuen Militanz können wir uns nur dem Kommentar der „Hannoverschen Stadtpost" anschließen:

„. . . *Die Häuserbekämpferszene, die sich in der Vergangenheit mehr darauf beschränkt hatte, sich scheinbar demokratischer und juristischer Kampfformen zu bedienen, hat nun ihre Maske fallengelassen und gezeigt, wozu sie fähig sein kann. So demokratische Mittel wie Rausschmiß der Mieter per Kündigung, Räumungsklagen oder das Eigentum schützende Aktionsformen wie das Herausreißen von Versorgungsleitungen, Zerstören von Treppenhäusern, Fenstern u.ä. werden, führen sie nicht mehr zum gewünschten Erfolg des Häuserbekämpfers, bedenkenlos eingetauscht gegen offene terroristische, brutale Gewalt — die Anarchie der Hausbesitzer. Müssen nicht alle betreten schweigen, die diesem Personenkreis bis zuletzt den Schutzmantel unserer demokratischen Verfassung gewährt haben, ja die mehr noch sich für ein aktives Eintreten für das unbeschränkte Recht auf Eigentum an Wohnräumen ausgesprochen haben? Dieser Personenkreis muß sich heute ernsthaft die Frage stellen lassen, wie groß seine Schuld an dieser Eskalation der Gewalt ist. Und – die Verniedlicher, Verharmloser der Folgen der Freiheit des Eigentums, wie leicht werden sie vielleicht eines Tages zu Bombenlegern, Brandstiftern?*

Darum muß heute hier und endlich Schluß gemacht werden mit den Verherrlichern der Freiheitlich-Demokratischen Gewerbeordnung. Den Tätern und den Sympathisanten muß schleunigst das Handwerk gelegt werden. Unser Volk, will es sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben, kann nur weiter fortbestehen, wenn es Schluß macht mit diesem Gesindel! Weg mit dem Privateigentum an Grund und Boden! Sollen die, die auf unsere Kosten sich immer daran bereichert haben, doch arbeiten gehen!"

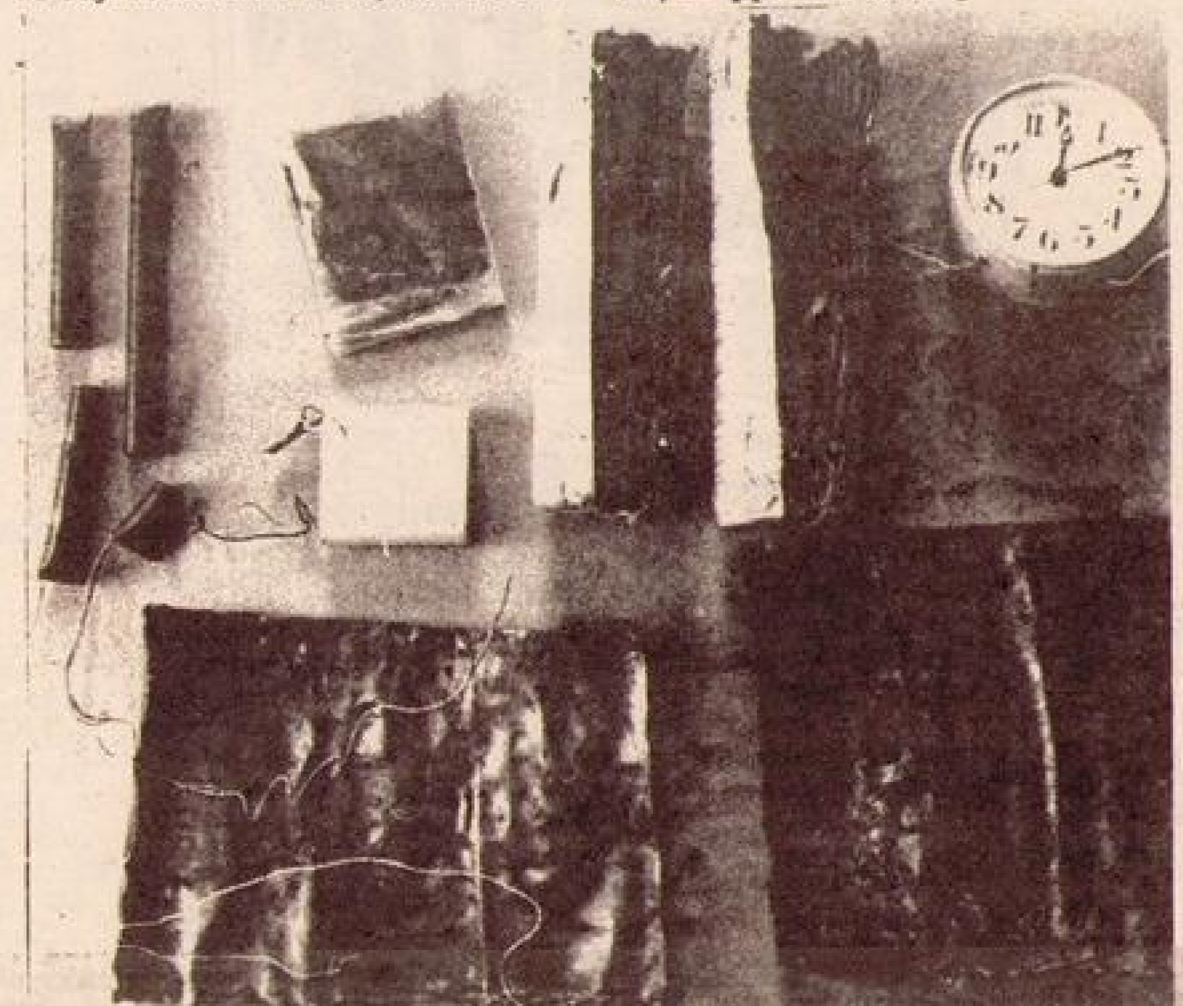
KB/Gruppe Hannover

Mieter zur Duldung verurteilt — Ein Gesetz wirft seinen Schatten voraus

Die bis dato rechtlich strittige, von Hausbesitzern nichts desto trotz häufig betriebene Methode der Hinausmodernisierung zahlungsschwacher Mieter ist vom Hamburger Oberlandesgericht legalisiert worden. Ein „Rechtsentscheid" des 4. Zivilsenats erlaubt es Hausbesitzern zukünftig, Modernisierungsmaßnahmen auch gegen den erklärten Willen der Mieter durchzuführen und die aufgewendeten Kosten rücksichtslos auf die Miete draufzuschlagen. Dem Mieter bleibt dann nur noch die Möglichkeit, die Mieterhöhung zu schlucken oder auszuziehen.

Mit dieser Entscheidung hat das Gericht bereits das vorweggenommen, was zur Zeit in Bonn an Mietrechtsänderungen ausgeheckt wird und in Kürze als Gesetz verankert werden soll. Die mit viel Wind angekündigte Gesetzespalette, die angeblich die Wohnungsnot entschärfen soll, wohl aber eher das Gegenteil bewirken wird, enthält neben der mieterfeindlichen Staffelmiete und der Vereinfachung von Mieterhöhungsverfahren auch eine neue Definition dessen, was den Mietern im Modernisierungsfall zugemutet werden kann, bzw. was der Mieter zu erdulden hat. Der Einfachheit halber braucht der Mieter nun nicht mehr selber entscheiden, was er erdulden kann oder nicht, sondern das wird ihm mit einer verschärften Duldungspflicht gesetzlich vorgeschrieben. In der Rechtspraxis war es nämlich hin und wieder mal vorgekommen, daß der Gummibegriff ‚Zumutbarkeit' auch in die verkehrte Richtung, d.h. zugunsten der Mieter, ausgelegt wurde. Heißt es doch im noch gültigen Gesetz schlicht und einfach, der Mieter habe Verbesserungen der gemieteten Räume zu dulden, soweit ihm dies zugemutet werden kann. Um derartige, die „Investitionslust" der Kapitalisten fürchterlich hemmende Zwischenfälle fortan zu vermeiden, grenzt das neue Gesetz den Interpretationsspielraum eindeutig zu Lasten der Mieter ein. *„Demzufolge muß der Mieter die Maßnahme dulden, wenn sie nicht, wofür er die Darlegungs- und Beweislast trägt, eine nicht zu rechtfertigende Härte darstellt. Ausdrücklich wird auch die Berücksichtigung nicht nur der anfallenden Arbeiten und der baulichen Folgen, sondern auch der Auswirkungen auf die Höhe der Mietzinsen und vorausgegangenen Verwendungen des Mieters auf die Mietsache vorgeschrieben"* (Handelsblatt, 8.4.81). Wie begierig und konsequent die Justiz dieses neue Instrument handhaben wird, hat das Oberlandesgericht Hamburg bereits beispielhaft vorgeführt. Welche immense Bedeutung es in Zukunft erst noch erlangen wird, läßt sich daran ablesen, daß Millionen von Altbauwohnungen modernisierungsfällig sind, und die Kapitalisten gerade Altbaumodernisierung als eine von mehreren lukrativen Profitquellen betrachten.

Wohnungskommission



Die „äußerst gefährliche Rohrbombe ...": Stammt von Wachmännern des Hausbesitzers!

BESETZT

In **Birgden** bei Gangelt im Kreis Heinsberg besetzten rund 20 Instandbesetzer/innen eine Fabrikantenvilla, die seit der Schließung der Textilfabrik vor drei Jahren leerstand (RP, 27.4.81).

* * *

Solingen. Die Evangelische Stadtkirche in Solingen–Wald wurde am 25.4. besetzt. Die Besetzer/innen forderten die Kirche auf, ihnen leerstehende Häuser der Kirche zur Verfügung zu stellen. Nachdem der Superintendent ihnen eine Zusage gegeben hatte und ein gemeinsamer Besichtigungstermin vereinbart wurde, verließen die Besetzer/innen die Kirche.
Einige Wochen vorher waren Instandbesetzer/innen von der Stadt Solingen verarscht worden. Der Oberstadtdirektor hatte ihnen die Zusage gemacht, daß sie zwei städtische Wohnhäuser erhalten würden, wenn sie das Stunden zuvor besetzte Haus freiwillig räumten. Der unter starkem Bullizeischutz tagende Liegenschaftsausschuß lehnte dann aber einstimmig einen Vertragsentwurf ab, die beiden Häuser werden den Instandbesetzer/innen nicht zur Nutzung überlassen. (RP, 13.4.,27.4.)

* * *

Düsseldorf. Nachdem das Haus Suitbertusstraße 122 seit einigen Wochen instandbesetzt ist, haben vier Familien am 20.4. die leerstehenden Wohnungen des teilentmieteten Hauses Suitbertusstraße 120 besetzt. Der Häuserkomplex gehört der gemeinnützigen "Düsseldorfer Wohnungsgenossenschaft" (DÜWOGE). Die DÜWOGE will die Häuser abreißen, um eine profitablere Mietkaserne hinklotzen zu können. Dann würde die Miete von derzeit 3,–DM/qm auf rund 8,–DM/qm steigen. Selbst die DÜWOGE gibt zu, daß die Häuser nicht baufällig sind, behauptet aber, daß die Modernisierungskosten zu hoch seien. Andererseits hat sie es den Mietern untersagt, in Eigeninitiative Instandsetzungsarbeiten durchzuführen.

Einen sozialen Touch versucht sich die DÜWOGE zu geben, indem sie dem Sozialamt anbot, Wohnungslosen bis zum Abschluß der Umsetzung der alten Mieter kurzfristige Mietverträge zu geben. Die Ausländergruppe Bilk weist allerdings daraufhin, daß die DÜWOGE so "sozial" ist, einer siebenköpfigen griechischen Familie den Umzug aus ihrer Zwei-Zimmer-Wohnung in der Suitbertusstraße in eine der leerstehenden größeren Wohnungen zu verweigern. Auf der Sitzung der Bezirksvertretung am 29.4. setzte die SPD-Mehrheit gegen heftigen Widerstand von FDP und CDU die SPD-Mehrheit gegen heftigen Widerstand von FDP und CDU einen Antrag durch, in dem der Abriß abgelehnt und die Verwaltung aufgefordert wird, mit der DÜWOGE über die Modernisierung der Häuser zu verhandeln (nach Flugblättern der "Bilker Wohnraumrettungsgenossenschaft" und RP ,30.4.).
Am Morgen des 1.Mai wurde der seit drei Jahren leerstehende 4.Stock des Hauses Elisabethstr.87 besetzt. Das Haus gehört der "Gemeinnützigen Sozialen Wohnungsbau-Gesellschaft". Mietinteressenten wurden in der Vergangenheit mit wechselnden Begründungen (Renovierung, Hausabriß stehe bevor) abgewimmelt. (NRZ, 2.5.81).

Mit dem üblichen provinziellen Verzögerungseffekt hat die erste Hausbesetzung in **Bremerhaven** stattgefunden. Am 24. April zog eine Reihe von Jugendlichen unter Federführung der SdAJ in ein seit einem Jahr leerstehendes großes Eckhaus in der Bremerhavener Straße, um es instandzubesetzen. Die Reaktionen waren unterschiedlich: Während die Besitzerin, die Volksbank, Strafantrag stellte und die SPD-Fraktion erklärte, „*weder Steinewerfer noch Hausbesetzer könnten für sich in Anspruch nehmen, für ihre politische Richtung Verständnis zu finden*", betonte OB Lenz sein Interesse an einer „vernünftigen Lösung". Und als DGB-Vorsitzender Skribelka in Strauss-Manier am 1. Mai noch gegen „*Drogensüchtige, Steinewerfer, Hausbesetzer und andere, die alles bestreiten, außer ihren eigenen Lebensunterhalt*" hetzte, hatte Lenz bereits mit einem „Angebot" die Besetzer in ziemliche Verwirrung versetzt. Drei Mini-Wohnungen ohne Dusche und vernünftiges Klo, dafür mit fließend Wasser an den Wänden, hatte die teure Heimat aus ihrem Besitz im Sanierungsgebiet Lehe abgezweigt und den Besetzern zu „ortsüblichen Mieten" angeboten. Die Lokalpresse kommentierte begeistert: „*Eine denkbar gute Möglichkeit, die Spreu vom Weizen zu trennen*" („NZ", 1.5.81).

„*Weil die Alternative nur der Polizeiknüppel gewesen wäre*", akzeptierte der Mieterrat – diejenigen, die dringend eine Wohnung suchten – das „Angebot". Angesichts der so entstandenen Situation sah auch die Vollversammlung aller Unterstützer, zu denen mittlerweile auch andere Linke und Unorganisierte gehörten, keine andere Möglichkeit, als sich ebenfalls für den Abbruch der Besetzung zu entscheiden, um eine Spaltung zu vermeiden.

In einer auf dieser VV verabschiedeten Erklärung heißt es, daß neben den total unzureichenden angebotenen Wohnungen auch die weitergehenden Forderungen der Besetzer in keiner Weise erfüllt seien. Um der Wohnraumzerstörung Einhalt zu gebieten, werden weitere Besetzungen angekündigt.

***

Wetzlar. Mitten in der Nacht erschienen die Bullen „mit allen in der mittelhessischen Region verfügbaren Kräften", um eine erst fünf Stunden vorher begonnene Besetzung gewaltsam zu beenden. Mit von der Partie war auch das Technische Hilfswerk, das zwecks besserer Sichtverhältnisse einen Flutlichtturm zur Verfügung stellte. einen Flutlichtturm zur Verfügung stellte.

60 Jugendliche hatten am 30.4. eine leerstehende Schule besetzt, um den bereits angefangenen, aber noch nicht genehmigten Abriß des Gebäudes zu verhindern. Der widerstandslose Abzug der Besetzer wird nun mit Strafverfahren gegen die Jugendlichen „honoriert" („Frankfurter Rundschau", 4.5.81).



Oldenburg. Die über ein halbes Jahr von 40 Leuten besetzte Fabrik ist am 28.4. geräumt und abgerissen worden („TAZ", 30.4.81).

***

Bad Kreuznach. Am 2. Mai besetzten 200 Jugendliche eine ehemalige Brauerei, mußten jedoch angesichts ihnen angedrohter Gewalt den Rückzug antreten. Zwei Tage später wurde das zeitweilig unter Denkmalschutz stehende Gebäude abgerissen („Frankfurter Rundschau", 5.5.81).

***

Essen. „*In Essen hat der Häuserkampf später als in Berlin und anderen Städten angefangen. Was in anderen Städten erkämpft wurde, kommt nun uns hier in Essen zugute*". Ergebnis: Allein im April gab es neun Besetzungen, von denen inzwischen aber sechs mit teilweise brutaler Gewaltanwendung beendet wurden. Wie groß die Angst der Stadtverwaltung vor „Berliner Verhältnissen" ist, zeigen die Beispiele Segerothstr. 118 und Alte Zeilen 20. Ausgerechnet am 1. Mai kam es dort zu üblen Bulleneinsätzen mit der fadenscheinigen Begründung, die Besetzer hätten sich an Straftaten beteiligt. In einem Flugblatt schreiben die Besetzer: „*Keiner hat es fassen können: Am Freitag, dem 1. Mai, fuhren um 18 Uhr plötzlich viele Polizeiwagen vor dem besetzten Haus Segerothstr. 118 auf. Die Polizisten stürmten ohne Ankündigung gewaltsam ins Haus. Leute wurden an die Wand gedrückt, zum Teil geschlagen. Unter dem Vorwand, eine Hausdurchsuchung machen zu wollen, wurden 30 Leute einzeln aus dem Haus geführt. Sechs Leute wurden festgenommen. Als das Haus leer war, begannen Polizisten, im Haus zu randalieren, Mobiliar zu zerschlagen. Schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, daß die angebliche Hausdurchsuchung ein Vorwand war, um das Haus zu räumen. Der Einsatzleiter teilte den ungläubigen Besetzern und Nachbarn mit, das Haus sei auf Anordnung der Stadt geräumt worden, ‚da das Maß voll sei'. Seine Begründung: Es gibt Hinweise, daß der Anschlag auf ein SPD-Büro vom Haus ausgegangen sei. – Wir fühlen uns von der Stadt verarscht!!!*

Baudezernent Friederichs von der Stadtverwaltung hatte noch vor zwei Tagen den Gründungsmitgliedern des Vereins ‚Selbsthilfe e.V.', der sich extra als Trägerverein für das Haus Segerothstr. 118 gebildet hatte, einen *als Trägerverein für das Haus Segerothstr. 118 gebildet hatte, einen* *fast unterschriftsreifen Nutzungsvertrag vorgelegt!*

Darin war z. B. auch vereinbart worden, daß nur durch die Nutzer des Hauses gemeinsam vorbereitete Straftaten Kündigungsgrund sein könnten. Die Gruppe der Bewohner hat mit dem Anschlag auf das SPD-Büro nichts zu tun! Das Verhalten der Stadt entlarvt die Verantwortlichen als Kriminelle! Es ist kein Wunder, daß diese rechtlosen Lügner in jedem kritischen Mitbürger gleich Kriminelle und Terroristen sehen. Die schließen immer von sich auf andere. Nach der Räumung zogen wir wütend vor das Haus des Oberstadtdirektors Finkemeyer, um ihn für diese Schweinerei zur Rede zu stellen. Er ließ, obwohl wir erst friedlich anschellten, die Rolladen runter und ließ die Polizei auffahren."

Gefunden wurde bei der „Durchsuchung" übrigens weder eine Waffe noch der erhoffte Sprengstoff. Für den aber sorgen Stadtverwaltung und Polizei auch weiterhin reichlich. Mit unverschämter Arroganz stößt der bereits zitierte Baudezernent Friederichs Drohungen gegen die jüngste Besetzung in Essen aus: „*Wenn die Villa nicht freiwillig geräumt wird, lasse ich sie räumen!*"

Die besagte Villa wird seit dem 2. Mai von dem Kinderhaus Essen besetzt und genutzt. Nach monatelangem Suchen geeigneter Räume und einer gescheiterten Besetzung im Oktober letzten Jahres griff das Kinderhaus erneut zum Mittel der Hausbesetzung und fordert von der Stadt einen Nutzungsvertrag. Zur Unterstützung dieser Forderung wurde am 3. Mai ein Kinderfest veranstaltet, das von vielen Kindern aus der Nachbarschaft besucht wurde. Die Räumungsdrohung existiert jedoch nach wie vor. Es wurde sogar gleichzeitig angekündigt, daß das Kinderhaus die Kosten der Räumung zu bezahlen hätte!

Geräumt

Lübeck: Am 1.Mai (!) räumte ein stattliches Polizeiaufgebot von 2 Hundertschaften ein erst wenige Stunden vorher, von knapp 1o Leuten besetztes Haus in der Altstadt. Anscheinend sahen sich einige Bullen, angesichts des Kräfteverhältnisses, zur Untätigkeit verdammt. Kurzerhand wurden vier junge Leute, die das Nachbarhaus bewohnten (mit Mietvertrag) und vor die Tür gegangen waren, ebenfalls vorübergehend festgenommen, verhört und erkennungsdienstlich behandelt.

Hatte die stadteigene Grundstücksgesellschaft „Trave" noch während der ersten Hausbesetzung Gesprächsbereitschaft demonstriert und den Besetzern einen Nutzungsvertrag angeboten, wird jetzt die knallharte Linie durchgezogen. Andere Besetzungsobjekte in der Innenstadt werden zugemauert bzw. zugenagelt. Noch am Abend der Räumung berieten Besetzer und Besucher des 1.Mai Festes über weitere Aktionen, die der Räumung folgen sollten. Man einigte sich auf eine „spontane" Demonstration am nächsten Vormittag durch die Innenstadt. Andere Aktionsformen wären angesichts der starken Bullenpräsenz in dieser Nacht wohl schlecht möglich gewesen.

Am Vormittag begann dann alles etwas schleppend. Schließlich formierte sich ein kleiner, aber lautstarker Demozug von ca. 5o Leuten. Erst, nachdem der Zug zu seinem Ausgangspunkt – zur Abschlußkundgebung – zurückkehrte, wurden die Bullen aufmerksam. Eine mittlere Verwirrung war den in grün gekleideten Herrn deutlich anzusehen.
DIENSTEIFER KENNT KEINE GRENZEN!

Wie erst jetzt bekannt wurde ereignete sich vor 4 Wochen eine weitere „Räumungsaktion" in der Lübercker Innenstadt. Dort drangen 12 schwerbewaffnete Bullen in ein angeblich besetztes Haus ein. Was diese Kommandotruppe allerdings vorfand, war ein verstörtes türkisches Ehepaar, das dort zur Miete wohnte und die Wohnung der Hauseigentümerin, die nicht zu Hause war.

Begründung der Polizei für diesen Einsatz war ein anonymer Anruf mit dem „Hinweis", daß dort 3 Tage zuvor ein Transparent hing. Dieses Transparent war für die Dauer einer Fete herausgehängt worden und trug die Aufschrift „Dieses Haus wird instandbesetzt". Die Hauseigentümerin hat nunmehr Strafanzeige gegen die Polizei wegen Hausfriedensbruch gestellt.

Ein Genosse des KB/Lübeck

Neuß. Am 28.4. wurde das seit dem 21.2. besetzte Haus Drususallee 80 geräumt. Während die 11 festgenommenen Instandbesetzer/innen auf der Bullizeiwache erkennungsdienstlich behandelt wurden, wurde das Haus durch Zerstörungen im Innern unbewohnbar gemacht.

Bereits für den 21.4. hatten die Instandbesetzer/innen eine Räumungsaufforderung erhalten. Zwar wurde nicht geräumt, aber in den nächsten Tagen wurden alle aus dem Haus Kommenden von Zivilbullizisten festgenommen und erst nach erkennungsdienstlicher Behandlung freigelassen. Eine am 29.4. mit ca. 70 Menschen stattfindende Protestdemo wurde faktisch zerschlagen. Zwar trat keine uniformierte Bullizei in Erscheinung. Aber die herumlungernden Rudel von Zivilbullizisten stürzten sich immer auf Demonstrant/inn/en, verprügelten und verhafteten sie.

Am 2.5. fand eine weitere Demo statt, an der sich 400 Menschen beteiligten. Eine Stunde vor Beginn waren Bullizei-Lautsprecherwagen durch die Straßen gefahren. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, angesichts der bevorstehenden Demonstration, den Innenstadtbereich zu verlassen. Allerdings kam es aufgrund der Geschlossenheit der Demonstration zu keinen neuen Übergriffen der Zivilbullizisten, die wieder in Rudeln rumschwirrten.

* * *

Mönchengladbach. Am 29.4. räumten 80 Bullizisten ein über 100 Jahre altes Haus der AOK. Es war am 16.4. von der Bürgeraktion Umweltschutz besetzt worden.

Die fünf zum Zeitpunkt der Räumung anwesenden Instandbesetzer/innen hatten sich im Dachgeschoß verbarrikadiert, leisteten aber keinen Widerstand, nachdem Bullizisten die Tür aufgebrochen hatten. Zu Auseinandersetzungen kam es aber vor dem Haus. Dort hatten sich 50 Unterstützer/innen versammelt. Sie sollen Fahrzeugen den Weg versperrt haben. Drei wurden festgenommen, gegen sie wurden Strafverfahren eingeleitet. Bereits am 21.3. hatten sich 150 Menschen an einer symbolischen Besetzung eines zum Abriß vorgesehenen Wohnhauses beteiligt. Da sie nur symbolischen Charakter hatte, verzichtete die Stadt als Besitzerin darauf, die Bullizei in Marsch zu setzen (nach „RP", 23.3. und 30. 4.81).

Detlef/Düsseldorf

Pistoleneinsatz gegen Eppendorfer Hausbesetzer

Am Samstag, den 9.5.81, wurde vom „Initiativkreis Wohnungssuchender Hamburg-Nord" das Haus Eppendorfer Landstr. 29 besetzt.

Die Aktion richtete sich gegen die am 2.4.81 vom Bezirksamt Nord verfügte Abrißgenehmigung. Es handelt sich bei diesem Haus um ein 25 Jahre altes, sehr gut erhaltenes Wohnhaus mit zwei Ladenräumen. Seit einem Jahr stehen sämtliche Wohnungen in dem frisch renovierten Haus leer.

Mit dieser Aktion wurde gleichzeitig gegen eine Wohnungspolitik protestiert, die dazu geführt hat, daß allein in Eppendorf mehr als 200 Wohnungen leerstehen und immer mehr Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Die Aktion sollte von einer Theater- und Musikaufführung begleitet werden und friedlich ablaufen. Dies wurde jedoch durch einen brutalen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatz abrupt beendet.

Polizisten prügelten grundlos und ohne Vorwarnung auf die spontan vor dem Haus Versammelten ein, obwohl das Gebäude bereits freiwillig von den Besetzern verlassen worden war. Es gab durch die Ausschreitungen der Polizei mehrere Verletzte unter den Demonstranten. Ein von der Polizei verfolgter Demonstrant wurde von einem Zivilbeamten mit gezogener Pistole bedroht. Der Einsatz dieser Waffe konnte nur durch Einschreiten anderer verhindert werden. Als der verfolgte Demonstrant, an Handschellen gekettet, abgeführt wurde, ließ ein Hundeführer der Polizei seinen Rottweiler auf einen zehnjährigen Jungen zuspringen. In diesem Augenblick sprang eine junge Frau dazwischen. Der Hund warf die Frau um und verbiß sich dreimal in ihren linken Oberarm. Unter dem Eindruck dieser Polizeiaktion fordert der „Initiativkreis" Innensenator Pawelczyk erneut auf, unverzüglich den menschengefährdenden Einsatz von Polizeihunden gegen Demonstranten zu untersagen.

Weiter fordert der „Initiativkreis"
- Sofortige Rücknahme der Abrißgenehmigung für das Haus Eppendorfer Landstr. 29
- Umgehende Vermietung der Wohnungen und Ladenräume in diesem Haus
- Zwangseinweisung von Mietern in alle leerstehenden Wohnungen, deren Eigentümer nicht bereit sind, diese Wohnungen zu vermieten

Initiativkreis Wohnungssuchender in Hamburg-Nord
Kontaktadresse: David Meissner, Haynstr. 3, 2 Hamburg 20
Tel.: 480 87 62

3. Elbfischerfest

Am 16. Mai 1981 findet das 3. Elbfischerfest statt. An den in den beiden vergangenen Jahren in Altenwerder veranstalteten Fischerfesten bekundeten die jeweils 20 000 Besucher mit ihrer Teilnahme ihre Empörung über die Zerstörung Altenwerders und ihre Unterstützung der Fischer im Kampf um ihre Existenz. Diese Tradition muß fortgesetzt werden, denn die Existenz der Fischer aus Altenwerder und dem gesamten Unterelberaum ist heute mehr denn je bedroht!

Nachdem nun von offizieller Seite hohe Quecksilbergehalte in den Aalen aus der Unterelbe festgestellt worden sind, wurde der Verkauf dieser Aale verboten. Bei Nichteinhaltung dieses Verbotes drohen den Fischern hohe Geldstrafen. Der Verursacher dieser Quecksilberverseuchung, nämlich die hochgiftige Abwässer einleitende Industrie, bleibt wie immer unbehelligt. Es ist heute wichtiger denn je, daß wir uns gemeinsam mit den Fischern dagegen wehren, daß die Elbe zum „reinen" Abwasserkanal gemacht wird, zu einer stinkenden Kloake, in und an der keinerlei Leben mehr möglich ist.

Das nunmehr dritte Elbfischerfest soll am 16. Mai auf und an der Elbe zwischen Teufelsbrück und Nienstedten stattfinden. Zahlreiche Fischkutter aus Altenwerder, Finkenwerder, Kollmar und vielen anderen Orten an der Unterelbe sowie hunderte von Segelbooten, Paddelbooten, Kanus, Schlauchbooten werden erwartet, um ein deutliches Zeichen der Entschlossenheit zu setzen. Gleichzeitig werden am Vormittag Aktionen in der Innenstadt stattfinden, von wo aus eine Fahrraddemo zum Kundgebungsort nach Teufelsbrück durchgeführt wird. Am Nachmittag wird in Teufelsbrück eine Kundgebung Informationen geben über den Kampf der Fischer, den Kampf der Moorburger gegen die Zerstörung ihres Stadtteils, der Industrialisierung der Unterelbe usw. Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche Initiativen über ihre Arbeit mit Büchertischen, Videofilmen, Diareihen uvam. informieren. Es soll eine massive politische Kundgebung mit mindestens 50 000 Leuten werden. Es geht um die Unterstützung der 5 Forderungen der Elbfischer an die Bundesregierung und die Landesregierungen von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen:

1. **Sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe;**
2. **Sanierung der Elbe bis 1984 ;**
3. **Aufstellung eines Planentwurfes zur Sanierung der Elbe bis September 1981, anschließend öffentliche Erörterung dieses Planes mit**

3. Aufstellung eines Planentwurfes zur Sanierung der Elbe bis September 1981, anschließend öffentliche Erörterung dieses Planes mit

den Elbanwohnern

4. **Abkommen mit der DDR und der CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht;**
5. **Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.**

Berufsverbot für Elbfischer

In einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums von Schleswig-Holstein vom 3.2.1981 wurden die Ergebnisse einer Untersuchung über die »Schwermetallbelastungen von Fischen« veröffentlicht. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden 88 Fische aus der Elbe auf ihren Quecksilbergehalt geprüft. *»Bei 46,6 % wurde der zulässige Höchstwert von 1 Milligramm Quecksilber pro 1 Kilogramm Fisch überschritten. Bei den Aalen sogar 61 %«.* Nach dem Lebensmittelgesetz dürfen Fische, die mehr als 1 Milligramm Quecksilber pro kg aufweisen, nicht mehr verkauft werden. *»Wer gegen diese Bestimmungen verstößt, wird ... mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Begeht er die Handlung leichtfertig, kann er mit einer Geldbuße bis zu 50.000 DM belegt werden.«* Und weiter heißt es: *» Die Lebensmittelüberwachungsbehörden der Kreise, die an die Elbe grenzen, sind von mir durch Erlaß angewiesen worden, die Fischer innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches, die in der Elbe oder in der Stör fischen, von dem Ergebnis dieser Untersuchungen und den einschlägigen lebensmittelrechtlichen Vorschriften umgehend zu unterrichten.«* (Minister Flessner in: Info V »Rettet die Elbe«).

Daraufhin verfügte der Landwirtschaftsminister Niedersachsens ein Verbot des Handels mit Elbaalen (FR, 5.2.81) und auch Hamburg stand dem nicht nach. Die Aalfangsaison dauert von April bis November; in dieser Zeit enthalten die Fänge der Elbfischer 70 bis 100 % Aale. Damit kommt diese Verordnung einem Berufsverbot gegen die Elbfischer gleich. Die Fischer werden für die Verseuchung der Fische und damit der Elbe bestraft, ihnen wird die Existenz genommen, aber die Verantwortlichen, die Einleiter der hochgiftigen Abwässer, bleiben verschont. Auch wird nichts unternommen, um diesen Zustand zu ändern.

Nun haben es auch die Behörden gemerkt

Daß die Elbe mit Schwermetallen verseucht wird, ist nicht erst seit Februar dieses Jahres bekannt. Von 1972 bis 1980 wurde der Elbschlamm vom Institut für Sedimentforschung der Universität Heidelberg kontinuierlich untersucht. Immer wieder wiesen die Professoren Förstner und Müller in ihren Veröffentlichungen auf die stetig steigenden Quecksilber- und Cadmiumgehalte des Elbschlamms hin und äußerten ihr Unverständnis darüber, *»daß noch immer nicht die Ursachen [und damit die Verursacher] dieser für die Elbe spezifischen und nicht ungefährlichen Belastung ermittelt wurden«.*

Diese Veröffentlichungen waren auch der Arbeitsgemeinschaft zur Reinerhaltung der Elbe (Arge Elbe) bekannt (eine von den norddeutschen Küstenländern eingesetzte Untersuchungskommission). Während das Heidelberger Institut den Schwerpunkt der Belastung der Elbe im Raum Hamburg gemessen hat, verkündete die Arge Elbe nun lautstark, daß vor allem die Oberelbe zwischen Schnakkenburg und Geesthacht hohe Schwermetallwerte aufweise. Diese Werte werden dann in der Presse auch groß und breit angeprangert und der Verursacher ist unter solchen Vorzeichen schnell dingfest gemacht: die DDR. Die Arge Elbe geht sogar soweit, den Hamburger Hafen, in dem viele schwermetallhaltige Stoffe absinken, als *»eine Art Klärwerk der DDR«* zu bezeichnen (Weser-Kurier, 6.12.80).

Dabei ist zu bedenken, daß bei einer bestimmten eingeleiteten Schwermetallmenge dieser im Oberlauf der Elbe mit ihrer geringen Wasserführung zwangsläufig einen viel stärkeren Effekt hat als im breiten Unterelbebereich. Außerdem vermischt sich das Sediment der Elbe im Mündungsbereich aufgrund von Ebbe und Flut ständig mit dem der Nordsee.

Neben den Schwermetallmessungen im Sediment der Elbe führte die Arge Elbe auch Messungen des Elbwassers durch, von denen in der Öffentlichkeit kaum gesprochen wird. Bei genauerer Betrachtung wundert man sich darüber nicht. Hierbei sind die Quecksilberwer-

durch, von denen in der Öffentlichkeit kaum gesprochen wird. Bei genauerer Betrachtung wundert man sich darüber nicht. Hierbei sind die Quecksilberwer-

te im Bereich der Unterelbe deutlich höher als oberhalb Hamburgs. Unterhalb Brunsbüttel wurden erhöhte Werte für Quecksilber und andere Schwermetalle gefunden. Wenn man bedenkt, wie breit die Elbe bei Brunsbüttel ist und wie stark sich hier Ebbe und Flut und damit Vermischungsvorgänge auswirken, so müssen in Brunsbüttel schon erhebliche Schwermetalleinleitungen vorhanden sein. Bezeichnend für die Absicht der Arge Elbe ist zudem die Tatsache, daß das Meßprogramm im Raum Schnackenburg, also an der DDR-Grenze, erheblich umfangreicher durchgeführt wurde als an irgendeinem Punkt der Unterelbe. Da ist es natürlich nicht verwunderlich, daß bei den Einleitern aus der BRD so wenig gefunden wurde.

Warum werden diese Werte gerade heute veröffentlicht?

Bereits 1977 wurden die Fischer bei der Betrachtung ihrer Fänge darauf aufmerksam, daß immer mehr Fische Geschwüre und Verätzungen aufwiesen. Sie schickten diese Fische zur Untersuchung an die Behörden. In den meisten Fällen erhielten sie keinerlei Auskunft über die Untersuchungsergebnisse, oder die gefundenen Werte wurden als harmlos heruntergespielt. Die Behörden hatten schon damals Angst, daß die Fischer mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit gehen würden. Zu der Zeit war die Industrialisierung der Unterelbe in vollem Gange. Zahlreiche Genehmigungen waren bereits erteilt, andere liefen gerade an. Den Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg paßte es damals natürlich überhaupt nicht in den Kram, daß die Verseuchung der Elbe mit schwermetallhaltigen Abwässern an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Sie waren ja mitten drin in ihren Bemühungen, die Unterelbe zu einem neuen Ruhrgebiet zu machen.

Das erste große Fischsterben Ende Mai 1978 im Unterelberaum und besonders stark im Bereich zwischen Brokdorf und Neufeld rüttelte die Öffentlichkeit, nicht aber die Behörden auf. Für die Verantwortlichen waren die Schuldigen schnell gefunden. Die Arge Elbe wurde mit der Untersuchung des Vorfalls beauftragt und fand heraus, daß zum einen die Natur (starker plötzlicher Anstieg des Oberwasserlaufs und plötzlicher Temperaturanstieg) und zum anderen die DDR (starke Schmutzbelastung aus dem Oberlauf) die Verursacher des Sauerstoffmangels im Wasser gewesen seien. Daß die Industriebetriebe an der Unterelbe irgendetwas damit zu tun haben könnten, wurde zwar nicht untersucht, aber lautstark abgewiesen. Ein Gegengutachten von 4 Wissenschaftlern der Universität Hamburg, das einen enorm hohen Eisengehalt im Wasser und damit eine Einleitung eisenhaltiger Abwässer für das Absinken des Sauerstoffgehaltes im Wasser für das Fischsterben verantwortlich machte, wurde von Behörden als unwissenschaftlich abqualifiziert (bei der Probennahme sollen angeblich dreckige Limonadenflaschen benutzt worden sein; die Arge Elbe dagegen machte erst gar keine Eisengehaltsbestimmung).

Strafanzeigen der Elbfischer gegen industrielle Abwassereinleiter, Genehmigungs- und Überwachungsbehörden sowie gegen einzelne Gutachter wurden aufgrund des Gutachtens der Arge Elbe zurückgewiesen und niedergeschlagen. Als der Altenwerder Fischer Heinz Oestmann im Dezember 1979 die Bundesregierung verklagte, weil sie der Kronos Titan GmbH die Erlaubnis zur Verklappung von täglich 4300 t giftiger Abfallchemikalien in der Deutschen Bucht erteilt hatte, wurde ihm zunächst sein „rechtsschutzwürdiges Interesse" an der Fischerei im betroffenen Gebiet abgesprochen. Es mußte also zunächst einmal geklärt werden, ob er überhaupt berechtigt ist, eine derartige Klage zu führen. Im April 1980 wurde ihm dieses vom Verwaltungsgericht Hamburg zugestanden. Das war ein wichtiger Teilerfolg auch in bezug auf andere Klagen und Genehmigungsverfahren, wie die Klage von H.Oestmann gegen die Verklappung des Hamburger Klärschlamms in der Deutschen Bucht.

Mittlerweile gibt es wohl niemanden mehr, der den industriellen Abwässern ihre Unbedenklichkeit in Bezug auf das Leben der Fische bescheinigen würde. Es wäre jedoch weit gefehlt zu glauben, daß deshalb Genehmigungsbescheide überprüft oder sogar zurückgezogen würden. Da die Gutachten für diese Genehmigungen stets davon ausgingen, als sei das betreffende Werk das einzige an der

gar zurückgezogen würden. Da die Gutachten für diese Genehmigungen stets davon ausgingen, als sei das betreffende Werk das einzige an der

gesamten Unterelbe, sind sie samt und sonders derartig weit gefaßt, daß die einzelnen Industriebetriebe ihre Genehmigungen oft gar nicht ganz ausschöpfen. So ist Bayer, einer der stärksten Verschmutzer der Unterelbe bei Brunsbüttel noch gar nicht voll ausgebaut. Die Norddeutsche Affinerie Hamburg hat überhaupt keine Begrenzungen für die Einleitung von Cadmium, da 1950 diese Problematik noch nicht bekannt war. Heute ist zwar die Gefährlichkeit von Cadmium bekannt, die Abwassereinleitung wird jedoch nicht einer neuen Genehmigung unterzogen.

Quecksilberverseuchte Fische sind das Resultat der Industrieabwässer. Die Verursacher sind klar, die Verantwortlichen für die Genehmigungen prangern die Sauerei selbst an — aber die Folge ist nicht der sofortige Stop aller Einleitungen oder zumindest eine sofortige Untersuchung, sondern das Verbot der Elbfischerei!

Die Fischer sind unbequem geworden: Sie klagen, sie blockieren, sie gehen an die Öffentlichkeit mit ihren Beobachtungen und Anklagen. Also: Wenn es keine Elbfischer mehr gibt, so regt sich auch niemand mehr auf und Genehmigungen und Einleitungen können in aller Ruhe fortgesetzt werden.

Neue Kampfformen der Fischer – Blockade

Strafanzeigen haben die Fischer bisher nicht weit geführt. Nicht zuletzt die Blockade der Dünnsäure-Verklappunksschiffe im Oktober 1980 in Nordenham hat gezeigt, daß mit derartigen Aktionen die Öffentlichkeit eher zu erreichen, die verantwortlichen Stellen eher zu treffen sind. So haben die Elbfischer nach Bekanntgabe des Verbots des Aalverkaufs am 12.2. und am 20.3.81 mit mehreren Kuttern die Elbe blockiert und für einige Stunden für den Schiffsverkehr unpassierbar gemacht. Erst durch diese Bedrohung des Lebensnerves der Hamburger Industrie, des Hafens, ist es zu Gesprächen zwischen den Fischern und dem Senat gekommen. Umweltsenator Curilla war nach der ersten Blockade des Hamburger Hafens am 12.2. bereit, mit den Fischern über eine „finanzielle Entschädigung" zu sprechen („Hamburger Morgenpost", 13.2.81); für ein Verbot der Abwassereinleitung sieht er allerdings keine rechtliche Grundlage. In *„absehbarer Zeit soll mit einer Untersuchung und Überprüfung der Schadstoffeinleitung in die Elbe begonnen werden"*, so Senator Curilla am 13.2. (ebenda). Die Vorschläge der Behörde waren nicht gerade berauschend. Sie forderte, daß die Fischer Vorschläge für eine „Hälterung" der Fische machen sollten, d.h. die Fische sollten nach dem Fang in sauberem Wasser und mit einwandfreier Nahrung „entgiftet" werden. Die Fischer lehnten dies ab, weil damit *„die Sanierung der Elbe erst recht auf die lange Bank geschoben wird"* („Mopo", 14.3.81).

Um nun Nägel mit Köpfen zu machen, haben sich die Fischer einen der Umweltverschmutzer herausgepickt: die Norddeutsche Affinerie Hamburg. Durch Messungen war herausgekommen, daß über 100 Abflußrohre täglich mehrere Kilogramm Schwermetall die Elbe belasten (insbesondere Zink und Cadmium). Durch eine Blockade des Lieferanteneingangs der Affi erzwangen die Fischer ein Gespräch mit der Geschäftsleitung des Betriebes. In diesem Gespräch wurden die Messungen der Umweltschutzgrup-

der Affi erzwangen die Fischer ein Gespräch mit der Geschäftsleitung des Betriebes. In diesem Gespräch wurden die Messungen der Umweltschutzgrup-

pen im Grundsatz nicht bestritten. Es kam sogar heraus, daß auch die Affi und die Behörde Messungen vorgenommen haben. Diese liegen jedoch nur der Behörde vor, über eine eventuelle Veröffentlichung dieser Meßwerte wurde nichts ausgesagt.

Die nur mühsam voranschreitenden Gespräche zwischen den Elbfischern und dem Umweltsenator Curilla erhielten aufgrund einer erneuten Blockade der Elbfischer bei Cuxhaven wieder Auftrieb. Auch die Bürgerschaft Hamburgs befaßte sich inzwischen mit der Verseuchung der Elbe. Da ist in der Drucksache 9/3143 zu lesen: *„Zwischen dem Schwermetallgehalt bei in der Unterelbe gefangenen Aalen und dem Schwermetallgehalt des Elbwassers ist kein unmittelbarer Zusammenhang herzustellen"*. Der Aal sei kein „ortsständiger" Fisch, sondern einer, der *„große Wanderungen auch über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und die Elbe hinaus unternimmt"*. Na, damit ist die bundesdeutsche Industrie ja mal wieder aus dem Schneider! Ist ja auch klar, daß die Aale das Gift aus der DDR oder vom Nordpol mitbringen! Weiter ist zu lesen: *„Im übrigen muß von den Elbfischern ein gewisses Anpassungsverhalten wie z.B. stärkere Befischung der weniger belasteten Nebenarme der Elbe oder anderer Flüsse des näheren Küstenbereichs erwartet werden"*. Mit anderen Worten: Die Elbfischer müssen ja nicht unbedingt in der Elbe fischen, es gibt ja schließlich noch andere Flüsse. Wie wär's denn mit dem Rhein?

Nachdem die Fischer den Vorschlag der Umweltbehörde abgelehnt hatten, ihre Bilanzen offenzulegen, die dann ein Maßstab für die eventuelle Entschädigung sein sollten, wurden den Fischern schließlich insgesamt 100 000 DM Entschädigung pro Jahr vorgeschlagen, die sich die 8 Fischer teilen müssen. Wie lange diese Gelder gezahlt werden sollen, ist genauso unklar wie Zahlung überhaupt. Zunächst muß nämlich die EG zustimmen. Die Zahlung derartiger Abfindungssummen könnte eine Wettbewerbsverzerrung darstellen. Die Fischer selbst hatten vorgeschlagen, daß ihnen von den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg die Fänge nach Gewicht und den bisher erzielten Preisen abgekauft würden („Welt", 24.2.). Bei einem Durchschnittspreis der Aale von 6 bis 10 DM pro Pfund würde das die Länder rund 600 000 bis eine Million Mark kosten („Welt", 24.2.81).

Inzwischen haben die Umweltminister der norddeutschen Küstenländer auch ein Gutachten über die Elbe in Aussicht gestellt. Beauftragt wurde damit das Münchner Dornier Institut, das mit den bereits bekannten Meßwerten über die Elbe per Computer ein Gutachten über die Belastung der Elbe erstellen soll. Es sollen keine neuen Messungen gemacht werden, schon gar nicht von unabhängigen Instituten. Die Behörden liefern die Werte großzügigerweise selbst. Außerdem geht's dann ja auch schneller. Noch in diesem Jahr sind Ergebnisse zu erwarten. Da kann man wohl sehr gespannt sein, was dabei raus kommt.

Weitere Fangverbote

Ende März 1981 wurde im dänischen Limfjord und Teilen der Nordsee in diesem Gebiet ein generelles Fangverbot von der dänischen Regierung ausgesprochen. Auch hier waren extrem hohe Quecksilbergehalte in den Fischen festgestellt worden. Eine in unmittelbarer Nähe dieses Gebietes

gesprochen. Auch hier waren extrem hohe Quecksilbergehalte in den Fischen festgestellt worden. Eine in unmittelbarer Nähe dieses Gebietes

liegende Giftmülldeponie des Chemiewerkes „Cheminova AG", die vor mehr als 20 Jahren mit Wissen und Billigung der Regierung angelegt wurde, hatte schon 1963 alle Hummer in dieser Gegend eingehen lassen. Die Meßergebnisse, die die Behörden zum Einschreiten zwangen, waren von Biologiestudenten der Universität Aarhus publiziert worden, deren Forschung von der „Cheminova" finanziert worden ist!

Im April dieses Jahres veröffentlichte die landwirtschaftliche Versuchs- und Untersuchungsanstalt Darmstadt eine Untersuchung, nach der Fische aus dem Rhein *„um das 20- bis 40-fache den Höchstwert von 0,05 Milligramm Hexachlorbenzol-Rückstände (HCB) pro Kilogramm Frischgewicht überschreiten"* („FR", 7.4.). Daraufhin ließ Umweltminister Karl Schneider (Hessen) verlauten: *„Aale aus dem Rhein oder dessen Nebengewässern sollten auf keinen Fall gegessen werden"* (ebenda). Auch hier ist es die Frage nach dem Verursacher. Die hessische Landesanstalt für Umwelt ermittelte schnell, *„daß der Rhein mit Hexachlorbenzol bereits hoch belastet sei, bevor er Hessen erreiche"* (ebd.). Wie gut, wenn man immer noch andere verantwortlich machen kann.

Die Zeit, in der die BRD nicht mehr von großen Strömen, sondern nur noch von riesigen Abwasserkanälen durchzogen wird, scheint nicht mehr weit zu sein. Fische aus diesen Flüssen wird es dann nicht mehr geben. Für die Behörden und Regierungen ist die Lösung des Problems das Verbot der Fischerei. Die Verursacher, die Einleiter der industriellen Dreckabwässer mit Schwermetallen, chemischen Rückständen und atomar verseuchtem Kühlwasser, werden entweder in anderen Ländern gesucht oder hinter juristisch abgesicherten Genehmigungen verborgen.

AKW-Nein-Kommission

Politischer Magnet Unterelbe

Seitdem der katastrophale Zustand der Unterelberegion nicht mehr zu verheimlichen ist und vor allem der Widerstand der Fischer und BIs gewachsen ist, stürzen sich verschiedenste Parteien und Organisationen auf dies Problem.

Die Hamburger CDU spielt in der Opposition die ganz harte Umweltschützerrolle, bombardiert den Senat mit Anfragen, bei denen sie von BI-Veröffentlichungen abschreibt. Sie stellte kürzlich die Forderung: „Sofortiger Stop aller Einleitungen in die Elbe!" mit der Gewißheit im Rücken, daß die regierende SPD dies keineswegs befolgen wird. Die Junge Union machte sogar eine Veranstaltung mit einem Unterelbe-Fischer, auf der sie aber ordentlich zu AKWs an der Unterelbe in die Zange genommen wurde.

Die SPD, auf deren Mist bekanntlich ein Großteil der Unterelbeindustrialisierung (nach dem sogenannten „Kernplan") gewachsen ist, versucht es mit einem Täuschungsmanöver. Nachdem zum letzten Fischerfest Herbert Wehner als Abgeordneter des Bezirks Hamburg-Wilhelmsburg zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden war, aber nicht erschien, wurde auf seine Anordnung hin eine Arbeitsgruppe „Rettet die Unterelbe" aus Mitgliedern aller Küstenländer gebildet. Die SPDler wollen offensichtlich mit der Zeitung „Rettet die Elbe" und dem gleichnamigen Verein verwechselt werden, bzw. von deren Image abstauben. Doch ist dies bisher kaum zu befürchten. Alles, was die SPD-„Arbeitsgruppe" bisher zustande brachte, war eine Presseerklärung, wonach die Maßnahmen zur Verbesserung der Elbesituation im vollen Gange sind. Kurze Zeit später wurde der Verkauf der Elbaale verboten!

Seit einiger Zeit versuchen auch die Grünen aller Schattierungen in diesem Bereich stärker Fuß zu fassen. So sind z.B. auf den Vorbereitungsversammlungen für das Fischerfest oder anderen Koordinierungstreffen die Grünen Hamburg, die oppositionelle, ökologische Fraktion der Hamburger Grünen, die Grüne Föderation, der WSL neben immer zahlreicheren BIs anzutreffen. Einzelne Mitglieder kritisierten des öfteren, daß ihnen die bisherige Arbeit der Unterelbe-BIs zu destruktiv und immer nur entlarvend sei, statt „positive Alternativen" aufzuzeigen. Doch hatten z.B. die Grünen Schleswig-Holsteins nach Bekanntgabe der Quecksilberwerte der Elbaale nichts besseres zu tun als
ven" aufzuzeigen. Doch hatten z.B. die Grünen Schleswig-Holsteins nach Bekanntgabe der Quecksilberwerte der Elbaale nichts besseres zu tun als
in völliger Eintracht mit dem CDU-Sozialministerium das Verbot der Elbfischerei zu fordern, statt die Verursacher anzugreifen und die zwielichtigen Hintergründe dieses Verbotes zu entlarven.

Zuletzt machte die oppositionelle, ökologische Gruppe bei den Hamburger Grünen unangenehm auf sich aufmerksam, als sie forderte, daß die DKP nicht zu den Unterstützern des Fischerfestes gehören dürfte. Bisher und hoffentlich auch in Zukunft waren solche Abgrenzungen unbekannt. Wer die zentralen Forderungen des diesjährigen Festes unterstützt, ist willkommen.

Bisher wird der Widerstand von einer erstaunlichen Bandbreite an politischen Strömungen unterstützt, wobei das Spektrum der linken Gruppen und Organisationen eher unterrepräsentiert ist.



Gewerkschaften und Flughafen Frankfurt Main

Den folgenden Text über die Arbeitsplatzproblematik im Zusammenhang mit der geplanten Flughafenerweiterung (Startbahn 18 West) entnahmen wir dem Publikationsorgan des „Aktionskreis Leben – Gewerkschafter gegen Atom" (Nr. 20/März 1981). Die Broschüre enthält außerdem eine Dokumentation der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die geplante Startbahn West, sie kostet nur 1,- DM und ist zu bestellen bei Gustav Rentzing, St.Gillesstr. 21, 6050 Offenbach.

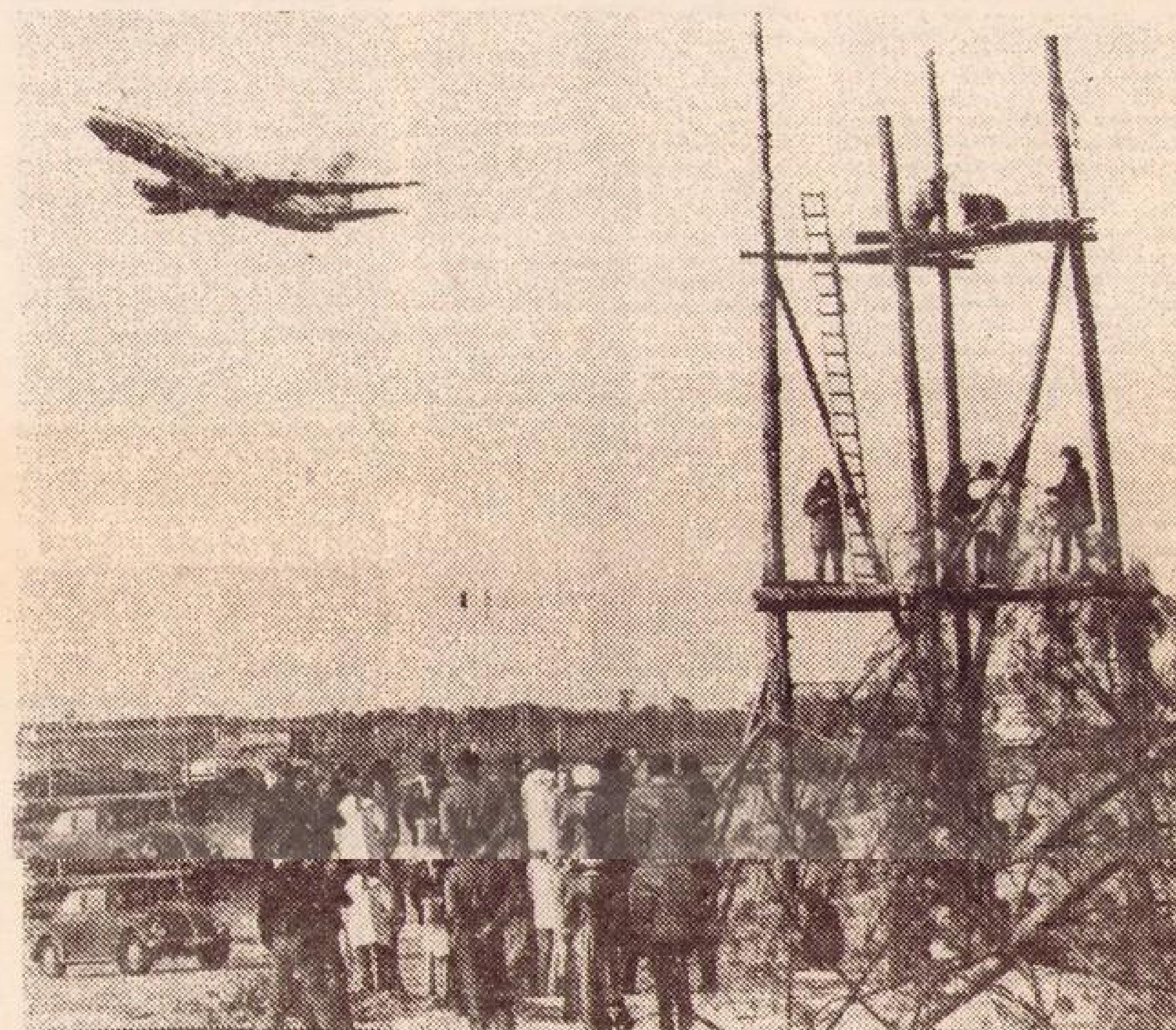
Warum das Thema Flughafen?

Warum veröffentlicht der „Aktionskreis Leben", der sich zur Aufgabe gesetzt hat, in den Gewerkschaften Überzeugungsarbeiten zu leisten, um die Gefahren der Atomenergie aufzuzeigen, eine Dokumentation über die Startbahn West des Frankfurter Flughafens? Warum tun wir dies, obwohl uns klar war, daß die Anhörung im Wiesbadener Landtag Anfang Februar die Position der drei Landtagsfraktionen zum Bau der Startbahn nicht beeinflussen würde?

- Wir wollen mit dieser Veröffentlichung darstellen, daß die gemeinhin angenommene „Gleichgültigkeit" von Gewerkschaftern und Betriebsarbeitern gegen die Ökologie-Problematik falsch ist. Im Kampf gegen die Ausweitung des Frankfurter Flughafens auf Kosten der Lebensqualität eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung, der Vernichtung ihres ökologischen Lebensraums, ist es gelungen, einen beträchtlichen Teil der Opel-Vertrauensleute der IG Metall, aber auch Tausende von Arbeitern zu gewinnen. Sie haben zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung die Demonstration von 16000 Menschen getragen, die gegen die Errichtung der Startbahn West protestiert haben. Selbst der DGB-Landesvorstand sah sich hierdurch so unter Druck gesetzt, daß er von seinem relativ eindeutigen „Ja" zum Bau der Startbahn vom 6.12.1979, dem nur im Anfang einige Bedingungen hinzugefügt worden waren, zu einer stärkeren Betonung dieser Bedingungen vor der Presse und während der Anhörung in Wiesbaden übergehen mußte. Zu mehr ließ aber auch er sich nicht bewegen.
- Wir wollen dokumentieren, daß der angeblich unaufhebbare Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen der Verteidigung der Arbeitsplätze und der Erhaltung eines Lebensraums, der die Existenz der Menschen erträglicher und lebenswerter macht, nicht besteht.

• Wir wollen aufzeigen, daß die Gefährdung der Arbeitsplätze von der kapitalistischen Wirtschaftskrise aus- ter macht, nicht besteht.

- Wir wollen aufzeigen, daß die Gefährdung der Arbeitsplätze von der kapitalistischen Wirtschaftskrise ausgeht, daß sie verschärft wird durch ständige Rationalisierung, daß im Gegensatz zu den Forderungen der IG Metall der „technologische Fortschritt" verbunden ist mit „sozialem Rückschritt", vor allem mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen.
- Der Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze muß in den einzelnen Betrieben immer dann geführt werden, wenn Maßnahmen der Rationalisierung auf Kosten der Arbeitenden durchgeführt werden sollen. Er muß aber immer mehr auch als gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden, bei gleichzeitiger Aufteilung der Arbeit auf alle und ohne Einbußen der Einkommen sowie ohne Steigerung der Arbeitshetze.
- Wir können aber als Gewerkschafter nicht die Forderung der Angestellten und Beamten des Personalrats der Flensburger Zentralkartei der Verkehrssünder unterstützen. Der Personalrat hatte dagegen protestiert, eine Eintragungsbegrenzung von Verkehrssündern zu beschließen, weil dies zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde. Ebenso sprechen wir uns gegen weitere Dünnsäureverklappung in der Nordsee durch die Bayer AG aus, die aus Gründen der Erhaltung der Arbeitsplätze von Teilen der dort Beschäftigten und der Betriebsratsmehrheit gefordert wurde. Genauso wenig teilen wir die Auffassung jener Betriebsräte, die trotz der erwiesenen krebserregenden Wirkung von Asbest im Gegensatz sogar zur sich dagegen aussprechenden Gewerkschaft weiter an dieser Produktion festhalten wollen, um so ihre Arbeitsplätze zu retten.
- Wir unterstützen hingegen jene Betriebsräte, die nach alternativen Produkten für den Panzerbau bei den Krupp MaK-Werken in Kiel Ausschau halten. Und wir begrüßen die Gründung des „Arbeitskreis alternative Fertigung" durch 350 Hamburger Vertrauensleute von Blohm und Voss, um den Bau von Panzerwannen für den Leopard II, den Bau von Fregatten für die Bundesmarine sowie den Bau weiterer Kriegsschiffe für Argentinien und Nigeria einstellen zu können.
- Wir sind der Meinung, daß Arbeitsplätze so beschaffen sein müssen, daß sie sowohl in der Produktion sicher sind, den Menschen nützliche und sinnvolle Produkte liefern, die im Gebrauch sicher und umweltfreundlich und bei der Abfallbeseitigung ohne Probleme sind. Für uns hat ein Arbeitsplatz etwas mit Lebensqualität zu tun. Nicht Verschlechterung der ökologischen Lebensqualität zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, sondern Erhaltung der ökologischen Lebensräume für alle und zu gleicher Zeit der Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung mit den Gewerkschaften muß unser Ziel sein. Dieser Kampf darf sich nicht nur in Forderungen an die Regierungen erschöpfen, die ohnehin dann lediglich mit dem Argument der „leeren Kassen" antworten werden. Dieser Kampf hat innerbetrieblich und außerbetrieblich von den Gewerkschaften geführt zu werden.



Die Entwicklung

Am Ende des viertägigen Hearings und nach der Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten bleibt die Anfangsproblematik die gleiche: Die sogenannte Güterabwägung zwischen dem Gut „Arbeitsplatz" und dem Gut „heile Umwelt".

Dabei mußte jeden aufmerksamen Beobachter verblüffen, mit welcher Leichtigkeit und Eleganz aus den ursprünglichen Streitpunkten, die für und gegen einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens gewichtet werden mußten, gerade diese Konfrontation gezielt angesteuert werden konnte und dann auch letztendlich zu einem vorläufigen Erfolg führte.

Zu Anfang standen ganz einfach die Bestrebungen der FAG (Flughafen AG) im Vordergrund, sich an einem vermeintlich expandierenden Markt stärker zu beteiligen, und auf der anderen Seite standen die vom Fluglärm Betroffenen, die sich nicht noch mehr Lärm aufhalsen lassen wollten.

Während die Ausbaugegner nun immer weitere und zusätzliche Argumente einbrachten, bis schließlich so etwas wie ein gesamtökologischer Widerstandskatalog entwickelt war, reduzierten und kaschierten die Betreiber des Flughafenausbaus ihre Argumente.

Sie entkräfteten gar nicht die Vorbehalte der Ausbaugegner in dem Maße, wie sie ihre originären Unternehmensinteressen auf Gedeih und Verderb in den Zusammenhang mit originären Arbeitnehmerinteressen brachten.

Es wurde gezielt und geplant so argumentiert, als seien unternehmerische Entscheidungen ausschließlich dem Gesamtwohl gewidmet. Ist uns eigentlich schon dieser Glaube an ein solches Unternehmertum auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen nicht möglich, müßte uns dieses Vorgehen und damit verbundene Ansinnen empören. Es spekuliert auf unsere Vergeßlichkeit und unterstellt uns ein beträchtliches Maß an Ignoranz.

Weder die Hessische Landesregierung noch die FAG-Mitbesitzer Bundesregierung und Stadt Frankfurt werden bereit und in der Lage sein, verbindlich zu erklären, daß durch den Bau der Startbahn West in 1995 ca. 10000 bis 19000 mehr Arbeitsplätze vorhanden sein werden. Sie werden sich totsicher jetzt schon Gutachter anheuern müssen, die die Unmöglichkeit dieses Versprechens auf unvorhersehbare Entwicklungen abwälzen müssen.

Der Hessische Ministerpräsident Börner begründete am 25. Februar 1981 in seiner Regierungserklärung noch einmal, daß der „Bau der Startbahn West unvermeidbar" sei. Der „bittere und schwierige Konflikt besteht im Grunde zwischen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsplatzinteressen und regionalen Freizeitinteressen". Die Landesregierung fühle sich verpflichtet, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den strukturell bedingten Arbeitsplatzverlust ... wettzumachen, indem sie sich für zukunftssichere Arbeitsplätze in anderen Unternehmensbereichen einsetzt. Arbeit sei nun einmal ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Existenz und zur Selbstverwirklichung des Menschen unverzichtbar. Börner nannte noch einmal die Arbeitsplatzverluste: In Frankfurt gingen seit 1970 allein 30.000 verloren; achtbare Wirtschaftsforschungsinstitute schätzten in den nächsten 5 Jahren einen weiteren Verlust von 60000.

Bitter muß es dem DGB-Landesvorstand aufstoßen, daß Börner zwar seine Arbeitsplatzargumentation genüßlich verwendet hat, aber, ähnlich wie bei der WAA, die an die Zustimmung geknüpften Vorbedingungen als Papperlapapp vom Tisch fegt. Die Forderung des DGB, nach dem Hearing und vor dem Bau der Startbahn West ein gesamtökologisches Gutachten und eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzulegen bzw. vorzunehmen, stößt bei Börner auf keine Beachtung.

Es haben sich für ihn keine konkret begründbaren neuen Hinweise ergeben, die eine erneute Überprüfung notwendig machen würden. Basta!

Für die Gewerkschaften muß diese Erfahrung ein weiterer Grund sein, die „Ja-Aber-Aussagen" zu strittigen Planungen als untaugliches Instrument nicht mehr zu benutzen. Es wäre richtiger gewesen, wenn der DGB hier keine Kompromißformel als Summe des ökologischen Vorbehalts und ökonomischer Zustimmung von sich gegeben hätte. Die Gewerkschaften haben überhaupt keinen Grund, irgendwelchen Arbeitsplatzerhaltungs-Versprechungen geschweige sogar Arbeitsplatz-Schaffungs-Versprechen auf den Leim zu gehen. Hier sollten und könnten sie allein auf ihre langjährigen Erfahrungen, wie die Ware Arbeitskraft behandelt und gehandelt wird, zurückgreifen. Es gibt niemanden, der Arbeitsplätze schafft, weil sie ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Existenz sind. Es verhindert auch kein Mensch den systematischen Abbau der Arbeitsplätze, obwohl sie zur Selbstverwirklichung des Menschen unverzichtbar sind.

Das nachweisbare Geschehen in unserem Staat bestätigt, daß auf das unverzichtbare Gut „Arbeitsplatz" immer mehr verzichten mußten, und es findet niemand brutal und verwerflich, daß ihnen die unverzichtbaren Selbstverwirklichungsmöglichkeiten genommen wurden.

Im folgenden soll nachgewiesen werden, daß die Gewerkschaften mit ihrer Zustimmung zum Startbahnbau aus ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen heraus einer überaus brüchigen Argumentationskette der Unternehmerseite folgten. Es soll nachgewiesen werden, daß selbst bei Ausschaltung der gesamten ökologischen Problemstellungen keine Zustimmung der Gewerkschaften zur Kapazitätsausweitung des Flughafens hätte erfolgen dürfen.

Das Versprechen

Da gehen die Unternehmensleitung, der Aufsichtsrat und das Aktionärs-

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaften und Flughafen Frankfurt Main

kollegium der Flughafen AG her und behaupten: Wenn man nicht zuläßt, daß wir unseren an die Grenzen der Kapazität gestoßenen Betrieb erweitern können, müssen wir in absehbarer Zeit Personal entlassen. Wenn wir jedoch die neue (Nur-)Startbahn bauen, werden wir bis 1995 außer unseren jetzigen 32000 Arbeitnehmern weitere 15000 bis 19000 benötigen.

Die neue Startbahn soll laut FAG in Spitzenbelastungszeiten ca. 25 % mehr Flugbewegungen möglich machen. Gegenfachleute errechneten lediglich 6-14 %.

Machen wir uns dieses Angebot etwas deutlicher: Es wurde gesagt: Wenn wir in den Spitzenbedarfszeiten ein Viertel mehr Flugzeuge abfertigen können, sind wir auf Dauer in der Lage, ein bis zwei Drittel mehr Leute zu beschäftigen!

Was würden der DGB und alle Gewerkschaftskollegen sagen, wenn z.B. Opel-Rüsselsheim, bauend auf ein zunehmendes Weltverkehrsaufkommen (mehr Arbeitsteilung bedeutet mehr Verkehr!) und ungebrochener Vorrangigkeit des Personen-Individualverkehrs (also ganz ähnlich einleuchtenden Argumenten, wie bei der FAG) jetzt planen würde, seine Bandstraßen um ein Viertel zu vermehren? Läßt man bei Beurteilung dieses Vorhabens die gesamte Umweltproblematik weg. Nimmt man an, Opel verlange dafür statt öffentlicher Wälder nur öffentliche Gelder, und nehmen wir an, Opel würde uns dafür bis 1995 12000 bis 24000 mehr Arbeitsplätze versprechen.

Wie viel Phon hätte wohl unser Gelächter? Wie lange würde sich ein solches Opelmanagement in dieser Clown-Rolle noch halten können? Hätten wir wirklich einen Ansatzpunkt gesehen, uns ernsthaft mit einem solchen Versprechen auseinandersetzen zu müssen?

Die Antwort des DGB

Der DGB-Landesvorsitzende Jochen Richert bestritt lediglich die Höhe der Arbeitsplatz-Zuwächse. Über die Qualität dieser Arbeitsplätze sagte auch er nichts aus. Laut DGB sind nach eingehenden Recherchen mit den betroffenen Fachgewerkschaften maximal 10 bis 14000 Arbeitsplätze durch den Startbahnbau ,,schaffbar". Wenn jedoch diese Startbahn nicht bebaut wird, habe man bis 1995 4 bis 8000 als Verlust zu buchen.

Auch diese Aussage müssen wir uns verdeutlichen: Der DGB unterstellt bis 1995, also innerhalb von 15 Jahren, Rationalisierungsverluste von 25 bis 12,5 %. Was sagt die statistische Ver-
12,5 %. Was sagt die statistische Ver-
gangenheit dazu?

1960 gab es 22,9 Millionen Sozialversicherungspflichtige.
1980 waren es nur noch 20,9 Millionen.
1960 waren wir noch 26,3 Millionen Erwerbstätige,
1980 lediglich 25,6 Millionen.

Obwohl in der Zwischenzeit zig Leute und zig Programme Arbeitsplätze schaffen und erhalten wollten und sollten, zeigt die Gesamtbilanz nur MINUS.

Auch der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr weist die gleichen Personalabbau-Tendenzen auf:
1960 4,6 Millionen Beschäftigte, 1973 dann 4,8 Millionen, 1977 nur noch 4,4 Millionen. Seit 1973 werden jährlich über 2 % der Arbeitsplätze abgebaut.

Der DGB kennt die Daten. Für den Raum Frankfurt heißen diese ganz nüchtern: Von 1970 bis 1980 verschwanden in Frankfurt 30000 Arbeitsplätze. Das Doppelte an Verlusten wird in der Hälfte der Zeit (nämlich in nur 5 Jahren bis 1985) erwartet. Börner geht davon aus, daß bis 1985 weitere 60000 verschwinden werden. Nach DGB und Regierungsmeinung soll der Flughafenausbau diesen Verlust erträglich machen.

Es läßt sich also nirgendwo feststellen, daß durch wirtschaftliche Expansion, die nachweislich in all diesen Jahren erfolgte, nur ein einziger Arbeitsplatz zusätzlich geschaffen wurde. Im Gegenteil, es gab eine viel stärkere Kraft, die stets mehr Arbeitsplätze vernichtete als sie jede Expansion, jeder Fortschritt und jede Hochkonjunktur ,,schaffen" konnte. Uns ist diese bekannt unter dem Stichwort ,,Rationalisierung" und unter dem Begriff ,,Produktivitätszuwachs".

Wieso wartet der DGB bei seinen Arbeitsplatzberechnungen für den Flughafen mit Rationalisierungsprozenten auf, die gerade halb so hoch sind, als sie sich aus der Erfahrung der Vergangenheit beweisen lassen?

Wenn der Flughafen tatsächlich an die Grenzen seiner Kapazität gestoßen ist, und eine Expansion unmöglich ist, werden bis 1985 mindestens 30 % der heute Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren. Das sind etwa 10000 und keine 4 bis 8000. Der DGB unterstellt also mit seiner Prognose, daß ausgerechnet die FAG und ihr Flughafen eine Rationalisierungs-Oase sei.

Die FAG ist keine Rationalisierungs-Oase

Laut dem Unternehmer-orientierten Institut der Deutschen Wirtschaft betrug die Produktivitätssteigerung pro Beschäftigtenstunde 1979 3,9 %. In den Jahren von 1960 bis 1976 betrug dies für alle wirtschaftenden Unternehmen 103 %, das heißt, daß 1976 in einer Stunde mehr als das Doppelte geschafft wurde als 1960. Für den Handels- und Verkehrsbereich lagen dabei die Zahlen nicht ganz so hoch, hier erreichte die Produktivitätssteigerung 82 %.

Ohne allzu ungenau zu sein heißt das, daß jährlich pro Beschäftigtenstunde im Handels- und Verkehrsbereich 5 % mehr ,,geschafft" wurde.

Die sogenannten ,,neuen Technologien" bedrohen gerade die Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Verteilungsbereiche. Es gibt keinen Grund, niedrigere Steigerungsraten als in der Vergangenheit zu erwarten. Auchnicht für den Flughafenbereich. Im Gegenteil, hier wird die Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich steigen. Es ist uns allen bekannt, daß der verstärkte Einsatz der sogenannten ,,neuen Technologien" sich ganz besonders gegen die Arbeitsplätze im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich richten wird. Und der Flughafenbereich ist ein solcher Bereich, der davon betroffen ist. Und man kann doch nicht solche Bestrebungen, wie den Dritten Mann im Cockpit durch Elektronik zu ersetzen, verschweigen – ebensowenig wie die Arbeiten an der vollautomatischen und computergesteuerten Gepäckabfertigung!

Die FAG belegt den bereits laufenden Prozeß mit folgenden Zahlen:

Jahr	*Arbeitspl.*	*To.-Fracht*	*Passagiere*
1973	23713	398643	10612675
1979	30828	643994	17523838

Innerhalb von nur 6 Jahren mußte der einzelne Beschäftigte 27 % mehr Passagiere und 24 % mehr Fracht ,,bewältigen". Wir müssen doch einfach davon ausgehen, daß dieses durch Arbeitsintensivierung und Technisierung mögliche Ergebnis auch in Zukunft erreicht wird. Selbstverständlich ist es unsinnig, solche Rationali-
lich ist es unsinnig, solche Rationali-
sierungsdaten in der gleichen Höhe bis in alle Ewigkeit fortzuschreiben. Sicher ist, daß es auch in 1995 weitere Produktivitätssteigerungen pro Arbeitsstunde geben wird. Sicherer auf jeden Fall, als daß man dann noch von Steigerungen der Fracht- und Passagieraufkommen ausgehen kann.

Die heute Beschäftigten sind in der Lage, im Jahr 1995 zwei Drittel mehr Luftverkehrsaufkommen zu bewältigen, wenn man den Rationalisierungsprozeß der letzten 7 Jahre fortschreibt. Kein Versprechen der FAG und keine Experten-Aussage läßt nur annähernd durchblicken, daß solch gigantische Zahlen auf Rhein-Main erreichbar seien. Weder die technische Ausstattung noch die Bedarfsanforderungen an den Flughafen sind dahingehend ausgelegt noch auslegbar.

Um nur die durch die DGB reduzierten Prognose von zusätzlichen 10000 Arbeitsplätzen bis 1995 verwirklichen zu wollen, müßte sich das Fracht- und Passagieraufkommen auf dem Flughafen bis 1995 gegenüber 1979 verdoppeln. Wer glaubt, daß das vom sogenannten ,,Markt" her möglich wird, muß sich schon gefallen lassen, in die Kategorie der Traumtänzer eingeordnet zu werden. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß Rhein-Main in 1995 35 Millionen Passagiere bewältigen müßte, geschweige denn könnte. Ähnliches ist zu den Frachtzuwächsen zu sagen. Rhein-Main müßte nach dieser Prognose das gesamte Luftverkehrsaufkommen der Bundesrepublik im Jahre 1980 ganz alleine auffangen und abwickeln.

Wir halten eine auf solche Grundüberlegungen fußende Entscheidung nicht für tragfähig, nur einen einzigen zusätzlich versprochenen Arbeitsplatz durch die Kapazitätserweiterung des Flughafens zu erwarten.

Das, was übrig bleibt, ist lediglich die Feststellung, daß durch den Ausbau des Flughafens, durch seine Erweiterung der Lande- und Startkapazität, sehr vorübergehend und absehbar die bestehenden Arbeitsplätze erhalten werden könnten.

Korrektur der Stellungnahme

Hätten die Gewerkschaften nur ihre ureigensten Erfahrungen mit der Rationalisierung eingebracht, wären ganz andere Ergebnisse herausgekommen. Die ehrliche Stellungnahme des DGB hätte lauten müssen:

Durch den Bau der Startbahn-West erwarten wir vorübergehend keine Arbeitsplatzverluste im Flughafenbereich. Die Arbeitsmarktsituation im Frankfurter Raum wird dadurch vorübergehend entschärft bzw. nicht zusätzlich belastet. Das Versprechen von zusätzlichen Arbeitsplätzen können wir nicht ernst nehmen. Insbesondere auch deshalb nicht, weil weder die FAG noch die anderen am Flughafen angesiedelten Unternehmen mit uns darüber einen verbindlichen Vertrag abschließen würden.

Noch eine andere Fragwürdigkeit hätte den DGB aufhorchen lassen müssen: Eine Investition von 200 Mill. DM soll angeblich in der Lage sein, zwischen 10000 und 19000 Arbeitsplätze zu schaffen. Wo und wann ist in den letzten 10 Jahren für 10 bis 20000 DM noch ein Arbeitsplatz schaffbar gewesen? In Nordhessen versucht man mit 3,2 Milliarden DM eine ,,zukunftsträchtige" Fabrik für 1600 Arbeitsplätze zu installieren, die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA). Hier werden pro Arbeitsplatz etwa 2 Mill. DM gebraucht.

Arbeitsplätze im Handelsbereich sind heute nicht mehr unter 30000 DM zu ,,schaffen", die Industrie und das Handwerk rechnen mit 40 bis 60000. Wobei es Spitzen gibt, die weit über 100000 DM liegen, wie im Chemiebereich.

Muß nicht allein schon deswegen das FAG-Versprechen von den zusätzlichen Arbeitsplätzen als Köder für die Zustimmung der Gewerkschaften gesehen werden?

Schlußbetrachtungen

Die Grundüberlegung der Gewerkschaften ist falsch, daß jede Steigerung des Verkehrsaufkommens langfristig zu einem vermehrten Personalbedarf führt. Richtig ist vielmehr, daß der Personalbedarf nur dann steigt, wenn der Zuwachs im Transportaufkommen höher liegt als der Produktivitätszuwachs pro Arbeitsstunde.

Es ist auch falsch, davon auszugehen, daß der Personalbedarf erst dann sinkt, wenn das Verkehrsauf-
dann sinkt, wenn das Verkehrsauf-
kommen sinkt. Richtig ist vielmehr, daß schon dann Arbeitsplätze verloren gehen, wenn das Verkehrsaufkommen geringer wächst, als die Arbeitsintensivierung und Rationalisierung zunimmt.

Die stolzen Steigerungsraten im Verkehrsaufkommen des Frankfurter Flughafens von 51 % in 6 Jahren sind 1980 mit einem Schlag gebremst worden. Hier so zu tun, als sei dies nur eine vorübergehende Panne, ist mehr als Leichtsinn, es ist pure Spekulation. Es ist fraglich, ob die geplante Kapazitätsausweitung überhaupt genutzt wird, ganz bestimmt wird sie k e i n e neuen Arbeitsplätze bringen.

Es war und ist ein mieser, weil so plump durchsichtiger Trick der Startbahn-West-Betreiber, mit dem Arbeitsplatz-Argument die Zustimmung der Gewerkschaften zu ertrotzen. Sie spekulierten (fast) erfolgreich genau auf die weiche Stelle der Gewerkschaften. Sie taten nichts anderes als die ursprüngliche Alternative ,,Baum oder Beton" in ,,Baum oder Arbeitsplatz" zu verdrehen.

Wir haben uns insgesamt in den Gewerkschaften Sorge zu machen, daß wir unser Argumentationsdefizit beseitigen, daß wir nicht dauernd mit der Arbeitsplatzproblematik erpreßbar sind.



Polizeieinsätze gegen Umweltschützer

Frankfurt. Am 1. Mai kam es zu einem Polizeieinsatz gegen Startbahngegner auf dem Gelände der geplanten Startbahn West. 250 Startbahngegner besetzten das Ende letzten Jahres gerodete 7 ha große Gelände der FAG (Flughafen AG) und begannen mit dem Bau eines über 10 Meter hohen Wachtturms. Denn wie mittlerweile bekannt wurde, will die FAG noch im Mai mit der Untertunnelung der Okriftler Str. (unter die geplante Startbahn) beginnen. Für die BI begänne damit der Bau der Startbahn. Bei den ersten Anzeichen von Baubeginn wird die BI deshalb die Alarmliste auslösen und tausende zum Flughafen mobilisieren, um die Bauarbeiten zu „be- und verhindern". Der Bau des ,,Wachtturms" sollte ein erster Schritt gegen den geplanten Baubeginn sein. Dies machte jedoch der Polizeieinsatz am 1. Mai zunichte, der die Startbahngegner von dem besetzten FAG-Gelände vertrieb und den Turm anschließend zerstörte. Sehr unangenehm fielen einige Startbahngegner, wie der SPD-Abgeordnete von Mörfelden Pfarrer Oeser auf, die sich von der Aktion der Startbahngegner distanzierten. Einige meinten gar, ,,Provokateure" ausgemacht zu haben, die sich auf dem „Privatgelände der FAG" zu schaffen machen würden. Entschädigt wurden die Startbahngegner jedoch durch das riesige Waldfest der BI aus Anlaß der 1-jährigen Besetzung des Waldes. Am 30. April veranstalteten die DGB-Ortskartelle aus den Flughafenanliegergemeinden eine gemeinsame 1. Mai-Veranstaltung. Zwischen dem 1. und 3. Mai kamen über 10 000 Menschen zu den Veranstaltungen im Hüttendorf in den Wald.

Mainhäuser Hüttendorf soll geräumt werden

Nachdem schon im Februar der Platz der geplanten Sondermülldeponie in Mainhausen (Kreis Offenbach) von der Polizei auf brutalste Weise geräumt wurde, soll jetzt – geht es nach dem Willen des SPD-Landrats Walter Schmitt und des SPD-Bürgermeisters von Mainhausen – das seit einigen Monaten bestehende Hüttendorf auf dem Gelände geräumt werden.

„*Nur durch die Beseitigung des ungesetzlichen Zustandes wird unser Protest glaubhafter*", meint Bürgermeister Poller. Diese sozialdemokratischen ,,Umweltschützer" sind sich auch nicht zu schade, die Polizei zu beauftragen, wieder „Recht und Gesetz" durchzusetzen. So haben sich seit dem 5.5. 100 Polizisten auf dem Baugelände einquartiert, um „*den rechtmäßigen Fortgang der Bauarbeiten zu gewährleisten*" (FR, 6.5.81). Dabei leisteten die Gegner der Mülldeponie nur passiven Widerstand. Mit der Räumung des Hüttendorfes in Mainhausen wird in BI-Kreisen jetzt jeden Tag gerechnet.

KB/Gruppe Frankfurt



Polizeieinsatz gegen die Gegner der Mülldeponie in Mainhausen

Nach dem Unfall in Tsuruga geht alles einen »normalen Gang«

Nach den jüngsten Meldungen blieb es nicht bei den 56 AKW-Arbeitern, die bei den Säuberungsarbeiten nach dem 8. März den tödlichen radioaktiven Strahlen ausgesetzt waren. Es waren **278 Personen** , die zum Teil ohne Schutzanzüge und Masken, mit Plastikeimern und Wischlappen eingesetzt waren, der Katastrophe Herr zu werden! Trotz zahlreicher Protestaktionen in vielen Städten Japans (40.000 in Tsuruga) besitzt der Untersuchungsausschuß der japanischen Regierung die Frechheit zu behaupten, daß die Strahlungsdosis, der die Arbeiter ausgesetzt waren, mit 56 Millirem pro Tag unter dem vorgeschriebenen Sicherheitsstandard von 100 Millirem pro Tag liege und daher unbedenklich sei. Außerdem sei entgegen den ersten Berichten und Messungen kein verseuchtes Wasser in die offentlichen Abwasserkanäle geflossen. („NZZ", 3.5.81)

Die Regierung hat zwar bereits einige der verantwortlichen AKW-Betreiber entlassen, sie setzt nun aber alles daran, um die Wahrheit zu vertuschen. Bei gleichzeitigen „strengen Sicherheitskontrollen" in allen AKWs läuft das japanische Atomprogramm zügig weiter. Auch die Enthüllung über das radioaktive Leck im Schrottreaktor von Oi einige Tage nach Bekanntwerden des Tsuruga-Unfalls änderte nichts daran. Am 7.5. soll die Plutoniumproduktion in der WAA Tokaimura wiederaufgenommen werden, nachdem sie wegen „einer Reihe von Schwierigkeiten" am 6.2. dieses Jahres gestoppt werden mußte. Abgesehen von der übergeordneten langfristigen Bedeutung des japanischen Atomprogramms für die imperialistische Gesamtstrategie läßt sich die Eile der japanischen Regierung und der AKW-Betreiber auch damit erklären, daß ein 24-Stunden-Betrieb des AKW-Tsuruga einen Unternehmensgewinn von 80 Mio. Yen (ca. 800 000 DM) einbringt. Die 80 Tage, an denen es trotz der entdeckten Fehler gegen die Sicherheitsvorschriften lief, bedeuten daher einen Gewinn von 6.400 Mio. Yen. („Rodo Joho", Nr. 92)

Asien-Australien Kommission

Japan: Arbeiter blockieren AKW-Zugang

Am 14.4. sind rund 130 Arbeiter der Densanchugoku (Gewerkschaft der Stromwirtschaft) im Rahmen der diesjährigen Frühjahrsoffensive für einen halben Tag in den Streik getreten und haben dabei das Haupttor zum AKW-Shimane (460 MW) gesperrt. Währenddessen konnten 240 Angestellte des AKW sowie 500 weitere angeheuerte Tagelöhner das AKW-Gelände nicht betreten. Zu der Zeit war der Reaktor stillgelegt wegen routinemäßiger (?) Überholungsarbeiten. Neben den Lohnforderungen waren auch Parolen gegen den Erweiterungsbau des AKW-Shimane unüberhörbar. Nach 1977, als die Densanchugoku gegen den geplanten Bau eines AKW in der Yamaguchi Präfektur gestreikt hatte, war dies die zweite Streikaktion gegen das japanische Atomprogramm. („Rodo Joho", Nr. 92)

Asien-Australien Kommission

Ein Gespenst geht um: der § 129a

Eine Gruppe von politisch engagierten, aktiven Frauen verbrachten ihren Osterurlaub an der Mosel. Fünf von ihnen (Claudia/Frankfurt, Ulrike/Aachen, Heidi/Karlsruhe, Tonia und Beatrix/Münster), **gegen die nichts weiter vorlag, als der Verdacht Parolen gesprüht zu haben**, verschwanden in Koblenz in der Nacht vom 16. auf den 17.4.81 im Gefängnis. Am 16. war der Tod von Sigurd Debus bekannt gegeben worden. Die Frauen hatten sich erlaubt, nachts allein auf der Straße zu sein; sie wurden 1/2 Kilometer von gesprühten Parolen entfernt verhaftet, mit der Frage: „Was machen 5 Frauen um diese Zeit alleine auf der Straße?". Die Parolen, die für die Fahndungshysterie benutzt wurden, waren: „Zusammenlegung der RAF-Gefangenen sofort", „Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen", „Freilassung von Günther Sonnenberg und Verena Becker", „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus", „SSPD", „BKA-SA,SS", „SPD-Mörderstaat".

Der Verdacht des Sprühens reichte, um den Frauen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" vorzuwerfen und sie so schikanös zu behandeln, wie der Staatsschutz sich das sonst vorwiegend bei RAF und dessen dazu erklärtem Umfeld (in diesem Fall die 5 Frauen) erlaubt: Vier Stunden (von 2.30 Uhr bis 6.30 Uhr) wurden die Frauen auf der Wache rumgeschoben, einer Leibesvisitation und erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen, dann kamen sie (auf Verlangen) in eine Sammelzelle. Nicht sie (naiverweise) sondern besorgte Freunde/innen besorgten einen Anwalt. Dieses und die Einschaltung höherer Instanzen (Generalstaatsanwaltschaft) bewirkte die sofortige Auseinanderlegung in Einzelzellen:

Die Zellen waren 2 mal 4 Meter ‚groß' und als einziges Möbelstück befand sich dort ein Holzbettkasten mit einer Matratze. Kein Fenster, sondern Milchglasscheibe, Neonlampe, be. einer Frau sogar noch eine Kamera eingebaut. Die ‚Lüftung', die abwechselnd warm und kühl war, bereitete Kopfschmerzen und Verstopfung von Nase und Stirnhöhle. Auch erzeugte sie ein ständiges Rauschen im Ohr (wie eine weit entfernte Autobahn). Mit allergrößter Anstrengung konnten sich die Frauen schreiend ein wenig verständigen – was allerdings Luftnot mit sich brachte. Ein Hofgang wurde – auch für die Frau mit Herzklappenfehler – abgelehnt. Ihnen wurde alles (wofür es keine Bestimmungen gibt!) Liebe und Private abgenommen: Ringe, Kettchen, Plaketten, Schals, Tabak, Zigaretten, Uhren, Schuhe (die Schuhe erkämpften sie sich ganz schnell zurück – bis auf die Selbstmordwaffe Schnürsenkel). Ihre gesamte Kleidung wurde beschlagnahmt, und sie mußten Zeug vom Roten Kreuz anziehen! Zur Toilette kamen immer zwei Polizisten mit, die Tür durfte nicht geschlossen werden! Schreibmaterial wurde ihnen verweigert, nach langem Betteln erhielten sie zu fünft zwei Zeitungen. Um diese rumzugeben und für häufige Toilettengänge – um an Wasser zwecks Kühlung zu kommen – mußten die Frauen viel klingeln, was die Beamten veranlaßte, sich immer länger Zeit mit dem Öffnen zu lassen. Als eine Frau sich das Herz aus dem Leibe brechen mußte, machten zwei Frauen Randale.

Frau mit Herzklappenfehler – abgelehnt. Ihnen wurde alles (wofür es keine Bestimmungen gibt!) Liebe

Nach fast zwei Tagen ließ der Haftrichter, dem die Polizeihysterie offensichtlich auch zu viel wurde, die Frauen frei und meinte, den Frauen müsse erstmal was nachgewiesen werden! Auch die Parolen würden – unabhängig davon, wer sie gesprüht hat – n i c h t den Tatbestand der §§ 129a und 90a erfüllen. Der Generalstaatsanwalt legte Widerspruch ein und beantragte Haft. Das bedeutete für die Frauen eine Woche Ungewißheit, bis sie – eine sogar über Nacht – andere morgens um sechs Uhr – wieder in Gewahrsam kamen, (die Münsteranerinnen in zwei Zellen mit vollgeschissenen Klos) und ihnen der örtliche Haftrichter mitteilte, daß ein Haftbefehl gegen sie gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt wurde. **Auflagen: Abgabe des Personalausweises und des Reisepasses, zweimal wöchentliches Melden auf der örtlichen Polizeiwache.**

Einschüchterungen, Schikanen, Kriminalisierungs-Versuche:

Schon am Karfreitag wurden bei den Frauen und teilweise bei Eltern Hausdurchsuchungen (ohne Durchsuchungsbefehl, versteht sich) durchgeführt – wo natürlich nichts gefunden wurde. Teilweise wurden Türen aufgebrochen und neue Schlösser eingesetzt, die Schlüssel waren beim Vermieter, bzw. Polizei abzuholen. Eine Mutter, die nach ihrem Spaziergang fassungslos vor ihrem neuen Türschloß stand, beschwerte sich bei der Polizei in solch einem Ausmaß, bis die sich „beleidigt fühlte und ihr Hausverbot erteilte".

Das Auto einer Frau war tagelang beschlagnahmt, und die Polizei kam sich nicht zu blöde vor, selbst ihr Tankbuch zu beschlagnahmen. Auf Osterspaziergängen, Heimfahrten und vor Ort wurden die Frauen tagelang observiert. Im Auto lag ein Flugblatt, welches zum Ostermarsch in Geilenkirchen – gegen die Stationierung der AVAKS – aufrief. Die völlig ahnungslose presserechtlich Verantwortliche wurde verhört. Mehrere Frauen wurden/werden telefonisch schikaniert, nicht nur Eilbriefe dauern teilweise vier Tage ... Was dieser Terror bewirken soll, ist leicht zu durchschauen, und das Bewußtsein darüber gibt die Kraft, sich darüber hinwegzusetzen, und die politische Arbeit wie gewohnt fortzuführen. Die Frauen haben auch alle vor Ort sehr tolle Erfahrungen mit Solidarität gemacht.

die sich „beleidigt fühlte und ihr Hausverbot erteilte".
Das Auto einer Frau war tagelang

Die Presse darf bei der Kriminalisierung und Vorabverurteilung nicht fehlen:
In mehreren Radiomeldungen wurde über die fünf Verhaftungen berichtet. In der Rheinzeitung war am 21.4.81 die Schlagzeile zu bestaunen: *„Fünf RAF-Sympathisantinnen verhaftet"*. Auch die Münsteraner örtliche Zeitung „Westfälische Nachrichten" hatten ihren Aufmacher; für sie war klar, daß diese *„fünf Frauen einen größeren Farbsprühanschlag"* verübt hatten und zwar – wird suggeriert – auf *„mehrere Gebäude der Koblenzer Innenstadt"*. Um der *„Schwere der Tat"* und um den „Terrorparolen" (WN-Jargon) gerecht zu werden, stützt sich die WN auf waghalsige Konstruktionen: Nicht nur die *„Nähe des Tatorts"* (ein halber km) sei verdächtig, besonders auch das Münsteraner Auto, das natürlich für Schmier- bzw. Staatsschutzjournalisten den Schluß nahelegt, es habe ***sich ganz offensichtlich um eine** planvoll vorbereitete Aktion gehandelt, da sich die 5 Frauen aus verschiedenen Städten an einem Treffpunkt zusammengefunden und gemeinsschaftlich gehandelt hätten"* (WN, 25.4.81). Daß S. Debus in Münster gelebt hat, kommentiert Dr. Hans-Joachim Ulrich: *„Von daher wird die Beteiligung der Münsteranerinnen schon schlüssiger"* (WN, 22.4.81). Natürlich dürfen Lügen, wie, die Frauen hätten sich ‚in verdächtiger Weise den Blicken der Polizei zu entziehen versucht' und 2 Frauen seien gerade aus dem Tunnel gekommen (wo gesprüht worden war) nicht fehlen (richtig ist, daß alle 5 Frauen 1/2 Kilometer entfernt waren!). Auch die „fadenscheinigen Ausreden" von denen die WN faselt, kennen die Frauen selber nicht! Der „Spiegel" vom 27.4.81 setzt dem ganzen noch die Krone auf: *„Die Anführerin ist Herausgeberin des ‚Kalenders für Frauen', die mit einem halben Dutzend RAF-Häftlingen in Briefkontakt steht. Sie hatte zu der PR-Aktion Freundinnen ... mobilisiert, die vorher schon mal beim KBW, mal bei der Paulskirchenbesetzung gesichtet worden waren."* Der „Spiegel" erfindet also eine Rädelsführerin, die zur Publik-Relation Aktion national mobilisiert hat. Die 200 Frauenkalender, die Häftlinge als Weihnachtsgeschenk erhalten hatten, werden so zum RAF-Briefwechsel erklärt. Damit gehören die Frauen wohl endgültig zum Generalstab der RAF? Und, ob der Staats„schutz" wieder mal - wie 1977 - versuchen will, die autonome Frauenbewegung zu spalten in Terroristinnen und „anständige" Feministinnen?

Übrigens ist diese „Spiegel"-Methode (bzw. Funktion) nicht neu: Sabine Schmitz z.B. wurde im „Spiegel" (vom 16.3.81) zur RAF-Kurierin aufgebaut, da sie bei einer Verkehrskontrolle 1000 DM, Übersetzungen von französischen Hungerstreikartikeln, und Adressen von Antifa-Gruppen dabei hatte. Die Staatsanwaltschaft - „zahmer" als der „Spiegel" - wirft ihr „lediglich" Flugblattverteilen vor...



Wer zum Hungerstreik was sagt, wird zum RAF-Sympathisanten gemacht!

Bisher gibt es den V e r d a c h t, daß die 5 Frauen gesprüht haben; dieser Verdacht wird mit den unmöglichsten zusätzlichen Verdachtsmomenten „untermauert"...(„Publik-Relation Aktion" etc.) und natürlich auch mit Lügen. **Den beiden Koblenzer Haftrichtern reichte der Verdacht nicht aus,** beim Einspruchsverfahren wird das Sprühen schon als Tat angenommen u n d v e r u r t e i l t.

Und selbst wenn es die Frauen gewesen wären? Normalerweise stellt das Sprühen von Parolen eine Sachbeschädigung dar, aber offentsichtlich sollen bestimmte Meinungen (nämlich zum Hungerstreik der RAF und deren Haftbedingungen) totgemacht werden. „Weg mit dem § 218". „Instandbesetzung ja bitte", „AKW-Nein Danke" - deshalb kommt Frau/Mann (noch) nicht in den Knast - **Aber die oben genannten Parolen verdienen offensichtlich eine extra Behandlung...** Fakt bleibt, daß Parolensprühen kein Grund für einen Knastaufenthalt ist - weder für zwei Tage, noch gar für längerfristig.

werden. „Weg mit dem § 218". „Instandbesetzung ja bitte", „AKW-

Die Anklage gegen die fünf Frauen:

Wenn die Parole „Reißt die Mauern ein, holt die Menschen raus" umgedichtet wird zum Aufruf zur Befreiung der RAF-Gefangenen, wozu sollen sich Wissenschaftler dann noch über Strafvollzugs„reformen" die Köpfe heiß reden, über Sinn und Zweck von Gefängnissen überhaupt, über die Abschaffung von Psychiatrien,... Daß diese Parole an Psychiatrien, Schulen, Kinder- und Altersheimen, Wohnbetonklötzen, Großraumbüros, Fabriken und anderswo auch steht, wird wohl niemand bestreiten. Und daß diese Parole vor tausend Jahren genauso richtig wie heute war und ist, auch nicht.

Wenn der Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Gefangenen unterstellt wird, dies diene der Schaffung einer neuen Terrorzentrale im Gefängnis, dann sind sogar eine Vielzahl von Professoren, Ärzten sowie AI „Unterstützer einer terroristischen Vereinigung". Wenn diese Parolen verboten/kriminalisiert werden sollen, werden auch Diskussionen und Proteste gegen die vernichtende Isolationshaft/Haftbedingungen verhindert.

Wenn der Forderung nach Freilassung politischer Gefangener unterstellt wird, dies diene einer Kaderzufuhr für die RAF, dann kann die demokratische und linke Öffentlichkeit für Schwerverletzte (Günter Sonnenberg/Kopfverletzung) und Schwerkranke (Verena Becker/TBC) im Gefängnis praktisch nichts mehr machen. War denn die Forderung nach Freilassung der Krebskranken und inzwischen verstorbenen Katharina Hammerschmidt auch „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"? Auch aus diesen Forderungen die Billigung irgendwelcher vorgeworfenen Straftaten abzuleiten, ist absurd.

Einen Anarcho-schwarzen Stern als RAF-Stern zu bezeichnen, zeugt von offensichtlicher Dummheit und Geringschätzung/Unterschätzung der Öffentlichkeit, der diese Konstrukte immerhin verkauft werden sollen. Einem Koblenzer Anwalt fiel da noch ein, daß der schwarze Stern doch auch Zeichen einer amerikanischen Öl-Firma ist... (schon gewußt?)

Zu der Parole „Schluß mit den Morden an RAF-Gefangenen" kann Mann/Frau dem Gericht mittlerweile schon viel Material zur Verfügung stellen...

Was bedeutet es denn, wenn Anlen, daß er an den Folgen der Zwangsernährung gestorben ist? Was heißt es, wenn Pfarrer Albertz sich selbst im Fernsehen zu seiner tiefen Bestürzung und Erschütterung über Todesumstände in BRD-Gefängnissen bekennt...? Was bedeutet es, wenn AI die BRD auffordert, Isolationshaft aufzuheben, und Professor Rasch nachweist, daß kein Mensch jahrelange Isolationshaft unbeschadet (wenn überhaupt) überleben kann...?

Den § 90a (Staatsverleumdung) gegen die Parole „BKA-SA-SS" oder auch „SPD-Mörderstaat" ins Feld zu führen, dürfte juristisch kaum zu halten sein. Bekanntlich sind weder das BKA noch die SPD mit dem „Staat" gleichzusetzen - oder irren wir uns?

Daß die Parolen zum Hungerstreik und zu den Haftbedingungen von politischen Gefangenen zu einer Unterstützung oder Werbung für die RAF umgemünzt werden sollen, kann nur die Funktion der Zensur und schließlich Selbstzensur haben. Immerhin sind sich die Herren des Landes selber noch uneinig, stellte doch selbst der Bundesjustizminister Schmude in der FR fest,

daß die Unterstützung dieser Forderung k e i n Vergehen nach 129a

daß die Unterstützung dieser Forderung k e i n Vergehen nach 129a darstellt! Die völlig verrückte Anwendung des § 129 a ist ein Schritt dahin, jedes, sei es auch nur humanitäres Eintreten für eine Verbesserung der Haftbedingungen von „2. Juni"- und RAF-Gefangenen zu kriminalisieren. Damit wird auch versucht, jede öffentliche Kontrolle zu verhindern. Eltern von politischen Gefangenen, die sich für ihre Kinder einsetzen, Frauen (wie im Frauenbuchladen Bielefeld), die Flugblätter zum HS ausliegen hatten, Leute, die Flugblätter zum Hungerstreik verteilen, die zu Veranstaltungen zu den Haftbedingungen aufrufen, die Parolen sprühen, die auf Demonstrationen Hungerstreik-Parolen tragen und rufen, die Transparente zum Fenster raushängen haben (Häuserkämpfer z.B.), all diese (und wieviele mehr?) werden verhaftet, eingeknastet, teilweise sogar in Isolationshaft, und all denen wird der § 129a angehängt! Wann werden es die Artikelschreiber, deren Leser oder die Besucher von 129a-Veranstaltungen sein?

Äußerungen wie „Sollen die doch alle verrecken" oder „die müßte man doch alle vergasen" sind erwünscht; Äußerungen wie „Wir trauern um Sigurd Debus" und Forderungen nach menschlichen Haftbedingungen sollen kriminalisiert werden!!

Wir wehren uns dagegen, auf puren Verdacht hin auf der Straße angegriffen und Opfer einer hysterischen Fahndungsmaschinerie zu werden. Wir fordern Freilassung aller wegen § 129a Verhafteten und Aufhebung aller Strafverfahren!

Wir fordern Aufhebung der 5 Haftbefehle und Strafverfahren gegen Claudia, Ulrike, Heidi, Tonia und Beatrix!!

Solidarität mit allen 129a Angeklagten!!

Solidarität ist eine Waffe — Freilassung aller im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierten!

Der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF ist von Anfang an kriminalisiert worden. Die Gefangenen selber bekamen ein Verfahren nach § 129a dafür, und Solidaritätsarbeit draußen mit dem Hungersteik wurde sofort als Werbung für eine terroristische Vereinigung kriminalisiert. Inzwischen sind mindestens 40 Leute im Knast, einige von ihnen schon seit Monaten und größtenteils in Isolationshaft.

Vorgeschichte: Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung

Kurz vor Beginn des Hungerstreiks wurde gegen drei Leute ein Verfahren nach § 129a eröffnet, die auf einer Wahlveranstaltung der FDP mit Innenminister Baum Mitte letzten Jahres in Mannheim ein Transparent mit der Forderung nach Zusammenlegung und Selbstbestimmung für die Gefangenen aus der RAF und einem roten, fünfzackigen Stern drauf entrollt hatten. Das Verfahren wurde durchgeführt wie Prozesse gegen die RAF: im Staatsschutzsaal in Stammheim, mit Absperrung der Autobahn und Durchsuchung von Autos, in denen junge Leute saßen, und großem Polizeiaufgebot.

Am 6.2. wurde das Urteil gefällt. In der Urteilsbegründung wurde den Angeklagten vorgeworfen, für die RAF Propaganda zu machen. Der fünfzackige, rote Stern habe große Ähnlichkeit mit dem Symbol der RAF, die Maschinenpistole sei nur weggelassen worden, um von den Straftaten der RAF abzulenken und um nicht gleich verhaftet zu werden. Es sei den dreien auch nicht um wirkliche Veränderungen der Haftbedingungen gegangen, sondern darum, die Gefangenen als Märtyrer darzustellen. Die Forderungen seien unerfüllbar, weil die Zusammenlegung dem Zweck der Haft widersprechen würde, 'die Mitgliedschaft in der RAF würde sofort wieder aufleben'. Die drei Leute wurden nach § 129a zu je 600 DM Geldstrafe verurteilt. Juristisch ist das völlig absurd, da das Strafmaß bei 129-Verurteilung erst

Juristisch ist das völlig absurd, da das

Strafmaß bei 129-Verurteilung erst bei einem halben Jahr Knast anfängt. Politisch ist mit diesem Urteil jedoch die Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung durchgesetzt worden.

Verhaftungen

Während des Hungerstreiks wurde diese Linie der Kriminalisierung fortgesetzt:
Mitte Februar wurden Johannes Thimme und Sabine Schmitz in Karlsruhe festgenommen. Sie hatten in der Karlsruher Uni-Mensa Flugblätter zum Hungerstreik verteilt. Ihre Verhaftung erfolgte aufgrund der Denunziation von RCDSlern.

Im Rahmen einer Großfahndung, bei der in Gießen, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Mainz 19 Wohnungen durchsucht und 11 Leute vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt wurden, wurden am 17.2. in Kaiserslautern 3 Leute verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, 1979 (!) Parolen zum damaligen Hungerstreik gesprüht zu haben sowie Hungerstreikerklärungen verteilt zu haben. Außerdem wurde ihnen vorgeworfen, 1979 Steine in die Fenster der Redaktionsräume der „Rhein-Pfalz" geschmissen zu haben.

In Nürnberg wurden am 6.3. in einem U-Bahnhof drei Leute verhaftet, die Flugblätter zu einer Hungerstreikveranstaltung im KOMM bei sich hatten und Parolen gesprüht haben sollen.

Am 4.4. wurden insgesamt 10 Leute aus Stuttgart, Heidelberg und Marburg verhaftet, als sie auf der Autobahn Stuttgart-Heilbronn Solidaritätsparolen zum Hungerstreik auf die Rückseiten von Autobahnschildern sprühten.

Zwei Menschen aus Stuttgart wurden auf der Frankfurter Hungerstreikdemo am 8.3. wegen Flugblättern zum Hungerstreik verhaftet.

Zwei Leute aus Mannheim und Heidelberg gerieten in eine Verkehrskontrolle und wurden verhaftet, weil sie Hungerstreikflugblätter bei sich hatten.

Am 22.4. wurden zwei Leute in Frankfurt verhaftet, die Plakate zu der Demonstration gegen Hochsicherheitstrakts am 25.4. klebten.

Vor ca. vier Wochen wurde ein Frankfurter Ehepaar verhaftet, die regelmäßig Stefan Wiesniewski, Gefangener aus der RAF, besuchten. Sie pflegten ihre Briefe an ihn mit einem Wappen zu versiegeln, das das RAF-Emblem darstellte. Auch ihre Verhaftung erfolgte nach § 129a.

In Hamburg wurde am 29.4. ein junger Mann verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, einen Brandsatz in ein SPD-Büro in HH-Barmbek geworfen zu haben. Er hatte in der Nähe des Geschehens einen Fahrradunfall gehabt und soll nach Benzin gerochen haben.

In München wurden zehn Leute verhaftet, die Zivilbullen daran gehindert haben sollen, auf einer Häuserbesetzerdemo jemanden festzunehmen, der etwas zum Hungerstreik gesagt hatte.
In Koblenz wurden fünf Frauen festgenommen, die dort Parolen gesprüht haben sollen. Der Haftbefehl gegen sie wurde wieder außer Vollzug gesetzt.

Alle Verhaftungen erfolgten nach § 129a. Die Haftbefehle wurden mit der Dauer der zu erwartenden Haftstrafe begründet.

Durch fast alle Haftbefehle zieht sich der selbe Argumentationsstrang: Sofern ein fünfzackiger roter Stern auf Parolen oder Flugblättern aufgetaucht ist, sei das ein RAF-Symbol, also bereits Werbung für eine terroristische Vereinigung.

Da die RAF den Hungerstreik als eine Fortsetzung ihres Kampfes draußen verstehe, soll eine Unterstützung der Forderungen der Hungerstreikenden eine Unterstützung der RAF und/oder deren Politik sein, diese werde durch den roten Stern nur noch deutlicher.

Weiter wurde vorgebracht, daß, solange der Hungerstreik andauere, die Gefahr bestünde, daß die Beschuldigten weiter Öffentlichkeitsarbeit leisten, also weiter für die RAF werben.

In einem der Haftbefehle wurde auch die Forderung nach Freilassung von Verena Becker und Günther Sonnenberg kriminalisiert. Bei den beiden handele es sich um rechtskräftig

den handele es sich um rechtskräftig

verurteilte Terroristen und wer deren Freilassung fordert, würde damit auch die Fortsetzung der von ihnen begangenen Straftaten befürworten.

In dem Haftbefehl der in Frankfurt beim Plakatekleben verhafteten Leute wird die Begründung nicht durch die Tat, sondern durch die Persönlichkeit des ‚Täters' geliefert: *„Der verbreitete Text für sich gesehen, könnte möglicherweise unter den Begriff ‚Information der Öffentlichkeit' fallen. Dies wird jedoch widerlegt durch die Texte der bei dem Beschuldigten gefundene Bekennerschreiben* (d.h. veröffentlichte Erklärungen zu Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik, die die Bullen bei der Hausdurchsuchung gefunden haben - Anm. AK) *in denen eindeutig für die Fortsetzung des Kampfes der RAF auch aus der Haft heraus geworben wird. Es kann dem Beschuldigten daher nicht abgenommen werden, daß er bei der Verbreitung der erwähnten Parolen ‚gutgläubig' gewesen sein sollte".*

Der Staat versucht den Eindruck zu erwecken, als sei der Hungerstreik wehrloser Gefangener gleichzusetzen mit organisierten Angriffen auf die Substanz von „Sicherheit" und „Demokratie". Die alte bürgerliche Ideologie, nach der der Hungerstreik Ghandis und seiner Anhänger lange Zeit als exemplarisches Mittel passiven Widerstands an den Gymnasien gelehrt wurde, gilt für die Gefangenen der RAF nicht.

Für sie ist auch das Recht auf Leben außer Kraft gesetzt, wie die Kriminalisierung der Forderung nach Freilassung Verena Beckers und Günther Sonnenbergs zeigt und der durch die Zwangsernährung bewußt herbeigeführte Tod von Sigurd Debus.

Für die Menschen, die sich solidarisch zu den Forderungen der Hungerstreikenden verhalten, gibt es auch nicht mehr das Recht auf Meinungsfreiheit. *„...können sich die Angeklagten auch nicht auf die Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG berufen. Diese sei durch die allgemeinen Gesetze eingeschränkt, zu denen auch der § 129a StGB gehört. Das durch § 129a geschützte Rechtsgut sei höher zubewerten als die Meinungsfreiheit."* (aus der Urteilsbegründung der wegen des Transparentes auf der FDP-Veranstaltung Verurteilten). Wieder werden in der BRD Flugblattverteiler und Parolensprüher eingeknastet.

Die Verhaftung der Kaiserslauterner war eindeutig präventiven Charakters. Um zu verhindern, daß diese Leute zum Hungerstreik Öffentlichkeitsarbeit machen können. Da sie aber trotz Abbruch des Hungerstreiks nicht freigelassen werden, handelt es sich ganz offentsichtlich um eine unbefristete Vorbeugehaft. Die Kriminalisierung von Solidaritätsarbeit zum Hungerstreik hatte eindeutig abschreckgnde Funktion. Eine

arbeit zum Hungerstreik hatte eindeutig abschreckende Funktion. Eine

breitere Solidarisierung mit den Forderungen der Hungerstreikenden sollte damit verhindert werden.

Mit dem Abbruch des Hungerstreiks ist der Kampf um Hafterleichterung, bzw. -verschonung für die Gefangenen nicht beendet. Die Verhaftung von 40 Leuten für die bloße Unterstützung der Hungerstreikforderungen heißt selbstverständlich nicht nur, sich gegen die hierin liegende Verletzung der Meinungsfreiheit zu wenden und dafür eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern auch darüber hinaus den Protest gegen Isolationshaft und menschenvernichtende „Hochsicherheits"-Trakts zu entwickeln. Das Kalkül der Einschüchterung, das hinter der Verhaftungswelle steckt, darf nicht aufgehen.

Drei AKW-Gegner aus U-Haft entlassen

Am 29.4. wurden Frank Breyhahn und Axel Schrotmann, die beide seit dem 17.1. (!) in Neumünster in Untersuchungshaft saßen, mit Auflagen freigelassen. Ihnen wird aber nach wie vor vorgeworfen, an Brandanschlägen gegen die Stadtwerke und das Amtsgericht in Glückstadt beteiligt gewesen zu sein. Insofern ist lediglich ein kleiner Teilerfolg errungen worden.

Am selben Tag wurde Markus Mohr mit Auflagen freigelassen. Er war am 26.3. unter dem Vorwurf des gemeinschaftlich versuchten Mordes an einem SEK-Bullen während der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. verhaftet worden. Der wenig später wegen des gleichen Vorwurfs in Bremen verhaftete Michael Duffke sitzt nach wie vor in Itzehoe in Untersuchungshaft.

Auch wenn der bisher beispiellose Vorwurf des versuchten Mordes von der Staatsanwaltschaft entschärft wurde, so schält sich jetzt schon heraus, daß sie versucht, Markus Mohr als „irregeleiteten" Jugendlichen hinzustellen, während der 36 jährige Michael Duffke zum „Gewohnheitskriminellen" gestempelt werden soll. Für Besuchsanträge ist die Auflage gemacht worden, mittels Alibi zu beweisen, am 28.2. nicht in Brokdorf gewesen zu sein!

Es ist unklar, ob auch Michael aus der U-Haft freikommen wird. Am 11. 5. ist der Haftprüfungstermin, der von einer Pressekonferenz der Bürgerinitiativen begleitet sein wird. Sollte er nicht freikommen, wird es vordringliche Aufgabe der Solidaritätsbewegung sein, der Isolierung von Michael entgegenzuwirken.

Haftbefehle wegen Knastsolidarität

Im Zuge der Verfolgung von Menschen, die Forderungen nach Veränderung der Haftbedingungen für politische Gefangene verbreiten, wurden am 23. April in Frankfurt Mirjam und Jürgen festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, ein Plakat mit folgendem Text geklebt zu haben:
*„Samstag 25.4.
Demonstration 11.00 Campus
für Zusammenlegung
gegen Isolationsfolter
und Hochsicherheitstrakte
für politischen Status der
Irischen Kriegsgefangenen
der Kampf geht weiter
den Widerstand organisieren
die antiimperialistische Front in den Metropolen aufbauen".*

Das Plakat war mit einem roten Stern unterlegt.

Umgehend gab es einen Haftbefehl des BGH-Ermittlungsrichters Kuhn, der in dem Plakat scharfsinnig eine Werbung für eine terroristische Vereinigung erkannte (Zitat aus dem Haftbefehl):
„Der Text des Plakates ergibt, daß mit dem angesprochenen 'Kampf ... für Zusammenlegung gegen Isolationsfolter und Hochsicherheitstrakte' der 'Kampf' der inhaftierten Mitglieder aus der allgemein und gerichtsbekannten terroristischen Vereinigung 'RAF' gemeint ist. Dies ergibt sich bereits aus dem roten fünfzackigen Stern, mit dem der gesamte Text unterlegt ist. Aus dem Textzusammenhang, vor allem angesichts der Ausdrücke 'Isolationsfolter' und 'Hochsicherheitstrakte' folgt, daß mit dem Stern das Symbol der 'RAF' gemeint ist."

Da sage noch einer, die Justiz ist bescheuert! Kuhn beweist mit brill.-anten Gedankensprüngen das genaue Gegenteil.

Der Stern ist nun allerdings rot gewesen und sonst gar nichts, mithin also wohl d a s bekannteste Symbol der Linken. Aber aus dem Haftbefehl wird ganz deutlich, wohin die Reise geht! Bereits das Aussprechen oder Niederschreiben von Worten wie „Isolationsfolter" oder „Hochsicherheitstrakte" reicht mittlerweile, um Leute hinter Gitter zu bringen. Es ist heute nicht mehr möglich, überhaupt noch über Haftbedingungen zu reden.

Das Plakat wurde vom Frankfurter OB Wallmann in diesem Sinne gleich herangezogen, um eine Demonstration gegen Hochsicherheitstrakte zu verbieten, denn *„Thema und Zeitpunkt"* ließen *„eindeutig darauf schließen, daß mit dieser Veranstaltung die Forderungen der RAF-Gefangenen und der in Nordirland einsitzenden IRA-Terroristen unterstützt werden"* sollten. Es könnte auch *„zu einer offenen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung"* aufgerufen werden. Diese Annahme werde *„durch ein anonym geklebtes Plakat"* gestützt.

Das Verwaltungsgericht hob die Verbotsverfügung dann auf, wenngleich mit diskriminierenden Auflagen. Nach der Festnahme von Mirjam und Jürgen wurden deren Wohnungen sofort durchsucht. Flugblätter, die über den Hungerstreik in westdeutschen Gefängnissen berichteten und in der Uni für jeden erhältlich auslagen, wurden gefunden und sogleich mit in die Haftbegründung aufgenommen. Der Asta und die Fachschaft Jura sowie die Kollegen der Buchhandlung, in der Mirjam jobt, haben die sofortige Aufhebung der Haftbefehle verlangt.

KB-Gruppe Frankfurt

● Grüne wollen in Hochsicherheitstrakt

Hannover. Der Landesvorstand der Grünen Niedersachsen hat an Justizminister Schwind den Antrag gestellt, den Hochsicherheitstrakt in der Justizvollzugsanstalt Celle besichtigen zu dürfen und mit den dort Inhaftierten sprechen zu können. Der landesvorstand bezieht sich dabei auf die Aussage des schleswig-holsteinischen Justizministers Clausen, daß die Hochsicherheitstrakte nicht so schlimm und unmenschlich seien, wie die Presse es darstelle. Davon könne sich jeder selbst überzeugen.

„Neue" 7.5.81

»Sigurd Debus ist tot ...«

Am Mittwoch, dem 6.5. protestierten Angehörige der politischen Gefangenen während der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft gegen den durch Zwangsernährung herbeigeführten Tod von Sigurd Debus.

Bei dem Versuch, die nachstehend abgedruckte Erklärung zu verlesen, wurden sie zur Feststellung ihrer Personalien festgehalten, kurze Zeit später aber wieder freigelassen.

„Sigurd Debus ist tot.
Deshalb sind wir heute hier. Justizministerin Leithäuser ist für seinen Tod verantwortlich.

Justizminister kennen die Haftbedingungen, legen sie fest, wissen, daß Isolation Folter ist. Sigurd ist hier in Hamburg umgekommen. Sechs bis elf Stunden täglich bis zur Bewegungslosigkeit festgeschnallt, zwangsernährt unter Bedingungen, die nur als grausame Folter benannt werden können. Wieder einmal haben die Verantwortlichen offen gezeigt, daß sie Leben vernichten, daß sie die Gefangenen töten, wenn sie deren Willen nicht brechen können.

Wir Mütter und Angehörigen haben während des Hungerstreiks mit all unserer Kraft, mit unseren Mitteln versucht, die Forderungen der Gefangenen zu unterstützen. Unsere Solidarität und Liebe haben nicht ausgereicht, Sigurds Leben zu schützen. Und auch die Forderungen der Gefangenen sind noch nicht erfüllt. Sigurd ist für die Zusammenlegung gestorben. Er wollte auch im Gefängnis Mensch sein, leben, mit anderen Gefangenen aus der RAF zusammenkommen. Als in der 10. Woche des Hungerstreiks klar war, daß Sigurd sterben wird, haben die Verantwortlichen den Zeitpunkt seines Todes und die Zusagen für die Zusammenlegung aufeinander abgestimmt. Sie haben die beiden Nachrichten – den Tod von Sigurd und das Ende des Hungerstreiks – bewußt falsch verknüpft, um alle Bewegungen hier draußen zu entmutigen; sie haben Zusagen gemacht in der Hoffnung, daß alle Proteste jetzt im Sande verlaufen, und der Staat dann die Zusagen brechen kann.

Sie sagen auch, Sigurd sei „nur" aus Solidarität im Hungerstreik gewesen. Die das sagen, werden nie wissen, was Solidarität ist. Für sie ist das ein Begriff, mit dem man Menschen zwingt, gegen den eigenen Willen zu handeln. Aber gerade Sigurds Entscheidung, aus dem „Normalvollzug" heraus, für sich die Zusammenlegung zu fordern, zeigt, daß Solidarität immer Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und den Willen zum Leben einschließt.

Sigurd ist nicht der erste Tote in den Gefängnissen der BRD, seit es einen anti-imperialistischen Widerstand gibt. Unsere Trauer über seinen Tod kommt zusammen mit der Trauer um Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Ingrid Schubert, Jan Rapse, Andreas Baader; ebenso fühlen wir uns den Angehörigen der irisch-republikanischen Gefangenen verbunden, trauern um Bobby Sands, der gestern im Kampf um den politischen Status gestorben ist.

Aber wir werden nicht in Trauer um die Toten verharren. Für uns ist der Tod eines Gefangenen im Hungerstreik Mord. Sigurds Mutter sagte neun Tage vor seinem Tod in einem Interview im holländischen Fernsehen, daß die Tradition des Faschismus in Deutschland wohl nie ganz gebrochen sei. Wir Angehörigen werden nicht aufhören, Mord und Folter in den Gefängnissen der BRD öffentlich zu machen.

Wir wissen, daß die Zusammenlegung die Mindestbedingung dafür ist, daß unsere Angehörigen in den Gefängnissen, entgegen den Zielen des Staates, als politische Menschen überleben können. Wir wissen auch, die Verwirklichung der gemachten Zusagen hängt davon ab, daß die Verantwortlichen auch nach dem Ende des Streiks unerbittlich daran erinnert werden – so wie jetzt heute hier. Wir wollen wissen, wie und wann die Forderung nach Zusammenlegung konkret erfüllt wird.

Wir hören nicht auf, den Kampf der Gefangenen f ü r das Leben zu unterstützen.

Angehörige politischer Gefangener in der BRD, Hamburg, den 6. Mai 81".

3. Revision im sogenannten Schmücker-Prozeß

Presserklärung

Am 7.5.1981 beginnt im Kriminalgericht Moabit im Saal 501 zum dritten Mal der sogenannte Schmücker-Prozeß, nachdem der Bundesgerichtshof auch das zweite Urteil gegen die Angeklagten aufgehoben hat. Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Revision hat der Bundesgerichtshof zu erkennen gegeben, welchen hohen Wert er der Aufklärung des Hintergrundes des Falles beimißt – insbesondere dadurch, daß die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen, auf dessen Aussage die bisherigen Verurteilungen beruhen, abgeklärt wird.

Während sich Gerichte und Staatsanwaltschaft bisher mit der Kronzeugenversion zufrieden gegeben haben, konnte die Verteidigung eine Fülle von Indizien beibringen, aufgrund derer behauptet werden kann:

1. Der Verfassungsschutz Berlin weiß sehr viel mehr über die wirklichen Hintergründe des Todes von Schmücker, als er öffentlich zugibt.
2. Der Verfassungsschutz Berlin weigert sich, Namen von Personen zu nennen, von denen Schmücker sich acht Stunden vor seinem Tod noch konkret bedroht fühlte. Es steht fest, daß die Angeklagten zu diesen Personen nicht gehören.
3. Der Kronzeuge taucht in einer anderen Strafsache als geheimer Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz („Kontaktmann" in Porz) auf.
4. Es wird verschwiegen, was wirklich geschah, nachdem Schmückers Leiche im Grunewald gefunden worden war.

Unter dem Vorwand, das öffentliche Wohl zu verteidigen, haben die jeweiligen befaßten Dienstherren, die Senatoren Neubauer, Ulrich und jetzt Dahrendorf sowie Bundesinnenminister Baum den infragekommenden Verfassungsschutzbeamten keine Aussagegenehmigung erteilt.

Gegenwärtig muten sie Gericht und Verteidigung zu, die infragekommenden Zeugen in Abwesenheit der Verteidiger vernehmen zu lassen – ein Ansinnen, das die Grundsätze des Rechtsstaates auf den Kopf stellt und das das Kammergericht in der Drenkmannsache deutlich zurückgewiesen hat.

Es ist absehbar, daß das jetzt beginnende Verfahren angesichts des rechtsstaatswidrigen Verhaltens der befaßten Geheimdienste genauso enden wird, wie die vorangegangenen. Wer so viel zu verbergen hat wie der Verfassungsschutz, mag dies zur Verfolgung seiner dunklen Zwecke tun – nur eines scheint doch wohl unerträglich: daß ausgerechnet die Angeklagten dafür die Zeche zahlen sollen.

Angesichts dessen verlangen die Verteidiger, die Angeklagte Ilse Schwipper, die seit fast s i e b e n Jahren in Untersuchungshaft ist, sofort freizulassen, – und zwar unabhängig davon, daß bei ihr laut medizinischer Beurteilung des Arztes der Berliner Haftanstalten vom 23.4.81 „die Haftfähigkeit erheblich in Zweifel" zu ziehen ist.

gez.
Heinisch, Häusler, Panka, Elfferding, Hoffmann, Ziegler, Böhm, Lieder, Reme

Rechtsanwälte

»Die Anstifter – die Mörder« – 300 Mark Geldstrafe

Am 27.April stand in Hamburg ein Zivildienstleistender vor Gericht, weil er in seinem Auto ein Plakat angebracht hatte, auf dem die Hamburger Polizei als „Mörder" und Strauß und Schmidt als „Anstifter" bezeichnet werden. Dieses Plakat war entstanden nach dem Tod des 16-jährigen Olaf Ritzmann, der bei einem Polizeieinsatz auf die S-Bahngleise getrieben worden war. F.J.Strauß fühlte sich durch dieses Plakat beleidigt und erstattete Anzeige.

Zwar ist es nach Ansicht des Amtsrichters Günther Sörensen erlaubt, die Reden Strauß' als „Hetzreden" zu bezeichnen. Denn dies sei *„eine überspitzte Formulierung mit realem Hintergrund"* („Mopo", 28.4.). Verboten sei es allerdings, ihn als Faschisten zu bezeichnen. Ebenso verboten: die Bezeichnung „Mörder" für die Hamburger Polizei und „Anstifter" für Strauß. Der Angeklagte wurde deshalb zu 300 Mark Geldstrafe (30 Tagessätze!) verurteilt.

Der Richter hat damit praktisch einem noch ausstehenden Prozeß vorgegriffen. Denn immer noch besteht die Anzeige von fünf Hamburger/innen gegen die Polizeiverantwortlichen. Mit diesem Verfahren, in dem erst juristisch geklärt werden könnte, welche Schuld die Hamburger Polizei am Tod von Olaf Ritzmann trifft, lassen sich Polizei und Justiz nun schon Monate Zeit, ohne daß ihre Ermittlungen entscheidend vorangeschritten wären.

Die Verurteilung von Linken klappt dagegen schnell und reibungslos.

Eine Genossin aus dem Ermittlungsausschuß

Wir werden sie nicht vergessen!



Mit einer Kranzniederlegung vor dem Haus in der Stephanstr. 40 erinnerten am 4. Mai 30 Nürnberger Jugendliche an die dort vor zwei Jahren erschossene Elisabeth van Dyck. Die Kaltblütigkeit des Polizeistaates zeigte sich nicht nur darin, daß Elisabeth in hermetisch abgeriegeltem Gebiet von hinten regelrecht niedergeknallt wurde, sondern auch daran, daß sie gerade d e s w e g e n erschossen wurde, weil über den Weg des sog. Rechtsstaates nicht gegen sie vorgegangen werden konnte. Die Nichtexistenz eines Haftbefehls, die Nichtaufnahme eines Verfahrens gegen sie, sowie die behördliche Vertuschung und Verdunkelung der Erschiessungs- und Todesumstände sind ganz in diesem Sinne zu verstehen.

Nicht nur am 4.5.81, sondern bereits in der Nacht zuvor wimmelte es in der Stephansstr. von Zivilbullen. Im Jahr zuvor gab es dort über Nacht eine „Elisabeth van Dyckstr.". Von den Veranstaltern wurde darauf hingewiesen, daß der Protest und die Solidarität in diesem Zusammenhang unteilbar sein muß, ungeachtet der politischen Differenzen.

Genossinnen und Genossen aus Nürnberg



Bewaffnete Zivilpolizisten »schützen« Prozeß gegen iranische Genossen

Am 27.4. begann vor dem Frankfurter Schwurgericht der Prozeß gegen zehn iranische Genossen wegen Nötigung und Freiheitsberaubung. Sie sind angeklagt, im Sommer 1979 einige ihrer zwielichtigen Landsleute, deren Vergangenheit als Savak-Agenten kurz zuvor durch eine Liste aus dem Iran enthüllt worden war, in einem Frankfurter Studentenheim eingesperrt und über ihre Tätigkeit für den Geheimdienst verhört zu haben. Weiterhin sollen sie ihnen die Pässe abgenommen haben, um sie mit entsprechenden Vermerken zu zieren. Schon damals hat im Grunde eine Vorverurteilung stattgefunden – und zwar, wie gehabt, durch die deutschen Medien: die FAZ sprach am 19.7.79 von Häschern einer ausländischen Diktatur, die sich zu Richtern aufgeschwungen hätten. Vielfach wurde davon gesprochen, nun endlich ein Exempel zu statuieren und zu härteren Maßnahmen zu greifen – sprich Ausweisung, Verschärfung des Ausländergesetzes.

Trotzdem hatte sich das Amtsgericht anfangs geweigert, das Verfahren gegen die bei der Aktion Verhafteten überhaupt zu eröffnen. Da es sich nach Auffassung des Oberlandesgerichtes und des rührigen Staatsanwaltes Schilling um sehr schwere Fälle handelt, läuft der Prozeß jetzt doch vor dem Schwurgericht. Dieser Herr Schilling scheint sich durch dieses Verfahren profilieren zu wollen:. er hat die Prozeßdauer auf 1/2 bis 1 Jahr angesetzt und über einen der Hauptangeklagten bereits ein mehrere hundert Seiten umfassendes Dossier angelegt. Ab und zu erscheint er jedoch eher übereifrig: als im Gerichtssaal Tafeln aufgestellt wurden, die die brutale Folterpraxis des Savak dokumentieren (siehe Foto), wollte er dieselben gleich entfernen lassen, da er keinen Zusammenhang dieser Dokumente mit der Prozeßerklärung der Angeklagten sehen könne ...

Diese Ignoranz trug ihm Richterschelte ein – den Angeklagten dürfe nicht das Wort entzogen werden.

Herr Schilling hatte gleich für „Schutz" gesorgt, indem er drei bewaffnete Zivilbullen in den Zuhörerraum plazierte. Da der Richter ausserstande war, eine konkret drohende Gefahr zu benennen, die eine solche Maßnahme hätte rechtfertigen können, stellten die Anwälte Antrag auf Ablehnung des Gerichtes wegen Befangenheit, der aber abgelehnt wurde. Offensichtlich sollen wir uns an waffentragende Gesetzeshüter gewöhnen ...

Nach all diesem ‚Vorgeplänkel' hatten die Angeklagten Gelegenheit, in ihrer gemeinsamen Prozeßerklärung darauf einzugehen, wer überhaupt genötigt, wer seiner Freiheit beraubt worden sei. Sehr ausführlich und beeindruckend schilderten sie das Elend und die Unterdrückung, die das iranische Volk lange Jahre unter der Herrschaft des Schah und seines Geheimdienstes Savak erdulden mußte – ebenso wie die Bespitzelung und Denunziation der im Ausland lebenden Oppositionellen. Daß heute nicht die Verantwortlichen, sondern die Opfer dieser Repression auf der Anklagebank sitzen, habe – wie die Genossen ausführten – leider Tradition in der Geschichte der deutschen Justiz. Man brauche nur daran zu denken, wie mit alten Faschisten und ‚fürchterlichen' Juristen verfahren werde. Großen Raum in der Erklärung nahm die Darstellung der engen Zusammenarbeit zwischen Savak und bundesdeutschem Verfassungsschutz ein. Es wurde aufgezeigt, wie eifrige Beamte mit Deckung ihrer Amtsherren, der Innenminister, mithalfen, iranische Antifaschisten in ihrem Heimatland Folter, Verhaftung oder gar dem Tod auszusetzen.

Der Prozeß wird fortgesetzt, mit der Vernehmung der ‚genötigten' Savak-Agenten und man darf gespannt sein, was nach den Recherchen der Anwälte in diesem Verfahren noch alles über unsere Staatsschützbehörden ans Tageslicht kommen wird.

Eine Genossin aus Frankfurt

Letzte Meldung: Nach drei Verhandlungstagen stellte das Gericht das Verfahren ein, da möglicherweise „nur eine geringfügige Schuld" der Angeklagten vorliege. Die iranischen Genossen erklärten, ihre Zustimmung zur Verfahrenseinstellung sei keinesfalls als Schuldeingeständnis zu verstehen (nach „FR", 7.5.81). Gemessen an den wilden Schlagzeilen über die angeblichen „Revolutionstribunale" vor zwei Jahren – ein dürftiges Ergebnis für die Reaktion!

Prozeß-Dokumentation beschlagnahmt

Düsseldorf. Am 24. April erschienen sechs Zivilbullizisten im BiBaBuZe-Buchladen; zur Verstärkung standen noch zwei Streifenwagen vor der Tür. Sie beschlagnahmten fünf Exemplare der Prozeß-Dokumentation „Es gibt nur ein gerechtes Verfahren ...", in der laut Beschlagnahme- und Durchsuchungsbeschluß des OLG Düsseldorf „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a) betrieben wird. In der Dokumentation wird über den Prozeß gegen **Jürgen Heiser** berichtet, der, wegen angeblichen Parolensprühens während des Hungerstreiks von RAF-Gefangenen 1977, angeklagt wurde. Obwohl das OLG in seinem Urteil selbst feststellt, daß **Jürgen Heiser** nicht gesprüht hat, wurde er zu zehn Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Begründung: *„Auch wenn der Angeklagte Heiser die Parolen nicht eigenhändig gesprüht ... hat, ist er Täter und zwar Mittäter mit den Tatgenossen, die die Parolen tatsächlich angebracht haben".*

Und nun ist nicht nur gerichtlich festgestelltes N i c h t sprühen „Werbung für eine terroristische Vereinigung", sondern auch die Dokumentation dieses Gesinnungsprozesses und -urteils.

Mit der gleichen Begründung wurde die Dokumentation bereits im August 1980 im Detmolder Buchladen beschlagnahmt.

Detlef/Düsseldorf

»Bunte Zeitung« soll nicht in den Knast

Die Ausgabe Nr. 4 der BUNTEN ZEITUNG (ein Produkt der Parlamentsfraktion HH) ist von den Knastzensoren angehalten worden.

Begründung: Die Artikel von Frau Pohl (Sozialarbeiterin) und Herrn Galander (Kandidat der Buli 1978) enthalten Straftatbestände.

Bezeichnend ist dabei, daß Rettinger selber entscheidet, ob die Zeitung durchkommt oder nicht, obwohl er eine der durch den Artikel betroffenen Personen ist.

Ga., Hamburg

Deutsch-italienische »Filterfreundschaft«

Nachdem im Januar 1980 ans Licht der Öffentlichkeit kam, was innerhalb der Mauern längst offenkundig war: In der Strafanstalt II (Santa Fu) in Hamburg Fuhlsbüttel „verwandelten" Bedienstete insgeheim französische Bremsbelege (Made in France) in deutsche Bremsbelege (Made in Germany) und machten damit aus einem billigen (und noch dazu minderwertigen) französischen Bremsbeleg einen teuren „deutschen Markenartikel", wurde jetzt ein weiterer Fall von – gelinde gesagt – Markenartikel-Manipulation in Santa Fu bekannt: Nach deutsch-französischen Bremsbelegen gibt es jetzt deutsch-italienische Luftfiltereinsätze.

Ein Gefangener, der mit dem Umpacken beschäftigt ist, schildert das so: „*... Seit circa 4 Monaten werden in unserem Arbeitsbetrieb Filtereinsätze eines italienischen Fabrikats umgepackt, das sieht folgendermaßen aus: von Kartons mit der Aufschrift „FILT OPERA (MI) ULTRAMICRON" werden die Klebebanderolen mit Wasser abgelöst. Von den Filtereinsätzen selbst werden je ein kleines gelbes Kärtchen mit der Typenbezeichnung sowie das Etikett des ausländischen Fabrikats entfernt. Dann wird ein Etikett mit dem Namen der Firma „SEIDLER" aufgeklebt sowie neue Banderolen mit der Aufschrift „VTE-FILTER". Bisher wurden etwa 4000 italienische Filtereinsätze zu deutschen Filtereinsätzen ...*"

Das alles läuft unter Aufsicht der Justiz und eines gewissen Herrn Meier, der zufällig der Schwager des Besitzers der Firma Seidler ist.

Strafgefangene, die angeblich in den Knast geschickt werden, um dort von ihren „kriminellen Neigungen" befreit zu werden, werden hier zu Straftaten zwangsarbeitsverpflichtet!

Ga., Hamburg

Weitere Argumente zum Hungerstreik

• aus berufenem Munde •

Die Auseinandersetzung um Sinn oder Unsinn, Erfolg oder Nicht-Erfolg des Hungerstreiks und die Methoden seiner Durchführung scheint sich nach Beendigung des letzten Streiks breiter zu entwickeln. Wir dokumentieren im folgenden drei Texte: die Erklärung von Stephan Wisniewski, mit der er seinen Abbruch im Hungerstreik begründete, eine uns zugesandte Erklärung „von Mitgliedern der revolutionären Zellen" und Auszüge aus einem Artikel von Fritz Teufel „Solidarität und Hungerstreik", der bereits im Mai 1979 in „radikal" Nr. 69 erschien. Die Texte sollen und können nicht den Standpunkt des KB ersetzen (der ist in unserer Antwort an die „Benutzer der AK-Technik" in AK 198 sowie auch in dem Artikel von F. in AK 200 „Wir und der Hungerstreik" nachzulesen), sie können aber als Aussagen von Betroffenen, mindestens anerkannt Sachkundigen sicher zur Konkretisierung und notwendigen Versachlichung der Auseinandersetzung beitragen.

Nicht dokumentiert haben wir Leserbriefe der „taz", in denen nach Beendigung des Streiks haufenweise „schlechtes Gewissen" abgeladen wurde – und zwar mit der Konsequenz, zum einen der Linken mangelnde Solidarität, zum anderen den politischen Gefangenen moralische Erpressung oder beiden beides zugleich vorzuwerfen. Diese Art von aggressivem Gejammer halten wir für ungeeignet, in der Auseinandersetzung um die Politik der RAF und um eine weitere sinnvolle Knast-Arbeit der Linken auch nur einen Schritt weiter zu kommen.

Im übrigen ist zum Text „von Mitgliedern der revolutionären Zellen" noch anzumerken, daß ihre Selbstkritik bezüglich der mißlungenen Anschläge auf Frankfurter Kaufhäuser zwar begrüßenswert, aber doch wirklich sehr platt ist: der politische Fehler dieser Anschläge läßt sich wohl nicht nur als technisches Versehen entschuldigen, oder?

AK-Redaktion



Erklärung »von Mitgliedern der revolutionären Zellen«

Das folgende Papier ist von den Mitgliedern der revolutionären Zellen geschrieben, die aktiv versucht haben, den Hungerstreik zu unterstützen. Sie ist keine Äußerung aller Genossen/-innen, die in RZ organisiert sind und ist auch nicht innerhalb der RZ diskutiert worden. Wir verstehen es einfach als einen Beitrag zur momentanen Diskussion.

Wir wollen uns zunächst zu den verschiedenen von uns in diesem Zusammenhang ausgeführten Aktionen gegen Kauf-Zwang-Häuser, genauer zu den beiden kurz vor Geschäftsschluß losgegangenen Brandsätzen (Kaufhof und C&A) äußern: Es ist (hoffentlich für die meisten) klar, daß dieser Zündzeitpunkt nicht von uns beabsichtigt war. Wir bedauern sehr, daß es trotzdem so passiert ist. Dies liegt nicht in unserer Unkenntnis und Unvorsichtigkeit begründet, sondern in der Materie selbst.

Da es sich nicht um elektronische, sondern um chemische Zeitzünder handelte, haben die Bedingungen der Anwendung (bei der Aktion) ihre zeitliche Wirkung verändert; das konnten wir aber – vorher – beim reinen Experimentieren nicht feststellen, da bei der Kaufhof-Aktion zusätzlich eine andere Panne aufgetreten war, vermuteten wir hier den Fehler, so daß wir erst nach den „Brändchen" bei C&A und Hertie die tatsächliche Fehlerquelle ausmachen konnten, was sich bei Massa dann auch zeigte.



Es ist sehr schwierig, das zu erklären, ohne die genaue Zusammensetzung und Wirkungsweise der Zünder zu erläutern (was an anderer Stelle nachgeholt werden wird), hoffen aber, daß es trotzdem zu verstehen ist.

Hinzufügen wollen wir noch, daß die Größe der Brandsätze eine Gefährdung bzw. Verletzung von Personen ohnehin ausschließt – sie sind nämlich sehr klein. Die Verletzungsgefahr bestand höchstens für uns selbst, die wir die Dinger in Händen getragen haben.

Die Umstände des Hungerstreik-Abbruchs der RAF-Gefangenen zum Zeitpunkt des – juristischen – Todes von Sigurd Debus haben zu einer verbreiteten Verwunderung, Unsicherheit, Ratlosigkeit bis hin zum Frust bei denjenigen geführt, die – unabhängig von ihrer politischen Position – Aktionen, Veranstaltungen etc. zur Unterstützung des HS gemacht und getragen haben. Sicherlich m i t ein wichtiger Grund dafür, daß die vom Staat befürchteten „Krawalle" weitgehend ausgeblieben sind.

Über die Motive, die die Gefangenen aus der RAF zum Abbruch ihres HS bewogen haben, können wir nur Vermutungen anstellen. Damit wollen und werden wir aber nicht arbeiten. Fakt ist, daß weder aus den öffentlichen Verlautbarungen der Herrschenden n o c h aus der Abbrucherklärung der Gefangenen (v. 16.4.81) ein Grund zur Beendigung des HS ersichtlich ist. Wäre „ eine Lösung" (Zitat Abbrucherklärung), d.h. ein konkretes Verhandlungsergebnis vorhanden, bestünde kein Anlaß zu derart vagen und nichtssagenden Formulierungen wie z.B. die Berufung „auf zwei Interventionen (!?) von amnesty international". Ist amnesty eigentlich plötzlich 'was anderes als ein bürgerlicher Verein ohne jegliche politische Kompetenzen??? ai war, ist und wird nie ein Sprecher und Vertreter von Gefangenen zur Artikulierung und Durchsetzung ihrer Forderungen und Bedürfnisse.

Um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen, wollen wir klarstellen, daß es uns in keinster Weise darum geht, den RAF-Gefangenen vorzuwerfen, daß sie den HS abgebrochen haben.

Jedenfalls hätte es andere Gründe gegeben, den HS zu beenden bzw. fortzuführen: In Anbetracht der Tatsache, daß von Anfang an klar war, daß die Forderungen in der gegenwärtigen Situation nicht durchsetzbar sind, hätte der HS schon zu einem früheren Zeitpunkt abgebrochen werden können, mit der einfachen , realistischen und ehrlichen Begründung, daß es sinnlos ist, weiterzumachen: Wir investieren nicht unser Leben für eine aktuell aussichtslose Sache (womit wir nicht behaupten wollen, es sei überhaupt falsch und sinnlos, für aktuell nicht durchsetzbare Ziele zu kämpfen).

Das wäre weniger Niederlage gewesen als der Abbruch mit einer fadenscheinigen Begründung. Genauso hätte der Tod von Sigurd Debus ein Grund sein können, den HS fortzusetzen, weil gerade dadurch der öffentliche Druck sich so verstärkt hätte, daß Zugeständnisse möglich geworden wären.

So oder so – alle, die den HS, egal in welcher Form, unterstützt haben, haben ein Recht auf Offenheit und Ehrlichkeit.

Wo nehmen die Gefangenen aus der RAF die Vermessenheit und den Realitätsverlust her, einen Satz zu Papier zu bringen wie: „Aber wir meinen auch, daß wir nicht die Erfahrung der IRA im Dezember 1980 machen werden, nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben". Die RAF hat – auch nicht im Entferntesten – die politische Verankerung und militärische Stärke der IRA – ebensowenig läßt sich die Solidarität, die die RAF-Gefangenen „erfahren haben", mit der messen, die den irischen Gefangenen in den H-Blocks zuteil wurde.

Das erinnert uns alles sehr an die altbekannte, aber immer unerträglicher und peinlich werdende Großkotzigkeit und Selbstüberschätzung der RAF, für die Selbstkritik ein Fremdwort ist und die (damit zwangsläufig) nur Helden („fighter") oder Verräter bzw. counter-Schweine kennt/produziert.

Eine Großmäuligkeit, die sich per Selbstdeklaration auf dem Papier (und nicht etwa durch ihre Praxis) zum Nabel des Widerstands in den Metropolen und zum Hauptfeind des westlichen Imperialismus emporstilisiert.

Wir wollen unsere Kritik an einigen Beispielen deutlich machen:

– In den meisten Papieren, so auch in der Hungerstreikerklärung vom 6.2.81, ist immer wieder die Rede von der „politisch-militärischen Offensive der RAF '77". Dies stimmt – bestenfalls – für die Monate April bis September '77. Was aber war die ganzen Jahre davor? Was danach? Wo ist die Rede davon bzw. die Problematisierung dessen, daß die RAF spätestens nach zwei der sechs Wochen Schleyer-Gefangenschaft die politische Initiative aus der Hand gegeben hatte und sie sich auf Mauscheleien und nichtöffentliche Verhandlungen mit dem Staat einließ, im Gegensatz zur Lorenz-Entführung die Aktion immer mehr zum bloßen deal verkam? Welche politische Brisanz lag allein in der Person Schleyers – für fast jeden deutschen Arbeiter damals Symbol und Personifizierung des deutschen (faschistischen) Kapitalistenschweins! Und wie wenig wurde damit angefangen! Wo ist die politisch-propagandistische Verwertung der Informationen geblieben, die Schleyer geben konnte? Was bedeutete die Entführung der „Landshut", was hat die RAF mit den begründeten Kritiken an dieser (selbst produzierten counter-)Aktion, die ihre politische Isolierung und Niederlage 1977 vollendete, angefangen? .... Fragen über Fragen. Wo sind nur Versuche und Ansätze von Antworten seitens der RAF???

– Die verhängnisvolle, politisch irrwitzige Mär, „daß Illegalität das befreite Gebiet des Widerstands in der BRD ist, Handlungsfähigkeit schafft" (HS-Erklärung vom 6.2.81). Die RAF selbst ist der existierende Gegenbeweis für diese These: den zwar heftigen, aber kurzen Strohfeuern der „Offensive" folgte Niederlage auf Niederlage, kurzer Handlungsfähigkeit lange Handlungs u n fähigkeit. Die RAF ist und bleibt die einzige Metropolenguerilla, die die Illegalität proklamiert. Diese Proklamation der Illegalität hat nichts mit der Notwendigkeit zu tun, die sich für jede Guerilla stellt: Die Illegalität zu organisieren, d.h. die technischen, finanziellen, organisatorischen etc. Bedingungen zu schaffen, um illegal gewordenen Mitgliedern und Teilen der Bewegung auch unter den s c h w i e r i g e n Bedingungen der Illegalität die Handlungsfähigkeit zu e r h a l t e n.

Handlungsfähigkeit mit minimalem Aufwand besteht in der Legalität, während die Schaffung/Erhaltung der Handlungsfähigkeit in der Illegalität mit großem Aufwand und erschwerten Bedingungen verbunden ist.

– Die politische Globalanalyse des westlichen Imperialismus durch die RAF, die keine Widersprüche zwischen nationalen und multinationalen Kapitalien, zwischen europäischem, japanischem und US-Kapital kennt, nach der alle Entscheidungen und Richtlinien bis hin zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen im „special coordination comittee" des nationalen Sicherheitsrates der USA gefällt und bestimmt werden, nach der die BRD nur ein Bundesstaat der USA ist ....

– Analysen, bei denen für unsere Begriffe viel, zu viel, unter den Tisch fällt und die im Grunde nur die Legitimation dafür liefern, sich um die konkreten sozialen und politischen Auseinandersetzungen in diesem Land einen Dreck zu scheren und (da sonst niemand in Europa das Abstraktionsniveau teilt) die RAF zur Avantgarde des antiimperialistischen Widerstands zu deklarieren.

Die Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention, der Anerkennung als Kriegsgefangene, finden wir falsch bis unmöglich. Was haben wir zu tun mit den Abkommen, die die Herrschenden für i h r e Kriege treffen?? Zweifellos befinden wir uns im Krieg mit den Herrschenden, aber wir sind Sozialrevolutionäre, keine Soldaten, wollen und werden es auch nie sein. Soziale Revolution ist weder Partei- noch Armeesache. Wenn sie es trotzdem wird, verliert sie ihren revolutionären Charakter, bleibt formal und putschistisch.

Es kann nicht verwundern, daß ausgerechnet die RAF eine solche Forderung stellt, ist doch schon ihr Name „Rote Armee Fraktion" militärisch und ihre Funktion nach eigener Einschätzung avantgardistisch.

In dieser Logik ist auch die Forderung nach dem Kriegsgefangenen-Status eine Forderung nach einem Sonderstatus, die letztlich jeden gemeinsamen, einheitlichen Kampf gegen den Knast ausschließt, boykottiert. Wenn an dieser Stelle immer mit den Bedingungen und Erfahrungen der RAF-Gefangenen im Normalvollzug argumentiert bzw. die Forderung damit begründet wird, so hinkt diese Argumentation an wesentlichen, prinzipiellen Grundsätzen, nämlich: daß man/frau sich niemals die politischen Forderungen von den Bedingungen und Maßnahmen des Systems diktieren lassen kann und darf, sondern diese immer von der eigenen Identität bestimmt sein müssen.

Wir unterstellen der RAF, daß sie ihre Aussagen bezüglich des Normalvollzugs lediglich als Vehikel benutzt, um ihre Forderung nach dem Sonderstatus zu legitimieren. Außerdem gehen wir davon aus, daß sich unsere politische Identität grundsätzlich von der der RAF unterscheidet.

Wenn der Normalvollzug für Gefangene mit diversen Mitteln und Schikanen unerträglich gemacht wird, so heißt das Kampf-nah-Ziel nichtsdestotrotz: Normalvollzug für alle!!! bzw. Zusammenlegung im Normalvollzug (selbstredend mit dem Hintergrund: Freiheit für alle!). Das bedingt: Abschaffung aller Hochsicherheitstrakte und Isolationsfolterkammern. Eine Forderung im übrigen, die von der RAF nicht explizit aufgestellt wurde. Im Gegenteil hat sie sich jetzt auf die Kleingruppenisolation i m Trakt eingelassen, die in Berlin schon seit geraumer Zeit praktiziert wird und nichts anderes ist als eine Schönheitsoperation.

* * *

„Mit der RAF können wir uns hinterher auseinandersetzen, müssen wir auch. Aber nicht jetzt," (Zitat nach „FAZ", 18.4.81), Aussage eines Mitgliedes des Berliner Besetzerrates, die steht für viele derjenigen, die den HS unterstützen wollten und es auch getan haben, ohne sich als „Sympathisanten" der RAF zu verstehen, sich nicht identifizieren mit ihren Zielen und ihrer Praxis, ja noch nicht einmal die konkreten Forderungen des HS unterschreiben können.

Durch die Zuspitzung in den letzten Wochen des HS hat sich dieses Problem wieder aktualisiert und wurde unter dem zeitlichen Druck wieder einmal nicht angegangen. Wir meinen, daß es ein Ausdruck des distanzierten Verhältnisses zur RAF ist, wenn viele Genossinnen und Genossen – wir schließen uns dabei ein – erst dann aktiv und öffentlich agierten, als das Leben einiger Menschen im Knast auf dem Spiel stand – was auch die teilweise humanitären/moralischen Züge dieser Solidarität offenbart. Und – als klar war, daß Sigurd Debus sterben würde – wieder in relative Passivität, Hilflosigkeit verfielen.

Eine politische Solidarität, die nicht moralisch ist und bleibt, setzt gerade eine genaue Auseinandersetzung voraus. – Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir beziehen uns hier nicht auf die Spontis, deren Kritik lediglich die Funktion hat, ihre Passivität, ihr Nichtstun zu erklären und zu verschleiern. Da spricht allein das schlechte Gewissen der Liberalen von heute. –

Eine genaue Auseinandersetzung meint die Klärung der eigenen Position, das Verhältnis zu anderen, hier: zur RAF allgemein und den HS-Forderungen im besonderen. Und daraus entwickelt die Bestimmung der Punkte gemeinsamer Betroffenheit, also gerade nicht Kritik als bloße Distanzierung und Legitimation für Passivität. Dies ist u.E. notwendig, um sich zu aktuellen Anlässen solidarisch, aber selbstbestimmt und politisch verhalten zu können, und über diese hinaus eigene politische Inhalte und Strategien zu formulieren und zu praktizieren, unabhängig von Fakten, die von anderen gesetzt werden, deren Position man/frau nur sehr oberflächlich teilen kann. Das könnte z.B. heißen, über die Aktivität eines HS hinaus gegen Hochsicherheitstrakte, Sonderbehandlung und Isolation zu mobilisieren und zu kämpfen.

Daß der erfolgreiche Kampf gegen mörderische Haftbedingungen eine enorme Stärke der revolutionären Bewegung erfordert, zeigt sich gerade am Beispiel Irland. Ein Land, in dem die Mobilisierung und die Solidarität mit den Gefangenen eine Breite hat, von der wir hier in der BRD nur träumen können – und die Herrschenden verweigern trotzdem jegliches Zugeständnis.

So werden wir hier in der BRD für und mit unseren Gefangenen nur in dem Maße etwas erreichen, wie wir draußen auf allen Ebenen – a u c h gegen den Knast – kämpfen und uns Stück für Stück unsere Freiheit – zurück – erobern.

ES WIRD ZEIT, DASS WIR LEBEN.

Zwei Fragmente als »Ankündigung« zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe« (von Stefan Wisniewski)

23.3.81

Ich, Stefan Wisniewski habe heute, gemeinsam mit Christof Wackernagel (Christof hat später den Hungerstreik wieder aufgenommen; die Red.) den am 6.2.1981 begonnenen Hungerstreik abgebrochen.

Irgendwelche Zusagen über eine Veränderung der Haftbedingungen sind in Zusammenhang mit meiner Entscheidung nicht gemacht worden. Ich halte aus politischen Gründen für richtig, den Hungerstreik abzubrechen, und werde dies im einzelnen noch in einer Erklärung vertreten.


Stefan Wisniewski

In Kürze schon einige Punkte, die mich zu dieser Entscheidung bestimmt haben.

1. Meine politische Einschätzung ist die, daß der Staat derzeit gewillt ist, das Leben der Gefangenen zu opfern, ohne hierbei Zugeständnisse in Richtung auf eine „große Lösung" zu machen. Die Frage aber, wann es richtig ist, sein Leben wegen des Kampfes um bessere Haftbedingungen zu opfern, muß politisch bestimmt werden. Mit der Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention hält man sich aber nach meiner Ansicht gerade aus einer politischen Bestimmung des Kampfes um bessere Haftbedingungen heraus. Nach der Erfahrung dieses Hungerstreikes hat sich die breite Basis nach und nach pyramidenförmig verringert, anstatt daß

Kampfes um bessere Haftbedingungen heraus. Nach der Erfahrung dieses Hungerstreikes hat sich die breite Basis nach und nach pyramidenförmig verringert, anstatt daß

umgekehrt bei einer richtigen politischen Bestimmung die Solidarität gewachsen wäre.

2. Der Hungerstreik war insofern immer ein taktisches Mittel und kann nicht ersatzweise politische Probleme sowohl außen als auch innen lösen. Mit diesem Hungerstreik ist das benannte Ziel – Zusammenlegung in großen Gruppen – nicht zu erreichen und mit dessen Weiterführung auch nichts Zusätzliches mehr klar zu machen. Daß der Staat möglicherweise über das Leben von Gefangenen hinweggeht, ist spätestens seit Stammheim klar. Insoweit gilt heute noch, was Ulrike richtig gesagt hat, daß unnötige Opfer zu vermeiden sind.

3. Durch die unterschiedliche Gefährdung der einzelnen Gefangenen aus der RAF wegen der verschiedenen Handhabung der Zwangsernährung, ist die Situation so, daß die Entscheidung, ob weiter gemacht wird, daran gemessen werden müßte, daß heute oder morgen einer der Gefangenen sterben kann. Ein solcher Tod wäre jetzt politisch sinnlos. Hier nun in Thesenform eine ausführliche Erklärung erst nach Ende des Kampfes.

1. Wenn Nazim Hikmet sagt zum Hungerstreik „der Tod mein Gewehr – die Kugel ich selber" (vergl. Hungerstreikerklärung vom 13.2.81), dann gilt auch hier, gerade hier, in jeder Phase des Kampfes: die Politik ist der Kommandeur des Gewehres.

2. Die 15er Gefangenenzusammenlegung von uns, auf der zwischenzeitlich überholten und für den Guerillakampf innerhalb der Metropolen unbrauchbaren Schiene der Genfer Konvention, ist eine politisch falsche Stoßrichtung. Sie trennt uns langfristig von jedem sozialrevolutionären Ansatz in der BRD, wie er schon heute im Keim einer sozialen Bewegung sichtbar wird. Eine 15er Zusammenlegung – selbst wenn sie realisierbar wäre – ist ohne eine Form des Hochsicherheitstraktes undenkbar. Das aber heißt: halt doch die Stufeneinheiten des reformfaschistischen Strafvollzugs zu akzeptieren.

3. Zusammenlegung verstehe ich als Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen. Nur so materialisiert sich Selbstorganisation und Befreiungskampf. Es muß gehen um: die Zerschlagung der Hochsicherheitstrakte und auf Dauer der Gefängnisse überhaupt. Stichwort „Rekonstruktion der Klasse" in der Stunde der ökonomischen Krise und Restrukturierung, Aufhebung der Spaltung Proletariat/Subproletariat bzw. hier Kriminelle/Normale (auf internationaler Ebene siehe italienische Erfahrungen).

4. Hat der Hungerstreik auf breitester Ebene begonnen, was mich echt agitiert hat, draußen was vermittelt hat, ist nunmehr doch nur noch die falsche bzw. historisch zumindest überholte Stoßrichtung übriggeblieben, an deren Ende es Rebmännern einfach gemacht wird, nach der Methode: einkreisen und vernichten; das offene Messer aufstellen. Was sollten wir anders von ihnen erwarten. Eine politische Linie nach Punkt 3 wird zwar – ohne abzuschwören – gerade so vom Staat bekämpft, macht aber das Einkreisen schwieriger (und damit das Eliminieren), polarisiert innerhalb des Machtapparats, aber vor allem gibt es die richtige politische Stoßrichtung der Zukunft an.

5. Der Staat kontert durch die unterschiedliche Bestimmung der Zeitpunkte bei der Zwangsernährung den Hungerstreik. Sowohl Christof als auch ich waren (wie sicher andere auch) noch weit davon entfernt – durch frühere Zwangsernährung und

punkte bei der Zwangsernährung den Hungerstreik. Sowohl Christof als auch ich waren (wie sicher andere auch) noch weit davon entfernt –

durch frühere Zwangsernährung und Fesselung danach: die den Finger im Hals danach sinnlos werden läßt – von akuter Lebensgefahr. Aber jemand anderen ins offene Messer laufen lassen: obwohl mans selber falsch findet, an dieser politischen Stoßrichtung zu eskalieren, ist nicht weniger verantwortungslos, wie wenns einen unmittelbar selbst betrifft.

6. Nach dem ergebnislosen Verlauf der inhaltlichen Kontroverse um die Forderungen (bei mir reicht die bald zwei Jahre zurück), nach dem gescheiterten Versuch im aktiven Stadium des Kampfes, diesem eine andere Stoßrichtung zu geben: konnte der Anspruch, trotzdem weiterzumachen, die Front nicht noch weiter aufzubröseln, wie sie schon war, nur bedeuten: aufgesetzte „Solidarität" bis hin zu Mitläufermentalität und blankem Opportunismus.

Trotz allem läßt unsere Entscheidung viele Fragen offen, bleibt nicht 'ne klare, sondern 'ne schmerzliche Sache. Wenn aber das Gewehr weiterhin von der Politik kommandiert werden sollte, blieb und bleibt keine andere mögliche und richtige Entscheidung, als den Hungerstreik abzubrechen. Nicht als Schlußstrich, sondern als Ankündigung zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe.

(aus „Radikal" 92, 5.81)

Fritz Teufel: Solidarität und Hungerstreik (Auszug)

Waren die Hungerstreiks der letzten Jahre erfolgreich?

Die Antwort der orthodoxen Gerilja lautet:

Ja und Nein.

Ja. Die Hungerstreiks hatten Erfolg. An ihnen hat sich was mobilisiert. Sie haben die Gerilja gestärkt, ihr neue Sümpatien und Kämpfer zugeführt. Die BRD ist in Verruf geraten. Im Tauziehen um die Haftbedingungen konnten Hungerstreiks zumindest zeitweise die Lage der Gefangenen verbessern. Deshalb müssen wir weiter hungern, damit wir noch mehr Erfolg haben.

Nein. Die Hungerstreiks hatten keinen Erfolg. Die Haftbedingungen wurden laufend verschärft. Deshalb müssen wir weiter hungern, solange bis wir Erfolg haben. (Der aber eigentlich nicht im Eingehen der Behörden auf Forderungen der Öffentlichkeit, vielmehr im militärischen Erfolg der kämpfenden Genossen ersehnt wird.)

Die Logik des Hungerstreiks ist bestechend. Solange wir geriljamäßig argumentieren ist Hungerstreik notwendig, ob wir den Erfolg vergangener Streiks nun bejahen oder verneinen. Wenn es stimmt, daß HS im Knast die einzige mögliche Kampfform ist, dann ist jedes Argument gegen den und irgendeinen Hungerstreik Defätismus. (Es stimmt aber genausowenig wie die Ansicht, bewaffneter Kampf sei die einzig mögliche revolutionäre Kampfform in der bunten Republik und anderswo.)

Wer will's auf sich sitzen lassen, er sei mit den Haftbedingungen zufrieden, könne mit anseh'n, wie andere um einen herum draufgehen, sei dabei, sich einzurichten und seinen Frieden mit dem Feind zu machen? Schließlich ist ein wesentlicher Faktor der Geriljatheorie ihr unbeugsamer Kampfeswille, der nur durch die Ermordung der Kämpfer auszuschalten sei.

„Oder", fragt man mich, „weißt du etwas besseres?" oder spricht wie folgt: „Du redest immer von Solidarität und siehst untätig zu, wie andere kämpfen und satt, wie andere hungern?"

Als einziger gegen einen geplanten HS sein, heißt gegenüber den HS-entschlossenen Freunden die Rolle des Abwieglers und Schweinehunds zu spielen. So gingen wir im April '77 davon aus, daß es darauf ankomme, auch bei unterschiedlichen politischen Einschätzungen und nicht einheitlichen Forderungen eine möglichst breite Kampffront herzustellen. Heute fehlt mir der Wille, auf diese Art zu kämpfen. Angst vor der Isolation und Prestigeverlust in der Gruppe wäre ein Motiv nochmal mitzuhungern, aber ein schlechtes.


Fritz Teufel

Fritz Teufel

Tatsächlich bin ich der einzige, der den Erfolg der HS's im besonderen und der orthodoxen Geriljapraxis im allgemeinen in Frage stellt. Aber auch, wo ich gemeinsam mit Anderen Hungerstreiks der Vergangenheit als gescheitert ansehe, muß ich noch andere Gründe für das Scheitern des Hungerstreiks angeben als die lieben Genossen. Subjektive Gründe. Ich habe es nicht mehr ausgehalten. Mir schien der Aufwand beim Hungerstreik größer als der politische Nutzen. War mein Geist zu schwach, der Bauch zu stark? Durchaus möglich. Einen Durststreik, als Verschärfung des HS gedacht, habe ich als erster abgebrochen, weil ich es nach 5 Tagen nicht mehr aushielt. Tatsächlich war aber die Verschärfung zum Durststreik auch schon Ausdruck unseres Wunsches, den lästigen HS abzukürzen. Die Haftbedingungen, beschissen wie sie sind, schienen und scheinen mir ohne die zermürbenden HS und Diskussionen darum erträglicher als der heroische Kampf des permanenten Hungerstreik.

Meines Erachtens haben die HS's im übrigen auch die politische Reflektion und Diskussion mit Genossen draußen mehr behindert als gefördert. Es ist ja auch gemein, Genossen zu kritisieren, die im Begriff sind, abzukratzen. Andere machten andere Erfahrungen, die zu anderen Einschätzungen führten. Der Hungerstreik sei zusammengebrochen, weil einige es nicht mehr ausgehalten hätten, vorzeitig abgebrochen hätten, den anderen in den Rücken gefallen seien oder sich mit lokalen Kleingruppenzugeständnissen abspeisen, bzw. mit vagen Versprechungen trösten ließen. In Zukunft müsse man auf gemeinsame Aktionen mit derart schwankenden Elementen verzichten oder bindende Zusagen verlangen von jedem, der mitmache, daß nur Konsensus oder Mehrheitsbeschluß einen Abbruch rechtfertige.

Dagegen war ich immer der Ansicht, Hungerstreik, wie jede Art von Solidarität beruhe auf freiem Willen. Jeder müsse selbst entscheiden, wann er abbrechen wolle. Dies müsse unbedingt akzeptiert und dürfe auf keinen Fall als „Verrat" interpretiert werden.

Andere meinten, beim Hungerstreik auf Leben und Tod könne man genausowenig wie bei einer bewaffneten Aktion „mittendrin aussteigen". Eins gefährde wie das andere den Erfolg einer gemeinsamen Aktion. Diese Einschätzung ist richtig, wenn dem Hungerstreik ein Stellenwert beigemessen wird, der dem eines bewaffneten Handstreichs entspricht.

Es ist ratsam, sich die Beteiligung an einer bewaffnenten Aktion sorgfältig zu überlegen. Ebenso sorgfältig muß ich mir die Beteiligung an einem HS überlegen, wenn die übrigen Beteiligten ihn nicht für eine Art demonstrativen Kleinkampf zur Solidaritätsverbreitung sondern für eine kriegsentscheidende Aktion halten.

Mit dieser Einschätzung in unserer konkreten Situation muß jeder Hungerstreik baden gehen und wer diese Einschätzung nach Scheitern eines Hungerstreiks nicht korrigieren mag, der muß notwendigerweise Dolchstoßlegenden erfinden. Dies ist meines Erachtens geschehen, was nicht geeignet war, meine ohnehin mangelhaft ausgebildete Neigung zum Hungern zu verstärken. Der unter anderem auch als solidaritätsverstärkender Gruppenkitt gedachte HS wurde - so sehe ich das - eher zum solidaritätszerstörenden Gruppensprengstoff. Während des Hungerstreiks wurden einige politische Unterschiede übertüncht und hintangestellt, es brachen dafür neue Gegensätze auf. Was für eine großartige Solidarität, wenn man sich etwa gegenseitig beim Hungern des „Mogelns" verdächtigt.

Zudem waren die Hungerstreiks im Knast und die Praxis der Gerilja draußen sozusagen nur in der Doppelpackung zu verkaufen. Wer die Praxis der Gerilja nicht gut hieß, sollte sich mit seiner Solidarität wegen der Haftbedingungen auch lieber gleich verpissen. Den meisten Liberalen und seriösen Linken braucht das gar nicht erst gesagt zu werden.

Es läßt sich wohl beweisen, daß durch Hungerstreik kurzfristig eine Zunahme knast- bzw. gefangenenbezogener militanter Aktionen stattfindet. Letzte Kräfte werden drinnen und draußen mobilisiert. Die Aktivisten im Knast und die Genossen draußen, sofern sie uns noch leiden (dazu müssen sie Fantasie, Muße, Sensibilität und in der Regel auch persönliche Beziehungen zu Gefangenen oder Freunden von Gefangenen haben), setzen einander und sich selbst unter Leistungsdruck. Die Frage ist nur wieweit nicht der Leistungsdruck Aktivisten dazu bringt, sich selbst und anderen Unmögliches abzuverlangen, das Auseinanderklaffen von Anspruch und tatsächlich möglicher wirklicher

wieweit nicht der Leistungsdruck Aktivisten dazu bringt, sich selbst und anderen Unmögliches abzuverlangen, das Auseinanderklaffen von Anspruch und tatsächlich möglicher wirklicher

Praxis führt nicht nur durch praxisferne Theorie und Passivität sondern auch über theorielose Praxis und blinden Aktivismus in die Sackgasse von Resignation und dem Betäubungsmittel der Resignation: Selbsttäuschung.

Schließlich bin ich der Ansicht, daß HS bei weitem nicht die einzige Möglichkeit politischer Praxis im Knast ist. Jede Art der Kommunikation unter Gefangenen, zwischen Gefangenen und draußen, schriftlich und mündlich, zensiert und überwacht wie sie nur möglich sind, dient der Bildung politischen Bewußtseins. Kritik und Selbstkritik an der politischen Praxis, Analüse der Geschichte und der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind Aufgaben, die auch vom Knast aus in Angriff genommen werden können und müssen.

Wenn hundert Gefangene drei Tage hungern erscheint mir dies sinnvoller als wenn drei Gefangene hundert Tage hungern.

Auch die Agitation im Prozeß scheint mir besser zu leisten von einigermaßen gut genährten Angeklagten, die ihre 5 Sinne beieinander haben. Angesichts noch möglicher und auch notwendiger juristischer Verteidigung halte ich es auch für legitim, daß Angeklagte ihre Kraft darauf konzentrieren, soweit sies selbst für erforderlich und sinnvoll halten. Die politische Verteidigung in unserem Prozeß ist ne schwierige, aber auch reizvolle und lösbare Aufgabe, die bei jedem denkbaren Ausgang des Prozesses politisch gewinnbringend sein kann und die Staatsschmutzbehörden noch mehr als bisher in Mißkredit bringen wird.

Mit HS im Knast verhälts sich wie mit bewaffnetem Kampf draußen. Die Kämpfe sollen möglichst von der Basis ausgehen, nicht zentralistisch übergestülpt werden.

Es kommt nicht darauf an, Rekorde an Militanz, Ausdauer und Opfer aufzustellen.

Kleine Erfolge sind besser als große Niederlagen.

Vernunft, Bescheidenheit, Augenmaß, offene Diskussionen, egalitäre Umgangsformen, Zärtlichkeit und Selbstkritik, äußerste Kontaktbereitschaft, wachsame Skepsis und leidenschaftliche Hoffnung gilt es wachzuhalten und zu stärken.

Offener Brief an den Hamburger Senat

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ihrer Presseerklärung vom 16.4.81 zum Tod von Sigurd Debus (siehe „Frankfurter Rundschau" vom 18.4.81) verbreiten Sie unter anderem die Behauptung: „Für Debus hatten (...) normale Haftbedingungen gegolten. Dazu gehörten (...) Kontakte mit anderen Insassen nach eigener Wahl. Sigurd Debus hat von diesen Möglichkeiten jedoch nur geringen Gebrauch gemacht ...".

Diese Behauptung ist so nicht richtig!

Sie negieren nämlich dabei die Tatsache, daß ich selbst vom 7.7.80 bis zum 11.4.81 in der JVA Fuhlsbüttel inhaftiert war und daß die Anstaltsleitung der JVA Fuhlsbüttel den Kontakt zwischen Sigurd Debus und mir systematisch störte, indem die Anstaltsleitung gegen mich – als Inhaftierten der JVA Fuhlsbüttel – ein generelles Anstaltsverbot sanktionierte!

Als Anlaß für diese Sanktion mußte ein ca. 20 minütiges („unüberwachtes") Gespräch mit Herrn Debus herhalten.

Das Gespräch mußten wir natürlich abbrechen, weil zwei Vollzugsbedienstete kamen und mich unmißverständlich aufforderten mitzukommen. Ich wurde dann sofort – ohne jegliche Begründung – zur Leibesvisitation geführt, bei der ich mich nackt ausziehen mußte. Damit entpuppt sich die von Ihnen konstatierte Version der „Kontakte nach eigener Wahl" als von der Anstalt selektierte „Kontakte nach eigener Wahl"!

Des weiteren behaupten Sie in Ihrer amtlichen Presseerklärung: „Dort jedoch, wo ein Mensch den eigenen Tod bewußt in Kauf nimmt, stößt ärztliche Hilfe an ihre Grenzen".



Diese „Feststellung" beweist die charakterlichen Qualitäten bundesdeutscher Staatsdiener.

Wenn eine Institution, wie der Hamburger Senat, die Zwangsernährung bei den hungerstreikenden Gefangenen als „ärztliche Hilfe" ausgibt und viele Menschen heute immer noch die Tradition deutscher Verwaltungsjustiz zu spüren bekommen, dann ist das Wort Zynismus hier schon eher eine schmeichelhafte Untertreibung.

Eine Zwangsernährung ist keine „ärztliche Hilfe"!

„Denn Zwangsernährung ist keine medizinische Maßnahme, sondern nur ein Gewaltmittel, den Widerstand von Menschen zu brechen."

(Zitat aus dem Brief westdeutscher Ärzte an den Bundesminister der Justiz u. a.)

Die von Ihnen verbreitete Behauptung, daß Sigurd Debus seinen Tod bewußt gewollt hat, ist eine von vielen amtlichen Erfindungen und schlichtweg falsch!

Denn mir gegenüber hatte Sigurd Debus nie erwähnt, daß er mit seinem Hungerstreik (bewußt) seinen Tod wollte.

Bleibt „nur" zu hoffen, daß die amtliche Obduktion einigermaßen „objektiv" verläuft, damit ihre vorher verbreitete amtliche Senatsversion vom „verhungerten Gefangenen Sigurd Debus" weiterhin Bestand hat, denn sonst müßten Ihre Staatsdiener zugeben, daß Sigurd Debus' Tod das Ergebnis ihrer „ärztlichen Hilfe" war.

Manfred Guerth

Solidarität ist doch nicht teilbar!

(zu dem Artikel von F., „wir und der Hungerstreik" AK 200)

Ich glaube, daß der Artikel von F. im letzten AK so nicht stehenbleiben kann. Zunächst bedarf es einiger Richtigstellungen:

In seiner Stellungnahme zu der HHer Hungerstreikdemo schreibt F., daß es bei der Vorbereitung der Demo darum ging, die Mediensperre zum Hungerstreik zu durchbrechen und führt dann aus, daß es in Hamburg schon zwei Ansätze gegeben habe, eine Veranstaltung im engsten Rahmen und die „Spiegel"-Besetzung, die er charakterisiert *„Im selben Kreis plus Angehörige"*. Nun, lieber F., werden wir es wahrscheinlich nicht mehr erleben, daß die vielbeschworenen Massen an solchen Besetzungen teilnehmen, die Verwandtenaktion jedoch in einem Atemzug mit der Veranstaltung zu nennen, ist ziemlich dreist. Tatsächlich hat gerade die „Spiegel"-Besetzung der Verwandten ein erhebliches Maß an Öffentlichkeit geschaffen! Nach dieser Aktion begannen die Medien, Meldungen über den Hungerstreik zu veröffentlichen, die Sympathie für diese Aktion reichte bis ins demokratische Lager (wenn's das hier gibt). Der Video-Film über die Besetzung wurde auf diversen Veranstaltungen in der BRD gezeigt. Vielmehr wäre diese öffentlichkeitswirksame Aktion geeignet gewesen, daran anzuknüpfen, nicht, sie in die Schublade Sektierertum zu packen.

Dazu noch weiter unten.

Weiter schreibt F. ganz richtig, daß ein b r e i t e s Bündnis nicht zustande gekommen ist. Da muß er sich schon die Frage stellen lassen, was er denn dazu getan hat? Wir haben nach Stammheim viel über Distanzierungswut Liberaler, Demokraten und der Linken geschrieben, über die Furcht der Linken, in die 'Terroristenecke' gestellt zu werden etc. Daran hat sich bis heute nichts geändert, eher im Gegenteil! Vielmehr ist es doch so, daß ein Großteil der Bewegung den Integrations- und Entsolidarisierungsmanövern dieses Staates aufgesessen ist.

Aber heißt denn, wenn die Linke Angst vor Solidarität hat (von den Massen will ich hier gar nicht erst reden), daß wir selbst auch das Maul halten? Davon kriegen wir auch kein breites Bündnis.

Außerdem ist es wohl 'ne Illusion zu meinen, die Grünen würden eine Demo unterstützen, wenn eine Genossin von uns ein paar Tage vorher einen Flugblattentwurf vorbeibringt.

Das Nichtzustandekommen eines breiten Bündnisses auf angeblich mit Flugblättern bereits geschaffene Tatsachen schieben zu wollen, macht die Sache dann auch etwas zu einfach. Tatsächlich war auf der vorangegangenen Demo am Abend des dann gescheiterten Bündnistreffens 1 (in Worten: ein) Flugblatt, einer Gruppe.
genen Demo am Abend des dann gescheiterten Bündnistreffens 1 (in Worten: ein) Flugblatt, einer Gruppe,
verteilt worden, in dem bereits zu der Demo aufgerufen wurde. Da du, F., nicht erst seit gestern Politik machst, wirst du nicht ernsthaft behaupten können, daß sich beispielsweise die Bunte Liste oder die Grünen aufgrund dieses einen Flugblattes entschieden hätten, nicht zu den Bündnisverhandlungen zu kommen.

Ebenfalls: zum Sinn von Aktionen

Du schreibst: *„die Nützlichkeit einer Solidaritäts-Demonstration zum Hungerstreik muß sich daran messen lassen, ob und inwieweit es gelingt, die Ziele des Hungerstreiks selbst sowie die Lage der Hungerstreikenden den Massen nahezubringen, der Bevölkerung zu erklären und zu vermitteln!"*

Das ist nun aber in erster Linie eine Frage des Inhalts einer Demo. Meinst du, daß die Massen etwas besser verstehen, weil es ihnen von den Grünen erzählt wird? Du schreibst selbst, daß es unter *„veränderten Bedingungen sinnvoll sein kann, auch mit geringen Kräften, 'Signale zu setzen'"*. Mir erscheint diese Herangehensweise äußerst problematisch. Sind die veränderten Bedingungen dann gegeben, wenn es sich um eine 'populäre' Sache handelt? Es ist ja nun eine sattsam bekannte Tatsache, daß man mit Solidarität mit den Gefangenen in diesem Land keinen Blumentopf gewinnen kann. Gerade deshalb wäre es m.E. so wichtig gewesen, ein „Signal zu setzen", ein Signal gegen die Nachrichtensperre und gegen den Entsolidarisierungsdruck. Den Massen vermittelt man darüber etwas, daß man sich überhaupt äußert, daß sie mitkriegen, daß überhaupt ein Hungerstreik läuft und daß es Leute gibt, die sich damit solidarisieren. In der konkreten Situation war es m.E. weniger wichtig, ob da die Grünen nun dabei sind oder nicht, sondern d a ß Solidarität gezeigt wird.

Deiner Meinung nach sind Demonstrationen nur ein Mittel, entscheidend sei die Öffentlichkeitsarbeit, und in dieser hätte sich nun gerade der AK und die „taz" (sic!) hervorgetan. Was das angeht, ist der AK sicherlich hervorzuheben, z.B. wurde die Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF als erstes im AK abgedruckt. Nun wird aber der AK bekanntlich auch nicht von den Massen gelesen, es erübrigt sich also schon fast festzustellen, daß die teilweise Durchbrechung der Nachrichtensperre über den Hungerstreik kein Produkt der AK-Berichterstattung war, sondern vielmehr Resultat der von dir in die Sektiererecke gestellten „Spiegel"-Besetzung der Verwandten. Dem geneigten Leser/der geneigten Leserin wird man überdies nicht erklären müssen, daß mit AK-Berichtserstattung a l l e i n nichts getan ist, und über diese sind die Aktivitäten des KBs, zumindest in Hamburg, nicht hinaus gegangen. Daß auch die „taz" in diesem Zusammenhang von dir genannt wird, läßt mich, gelinde gesagt, staunen. Tatsache ist doch, daß die „taz", abgesehen von einigen ihr zugesandten, namentlich unterzeichneten Briefen, erst dann mit einer Berichterstattung
sehen von einigen ihr zugesandten, namentlich unterzeichneten Briefen, erst dann mit einer Berichterstattung
zum Hungerstreik begann, als dies in den übrigen Medien auch der Fall war und als sich die gesundheitliche Lage vieler Hungerstreikenden schon extrem zugespitzt hatte (das „wie" der Berichterstattung wäre einen eigenen Artikel wert), daß die Hungerstreikerklärung nur gekürzt und verfälscht abgedruckt wurde, daß in der „taz" Tiraden abgelassen wurden, man wolle sich nicht von der RAF unter Druck setzen lassen. Die „taz" hat so sehr zur *„Entwicklung einer Solidarität durch ihre Informationsarbeit"* (Originalton F., Antifa-Kommission) beigetragen, daß sie gleich zweimal erfreut zitiert wurde, zunächst von der „FAZ" und dann vom „Spiegel". Besser hätte es auch der Staatsschutz den beiden Blättern nicht auf den Tisch legen können.

Es sind wohl immer zwei Seiten derselben Medaille, die „taz" zu loben und bestimmte Gruppe zu beschimpfen. Die *„auf Solidaritätsarbeit spezialisierten Gruppen mit ihren Demos und Sprühparolen"*, die *„nicht einmal der Logik der von ihnen angestaunten Guerilla treu bleiben"* stimmen also bei *„jedem Hungerstreik ausschließlich ein Geschrei über die angeblich so unsolidarische Linke"* an. Abgesehen davon, daß diese Demagogien schlicht widerwärtig sind, weißt du sicherlich genau, welche Lügen du da verbraten hast. Ein Beispiel ist nur die Öffentlichkeitsarbeit während der Hamburger Frauenwoche, auf der ca. 300 Frauen an einer Gegenveranstaltung zum Hungerstreik teilnahmen und anschließend zum NDR demonstrierten, um diesen aufzufordern, den Film über die „Spiegel"-Besetzung zu zeigen. Und wenn's noch so hinkt und stinkt, Hauptsache, es paßt in die Schublade von den durchgeknallten Antifas!

Drinnen und draußen – ein Kampf!

Es ist in der Tat töricht, diese Parole als Beweis anführen zu wollen, daß besagte Gruppen die *„Identifizierung mit den politischen Standpunkten der RAF zum Ausgangspunkt der Solidaritätsarbeit"* machen.

Es ist noch kein Bündnis geplatzt, weil irgendjemand diese Parole zum Kernsatz machen wollte. Worum es immer ging, war, daß die Solidaritätsarbeit, soll sie etwas erreichen, politisch bestimmt sein muß.

Daß es Sondergesetze gegen die RAF gibt, daß die Gefangenen aus der RAF und anderen bewaffneten Gruppen isoliert werden, daß gegen diese Gruppen Hochsicherheitstrakts gebaut wurden und werden, daß diese Gefangenen ermordet wurden, daß gegen sie Todesschußfahndung läuft, ist doch kein Zufall. Genau darum und um nichts anderes geht es: die Zusammenhänge zwischen der Politik der Gefangenen und ihrer Haftsituation aufzuzeigen. Es ist so simpel, daß ich es kaum schreiben mag: wenn man etwas bekämpfen will, muß man wissen, warum das so ist. Da diejenigen Gefangenen, die abschwören, Hafterleichterungen erhalten, ist es also klar, daß es mit der Isolationsfolter darum geht, die Politik der Gefangenen zu vernichten,
ten, ist es also klar, daß es mit der Isolationsfolter darum geht, die Politik der Gefangenen zu vernichten,
eben darüber, die Gefangenen zu vernichten und damit allen anderen die Aussichtslosigkeit des bewaffneten Kampfes zu demonstrieren.

Die Knastgruppen wehren sich dagegen, die Gefangenen als arme unschuldige Opfer eines allmächtigen Staates darzustellen, weil diese Haftbedingungen kein Justizirrtum sind, sondern Ausdruck davon, daß dieser Staat entschlossen ist, den bewaffneten Kampf zu eliminieren. Und weil es hier (noch) nicht so wahnsinnig populär ist, Gefangene zu eliminieren, kann eigentlich jeder selbst darauf kommen, daß dieser Staat gar nicht so allmächtig ist, sondern ganz empfindlich getroffen. Die staatliche Reaktion auf die Guerilla ist nicht zu trennen von der Politik der Guerilla und das muß Solidaritätsarbeit, soll sie eine (politische) Perspektive haben, einbeziehen. Solidarität, die allein auf dem Mitleid mit den Gefangenen beruht, wird spätestens dann aufhören, wenn sie kriminalisiert wird.

„Wir wissen – es gibt keinen wirklichen, permanenten Schutz für gefangene Revolutionäre, außer unserer Befreiung. Was eine Machtfrage ist" (aus einem Text von Verena Becker).

F. kritisiert, daß „Teile der Szene" *„die Forderungen der RAF-Gefangenen zur Grundlage der Solidaritätsarbeit"* gemacht haben. Da sich die Gefangenen nun mal für diese Forderungen im Hungerstreik befanden, weiß ich wirklich nicht, was du sonst hättest zur Grundlage machen wollen. Es würde nun wirklich etwas sonderbar anmuten, wenn Solidaritätsaktionen mit dem Hungerstreik ganz andere Forderungen zum Inhalt hätten, als der Hungerstreik selbst.

Zum „Knackpunkt" ist nicht die Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konventionen gemacht worden, sondern die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen. Und das bedeutet keineswegs, daß irgendwelche Demokraten oder Liberale, die damit Bauchschmerzen haben, die RAF stillschweigend als „kriegsführende Partei" anerkennen zu müssen, da diese Forderung auch von medizinischen und psychiatrischen Gutachtern, z.B. Prof. Rasch, aufgestellt wurden. Was die Frage der Genfer Konventionen angeht, hast du wohl absichtlich nur einen Teil der Stellungnahme von Christof und Gerd zitiert, grundsätzlich verweise ich der Kürze halber auf den Artikel in AK 198, S. 32.

Die Auseinandersetzung, um die es seit Jahren in der Knastarbeit geht, ist Normalvollzug oder Zusammenlegung (siehe dazu obigen Artikel) und nix anderes.

„Drinnen und draußen – ein Kampf" ist nicht, wie du schreibst, *„der Versuch, politische Differenzen unter dem Hinweis darauf, daß wir letztlich alle im Knast sind, zu nivellieren ..."*, sondern ist ein Hinweis darauf, daß es drinnen wie draußen um dieselbe Sache geht und daß der Kampf „drinnen" nicht aufhört, nämlich die Bekämpfung dieses Staates, des Imperialismus, und das ist, auch wenn es da politische Differenzen gibt, ein Kampf!

ist, auch wenn es da politische Differenzen gibt, ein Kampf!

Dabei ist völlig klar, daß Liberale unter dieser Parole nicht marschieren würden, doch darum geht es überhaupt nicht. Die Parole gibt bestenfalls das Ziel an, daß Solidarität mit den Gefangenen da am effektivsten ist, wo sie als politischer Kampf begriffen wird, d.h. also auch Liberale für unseren Kampf zu gewinnen. Sicherlich wird man sich für eine Massenarbeit um einen anderen Minimalkonsens bemühen müssen, aber die Linke sollte dabei nicht aus den Augen verlieren, worum es e i g e n t l i c h geht!

Noch mal zu dem Denunziationsvorwurf

Der Vorwurf der westberliner Genossin bedeutet natürlich nicht, daß solche Politik nicht mehr diskutiert und kritisiert werden darf.

Die Aussage, „Ihr macht euch zum 'legalen Arm' der RAF" ist nur keine politische Kritik. Politisch sagt das nämlich erst mal gar nichts. Wenn ihr das für 'ne politische Kritik haltet, hättet ihr euch an der Stelle schon mit der RAF selbst auseinandersetzen müssen. Eine politische Aussage ist das zumindest nicht. (Angemerkt sei an dieser Stelle, daß selbst die großbürgerliche „FAZ" nicht so weit gehen mochte, wie ihr, und die Gruppen in der Ausgabe vom 9.3.81 'nur' als legalen B e r e i c h der RAF bezeichnet hat). Daß damit keine konkreten Personen denunziert worden seien, ist ja wohl ein schlechter Witz, immerhin stehen die Namen der Benutzer-Gruppen unter deren Erklärung. Der schlichte, von F. geforderte Beweis ist in AK 198 nachzulesen.

Zum Hungerstreik

F.'s Meinung nach ist ein Hungerstreik *„isoliert vom Bewußtsein der Masse der Bevölkerung"* sinnlos. Was, F., schlägst du denn den Gefangenen vor? Warten, bis die Massen so weit sind? Von alleine werden die Massen sicher nicht darauf kommen und die Gefangenen haben ja bekanntlich nicht so gute Möglichkeiten, den Massen 'was mitzuteilen. Der Bevölkerung 'was zu vermitteln ist doch wohl mehr unser Job, oder?

Du stellst fest, daß den Gefangenen keine konkreten Zusagen gemacht wurden, daß der Hungerstreik eine Niederlage war. Ich frage mich wirklich, woher du diese Selbstgerechtigkeit nimmst. Ob ein Hungerstreik ein Erfolg werden kann oder nicht, hängt einzig und allein davon ab, wie wir draußen uns dazu verhalten. Und da kannst du dich mit ruhigem Gewissen hinstellen und eine Niederlage konstatieren.

Natürlich wurden bis jetzt keine konkreten Zusagen gemacht, nur kann man das nicht einfach selbstgerecht feststellen, sondern sollte sich überlegen, was man dazu tun kann, damit konkrete Zusagen gemacht werden, die Forderungen erfüllt werden.

Schlimm genug, daß die Gefange-
werden, die Forderungen erfüllt werden.

Schlimm genug, daß die Gefangenen überhaupt in den Hungerstreik gehen müssen, damit die Linke hier in die Puschen kommt. Statt naseweiser Einschätzungen sollten wir lieber mit einer konkreten Unterstützung beginnen!

Eine Genossin

Bauch – Solidarität

Liebe Genossin,

du bist auf einem gefährlichen Weg. In deinem Artikel schreibst du: *„Ob ein Hungerstreik ein Erfolg werden kann oder nicht, hängt einzig und allein davon ab, wie wir, draußen, uns dazu verhalten. Und da kannst du dich mit ruhigem Gewissen hinstellen und eine Niederlage konstatieren.*

Natürlich wurden bis jetzt keine konkreten Zusagen gemacht, nur kann man das nicht einfach selbstgerecht feststellen, sondern sollte sich überlegen, was man dazu tun kann, damit konkrete Zusagen gemacht werden, die Forderungen erfüllt werden.

Schlimm genug, daß die Gefangenen überhaupt in den Hungerstreik gehen müssen, damit die Linke hier in die Puschen kommt. Statt naseweiser Einschätzungen sollten wir lieber mit einer konkreten Unterstützung beginnen!"

Nun weißt du ja selbst, daß die Gefangenen den Abbruch ihres Hungerstreiks sehr wohl als Reaktion auf Zusagen darstellen und keinesfalls als politische Niederlage. Wenn man das mit deinen Aussagen zusammennimmt, ergibt sich gleich die nächste Dolchstoß-Legende: Die Gefangenen haben sich im Hungerstreik Zusagen erkämpft – aber die schlappe, entsolidarisierte Linke ist unfähig und unwillig, die Einhaltung dieser Zusagen zu erzwingen. Und, selbstverständlich: Die Gefangenen machen keine Fehler. Wir sind bloß unfähig, ihre Politik „draußen" angemessen zu vermitteln. *„Wir müssen den Hungerstreik und das Sterben von Sigurd Debus als Teil des antiimperialistischen Kampfes der Guerilla begreifen"*, hat jemand in der „taz" geschrieben (23.4.). Ich fürchte, du meinst dasselbe, wenn du schreibst, es gehe *„um nichts anderes"*, als darum, *„die Zusammenhänge zwischen der Politik der Gefangenen und ihrer Haftsituation aufzuzeigen"*. **„Die staatliche Reaktion auf die Guerilla ist nicht zu trennen von der Politik der Guerilla, und das muß Solidaritätsarbeit, soll sie eine (politische) Perspektive haben, einbeziehen".** Du formulierst das etwas arg verschwommen und weißt vielleicht auch selbst noch nicht genau, was du mit dem Satz überhaupt aussagen willst. Ich vermute aber, daß die Tendenz in die Richtung geht: Solidaritätsarbeit als Teil des „antiimperialistischen Kampfes" im Sinne der „Politik der Guerilla".

Du schreibst: *„Ob ein Hungerstreik ein Erfolg werden kann oder nicht, hängt einzig und allein davon ab, wie wir, draußen, uns dazu verhalten"*. Zu fragen wäre, wen du eigentlich mit „wir draußen" meinst und wieviele Leute das sind. Jedenfalls übernimmst du stellvertretend für „uns draußen" die Verantwortung für Erfolg oder Niederlage des Kampfes der Gefangenen. Da es sich aber in der Realität viel mehr um Niederlagen und Opfer als um Erfolge handelt, kommst du zwangsläufig dazu, irgendwo die Schuldigen zu suchen. In dem oben schon einmal zitierten Leserbrief aus der „taz" heißt es dazu: *„Gäbe es in unserem Lande eine starke Linke oder wimmelte es nicht von Denunzierern und Entsolidarisierern inmitten dieser so schwachen Linken – die geradezu selbstverständlichen und minimalen Forderungen der Gefangenen wären längst erfüllt und Sigurd Debus hätte für ihre Durchsetzung nicht zu sterben brauchen. Schon jetzt kann sich also jeder Linke selbst die Frage beantworten, warum Sigurd sterben mußte"* (23.4.). – Bei einer solchen Sichtweise schmilzt der Kreis „anständiger" Menschen um einen herum mehr und mehr zusammen, während sich der Rest der Linken (von der Bevölkerung und so gar nicht zu reden) mehr und mehr nur noch als entsolidarisierte Schweine, Staatsschutz-Propagandisten usw. darstellt. Ihr isoliert euch damit zunehmend und verliert den Bezug zur Realität. Hinzu kommt, daß es auf die Dauer wenig „konsequent" ist, immer nur a n d e r e dafür verantwortlich zu machen, daß immer noch keine Verbesserung der Haftbedingungen erkämpft worden ist. Hier liegt der Ursprung des Gedankens, mensch habe vielleicht auch s e l b s t noch längst nicht „genug" getan. Da mensch nun aber in der Realität so verzweifelt wenig tun kann, führt dieser Gedanke leicht dazu, „Aktionen" zu unternehmen, die sich nicht mehr am politischen Nutzen, sondern nur am persönlichen Risiko messen lassen. Je riskanter die „Aktion" ist, umso eher kann sie geeignet sein, das eigene schlechte Gewissen gegenüber den Gefangenen zu betäuben. Nur: Das ist am Ende nicht einmal Politik zugunsten der Gefangenen, sondern nur zugunsten des eigenen Gewissens und der Selbstachtung.

Kt., AK-Redaktion

Über Majdanek wächst kein Gras



Das Konzentrationslager Majdanek, südöstlich von Warschau gelegen, wurde am 23. Juli 1944 durch die sowjetische Armee befreit. Etwa 1000 Häftlinge wurden damals frei. Sechs Mitglieder der Lagerbesatzung wurden festgenommen und vor Gericht gestellt. Die Verhandlung fand vom 27. November bis 3. Dezember 1944 in Lublin statt.

Seit Kriegsende bis zum heutigen Tag kamen über 130 Funktionäre des ehemaligen KZ vor Gerichte Polens und anderer Länder, während das KZ-Personal etwa 1200 Männer und vereinzelte Frauen umfaßt hatte. **Es vergingen allerdings 31 Jahre, ehe der Vorsitzende der 17. Großen Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf, Günter Bogen, den ersten Majdanek-Prozeß vor einem bundesdeutschen Bericht eröffnete.**

Die Justiz der BRD verhält sich gegenüber NS-Verbrechern wie

„...der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß".

Die Behandlung der SS-Leute von Majdanek durch die bundesdeutsche Justiz ist ein Beispiel dafür: 1958 wurde die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg gegründet, um für riesige noch unbekannte Verbrechenskomplexe Strafverfahren einzuleiten. Später wurden einzelne Staatsanwaltschaften mit der Verfolgung speziell eingegrenzter Verbrechenskomplexe beauftragt. Köln bekam die Zuständigkeit für Verbrechen in Lagern, also auch Majdanek.

Im Jahre 1962 hatte die Kölner Staatanwaltschaft 232 Verdächtige ermittelt. Ende 1968 waren es etwa 350. Von diesen 350 wurden aber nur 32 konkret verdächtigt, p e r s ö n l i c h an den Morden in Majdanek beteiligt gewesen zu sein. In der folgenden Zeit der gerichtlichen Vorermittlungen starben 10 der Verdächtigen; 15 weitere Verdächtige kamen hinzu, aber 27 fielen aus der Anklage heraus, da nach Meinung des Gerichts der „dringende Tatverdacht" nicht gegeben war. Gegen 10 Personen wurde schließlich im Frühjahr 1975 vom Landgericht Düsseldorf Anklage wegen Mordes und Beihilfe zum Mord erhoben. Als am 26. November 1975 im Sitzungssaal 111 des

zum Mord erhoben. Als am 26. November 1975 im Sitzungssaal 111 des

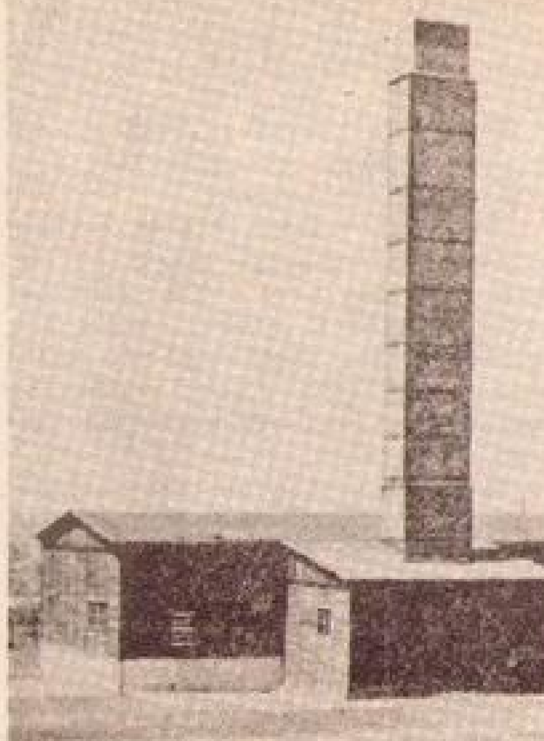
Landgerichts Düsseldorf die Hauptverhandlung endlich eröffnet wurde, waren es durch weitere Ermittlungen der Staatsanwaltschaft 15 Angeklagte.

Die Angeklagte Alice Elisabeth Minna Orlowski, SS-Aufseherin in verschiedenen KZs, starb im Alter von 72 Jahren Mitte Mai in einer Kölner Klinik eines natürlichen Todes.

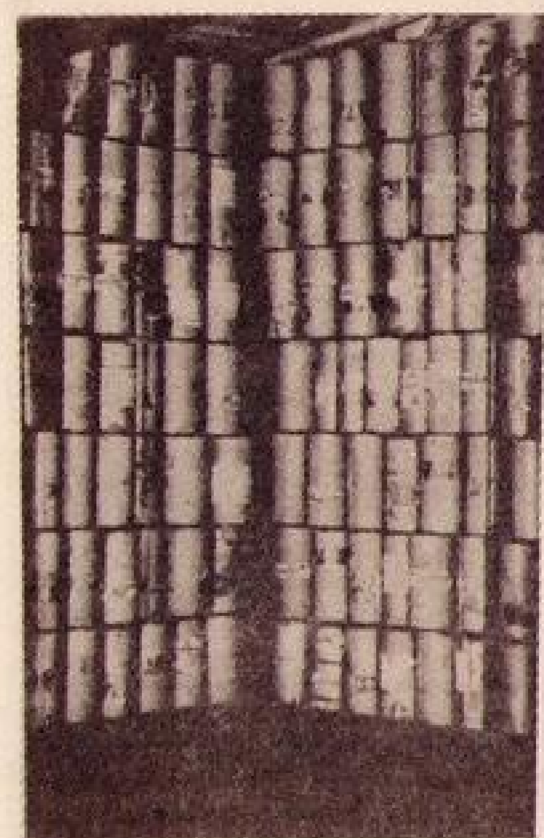
Mit F r e i s p r u c h endete am 20.4.79 das Verfahren gegen vier der inzwischen 13 Angeklagten:

- Heinrich Schmidt: SS-Hauptsturmführer, vom Mai 1942 bis Ende Mai 1943 SS-Truppenarzt in Majdanek; u.a. angeklagt wegen Teilnahme an den Selektionen für die Gaskammern.
- Charlotte Meyer: KZ-Aufseherin, angeklagt wegen Beteiligung an Selektionen für die Gaskammern.
- Hermine Böttcher: KZ-Aufseherin, angeklagt wegen Beteiligung an Kinder-Selektionen.
- Rosa Süß: KZ-Aufseherin, u.a. angeklagt, am Transport jüdischer Kinder in die Gaskammern beteiligt gewesen zu sein.

Diese vier Freisprüche sind zur Hauptsache Ergebnis der Prozeß-Verschleppung. Entscheidende Zeugen sind vor der richterlichen Vernehmung gestorben.



KREMATORIUM



BÜCHSEN MIT ZYKLON B

Seit Herbst 1942 wurden Häftlinge in den Gaskammern von Majdanek mit Zyklon B und Kohlenmonoxyd ums Leben gebracht. Am häufigsten wurde Zyklon B verwendet, da es am schnellsten und wirksamsten war. Die Lagerleitung bezog es aus Hamburg, unter dem Vorwand einer Desinfektion, durch Vermittlung von Tesch und Stabenow, Internationale Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung. Sein wahrer Produzent waren die Dessauer Werke für Zucker und Chemische Industrie, die zu dem riesengrossen Konzern IG Farbenindustrie gehörten. Nach einer lückenhaften deutschen Dokumentation wurden in den Jahren 1942—44 7711 kg Zyklon B nach Majdanek geliefert.

Majdanek-Prozeß vor seinem Ende

Im Februar hielt die Staatsanwaltschaft vor dem Düsseldorfer Landgericht die Plädoyers und beantragte in fünf Fällen lebenslängliche Freiheitsstrafe wegen Mord, in drei Fällen Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren wegen Beihilfe zum Mord, in einem Fall Freispruch.

„Die beiden früheren SS-Aufseherinnen Hildegard Lächert (58) und Hermine Ryan, geb. Braunsteiner (61) hält die Anklage für überführt, in acht bzw. drei Fällen Häftlinge auf grausame Weise umgebracht zu haben. Ihre 'mordgierige und unmenschliche Grundhaltung' sei von nahezu allen Zeugen glaubwürdig bestätigt worden. Der heute 67jährige damalige Schutzhaftlagerführer Hermann Hackmann hat nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft in zwei Fällen, der in dem Lager als 'Todesengel' berüchtigte Emil Laurich (59) bei fünf Gelegenheiten, der 68jährige Fritz Petrick in einem Fall Gefangene brutal ermordet. Für Heinz Villain (59) forderte die Anklage eine zehnjährige, für Arnold Strippel (59) eine sechsjährige und für Thomas Ellwanger (63) eine fünfjährige Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord in zahlreichen Fällen ... Für den 60jährigen Heinrich Groffmann plädierten die Anklagevertreter auf Freispruch mangels ausreichender Beweise." („Süddeutsche Zeitung", 26.2.)

Einen Monat später, Mitte Marz, begannen die insgesamt 18 Verteidiger mit ihren Plädoyers. Zur Verteidigung des Hauptangeklagten Hermann Hackmann bediente sich Rechtsanwalt Stratmann neonazistischer Lügen zur Verharmlosung der KZs: Ein großer Teil der Häftlinge sei nicht etwa in den Gaskammern umgekommen, sondern an Entkräftung gestorben. Die Gaskammern seien ursprünglich bloß zur Desinfektion von Kleidern errichtet worden. Die nach der Einnahme von Majdanek dort gefundenen 600.000 Paar Schuhe deuten seiner Meinung darauf hin, daß in dem Lager Kleider gesäubert und gereinigt wurden.

Stratmann behauptete weiter, daß sein Mandant Hermann Hackmann lediglich Schutzhaftlagerführer in dem zuerst als Kriegsgefangenenlager eingerichteten Komplex gewesen sei. Er habe sich lediglich *„dem Begriff eines entarteten Soldatentums untergeordnet"* und sei nur nach *„militärstrafrechtlichen Bestimmungen zu verurteilen, und zwar lediglich wegen entschuldbaren, höchstens aber wegen unentschuldbaren Verbotsirrtums"* („Frankfurter Rundschau", 11.3.).

Außerdem bestritt Stratmann die Glaubwürdigkeit der Zeugen, da ihr Gedächtnis „erheblich nachgelassen habe".

„Die verdammte Misere der deutschen Justiz, die furchtbare Heuchelei..."

Das ist der Kommentar des Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch anläßlich der Aufhebung des Freispruchs für den mutmaßlichen Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe durch das Berliner Kammergericht. Das nun aufgehobene Urteil bezeichnet das damalige Urteil des Reichsgerichts vom 23.12.33 als klare Rechtsbeugung. *„Es ist die*

des Reichsgerichts vom 23.12.33 als klare Rechtsbeugung. „Es ist die

große Schande der deutschen Nachkriegsjustiz, daß sie es, sagen wir mal, nicht fertig gebracht hat, einen einzigen dieser Mörder in der Richterrobe zur Rechenschaft zu ziehen. Es sind ziemlich viele Leute wegen Mordes in der Nazizeit verurteilt worden, aber kein einziger Richter. Obgleich es natürlich Richter gab, die von der Gesinnung her und von der Größe ihrer Schuld viel eher wegen Mordes hätten verurteilt werden müssen, als irgend ein ganz kleiner Henkersknecht" (FR, 24.4.).

Diese Justiz, die politisch und personell nach '45 an die Nazi-Justiz anknüpfte, war aber gerade eines der wichtigsten Instrumente der Bourgeoisie, um ihre Herrschaft nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes erneut zu sichern und zu festigen.

Mit Prozeßverschleppung, Verhinderung der Entnazifizierung, milden Strafen, Amnestien, Entpolitisierung der NS-Prozesse gelang der Justiz mehr als die Schonung von NS-Mördern und die Verhöhnung ihrer noch lebenden Opfer. **Es gelang eine Rehabilitierung des Nazi-Regimes,** die der Kapitalistenklasse zur Absicherung ihrer Herrschaft langfristig nützlich schien. Die den Deutschen allgemein nachgesagte „Staatsloyalität" bzw. ihr „Untertanengeist" wurden eben auch durch die justizielle und politische Schonung so vieler Nazi-Mörder durchgesetzt; denn der Respekt vor erhaltenen Befehlen ist ein Prinzip, das im allgemeinen von bundesdeutschen Richtern anerkannt wird. Entsprechend verteidigte Rechtsanwalt Stratmann den SS-Mann Hackmann von Majdanek als O p f e r des damaligen Zeitgeistes, dem sich kaum jemand habe entziehen können und der die „Kritikfähigkeit des Mannes im Volke" ausgeschaltet habe.

Diese Art Reinwaschung des Faschismus hat das Bewußtsein von den Ursachen und der Möglichkeit **staatlich organisierter Verbrechen** in weiten Teilen der Bevölkerung erneut verschüttet. So konnte sich ein Unrechtsbewußtsein bis heute wieder durchsetzen, das die Integrierung großer Nazi-Verbrecher in die BRD-Gesellschaft zuließ und die wirklichen Verbrecher wieder in denen sieht, die die etablierte Ordnung angreifen.

Der Kampf gegen die Rehabilitierung des Faschismus ist somit ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft heute.

Deshalb fordern wir für die 9 Angehörigen des KZ-Kommandantur-Stabes Lublin/Majdanek als Angehörige einer verbrecherischen Organisation, die sich der Tötung von mindestens 250.000 Menschen in Majdanek schuldig machte, lebenslange Haftstrafe.

Antifa-Kommission / Hamburg

17. Juni 1981: Wo findet das »NPD-Deutschlandtreffen« dieses Mal nicht statt?

In der Mai-Ausgabe ihrer Zeitung „Deutsche Stimme" hat die NPD für ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen" (17. Juni) einen Ort irgendwo in Norddeutschland angekündigt. Wie im letzten Jahr will die NPD offenbar auch dieses Mal den Ort für ihren Kundgebungsversuch möglichst lange geheimhalten, um sich eine kleine Chance zu erhalten, nach zwei erfolgreichen Verhinderungen endlich 1981 ihre Hetzkundgebung durchführen zu können.

Alle Antifaschisten sollten die Augen offen halten, um auch dieses Mal der NPD eine gebührende Abfuhr zu erteilen.

Antifa Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Waffenarsenal bei WSGler beschlagnahmt

Anläßlich der bundesweiten Polizei-Aktion gegen NS-Aktivisten erhielt die „Welt am Sonntag" eine Auflistung der Sicherheitsbehörden mit der interessanten Notiz: *„Bei Jörg Haushälter, 24, aus Seelze (bei Hannover), der einer 'Wehrsportgruppe Germania' angehört, lagerten u.a. 50 Karabiner, 1000 Schuß scharfe Munition, 30 Seitengewehre und drei Gaspistolen".* – Davon war in den hannoverschen Zeitungen nichts zu lesen.

Dabei ist J.Haushälter kein Unbekannter: Er ist Anführer der „WSG-Germania" und Besitzer von zwei Bundeswehr-Jeeps. 1977/78 leitete er eine „Wehrsportgruppe" mit Schülern aus dem Gymnasium Letter, die in den Leine-Auen regelmäßig WSG-Übungen durchführten. Zusammen mit anderen WSG-Mitgliedern besuchte Haushälter den obersten Bandenchef Hoffmann in Nürnberg. Im Januar 1979 Herausgabe der Schülerzeitung „Information" (ähnlich vergleichbaren Fiedler-Zeitungen aus Göttingen), in der Haushälter die „antideutsche Ideologie" im Unterricht meinte, kritisieren zu müssen. Zur gleichen Zeit provozierte er mit seinen Kumpanen an linken Infoständen.

Mittlerweile gibt es in Letter wieder eine 8-köpfige „WSG-Germania"-Bande von 12 - 14jährigen Schülern.

KB/Gruppe Hannover

Anti-Nazi-League: Neuer Anlauf gegen Nazis

Am 28. März fand in London der diesjährige Kongreß der britischen Anti-Nazi-League (ANL) statt. Die ANL hatte in den vergangenen Jahren große Teile des Protestes vor allem gegen die „National Front" organisiert und so erheblich zum Zerfall und Stimmenrückgang der britischen Nazi-Szene beigetragen.

Seitdem waren die ANL-Aktivitäten vielerorts abgeflaut. Wie bereits im letzten Jahr angekündigt, setzt die ANL ihre organisatorische Arbeit jedoch inzwischen mit neuem Elan fort. Zunehmender Rassismus (im Zeichen der konservativen Regierung unter Thatcher) und sich in letzter Zeit steigernde militante Nazi-Aktionen machen die Dringlichkeit eines neuen antifaschistischen Anlaufs unübersehbar. Als Schwerpunkt der Arbeit wurden vor allem antifaschistische Initiativen unter weißen Jugendlichen diskutiert, die in der allgemeinen rassistischen Stimmung – und bei umfassender Arbeitslosigkeit – besonderes Ziel nazistischer Rekrutierungsanstrengungen sind. Ein konkreter Schritt in dieser Richtung soll die Unterstützung und Organisation einer großen Demonstration plus Volksfest am 31. Mai sein, bei dem auch „Rock Against Racism" – wie bei möglichst vielen örtlichen Konzerten usw. – wieder in Aktion treten will.

Gegenüber zunehmender Nazi-Militanz wurde auf der Konferenz die Linie vereinheitlicht, *„daß die beste Methode, Nazi-Gewalt zu bekämpfen, die offene Massen-Arbeit sei, d.h. Flugblattaktionen, Presse-Berichterstattung über Nazi-Umtriebe usw. Vergeltungsaktionen ... seien dagegen wenig wirksam. Ein Zunehmen gewaltsamer Aktionen helfe eher den Nazis.*

Den Opfern von Nazi-Übergriffen soll alle denkbare Hilfe geleistet werden. Das kann physische Unterstützung sein, zum Beispiel, indem Antifaschisten in von Nazis bedrohten Wohnungen übernachten, oder auch finanzielle, zum Beispiel durch die Organisation von Spendensammlungen unter Arbeitskollegen, Nachbarn oder auf der Straße" („searchlight" 71/81).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

WALPURGISNACHT 1981



Auch in diesem Jahr hat es wieder zahlreiche Demonstrationen und Aktionen zur Walpurgisnacht gegeben. Wir wollen versuchen, aus den uns vorliegenden Berichten und Materialien einen Überblick zu geben.

Wie schon im Vorjahr boten auch in diesem Jahr die Demos ein buntes und lautes Bild. Verkleidungen und alle Sorten von Krachmachern fehlten an keinem Ort. Attackiert wurden in der Regel die großen Glasscheiben einiger Banken und vor allem Pornoshops und Peepshows – mit allen möglichen Wurfgegenständen, zumindest aber mit Sprühdosen. Die Hauptstoßrichtung der Parolen und – falls überhaupt vorhanden – Transparente wandte sich gegen Vergewaltigung und Männergewalt („Frauen, hört ihr Frauen schreien, laßt die andere nicht allein", „Ausgangssperre bei Dunkelheit ist das Los der Weiblichkeit" etc.).

Auch in diesem Jahr gab es wieder in einigen Städten Bullenprovokationen und z.T. brutales Vorgehen gegen die Frauen (Bremen, Frankfurt, Hannover). Manche der Demonstrationen waren aus den Erfahrungen der Vorjahre heraus gar nicht erst angemeldet worden (einige der Anmelderinnen waren später für die bei den Demos entstandenen Schäden haftbar gemacht worden). Der Gesamtcharakter der Demos und Aktionen hat sich noch weiter in Richtung Klamauk und Happening verlagert, auch wenn in einigen Städten die Teilnehmerinnen-Zahlen gestiegen sind (Hamburg, Münster, Hannover). Eine Ausnahme bildet hier nur Frankfurt, wo eine diskutierte Vorbereitung stattfand, auch die Demo selbst agitatorischer war (Lautsprecherwagen) und Transparente getragen wurden. In der Regel kamen die Frauen spontan zusammen und zogen lärmend „hexenartig" durch die Innenstädte. Die Demos selbst glichen kaum noch geordneten Demonstrationszügen, es gab nur selten Flugblätter, die an die Passanten verteilt wurden.

War 1977 noch durch zahlreiche Transparente und Flugblätter auf Vergewaltigungen aufmerksam gemacht worden, hatten damals noch viele Frauen das Anliegen, dieses Thema auch in der Öffentlichkeit zu problematisieren und die Bevölkerung zu agitieren, so sind heute die Aktionen in der Regel nur noch Spaß und Selbstzweck für die teilnehmenden Frauen.

Walpurgisnacht - Statistik

	1977	1978	1979	1980	1981
Mannheim	?	?	100	?	?
Bremen	450	-	350	400	300
Heidelberg	?	?	200	?	?
Frankfurt	2000	3000	2000	1000	1500-2000
Bielefeld	300	200	250	?	?
Braunschweig	?	?	?	?	60-80
Münster	?	?	?	?	100
Kassel	80	-	120	?	150
Göttingen	?	?	?	?	80-100
Freiburg	?	?	300	150	?
Hamburg	500	400	300	500	1000
Darmstadt	?	150	400	?	200
Köln	400	1500	600	800	-
Stuttgart	?	?	?	200	?
Fulda	?	?	?	100	?
Hannover	?	?	?	3-500	5-600
Berlin	3000	1500	3000	?	?
München	1000	?	?	?	-
Hildesheim	?	150	60	?	?
Lübeck	-	-	-	120	?
Kiel	60	50	?	?	180
Gießen	?	60	200	?	?
Saarbrücken	?	?	250	?	?
Bonn	?	?	?	?	60
Wilhelmshaven	?	?	?	?	20

Erstmalig werden zur Beschränktheit der Walpurgisnacht in diesem Jahr auch kritische Stimmen aus der „Szene" selbst laut: So schreibt z.B. die „taz" am 4.5.:

„ ... *ja, ja, alle Jahre wieder ... Gemeint ist nicht der 1. Mai ... Frauen gehen abenteuerlich geschminkt und mit Fackeln auf die Straße. 'Frauen gemeinsam sind stark' – eine Weisheit, die als wiederholte Parole nicht automatisch elektrisiert. ... Wer diese Nacht durch die Straßen geht, will sich dieses Vergnügen machen. Das Auftreten, der Umgang miteinander und zu den Passanten hat wenig mit Aufklärung, Bekehrung, Agitation zu tun. Es passiert. Auf der Straße. Basta!*" Und zur Hamburger Walpurgisnacht heißt es:

„*'Wir sind Frauen, wir sind viele und wir haben die Schnauze voll'. Was mir an diesem Spruch noch nie so recht klar war: Was sind 'viele'? ... Eigentlich ist die Demo ja recht witzig, eine Art Kriegenspielen im Schanzenviertel* (ein Stadtteil in Hamburg, d. Red.). *Gerüchte darüber, daß einige Frauen wüßten, wo's langgeht, bestätigten sich als Gerüchte. ... Aber aus der bloßen Anwesenheit von ein paar hundert Frauen die große gemeinsame Stärke spüren? Die Zeiten sind irgendwie vorbei. Wie viele Frauen hier wohl die Bundeswehr als Emanzipationsmöglichkeit sehen? Ich nehme an, ich bin auf der falschen Veranstaltung.*"

Die folgenden Einzelberichte zeigen, daß diese kritischen Töne nicht nur für Hamburg angebracht sind.

Münster

Ca. 100 Frauen zogen hier durch die Stadt, und zwar unter dem Transparent „*Wir setzen unseren Lebensmut gegen eure Zerstörungswut*". Einige Sexshops und eine Oben-Ohne-Bar wurden angegriffen.

Eine der fünf Frauen, die kürzlich in Koblenz festgenommen worden waren, weil sie angeblich Parolen zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Hungerstreik gesprüht hatten (vgl. AK 200), war schon auf dem Nachhauseweg, als sie auf offener Straße von Zivilbullen festgenommen und zum Ort des Geschehens (also zu den Sexshops) gebracht wurde, wo eine ominöse „Zeugin" sie als eine der Täterinnen „identifizierte". Als „Beweis" wurde das schwarzweiß geschminkte Gesicht angeführt, obwohl die Frau zahlreiche Zeuginnen dafür hat, daß sie zum Zeitpunkt der Aktion gar nicht mehr bei der Demo dabei war. Offensichtlich hat es der Staatsapparat darauf abgesehen, den fünf Frauen nun noch alles mögliche in die Schuhe zu schieben, um sie weiter zu kriminalisieren.



Hannover

500-600 Frauen zogen hier durch die Stadt: „*Parolen, die eh keiner hören will, wurden gar nicht erst geschrien. Gejohl, Geheul, Gezeter gelten*" („taz", 4.5.81). Besonders einfallsreich hatten sich die Frauen hier mit Spritzpistolen ausgerüstet, in die sie billiges (und entsprechend stinkendes) Birken-Haarwasser gefüllt hatten, mit dem sie die umstehenden Gaffer und Besucher von Porno-Läden und Bordellen anspritzten. Außerdem schmissen sie ihnen beutelweise Schweineschwänze vor die Füße. Dabei kam es zu ziemlich harten Schägereien, bei denen auch die Bullen sich berufen fühlten, den Frauen kräftig eins mitzugeben. Viele wurden verprügelt
fühlten, den Frauen kräftig eins mitzugeben. Viele wurden verprügelt
und mit Chemical Mace angegriffen.

Im Anschluß an diesen Umzug fand ein Frauenfest statt.

Hamburg

So an die 1.000 Frauen kamen dieses Jahr in Hamburg zusammen, um wie schon im Vorjahr gemeinsam mit viel Lärm und Geheul durch die Stadt zu ziehen. Mehrere Treffen hatten in der Frauenkneipe schon ein paar Wochen vorher stattgefunden, die jedoch nicht zu einer richtigen Vorbereitung (festgelegte Demoroute, Transparente, Parolen etc) führte. Es gab ein Flugblatt und ein Plakat, die jedoch nur spärlich verteilt bzw. geklebt wurden. Es gab reichlich Aktionen gegen Pornoläden, Filialen von Zeitarbeitsunternehmen (Motto: „*Sklavenhändler, Frauen schlagen zurück*" und „*Sklavenhändler, nehmt euch in acht, in der Walpurgisnacht hat's erst zum 1. Mal gekracht*") sowie gegen ein Neckermann-Reisebüro, das speziell Reisen für alleinstehende Männer nach Thailand vermittelt, Frau inbegriffen.

Die Demoroute führte auch dieses Jahr wieder durch Wohnviertel.

Frankfurt

Schon Anfang März hatten sich vier Gruppen gebildet, die die Demo bzw. Aktionen vorbereiten sollten, damit es nicht wieder „so langweilig" würde wie im vergangenen Jahr. Die Gruppen hatten jeweils Themenschwerpunkte:

- Pornographie ist die Theorie – Vergewaltigung die Praxis;
- Gewalt gegen Frauen in der Werbung;
- Mädchen in Männerberufen;

bung;
– Mädchen in Männerberufen;

- eine Gruppe arbeitete nur zur Durchführung der Demonstration (juristische Seite, Demoverbot, Auflagen etc. – schließlich gab es in der Zeit vorher in Frankfurt genügend Vorfälle dieser Art).



Auch das Frauenforum (ein örtlicher Zusammenschluß vieler Frauengruppen) unterstützte das Vorhaben.

Von allen vier Gruppen konnte frau dann leider bis zur Demo nicht mehr viel merken, lediglich die Gruppe „Frauen in der Werbung" hatte für ein Flugblatt und ein Plakat gesorgt. In der Durchführung selbst war die Demo jedoch wesentlich besser organisiert als 1980: Den Zug führte ein Lautsprecherwagen an, der als Leichenwagen dekoriert war und auf dem Dach eine Schaufensterpuppe trug – damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß hier „die Würde der Frau zu Grabe getragen" wird. Vom Lautsprecherwagen lief Musik und wurde zum Schluß ein Text zum Sexismus in der Werbung vorgetragen.

Die Demoroute führte durchs berüchtigte Bahnhofsviertel. Die Frauen hatten Krachmacher und „Dekorationsartikel" aller Art mitgebracht: Trillerpfeifen, Topfdeckel, Farbeier; einigen Herren flogen mit roter Farbe getränkte Tampons um die Ohren und ins Gesicht ... Scheiben von Porno-Läden und Peepshows gingen zu Bruch.

Es gab auch – eine Ausnahme unter den diesjährigen Demos – Transparente:

- Frauen gegen Männergewalt – für das selbstverwaltete Frauenhaus für geschlagene Frauen;
- Pornographie ist die Theorie – Vergewaltigung die Praxis;
- Frauen gemeinsam sind stark;
- Millionen für das alte Opernhaus – das Frauenhaus ist ihnen keinen Pfennig wert;
- Unser Körper, unser Leben, unsere Zukunft gehören uns – weg mit § 218;
- Als Gott den Mann erschuf, übte er (???, die setzerin) nur (– kenn ich auf englisch, is besser: When god created Adam, she was only joking!, die setzerin).

Die Demo verlief trotz massiven Bullenäufgebots und -bedrohung ohne Zwischenfälle, allerdings wurde bei der Kundgebung eine Frau herausgegriffen und ihre Personalien festgestellt. Sie wurde jedoch sofort wieder freigelassen.

Bremen

Wohl der massivste Bulleneinsatz fand in diesem Jahr in Bremen statt, wo Frauen schon vor Beginn der Demo gefilzt (alle Taschen durchsucht, Sprühdosen und Eier beschlagnahmt) und drei Frauen sogar festgenommen wurden. Demzufolge war die Demo auch im wesentlichen geprägt von Parolen gegen die Bullen (ständig waren auch Wasserwerfer, Zivilbullen und Mannschaftswagen präsent) sowie zur Freilassung der festgenommenen Frauen. Mehrfach wurden im Lauf der Demo gezielt einzelne Frauen herausgegriffen, geprügelt und/oder festgenommen.

Die gesamte Demo (ca. 300 Frauen) war angesichts dieser Überfälle und Provokationen geprägt von großer Wut und Hilflosigkeit. Es liefen auch keine Aktionen mehr gegen
ßer Wut und Hilflosigkeit. Es liefen auch keine Aktionen mehr gegen
Sexshops u.ä.; was allein schon durch den massiven Schutz durch voll in Kampfausrüstung stehende Bullen kaum möglich gewesen wäre.

Im Anschluß an die Demo fand noch ein Fest mit ca. 400 Frauen statt, aus dem heraus dann einige Frauen für die 1. Mai-Demo ein kurzes Flugblatt verfaßten, mit dem auf die Polizei-Brutalitäten gegenüber dieser Frauendemonstration hingewiesen wurde. Leider wurde dieses Flugblatt nicht von allen Frauen unterstützt, da einige meinten, dies habe ja doch keinen Sinn, da die 1. Mai-Demo eh nur eine Mackerdemo sei ...

Darmstadt

Ca. 200 Frauen kamen hier zu einer Demo, deren zentrales Motto „Gewalt gegen Frauen" war. Es gab kein Flugblatt, aber ein Plakat, wobei das Zustandekommen der Demo selbst aber weitgehend auf Mund-zu-Mund-Propaganda zurückzuführen ist.

Kassel

Ca. 150 Frauen folgten dem Aufruf eines Flugblatts, das gemeinsam von den Notruf-Frauen, der Lesbengruppe und dem Frauenhaus getragen wurde (Motto: „Frauen erobern sich die Nacht zurück"). Im Anschluß an die Demo wurde eine Kneipe der „Szene" besetzt, „damit die Frauen mal einen Abend ohne Anmache ihr Bier trinken können". Da die Männer sich den Rausschmiß nicht gefallen lassen wollten, kam es zu handfesten Raufereien.

Fortsetzung nächste Seite

NWZ 2.5.

Randalierer auf Terrorzug

lni Göttingen. Etwa 80 vermummte und mit Brandfakkeln ausgerüstete junge Männer haben in der Nacht zum 1. Mai in der Göttinger Innenstadt randaliert und Fußgänger terrorisiert. Sie beschmierten Autobusse, Versicherungsgebäude, Universitätsinstitute und Wohnhäuser.

Dem Besitzer eines Wohnhauses, der sich ihnen bei ihren Schmierereien entgegenstellte, verletzten sie mit einer Brandfackel. Eine andere Fakkel warfen sie durch das geschlossene Fenster eines italienischen Restaurants. Im Flur des Gebäudes entstand ein Feuer, das einen Schaden von mehreren tausend DM anrichtete, bevor es von der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Als die Polizei auftauchte, flüchteten die Männer zunächst in das Göttinger Frauenhaus, ohne daß einer von ihnen gefaßt werden konnte, wie die Göttinger Polizei nach ersten Ermittlungen mitteilte.

Männergruppen auf Abwegen? Ausgeflippte Reporter?
Genauere Informationen über diesen Vorfall (als in der "NWZ") sind umseitig zu finden.



Walpurgisnacht-Demonstration in Hannover.
Der Bulle auf dem Foto rechts im Vordergrund hat die eigene chemische Keule abbekommen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Braunschweig

Einzelne Frauen aus dem Frauenzentrum hatten gemeinsam einen Aufruf in der „Stadtzeitung" plaziert, vom 1. Mai-Fest aus, das schon am 30.4. stattfand, eine Demo durchzuführen. Auf dem Fest wurde ein Info-Stand zu Gewalt gegen Frauen gemacht, von dem aus dann um 22 Uhr die Demo mit ca. 60-80 Frauen losging.

Göttingen

Vorgeschichte:
Das Frauenzentrum hatte dieses Jahr keine Lust, was zu machen. Auf dem letzten Plenum vor besagter Nacht kamen sogar so interessante Vorstellungen zutage, daß das nachts doch nichts bringen würde, daß frau lieber samstags morgens (wo das Frauenzentrum traditionell sonst nichts macht, weil da 'alle' was machen) eine Demo durch die Stadt machen sollte. Diese 'politische' Betrachtungsweise kam wohlgemerkt von einigen Führerinnen des Zentrums, die sich in den Jahren vorher nicht genug an der Parole weiden konnten: „Frauenpower! Frauen, erobert euch

„Frauenpower! Frauen, erobert euch
die Nacht zurück!". Nichtsdestotrotz waren die Würfel bereits gefallen. Eine Gruppe Frauen, die der Häuserkämpferszene zuzurechnen ist, hatte bereits zu einer Vorbereitungssitzung eingeladen: Am Walpurgis sollte was laufen.
Die Aktion:
Ca. 100 Frauen zogen schreiend durch die Göttinger Innenstadt. Ein Transparent „Wenn Frauen nein sagen, meinen sie nein!", mehrere Fackeln, vor allem jedoch Sprühdosen waren ihre Ausrüstung. Ein relativ großer Teil war angemalt bzw. maskiert. Die Innenstadt wurde dicht an dicht mit Parolen, Frauenzeichen und Phallussymbolen besprüht: „Freilassung von Verena Becker", „Krieg den Schwänzen", „Frauenpower", „Hexenpower" waren die einzigen Parolen.

Neben x-beliebigen Fenstern und Häuserwänden bekamen auch ein Sexshop und ein Kino mit ausschließlich sexistischem Programm ihr Fett ab. Die ganze Aktion dauerte etwa eine 3/4 Stunde. Es waren keine Bullen zu sehen. Einen Zwischenfall gab es zum Schluß, als sich der Koch einer Grillstube als starker Mann profilieren wollte. Er griff sich eine Frau heraus, mehrere Frauen versuchten, ihn mit Schlägen etc. zu attackieren. Als das nichts half, haben die Frauen ihm die Fackel so nahe ans Gesicht gehalten, daß seine Haare kokelten.

Die Aktion ist mit der Einstellung „Mit 100 Frauen können wir uns ausgezeichnet schützen" propagiert worden. Es wurde zwar zur Diskussion gestellt, ob alle das tragen und keine den Teil, der aktiv sprüht, im Stich läßt. Im Endeffekt wurde jedoch jedes Argument, das gegen diese Aktion sprach, abgelehnt: „Wir wollten endlich mal was machen und nicht nur lahm durch die Gegend laufen, und jetzt drückt ihr die Stimmung so".

Die Aktion war jedoch
– nicht gut vorbereitet und schon gar nicht durch 100 Frauen abgesichert. In Göttingen sind in letzter Zeit sehr viele Leute beim Sprühen gefaßt worden;

– überhaupt nicht mit dem Ziel gemacht, mit anderen Frauen ins Gespräch zu kommen, die Zusammenarbeit zu stärken. Im Nachhinein, wo z.B. das Frauenzentrum sogar erwägt, sich davon zu distanzieren, wird ihnen entgegengehalten, sie seien sowieso „staatskonform und leicht integrierbar". Ex und hopp!

– politisch nicht besonders sinnig. „Freilassung von Verena Becker" und „Krieg den Schwänzen" zusammen auf jeder zweiten Hauswand zu sehen ist zwar schön bunt, aber nicht sehr allgemeinverständlich. Ein Flugblatt der „Frauen gegen Vergewaltigung", das auf die Fakten tatsächlicher Vergewaltigungen, Dunkelziffer etc. hinweist und die Gesetztesinitiative vorstellt, wurde als „legalistisch" in der Vorbereitungsgruppe abgelehnt;

– daß es keine Festnahmen gab, ist der Taktik der Bullen zu 'verdanken', nicht jedoch der Stärke und Entschlossenheit der Frauen.

Kiel

Ca. 180 Frauen versammelten sich in Kiel, um gemeinsam zur Walpurgisnacht zu demonstrieren (mehr als das

Kiel, um gemeinsam zur Walpurgisnacht zu demonstrieren (mehr als das
Doppelte vom letzten Jahr). Aufgerufen und geplant war die Demo von der Notrufgruppe des Frauenzentrums.

Die Frauen kamen fast alle bunt geschminkt und verkleidet, mit Fackeln ausgerüstet und bester gemeinsamer Stimmung, die auch noch dadurch gehoben wurde, daß die gesamte Demo-Route schon mit Parolen „verziert" worden war. Sie führte an den bekannten Discos und Kneipen vorbei, wo Flugblätter verteilt wurden und vereinzelte, sich allzu sicher fühlende, pöbelnde Macker verunsichert wurden. Es wurde gesungen und gerufen. Daß die Wirkung der Demo auf einige brutale Männer offensichtlich unterschätzt wurde, zeigten zwei Vorfälle im Anschluß an die Demo. Als nach der Demo einige Frauen durch die Bergstraße – Discostraße – zur Fete ins Zentrum gehen wollten, ging ein Schlägertyp auf eine Frau mit geballten Fäusten los. Eine andere Frau ging dazwischen, daraufhin ging der Typ auf sie los, seine Freundin hielt sie fest und trat sie mit dem Knie, und der Typ schlug auf sie ein. Ihre Nase war stark geschwollen und die Lippen blutig geschlagen. Die beiden hauten dann ab, als sie die Polizei kommen sahen und konnten nicht mehr geschnappt werden. Vier andere Frauen wurden von zwei Typen, die in einem parkenden Wagen saßen, angepöbelt (Lichthupe, blöde Sprüche) und motzten zurück. Kurz darauf, als die Frauen schon ein Stück weitergegangen waren, setzte der Wagen in hoher Geschwindigkeit zurück und fuhr in vollem Karacho auf die Frauen auf dem Bürgersteig los, die sich hinter einen parkenden Wagen retten mußten. Als der Wagen erneut in ihre Richtung startete, liefen sie über die Straße. Der Typ raste hinterher – quer über die befestigten Straßenbahnschienen und die gegenseitige Fahrbahn – und wieder rettete nur ein parkender Wagen die Frauen. Die Frauen haben Anzeige erstattet. Erwähnt werden sollte noch, daß (vermutlich rein zufällig) eine gepfefferte Stinkbombe während der Demo bei dem den Frauen wohlbekannten Gastwirt vom Legiensaal, der das 8.März-Fest per Polizei auflösen ließ, ihren unangenehmen Geruch verbreitet haben soll.

Wilhelmshaven

Auch in der Provinz fanden Aktionen zur Walpurgisnacht statt. Nach ein paar Vorbereitungstreffs fanden sich ca. 20 Frauen, immerhin ein paar mehr als im vergangenen Jahr, im Frauenzentrum, um erst mal gemeinsam die Angst wegzufeiern. Die Stimmung war unheimlich gut, als in Kleingruppen jeweils in verschiedene Stadtteile losgezogen wurde. Beim Puff wurden Nägel unter die dort parkenden Autos gestreut und Parolen gesprüht. Bei den Sex-Shops wurden die Türschlösser verklebt, auch die Striptease-Bars und Porno-Kinos bekamen ihre Sprüh-Sprüche ab, und die reaktionäre Frauenfachschule wurde verschönt!

Das allerletzte ...

Inzwischen können wir auch vermelden, daß nun endgültig auch die allerletzte „ML"-Sekte den Weg zur „Frauenpolitik" gefunden hat. So ist nämlich in einem Artikel in der „KVZ" des KBW vom 4.5. zu lesen:

„Die Frauenbewegung, in den letzten fünf Jahren erstarkt, wehrt sich dagegen, daß unter verschiedensten Begründungen die besondere Unterdrückung der Frau geleugnet wird. Von den Reaktionären wird behauptet, die Emanzipation der Frau habe heute ihre Vollendung erreicht; von kommunistischen Organisationen wurde diese Frage oft mit dem Verweis, die Lage der Frau könne erst grundlegend im Sozialismus geändert werden, ebenfalls vernachlässigt. ... Trotz aller Mobilisierungserfolge im Kampf gegen den § 218 und gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr durch die Frauengruppen wird von Leuten kritisiert, daß die Frauen unter sich sein wollen, wenn sie solche Fragen besprechen. Was ist daran besonderes?"

Und putzigerweise wird dann zum Thema der Walpurgisnacht geschrieben: *„Mit Prostitution, Peep-Shows und Sex-Shops wird die weibliche Sexualität auf das entwürdigendste dargeboten. Natürlich sind diese Phänomene keine 'reinen' Frauenprobleme, sie entwürdigen gerade auch den Mann, der durch die hiesigen Verhältnisse in solche Etablissements hineingetrieben wird".*

Ach ja, die Armen, mir kommen die Tränen ...

a., AG Frauen Hamburg

Hinhaltetaktik gegen Lübecker Frauenhaus

Am 23.3. zogen Frauen und Kinder mit Transparenten ins Lübecker Sozialamt zu einer Sitzung des Sozialausschusses, in der über die Freigabe der für das Frauenhaus von der Bürgerschaft bewilligten Finanzmittel in Höhe von DM 30.000,- entschieden werden sollte.

Das Frauenhaus hat seit September 79 keine gesicherte Finanzierung. 1980 wurden dem Frauenhaus DM 50.000,- (ein Viertel des Bedarfs) zur Verfügung gestellt, die gerade von Juni bis September 1980 reichten. Die restliche Zeit finanzierte sich das Frauenhaus allein durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Flohmarkteinnahmen sowie über einen Teil der Sozialhilfe (Miete, Heizkostenzuschläge) der Bewohnerinnen. 1981 spitzte sich die Finanzmisere immer weiter zu; die ABM-Stellen von drei der vier Mitarbeiterinnen laufen aus, so daß der Zusammenbruch des Frauenhauses immer wahrscheinlicher wird, wenn nicht die Hansestadt Lübeck die volle Finanzierung übernimmt.



Schließlich bewilligte die Bürgerschaft DM 50.000,- von denen allerdings – wegen etwaiger Kürzungen des Gesamthaushaltes – nur DM 30.000,- ausgezahlt werden sollten. Inzwischen ist sogar die Auszahlung dieses Betrages unsicher geworden. Deshalb entschlossen sich Frauen des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." zu ihrem Protestmarsch und forderten von den Mitgliedern des Sozialausschusses die Bewilligung der Auszahlung ihres Geldes.

Erst kurz vor der Sitzung erfuhren die Frauen, daß ihr Problem gar nicht auf der Tagesordnung stand. Sie erreichten dann aber trotzdem nicht nur eine Diskussion darüber, sondern auch die mündliche Zusage durch den Sozialsenator Kaske, daß die bewilligten DM 30.000,- nach Prüfung der Abrechnung vom Vorjahr zu den gleichen Konditionen wie 1989 ausgezahlt werden sollten.

Randnotiz: Die SPD-Abgeordnete Warnicke bemerkte im Vorraum, in dem die Frauen auf den Beschluß warteten: "Hier stinkt es wie im Affenstall. Da haben wohl einige Leute lange nicht gebadet" –eine hinreichende Kennzeichnung ihrer Einstellung zum Frauenhaus.–

Nach einer Woche stellte sich heraus, daß es doch nicht die gleichen Konditionen waren wie 1980: Vor Auszahlung des Geldes müsse eine Mitgliederversammlung einberufen werden, um die Annahme des Geldes zu beschließen. Zehn Tage später wurde als weitere Bedingung die Besichtigung des Frauenhauses durch den Sozialausschuß gefordert, was die Frauen als Zurschaustellung der Privatsphäre der Bewohnerinnen ablehnen.

Jetzt müssen die Frauen bis zur nächsten Tagung des Ausschusses Ende Mai warten und sich derweil weiter verschulden. In einem Flugblatt schreiben sie:

„Wir lassen uns nicht länger verarschen! Die Stadt soll endlich zu dem stehen, was sie vorhat: nämlich uns in einem riesigen Berg Schulden ersticken lassen. Die Verantwortlichen versuchen, uns mit ihrer ständigen Hinhaltetaktik (ständiges Erfinden neuer Auflagen) mundtot zu machen" und sie schließen mit der Parole:

„AUF DIE DAUER HILFT NUR POWER".

Nach Informationen des Lübecker Vereins „Frauen helfen Frauen e.V." Frauenhaus in der Hundestraße 24 Lübeck

Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft, HL
Ko-Nr. 1049309800

* *

Vergewaltigung in der Ehe

Im US-Bundesstaat Connecticut tritt zum 1.10.81 ein Gesetz in Kraft, das die eheliche Vergewaltigung – durch Gewalt oder Gewaltandrohung erzwungenen ehelichen Geschlechtsverkehr – unter Strafe stellt. Für den Fall eines Schuldspruches sind Freiheitsstrafen von einem bis zu 20 Jahren sowie Geldstrafen bis zu 10.000 Dollar vorgesehen. Das Gesetz findet auch Anwendung bei „in einem eheähnlichen Verhältnis zusammenlebenden Personen" (nach "taz", 15.4.)

* *

Choral und Prügel



Eine der ältesten Teilnehmerinnen an der Protestdemonstration gegen das neue Abtreibungsgesetz in Den Haag geigt einem der Jungbullen ihre Meinung: „Mein lieber Junge, wenn du mein Junge wärst ... du wärst mein Junge nicht geworden".

Mit der kleinstmöglichen Mehrheit, mit 38 gegen 37 Stimmen, wurde am 28.4. von der Ersten Kammer (dem „Bundesrat") in Den Haag die „Reform" des Abtreibungsgesetzes verabschiedet. Die 37 Gegenstimmen wurden beileibe nicht sämtlich von Befürworter/inne/n einer Legalisierung der Abtreibung abgegeben: Einer kleineren Gruppe unter ihnen geht die jetzige Regelung „zu weit", die Sozialdemokraten und verwandte Geister hätten's gern etwas wählerinnenfreundlicher gehabt, und nur eine sehr kleine, aber aufrecht radikale Minderheit wollte den Forderungen der Frauenbewegung auch gesetzliche Geltung verschaffen.

„Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch! Abtreibung auf Krankenschein! Die Frau entscheidet!" Unter diesen Forderungen hatte sich die niederländische Frauenbewegung in einem guten Jahrzehnt die faktische Abtreibungsfreiheit erkämpft. Ebensolange war eine Reform der Abtreibungsgesetzgebung von den weitaus meisten Parlaments-Politiker/inne/n zum Gegenstand eines elendigen Kuhhandels gemacht worden.

Diesen Kuhhandel auch ungestört abschließen zu können, hatte sich die Erste Kammer am Tage der Abstimmung von einer Polizeistreitmacht schützen lassen.

2.000 Frauen, viele von ihnen aus allen Landesteilen mit Bussen angereist, demonstrierten am Morgen der Abstimmung vor der Ersten Kammer. Schon als einige wenige Frauen sich vor die Zugänge der geheiligten Hallen stellten, ging Bullerei mit dem Schlagstock gegen diese „Blockade" vor. Als dann tatsächlich einige hundert Frauen eine Blockade bildeten, fuhren Überfallwagen mit den berüchtigten ME-Truppen vor, die mit ihren extralangen Knüppeln und unter Einsatz von Hundestaffeln die Demonstrantinnen auseinanderprügelten. Fünf Frauen mußten ins Krankenhaus, eine von ihnen war von einem der Polizeiköter ins Gesicht gebissen worden. Die Staatsbestien schleiften 53 Frauen und einen Mann auf die Polizeiwachen ...

Währenddessen choralierte der Abtreibungsgegner und berufsmäßige Provokateur Pater Koopmans mit rund zwanzig seiner Mumien vorm Parlament.

Der Leitartikler der „Volkskrant" indessen geht mit diesem (vorläufigen) Ende der Abtreibungsdiskussion herb ins Gericht: *„Ein tragisches Ende einer Debatte, das abscheulich mit unnötig harter Gewalt gegen demonstrierende Frauen eingeläutet wurde"* (29.4.81).

Wenn auch aus gänzlich anderen Gründen war auch der Vorsitzende der Christreaktion in der Zweiten Kammer mit dem Verlauf des Streits nicht so sehr zufrieden. Düstre Ahnungen quälten ihn. *„Es ist gut, daß es vorbei ist"*, meinte er zwar, fügte aber grüblerisch hinzu: *„Aber das ist kein Grund, ausgelassen zu sein."* Womit er recht hat – denn schon immer war es so: Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen ...

(„Algemeen Dagblad", „Trouw", „de Volkskrant", „De Waarheid"– 29.4.81)

Niederlande-Kommission

16. Mai 1981 – Internationaler Aktionstag zum Recht auf Abtreibung

Um für das Selbstbestimmungsrecht der Frau in aller Welt zu kämpfen, bildete sich 1978 die "Internationale Kampagne zu Fragen der Verhütung, Abtreibung und Sterilisation" (ICASC). Darin sind Kampagnen und Gruppen aus ca. 40 Ländern zusammengeschlossen, darunter auch Strukturen der Arbeiterbewegung. Der 16.Mai wurde von der ICASC zum Internationalen Aktionstag gewählt.

In der BRD findet aus diesem Anlaß am 16.Mai eine Veranstaltung der §218-Gruppen NRW in Essen statt.

Die §218-Gruppen der BRD schreiben in ihrem Unterstützungsaufruf an alle Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen der Frauenbewegung, der Arbeiterbewegung und der Linken:

„Wir wählten Essen als Ort, weil sich um das dort geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum eine brisante Situation entwickelt hat. Essen zeigt beispielhaft die Tendenzen, die heute allgemein die Abtreibungssituation

beispielhaft die Tendenzen, die heute

allgemein die Abtreibungssituation kennzeichnen. Dieses Projekt des Schwangerschaftskonfliktzentrums, das von der Arbeiterwohlfahrt getragen wird, sollte eine Modellinstitution der 1975iger Reform werden. Unter e i n e m Dach sollte frau von der Beratung bis zum Abbruch sowie allgemeine Sexualberatung alles vorfinden können. Schon 1979 führten die ersten von der Kirche organisierten Protestdemonstrationen zu einer der größten Mobilisierung der §218-Bewegung seit 1975. Viele von Euch haben sich damals daran beteiligt. Inzwischen hat die SPD, die seinerzeit wenigstens für die Fristenlösung eingetreten war, nun, da sie in Düsseldorf die Regierungsverantwortung alleine trägt, unter dem Druck von rechts das Projekt heruntergekocht auf eine reine Beratungsstelle. Selbst dafür ist eine dauerhafte Finanzierung nicht gesichert. Und dennoch läuft die Reaktion noch Sturm gegen das solchermaßen gezähmte AWO-Zentrum. Katholische Organisationen wie z.B. Pro Vita und andere brachten 20.000 auf die Beine, viermal soviel wie 1979!"

Schwerpunkt der Veranstaltung

Schwerpunkt der Veranstaltung soll eine Podiumsdiskussion über das Essener Zentrum werden; die Veranstalterinnen fordern die Verantwortlichen aus der SPD auf, sich der Auseinandersetzung zu stellen. Zuvor soll der internationale Zusammenhang des Abtreibungsproblems und unseres Kampfes dargestellt werden; eine Niederländerin spricht über die dortigen gesetzlichen Änderungen und den Frauenstreik, und eine Spanierin berichtet von den sich mehrenden Verfolgungen von Frauen, die Abtreibungen vornehmen.

Die Veranstaltung findet statt in der Maschinenbauschule Viehofstraße (Stadtzentrum) und beginnt um 16.00 Uhr; Eintritt:4,-DM

Die Veranstalterinnen bitten um politische Unterstützung und um Spenden!

Kontaktadresse: Anja Weidenbrücher Homburger Straße 12, 5 Köln 51, Tel.:1221/362227

Spendenkonto: Regina Gröger, BfG Essen BLZ:36010111
Ko-Nr..:1002097400
Stichwort:Aktionstag

Das neue Abtreibungsgesetz

Das neue Abtreibungsgesetz in den Niederlanden entspricht in gar keiner Weise den Forderungen der Frauenbewegung, sondern ist vielmehr ein massiver Angriff auf die in rund einem Jahrzehnt von den Frauen erkämpfte faktische Legalität der Abtreibung.

Die einschneidensten Bestimmungen des neuen Gesetzes sind:
– Abtreibung bleibt weiterhin Bestandteil der Strafgesetzgebung.
– Eine fünftägige Bedenkzeit wird vorgeschrieben: *"Eine Schwangerschaft wird nicht früher abgebrochen als am sechsten Tag, nachdem die Frau den Arzt aufgesucht und ihr Vorhaben mit ihm besprochen hat."*
Die Ärzte sind verpflichtet, die Frau über "andere Lösungen" zu informieren und darauf hinzuweisen, daß eine Abtreibung nur aufgrund einer *"Notsituation der Frau"*,die diesen Eingriff *"unausweichlich"* macht, ausgeführt wird.
– Die Entscheidung liegt beim Arzt,nicht bei der Frau. Der Arzt muß die Frau nur an eine Abtreibungsklinik überweisen, wenn er das *"aufgrund seines (!) Befundes"* verantworten kann.
– Übertreten gutwillige Ärzte einzelne Bestimmungen,halten sie etwa die "Bedenkzeit " nicht ein, kann dies zum Vorwand genommen werden,gegen sie juristisch vorzugehen, die Abtreibungsklinik zu schließen etc.

Für ausländische Frauen, die in die Niederlande fahren, um eine Abtreibung vornehmen zu lassen, ist die Einführung der fünftägigen "Bedenkzeit" eine besondere Hürde. Während bisher eine einfache Meldung bei einer Klinik und ein etwa zweitägiger Aufenthalt notwendig war, muß die Frau nun mindestens eine Woche in den Niederlanden verbringen. Dies alleine reicht den Reaktionären aber noch nicht aus.Noch am Tage der Abstimmung über das neue Gesetz gab der Minister für Volksgesundheit – Ginjaar heißt die Kanaille – bekannt, daß insbesondere die Überweisungen ausländischer Ärzte an niederländische Abtreibungskliniken auf ihre *"Authenzität"* überprüft werden sollen.*"Mit dieser Maßnahme"*, informierte er das "Algemeen Dagblad", *"versucht die Regierung, den sogenannten Abtreibungstourismus zurückzudrängen" (29.4.).*

Die gesamte Tragweite des neuen Abtreibungsgesetzes ist heute noch nicht zu übersehen. Zum einen ist das jetzige Gesetz ein Kompromiß zwischen den Koalitionspartnern VVD (Rechtsliberale), die auch schon zusammen mit den Sozialdemokraten für eine etwas günstigere Neuregelung gestimmt hatten, und der Christreaktion (CDA), der vielfältige Auslegungen –allerdings nur zu Gunsten der Reaktion!– zuläßt. Zum anderen werden die Ausführungsbestimmungen für das Gesetz erst noch erarbeitet. Soweit insbesondere die Christreaktion an der Formulierung und Anwendung dieser Ausführungsbestimmungen beteiligt ist,kann als sicher angenommen werden, daß sie vor allem gegen die Abtreibungskliniken einsetzen werden.

Niederlande-Kommission

Benachteiligung von Frauenhausbewohnerinnen

Düsseldorf. Das Frauenhaus fordert von der Stadt einen monatlichen Festbetrag, damit ständige Kosten wie Miete, Öl, Strom, Wasser, Reparaturen und Anschaffungen bezahlt werden können. Allein die Miete für das Haus mit sieben Zimmern beträgt 3 500 DM!

Das Sozialamt bezahlt für jede Frau, die Sozialhilfe bezieht, einen Tagesmietsatz von 9 DM. Berufstätige Frauen müssen nach ihrem Einkommen gestaffelte Mieten zahlen. Aufgrund ihrer Berufstätigkeit stehen sich diese Frauen finanziell oftmals noch schlechter als Sozialhilfeempfängerinnen: *„Wenn ich arbeiten gehe, werde ich doppelt bestraft: dafür, daß ich für mich und mein Kind selbst aufkomme, es den ganzen Tag unter fremder Aufsicht lasse, bekomme ich im Gegensatz zu den Sozialhilfeempfängerinnen keine Maklerprovision, keine Kaution, kein Möbelgeld, keine Umzugskosten erstattet".*

Eine Erhöhung des Tagesmietsatzes lehnt das Frauenhaus ab. Die berufstätigen Frauen wären kaum noch in der Lage, die Miete aufzubringen; die Ehemänner der Sozialhilfeempfängerinnen müßten noch höhere Beträge an das Sozialamt zahlen. Dieses fordert nämlich alle Leistungen für die Frauen von den Ehemännern zurück.

Auch machen die Frauen bei der Wohnungssuche immer wieder die Erfahrung, daß insbesondere große Wohnungsbaugesellschaften, wie „Neue Heimat" und „Rheinisch-Westfälische-Immobilien-Anlagen-Gesellschaft" (RWI) es ablehnen, an Frauen aus dem Frauenhaus zu vermieten. Nachdem die RWI es zunächst generell abgelehnt hatte, hält sie die Frauen nun monatelang mit immer neuen Forderungen an das Sozialamt hin.

So auch Edeltraut S., die seit Ende Dezember mit ihren vier Kindern im Frauenhaus lebt. Seit zwei Monaten stellt die RWI immer neue Forderungen. Am 29.4. ging Edeltraut S. mit anderen Frauen und Kindern aus dem Frauenhaus erneut zur RWI, um eine Bescheinigung des Sozialamtes vorzulegen, daß das 'Sozialamt tatsächlich für die Miete und die Renovierungskosten aufkommen wird. Angesichts der ebenfalls erschienenen Journalisten holte sich der Sachbearbeiter den Leiter des zentralen Objektmanagements zu Hilfe. Der sicherte eine kurzfristige Prüfung der Akte und Rücksprache mit dem Sozialamt zu. Er behauptete, daß es keine Diskriminierung von Frauen aus dem Frauenhaus bei der RWI gebe. Allerdings waren weder er noch der Sachbearbeiter in der Lage zu erklären, was der RWI an der Mietgarantie des Sozialamtes noch fehle.

(nach „Sägespan", Nr. 10 und „Rheinische Post", 30.4.81)

»Mut« und die Mütter

Die Karriere der sowjetischen „Feministinnen" in der rechtsradikalen Szene der BRD macht rasche Fortschritte: Jetzt müssen diese sogenannten „Frauenrechtlerinnen" schon als Aufhänger für zwei Artikel in der neuesten Ausgabe des neonazistischen Magazins „Mut" (Mai '81) herhalten.

Der eine Artikel – Unterüberschrift *„Moskaus schmutziger Feldzug in Asien – Russische Frauen protestieren"* – befaßt sich mit innersowjetischem Widerstand gegen die Besetzung Afghanistans, u.a. auch mit dem Protest der russischen Dissidentinnen.

Der andere Artikel – *„Mutter als emanzipatorischer Beruf"* von Britta Meltzer – benutzt die Äußerungen der aus der SU ausgewisenenen Pseudo-Feministinnen S. Sokolowa und T. Goritschewa als Einstieg, um gegen die Berufstätigkeit von Frauen Stimmung zu machen. Demagogisch wird die Überlastung der Frauen in der Sowjetunion durch Berufstätigkeit und alleinige Verantwortung für Haushalt und Kinder von „Mut" zum Anlaß genommen, die Berufstätigkeit von Frauen grundsätzlich in Frage zu stellen, und natürlich nicht, um die Erweiterung und Verbesserung staatlicher Einrichtungen oder zumindest die Beteiligung der Männer an Haushalt und Kindererziehung zu fordern. Für viele berufstätige Frauen und Mütter gewinne *„die Frage nach dem 'Sinn des Lebens'* " verstärkt an Bedeutung, schreibt B. Metzer, *„zumal die Berufstätigkeit, also die Emanzipation auf dem Arbeitssektor, von ihnen keineswegs mehr als 'Sinn' an sich empfunden"* werde. Bei 80 % der westdeutschen berufstätigen Frauen sind angeblich nicht die Selbstverwirklichung, der Zuverdienst oder das Bedürfnis nach sozialen Kontakten der vorherrschende Grund für ihre Erwerbstätigkeit, sondern *„vor allem der Wunsch nach einer sorgenfreien Alterssicherung"*. Zur Rückführung der Frauen an Heim und Herd bedarf es also weiter nichts als einer Alterssicherung; diese werde aber *„von bestimmter Seite"* den Frauen vorenthalten, da durch diesen *„von familienfeindlicher Ideologie künstlich geschaffene(n) Gegensatz"* ein „Klassenkampf" zwischen Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen geschürt werden solle.

Bei den Frauen gebe es aber einen *„deutlichen Sinneswandel"*. Es habe sich nämlich längst herausgestellt, *„wie unsinnig die Behauptung (sei), nur die berufstätige Frau gelange zur 'Selbstfindung'* ".

Für den Fall, daß es einigen Frauen möglicherweise doch nicht ausschließlich um Rentenansprüche geht, wird noch ein weiteres Argument angeführt: *„Doch wie wenige Frauen, gemessen an der Gesamtzahl der Berufstätigen weiblichen Geschlechts, finden in ihrer Arbeit außer Haus tatsächlich jene Erfüllung, die die sogenannten gehobenen Berufe bieten können; zumal dann, wenn es sich um Ehefrauen und Mütter handelt, die nur um den Preis einer unverantwortlichen Doppelbelastung dazu gezwungen sind, mit- oder alleinverdienen zu müssen"*. Die betroffenen Frauen werden sich für diese Hinweise bedanken.

Dabei ist die Arbeit der Hausfrau heute doch so verlockend: *„Das opfergebeugte 'Heimchen am Herd' von einst gehört längst der Legende an, und Fließbandarbeit ist sicher hundertmal eintöniger als die Arbeit in den eigenen vier Wänden zum Wohl der ganzen Familie"*.

Und auch der Mann ist zum *„kameradschaftlichen Helfer daheim"* geworden und *„denkt nicht im Traum daran, Hausarbeit, Erziehungsaufgaben und all' jene täglichen Sorgen einer Frau, die wirklich haushalten kann, für pure Erholung gegenüber seiner Arbeit im Beruf zu halten"*.

Schließlich werden noch andere Seiten aufgezogen; es wird gedroht mit den *„vielfältigen sozial-psychologischen Schäden innerhalb unserer wenig familienfreundlichen Zivilisation"*, der Kriminalität, den „Aussteigern" und den Kinderselbstmorden. Die Frauen seien es, die primär gefordert seien, *„sich der 'Deprivation', jenem immer stärker um sich greifenden pädagogischen Krebsschaden innerhalb der Industriegesellschaft, mit aller mütterlichen Kraft und Liebe entgegenzustemmen"*. Es wird ein Prof. Schäfer zitiert:
Die am stärksten aufgeladene Emotion ist über dem Problem der mütterlichen Berufstätigkeit entbrannt. Die Behauptung, daß die berufstätige Mutter ihr Kind depriviere, ist mit Nachdruck gestellt und mit vielen Beobachtungen erhärtet worden". Mit dem Schüren von mütterlichen Schuldgefühlen und Ängsten haben die Rechten schon immer effektive „Familienpolitik" gemacht. B. Meltzer räumt zwar ein, daß es noch keine empirischen Forschungsergebnisse dafür gebe, daß *„die Gene des Menschenkindes auf die ganztägige Anwesenheit einer leiblichen Mutter programmiert"* seien, aber sicher ist sicher ...: *„Wer sicher gehen will, wird freilich das klassische Konzept der Mutter als Hausfrau wählen"*.

Eine Genossin der Antifa-Kommission, Hamburg

»Die Frauenbefreiung können wir nur über die nationale Befreiung erkämpfen«

Interview mit Maureen Gibson

Anläßlich der Rundreise von zwei irischen Angehörigen des nationalen H-Blocks-Armagh-Komitees hatten wir in Frankfurt die Gelegenheit mit einer der beiden, Maureen Gibson, folgendes Gespräch zu führen. Maureen wurde, als sie zwischen 16 und 19 Jahre alt war, insgesamt über 150 mal verhaftet. Von 1977 bis Ende 1980 war sie im Frauenknast Armagh verhaftet und beteiligte sich dort an den Streiks der gefangenen Frauen.

KB -Frauengruppe/Frankfurt

Maureen: Als ich nach Armagh kam, schloß ich mich sofort dem Arbeitsstreik an, d.h. wir weigerten uns, Gefängnisarbeit zu machen – wie wir uns überhaupt weigerten, die Gefängnisordnung zu beachten. Am 7.2.80 begannen wir den No-Wash-Protest (Dreckstreik).

Der Grund für den Dreckstreik war, daß wir von männlichen Wärtern angegriffen worden waren. Später haben wir erfahren, daß sie die extra aus den H-Blocks von Long Kesh geholt haben in der Hoffnung, daß wenigstens die unseren Widerstand brechen könnten.

An jenem Tag waren wir alle im Hof und wurden einzeln in die Gemeinschaftszelle geführt. Die vier Frauen, die als letzte noch im Hof waren, sollten zur Gefängnisverwaltung geführt werden, weil sie wegen Verstoß gegen irgendwelche Punkte der Gefängnisordnung bestraft werden sollten.

Eine von den Frauen, die schon im B-Flügel war, rief zu uns rüber und fragte, was bei uns los sei. Wir riefen zurück: „Nichts. Warum?" Die Frauen riefen, daß im Hof unheimlich viele Wärterinnen seien. Wir dachten uns erst nichts dabei, weil zu der Zeit auch immer Schichtwechsel war. Dann waren sie aber plötzlich da – und zwar 40 männliche Wärter und 30 weibliche. Sie waren so leise über den Flur geschlichen, daß wir sie nicht gehört hatten. Sie fielen erst über die vier Frauen her, die sich geweigert hatten, zur Gefängnisverwaltung zu gehen. Wir gingen nie von selbst zum Gefängnisdirektor, er mußte schon zu uns kommen, wenn er was wollte.

Wir wurden dann völlig von dem Rollkommando umzingelt. Sie grif- Rollkommando umzingelt. Sie grif- fen sich eine von uns raus und fingen an, auf sie einzuprügeln. Als wir ihr zur Hilfe eilten, ging der Angriff auf uns richtig los: es war schrecklich. Frauen flogen regelrecht durch die Luft, wir wurden über Betontreppen geschleift, mit mehreren Wärtern setzten sie sich auf einzelne Frauen drauf. In der Zwischenzeit wurden unsere Zellen durchsucht. Als wir wieder in unsere Zellen gebracht wurden, durchsuchten sie uns auch noch. Wir waren hinterher übersät mit blauen Flecken, Schürfwunden, Blutergüssen. Eine Frau hatte einen Stiefelabdruck auf ihrem Rücken, eine andere konnte ihr Auge nicht mehr öffnen.

Das war so ziemlich der Höhepunkt von dem, was wir bisher erlebt hatten. Es ist unter normalen Bedingungen schon schlimm, im Knast sein zu müssen, aber für uns war es kaum auszuhalten in dieser Situation. Wir haben sowas nur immer durchstehen können wegen unserer festen Überzeugung und der Solidarität, die zwischen uns herrschte. Wir haben uns immer moralisch unterstützt, uns gegenseitig aufgerichtet. Als wir am nächsten Tag zum Hofgang aus den Zellen gelassen wurden, standen wir vor verschlossenen Klo-Türen. Wir erfuhren von den Wärterinnen, daß uns nur zum Hofgang aufgeschlossen würde.

Das hieß, daß wir die Kloeimer nicht mehr leeren konnten, so daß wir gezwungen waren, sie aus dem Fenster zu kippen, was wir auch eine Zeitlang machten.

Am 13.2. wurden wir vom B- auf den A-Flügel verlegt. Da waren wir noch isolierter, weil der A-Flügel vom übrigen Knastgebäude total abgeschlossen ist. Vom B-Flügel konnten wir noch zu den als politische Gefangene anerkannten Frauen rüberrufen. Vom A-Flügel ging das nicht mehr. Hier waren wir den Wärter/innen noch mehr ausgeliefert.

Wir mußten unsere Kübel nach wie vor aus den Fenstern leeren, bis Wärter unsere Zellenfenster mit Brettern zunagelten. Jetzt kam weder Licht noch der leiseste Luftzug in unsere Zellen. Und wir konnten die Kloeimer nicht mehr aus dem Fenster kippen, so daß wir anfingen, die ganze Scheisse an die Wände zu schmieren, um sie loszuwerden und den Gestank etwas abzuschwächen. Einmal haben wir, als die Zellen für das Reinbringen der Mahlzeiten geöffnet wurden, die Pisse über die Wärterinnen geschüttet. Nach drei Monaten, in denen wir unsere Scheiße an die Wänge schmieren mußten und uns nicht waschen durften, kam der Gefängnisdirektor auf den damaligen OC (Commanding Officer = Kommandantin) der Gefangenen zu und bot uns an, die Toiletten zu benutzen und uns zu waschen – allerdings unter der Bedingung, daß das als Privileg angesehen würde, das er jederzeit zurückziehen könnte. Das haben wir natürlich total abgelehnt, weil das bedeutet hätte, daß wir zu jedem Zeitpunkt, wo ihm das wieder in den Sinn gekommen wäre, vor verschlossenen Klo- und Badtüren gestanden hätten.

In den ersten sechs Wochen unseres Dreckstreiks wurden uns keine Binden, Tampons o.ä. erlaubt. Wir bekamen auch keine saubere Kleidung, d. h. wir hatten wochenlang dieselben Sachen an. Nur aufgrund von massivem Protest von Leuten draußen bekamen wir schließlich Binden, allerdings nur einmal im Monat. Das heißt, wenn du am Anfang und am Ende desselben Monats jeweils deine Tage bekamst, bekamst du trotzdem nur einmal Binden.

Als wir das „Angebot" des Gefängnisdirektors abgelehnt hatten, schickte er uns die männlichen Wärter nochmal rein. Mit diesen ständigen Rollkommandos, Verprügeln, Demütigungen sollten wir dazu gebracht werden, unseren Protest aufzugeben und den „Kriminellen-Status" zu akzeptieren.

AK: Wie viele Frauen waren jeweils in einer Zelle?

Maureen: Einige waren zu zweit, einige allein in der Zelle. Manchmal, wenn man von irgendwas in die Zelle zurückkam, wurde man einfach in eine andere Zelle geworfen. Je nachdem, wer gerade Dienst hatte. Kurz bevor ich entlassen wurde, fingen sie auch an mit Leibesvisitationen. Wenn du von einem Besuch zurückkamst, wurdest du in deiner Zelle von sechs - sieben Wärterinnen durchsucht. Wir mußten uns alles gefallen lassen dabei: in die Hose, unter den Pullover, in den BH – überall packten sie rein. Und die männlichen Wärter standen bei offener Zellentür auf dem Flur, guckten zu und lachten, als ob das Ganze witzig sei – nur um uns das Gefühl zu geben, erniedrigt und dreckig zu sein.

Am Anfang hat uns das viel ausgemacht. Manchmal, wenn ich zurückkam von meinem Besuch, hätte ich heulen können vor Frust und Wut. So ging es wohl den meisten von uns. Aber nach einiger Zeit gewöhnt man sich daran, und es wird einem klar, daß wir uns für nichts zu schämen brauchen. Es gab nichts, wofür wir uns hätten schämen müssen. Ähnlich ging es uns, als wir das erste Mal die Scheiße an die Wand schmierten. Da wurde es vielen Frauen noch schlecht. Aber wir hatten ja keine andere Wahl.

AK: Wurden unter diesen katastrophalen sanitären Bedingungen nicht viele Frauen krank?

Maureen: Ja, viele Frauen litten unter Durchfall und einer Magen-Darm-Infektion. Eine ganze Reihe Frauen hatte Scheiden-Entzündungen wegen des Drecks. Es war schwer auszuhalten. Einige Mitglieder der Angehörigenkomitees (Relatives Action Committees) gingen rüber zum Royal Victoria Hospital und erkundigten sich bei einem Frauenarzt, welche Auswirkungen solche Verhältnisse auf uns haben könnten. Der bestätigte dann, daß wir sehr leicht Unterleibs-Entzündungen bekommen könnten, die sehr schmerzhaft seien und die, wenn sie nicht behandelt werden, zu Unfruchtbarkeit führen können. Und wir wurden in Armagh ja nicht ärztlich betreut!

Was man bei allen Frauen beobachtet, die unter diesen Bedingungen im Knast überleben müssen, ist, daß sie nach einiger Zeit alle weiblichen Züge verlieren. Du kannst dich nicht verhalten wie eine Frau und leben wie eine Frau, wenn du unter solchen Bedingungen überleben willst. Du mußt deine ganze Weiblichkeit unterdrükken.

Wir haben uns gegen die Angriffe der Wärter auch nicht wie Frauen gewehrt mit Kratzen, Beißen u.ä. Wir haben zurückgeschlagen, wie Männer es tun würden.

Du mußt deine ganzen Instinkte verhärten, um im Knast zu überleben. Wenn die Wärter/innen auch nur die kleinste Schwäche bei dir gefunden hätten, da hätten sie drauf getreten, bis sie dich gebrochen hätten.

AK: Glaubst du, daß das bedeutet, wie Männer zu werden, oder ist das nicht e i n e Möglichkeit, Frau zu sein? Unter solchen Bedingungen eben die einzige?

Maureen: Ich weiß nicht. Ja, eine Notwendigkeit ist es auf jeden Fall, dich total zu verhärten. Wir haben eben alle möglichen sogenannten weiblichen Züge an uns verloren, sogar in der Art, wie wir gegangen sind.

AK: Kannst du was erzählen über die Beteiligung der drei Frauen aus Armagh am vorletzten Hungerstreik?

Maureen: Ende November letzten Jahres begannen Mairead Nugent, Mary Doyle und Mairead Farrell den Hungerstreik. Sie hungerten für dieselben Forderungen wie die Männer von Long Kesh, außer für die nach ziviler Kleidung, weil die Frauen in Armagh ihre eigene Kleidung tragen dürfen. Oft wird Armagh von den H-Blocks getrennt, es wird nicht als eine Sache dargestellt.

AK: Warum ist das so?

Maureen: Ich weiß nicht. Vielleicht, weil es sich bei den einen um Männer und bei den anderen um Frauen handelt. Mich hat das immer sehr geärgert, weil die beiden Kämpfe gar nicht voneinander getrennt werden können, es ist exakt dasselbe. Die Frauen sind für dieselbe Meinung im Knast wie die Männer. Dementsprechend sind auch ihre Forderungen dieselben.

AK: Hat man mit der Internierung von Frauen in Nordirland zur gleichen Zeit begonnen wie mit der von Männern?

Maureen: Nein, das begann erst später. Erst als fast alle Männer schon verhaftet waren und nur noch die Frauen übrig blieben.

AK: Wie verhält sich die irische Frauenbewegung zu den Frauen in Armagh? Solidarisiert sie sich mit ihnen?

Maureen: Bevor es überhaupt eine Frauenbewegung gab in Irland, gab es für Frauen nur die Möglichkeit, sich in den Angehörigen-Komitees zu engagieren, also als Mütter, als Schwestern von Gefangenen. Die Angehörigen-Komitees haben sich genauso um Armagh gekümmert wie um die Männer in den H-Blocks. Dann entstanden die Gruppen „Women against Imperialism", die sich speziell der Frauen in Armagh annahmen, um eine noch breitere Öffentlichkeit zu schaffen, um gegen die Knäste zu protestieren.

Für uns bedeutete es eine unheimliche moralische Unterstützung, wenn die Frauen vor dem Knast demonstrierten und uns zuriefen. Wir konnten sie ziemlich gut verstehen. So wußten wir, daß sie draußen für uns und für das, weswegen wir drinnen saßen, kämpften, und wir nicht allein waren. Wir waren nicht nur die dreißig, die in Armagh saßen.

AK: 1979 wurde zum ersten Mal der internationale Frauentag zum Anlaß genommen, um eine Frauendemo vor Armagh zu organisieren. 1980 nahmen auch eine beträchtliche Anzahl von englischen Frauen an der Demo teil. Wie sah es dieses Jahr aus?

Maureen: Ja, eine Reihe von Frauen kam rüber, hauptsächlich aus „Women-against-Imperialism"-Gruppen in England, Schottland und Wales. Dieses Jahr war die Demo noch größer und internationaler: Frauen aus der BRD, aus Frankreich, palästinensische Frauen. Das war wirklich ein Erfolg. Aktionen wie diese bedeuten für die Gefangenen eine ungeheure moralische Unterstützung.



Demonstration am Internationalen Frauentag vor dem Gefängnis in Armagh .

AK: Auf dem Frauenkongreß, der am 7. März aus Solidarität mit den gefangenen Frauen in Armagh veranstaltet wurde, traten ziemliche Differenzen auf, als es um die Frage der Frauenbefreiung ging.

Maureen: Ich war selbst nicht in Dublin, sondern auf einem ähnlichen Frauenkongreß in Belfast. Ja, da gab es und gibt es eine Menge Differenzen.

Eine Vertreterin von Sinn Fein stellte das neue Frauenprogramm von Sinn Fein vor und erklärte, wie die Frauen sich in Nordirland in den letzten Jahren emanzipiert haben aufgrund der Situation, in der sie leben. Sie kritisierte die Feministinnen, die „mehr auf den Boden zurückkommen" müßten, um erfolgreich zu sein. Als sie das Frauenprogramm vorstellte, in dem Sinn Fein sich für Scheidung und Verhütungsmittel ausspricht, aber – nach wie vor – total gegen Abtreibung, ging ein Raunen durch den Raum. Sinn Fein will diese Aussage so verstanden wissen, daß Abtreibungen überflüssig gemacht werden müssen – und auch gemacht werden im „Neuen Irland". Es wird dann ausreichend Verhütungsmittel geben, unverheiratete Mütter werden nicht diskriminiert, es werden Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder geschaffen usw.

Leider ging es dann fast nur noch um die Abtreibungsfrage auf der Veranstaltung, obwohl sie eigentlich eine Solidaritätsveranstaltung zu den politischen Gefangenen in Armagh sein sollte.

AK: Wie viele Frauen waren auf dem Kongreß?

Maureen: Ungefähr 400. Zwei Busse waren aus England gekommen. Palästinensische Frauen waren da, Schwarze, Asiatinnen – sehr verschiedene politische und ideologische Hintergründe. Zu Anfang des Kongresses lief es noch sehr gut, da ging es darum, wie die Frauen in den verschiedenen Ländern Solidarität mit den Frauen aus Armagh üben können. Die Frage der Abtreibung ist eine Differenz zwischen den verschiedenen Frauen. Eine andere ist die des Ausschlusses von Männern aus Frauenveranstaltungen. Darüber haben wir auch im Knast diskutiert. Dort waren zwei Frauen, die – für uns das erste Mal – die Frauenfrage auch auf den Knast bezogen. Wir persönlich sahen keinen Unterschied zwischen der Situation von Männern und der von Frauen im Knast. Wir haben uns selbst nie als den Männern unterlegen bezeichnet oder angesehen. Wir haben immer auf einer gleichberechtigten Ebene mit den Männern zu tun gehabt. Von daher kam uns nie die Frage der Selbstbefreiung. In Nordirland gibt es ein ganz natürliches Gefühl von Solidarität zwischen Frauen und Männern. Wir brauchen uns gegenseitig, um zu überleben.

Ich selbst finde es nicht richtig, Männer von Frauenveranstaltungen auszuschließen. Meine Meinung dazu ist, daß wir sie erziehen müssen, daß wir ihnen erklären müssen, wie diese Gesellschaft und damit auch s i e s e l b s t Frauen unterdrücken. Und wenn man sie ausschließt, können sie nicht erzogen werden.

AK: Glaubst du, daß es für Irland wichtig ist, eine Frauenbewegung zu haben, die sich in erster Linie für die Interessen und Forderungen von **haben, die sich in erster Linie für die Interessen und Forderungen von** **Frauen einsetzt?**

Maureen: Ja, klar. Ich meinte eben nicht, daß die nicht notwendig wäre. Im Gegenteil. Aber in Nordirland kannst du nicht e i n e n Kampf führen und einen a n d e r e n ignorieren. Die beiden müssen miteinander verbunden sein. Und das wird immer mehr Frauen klar, was auch der Grund dafür ist, daß sich immer mehr Frauen am Kampf beteiligen. Es gibt eine ungeheure Progressivität unter gewöhnlichen Hausfrauen seit ungefähr zehn Jahren. Sie lernen Politik auf der Straße. Sie sehen jeden Tag, was bei uns los ist. Und sie können für sich selbst entscheiden, was sie für besser halten.

Es gibt jetzt auch innerhalb von Sinn Fein eine Frauenbewegung, die Frauen-Sektion. Das sind sehr fortschrittliche Frauen, die hart arbeiten und sich engagiert für die Verabschiedung des Frauenprogramms eingesetzt haben.

Für den nächsten Parteitag bereiten sie eine Diskussion über die Abtreibungsfrage vor. Das kann nicht mit einem Augenzwinkern so einfach erledigt werden, sondern muß gründlich ausgearbeitet werden. Das kann vielleicht dieses Jahr ausdiskutiert werden, vielleicht nächstes Jahr.

AK: Gibt es Frauen bei Sinn Fein, die sich für die Freigabe von Abtreibung einsetzen?

Maureen: Einige, ja.

AK: Was bedeutet Frauen-Sektion? Ist das eine besondere Organisationsform von/für Frauen innerhalb von Sinn Fein?

Maureen: Nein. Grundsätzlich sind Frauen auf derselben Basis organisiert wie die Männer. Sie arbeiten an denselben Themen. Die Frauen-Sektion befaßt sich mit den Problemen von Frauen, und die Frauen, die darin arbeiten, versuchen, eine Frauenpolitik zu entwickeln. Sie machen Vorschläge und Resolutionen, die innerhalb von Sinn Fein diskutiert werden.

AK: Wie sieht das zahlenmäßige Verhältnis von Männern zu Frauen in Sinn Fein aus?

Maureen: Auf den Parteitagen sind die Männer in der großen Mehrheit. Das ändert sich für Sinn Fein insgesamt langsam, so daß in der gesamten Organisation inzwischen fast so viele Frauen wie Männer sind. Früher war das Verhältnis sehr viel ungleicher. Frauen hatten früher nicht so ein Interesse an Politik. Sie kümmerten sich in erster Linie darum, wie es ihren Söhnen und Töchtern auf der Straße ging, ob sie gerade von den Briten verhaftet oder angegriffen wurden oder nicht. Aber so langsam en-

Fortsetzung von der vorherigen Seite

gagieren sich immer mehr Frauen in Sinn Fein.

AK: Die irischen Frauen haben sich bekanntermaßen immer in die Kämpfe eingemischt. Es gab auch schon immer Frauen in führenden Positionen von Organisationen.

Maureen: Ja, durch die ganze irische Geschichte hindurch haben Frauen eine wichtige Rolle gespielt. Bis heute und vor allem heute haben wir Frauen nicht nur die niedrigeren Ränge gefüllt, sondern sind in der Öffentlichkeit aufgetreten und hatten verantwortungsvolle Positionen inne. Bernadette McAliskey ist ein Beispiel dafür.

AK: Nicht nur innerhalb von Sinn Fein, sondern überall in Irland scheint die Frauenfrage heute mehr diskutiert zu werden. Worin siehst du die Ursache dafür?

Maureen: Wie ich schon eben sagte, sind die Frauen heute politisch bewußter. Vor zehn Jahren drehte sich für Frauen noch viel um das eigene Heim. Sie hatten genug damit zu tun, über ihre eigenen Kinder nachzudenken. Sie hatten genug eigene Probleme, als daß sie sich hätten hinsetzen können und über anderer Leute Probleme diskutieren zu können. Aber mit den veränderten Verhältnissen in Nordirland, mit den Erfahrungen, die wir hier machen müssen, haben sich auch die Frauen verändert, wurden sie politisch bewußter. Viele fingen an, sich zu engagieren, schließlich auch in Sinn Fein oder anderen Gruppen. Sie sehen darin d i e Möglichkeit, die Frauenbefreiung voranzutreiben. Vielen Frauen ist auch klar, daß der Krieg in Irland sich dem Ende nähert. Und wenn Frauen sich über ihre Probleme als Frauen Gedanken machen, können sie das nicht mehr von der Frage der Gesellschaft trennen, die sie wollen, wenn das hier mal alles vorbei ist. Man kann nicht die eine Revolution von der anderen trennen.

AK: In diese Richtung gingen ja auch die Diskussionen auf dem vorletzten Parteitag von Sinn Fein, auf dem auch das Frauenprogramm verabschiedet wurde. Gab es da große Differenzen in der Frage?

Maureen: Ich war selbst nicht da. Aber es hat wohl keine Gegenstimmen gegen das Frauenprogramm gegeben, einige Enthaltungen. Es hat sogar eine überwältigende Mehrheit bekommen.

AK: Von der Frauenkonferenz in Dublin ist uns bekannt, daß eine der größten Differenzen dort entstand, als die Vertreterin von Sinn Fein sagte, daß die Frauen in Armagh mit die ersten an der Front gegen Frauenunterdrückung sind, während Anne Speed, eine erklärte Feministin, den Standpunkt vertritt, daß die gefangenen Frauen von Armagh niemals die Avantgarde der Frauenbewegung sein könnten, weil sie sich nicht genug Zeit nehmen, um sich über ihre Frau- Zeit nehmen, um sich über ihre Frau-**enrolle Gedanken zu machen.**

Maureen: Diesen Standpunkt vertrete ich absolut nicht. Das ist ja das einzige, was du hast im Knast: unheimlich viel Zeit! Wir diskutieren viel im Knast, haben dort ständig politische Diskussionen. Nicht darüber, was Frauen tun sollten und was nicht oder was gut für sie ist, sondern mehr die allgemeine Situation. Also Probleme, die eine Frau hat in dieser Gesellschaft, und was man tun kann, um diese Probleme zu lösen. Und dann kommt man automatisch zu der Frage der nationalen Befreiung. Die Frage ist einfach nicht zu trennen von der Frage der Frauenbefreiung.

In Irland sind die Gefangenen zur Zeit als die Avantgarde der Bewegung/Kämpfe anerkannt. Das ist nicht nur ein militärischer, sondern genauso ein politischer Kampf, und der schließt den Frauenkampf mit ein. Ich kann nicht verstehen, wie jemand sagen kann, daß die Frauen in Armagh rückschrittlich sind in ihrem Denken. Sie sind im Gegenteil sehr fortschrittlich, sehr konsequent. Die meisten von ihnen hatten persönlich nie das Problem, als Frau nicht akzeptiert zu werden. Sie sind zwar jetzt gefangen, aber können sehr gut verfolgen, was die gesellschaftliche Rolle von Frauen ist, sowohl jetzt im Gefängnishof als auch die Rolle, die Frauen eines Tages spielen werden in einem „Neuen Irland". Und darüber haben sie mehr Zeit zu diskutieren, als irgend jemand anderes!

AK: Innerhalb der Frauenbewegung in Nordirland gibt es unterschiedliche Standpunkte, wie frau am besten für eine Freigabe der Abtreibung kämpft, welche Forderungen zu stellen sind usw. Eine Gruppe vertritt dabei den Standpunkt, man müßte als erstes erreichen, daß die britischen Abtreibungsgesetze, die wesentlich liberaler sind als die irischen, auf Nordirland angewandt werden, d.h. sie stellen diese Forderung an die britische Regierung. Was meinst du dazu?

Maureen: Diese Forderung ist wie eine objektive Niederlage. Zu sagen, wir wollen britische Gesetze, was die Abtreibung angeht, wenn du gleichzeitig für deine eigene Befreiung gegen die britische Regierung und gegen den britischen Staat kämpfst, ist für mich unvorstellbar.

Unsere einzige Möglichkeit im Kampf für die Befreiung der Frau liegt in der nationalen Befreiung, im Kampf für ein vereintes Irland. Man bittet nicht seinen Erzfeind um Gesetze.

AK: In den Auseinandersetzungen zwischen Frauen der irischen Frauenbewegung fällt oft das Argument, gerade von Frauen, die sich gleichzeitig im nationalen Befreiungskampf engagieren, daß die Frauenunterdrückung in Irland im Grund durch die britische Kolonialherrschaft entstanden ist. Was ist an diesem Argument dran?

Maureen: Bevor die Briten Irland kolonialisierten, gab es z.B. nicht die Diskriminierung von ledigen Müttern. Das existierte gar nicht als Problem. In den damaligen Ehe- und Scheidungsgesetzen gab es wesentlich mehr Rechte für Frauen. Erst als die viktorianischen Moralvorstellungen auch auf Irland übertragen wurden, hatten Frauen auf einmal moralisch zu sein, hatten sich hinter ihrem Mann und hinterm Herd zu verstekken. Ebenso aus dieser Zeit stammt die ganze frauenverachtende Ideologie, daß Frauen dümmer und schwächer sind als Männer. Dies wurde den Iren von den Briten aufgezwungen. Das gab es vorher in Irland nicht.

AK: Du sagtest eben, daß sich die Situation für die Frauen in Nordirland in den letzten zehn Jahren sehr verändert hat und daß diese Veränderung ihr Leben und ihre Arbeit heute bestimmt. Kannst du dazu noch mehr sagen?

Maureen: Ganz akut wurden die Frauen mit dieser Veränderung bei der Internierung konfrontiert (1975), als Tausende von Männern verhaftet wurden und die Frauen allein dasaßen mit den Kindern. Da mußten sie beides sein: Vater und Mutter. Da übernahmen viele Frauen sehr vielfältige Aufgaben, sowohl zu Hause, als auch in den Betrieben und auf der Straße, in der Politik. Es kam nie dazu, daß Frauen deshalb gesagt hätten, die Männer sollten doch mit ihrem politischen Engagement aufhören. Man macht es eher umgekehrt: daß man die Männer unter Druck zu setzen versucht, indem man ihnen androht, ihre Frauen in den Knast zu stecken und das auch tatsächlich tut. Das passiert sehr häufig.

Aber daß Frauen versucht hätten, ihre Männer für die Situation verantwortlich zu machen, kam gar nicht auf. Es war und ist allen klar, daß es die Briten sind, die die Leute in den Knast stecken. Man muß unheimlichen Respekt haben für die Frauen in Irland, weil das, was sie in den letzten zehn Jahren durchgemacht und unheimlich mutig durchgekämpft haben, unbeschreiblich ist. Viele haben, unbeschreiblich ist. Viele Frauen kämpfen härter als die Männer. Unser Kampf ist kein reiner Männerkampf, sondern genauso der Kampf der Frauen.

AK: Kann man aufgrund der besonderen Situation der Frauen im Norden, die sie vor ganz andere Aufgaben stellt, sagen, daß die Frauen in Nordirland emanzipierter sind als die Frauen in der Republik Irland? Am Beispiel Scheidung oder Verhütungsmittel ist das ja etwas deutlich, wo sich im Norden eine wesentlich liberalere Haltung zu diesen Dingen durchgesetzt hat.

Maureen: Ja, es gibt auf jeden Fall Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden. Nach 1916 entwickelten sich die Frauen in den 26 Grafschaften sehr viel schneller als im Norden. Und jetzt ist es genau umgekehrt: Aufgrund der Kämpfe hier in Nordirland entwickeln die Frauen hier viel mehr Selbstbewußtsein. Sie wurden eben einfach damit konfrontiert, Verantwortlichkeiten übernehmen zu müssen und sich in der politischen Arbeit zu engagieren. Dagegen leben die Frauen im Süden in einer friedlicheren Situation, leben mehr in alten Traditionen. Bei uns gehen z.B. viel mehr Frauen als Männer arbeiten, so daß die Männer zuhause sind bei den Kindern und den Haushalt versorgen. Das ist einfach eine Notwendigkeit: Wenn die Männer keine Arbeit kriegen, dann müssen die Frauen arbeiten gehen. Es gibt jetzt auch sehr viele Frauen, die typische Männerberufe ausüben. Viele Frauen werden Mechanikerinnen, Maurerinnen, Schreinerinnen usw.

Einerseits durch die aktive Beteiligung sehr vieler Frauen in der Politik, am öffentlichen Leben, an der Sicherung des Existenz-Minimums, andererseits durch die zugespitzte Situation, ist es nicht in erster Linie die Diskriminierung als Frau, die heute maßgeblich ist in Nordirland, sondern vor allem die religiöse Diskriminierung, vor allem auch im Arbeitsbereich. Deswegen gibt es z.B. so viele arbeitslose katholische Männer.



"Wandernde Raketen" auf der Demonstration am 8.März 81 in Hannover.

Frauentreffen zur Auswertung der Aktionswoche: Frauen gegen Krieg und Militarismus

27 Frauen aus 11 Städten waren auf Einladung von Göttinger Frauen zu einem Auswertungstreffen in gemütlicher Atmosphäre am 2./3.Mai nach Göttingen gekommen.

Wir diskutierten über unsere Erfahrungen mit der Aktionswoche, über die vielen aufgetauchten Fragen, tauschten Informationen und Ideen aus und besprachen die zukünftige Arbeit. Insgesamt ein sehr ermutigender Ansatz für eine überregionale Zusammenarbeit von Frauen gegen Krieg und Militarismus, für Frieden.

Gleich am Anfang stiegen wir in eine lebhafte Diskussion über Hausbesetzungen und Polizeiübergriffe ein. Die Freiburger und Nürnberger Frauen berichteten von der Verhaftungswelle und dem wahnsinnigen Ausmaß der staatlichen Gewalt. Dann wurde reihum erzählt, was frau sich alles hat einfallen lassen an Aktionen und Veranstaltungen in der Aktionswoche, und wie die Zusammenarbeit der recht unterschiedlichen Frauengruppen gelaufen ist. Auffallend war, daß es tatsächlich in jeder Stadt zu einer gemeinsamen Arbeit fast aller Frauengruppen am Ort gekommen ist. Dazu sagte eine Frau aus Lübeck: „Die Drähte der einzelnen Frauengruppen zueinander waren abgerissen – jetzt ist wieder ein richtiges Gespräch und Zusammenarbeit möglich". Auseinandersetzungen gab es an einigen Orten mit der ASF, außerdem mit der DFI um den Krefelder Apell.

Die Frauen erzählten aber auch von den Schwierigkeiten beim Umgang mit dem Thema „Kriegsgefahr" und den Fragen, die immer wieder diskutiert wurden:

– „Wir sind unheimlich verzweifelt geworden beim ersten Einlassen auf das Thema – uns fehlte die Vorstellungskraft, wo wir noch was machen können".
– „Wie gehen wir mit unserer Angst um?"
– „Ist es notwendig, uns soviel Wissen über die Kriegsgefahr anzueignen wie die Linke – oder reicht das aus, was die Ärztin Helen Caldicott über den Atomkrieg sagt?"
– „Ist es möglich, über das Sich-Wehren gegen die alltägliche Gewalt zum Kampf gegen die militärische Gewalt zu kommen?"
– Und: „In welcher Form wehren wir uns? Wir sind nicht mehr bereit, typisch Frau, gewaltfrei und friedlich zu sein".

All diese Fragen konnten natürlich nicht beantwortet werden, aber sie zeigten uns, woran wir weiter arbeiten müssen.

Einen guten Einblick in die Möglichkeiten, unsere ganze Phantasie einzusetzen gegen die Kriegstreiber, gaben Dias von Westberliner Frauen über die Aktion gegen das Treffen der Nuklearen Planungsgruppe in Bonn.

Zum Abschluß des Wochenendes sprachen wir über all die Anti-Kriegs-Aktionen, die diesen Sommer anstehen: angefangen vom Kirchentag über Pfingstlager und Fahrradtouren bis zum Frauenfriedensmarsch der Skandinavischen Frauen und dem Internationalen Gewaltfreien Marsch in Holland gibt es 1000 gute Gelegenheiten, auf unser Anliegen aufmerksam zu machen und durch Aktion und Diskussion einen Schritt weiter zu kommen. Auf einen heißen antimilitaristischen Sommer!

Eine Genossin der AG Frauen
KB Bremen

Frauenverweigerungsaktion am 6. Mai

In Bremen und noch dazu am 6. Mai (dem Tag der sogenannten Bremer Krawalle gegen die provokativ öffentliche Vereidigung von Bundeswehrsoldaten im letzten Jahr) gingen 150 Frauen zum Kreiswehrersatzamt, um ihre Verweigerung der Zwangsdienstverpflichtung im Kriegsfall (nach den Notstandsgesetzen) öffentlich zu dokumentieren und persönlich abzugeben. Zu dieser Aktion aufgerufen hatten all die Frauengruppen, die seit der Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus" zusammenarbeiten.

Außerdem war auf einer Frauenveranstaltung am Vorabend des 6. Mai nochmal ganz stark dafür mobilisiert worden, gerade auch von Frauen aus dem Frauenzentrum.

Man war anscheinend auf uns vorbereitet: Das Bundeswehr-Hochhaus war total abgeriegelt durch Sperrgitter, Bullen und Bundesgrenzschutz. Fotografiert wurde eifrig aus zehn Etagen. Unsere friedliche Absicht, uns unsere Verweigerung bestätigen zu lassen, wurde an der Drehtür gewaltsam blockiert mit dem Argument, die „innere Sicherheit" des Hauses bewahren zu müssen. Ein Herr Meyer, „Hausherr" des Kreiswehrersatzamtes, fühlte sich nur in der Lage, mit fünf Frauen – statt 150 – zu verhandeln. Nach eindringlichen Erklärungen unsererseits und vielen Ausflüchten seinerseits („Hier sind Sie nicht richtig, da müssen Sie zum Bundestag"; „Krisenfall? – das haben wir doch noch gar nicht."...) gab er uns die feste Zusicherung, daß wir in spätestens einem Monat die Verweigerung einzeln schriftlich bestätigt kriegen. Wir gaben dann unsere 150 Verweigerungen ab und beschlossen, falls wir bis in einem Monat nichts von Herrn Meyer gehört haben, am 10. Juni am selben Ort zur selben Zeit mit noch mehr Frauen zu sein.

Eine tolle Aktion, fanden wir, viele Frauen, gute Stimmung und – auch ein Ergebnis – ein Frauenblock und zwei Reden zu unserer Aktion auf der Demo zum 6. Mai etwas später am selben Tag.

Eine Genossin der AG Frauen
KB Bremen



"1.Preis im Rüstungswettlauf" wird verliehen. (Hannover, 8. März)

Feminismus à la WSL oder Was können wir Frauen gegen Atomkraftwerke tun?

In den „Lebensschutz-Informationen" vom April 1981 meldet sich Frau Ursula Haverbeck-Wetzel, die Frau des WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens") - Vorsitzenden, mit wahrhaft „feministischen" Tönen zu Wort. Auch sie erkennt, daß die „männlich bestimmte Geschichte" sich durch Aggressivität, Imperialismus und Herrschaftsanspruch auszeichne, und daß es jetzt an den Frauen sei, ihre weiblichen Eigenschaften zu nutzen, um eine Wende herbeizuführen und die „totale Selbstzerstörung" zu verhindern. Diese weiblichen Eigenschaften, wie *„hingebungsvoll, passiv, pflegend, religiös, selbstlos, sanft"* seien biologisch bedingt; überhaupt seien die Frauen der *„Erde, Natur noch näher"*.

Und wo sollen die Frauen aktiv werden? *„Mut zum Anderssein"* fordert Frau Haverbeck ganz alternativ: *„Zunächst einmal sollten wir den Mut haben, anders sein zu wollen als die Männer"*, und dann: *„Hören wir auf zu leben, um zu arbeiten, arbeiten wir wieder, um zu leben!"*

Damit hat sie ihren konkreten Aktionsvorschlag genug vorbereitet und rückt endlich damit heraus: **Kampf den Atomkraftwerken durch Arbeitsplatzverweigerung!**

„Wieso meinen so viele Mädchen und Frauen, ihrem Leben einen tieferen Sinn zu geben, wenn sie die Abhängigkeit vom Ehemann eintauschen gegen eine Abhängigkeit vom anonymen Arbeitgeber, der doch von vornherein als Feind des Arbeitnehmers betrachtet wird, während der Ehemann immerhin der selbstausgesuchte nächste Mitmensch und Partner für das Leben ist?"

Da sollten doch *„moderne Denkweisen einmal kritisch durchleuchtet und zur Frage gestellt werden"*, denn *„da wir (...) z.B. die Atomreaktoren mit all ihren ungelösten Problemen nur deshalb brauchen, um Arbeitsplätze zu schaffen, und sogar die ganze Rüstung schon um der Arbeitsplätze willen unabdingbar sei, ist es schon wichtig, diese Frage gründlich zu durchdenken"*.

Eine Genossin der Antifa-Kommission. Hamburg



»Wechselwirkung« – Schwerpunkt: Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Das Schwerpunktthema der Februar-Nummer der „Wechselwirkung" (Vierteljahreszeitschrift von fortschrittlichen Naturwissenschaftler(inne)n und Techniker(inne)n heißt: *„Berechnen oder Begreifen? Feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik".* Die Autorinnen gehören zum Teil zu den Teilnehmerinnen der „nationalen Treffen von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik", die seit einigen Jahren stattfinden; auf den letzten dieser Treffen gab es jeweils eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Vorbereitung des „Wechselwirkung"-Schwerpunktes befaßte. Die jetzt erschienene Nummer spiegelt insofern auch die Diskussionen auf diesen Treffen wieder, auch wenn einige der dort diskutierten Themen (Situation am Arbeitsplatz, Schwierigkeiten von Müttern, Gewerkschaftsarbeit, alternative Projekte, Probleme von Lesben) hier nicht auftauchen. Insgesamt bieten die 28 „Schwerpunkt"-Seiten aber viele lesenswerte Informationen und Diskussionsansätze zur Situation von Frauen in männlich dominierten Berufen und Wissenschaften, vor allem, wenn frau berücksichtigt, daß zu diesem Thema – abgesehen von den stereotypen Werbeartikeln über die „charmanten" Mädchen in Männerberufen in der bürgerlichen Presse – bisher erst wenig veröffentlicht ist.

Aus kommunistischer Sicht bieten die meisten der Ansätze natürlich auch Anlaß zu Kritik; sei es, daß von einer relativ elitären Warte aus argumentiert wird (und die Sprache entsprechend „hochgestochen" ist), oder aber, daß die Widersprüche zur in Beruf oder Ausbildung erlebten Wirklichkeit auf die Eigenschaften einer „männlichen Technik" zurückgeführt werden. Das ist insofern nicht erstaunlich, als sich die meisten der Frauen in diesem Bereich in einer relativ privilegierten Situation befinden, Ausbildung bzw. Beruf auch mit Karriereerwartungen begonnen haben, und sich oft erst in der Konfrontation mit der dort herrschenden Männerdominanz und anderen Strukturen politisiert bzw. „feminisiert" haben. Folglich stellt sich ein Bezug zu Forderungen gegen die Klassengesellschaft – und das auch nur bei einigen Frauen – erst auf dem Umweg über eine weitergehende Erkenntnis des diese Widersprüche produzierenden Systems oder über andere Fronten (Kampf gegen AKWs, Umweltzerstörung usw.) her. Manche Frauen resignieren schließlich auch gegenüber der „männlichen Wissenschaft" und wenden sich der Idee einer „feministischen Technik" oder dem Aufbau eines Frauenprojektes zu, in der Hoffnung, die erlernten Fähigkeiten sinnvoller nutzen zu können.

Nationales Treffen von Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Das Treffen findet diesmal vom 28. bis 31. Mai in Hannover statt; es sind alle Frauen eingeladen, die in naturwissenschaftlichen, technischen oder verwandten handwerklichen Berufen arbeiten oder dafür ausgebildet werden.

Das Treffen soll dazu dienen, zwischen Einzelnen, Gruppen und Projekten Kontakte zu schaffen und den Informationsaustausch zu gewährleisten. Vorgeschlagen sind berufsspezifische und fachübergreifende Arbeitsgruppen sowie „Rand- bzw. Zwischen"-Gruppen zu politischen Fragen oder zur Entspannung.

Kontakt und Anmeldung (möglichst bald!):
Planerwerkstatt
Großer Kolonnenweg 5
3000 Hannover 1
Tel.: (0511) 63 55 55 / 63 55 56

Internationales Frauentheater-Festival

Vom 15. bis 21.Juni wird im niederländischen Eindhoven ein Frauentheaterfestival stattfinden. Ihre Teilnahme haben bisher zugesagt:

- **„Lilith"** aus San Francisco – eine seit 1974 bestehende Frauentheatergruppe, die ihre Stücke selbst schreibt. In Eindhoven werden sie „Exit the Maids" aufführen, ein Stück über gewerkschaftlich organisierte Frauen in einem Hotel.
- Aus London kommt **„Monstrous Regiment"**, eine gemischte Gruppe, die „Dialogue between a Prostitute and one of her Clients", verfaßt von der Italienerin Dacia Maraini, zeigen wird. Das Stück geht von dem Gedanken aus, daß die Situation der Prostituierten für die Lage jeder Frau kennzeichnend sei.
- Ebenfalls aus London kommt die **„Women's Theatre Group"**, eine reine Frauentheatergruppe, die „Breaking Through", ein „mistery musical" für 14- bis 18jährige über Frauen und Atomenergie, aufführen wird.
- Aus der BRD nehmen teil die hannoveraner **„Schedderhecks"** mit „Mariechen ... Marie", einem Stück im Stile der Comedia dell'arte über Gewalt gegen Frauen auf der Straße und in der Ehe, und die **„Mobile Rhein-Main-Theater GmbH"** mit „Frauen sind keine Heinzelmänner".
- Aus Antwerpen kommt **„Het Trojaanse Paard"**. Sie spielen, nach der Art des Boal-Publikumstheaters „Ik hou van jou", ein Stück über Beziehungen.
- Und aus den Niederlanden selbst die politische Theatergruppe, die zu den Unterstützern des Festivals selbst gehört, **„Proloog"** aus Eindhoven. Diese schon seit 1965 bestehende gemischte Gruppe hat vier Stücke zur Aufführung vorgesehen: „Als we maar bevallen" – über Frauen und Gesundheit; „Mkinga, mijn dorp" – über die Machenschaften mit Heilmitteln in der Dritten Welt; „Je kan er naar fluiten" über Mädchen und Sexualität und „Het duurt ons te lang" – ein Gewerkschaftsstück – über die Verkürzung des Arbeitstages.

Die Auftritte werden jeweils am Abend stattfinden, tagsüber werden Diskussionen und Workshops organisiert, um – wie es in einer Vorinformation der Veranstalter/innen heißt – die Beziehung zwischen dem Theater und der Frauenbewegung herauszuarbeiten.

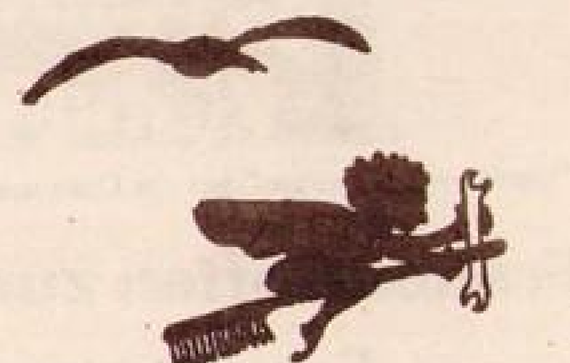
Genauere Informationen sind (vom 15.Mai an) zu beziehen über:
Toneelwerkgroep Proloog
Cyclamenstraat 1
NL – 5644 KH Eindhoven
oder telefonisch über: 0031-40-12 20 45 (Lisette, Thea, Elisabeth oder Rik).

Niederlande-Kommission

»Patriarchat – der (un)heimliche Inhalt von Naturwissenschaft und Technik«

Ein Artikel von Karin Kirschstein in der „Wechselwirkung" setzt an dem Phänomen an, daß Naturwissenschaft und Technik eine so ausgeprägte Männerdomäne sind. Sie fragte: *„Haben diese Fächer, so wie sie heute betrieben werden, dann vielleicht doch etwas mit den gesellschaftlichen Strukturen des abendländischen Patriarchats zu tun, in dem sie entstanden sind? Gilt dies am Ende nicht nur für die Arbeitsweise und sozialen Strukturen, sondern selbst für die Inhalte von Naturwissenschaft und Technik?"*

Die Aussage ihres Artikels ist – kurz zusammengefaßt – folgende:



Unsere Gesellschaftsform ist das Patriarchat, die spezifische Struktur in ihren politisch wichtigen Bereichen ist die der Männerhierarchie. Die wichtigsten Merkmale des Patriarchats sind: Expansionsstreben, Gewaltpolitik und die im Prinzip unbegrenzte Verlängerung der hierarchischen Stufenleiter. Diese Merkmale bestimmen Technik und Naturwissenschaft im Patriarchat: Ausübung von Gewalt und Kampf um Macht sind der Motor der technischen Weiterentwicklung; Macht- und Geltungshunger der herrschenden Männer, ihr Streben nach Prestige, bestimmen den technischen Fortschritt. Auch in den Naturwissenschaften spiegelt sich die Männerhierarchie, sowohl in Arbeitsweise und Zielsetzung als auch im hierarchischen Aufbau der Theorie: einzelne Teilgebie- Auch in den Naturwissenschaften spiegelt sich die Männerhierarchie, sowohl in Arbeitsweise und Zielsetzung als auch im hierarchischen Aufbau der Theorie: einzelne Teilgebiete und Theorien sind so strukturiert, daß die allgemeinen Gesetze über den speziellen stehen. Es wird davon ausgegangen, daß die Natur insgesamt von den Menschen beherrschbar ist, daß es z.B. grundsätzlich möglich sei, auch den Menschen vollständig als physikalisch-chemisch-informationstheoretischen Apparat zu erforschen und zu beherrschen.



Karin weist in ihrem Artikel sehr konkret die Abhängigkeit der heutigen technischen Forschung und Entwicklung von den Interessen der Rüstungs- und Großindustrie nach. Sie zeigt auf, wie dabei am Rande auch einige nützliche Dinge „abfallen" können (wie z.B. die berühmte Teflonbratpfanne als Abfallprodukt der Raumfahrtforschung), daß aber die Ziele der Forschung nach ganz anderen Interessen ausgerichtet sind und denen der Bevölkerung in der Regel entgegenstehen. Daß auf Gebieten, wo finanziell nicht viel herauszuholen ist, auch nicht geforscht wird; Beispiel: Das Fahrrad, an dem sich seit seiner Erfindung im 19. Jahrhundert außer Gangschaltung und Luftbereifung kaum etwas geändert hat.

Während Karin also die unsere Gesellschaft beherrschenden Faktoren Expansion und Gewalt ganz richtig benennt und die Abhängigkeit der technischen Entwicklung von diesen Faktoren aufzeigt, kommt sie dort zu einem Fehlschluß, wo sie die Ursachen dieser Faktoren in der Herrschaft „d e r M ä n n e r" sucht, statt in den Gesetzmäßigkeiten und Widersprüchen des Kapitalismus/Imperialismus. Das Fundament ihrer Argumentation, Patriarchat bedeute Expansion, Gewalt und Hierarchie und umgekehrt, ist dabei ziemlich wackelig.

Den Begriff „Patriarchat" kennzeichnet sie als „Herrschaft der Väter", als Gesellschaftssystem, in dem die Kinder von ihrem Vater abgeleitet werden, und in dem der Vater deshalb sicherstellen muß, daß die Kinder seine eigenen sind, indem er der Frau ihre Freiheit und Eigenständigkeit nimmt. Als Begründung dafür, daß Expansion, Gewalt und Hierarchie für das Patriarchat kennzeichnend seien, führt sie drei Thesen an, ohne sich aber auf eine von ihnen festzulegen. These 1 besagt daß die Männer als Ausgleich dafür, keine Kinder gebären zu können, eine (rein männliche) Kultur des Wettkampfs und Krieges entwickeln; Sieger und Besiegte definieren dann eine hierarchische Rangordnung. These 2 vermutet, daß bei der Herausbildung des Patriarchats in der Antike die Frauenverachtung zur Entwicklung einer männlich-homosexuellen Reinkultur mit Über- und Unterordnungstendenzen geführt habe. These 3, wonach Expansionsstreben und Kriegslust in der „Natur" des Mannes lägen, lehnt Karin als „biologistisch" ab. Die Thesen 1 und 2 bieten nun allerdings auch keine materialistische Begründung, sondern arbeiten mit psychologischen Kategorien (Neid auf die Gebärfähigkeit, Frauenverachtung) und setzen damit bei den Männern schon besondere psychische Strukturen voraus; sie sind also eigentlich nicht weniger biologistisch als die dritte These. Abgesehen davon sind sie nicht sonderlich überzeugend und können bestenfalls als Erklärungsversuch für etwas dienen, dessen Richtigkeit schon vorausgesetzt wird. Mit politökonomischen Kategorien lassen sich die Phänomene, die Karin als Ausdruck des Patriarchats wertet, jedenfalls wesentlich detaillierter und schlüssiger erklären; leider setzt Karin sich in ihrem Artikel mit solchen Theorien nicht auseinander, obwohl sie ihr bekannt sein dürften (Zugegebenermaßen sind die Aussagen die- sich in ihrem Artikel mit solchen Theorien nicht auseinander, obwohl sie ihr bekannt sein dürften (Zugegebenermaßen sind die Aussagen dieser Theorien über die Rolle der Geschlechter in Naturwissenschaft und Technik i.a. nicht allzu üppig).

Der Augenschein gibt ja Karins Thesen insofern recht, als es tatsächlich in der Regel Männer sind, die an den politischen und wirtschaftlichen Machthebeln sitzen; und es sind ebenfalls Männer, die die wissenschaftlichen Forschungszentren und die naturwissenschaftlichen Fakultäten bevölkern und beherrschen. Dies ist eine Folge der traditionellen Arbeitsteilung, wonach Frauen auch heute noch zum größten Teil Berufe ausüben, deren Tätigkeiten der Hausarbeit und Kindererziehung und -pflege verwandt sind; oder aber solche, die so stumpfsinnig und schlechtbezahlt sind, daß kaum ein Mann sie freiwillig ausüben würde. Berufe mit höherem Einkommen und größeren Befugnissen dagegen werden meist schon deshalb von Männern ausgeübt, weil sie das dort erwartete Engagement nur aufbringen können, weil ihnen zuhause eine Frau alle sonstigen Belastungen abnimmt. Aus solchen Berufen werden auch dann „Männerberufe" (gemacht), wenn die ausgeübte Tätigkeit eigentlich eher in den traditionell weiblichen Bereich fällt, wie z.B. beim Arztberuf. Dazu kommt, daß den Technikern und Naturwissenschaftlern in ihrer Ausbildung auch eine bestimmte Art von Bewußtsein anerzogen wird, das nur noch nach dem Funktionieren der Geräte und Theorien fragt, nicht aber nach ihrer Funktion. Zusammen mit der fast völligen Abwesenheit von Frauen in diesen Bereichen und dem durch die Sozialisation schon vorgegebenen sonstigen Rollenverhalten dieser Männer ergibt das eine Art von empirisch feststellbarem „männlichen" Bewußtsein in diesem Bereich, mit denen insbesondere die wenigen dort arbeitenden Frauen konfrontiert sind.

Daraus aber zu schließen, daß den Männern eine bestimmte Art von Bewußtsein quasi von Urbeginn an eigen sei und daß es dieses Bewußtsein sei, was letztlich alles Unheil auf der Welt zu verantworten hat, führt in die Irre. Diese Auffassung wird in Karins Artikel mehrfach deutlich: Wenn sie von „herrschenden Männercliquen" schreibt, die ihre Macht erhöhen wollen durch Weiterentwicklung der Rüstungstechnik, die *„Symbole der Macht wie Prestigeobjekte und Statussymbole"* benötigen, oder von Krankenhaus-Bossen, die, *„um ihr Prestige zu vergrößern, sich ständig neueste Maschinen anschaffen müssen".* An all diesen Darstellungen ist etwas Richtiges, aber solange nicht auch auf die wirtschaftlichen Hintergründe eingegangen wird, bleiben sie oberflächlich und – wenn sie als E r k l ä r u n g von Rüstung und technologischen Projekten gelten sollen – falsch. Karin schreibt:

„Kommen wir auf die Mondfahrt und die Teflon-Bratpfanne zurück, so bietet sich, etwas überspitzt gezeichnet, folgendes Bild: Machthaber, die, um einen konkurrierenden Staat zu übertrumpfen, einen technischen Kraftakt anstiften; andere Männer, die das alles ausführen, zum Mond fahren und dort eine Fahne aufpflanzen, so wie Hunderüden ihr Territorium durch Anpinkeln von Bäumen markieren; und das ,Volk', das gut zur Hälfte aus Frauen besteht und begeistert darüber sein soll, welche enormen Fortschritte ,die moderne Technik' doch macht, indem für alle so nützliche Sachen wie neue Bratpfannen herauskommen. Ist das eigentlich die vielbeschworene Sachlichkeit, Rationalität, Logik der Technik? So ist das Selbstverständnis der technischen Intelligenz und



ihr Bild in der Öffentlichkeit. Aber ist das Rationalität, wenn die Entwicklung der Gebrauchstechnik für die Bevölkerung solchen zutiefst irrationalen Bestrebungen wie dem Imponiergehabe, der Aggressivität, der Herrschsucht – und den heimlichen Ängsten – von Männern untergeordnet wird? Rationalität als Verschleierung von Interessen und Wertsetzungen – und damit selbst schon ein gewaltiges Stück Irrationalität!"

An diesem Zitat wird deutlich, wie Karins Theorie zu einer konkreten Unterschätzung des Systems führt. Ihre Beschreibung der Mondfahrt mag dazu geeignet sein, die „Absurdität" so einer Sache aus der Sicht des „gesunden Menschenverstandes" zu illustrieren und deutlich zu machen, wie der Bevölkerung bei solchen Anlässen eingeredet wird, diese Dinge würden in ihrem Interesse geschehen. Wenn sie aber meint, so etwas sei insgesamt völlig ohne Sinn und Verstand, nur eine Folge psychologischer Defekte von Männern, dann verschleiert sie die Interessen, denen solche Unternehmungen wirklich dienen, und zwar auf eine ganz „rationale", vernünftige Weise (von dieser Interessenlage aus gesehen). Insofern kann von Irrationalität also gar keine Rede sein, wenn es sich auch nicht um die Art von „objektiver" Rationalität handelt, die die technischen Wissenschaften für sich beanspruchen.

Es kann zwar agitatorisch sinnvoll sein, bestimmte Erscheinungen als groteske Marotten der Männer darzustellen (es ist schließlich auch witziger als eine trockene politische Analyse), aber eine ernsthafte Theorie sollte frau daraus nicht machen. Eine solche Theorie verharmlost im Grunde die Gefahren, und sie gibt, da sie über die tieferen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten nichts aussagt, auch keine Mittel an die Hand, den dargestellten Mißständen wirksam etwas entgegenzusetzen.

Co., AG Frauen Hamburg

Aufruf zu einer bundesweiten Schwulen- und Lesbendemo



Wir unterstützen den Aufruf des Hamburger Schwulen- und Lesbenverbandes (HSLV) und der Gruppe RAUSS zu einer nationalen Demonstration im Rahmen der 2. Hamburger Schwulen- und Lesbenwochen **für das Recht, homosexuell zu leben.**

Die Demonstration steht unter dem Motto „Recht auf Homosexualität", weil wir als Homosexuelle trotz der Reformen des §175 in den Jahren 1969 und 1973 auch heute noch diskriminiert werden:

– Noch immer werden Homosexuelle durch den § 175 StGB einem diskriminierenden Sondergesetz unterworfen.
– Noch immer müssen wir um unsere Arbeitsplätze fürchten, wenn unsere sexuelle Orientierung bekannt wird.
– Noch immer wird im Schulunterricht Homosexualität mit Perversion und Krankheit gleichgesetzt.
– Noch immer erhalten ehemalige homosexuelle KZ-Häftlinge keine Wiedergutmachung, weil sie im 3. Reich angeblich rechtmäßig verurteilt wurden.
– Noch immer werden Homosexuelle in den ROSA LISTEN von Polizei und Verfassungsschutz erfaßt.
– Noch immer wird in den Medien über Homosexualität nicht sachlich berichtet, sondern im Zusammenhang mit Verbrechen, oder aber wir werden in die exotische Ecke gedrängt.
– Noch immer wird Homosexualität von konservativen Medizinern und Psychologen als Krankheit angesehen.
– Noch immer behandeln die christlichen Kirchen Homosexualität als Sünde und Verstoß gegen das „göttliche Schöpfungsgebot".
– Noch immer werden Homosexuelle als Menschen zweiter Klasse behandelt.

WEIL DAS NOCH IMMER SO IST fordern wir auf der Demonstration am 20. Juni 1981 in Hamburg **DIE RECHTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE GLEICHSTELLUNG!**

Wir treten am 20. Juni für das Recht auf Homosexualität ein, weil wir ein Recht auf unseren eigenen Lebensstil und ein Recht auf uns selbst haben.

HOMOSEXUALITÄT IST EIN MENSCHENRECHT!

Unsere Demonstration findet während des evangelischen Kirchentages statt, der unter dem Motto „Fürchtet Euch nicht!" steht. Wir erwarten, daß auch viele Kirchentagsbesucher ihre Solidarität mit unseren Forderungen bekunden und an unserer Demonstration teilnehmen.

Die Hamburger Demonstration ist Teil der internationalen Schwulenbewegung. So wie in Hamburg gehen in diesen Tagen in vielen Städten der Welt anläßlich des „Christopher Street Day" Tausende auf die Strasse, um für das Recht auf Homosexualität zu demonstrieren.

TREFFPUNKT:
Sonnabend, den 20. Juni 1981 – 10.00 Uhr – S-Bahnhof Sternschanze

Rosa Frosch -Treffen in Nürnberg

ROSA FROSCH ist ein regionaler Zusammenschluß von fränkisch-oberpfälzischen Schwulengruppen. Knapp ein Jahr haben nun diese verschiedenen Schwulengruppen ihre Erfahrungen ausgetauscht. Auch auf dem Treffen in Nürnberg am 1. bis 3. Mai wurden die neuesten Informationen aus den folgenden Städten berichtet: Nürnberg, Schweinfurt, Bamberg, Selb, Regensburg, Würzburg und Augsburg. Deutlich wurde hierbei, daß es nach wie vor überall unheimlich viele Repressionen gegen Schwule gibt. Z. B. will in Nürnberg die Stadt ein Straßenfest verhindern, weil sich die Schwulengruppe daran beteiligt – bzw. hindert andere Initiativen daran, zusammen mit der Schwulengruppe an dem Fest teilzunehmen; in Schweinfurt bekommt die Schwulengruppe im städtischen Jugendzentrum keine Räume mehr – weil sie laut Beschluß des Stadtrates gegen herrschende Moral verstößt usw. usw. Auf der anderen Seite gab es aber Erfreuliches zu berichten. Die Würzburger Schwulen wollen demnächst einmal über ihre erfolgreiche ROSA Hilfe am Telefon berichten. Sie haben über einen längeren Zeitraum hinweg die Anrufe systematisch ausgewertet.

Hauptthema war die Kampagne gegen den § 175 – bzw. gegen die §§ 174 und 176. Alle anwesenden Gruppen wollen sich an einer Arbeit zu dieser notwendigen Kampagne be-

zu dieser notwendigen Kampagne be-teiligen. Dazu wurden zwei wichtige Punkte besprochen: Arbeit in den einzelnen Städten und Beratung aller Schwulengruppen auf Bundesebene.

Das Ergebnis ist ein offener Brief an die Hamburger Organisatoren der Schwulendemo am 20.6., in dem konkrete Vorschläge gemacht werden. Diesen Brief drucken wir im folgenden ab.

N., Nürnberg
Schwulengruppe des KB

An die Hamburger Organisatoren der Demo gegen den § 175 am 20.6.81

An die Hamburger Schwulengruppen
An die Schwulengruppen der BRD

Auf dem letzten ROSA FROSCH-Treffen (1. - 3.5.81 in Nürnberg) wurde zur Kampagne gegen den § 175 folgendes diskutiert und vorgeschlagen:

Vertreter der Schwulengruppen aus Nürnberg, Schweinfurt, Bamberg, Selb, Regensburg, Würzburg und Augsburg haben beschlossen, sich an der Kampagne gegen den § 175 zu beteiligen. Die zentrale, nationale Demonstration am 20.6. in Hamburg wird begrüßt bzw. es soll nach besten Kräften mobilisiert werden. Gleichzeitig sehen wir aber auch die Notwendigkeit, über so eine Demonstration hinaus in unseren Städten viele lokale Aktionen und Aktivitäten gegen den § 175 zu unternehmen. Da ja nun an dem Wochenende (20. und 21.6.) in Hamburg alle mehr oder minder bewegten Schwulen zusammen sind, schlagen wir vor, diese Gelegenheit dazu zu benutzen, weitere gemeinsame Aktivitäten zu besprechen. Im neuen ROSA FLIEDER ist ebenfalls schon der Vorschlag gemacht worden, eine Art Bundestreffen der Schwulengruppen zu machen.

Wir schlagen vor, die Woche zwischen der Demo (20.6.81) und dem GAY PRIDE DAY (28.6.81) für eine Aktionswoche in den einzelnen Städten zu benutzen. Auch ist der Vorschlag gemacht worden, an einem bestimmten Tag (27.6.?) in allen größeren Städten jeweils eine Kirche zu besetzen, um auf unsere Probleme mit dem § aufmerksam zu machen. Sinnvoll und öffentlichkeitswirksam ist dies aber nur, wenn dazu eine einheitliche Planung der Schwulengruppen erfolgt. Weiterhin sollte unserer Meinung nach die Diskussion um die Abschaffung der §§ 174 und 176 mit in die Kampagne einbezogen werden.

Zu diesem Zweck fordern wir die Hamburger Gruppen auf, an dem betreffenden Wochenende die Möglichkeit eines Treffens zu organisieren und dies auch entsprechend bekannt zu geben.

Wir werden vom ROSA FROSCH-Treffen aus diesen Brief an alle Schwulengruppen der BRD versenden, um alle Schwulengruppen aufzufordern, ebenfalls an der Demo und an dem Treffen teilzunehmen.

Mit vielen schwulen und warmen Grüßen
ROSA FROSCH

Schwule aus
Nürnberg, Schweinfurt, Bamberg, Selb, Regensburg, Würzburg, Augsburg

per Adresse
Schwulengruppe Fliederlich
c/o Bernd Offermann,
Rieterstr. 10, 85 Nürnberg 90
Tel.: 0911 / 33 20 10

Prozeß wegen § 176 gegen Indianerkommune in Nürnberg

Mitte April wurde Ulli von der Indianerkommune aus Nürnberg verhaftet. Anklagepunkte sind „Verführung von Minderjährigen" (§ 176) und „Kindesentziehung" (§ 6 Jugendwohlfahrtsgesetz).

Insgesamt drei Mütter haben wegen angeblicher Verstöße gegen diese Gesetze Anzeige erstattet. Unmittelbar nach seiner Verhaftung und Vorführung vor den Ermittlungsrichter trat Ulli in den Hungerstreik, den er allerdings nach 20 Tagen Haft unterbrochen hat. Auch einige andere Mitglieder der Indianerkommune traten in der Nürnberger Innenstadt öffentlich 17 Tage in den Hungerstreik, um gegen die Verhaftung von Ulli zu protestieren.

Dies sind die vorläufigen Höhepunkte in einer von Staatsseite inszenierten Hetzkampagne gegen die Indianerkommune. Vergleiche zu der damaligen Hexenverfolgung drängen sich förmlich auf: Da ist die Rede von „Kinder in einem alten Backofen versteckt" (Überschrift in der Lokalzeitung – „Nürnberger Nachrichten", „NN" vom 13.4.); „die Kommune lebt in einem Gerümpelladen"; Kindern werden unter Zwang vom Oberindianer persönlich alle Haare abgeschnitten; Kinder werden erpresst und beschimpft, wenn sie wieder nach Hause wollen; die Kommune ruft Kinder zu Hause an und bedrängt sie, von zu Hause auszureißen.

Mit diesen Gerüchten und Verleumdungen arbeiten die offiziellen Justiz- und Polizeistellen, aber auch die Zeitungen, die in einem Beispiel eine Gegendarstellung laut Gerichtsbeschluß abdrucken mußten, die die Kommune durchgesetzt hatte.

So aber ist ein Klima in der Öffentlichkeit geschaffen, in dem der Prozeß gegen den angeblichen „Oberindianer" durchgezogen werden kann. Denn schließlich ist die Indianerkommune der herrschenden Moral ein großer Dorn im Auge.

Neben der Hetzkampagne liefen in den letzten Wochen gegen die Indianerkommune reichlich Polizeiaktionen. Nach eigenen Angaben gab es bisher insgesamt etwa 30 Hausdurchsuchungen, bei denen jedesmal die gesamte Wohnung auf den Kopf gestellt wurde. Kinder und Jugendliche wurden nicht nur durch die Durchsuchungen, sondern auch schon durch Polizeipatrouillen in der Straße vor dem Haus massiv eingeschüchtert.

Es gibt ja nun speziell in der Linken einige negative Erfahrungen mit der Indianerkommune, aber trotzdem ist es wichtig, sich gegen diese Willkürmaßnahmen der Behörden zur Wehr zu setzen, die Kommune und gerade auch Ulli zu unterstützen, sich mit den Zielen dieser Gruppe auseinanderzusetzen und den Prozeß wegen § 176 als Anlaß zu nehmen, sich dagegen im Rahmen der Kampagne gegen den § 175 zu wehren.

Hier einige Forderungen aus einer Broschüre der Indianerkommune:

– absolutes Verbot von körperlicher, seelischer und pharmakologischer Gewalt gegen Kinder;
– ein Recht der Kinder auf „Scheidung" von ihren Eltern;
– Abschaffung der Jugendpolizei;
– Verbot der Werbung für Gewalt;
– Abschaffung der Schulpflicht;
– das Recht der Kinder und Jugendlichen, mit allen Menschen ihrer Wahl freiwillige, zärtliche und gewaltfreie Beziehungen haben zu dürfen;
– Abschaffung, d. h. ersatzlose Streichung der §§ 174 bis 176;
– das aktive und passive Wahlrecht für Kinder;
– das Recht der Kinder, ihre Volljährigkeit selbst zu bestimmen.

Wer sich näher informieren oder spenden will:

Indianerkommune,
Mittlere Kanalstr. 34, 85 Nürnberg,
Tel.: 0911 /26 67 86

Konto:
C. Carl, Commerzbank Nürnberg/ Plärrer No. 5943113/90

N. Nürnberg
Schwulengruppe des KB



Leserbrief

Lieber St. aus W.-Berlin!

Im AK 200 hast Du Deiner Empörung über „Medizinische Versuche an Homosexuellen" Ausdruck gegeben und gefordert, *„daß mit den medizinischen Versuchen an Menschen jeglicher Gesellschaftsschicht sofort aufgehört wird".*

Konkreter Anlaß Deiner Überlegungen war ein Artikel in der Zeitschrift „Chemotherapie" über die Testung eines neuen Impfstoffes gegen Hepatitis B (Leberentzündung), die in New York (glaub ich) an über 1000 Schwulen vorgenommen worden ist. Diesen Menschenversuch stellst Du auf eine Stufe mit Versuchen an *„schwangeren Frauen, alten Menschen und Kindern".* Dieser Vergleich hinkt, weil die Schwulen sich diesem Versuch, anders als die Kieler Kinder oder viele alte Menschen, absolut freiwillig unterzogen haben.

Dies wohl aus der Hoffnung heraus, als erste von diesem Impfstoff zu profitieren. An den Schwulen ist der Versuch deshalb vorgenommen worden, weil sie einem viel höheren Risiko, an Hepatitis B zu erkranken, ausgesetzt sind als die „Normalbevölkerung". Das Virus, das für diese Erkrankung, die auch tödlich enden kann, verantwortlich ist, wird nicht nur durch Bluttransfusionen oder durch Verletzung an infizierten Injektionsnadeln, sondern auch beim Geschlechtsverkehr übertragen. Letzteres ist der Grund dafür, daß Schwule eine hohe Durchseuchungsrate für Hepatitis-Viren und einen hohen Prozentsatz an Erkrankungen aufweisen. Dieser Fakt ist mit der Ghetto-Situation der Schwulen sicherlich ausreichend zu erklären.

Wenn Du Dir dieses vor Augen hälst, ist es doch schlicht falsch, wenn Du schreibst: *„Weder sind die Gerüchte über unsere angebliche Promiskuität ausschlaggebend für diese Erkrankung, noch irgend etwas anderes."* Deine Ausführungen gipfeln in der im KB leider immer noch recht beliebten Forderung nach Abschaffung a l l e r Menschenversuche. Aber, was würde die Durchsetzung dieser Forderung konkret bedeuten? Jeglicher Fortschritt der Medizin wäre damit doch unmöglich gemacht. Man müßte sich mit dem bisher Erreichten, das eben auch nicht ohne Menschenversuche ging, zufrieden geben. Mir ist das allerdings noch lange nicht genug, vor allem, wenn ich an die Krebserkrankungen denke!

Hierzu noch ein konkretes Beispiel: Dank weltweiter Impfmaßnahmen hat man die Pocken praktisch ausgerottet. Auch dieser Impfstoff wurde irgendwann an Menschen getestet, später breit eingesetzt, hatte auch ernste Nebenwirkungen. Hätte man ihn aber nicht entwickelt, müßte die Menschheit immer noch unter dieser Geißel leiden.

Unsere Forderung kann deshalb nicht auf völlige Abschaffung von Menschenversuchen zielen. Entscheidend ist, sich dafür einzusetzen, daß sie unter anständigen Bedingungen durchgeführt werden, d.h. daß die Beteiligten aufgeklärt werden, dem Versuch freiwillig zustimmen müssen, medizinisch besonders betreut werden usw.

Vielleicht überlegst Du es Dir noch mal?

Mit Grüßen aus Hessen, ein AK-Leser
2.5.81

Lohnrunde '81:

Reallohnabbau ohne Probleme

Die Lohnrunde 1981 ist gelaufen, ungeachtet der in einzelnen Zweigen noch ausstehenden Abschlüsse. Mit dem Abschluß von 4,9 % ab April 1981 sowie einmaliger Zahlungen von je DM 160 für die Monate Februar und März (das „Sindelfinger Modell") haben die IG Metall und der Unternehmerverband Gesamtmetall das Signal für ähnliche Abschlüsse in der übrigen Metallindustrie und den anderen Branchen gegeben.

Den Minusrekord mit 4% hält die IG Bau Steine Erden, mit 4,6% schloß die IG Bergbau ab, während die IG Druck und Papier mit 5% die Spitze hält. Die Gewerkschaft HBV mußte im Bankengewerbe einen Abschluß von 4,8% hinnehmen, nachdem die in diesem Bereich tariffähige DAG im Alleingang dem zugestimmt hatte. Im Versicherungsgewerbe wurden 4,9% ausgehandelt. Für die noch ausstehenden Verhandlungsergebnisse im öffentlichen Dienst und in der Chemieindustrie ist zu erwarten, daß die Abschlüsse unter dem „Sindelfinger Modell" liegen werden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen eine erste Bewertung der Lohnrunde und der Gewerkschaftspolitik zu.

Erstes Ergebnis: Reallohnabbau ohne Beispiel

Vor der Lohnrunde übernahmen die Gewerkschaften in ihren Berechnungen die von bürgerlichen Instituten prognostizierte Preissteigerungsrate von 4,5% als Grundlage für ihre Lohnforderungen. Mittlerweile hat das gewerkschaftseigene Institut DWI die für 1981 zu erwartende Inflationsrate auf 5% geschätzt. Angesichts 5,6% Preissteigerungen im ersten Quartal 1981 und 5,7% im April dürfte selbst dies zu optimistisch sein. **Legt man einen Vergleich von 5% Netto-Preissteigerung sowie steigender Sozialabgaben von ca. 1% und 5% Brutto-Lohnsteigerung zugrunde, so bleibt ein Abbau des Reallohns von ca. 2,5% als Ergebnis dieser Tarifrunde. Das ist der bislang höchste Reallohnverlust für die Arbeiterklasse in der Geschichte der Bundes-**

klasse in der Geschichte der Bundes-**republik.**

Propagandistisch waren die Kapitalisten mit ihrer Formel vom „produktivitätsorientierten Lohn" in die diesjährige Tarifrunde gegangen. Ziel war es, eine „lohnpolitische Wende" zu erreichen. Dieses Ziel ist erreicht worden, während das formulierte Ziel der Gewerkschaften, den Reallohn zu erhalten und einen Inflationsausgleich zu schaffen (was einen Abschluß von etwa 7,5% erfordert hätte) weit verfehlt wurde. Für die Gewerkschaften und insbesondere für die IG Metall muß als Fazit festgehalten werden: **Nach der schweren Niederlage im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung 1978/79 (vertragliche Festschreibung der 40-Stundenwoche bis 1984), hat die westdeutsche Arbeiterbewegung mit dieser „lohnpolitischen Wende" zugunsten des Kapitals eine erneute schwere Niederlage erlitten. In beiden Fällen sind diese Niederlagen nicht in erster Linie fehlender Kampfkraft und Kampfbereitschaft zuzurechnen, sondern Ergebnis einer Gewerkschaftspolitik in der Krise, die nicht den Bruch mit der kapitalistischen Logik wagt, sondern die Interessen der Arbeiterklasse im Rahmen dieser Logik zu vertreten versucht. Solange dieser Bruch nicht gewagt wird, können in Krisenzeiten nur solche Niederlagen das Ergebnis der Gewerkschaftspolitik sein.**

Zweites Ergebnis: Keine Solidarität im DGB

Die ökonomische Krise des Kapitalismus in der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten und Jahren die Diskussion in den Gewerkschaften um die grundsätzliche Anerkennung des Systems der „sozialen Marktwirtschaft" und einer hierauf basierenden Linie der „Sozialpartnerschaft" belebt. Allerdings sind die Kräfte, die einen Bruch mit der „Sozialpartnerschaft" fordern, noch sehr gering entwickelt. In dieser Lohnrunde ist dies wieder offensichtlich geworden. Die stärkste DGB-Gwerkschaft, die IG Metall, war bislang bemüht, ihren „Dritten Weg" zwischen Anpassung oder Klassenkampf einzuhalten (sie unterscheidet sich dabei bislang vom deutlich sozialpartnerschaftlichen Kurs solcher Gewerkschaften wie der IG Chemie, der IG Bergbau, der NGG und der IG Bau). Sie hat mit diesem Kurs zum zweitenmal eine Niederlage einstecken müssen.

Während die IGM bemüht war, durch begrenzten Einsatz der Kampfkraft der organisierten Gewerkschafter eine möglichst hohe Verhandlungslösung zu erreichen, ohne daß sie allerdings das Risiko eines vollen Einsatzes ihrer gewerkschaftlichen Möglichkeiten einging, **haben andere DGB-Gewerkschaften brutal ihren partnerschaftlichen Kurs durchgepowert und dabei bewußt auch der DGB-Gewerkschaft IGM geschadet.**

DGB-Gewerkschaft IGM geschadet.
Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen IGM/Gesamtmetall schloß die IG Bau bei 4 % ab (die sie allerdings erst im zweiten Anlauf innergewerkschaftlich durchsetzen konnte). Die IG Bergbau forcierte noch während der laufenden Metall-Auseinandersetzungen ihre Verhandlungen mit den Bergbau-Kapitalisten und schloß nur 13 Tage nach Verhandlungsbeginn mit 4,6%, noch vor der IG Metall, ab. Damit waren, wie auch die Führungen beider DGB-Gewerkschaften betonten, Zeichen gesetzt, die auch den Metallabschluß beeinflußten und Druck auf die Führung der IG Metall ausübten. Allen Anbetern der 'Einheitsgewerkschaft' sollte dies eine wichtige Lehre sein: IG Bau und IG Bergbau haben in diesen Verhandlungen keine bessere Rolle gespielt, als beispielsweise die DAG bei den Verhandlungen im Bankgewerbe, als diese ohne Rücksicht auf die DGB-Gewerkschaft HBV vorzeitig bei 4,8% abschloß (siehe nebenstehenden Artikel). Diese Gewerkschaftsführungen mit stramm sozialpartnerschaftlicher Orientierung haben gezeigt, daß sie in schwierigen Zeiten für die Arbeiterbewegung selbst unter Bruch der Solidarität im DGB für das Kapital Partei ergreifen.

Dies läßt für die Zukunft an der Spitze des DGB eher noch eine stärkere Rechtswendung erwarten. Schließlich kann die IG Metall mit ihrem Kurs begrenzter Konfrontation nicht den Erfolg vorweisen, der den Beweis antreten könnte, daß er mehr einbringt, als der der Sozialpartner Adolf Schmidt, Karl Hauenschild oder Rudolf Sperner. Der Einfluß des IGM-Kurses im DGB dürfte gegenüber dem rechten Block sinken.

Drittes Ergebnis: An der Basis keine Alternative

Ein Mann dürfte mit dem „Sindelfinger Modell" ein gutes Stück an seiner weiteren Karriere gebastelt haben: Franz Steinkühler, im öffentlichen Bild zum „Kämpfer" in der IGM aufgebaut. Als nach der Ablehnung des Ergebnisses in Hessen scheinbar nichts mehr lief, holte er die Kastanien aus dem Feuer. Er ermöglichte eine Verhandlungslösung, die sich gleichzeitig an der Gewerkschaftsbasis verkaufen ließ: immerhin sind die 4,9% sowie 320 DM Festbetrag erkennbar mehr, als die zuvor in Hessen ausgehandelten 4,7% für 13 Monate. Die Auszahlung des Festbetrages sowie der rückwirkenden Lohnerhöhungen für April und Mai zusammengenommen werden in den Portemonnaies zunächst einmal eine beträchtliche Aufstockung bewirken und den Unmut über das insgesamt beschissene Ergebnis und sein Zustandekommen überdecken. Mit Protesten ist nicht zu rechnen. Der reale Lohnabbau wirkt nicht unmittelbar

Lohnabbau wirkt nicht unmittelbar
als Folge dieses Abschlusses, sondern er hat sich in den letzten Monaten zunehmend spürbar bemerkbar gemacht, und er wird in den nächsten Monaten Wirkung zeigen.

Steinkühler symbolisiert aber auch die Fähigkeit einer solchen Gewerkschaft wie der IGM, trotz Beschiß integrierend in der Arbeiterklasse zu wirken. Als angeblicher 'Kämpfer' war er geradezu vorzüglich geeignet, für den Abschluß zu sorgen. Immerhin hat die IGM auch in dieser Tarifrunde wieder 'gekämpft'. Ihre Taktik der „neuen Beweglichkeit" suggerierte den Eindruck von Kampf, wenngleich die IGM-Führung selber deutlich gesagt hat, daß die mit der Beweglichkeit verbundenen Warnstreiks die Verhandlungen begleiten sollten und *„Zeichen der Bereitschaft, einen regelrechten großen Streik mit vorausgehender Urabstimmung zu vermeiden"* (Welt, 11,3.) sind. Immerhin haben die Warnstreiks von Millionen Metallarbeitern angedeutet, wozu diese Gewerkschaft fähig wäre. Zudem hat die Aktivierung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" bewirkt, daß Kampfbereitschaft und die Erwartung eines guten Lohnabschlusses anstiegen.

Es sah allerdings zu keinem Zeitpunkt danach aus, daß der IGM-Führung die Zügel entgleiten könnten. Durch genaue Auswahl von Betrieben und Abteilungen , durch disziplinierte und gut instruierte (bewährte) Funktionäre hatte die IGM-Führung die Aktionen immer im Griff und erreichte die gewünschte Zentralisation und Steuerung der Aktionen. Auch der Ende März sich verstärkende Ruf an der Basis nach Urabstimmung und Vollstreik konnte aufgefangen werden. Wohldosiertes Einsetzen von Warnstreiks und sich über Wochen hinziehende Verhandlungen bewirkten, daß die Metaller nie ‚über die Stränge schlugen' und schließlich niemand mehr ernsthaft für die Zehntel Prozente bis 5 % zu streiken bereit war. Während der tarifpolitische Spielraum enger wird, sind die Brüche an der gewerkschaftlichen Basis in der Lohnrunde kaum erkennbar gewesen. Es wird der weiteren innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung überlassen bleiben und der konkreten Auswirkung solcher Lohnabschlüsse, wieweit es gelingt, die Basis für eine Alternative zur derzeitigen Gewerkschaftspolitik auszubauen. Die IGM-Führung hat bereits angedeutet, daß sie auch zukünftig die „lohnpolitische Wende" akzeptieren wird und daß stattdessen *„qualitative Forderungen wie Arbeitszeitverkürzungen, Humanisierung der Arbeit und Neuorientierung des Entlohnungssystems... eine wachsende Rolle spielen"* werden (Loderer laut WAZ, 30.4.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Neue Löhne, Lohnerhöhungen

Lohngr.	Neu.Lohn DM	Lohnerh. DM
1/2	8,00	64,01
3	8,36	67,47
4	8,61	69,20
5	8,91	72,66
6	9,32	76,12
7	9,81	79,58
8	10,50	84,77
9	11,18	89,96
10	11,85	95,15
11	12,55	102,26
12	13,25	107,26

Neue Gehälter,Gehaltserhöhungen

Gehalts-gruppe	N.Gehalt DM	Erhöhg. DM
Kaufmännische Angestellte		
K1	1602	75
K2	1962	92
K3	2313	108
K4	2670	125
K5	3026	141
K6	3370	157
K7	3651	171
Technische Angestellte		
T1	1847	85
T2	2208	103
T3	2583	121
T4	2934	137
T5	3270	169
T6	3609	169
T7	3999	187

Tarifabschluß Banken:

DAG unterbietet Kapitalisten!

Seit dem 28.4.81 besteht im Bankgewerbe die Situation, daß die DAG und der Bankenverband einen neuen Tarifvertrag unterschrieben haben, während sich die HBV-Tarifkommission weigert, diesen Abschluß mit zu unterzeichnen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung der HBV dürfte dabei nicht unbedingt die Höhe des Abschlusses (4,8 %-Gehaltserhöhungen sowie Erfüllung einiger Nebenforderungen) gewesen sein, sondern die skandalöse Art und Weise seines Zustandekommens:

Nachdem zuvor nichts Erwähnenswertes passiert war, riefen die Bankkapitalisten am 28.4. für 16.00 einen „kleinen Kreis" (je drei HBV- und DAG-Vertreter) zu sich. Dort machten die Arbeitgeber klar, daß sie im Falle der Nichteinigung bei einem Angebot 4,5 % Gehaltserhöhungen Schluß machen würden. Sollten DAG oder HBV abschlußbereit sein, würden sie für diese kleine „Dienstleistung" einen Zuschlag von 0,3 % geben. Ab kurz nach 18.00 Uhr wurde darüber in den DAG und HBV-Tarifkommissionen beraten. Die HBV-Tarifkommission wollte mit einem Vorschlag von 5,9 % Gehaltserhöhungen, der sich bereits weit von den beschlossenen Forderungen entfernte, die Verhandlungen wieder aufnehmen.

Als um 19.30 Uhr die HBV-Verhandlungskommissionen wieder im Verhandlungssaal erschien, befand sich die DAG-Spitze bereits wieder im „kleinen Kreis" bei ihren Auftraggebern. Nachdem die HBV-Vertreter hinzugekommen waren, **unterbreitete die DAG den Bankkapitalisten ein (Sonder-)Angebot von 4,8 %!**

Besonderes Interesse verdient dabei die von dem DAG-Vertreter Thomas Heyll für das Angebot abgegebene Begründung:

1. *„Die DAG wolle sich nicht an der Absicherung der Realeinkommen festklammern".*
2. *„Ein Maßregelungsabkommen sei für die DAG kein Dollpunkt."* (Im Gegensatz zur DAG hatte die HBV u.a. in Westberlin, Frankfurt und Oberhausen Warnstreiks organisiert.)
3. *„Dieser Abschluß würde auch für andere Tarifverhandlungen hilfreich sein."* (Diese Aussage bezog sich auf den parallel dazu stattfindenden Metall-Tarifkampf.)

Thomas Heyll war auch Drahtzieher des Albers-Skandals, der die „kommunistische Unterwanderung" der HBV beweisen sollte. Unter dem Einfluß dieses Provokateurs scheint sich die DAG zügig zu einem „gelben Verband" zu entwickeln. Wie wenig ernsthaft die DAG heute noch Tarifarbeit macht, wird auch aus einem kleinen Detail deutlich: Die Bankkapitalisten hatten anklingen lassen, daß sie bereit wären, die Leichtlohngruppe 1 schrittweise abzuschaffen. Das dürfte die DAG bewußt nicht in ihr Angebot mit aufgenommen haben, weil sie traditionsgemäß gegen „Nivellierungen" zu Felde zieht. Damit hat die DAG mit ihrem Angebot das Kunststück fertig gebracht, weniger zu fordern, als die Kapitalisten „freiwillig" zu geben bereit waren!

Keine Frage, daß der Bank-Arbeitgeberverband dieses günstige Angebot nach kurzer Bedenkzeit angenommen hatte. Um 21.30 Uhr war alles gelaufen! Die echte Verhandlungszeit hatte ganze 4,5 Stunden gedauert. Die HBV hat die Tarifauseinandersetzungen auch im Zeichen der Solidarität mit den Metallern geführt. Selbst die Verhandlungsführung mochte diesen „hilfreichen" Abschluß nicht zur Annahme empfehlen. Das DAG-Angebot wurde in der HBV-Tarifkommission eindeutig mit 69 : 2 Stimmen abgelehnt.

Die HBV steht jetzt vor dem Problem, die Bankkapitalisten im Alleingang zu einem Weiterführen der Verhandlungen zu zwingen. Die HBV-Führung orientiert dabei auf die von den Bankkapitalisten zugesicherten Verhandlungen über ein Rationalisierungsschutzabkommen, was schon ein „Einschwenken" bedeuten kann. Der — nach wie vor — tariflose Zustand ist für alle aktiven Kolleginnen und Kollegen eine gute Gelegenheit, Proteste gegen den Lohnraubabschluß und das provokative Vorgehen der DAG zu organisieren. Sollte es der HBV gelingen, eine Verbesserung des Ergebnisses zu erzielen, dürfte der DAG künftig ein solches Vorgehen erheblich erschwert werden.

Ein HBV-Genosse

Delmenhorst: 400 Textilarbeiter mußten ihren Arbeitsplatz bezahlen

Zum 31. März 1981 wurden alle 837 Beschäftigten der Vereinigten Kammgarnspinnerei (VKS) in Delmenhorst entlassen. Aber der Betrieb läuft weiter. Ein neuer Kapitalist (Hermann Rehers) hat den Betrieb mit 400 Beschäftigten übernommen. **Die 400 „Neueingestellten" mußten dafür ihre Abfindung im Durchscnitt von etwa 5.000 DM für zehn Jahre dem Kapitalisten zinslos zur Verfügung stellen.**

In der Produktion der VKS arbeiteten fast ausschließlich Türken unter miesen Bedingungen im Drei-Schicht-System rund um die Uhr. Während noch 1972 in der Spinnerei ein Arbeiter

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaft Textil-Bekleidung
Verwaltungsstelle Bremen-Weser-Ems



AN ALLE ARBEITNEHMER IN DER V K S DELMENHORST

Am Kuchplatz 1
2870 DELMENHORST

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

70 türkische Kollegen zogen am 27. 11. 1980 von der V K S zum Gewerkschaftshaus in Delmenhorst.
Die Kollegen forderten von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung Solidarität für eine zu planende Streikaktion.
Die Kollegen erklärten, daß 350.-- DM für 1 Jahr Betriebszugehörigkeit zu wenig seien. Sie forderten 1.000.-- DM mit der Begründung, daß die Dresdner Bank aus den Grundstücksverkäufen 20 Millionen DM erhält.

Diese Forderung sei berechtigt.

Wenn sie die 1.000.-- DM nicht bekommen, wollen sie streiken.

Dazu hat der Geschäftsführer der Gewerkschaft Textil-Bekleidung erklärt:

1. Es ist nicht machbar, die Sozialplansumme zu verändern.
2. Wer die Arbeit niederlegt, gefährdet nicht nur seinen eigenen Arbeitsplatz, sondern auch die übrigen Arbeitsplätze.
3. Wenn die Produktion nicht aufrecht erhalten bleibt, kann es zum Konkurs kommen. Das heißt, es gibt keinen Pfennig aus einem Sozialplan, da die V K S kein Geld hat.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung solidarisiert sich mit dieser Aktion nicht.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung verurteilt dieses Handeln und fordert alle Arbeitnehmer auf, diesen Schritt ernsthaft zu überdenken.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung warnt die ausländischen Arbeitnehmer in der V K S davor, sich von Außenstehenden aufwiegeln zu lassen.

WER STREIKT, GEFÄHRDET AUCH 400 NEUE ARBEITSPLÄTZE !

GEWERKSCHAFT TEXTIL-BEKLEIDUNG
VERWALTUNGSSTELLE BREMEN-WESER-EMS

- Henning Eichenauer -
- Geschäftsführer -

GTB / BWZ 27. 11. 1980

Die Gewerkschaft Textil fällt den Kollegen in den Rücken

Krupp Stahl AG will 5.000 Arbeiter entlassen



Protestaktion der Krupp-Arbeiter in Bochum

Nicht überraschend, aber in dieser Höhe nicht erwartet, kündigte der Vorstand der Krupp Stahl AG im Rahmen der Konzernplanung die Vernichtung von 5000 Arbeitsplätzen bis 1982 an. Von diesem Rationalisierungsprogramm sind die Arbeiter in den Werken Duisburg-Rheinhausen, Bochum, Hagen und Siegen betroffen. Im einzelnen sehen die Pläne des Krupp-Vorstandes derzeit so aus:

1. Hagen: Stillegung einer Stabstahl- und Drahtstraße. Entlassungen von 1800 bis 2000 Arbeitern.
2. Bochum: Stillegung des Profilstahlbereichs, einer Halbzeugstraße und Zurichterei. Arbeitsplatzverlust für ca. 1400 Menschen. Hinzu kommen in Bochum Entlassungen von ca. 300 Angestellten.
3. Rheinhausen: Stillegung einer Mittelstahlstraße im Profilwalzwerk. 900 Kollegen sollen entlassen werden.
4. Siegen: 40 Arbeitsplätze aus dem Schmiedebereich werden wegrationalisiert.

Außerdem sollen insgesamt ca. 1000 Arbeitsplätze von Angestellten vernichtet werden. Die andere Seite dieser gewaltigen Entlassungswelle ist das geplante Investitionsprogramm bei Krupp, das unter dem Motto läuft: Konzentration der Schmiedebereiche, Zusammenlegung der Halbzeugproduktion, weg vom Profilstahl und Erweiterung der Blech- und Breitbandproduktion und Steigerung der Edelstahlproduktion.

Die Begründung der Unternehmensleitung für dieses „Paket": Es sollen Konsequenzen aus der Stahlkrise gezogen werden, indem unrentable Anlagen stillgelegt werden und die Fertigung auf wenige Anlagen konzentriert wird („WAZ", 25.4.81). Diese Maßnahmen seien die Schlußfolgerungen aus den ungleichen Wettbewerbsbedingungen in der europäischen Stahlindustrie und zielten darauf ab, die übrigen 35000 Arbeitsplätze bei Krupp Stahl zu erhalten („WAZ", s.o.).

IG Metall und SPD-Politiker äußerten zwar „Protest", „Empörung" und „Unverständnis" – aber die Ursache ist für sie in Übereinstimmung mit dem Krupp-Management außerhalb der BRD zu suchen. Dazu die IG Metall: Die Subventionspolitik einiger EG-Länder habe zu Wettbewerbsverzerrungen geführt, die zu Lasten der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie gingen („WAZ", 1.5.81). Ministerpräsident Johannes Rau auf der 1. Mai-Kundgebung in Bochum: *„Das Revier kämpft um seine Stahlbasis in einem ruinösen Subventionswettbewerb"* („WAZ", 2.5.81).

Erste Aktionen

Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser einschneidenden Maßnahmen des Krupp-Vorstandes wurden einzelne Kollegen aktiv. Sie verteilten am 27.4. ein Flugblatt, in dem eine außerordentliche Belegschaftsversammlung gefordert wird. Bisher reichte die Kraft jedoch noch nicht, diese Forderung durchzusetzen.

Stattdessen zogen am 30.4.81 3000 bis 4000 Kollegen der Frühschicht vor das Verwaltungsgebäude in Bochum, blockierten für mehrere Stunden wichtigen Straßenkreuzungen und forderten: *„Die Straße 1/2 darf nicht stillgelegt werden! Krupp-Arbeitnehmer kampfbereit"* („WAZ", 1.5.81). Sprecher des Betriebsrates versuchten den Kollegen weiszumachen, sie seien von der Rationalisierungswelle genauso überrascht worden, wie die Belegschaft. Otmar Günther, Arbeitsdirektor und ehemaliger Zögling von Eugen Loderer, betonte, *„die Unternehmensleitung habe volles Verständnis für die Erregung der Arbeitnehmer"* und versprach, daß nichts unversucht bleiben solle, *„gemeinsam mit der Belegschaft dagegen zu kämpfen – in Düsseldorf, Bonn und Brüssel – daß gute Anlagen geopfert werden"* („WAZ", 1.5.81).

Damit gaben sich die streikenden

Damit gaben sich die streikenden

Kollegen erst einmal zufrieden, weitergehende konkrete Forderungen an den Betriebsrat wurden nicht gestellt.

Wortradikal verhielt sich die IG Metall-Ortsverwaltung in diesem Konflikt. Aber statt konkrete Maßnahmen zur Mobilisierung der Belegschaft zu entwerfen, wurde in bekannter Manier appelliert – an die Politiker. Wirtschaftsminister Lambsdorff soll sich in Brüssel dafür einsetzen, *„die Interessen der deutschen Stahlarbeitnehmer konsequenter zu vertreten"* („WAZ", 1.5.81). Sollte über diesen Weg keine Verbesserung erreicht werden, *„wird das Verlangen nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum immer stärker"* („WAZ", s.o.).

Auf ähnlicher Linie liegen Beschlüsse eines kommunalpolitischen Parteitages der SPD in Bochum, der die Bildung einer „Ruhrstahl AG" verlangte und die Gewährung von Subventionen nur gegen Abgabe von Besitzanteilen – eine Art Vergesellschaftung vielleicht!?

Kommission Betrieb und Gewerkschaft / NRW



Türkisches Männerwohnheim der VKS: Für die Sicherheit der Kollegen wurde gesorgt

Fortsetzung von der vorherigen Seite

zwei Maschinen bediente, waren es 1980 schon acht Maschinen. Zum Betrieb gehören Wohnheime, die menschenunwürdig sind. Hinter einer 3 Meter hohen Mauer mit Stacheldraht hausen Kollegen in 10 qm großen Zimmern mit zwei bis drei Betten (180 DM pro Bett).

1979 wurde die Abteilung Wollkämmerei geschlossen und 350 Kollegen entlassen. Über 100 Entlassungen folgten 1980. Ende 1980 wurde dann auf einer Betriebsversammlung die Stillegung angekündigt.

Mehrere Tage später forderten dann 200 Kollegen auf einer Versammlung: Arbeitsplatzzusicherung, Sozialplan und eine Betriebsversammlung ohne Unternehmer, um weitere Schritte zu besprechen. Der Betriebsrat lehnte ab und forderte stattdessen die Kollegen auf, einige Tage umsonst zu arbeiten, um leichter einen neuen Kapitalisten finden zu können. Die Kollegen ließen sich aber nicht einschüchtern. Sie protestierten dann auch gegen den vorgelegten Sozialplan, der 350 DM pro Arbeitsjahr plus 30 DM pro Lebensjahr vorsah. Die Kollegen forderten 750 DM und demonstrierten vor das Gewerkschaftshaus in Delmenhorst. Tags darauf distanzierte sich die Gewerkschaft Textil-Bekleidung in einem Flugblatt von dieser Aktion. Zitate:

„Es ist nicht machbar, die Sozialplansumme zu verändern." „Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung solidarisiert sich mit dieser Aktion nicht." „Wer streikt, gefährdet auch 400 neue Arbeitsplätze."

Die Geschäftsleitung änderte dann zwar die Abfindungssumme auf 527,66 DM pro Arbeitsjahr, strich aber dafür die 30 DM pro Lebensjahr, so daß die Summe nach wie vor gleich blieb.

Noch bevor dieser Sozialplan unterschrieben war, erschien der neue Kapitalist Rehers. Er kassiert vom Land Niedersachsen 2,5 Mio DM und von der Stadt Delmenhorst 10 Mio DM an Subventionen. Dazu machte er zur Bedingung, daß die 400 Beschäftigten, die er zu übernehmen bereit war, ihre Abfindungsbeiträge in Form eines zinslosen Darlehens für die Dauer von 10 Jahren zur Verfügung stellen. Das sind nochmal rund 2 Mio DM. Für die Kollegen heißt das, nur diejenigen werden übernommen, die ihren Arbeitsplatz mit einem zinslosen Darlehen kaufen.

Obwohl die betroffenen Kollegen keinerlei Unterstützung vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft haben, geben sie nicht auf. 70 von ihnen reichten Kündigungsschutzklagen ein, denn es handelt sich ja eher um eine Betriebsübernahme und nicht um eine Stillegung, da der Betrieb lückenlos weiterläuft.

Kündigungsschutzklagen gegen VKS:
Freitag, 15. Mai, 9 Uhr
Arbeitsgericht Bremen
Findorffstr. 14/16

Betriebs-Alltag:

Prozeß gewonnen — dennoch entlassen

Der Fall der Stuttgarter Kontoristin Uta Stahl ist ein typisches Beispiel für die arbeitnehmerfeindliche Rechtsprechung der Arbeitsgerichte in Kündigungsschutzprozessen. Mit der Begründung, sie sei Mitglied der DKP, wurde Uta Stahl von ihrem Arbeitgeber, der ‚Stuttgarter Zeitung' gekündigt. Der Fall fand in der Öffentlichkeit große Beachtung, da hier zum ersten Mal offen der Radikalenerlaß von einem Kapitalisten praktiziert worden war. Inzwischen hat Uta Stahl auch in der zweiten Instanz, vor dem Stuttgarter Landesarbeitsgericht, Recht bekommen. Das Gericht erachtete die Kündigungsgründe als unberechtigt, lehnte aber trotzdem ein Recht auf Weiterbeschäftigung Uta Stahls bei der ‚Stuttgarter Zeitung' ab. Begründung: Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts lasse ein Recht auf Weiterbeschäftigung auch bei erfolgreichen Klagen nur in Ausnahmefällen zu.

Tatsächlich ist es so, daß 95 % der Kündigungsschutzprozesse vor dem Bundesarbeitsgericht mit einem Vergleich enden, was dem Gekündigten zwar eine Abfindung, aber nicht den Arbeitsplatz sichert („FAZ", 29.4.).

Welche Auswirkungen das arbeiterfeindliche Kündigungsschutzrecht hat, beweist ein Blick in die Statistik: Jährlich wird ca. 1,2 Millionen Beschäftigten gekündigt. Nur 8 % von ihnen gehen überhaupt vors Arbeitsgericht. Von diesen klagenden Arbeitern und Angestellten erreichen es nur 9 %, den alten Arbeitsplatz wieder einzunehmen.

Daß es ein Unternehmer mit einer Kündigung also fast immer erreicht, einen unbequemen Beschäftigten loszuwerden, ist auch Resultat des mangelnden Engagements vieler Betriebsräte. Nur in 8 % der Kündigungen machen die Betriebsräte von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch, in 66 % aller Fälle stimmen sie sogar der Kündigung ausdrücklich zu, obwohl dies gesetzlich überhaupt nicht vorgesehen ist.

Der Fall Uta Stahl ist also ein zweifaches Beispiel für die Zustände in der BRD: zum einen für die Ausweitung der Berufsverbotepraxis auf den privatwirtschaftlichen Sektor, zum anderen für das arbeiterfeindliche Kündigungsschutzrecht.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

DGB-Führern verschont, gerät

HDW-Hamburg:
Von den Kollegen abgewählt, von den Kapitalisten befördert

Im letzten AK haben wir bereits über das Betriebsratswahlergebnis in einem der wichtigsten Hamburger Metallbetriebe, auf der Großwerft HDW, berichtet. Die rechte IGM-Betriebsratsclique um die Fürsten Werner Peters, Karl Heinz Peters und Otto Kock verlor die Mehrheit, die jetzt die Opposition in der IGM innehat. Diese schwere Niederlage war gleichzeitig ein Denkzettel für die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall. Sie hatte die Peters-Clique gedeckt; sie hatte jeden Versuch der Demokratisierung der Listenaufstellung abgelehnt; sie hatte mit Drohungen und Einschüchterungen gegen die Opposition gearbeitet und noch vor der Wahl das Ausschlußverfahren gegen 42 Vertrauensleute eingeleitet, die als Liste „Aktive Metaller" zur Wahl antraten. Das Ergebnis bei HDW hat einiges zum Tanzen gebracht:

Arbeiter	%	Sitze
Aktive Metaller	56,1	12
IGM	38,7	8
„RGO"	5,1	1

Angestellte		
Aktive Metaller	33,4	2
IGM	47,9	3
DAG	18,7	1

Was sich jetzt nach der Wahl bei HDW abspielt, spottet jeder Beschreibung. (Zur Geschichte der BR-Wahlen bei HDW siehe AK 194 - 200).

'Gewerkschafter' von HDW - Vorstands Gnaden

Schon am Wochenende nach der Wahl fand eine Klausurtagung der IGM-„Mafia" mit Vertretern der Unternehmensführung statt. Es ging um das Problem, daß einige der bisher freigestellten Rechten durch die Wahl aus dem BR rausgeflogen waren, und die noch reingekommenen alle ihre Freistellung verlieren. Da es natürlich unzumutbar wäre, wenn diese „Herren Arbeitervertreter" wieder „richtig" arbeiten müßten – die meisten wissen vielleicht auch gar nicht mehr, an welchem Ende man einen Hammer anfaßt – mußten auf die Schnelle neue Posten gefunden werden. Und dies gleich „im Dutzend" – solches Ausmaß hat die Korruption bei HDW. Es sind bisher praktisch doppelt so viele Leute freigestellt und vom Unternehmen hochbezahlt worden, wie gesetzlich vorgeschrieben! Für die Geschäftsleitung war es eben schon immer etwas teurer, eine besondere „5.Kolonne" zu haben. Bei jeder BR-Wahl bisher mußte mal der eine oder andere abgehalfterte Betriebsrat einen Versorgungsposten kriegen. Aber gleich so viel auf einmal – das war noch nie da. Auch für erfahrene Zeitgenossen, die massive Kungelei und Schieberei schon gewohnt sind – schlägt das Ergebnis wirklich dem Faß die Krone ins Gesicht: **Der bisherige BR-Vorsitzende Werner Peters nimmt eine der beiden bisherigen BR-Sekretärinnen mit und wird Sachbearbeiter (oder besser: Berater?) beim HDW-Vorstand. Sein bisheriger Stellvertreter Karl-Heinz Peters wird neuer Chef der Personalabteilung und direkt zuständig für die anstehenden Entlassungen. Dafür wird der jetzige Chef – obwohl ein sehr agiler und unternehmenshöriger Typ – vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Für Otto Kock wurde flugs ein völlig neuer Posten aus der Taufe gehoben: *„Sachbearbeiter für gewerkschaftliche Angelegenheiten"*. D.h. er ist praktisch freigestellt und hochbezahlt wie bisher, arbeitet nun ganz offen als Gewerkschaftsspezialist für den Kapitalisten, stellt somit dessen verlängerten Arm im neuen BR dar. Praktisch ist er vom Unternehmen freigestellt, um dessen (und der IGM-Führung) Obstruktionspolitik gegen die neue, fortschrittliche BR-Mehrheit zu koordinieren. Außerdem bleibt er Vorsitzender des IGM-Vertrauenskörpers und hält so auch Verbindung zur rechten IGM-Führung. Dreister geht's nimmer !**

Auch ein anderer Posten wurde wieder neu geschaffen. Hamburger Leiter des „Betrieblichen Vorschlagswesens" wird Rudi Dutschke (der Mann heißt wirklich so – ist aber genau das Gegenteil davon.) . Eines seiner Hauptprobleme ist der „Kampf mit dem Alkoholismus". Seine bisherige Freistellung als BR (allein das schon ein Skandal) war praktisch erfolgt, damit er „versorgt" war und man ihn mit durchschleppen konnte. Einige andere Typen werden im „Sozialwesen" untergebracht, z.T. auch im Arbeitswirtschaftsbereich. Dort können einige bisherige „Spezialisten" der rechten BR-Clique mit ihren umfangreichen Erfahrungen dem Unternehmen dabei dienen, wie die umfassenden Rationalisierungspläne am besten organisiert und bei den Kollegen durchgesetzt werden können. Dagegen muß man es fast schon als ein bescheidenes Zubrot bezeichnen, wenn einer der bisherigen „Mafia"-Betriebsräte mit dem vergleichsweise minderen Posten eines Vorarbeiters im Hausbetrieb abgefunden wurde. Der jetzige Vorarbeiter, der vergeblich seit langem beantragt hatte, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, wird jetzt sofort auf Rente gesetzt. Die andere der beiden bisherigen BR-Sekretärinnen übernimmt diese Aufgabe jetzt bei einem Hauptabteilungsleiter. Dafür wird eine schwerbehinderte Kollegin von diesem Posten vertrieben! (Diese Liste erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.) Schlimm ist nicht nur, daß diese Arbeitervertreter nicht mehr wie andere ehrliche Kollegen praktisch arbeiten müssen. (Im Grunde genommen eine Garantie für jeden unternehmerhörigen BR, ohne Rücksicht auf Verluste Politik gegen die Kollegen zu machen. Im Notfall wird der Kapitalist sie schon versorgen!) Skandalös ist, daß diese Figuren – ohne auch nur noch zu versuchen, das „Gesicht zu wahren" – offen im Dienste der Geschäftsleitung ihr schmutziges Geschäft weiterverrichten! Und all dies mit voller Rückendeckung der IGM-OV!

Nach der Wahl: Boykott der Betriebsratsarbeit

Als die „aktiven Metaller" nach der Wahl anboten, zwei Betriebsräte der offiziellen IGM-Liste freizustellen, lehnten diese kategorisch ab. In einem Bereich ging es um Verhandlungen über Montagebedingungen, die schon länger andauerten und bei denen zwei rechte BR bisher beteiligt waren. Als die betroffenen Kollegen diese beiden um eine Weiterführung der Verhandlung baten, da sie schon eingearbeitet seien, lehnten diese „Gewerkschafter" dies ab und weigerten sich einfach. Als der neue BR den Beschluß faßte, beim Vorstand zu beantragen, wie bisher die gleiche Anzahl von Freigestellten (über das gesetzliche Maß hinaus) zuzubilligen, stimmten die Vertreter der „IGM"-Liste geschlossen dagegen! Dieselben, die jahre- und z.T. jahrzehntelang von diesen Funktionen persönlich profitiert haben. Fast schon alle Abstimmungen im neuen BR (15:12 – Mehrheit) haben klar zwei Fronten deutlich gemacht: „Aktive Metaller" plus „RGO" gegen IGM + DAG.

Klare Linie der IGM-OV und ihrer rechten Handlanger im Betrieb: Nach dem Verlust der Macht nun beim neuen BR kaputt machen, was nur möglich ist und die Arbeit so gut es geht, zu torpedieren – in hervorragender und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Die Kollegen sollen sehen: Das habt ihr nun davon, wenn ihr uns nicht mehr wählt. Um es dem neuen BR so schwer wie möglich zu machen, wurde von den Rechten in einer großen Aufräumaktion („Die Ratten verlassen das auf Kurs kommende Schiff") alles aus dem BR-Büro rausgeschleppt, was nicht „niet- und nagelfest" war. Gleich kiloweise verschwanden die Akten aus Schreibtischen und Schränken – für keinen kontrollierbar, was genau dabei mit über den Deich ging. Sogar Bilder wurden von den Wänden abgenommen. Die Schreibtische und Möbel wurden freundlicherweise da gelassen – wahrscheinlich weniger aus „Großzügigkeit" denn aus aktuellen Transportproblemen. Wieweit die „Entfernung" der einzelnen Unterlagen auch direkt dem Betriebsverfassungsgesetz widerspricht und damit auch illegal ist, läßt sich kaum feststellen. Aber unmißverständlich läßt diese brutale Aktion deutlich werden, was von der rechten Front in den nächsten drei Jahren noch zu erwarten ist: Alles in ihrer Macht stehende zu tun, um dem neugewählten BR die Arbeit so schwer wie möglich zu machen und damit die Interessen der Kollegen mit Füßen zu treten. Und es steht viel in ihrer Macht: Werden doch sämtliche Schweinereien dieser „Mafia" voll und ganz und sehr bewußt von der IGM-OV gedeckt.

Trotz allem hat die IGM-Führung natürlich reichlich Schwierigkeiten damit. Gerade unter vielen fortschrittlichen IGM-Kollegen in Hamburg und auch in anderen Betrieben wird der „Machtwechsel" im bisherigen IGM-„Musterbetrieb" mit Sympathie verfolgt und gibt es auch Solidarität für die „HDW-Rebellen". So geht das Gerücht um, daß die IGM-Führung bisher alle 16 Geschäftsführer abgeklappert und noch keinen gefunden habe, der sich als „neutraler Vorsitzender" für das Ausschlußverfahren gegen die 40 „Aktiven Metaller" (und 2 weitere DKP-Kollegen) zur Verfügung gestellt hätte. Fürwahr ein heißes Eisen. Dies läßt hoffen!

Ein Metall-Genosse

BR-Wahlergebnisse



Über 50 % der Stimmen – die oppositionelle Liste bei Siemens/Witten.

Siemens-Witten: Mehrheit für die Opposition!

574 Stimmen und damit knapp über 50% der Stimmen erhielt die oppositionelle „Belegschaftsliste", deren Spitzenkandidatin bereits als Betriebsrätin für die „RGO" im alten Betriebsrat vertreten war. Von den neun ihr zustehenden Sitzen kann die Liste allerdings nur sieben besetzen (sechs Frauen und ein Mann).

Davon profitiert die Liste der IGM, der mit 297 Stimmen nur vier Sitze zustehen, die aber jetzt sechs besetzen kann.

Drei weitere Listen erhielten jeweils einen Sitz.

Unklar ist, ob der bisherige Betriebsratsvorsitzende Rhein von der IGM-Liste, den zu stürzen sich die Opposition u.a. zum Ziel gesetzt hatte, dadurch wieder an die Spitze des Betriebsrates kommt (Information aus: „Roter Morgen", 8.5.).

Opel Bochum: Verluste für die GOG

Nur noch sieben Sitze und 19% (1978: neun Sitze, 1975: 12 Sitze/ 30%) erhielt die „Liste für die Belegschaftsforderungen" der „Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe" (GOG) bei Opel in Bochum.

Die IGM steigerte sich auf 61% und 23 Sitze (1978: 48%, allerdings kandidierte 1978 die CDA in der IGM und erhielt sechs Sitze, diesmal erhielten die CDA gute Plätze auf der IGM-Liste).

Zwei Sitze (7%) erhielt eine „Liste Werk 2", je einen der CMV und eine islamische Türken-Liste. Bei den Angestellten gewann die IGM drei, die DAG und eine unabhängige Liste je einen Sitz.

Die Listen-Vielfalt bei Opel ist erneut ein Ergebnis der von der GOG schon seit ihrer ersten Kandidatur 1972 (fünf Sitze) angegriffenen Mauschelpolitik. So wurden den CDU-Kandidaten von der CDA auf der IGM-Liste vier sichere und ein fünfter aussichtsreicher Platz angeboten; auch die DKP wurde durch einen aussichtsreichen Platz besänftigt; je zwei Plätze für Frauen und Ausländer sollten dann Ausdruck für repräsentative Demokratie sein (das Gros der Plätze ging dann an die SPD-Betriebsgruppe). Politisch allerdings war das Kalkül klar: um ihre Machtposition zu bewahren, war der IGM-Betriebsratsclique dieses Verfahren recht, gegenüber linken Kandidaten wurde allerdings rigoros verfahren. Der Vorschlag der GOG für eine Persönlichkeitswahlliste, auf der die verschiedenen Strömungen gekennzeichnet sind, wurde strikt abgelehnt. Als links verdächtige Gewerkschafter aus Werk 2 (SPD-Mitglieder) wurden mit einer Ausnahme auf der IGM-Liste nicht berücksichtigt, so daß diese Kollegen dann mit einer eigenen „Liste Werk 2" auftraten.

Für die GOG dürften schwierige Zeiten bevorstehen. Sie war wie schon in den vorherigen Wahlen mit einem Programm angetreten, das schwerpunktmäßig den konsequenten Klassenkampf gegen Mißstände propagiert und die Ablehnung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes enthält. Allerdings konnte auch die GOG bei dieser Perspektive keine Fortschritte machen, was bereits vor der Betriebsratswahl zu Diskussionen in der Gruppe geführt hat, ob man sich in der Weise überhaupt wieder zur Wahl stellen soll. Eine Minderheit fordert, die Arbeit an die Basis zu verlegen und auf den Freizeitbereich auszudehnen und für den Betriebsrat nur noch mit wenigen Kandidaten bereitzustehen, die hauptsächlich dafür sorgen sollen, Informationen aus diesem Gremium herauszuholen.

Karmann Osnabrück: Vier oppositionelle Kandidaten gewählt

11 Kollegen aus fünf verschiedenen Nationen hatten auf der Persönlichkeitswahlliste einen eigenen Block mit fortschrittlichem Programm gebildet. Vier von ihnen erhielten bei 4000 abgegebenen Stimmen jeweils etwa 800 Wählerstimmen und ziehen in den neuen 27-köpfigen Betriebsrat ein.

Zwei Kolleginnen von „Frauen in den Betriebsrat" gewählt

In der Zigarrenfabrik Andre, Werk Königslutter (bei Helmstedt), hatten vier türkische Arbeiterinnen eine Liste „Frauen in den Betriebsrat" gebildet. Auf der offiziellen Liste der NGG sahen sie insbesondere die Forderungen der vielen, schlecht bezahlten Frauen nicht ausreichend vertreten. Neben Forderungen zur Herabsetzung der Akkordsätze und für Neueinstellungen forderten sie vor allem höheren Lohn für die Frauen und stärkeren Schutz für alleinstehende Frauen mit Kindern. Zwei von ihnen wurden gewählt. Die Liste erhielt 81 der 292 abgegebenen Stimmen, die NGG bekam 197 Stimmen. Noch vor der Wahl hatte Fatma Ay ihre Kündigung erhalten, die vom Betriebsratsvorsitzenden unterstützt wurde. Er ließ Fatma gleichzeitig von der Liste der NGG streichen, woraufhin diese zusammen mit drei anderen Frauen ihre Frauenliste gründete. Die Kandidatur wurde durch sofortige Einreichung der Kündigungsschutzklage ermöglicht.

DIESES BLATT WOLLTEN WIR SCHON FRÜHER VERTEILEN! DIE PERSONALABTEILUNG HAT ES UNS VERBOTEN – EIN SCHWERER EINGRIFF IN DIE BETRIEBSRATSWAHL! ERST DURCH EINEN GERICHTSBESCHLUß GEGEN GRAETZ KONNTEN WIR UNS DURCHSETZEN

Wir stellen uns vor (bitte wenden) 1.4.81

Wir Betriebsratskandidaten und die Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die uns unterstützt , werden keine Liste mit Nummern durch die Runde geben, von Leuten,von denen man nicht weiß, wie sie sich ihre Betriebsratstätigkeit vorstellen.

Wir wollen zusammen in den Betriebsrat. Wir haben unsere Vorstellungen zusammen besprochen, wie wir sie gegenüber dem Unternehmen und gegenüber der Belegschaft vertreten werden.
Wer uns wählt, soll nicht die Katze im Sack kaufen.

Wenn Ihr einen von uns Kandidatinnen oder Kandidaten wählen wollt, bitten wir Euch, uns alle fünf zusammen zu wählen!

31	BENEKE,Marion	~~angestellte Meisterin~~ Lagerarbeiterin
32	MALONE,Lilli	~~Meisterin Vorarbeiterin~~ Packerin
15	GÖLZENLEUCHTER,Heinz	~~Meister Vorarbeiter~~ Reparateur
27	LENZE,Wieland	~~Vorarbeiter angestellter~~ Staplerfahrer
16	WILKE, Helmut	~~Vorarbeiter Meister~~ Packer

Auf der Rückseite dieses Blattes haben wir unsere Vorstellungen und Forderungen zusammengetragen.
Wir wollen uns für eine wirkliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen. Aber Versprechungen können wir nicht machen. Was wir innerhalb des Betriebs durchsetzen können, hängt nicht am Betriebsrat, sondern hängt hauptsächlich vom Verhalten der Belegschaft ab.
Und umgekehrt: Als Betriebsräte können wir nur gute Arbeit leisten, wenn wir uns auf die Belegschaft stützen.

Unsere wesentliche Aufgabe in den nächsten drei Jahren wird es sein, gegen die intensivere Arbeitshetze eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen und jeden Versuch abzublocken, noch mehr aus uns rauszuholen.

WARUM WURDEN WIR AN DER WAHLWERBUNG BEHINDERT ?
WEIL DIE GESCHÄFTSLEITUNG UNS NICHT IM BETRIEBSRAT SEHEN WILL!
WEIL WIR UNS FEST AUF DIE SEITE DER BELEGSCHAFT GESTELLT HABEN! DESWEGEN BITTEN WIR EUCH JETZT ERST RECHT UM EURE UNTERSTÜTZUNG

Zunächst verboten und nach der Einstweiligen Verfügung mit handschriftlichen Zusätzen verteilt – das Flugblatt der Graetz-Kollegen.

Graetz-Bochum: vier Sitze für die Opposition

In den 19köpfigen Betriebsrat ziehen vier fortschrittliche Kollegen ein, die mit einem weiteren Kandidaten als fortschrittlicher Blockvorschlag auf der IGM-Liste kandidiert hatten. Die vier belegen nach der Auszählung die Plätze 3, 7, 9 und 13. Mit 662 Stimmen schnitt ihr bester Kandidat nicht viel schlechter ab, als die bisherige Betriebsratsvorsitzende (758).

Die Wahl der Vier war erschwert worden, als die Geschäftsleitung die Verteilung ihres Flugblattes untersagte: *„Die Schrift enthält verschiedene Äußerungen, die diskriminierender und polemisierender Art sind. Derartige Äußerungen sind geeignet, den ordnungsgemäßen Betriebsablauf zu stören. Einer Verbreitung derselben kann bereits deshalb nicht zugestimmt werden".*

Die Graetz-Hausjuristin präzisierte dies später so: *„Es gibt bei Graetz keine Arbeitshetze, wenn man schreibt, daß es Arbeitshetze gibt, dann ist das diskriminierend und polemisierend."*

Der von den Kollegen gestellte Antrag auf Einstweilige Verfügung hatte, wenn auch spät, Erfolg: Sie konnten ihre Flugblätter am Wahltag, versehen mit handschriftlicher Ergänzung (siehe Faksimile), verteilen. Sowohl diese Behinderung als auch die Hetze im Betrieb (anonyme Flugblätter gegen die „Roten"), änderten nichts am beachtlichen Erfolg (Information: „Revier", 5/80).

Gewerkschaftsausschlüsse nach den BR-Wahlen

Gegen drei Kandidaten einer oppositionellen Liste bei der **HHLA in Hamburg** hat die ÖTV-Bezirksleitung ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, zusammen mit einem wegen „RGO"-Mitgliedschaft ausgeschlossenen Kollegen kandidiert zu haben.

***

Sieben Kollegen bei **Daimler Benz** in Bremen droht der Ausschluß aus der IGM. Das Verfahren gegen sie ist eingeleitet worden, weil sie *„sich nicht nach dem Wahlprogramm der IGM verhalten"* hätten – die sieben waren als fortschrittlicher Block auf der IGM-Liste zur Persönlichkeitswahl angetreten und hatten vier Sitze bekommen. Ebenso wird ihnen die Herausgabe eines zunächst anonym vertriebenen Informationsblattes „IGM Kollegen von Daimler Benz informieren" angelastet („Bremer Morgenpost", 30.4.).

***

Eine Überraschung bietet die kleinste Gewerkschaft im DGB, die Gewerkschaft Leder. Im größten Lederbetrieb der Bundesrepublik, bei **Freudenberg in Weinheim**, hatte die oppositionelle Liste „Frischer Wind" 36% der Stimmen (1.600) und sieben Sitze errungen. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" erklärte Leder-Vorstandsmitglied Kaiser, man wolle die Oppositionellen nicht ausschließen, sondern versuchen, mit ihnen zusammenzuarbeiten („FR", 29.4.) – das ist tatsächlich mal was Neues im DGB.

Vorstandsmitglied Kaiser, man wolle die Oppositionellen nicht ausschließen, sondern versuchen, mit ihnen zusammenzuarbeiten („FR", 29.4.) – das ist tatsächlich mal was Neues im DGB.

Die alte RGO wühlt wieder

Keine Partner

Wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens wurden Uwe Jessen (KWU), Gerhard Lux (AEG-Brunnenstraße), Susanne Senger-Kühn (BSHG), Dieter Müller (BSHG), Ludvik Dedek (BSHG), Werner Adomatis (Solex) und Andreas Kuhmichel (Daimler-Benz) vor Jahren aus der IG Metall ausgeschlossen.

Bei den Betriebsratswahlen 1981 traten diese sogenannten „Arbeitervertreter" in verschiedenen Betrieben wieder mit „offenen Briefen" und Flugblättern in Erscheinung. Sie biedern sich als Interessenwahrer der Kollegen an, versichern, für die Persönlichkeitswahl zu sein, und beschimpfen gleichzeitig die Kollegen der IG Metall.

So geschehen bei Telefunken Rundfunk und Fernsehen GmbH, DVG Solex und KWU. Die Jessen, Adomatis, Kuhmichel etc. haben zwar ihre kommunistischen Vereinsnamen geändert, doch sie sind die geblieben, die die IG Metall vor Jahren zu Recht ausgeschlossen hat: nämlich Gewerkschaftsfeinde.

So ist es nur folgerichtig, daß die Ortsverwaltung dummdreist gestellte Anträge auf Wiederaufnahme in die IG Metall abgelehnt hat.

Dieser Artikel stammt aus der „Berlin-Seite" der Zeitung „Metall" vom 11.3.1981. Die rechte Westberliner IGM-Führung war schon in früheren Jahren durch offene Denunziation linker Kollegen und Veröffentlichung von Namenslisten von ausgeschlossenen Gewerkschaftern aufgefallen. Auch in diesem Fall das gleiche Strickmuster. Der Buhmann „Gewerkschaftsfeind" dient diesen rechten Gewerkschaftern dazu, die Persönlichkeitswahl abzulehnen und ihre eigene Mauschelpraxis zu rechtfertigen. Immerhin haben einige dieser „Gewerkschaftsfeinde" trotz der IGM-Hetze beachtliche Ergebnisse erzielen können: die BSHG-Kollegen (Bosch-Siemens-Hausgerätewerk) erreichten über 51% der Stimmen, die KWU-Kollegen 20,3% – aus den anderen Betrieben liegen uns die Ergebnisse noch nicht vor.

zielen können: die BSHG-Kollegen (Bosch-Siemens-Hausgerätewerk) erreichten über 51% der Stimmen, die KWU-Kollegen 20,3% – aus den anderen Betrieben liegen uns die Ergebnisse noch nicht vor.

Tauziehen um Patschkowski-Nachfolger

Die große Auseinandersetzung wurde zwar auf Ende Juni vertagt, doch die Delegiertenkonferenz der IG Chemie Verwaltungsstelle Hann. Münden am 24. April im Saal des ,,Deutschen Garten" geriet zu einer eindeutigen Willensbekundung der Gewerkschaftsbasis gegen die Politik des Hauptvorstandes in Hannover. Ursprünglich vorgesehen war die Bestätigung eines Nachfolgers für den Mitte März überraschend verstorbenen Geschäftsführer der hiesigen Verwaltungsstelle, Ferdi Patschkowski. Patschkowski, im März 1979 vom IG Chemie-Hauptvorstand seines Amtes enthoben und wenig später aufgrund massiver Proteste aus den Betrieben wiedereingesetzt, galt als einer der entschiedensten Verfechter einer basisbezogenen Gewerkschaftspolitik innerhalb der IG Chemie. Auf dem heißumkämpften Gewerkschaftstag im letzten Jahr hatte sich Patschkowski zusammen mit Paul Plumeyer als Exponenten der linken Opposition vergebens um einen Sitz im Hauptvorstand dieser Organisation beworben.

Die Wahl eines Nachfolgers für Ferdi Patschkowski geriet zum Politikum. War es für die Gewerkschaftsfürsten um Karl Hauenschild eine Prestigefrage, den aufmüpfigen Göttinger Bereich nun endlich auf Vordermann zu bringen, so mußte den hiesigen Betriebsräten und Vertrauensleuten daran gelegen sein, mit einem geeigneten Nachfolger die erfolgreiche Gewerkschaftspolitik Patschkowskis fortzusetzen. Für den Verwaltungsstellenvorstand zeichnete Waltraud Schneemann die Stationen des Tauziehens

zu bringen, so mußte den hiesigen Betriebsräten und Vertrauensleuten daran gelegen sein, mit einem geeigneten Nachfolger die erfolgreiche Gewerkschaftspolitik Patschkowskis fortzusetzen. Für den Verwaltungsstellenvorstand zeichnete Waltraud Schneemann die Stationen des Tauziehens

nach. So benannte die Hann Mündener Geschäftsstelle am 18. März den Kollegen Weith als kommissarischen Geschäftsführer, zu dessen Ernennung der Hauptvorstand erst zwei Wochen später seine Zustimmung gab. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden die Kollegen Hexel und Dreibus, beide aus Hessen, als Wunschkandidaten des Verwaltungsstellenvorstands bekanntgegeben.

In einem Gespräch mit dem IG Chemie Hauptvorstand lehnten die Mitglieder der Hann Mündener Verwaltungsstelle Ende März dessen Vorschläge ab, ein Bezirkssekretär solle vorläufig die Geschäfte führen, während sich eine ,,Kleine Kommission" mit der Nachfolger-Frage beschäftigen solle. Als diese Taktik offensichtlich gescheitert war, ging der Hauptvorstand dazu über, endlich konkrete Namen in die Diskussion zu bringen. Die Hannoveraner IG Chemie-Spitze machte sich dabei das in der Satzung verankerte Vorschlagsrecht in bezug auf Nachfolgekandidaten zunutze und ließ unmißverständlich durchblicken, daß man in diesem Falle nicht gewillt sei, die Nachfolgefrage durch die zweifellos kompetentere Verwaltungsstelle Hann Münden selbst entscheiden zu lassen. Grund: Deren Wunschkandidaten Hexel und Dreibus seien ,,nicht integrationsfähig". Vorstandsmitglied und Aufsteiger Wolfgang Schultze, bekannt durch sein rabiates Vorgehen bei der Kündigung des Kollegen Danielowski, wurde deutlicher: Dreibus und Hexel seien aus ,,politischen Gründen" nicht tragbar, im Klartext wohl deswegen, weil sie sich auf dem letzten Gewerkschaftstag für den Oppositionskandidaten Plumeyer erklärt hatten.

Frau Schneemann erklärte unter lebhaftem Beifall der Delegierten, die uneingeschränkte Fortsetzung der Gewerkschaftspolitik Patschkowskis verlange u.a. einen weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit, die Beibehaltung der erfolgreichen Bildungsarbeit zusammen mit der Organisation ,,Arbeit und Leben". In der anschließenden Diskussion appellierten sämtliche Redner an den Hauptvorstand, auf sein Vorschlagsrecht zu verzichten und die anstehende Wahl des Nachfolgers dem Verwaltungsstellenvorstand vor Ort zu überlassen. Einzig dem Bezirkssekretär Meister fiel die undankbare Aufgabe zu, die Politik des IG Chemie Hauptvorstands mit einigen dürftigen Worten verteidigen zu müssen. Meister, nach eigener Aussage *,,schon gewohnt, daß man hier keinen Beifall bekommt"* wurde von einem Kollegen treffend gekontert, er müsse *,,sich seinen Beifall eben auf der anderen Seite suchen!"*

Viele Betriebsräte und Vertrauensleute gaben mit praktischen Beispielen zu verstehen, wie sehr der verstorbene Ferdi Patschkowski die gewerkschaftliche Organisierung auch in kleinen Betrieben gefördert und ihnen mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden habe. *,,Ferdi war kein Technokrat, der vom Schreibtisch aus den Held spielt"* lautete die einhellige Meinung der Kollegen. Damit wurde klar, welche Art von Geschäftsführer man sich für die Zukunft wünscht.

Mit der Schlußabstimmung über zwei Initiativanträge erwies sich die Delegiertenkonferenz endgültig als eine klare Demonstration gegen die IG Chemie-Fürsten in Hannover. Dem Verwaltungsstellenvorstand wurde einstimmig das volle Vertrauen ausgesprochen, verbunden mit einer Aufforderung an den Hauptvorstand, unverzüglich mindestens zwei Nachfolgekandidaten zu benennen. Ein Göttinger Kollege brachte die Stimmung auf den Punkt: *,,Der Hauptvorstand lehnt unsere Kandidaten aus politischen Gründen ab. Wie ich höre, sind sie beide Mitglieder der SPD. Ich frage mich, welcher Partei man eigentlich angehören muß, um Geschäftsführer einer IG Chemie-Verwaltungsstelle zu werden?"*



Die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden will die Politik des verstorbenen Ferdinand Patschkowski auch gegen den Willen des Hauptvorstandes der IG Chemie fortsetzen.

Neues aus der IG Chemie

Neues aus der IG Chemie



Sitzung der IG Chemie Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden nach Patschkowskis Tod

Ein eindrucksvolles Beispiel von Widerstand gegen die Säuberungswelle in der IG Chemie lieferte die Sitzung der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, die unter ihrem kürzlich verstorbenen Geschäftsführer Patschkowski zur Spitze der Opposition in der IG Chemie gegen den Hauenschild-Kurs zählt (siehe nebenstehenden Bericht).

In einer anderen Verwaltungsstelle, in Nienburg/Weser, hatte der Hauenschild-Vorstand zunächst einmal Erfolg. Nach der Drohung, die gesamte Verwaltungsstelle aufzulösen (siehe AK 194, „Ein Vorstand sieht rot"), ist jetzt der Geschäftsführer Werner Schepoks zurückgetreten. Er war dem Hauptvorstand als Plumeyer/Patschkowsky-Anhänger im Wege.

Gescheitert ist der Versuch der IG Chemie-Führung, ihren Opponenten und nicht wiedergewähltes Vorstandsmitglied Paul Plumeyer als Redner auf der Mai-Kundgebung des DGB in Mainz auszuladen. Plumeyer hatte diese Einladung schon vor seiner Abwahl auf dem Gewerkschaftstag erhalten. Der DGB-Kreis Mainz lehnte das Ansinnen der IG Chemie-Führung einstimmig ab.

Entschließung

Die Delegierten sind der Auffassung, daß die bisherige erfolgreiche Arbeit in der Verwaltungsstelle fortgesetzt und weiterentwickelt werden soll. Grundlage für die zukünftige Arbeit sollen dabei gleichrangig und gleichgewichtig die folgenden Punkte sein:

1. Betriebsnahe Betreuung der Mitglieder
2. Weiterer Ausbau und Unterstützung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Arbeit
3. Konsequente Ausschöpfung des Betriebsverfassungsgesetzes, orientiert an den Interessen der abhängig Beschäftigten
4. Gegenseitige Information und Zusammenarbeit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern
5. Die Bildungsarbeit der Verwaltungsstelle muß wie in der Vergangenheit im vollen Umfang fortgeführt und weiterentwickelt werden.
6. Weiterführung der Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben, Durchführung von Seminaren nach dem Nds. Bildungsurlaubsgesetz und nach dem Betriebsverfassungsgesetz, §§ 37,6 und 37,7.
7. Die Integration der Gruppenarbeit für Frauen, Angestellte und Jugendliche in der Gesamtorganisation verstärken
8. Weiterhin Einbeziehung der Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder in der Tarifpolitik
9. Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung und dem Bezirk bei der Lösung der Probleme der Mitglieder in den Betrieben.

Die gegenwärtige gesellschaftspolitische und ökonomische Situation erfordert solidarisches Zusammenstehen aller Arbeitnehmer. Dieses ist unsere Aufgabe und unser Ziel.

einstimmig angenommen!

DGB-Führung schießt wieder gegen links: Maulkorb für politische Meinungsäußerung

Wenn Oskar Vetter, Eugen Loderer und Karl Hauenschild für die SPD zum Europaparlament kandidieren, also öffentlich Parteipolitik betreiben, dann ist das normal im DGB. Wenn allerdings Betriebsrat X und Vertrauensmann Y einen Aufruf gegen Franz Josef Strauß, den „Krefelder Appell" oder das „Alternative Wirtschaftsgutachten" unterschreiben, dann würden diese versuchen, *„ihren Vorstellungen im Bereich der Gewerkschaften durch Unterschriftensammlungen besonderes Gewicht zu verleihen"*, und sie würden damit *„in der Öffentlichkeit den Eindruck innergewerkschaftlicher Uneinigkeit erwecken"*.

Solcherlei Sorgen macht sich der DGB-Bundesvorstand, der auf seiner letzten Sitzung unter dem Titel *„Sammlung von Unterschriften im Gewerkschaftsbereich"* eine neue Richtlinie erlassen hat, die dem DGB-Bundesausschuß zur Verabschiedung vorgelegt werden soll (erstmals zitiert in „FR", 7.5.). Danach sollen Gewerkschaftsfunktionäre zukünftig keine politische Aufrufe mehr mit der Nennung ihrer Funktion unterzeichnen dürfen. Bereits bei den Anti-Strauß-Aktivitäten von Gewerkschaftern ist eine solche Maßnahme im DGB diskutiert worden. Die Aktivitäten zum „Krefelder Appell" und zum jüngst vorgelegten „Alternativen Wirtschaftsgutachten" haben jetzt den unmittelbaren Anstoß für diese Richtlinie gegeben. So berichtet die „FR", daß der Entwurf für die Richtlinie aus der Wirtschaftsabteilung des DGB kommt und sich ausdrücklich auf die Unterzeichner des „Memorandums" bezieht, das im letzten Jahr immerhin über 200 zum Teil prominente Unterzeichner aus verschiedenen Gewerkschaften gefunden hat. Unklar ist noch, wie die Richtlinie angewandt werden soll, da der DGB kein Maßregelungsrecht über die Gewerkschaftsfunktionäre hat. Es ist damit zu rechnen, daß versucht wird, sie im Stile der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf alle Einzelgewerkschaften zu übertragen, die dann für die Einhaltung der Richtlinie sorgen müßten. So berichtet die „Neue" vom 8.5., daß der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV allen Beschäftigten der Hauptverwaltung *„empfiehlt"*, das „Memorandum" nicht zu unterschreiben. Gerade aus der HBV kamen besonders viele Unterschriften in den letzten Jahren, u.a. im Vorjahr vom geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglied Christian Götz. Ist die Richtlinie erst einmal verabschiedet, würde zukünftig mit Sicherheit nicht mehr nur mit „Empfehlungen" gearbeitet werden.

Von Meinungsvielfalt keine Spur

Die Begründung für die neue Richtlinie ist haarsträubend. Neben der schon vorher zitierten „Uneinigkeit" – offensichtlich fürchten die DGB-Führer das Austragen von Differenzen – müssen die Mitgliederstärke und der angeblich „demokratische Aufbau" der Gewerkschaften dafür herhalten, die gewerkschaftliche Meinungsäußerung zumindest auf der Linken auf die Vorstandsmeinung zu reduzieren. Daraus resultiert, lt. Begründung für die Richtlinie, daß die Vorstände der Gewerkschaften genügend legitimiert seien, *„ihnen zu wesentlich erscheinenden gesellschaftspolitischen Problemen Stellung zu nehmen und verbindliche Positionspapiere zu verabschieden"*.

Das Recht des einzelnen Mitgliedes wird darauf reduziert, sich im Rahmen der Gewerkschaft *„aktiv zu beteiligen und seine persönliche Meinung beizusteuern"*. Wer dann noch zusätzlich meint, mit seinem Namen und seiner Funktion für seine Meinung eintreten zu müssen, widerspricht lt. DGB dem *„demokratischen Selbstverständnis"*.

Daß bei einer solchen Position Minderheiten untergebügelt werden, ist nur die auffälligste Auswirkung dieser Richtlinie; daß die DGB-Spitze aus Gründen ihrer Bindung an diesen Staat und seine ihn tragenden Parteien sowie des Parteienproporzes im DGB brisante Fragen ausklammert, ist bekannte Praxis, zu der jetzt offensichtlich noch jedes einzelne der fast acht Millionen DGB-Mitglieder verurteilt werden soll.

Man stelle sich einmal vor, die DGB-Führer, die linke Kritiker mit HInweis auf Polen gern mundtot machen wollen, würden mit solcher Richtlinie gegen die Meinungsvielfalt und das offene Austragen politischer Positionen vor die Arbeiter in Polen treten: eine solche DGB-Führung wäre schon längst zum Deubel gejagt worden....

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Verfassungsschutz in den Betrieben weiter aktiv

Anfang des Jahres, wenige Wochen vor den diesjährigen Betriebsratswahlen, hatte Innenminister Baum die Öffentlichkeit mit der Ankündigung überrascht, zukünftig auf die Computer-Überwachung von Betriebsratskandidaten durch den Verfassungsschutz verzichten zu wollen. Stattdessen sollte der Verfassungsschutz verstärkt Spitzel in den Betrieben anwerben, die gezielt auf linkslastige Kandidaten angesetzt werden.

Der DKP war es im März dieses Jahres gelungen, einen solchen hinterhältigen Anwerbeversuch bei der Münchener Berufsfeuerwehr aufzudecken. Ein gewisser „Herr Borchert", der sich zunächst als Mitglied der ÖTV-Landesleitung ausgab, sich schon bald aber als Beamter des bayerischen Innenministeriums zu erkennen gab, wollte den beamteten Brandmeister und ÖTV-Gewerkschafter Rudolf Treibl anwerben, Informationen über „linkslastige" Kandidaten für die Personalratswahlen sowie über die DKP zu liefern. Nach Absprache mit seinen Freunden ging der Feuerwehrmann zunächst zum Schein auf den Vorschlag ein. „Borchert" zahlte dafür im Laufe von vier Wochen 1.180 DM und stellte in Aussicht, für einen besseren Posten bei der Feuerwehr zu sorgen. Für den Fall, daß Rudi innerhalb der DKP Funktionen übernähme, wurden auch höhere Geldbeträge in Aussicht gestellt.



Setzt sich mit quietschenden Reifen ab: Geheimdienstler "Borchert" mit einem Audi M-XX-2289

Schließlich verabredete Rudi mit seinen Freunden, den Mann bei einem Treff zu fotografieren. Alles war vorbereitet, aber „Borchert" roch den Braten und konnte sich mit quietschenden Reifen rückwärts mit seinem Audi M - XX 2289 absetzen und raste trotz roter Ampel davon.

Später erhielt der wackere Brandmeister noch einen Anruf: „Das verspreche ich dir, wenn etwas an die Öffentlichkeit kommt, dann kannst du deinen Posten als Beamter vergessen!"

Das Geld, das Rudi erhalten hatte, stellte er sinnigerweise einem Unterstützungsfonds für Berufsverbote-Opfer zur Verfügung.

Welche fatalen Konsequenzen die Schnüffelei in den Betrieben hat, bekam der in der Landeszentralbank in Neuss langjährig beschäftigte Hartmut Lohse zu spüren. Weil er Mitglied der DKP ist, wurde er von einer Minute zur anderen gefeuert. Vertreter der Personal- und der Rechtsabteilung ließen ihn grad noch sein persönliches Eigentum vom Arbeitsplatz holen und setzten ihn dann auf die Straße.

Im Kündigungsschreiben heißt es: *„... Es ist als die größte Schalt- und Clearingstelle im gesamten automatisierten Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank ein sicherheitsempfindlicher, für Spionage und Sabotage besonders anfälliger Bereich des Öffentlichen Dienstes, weil die Mitarbeiter Einblick in einen wesentlichen Teil aller Zahlungsvorgänge aus dem öffentlichen und privaten Bereich nehmen können und die Möglichkeit haben, z.B. durch Vernichtung oder Verfälschung von Daten, Programmen etc. den Zahlungsverkehr in der Bundesrepublik Deutschland empfindlich zu stören oder gar zum Erliegen zu bringen ..."* (zit. nach „UZ", 24.4.).

Hartmut Lohse wird also nicht etwa eine Verfehlung o.ä. vorgeworfen, sondern lediglich, daß er vielleicht irgendwann mal könnte ...

Ob eine derartige Kündigungsbegründung vor dem Arbeitsgericht Bestand haben wird, läßt Hartmut Lohse am 7. Mai in erster Instanz vor dem Arbeitsgericht Neuss klären. Deutlich wird allerdings: Im Zuge verstärkter Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen gehen die Herrschenden sogar schon zu „Vorbeuge-Kündigungen aus Gesinnungsgründen" über. Das hat auch mit stinknormalem bürgerlichen Recht nichts mehr zu tun.



Hartmut Lohse

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

IG Bergbau hetzt gegen Pazifismus und Antimilitarismus

Viele Gewerkschafter und eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Gremien haben inzwischen den ‚Krefelder Appell', der sich gegen den ‚Nachrüstungs'beschluß der NATO wendet, unterzeichnet. Als vehementer Gegner dieser Kräfte und als treuer Kettenhund der sozialliberalen Regierungspolitik profiliert sich z.Zt. die IG Bergbau und Energie. In ihrer Zeitung „Einheit" warnte der Chefredakteur Horst Niggemeier vor jenen Kräften, *„die jetzt mit sorgfältig organisierten Kampagnen in der Bundesrepublik nicht nur gegen ‚Nachrüstung', sondern mehr noch für ein pazifistisches Klima agitieren. Eine Ausweitung der offenkundigen pazifistischen Tendenzen könnte für die SPD als Regierungspartei und auch für das politische Klima in der Bundesrepublik ebenso unübersehbare wie unerwünschte Folgen haben"* („Einheit", 15.2.).

Zur Unterstützung seiner Warnungen vor dem Pazifismus greift Niggemeier auf das Arsenal des Kalten Krieges zurück; so auf den Ausspruch des „legendären SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der den Pazifismus als „großherzige Formel des politisierenden Kleinbürgertums" begriff. Zustimmend zitiert Niggemeier auch den Satz Schumachers, daß „die Diskussion ‚für den Frieden' heute ein Stück Kriegsvorbereitung der Sowjetmacht ist".

Da nun - so Niggemeier - „Demokratie und Freiheit" die westliche Welt kennzeichne, während im Osten „Diktatur und Unfreiheit" herrsche, müßten sich *„alle Demokraten zum Schutz der eigenen Freiheit verteidigungsfähig halten"*. Während Niggemeier auf der einen Seite gegen den Pazifismus wettert, belegt er die Aggressivität der Sowjetunion gerade damit, daß diese nicht jeden Krieg ablehne. Die von ihm zitierte Unterscheidung eines sowjetischen Generals zwischen imperialistischen Eroberungskriegen und revolutionären Kriegen, Bürgerkriegen der Arbeiter und nationalen Befreiungskriegen, die gerechtfertigt seien, dient ihm als Beleg dafür, daß *„die kriegerische Gewalt KP-offiziell ausdrücklich gerechtfertigt"* wird.

Um die „eigentlichen Ziele" der Initiatoren des ‚Krefelder Appells' zu kennzeichnen,greift Niggemeier wieder auf ein Wort Kurt Schumachers zurück;es gehe um die *„Lähmung und Zersetzung der seelischen und willensmäßigen Kräfte in Westdeutschland"*. Von hier bis zum Vorwurf der Wehrkraftzersetzung oder - wie im Fall der Hamburger IGM-Sekretärs Hermann Gassmann - der landesverräterischen Beziehung zum Osten ist es dann nur ein kleiner Schritt.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß er den ‚Krefelder Appell' ausschließlich als DKP-Initiative ansieht, für die dank der *„exzellenten Arbeit von DFU-Weber und seinen Hintermännern"* einige Bündnispartner wie die „Chefin" der Grünen, Petra Kelly, und der „Profi-Abweichler" Klaus Thüsing gewonnen wurden.

In ihrer April-Ausgabe greift die „Einheit" das Thema noch einmal auf. Es war nämlich der IG-Bergbau-Delegation auf der DGB-Kreisjugendkonferenz in Essen nicht gelungen, die Unterstützung des ‚Krefelder Appells' durch dieses Gremium zu verhindern.

Verärgert stellt die IG-Bergbau fest: *„Ganz sauer waren die IGBE-Delegierten, daß ihnen auf dieser Konferenz mangelnder Friedenswille unterstellt wurde"* („Einheit",15.4.). Für die IG-Bergbau ist dies Anlaß genug, noch einmal kräftig gegen den ‚Krefelder Appell' zu holzen: *„Der sogenannte ‚Krefelder Appell' entlarvt sich mehr und mehr als d i e taktische Meisterleistung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) seit ihrem Bestehen... Die eiskalte Kalkulation der DKP, den unbestreitbar vorhandenen Friedenswillen gutgläubiger Demokraten für ihre parteitaktischen Ziele benutzen und kanalisieren zu können, ist aufgegangen... Davon kann auch die Gewerkschaftsjugend als Hauptzielgruppe kommunistischer Agitation nicht verschont bleiben"* (ebd.).

DGB-Bundesjugendausschuß zur Kriegsgefahr

Wie nun die Sicht in der Führung der Gewerkschaftsjugend zur Kriegsgefahr ist, dokumentiert ein Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses, der wenige Tage später bekannt wurde. In diesem Beschluß findet sich keine Absage an die ‚Nachrüstung' und damit auch keine Unterstützung der Forderungen des ‚Krefelder Appells'. Stattdessen wird in dem Beschluß gefordert:

„Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.

Sofortige Ratifizierung von SaltII. Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.

Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa" („FR", 22.4,).

An einigen Passagen in dem Beschluß wird aber deutlich, daß auch der DGB-Bundesjugendausschuß die USA für die Verschärfung der Weltlage verantwortlich macht. So heißt es: *„Mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist der Frieden nicht sicherer geworden. Im Gegenteil"*. Und an anderer Stelle fordert das Papier, *„die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion genau zu prüfen und zum Anlaß für weitere Überlegungen im Sinne von Rüstungsabbau zu nehmen. Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Auffassung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar"*.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nahm diesen Beschluß zum Anlaß, in einer Presseerklärung öffentlich „entschieden" dagegen zu protestieren. Nach Auffassung des GTB-Hauptvorstandes erwecke das Papier des DGB-Bundesjugendausschusses in unsachgemäßer Weise den Eindruck, daß sich die USA mit ihrer Politik friedensfeindlich verhielten. Die Erklärung der Gewerkschaftsjugend stehe „wegen ihrer einseitigen und undifferenzierten Tendenzen nicht mit den Grundsätzen der Einheitsgewerkschaft und dem Sicherheitsanspruch aller Menschen in Übereinstimmung" („Die Neue", 22.4.).

In den Gewerkschaften bahnt sich eine Auseinandersetzung an, die darüber entscheidet, ob die Gewerkschaften sich zum reinen Militär-, Aufrüstungs- und Kriegspropagandisten in der Arbeiterschaft entwickeln oder ob in ihnen eine wirkliche Diskussion um den Friedenskampf möglich ist. In dieser Auseinandersetzung mitzumischen, sollte Aufgabe aller Antimilitaristen in den Gewerkschaften sein.

Kommission Betrieb &Gewerkschaft





Bergleute in kämpferischer und antimilitaristischer Tradition

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein (Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Faschisten organisieren Jubel-Demonstration für die Junta



10.000 Türken demonstrierten am Sonntag, den 26.4., in Westberlin für die Militärjunta. Die Aktion stand unter der zentralen Parole: „Treue und Gruß aus der Ferne an den Staat und an die ruhmreiche türkische Armee". Aufgerufen hatte ein Organisationskomitee, dem bekannte türkische Faschisten, Mitglieder der „Grauen Wölfe", angehören. So Kenan Parlar, der Gründer des Idealiststenvereins („Graue Wölfe") in Westberlin im Jahre 1965. Ebenso gehörte dem Organisationskomitee Aydin Sürer an, der zwei Jahre lang Vorsitzender des Idealistenvereins war. Kenan Parlar fungierte nicht als ‚Mitläufer", sondern war offensichtlich eine der zentralen Figuren, denn er hielt die Rede für die Veranstalter auf der Abschlußkundgebung. Dabei gab er selbst an, gerade aus der Türkei zurückgekommen zu sein, von wo er „Grüße des Hauptkommandanten" mitbringe (Angaben nach Hürriyet vom 28.4.81, nach der Übersetzung aus dem „türkei-info-dienst" Nr.3). Mobilisiert wurde für die Demonstration auch von den großen in der BRD erscheinenden türkischen Tageszei-

tion auch von den großen in der BRD erscheinenden türkischen Tageszei-

tung „Hürriyet" und „Tercüman". Sie war eine Reaktion auf die am 14. 3.81 stattgefundene Demonstration linker türkischer Organisationen, was von den Organisatoren auch ausdrücklich zum Ausdruck gebracht wurde. Mobilisiert wurde von den Faschisten und den Junta-Anhängern vor allem unter nationalistischen Parolen. Demagogisch wurde dabei der Wunsch vieler Türken in der BRD nach einer nationalen Identität in Verbindung gebracht mit einer Unterstützung des gegenwärtigen Regimes.

Während der Demonstration kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und deutschen Polizisten einerseits und antifaschistischen Gegendemonstranten andererseits. 500 Gegendemonstranten waren am Kundgebungsplatz erschienen. Sie wurden von den Faschisten sofort mit Steinen beworfen, ohne daß die dazwischen stehende Polizei eingriff. Erst als die Steine auch in die andere Richtung flogen, verfolgte die Polizei natürlich die Gegendemonstranten. Ein Linker wurde durch einen Bauchschuß von einem

monstranten. Ein Linker wurde durch einen Bauchschuß von einem



Mit gezücktem Säbel und in alttürkischer Rüstung führte ein türkischer Faschist die Pro-Junta-Demonstration an.

Mit gezücktem Säbel und in alttürkischer Rüstung führte ein türkischer Faschist die Pro-Junta-Demonstration an.



Faschisten schwer verletzt. Insgesamt gab es bei den Gegendemonstranten 40 Verletzte, davon drei schwer. 4 Türken wurden verhaftet, davon droht zweien die Ausweisung.

Ein besonders willkürlicher Fall wurde auf einer Pressekonferenz berichtet:*„Der Mann saß auf den Stufen der Gedächtniskirche, nachdem die Polizei die linke Gegendemonstration auseinandergeknüppelt hatte. Plötzlich wurde er von der Besatzung eines Mannschaftswagens umringt und festgenommen. Ein Zivilpolizist will ihn aufgrund seiner „auffälligen Kleidung" – graues Jacket, graue Mütze – wiedererkannt haben. Er habe am Nollendorfplatz Steine geschmissen. Seine Frau geriet durch die Festnahme in Panik, beschimpfte die Polizisten und schrie unter Tränen, sie sollten ihren Mann freilassen. Dabei schlug sie mit der Handtasche gegen eine der ‚Wannen'.*

‚Plötzlich sprangen die Bullen aus einer der Wannen und schlugen die Frau brutal zusammen. Sie beförderten sie mit den Füßen zuerst in die Wanne und einer schob mit dem Stiefel ihren Kopf durch die Tür. Dann sprang ein Polizist nochmal aus der Wanne, hob zwei Steine auf und verschwand damit wieder in dem Auto' berichtete eine Frau... Die Frau wurde nach der Vernehmung mit einer förmlich zertretenen Hand wieder entlassen. Ihr wird jetzt wohl Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen" („taz-berlinteil", 4.5.81).

Gegen den Mann erging Haftbefehl wegen „schweren Landfriedensbruch". Der Haftbefehl wurde gegen die Auflage, sich täglich bei der Polizei zu melden, außer Kraft gesetzt. Jetzt betreibt die Ausländerpolizei gegen beide ein Abschiebeverfahren.

Türkei-Kurzmeldungen

Nachdem am Anfang dieses Jahres insgesamt 306 führende Gewerkschafter hinter Gefängnismauern verschwanden und dort auf ihre Aburteilung durch Militärgerichte warten, wurde im Februar im Rahmen der Kampagne gegen antifaschistische Künstler und Intellektuelle im Ausland auch die Ausbürgerung von 34 Gewerkschaftsfunktionären verschiedener Einzelgewerkschaften der DISK angekündigt, die sich angeblich im Ausland aufhalten sollen. Sie sollten sich bis zum 5. März in der Türkei den Sicherheitsbehörden stellen („türkei-information" Nr. 7).

Daß es sich hierbei um einen Schachzug handelt, der die Stimmung gegen die „Vaterlandsfremden Oppositionellen im Ausland" schüren und zur Verhaftung der Gewerkschafter führen sollte, wird an einer — uns erst jetzt bekannt gewordenen — Erklärung eines Teils der gesuchten 34 deutlich. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß sich die von der Ausbürgerung Bedrohten keinesfalls im Ausland, sondern in der Türkei befinden!

In der Erklärung heißt es: *„Wir sind jedoch in der Türkei und erfüllen unsere Aufgaben ... Aber wir stellen uns nicht den Notstandsbehörden. Das ist, wie jedes Menschen, unser natürlichstes Recht. Außerdem müssen wir auch unter den heutigen Bedingungen die Aufgaben erfüllen, die uns Zehntausende Mitglieder der Gewerkschaften, deren Führer wir sind, auferlegt haben, indem sie uns wählten".*

Mit der Ausbürgerung unter dem Vorwand des Aufenthaltes im Ausland werden die betroffenen Gewerkschaftsführer für vogelfrei erklärt und zum Abschuß freigegeben.

Kurden hungerstreiken in Holland

Am 22.4. traten 24 Kurden in der niederländischen Stadt Arnhem in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie wollen damit auf den Massenprozeß vor dem türkischen Militärgericht gegen 447 Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) aufmerksam machen. Gegen 108 der Angeklagten ist bisher die Todesstrafe beantragt worden. Gegen weitere 2000 Mitglieder dieser Organisation soll in Kürze der Prozeß eröffnet werden (siehe AK 200).

Parlamentsabgeordnete der PvdA (Sozialdemokraten) haben zugesagt, die Mißachtung der Menschenrechte in der Türkei im Parlament zur Sprache zu bringen.

Die Hungerstreikenden wollen mit ihrer Aktion gleichzeitig Einfluß nehmen auf die Sitzung des Europa-Rats, der sich auf seiner Sitzung vom 11. Mai mit der Türkei beschäftigen wird.

Hat der Mohr seine Schuldigkeit getan? — Sechsfache Todesstrafe gegen MHP-Führer Türkeş beantragt

Der westdeutsche interessierte Leser konnte es schon Mitte März erfahren („FR", 17.3.), die türkische Öffentlichkeit wurde am 30.4. höchst offiziell auf den Titelseiten der Zeitungen informiert: Gegen den Führer der faschistischen MHP („Graue Wölfe"), Arparslan Türkes, sowie gegen weitere 219 Faschisten-Führer dieser Partei wurde vom Militär-Staatsanwalt in Ankara die Todesstrafe beantragt.

Gerade rechtzeitig vorm 1. Mai – an dem nach Erlaß der Generäle gearbeitet wurde und sämtliche Kundgebungen verboten waren – wurde bekanntgegeben, daß der Staatsanwalt eine 945seitige Anklageschrift gegen die MHP und ihre verschiedenen Organisationen erstellt und in 166 Aktenordnern Material über die Praktiken der Faschisten gesammelt

166 Aktenordnern Material über die Praktiken der Faschisten gesammelt

hat. Die Militär-Staatsanwaltschaft beantragt das Verbot der MHP und all ihrer Organisationen, den Einzug ihres gesamten Vermögens und Besitzes (u.a. Waffen) und die Todesstrafe gegen 219 Führer. Türkes selbst hat nach ihren Ermittlungen sogar die sechsfache Todesstrafe verdient.

Die veröffentlichten Auszüge aus der Anklageschrift werfen ein bezeichnendes Licht auf den Terror der Faschisten, den die Staatsanwälte in einer sehr weitgehenden Anklage formulierten. Der MHP wird neben einem Angriff auf die Verfassung (§ 146-1) und der Aufwiegelung zur Gewalt (§ 149-2) u.a. vorgeworfen: planmäßige, organisierte bewaffnete Gewalt und Durchführung von Massakern; Folter und „Gehirnwäschen" unter dem Vorwand der „Verteidigung des Landes vor dem Kommunismus und vor kommunistischen Angriffen"; die „Provozierung und Schaffung eines autoritätsfreien (herrschaftsfreien) Raumes", in dem die Bevölkerung durch ihren Terror das Vertrauen zu staatlichen Organen verloren habe. Unter den konkreten Vorwürfen sind Morde an Gewerkschaftern des DISK und an Staatsangestellten aufgeführt; es wird dargelegt, daß unter dem Terror der Faschisten Andersdenkende keine Lebenschancen, keine Arbeit und keine Ausbildungsmöglichkeiten gehabt haben. (Nach „Hürriyet", 30.4.81, „Tercüman, 30.4.81).

Imagepflege der Militärs oder nur Theaterdonner ?

All diese Vorwürfe gegen Türkes und die MHP sind sattsam bekannt, und die Anklagen muten teilweise sogar seltsam an. Der Terror der Faschisten hat in den letzten Jahren tausende Linke, Arbeiter, Bauern, Kurden usw. das Leben gekostet (darunter allein im letzten Jahr zwei in der BRD von „Grauen Wölfen" ermordete türkische Antifaschisten), was die Militärjunta jedoch kaum rühren wird. Interessant ist eher die Frage, warum die Generäle des Nationalen Sicherheitsrates gerade jetzt die MHP und Türkes zur Verantwortung ziehen sollten für Taten, die in gleicher Weise von der Militärjunta begangen werden.

Über die verschiedenen Möglichkeiten des Ausgangs des Prozesses gegen Türkes und Co. gibt die Veröffentlichung in der türkischen Presse Hinweise: Erst einmal muß sich eine Gerichtskommission durch die Anklageschrift und durch die 166 Aktenordner hindurcharbeiten. Vor-

die Anklageschrift und durch die 166 Aktenordner hindurcharbeiten. Vor-

aussichtliche Zeitdauer: mindestens ein Monat, wahrscheinlich länger. Erst dann wird überhaupt der Prozeß eröffnet werden, über dessen Dauer und Ausgang keinerlei Angaben gemacht werden. Vor Juli/August ist mit der Prozeßeröffnung überhaupt nicht zu rechnen. Bedenkt man zudem, daß schon im März dieses Jahres in der „Frankfurter Rundschau" und auch in türkischen WDR-Sendungen über die Anklage berichtet wurde und diesen Berichten die erst jetzt in der Türkei veröffentlichte Anklage zugrunde lag, fällt eine Verzögerungstaktik auf, in der die jetzige groß aufgemachte Veröffentlichung in der türkischen (Inlands) Presse auf Ziele hindeuten, die mit einer Bestrafung der faschistischen Terroristen nichts zu tun haben. So hatte die „FR" unter Berufung auf die Militärstaatsanwaltschaft den Beginn des Prozesses für den Monat April angekündigt (17.3.81). Das Image der Junta-Generäle in der türkischen Bevölkerung könnte allerdings durch eine handfeste Distanzierung von den MHP-Faschisten und insbesondere durch eine Verurteilung Türkes gut aufpoliert werden. Während für die türkische Bevölkerung hier wohl Taten präsentiert werden müssen, um Erfolg zu haben, wird voraussichtlich für die „internationale Öffentlichkeit" (sprich: westeuropäische Kreditgeber und Waffenlieferanten) der bloße Theaterdonner ausreichen, um die „demokratischen" Absichten der Junta und ihre weitere Kreditwürdigkeit in der Öffentlichkeit herauszustreichen.

Eine genaue Antwort auf all die Fragen wird sich an dem Prozeßverlauf ergeben. Kaum zu glauben ist jedenfalls, daß die Generäle gegen ihre Artgenossen wirklich mit dem Tode zu Felde ziehen wollen.

Türkei-Kommission

Libanon

Ruhe vor dem Sturm?

Wochenlang tobten im Libanon schwere Kämpfe an drei Fronten: Im Südlibanon zwischen den von Israel massiv unterstützten faschistischen Milizen des Major Haddad und den palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräften; in und um Zahlé zwischen den Falangisten, unterstützt von regulären Einheiten der libanesischen Armee und syrischen Besatzertruppen; an der „grünen Linie" in Beirut (Grenzlinie zwischen den festgelegten Einflußgebieten) zwischen Falangisten und Syrern, Palästinensern und den fortschrittlichen libanesischen Kräften.

Vor dem Hintergrund eines brüchigen Waffenstillstands wird verhandelt: Zwischen Syrien und Israel, das erstmals offen als Konfliktpartei im Libanon auftritt. Dies geschieht unter Einfluß der USA, die nach anfänglicher Unterstützung der zionistischen Aggression einen gewissen Rückzieher gemacht haben, und unter Druck der Sowjetunion, die gedroht hat, im Falle eines israelischen Angriffs auf syrische Truppen diese zu unterstützen. Verhandelt wird auch zwischen syrischem Regime, libanesischer Regierung und den verschiedenen faschistischen Fraktionen um eine „nationale Übereinkunft", während die Palästinenser und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte sich offiziell weitgehend raushalten bzw. die Kontakte zwischen Syrern und Falangisten vorsichtig kritisieren. In den Kämpfen standen diese Kräfte auf seiten der syrischen Truppen, da deren Schwächung sie derzeit am schwersten treffen würde.

Verhandlungsgegenstand ist offiziell die Erhaltung des status quo. Israel wirft Syrien die Verletzung der „roten Linie" vor, d.h. der Vereinbarungen, die zwischen beiden vor dem Einmarsch der syrischen Armee in den Libanon 1976 ausgehandelt worden sind. In Wirklichkeit maßt sich Israel die Kontrolle über den gesamten Libanon an und ist hierbei schon recht weit vorangekommen, insbesondere durch die Beherrschung des libanesischen Luftraumes und durch die militärische Stärkung der Faschisten in allen Teilen des Landes. Syrien sucht den bisherigen politischen und militärischen Einfluß zu erhalten. Das läuft nur über eine Übereinkunft mit den faschistischen Kräften, deren Ziel die Vertreibung der syrischen Armee ist. Deshalb die jüngsten Kämpfe, die die Faschisten militärisch schwächen und verhandlungsbereit machen sollten.

In der Presse wird allgemein behauptet, Begin habe für die Nacht zum 5.5.81 einen Angriff auf die Raketenbasen der syrischen Armee im Bekaa-Tal geplant, sei aber von den USA zurückgepfiffen worden. Ein neuer Nahost-Krieg sei dadurch vorläufig abgewendet worden. Begin droht allerdings weiter mit dem Angriff.

Daß es sich hierbei nicht um leere Drohungen handelt, läßt sich nicht nur mit den erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten der Begin-Regierung begründen. Ein Krieg im Libanon wäre eine willkommene Ablenkung. Der Krieg im Libanon aber würde durchaus in das Konzept der Imperialisten passen. Er würde die Möglichkeit schaffen, die libanesische Krise zu internationalisieren, d.h. die syrischen Besatzertruppen durch „neutrale" UNO-Truppen abzulösen. Der Vorstoß Frankreichs und der USA in diese Richtung war durchaus ernst gemeint und keinesfalls wahltaktisches Manöver (Frankreich). Im Libanon selbst ist diese Forderung von Faschistenführern, aber auch von gemäßigteren Politikern erhoben worden.

Eine Internationalisierung würde die fortschrittlichen Kräfte und den bewaffneten palästinensischen Widerstand erheblich schwächen, ebenso das syrische Regime, das im arabischen Raum weitgehend isoliert ist, immerhin aber noch die palästinensische und libanesische Karte spielen kann. Noch wird verhandelt, um auf diesem Weg einen Schritt weiter zum Ziel zu kommen: Syrien weichzuklopfen für die imperialistische Lösung in Nahost.

Eskalation des Konfliktes

Begonnen hatten die bisher schwersten Kämpfe zwischen den verschiedenen Fronten im Libanon mit zum Teil erfolgreichen Versuchen der faschistischen Milizen (und oft genug auf ihrer Seite die reguläre libanesische Armee) und der israelischen Armee, die von ihnen kontrollierten Gebiete zu vergrößern.

Im Dezember 1980 besetzten die faschistischen Milizen Beshir Gemayel (der auch entscheidenden Einfluß in der wiederaufgebauten libanesischen Armee besitzt) die Stadt Zahlé, 50 km östlich von Beirut, nahe der Straße Beirut — Damaskus und nur 10 km vom Hauptquartier der syrischen Truppen entfernt (SZ, 15.4.81). Syrien betrachtet die Bekaa-Ebene als eigenes Sicherheitsgebiet, das bislang auch vollständig von syrischen Truppen kontrolliert worden ist. Stützpunkte der Faschisten befinden sich in dem westlich angrenzenden Libanon-Gebirge, östlich von Tripolis und dem Hafen Jounieh (siehe Karte). Die Besetzung Zahlés war ein erster Schritt, zwischen den von den Faschisten kontrollierten Gebieten im Norden und im Süden des Libanon eine Verbindung herzustellen und möglicherweise die Straße zwischen Beirut und Damaskus zu kontrollieren (wichtigster Nachschubweg). Die westlich des Hermon-Gebirges liegende Ebene, früher von Palästinensern kontrolliert, gehört seit der israelischen Intervention im März 1978 zum Einflußgebiet der faschistischen Milizen.

Anfang März eskalierte Haddad, mit massiver Unterstützung Israels, die Kämpfe im Südlibanon. Erstmals war er in der Lage, mit weitreichender Artillerie auch die Hafenstadt Sidon (Saida) anzugreifen, die im nördlichen Teil des Einflußgebietes der Palästinenser liegt. Die zynische Begründung für die Angriffe auf die libanesische und die palästinensische Zivilbevölkerung und auf Stellungen der fortschrittlichen Kräfte war die ultimative Forderung an die libanesische Regierung, 5 Mio Dollar Sold an seine „Truppen" zu zahlen (Le Monde, 8./9.3.81).

Als Mitte März eine 40 Mann (!) starke Einheit der regulären Armee in Kantara einrücken wollte, das im Einflußbereich der UNO-Truppen (UNIFIL) liegt, nahm Haddad das zum Anlaß, den Ort zu zerschießen (drei UN-Soldaten kamen ums Leben) und die Angriffe zu steigern. Dabei erfreute er sich der mit offenen Unterstützung durch die israelische Armee auf dem Lande, von der See her und aus der Luft. Damit hatten die Zionisten und ihre libanesischen Marionetten wieder einmal deutlich gemacht, daß sie die Verwirklichung der UN-Resolution 425 (1978) — UN-Truppen (6.000) wurden entsandt, um den israelischen Rückzug zu kontrollieren und die libanesische Souveränität wiederherzustellen — nicht dulden würden. Auf scharfe Proteste des UN-Kommandeurs Callaghan hin erklärte sich Israel schließlich bereit, mäßigend auf Haddad einzuwirken — und steigerte die Angriffe.

In dieser Situation nahmen die Syrer den Bau einer Straße zwischen Zahlé und den faschistischen Stellungen im Libanon-Gebirge zum Anlaß, die Stützpunkte der Milizen in und um Zahlé zurückzuerobern (Neue, 15.4.81). Auf einem Treffen der libanesischen Linken und der PLO wurde der Kampf um Zahlé als Entscheidungsschlacht bezeichnet, um die unmittelbare Bedrohung Syriens und der arabischen Welt abzuwenden (SZ, 8.4.81). Nach zwölftätigen Kämpfen, die mit einer Niederlage der Faschisten endeten, wurde zwischen der syrischen und libanesischen Regierung ein Kompromiß ausgehandelt: Libanesische Sicherheitskräfte (d.h. den Faschisten zumindest nahestehende Einheiten) kontrollieren die Stadt, die Syrer die Umgebung und angrenzenden Hügel, gemischte Patrouillen die internationale Straße zwischen Damaskus und Beirut (Le Monde, 25./26.4.81).

Inzwischen aber waren die Kämpfe auch im Südlibanon und Beirut eskaliert; der internationale Flughafen mußte geschlossen werden. Die israelische Armee griff immer offener auf seiten der Faschisten ein, vor allem durch Luftunterstützung. Anfang April gaben der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Zippori (Begin fungiert seit dem Rücktritt Weizmanns als Verteidigungsminister) und der Generalstabschef der israelischen Armee folgende Erklärungen ab (Wafa, 6.4., nach Palästina-Bulletin, 10.4.81):

„Zippori und Eitan erklärten, daß die israelische Armee angesichts der schwierigen Lage im Libanon Gewehr bei Fuß stehe, um gegen Syrer und Palästinenser vorzugehen und um Saad Haddad zu unterstützen, der ein Freund des israelischen Staates ist. Die israelische Armee werde die christlichen Kräfte in Nord-, Süd- und Mittellibanon unterstützen. Die Christen in Zahlé müßten stark bleiben, um ihre Existenz zu bewahren. Derjenige, der behaupte, Israel werde Saad Haddad fallen lassen (Anspielung darauf, daß die libanesische reguläre Armee in Südlibanon einrücken soll), *sei ein Träumer und Illusionist. Israel werde seinen Krieg gegen die Palästinenser überall und zu jeder Zeit fortsetzen."*

Damit gaben die Zionisten erstmals öffentlich ihre Unterstützung für die Faschisten im g a n z e n Libanon bekannt.

Erich Fried

DIE NACHFOLGER

Weil christliche Faschisten
zu Hitlers Zeit in Europa
Juden getötet haben
bewaffnen heute in Asien
Zionisten die Falangisten des Libanon
die so christlich sind
und so faschistisch
wie damals die Judenmörder

Weil faschistische Mörder
Juden vertrieben haben
sollen jetzt faschistische Mörder
die Palästinenser
die unschuldig waren
am Tod der Juden Europas
so ermorden wie damals
die Juden ermordet wurden

Weil es Juden und Linke gibt
die das Wahnsinn nennen
und den Mördern nicht helfen wollen
bezeichnen die Zionisten
diese Linken als Nazis
und die antifaschistischen Juden
als „jüdische Antisemiten"
und „Verräter am eigenen Blut"

(nach Neue, 25.4.81)

Am 28.4. drohten sich die Kämpfe zu einer direkten Konfrontation zwischen der syrischen und israelischen Armee auszuweiten. Unter dem Vorwand, die faschistischen Milizen um Zahlé zu unterstützen, schoß die israelische Luftwaffe zwei syrische Hubschrauber ab (Le Monde, 5.5.81), wohlgemerkt nachdem für Zahlé und Umgebung schon ein Kompromiß ausgehandelt war und ausgerechnet an dem Tag, als sich der syrische Außenminister Khaddam in Beirut befand, um u.a. auch mit den Faschistenführern Pierre Gemayel (Kataeb/Falangisten) und Camille Chamoun (Nationalliberale Partei) zu verhandeln (Le Monde, 2.5.81). Begin erklärte nach diesem Vorfall: *„Wir werden uns mit dieser Aktion nicht begnügen"* und *„wir werden die syrische Übernahme des Libanon nicht tolerieren, und wir werden die Vernichtung der Christen nicht zulassen"* (NZZ, 1./2.5.81 und Jerusalem Post, 3. - 9.5.81). Die syrische Regierung betonte, sie werde sich *„der zionistischen Intervention mit äußerster Härte entgegenstellen und die israelische Regierung für alle Folgen verantwortlich machen"* (NZZ, 1./2.5.81). Syrien stationierte daraufhin zwei oder drei Batterien SAM 6 und SAM 2 Raketen im Bekaa-Tal.

Der israelischen Regierung ging es natürlich keineswegs um den Schutz der „Christen". Das macht schon der Zeitpunkt des Luftwaffenangriffes deutlich. Der israelische Oppositionsführer Shimon Peres wurde genauer. Er behauptete, die Syrer hätten die 1976 vereinbarte „Rote Linie" überschritten. Nach dieser Übereinkunft dürfen die syrischen Truppen eine Linie von Sidon (Zahrahni-Fluß) bis Litanie-Fluß nicht überschreiten, nicht ihre Luftwaffe über libanesischem Gebiet benutzen (dieses „Recht" nimmt sich Israel heraus und begründet es öffentlich mit Sicherheitsinteressen) und keine Luftabwehrraketen im Libanon stationieren (Le Monde, 5.5.81).

Internationalisierung

Sowohl US-Kriegsminister Haig als auch der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing traten Anfang April mit dem Vorschlag, eine *„Art Friedenstruppe"* in den Libanon zu schikken, an die Öffentlichkeit. Frankreich ließ sogar diese Möglichkeit im Libanon durch den ehemaligen Botschafter Argod sondieren (FAZ, 24.4.81). Inzwischen sind sowohl die USA (Weinberger: keine Beteiligung in absehbarer Zeit an der von Frankreich vorgeschlagenen Friedenstruppe) und Frankreich (stattdessen Waffenlieferungen an die libanesische Armee, sprich Faschisten) von ihrem Vorschlag abgerückt (FAZ, 24.4.81; FR, 23.4.81).

Beide hatten diesen Vorschlag natürlich nicht aus der Luft gegriffen. Akuter Anlaß für sie war, daß kurz vorher der libanesische UNO-Botschafter Tueni geäußert hatte, Libanon stehe *„am Rande des Überlebens"* und sei einer Spaltung nie näher gewesen. Die syrischen Kontingente hätten in den Kämpfen um Zahlé ihre Glaubwürdigkeit als „Friedenstruppe" eingebüßt (die sie ja auch nur besaßen als sie im Bürgerkrieg auf seiten der Faschisten kämpften), und er forderte ihre Ersetzung durch eine internationale Truppe.

Der Oberkommandierende der faschistischen Milizen, Beshir Gemayel, forderte in einem Telegramm an Waldheim eine Intervention der UNO (SZ, 7.4.81).

In Paris äußerte sich Raymond Eddé, Gegenkandidat von Sarkis in den libanesischen Präsidentschaftswahlen 1976, damals unterstützt von den fortschrittlichen Kräften, noch weitergehender: Eine arabisch-europäische Truppe solle die syrischen Truppen im Norden und die israelischen Truppen im Süden des Libanons ablösen, Libanon solle von den fremden Armeen befreit (?), das Abkommen von Kairo aufgehoben werden. (In dem Kairoer Abkommen wurde im Oktober 1969 nach Zusammenstößen palästinensischer bewaffneter Kräfte mit der libanesischen Armee und Aufständen in den bis dahin KZ-ähnlichen Palästinenserlagern den Palästinensern die Kontrolle ihrer Lager und volle Bewegungsfreiheit innerhalb des Libanons und nach außen zugesichert.) Weiter behauptet er, Israel wolle in Wirklichkeit nicht die Christen retten, sondern den Libanon zerstören. Ein Teil solle an die Palästinenser gegeben werden und Syrien solle für die von Israel annektierten Golanhöhen das Bekaa-Tal, die Gegend um Akkar und Tripolis bekommen. Israel selbst wolle das Gebiet bis zum Litani-Fluß besetzen, für die Christen bliebe nur ein maronistisches Ghetto übrig oder die Alternative auszuwandern (Le Monde, 10.4.81). Es ist zu erwarten, daß die Ansichten des als „gemäßigt" geltenden Eddé von größeren Kreisen geteilt werden.

Israel betonte, daß eine Verstärkung der UN-Truppen erst nach dem Abzug der Syrer in Frage komme (NZZ, 14.4.81). Palästinenser und Linke lehnen, ebenso wie natürlich Syrien, eine Internationalisierung ab.

Der außenpolitische Senatsausschuß in den USA forderte Reagan auf, auf einen Abzug der syrischen Truppen im Libanon zu dringen (SZ, 13.4.81).

Rolle der Sowjetunion

Nachdem von US-amerikanischer Seite die Aktionen der Israelis zunächst gutgeheißen wurden (so noch von Haig bei seinem Nahost-Besuch), hat sich nun ein Wandel vollzogen. Zunächst versuchten die USA den Eindruck zu zerstreuen, sie hätten „grünes Licht" für die israelische Eskalation gegeben (JP, 3.5.81). Schließlich traten sie in der Weltöffentlichkeit sogar als Friedensstifter auf. Durch einen Brief soll Reagan Begin von einem für den 5.5. geplanten Angriff auf die syrischen Raketenbasen abgehalten und zur Geduld aufgefordert haben (FR, 9.5.81).

Dieser Schwenk kann durchaus zustandegekommen sein, weil sich die Sowjetunion erstmals seit den Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel einschalten konnte. Der sowjetische Botschafter im Libanon erklärte Staatspräsident Sarkis und Außenminister Butros, eine Bedrohung des syrischen Sicherheitsbereiches (Gebiet um Zahlé) *„durch Israel oder ihm verbündete Milizen"* würde sowjetische Aktionen zur Folge haben, entsprechend den Grundsätzen, die im syrisch-sowjetischen Freundschaftsabkommen festgelegt sind (1980 unterzeichnet) (Neue, 30.4.81). Dieser Vertrag enthält auch die Möglichkeit eines direkten militärischen Eingreifens. Aber selbst wenn von der Sowjetunion die Art des Eingreifens nicht näher bestimmt wurde, ist die Möglichkeit einer Intervention auszuschließen.

Der erste stellvertretende sowjetische Außenminister besucht im Augenblick Damaskus. Der amerikanische Sonderbotschafter Philip Habib reist nach Israel, Libanon und Syrien. Ob die Verhandlungen Erfolg haben werden, ist fraglich. Begin äußerte noch während der amerikanischen Vermittlungen: *„Nur ein Wunder würde den Rückzug der Raketen durch diplomatische Mittel geschehen lassen ... Wenn diese Anstrengungen fehlschlagen, wird Israel tun, was es tun muß."* Syrien besteht nach wie vor auf der Stationierung der Raketen im Bekaa-Tal (Le Monde, 7.5.81).

Verhandlungen zwischen Syrern und Faschisten und Syrien und Israel

Nach der militärischen Niederlage bei Zahlé erklärten sich die Faschistenführer bereit, mit Syrien über die „nationale Übereinkunft" zu verhandeln. Von Präsident Sarkis werden diese Verhandlungen unterstützt, was in jedem Fall zu einer Stärkung — wohl von ihm gewünscht — der Faschisten im Libanon führen wird. Auch zwischen Israel und Syrien wird verhandelt. Die fortschrittlichen Kräfte scheinen erstmals aus dem Geschäft zu sein.

Nach Le Monde (5.5.81) werden unter Vermittlung der USA und der UdSSR folgende Punkte verhandelt:

- Syrien beginnt die Zahl der Raketen im Bekaa-Tal einzuschränken;
- Israel unterläßt es vorläufig, das Bekaa-Tal zu überfliegen, Syrien benutzt die SAM-Raketen nicht;
- Syrien entfernt ohne feste Frist in den nächsten Tagen die Raketen (nach Le Monde, 7.5., hat Begin diese Frist allerdings für Anfang der folgenden Woche gesetzt);
- Die Benutzung des Luftraumes über dem Bekaa-Tal ist zukünftig für beide Staaten verboten.

Für den Libanon soll gelten:

- Die Zugänge von Zahlé einschließlich der umliegenden Hügel bleiben unter syrischer Kontrolle;
- libanesische Sicherheitskräfte übernehmen die Kontrolle innerhalb Zahlés;
- die bis zur syrischen Offensive von den faschistischen Kräften kontrollierten Hügel werden von der regulären libanesischen Armee übernommen (trotz angeblicher Neutralität befinden sie sich im Lager der Faschisten);
- die Sperrung der „grünen Linie" in Beirut wird nach und nach aufgehoben;
- der Dialog um die nationale Einheit wird zwischen den verschiedenen libanesischen Fraktionen aufgenommen;
- die „Libanesische Front" (Falangisten und Nationalliberale Partei) soll das israelische Vorgehen ausdrücklich verurteilen.

Kurz: Die Faschisten werden als Verhandlungspartner einbezogen, der Traum der linken Kräfte, eine nationale Einheit mit gemäßigten und auch rechten libanesischen Politikern zur Isolierung der Faschisten zu bilden, scheint ausgeträumt.

Arafat zur Krise im Libanon

In einem Interview mit Le Monde (6.5.81) äußerte sich PLO-Führer Arafat zur Krise im Libanon: *„Das ist nicht unsere Sache!"* Es gäbe Beziehungen zwischen Israel und seinen *„isolationistischen Alliierten"* (gemeint sind die Faschisten); Tel Aviv wolle *„den durch die libanesische Legalität* (Faschistenfreund Sarkis) *in Zusammenarbeit mit Syrien begonnenen Versuch einer nationalen Einheit ... torpedieren ... wir begrüßen und unterstützen diese Initiative und sind bereit, den libanesischen Autoritäten auf diesem Gebiet zu helfen."* Nach möglichen Änderungen der Modalitäten einer palästinensischen Präsenz im Libanon befragt: *„Die militärische und politische Präsenz im Libanon entspricht den zwischen der PLO und der libanesischen Regierung geschlossenen Abkommen. Diese Abkommen sind durch die arabischen Gipfel in Riad, Kairo, Bagdad und Tunis, und, erst kürzlich noch einmal, auf dem islamischen Gipfel in Taif gebilligt worden. Wir sind bemüht, mit der legitimen Macht im Libanon in einer minutiösen und dem Buchstaben der Abkommen entsprechenden Durchführung zusammenzuarbeiten. Jede Veränderung würde deshalb notwendigerweise eine Beschwerde der oben erwähnten Parteien nach sich ziehen."*

Militärisch sind die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte stärker als die Faschisten, auf deren Seite allerdings die gesamte israelische Armee steht. Die syrischen Truppen kämpften in den letzten Jahren gegen die Faschisten. Arafat sagte: *„Unsere Beziehungen zu unseren syrischen Brüdern sind fest und von strategischer Art"* (Le Monde, 7.5.81). Wie fest sie sind, werden die nächsten Wochen zeigen.



Das „strategische Dreieck" (siehe Kreis) im Libanon.

Nahost-Kommission

Der folgende Artikel der Iran-Initiative Frankfurt schildert Geschichte und Hintergründe der Besetzung der US-Botschaft in Teheran vom November 1979 bis zur Freilassung der amerikanischen Geiseln im Januar 1981. Er belegt, daß die Botschaftsbesetzung von den Machthabern im Iran vor allem innenpolitisch ausgenutzt wurde und zu einer Stärkung der reaktionärsten islamischen Kräfte geführt hat. Die vehement vorgetragenen antiimperialistischen Äußerungen der neuen Machthaber dienten und dienen im wesentlichen dazu, die Massen, deren Kritik an der Islamischen Republik wuchs, gegen den Teufel USA hinter sich selbst zusammenzuschließen. Jede Kritik wurde nach der Gleichung, wer Khomeiny kritisiert, nützt den USA, diffamiert, jede Opposition wurde und wird verfolgt. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen der neuen Machthaber lassen keinerlei Befreiung aus den imperialistischen Abhängigkeitsstrukturen erwarten. Im Gegenteil, trotz der Geiselaffäre bestanden und bestehen beste Kontakte zu den imperialistischen Staaten, auch und gerade zur BRD.
Mit dem Sturz des Schah-Regimes haben die USA zwar ihre zweitstärkste militärische Bastion im Nahen Osten zunächst einmal verloren; der Sturz des Schah-Regimes hat aber auch dazu geführt, daß die imperialistischen Staaten ihre militärische Macht in diesem Gebiet teilweise neu organisiert und verstärkt haben. Besondere Bedeutung kommt dabei den reaktionären arabischen Regimes Saudi-Arabien und Ägypten zu. Das belegt der letzte Teil des Artikels.

Antiimperialismus?

Geschichte und Hintergründe der Besetzung der US-Botschaft im Iran

Welcher antiimperialistische Mensch hat sich nicht über die Nachricht von der Besetzung der US-Botschaft in Teheran gefreut und wer gab dieser Regierung, die die USA öffentlich angriff und grob beschimpfte und die Bevölkerung täglich neu zu antiamerikanischen Massendemonstrationen anfeuerte, nicht einen Vertrauensvorschuß wegen ihres militanten Antiimperialismus?

Doch ein näherer Blick auf die Politik der neuen iranischen Regierung und auf die Geschichte und Hintergründe der Botschaftsbesetzung lassen diesen Antiimperialismus in einem anderen Licht erscheinen.

Unter antiimperialistischer Politik verstehen wir eine an einer eigenständigen Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie orientierte Strategie, die das Ziel erkennen läßt, die strukturellen Abhängigkeiten vom Ausland abzubauen; derartiges ist im Iran jedoch kaum zu sehen: Nach dem Umsturz bestanden die meisten Verträge mit ausländischen Firmen weiter, lediglich einige Großprojekte (z.B. KWU) wurden überprüft und abgesagt. Der Rückzug vieler ausländischer Firmen geschah nicht aufgrund von Forderungen der iranischen Regierung, sondern aufgrund der allgemeinen politischen Unsicherheit; die desolate ökonomische Situation, auch die vielen Streiks usw. führten zu Produktionsausfällen.

Bei seinem Eintreffen im Iran rief Khomeini die streikenden Arbeiter ja auch dazu auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Die entscheidende Trübung der Handelsbeziehungen zwischen den imperialistischen Ländern und dem Iran ging von den USA aus, als diese nach der Botschaftsbesetzung am 12.11.79 einen Stopp des Imports iranischen Erdöls verfügten, ab 14.11.79 die iranischen Vermögenswerte in den USA blockierten und im Laufe der nächsten Monate eigene Wirtschaftssanktionen und solche der westlichen Verbündeten durchsetzten.

Die iranische Regierung hat derartige Reaktionen bei der Unterstützung der Botschaftsbesetzung sicher einkalkuliert, sie aber selbst nie systematisch, d.h. mit einer ökonomischen und politischen Perspektive versehen, angestrebt. Die Regierung setzte zwar einige Verstaatlichungen durch, die aber auch nach Aussagen der Regierungsvertreter lediglich einen Austausch der Geschäftsführer beinhalten und keine grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftspolitik bewirken. So sprechen z.B. auch Vertreter der deutschen Pharmaindustrie von ,,verstaatlichungsähnlichen Maßnahmen im Iran" (Handelsblatt, 26.1.81).

Bis über ein Jahr nach dem Umsturz bestanden rege Wirtschafts- und politische Kontakte zwischen dem Iran und kapitalitischen Industrienationen. Der damalige Staatssekretär/Regierungssprecher Tabatabai bereiste im April und Oktober 1979 die BRD. Er äußerte Irans Interesse am Kauf deutscher Maschinen und bat die BRD um Hilfe beim Aufbau des neuen Geheimdienstes (SAVAMA) im Iran. Das Ergebnis seines Oktoberbesuches, bei dem er auch mit Kanzler Schmidt reden durfte, bezeichnete er als *,,überraschend gut"*. Eine offizielle Handelsdelegation der BRD erkundete im August 1979 die Möglichkeiten zur Fortsetzung der guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Am 13.12.79 meldete die Frankfurter Rundschau, daß immer noch 150 iranische Offiziersstudenten in der Bundeswehr ausgebildet werden. Iranische Minister führten im Sommer 1979 mehrmals Gespräche mit EG-Vertretern über eine enge Kooperation EG – Iran auf den Sektoren Handel, Industrie, Technik und Landwirtschaft.

Im Sommer und Herbst 1979, als die iranische Regierung bereits Krieg gegen die Kurden führte, lieferten die USA mehrmals Waffenersatzteile im Wert von 45 Milliarden US-Dollar an den Iran. (Dabei handelte es sich um Ersatzteile für Hubschrauber und Kampfflugzeuge vom Typ F-4 und F-5 sowie für Transportflugzeuge). Vorher hatten die USA dem Iran große Mengen an Heizöl und Kerosin verkauft.

Nach einer Einschätzung des Middle East Economic Digest vom 23.11.79 hatte sich der iranische Handel mit den USA nach einer Unterbrechung im Februar 1979 bis zur Botschaftsbesetzung richtig positiv entwickelt. Verschiedene Firmen erklärten, sie wollen im Iran bleiben, es gäbe keine Zahlungsprobleme, und sie würden auch gerne neue Aufträge entgegennehmen. Südkoreanische, japanische, deutsche, belgische, britische, französische, amerikanische Firmen waren u.a. im Oktober 1979 im Iran an großen Projekten im Öl- und Bausektor, in der Stahl-, Auto- und petrochemischen Industrie noch oder wieder aktiv. Die iranische Regierung forderte viele ausländische Firmen zum Bleiben auf. Die staatliche Ölgesellschaft NIOC erklärte im Oktober 1979, sie brauche westliche Techniker jeglicher Herkunft. Auf der politischen Ebene hatte der Iran Kontakte zum ,,Erzfeind" USA; im Oktober 1979 traf US-Außenminister Vance in New York mit seinem iranischen Amtskollegen Yazdi zusammen; in Algerien trafen Bazargan und Yazdi (in Begleitung von Verteidigungsminister Chamran und Generalmajor Hossein Shaker) den US-Sicherheitsberater Brzezinski.

Selbst nach der Botschaftsbesetzung vergraulten es sich die Iraner nicht mit den Firmen aus dem ,,gottlosen Westen". Der MEED vom 16.11.79 berichtet von einem Riesenauftrag an eine italienische Stahlfirma, vielen iranischen Anfragen an das britische Handelsministerium und steigenden Eisen- und Stahlimporten aus Japan. Auch südkoreanische Firmen erhielten Ende November 1979 neue Aufträge, deutsche und französische Firmen waren noch ohne Probleme im Iran aktiv. Das erweckt den Eindruck, als ob für viele Regierungsmitglieder im Iran der Kampf gegen den Imperialismus in einer Umorientierung von den USA auf europäische und japanische Geschäftspartner bestünde.

Und gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung verhalten sich die Regierenden im Iran ebenso wie die zahlreichen würdigen Vertreter imperialistischer Interessen in anderen abhängigen Ländern: Jegliche politische Betätigung linker oder liberaler Gruppen wird verunmöglicht durch Zensur, militante Angriffe islamischer Schlägertrupps auf Demonstrationen, Versammlungen und Büchertische; durch Inhaftierung, Folterung und Hinrichtung politischer Gegner.

Bereits die erste oppositionelle Demonstration nach dem Umsturz, die der Frauen am 8.3.79, wurde von islamischen Schlägertrupps angegriffen. Die Gefängnisse, in denen wieder gefoltert wird, sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Die Kritik an diesen Zuständen veranlaßte Khomeini im Herbst 1980 sogar dazu, eine Kommission zur Untersuchung der Foltervorwürfe einzurichten; deren Arbeitsergebnisse nie veröffentlicht worden sind.

Auch die islamisch-sozialistisch orientierte Organisation der Volksmodjahedin wird brutal verfolgt. Tausende ihrer Anhänger und Sympathisanten sind heute im Gefängnis. Im November 1980 wurde eines ihrer führenden Mitglieder – Saadati – der bereits unterm Schah sieben Jahre im Knast gesessen hatte, zu zehn Jahren Haft wegen ,,Spionage" verurteilt.

Darüber hinaus unterdrückt die iranische Regierung alle Autonomieforderungen der Kurden und anderer Völker mit brutaler Gewalt. Auch unter der Islamischen Republik sind willkürliche Verhaftungen, Folterungen, Hinrichtungen und die Bombardierung der Dörfer und Städte Alltagswirklichkeit in Kurdistan. Vertreter der kurdischen Widerstandsorganisationen sprechen von 10.000 Toten in zwei Jahren Islamischer Republik.

Eine Regierung, die derart bemüht ist, jegliche kritische Lebensäußerung ihrer Bevölkerung zu unterdrücken, kann unserer Meinung nach gar keinen ernsthaften antiimperialistischen Kampf führen.

Es hat genügend konsequent antiimperialistische Forderungen iranischer Organisationen gegeben, auf die die Regierung nie reagiert hat, es sei denn mit der Verhaftung ihrer Mitglieder. Ende Oktober 1979 forderte z.B. eine Gewerkschaft der Angestellten im Ölsektor einen Ölboykott gegen die USA, um die Auslieferung des Schah durchzusetzen. Die PLO hatte auch einen Ölboykott als Waffe gegen das Camp David Abkommen vorgeschlagen. Die iranische Regierung hat solche Forderung nie ernsthaft aufgegriffen.

Obwohl die Regierenden im Iran permanent den Westen beschimpfen und vom antiimperialistischen Kampf reden, haben sie also herzlich wenig dazu beigetragen. Fragen wir uns dann, was die Botschaftsbesetzung überhaupt sollte! Eines ist sicher: Der Aufstand gegen den Schah war auch ein Aufstand gegen die USA. Antiimperialistische Gefühle sind bei der Bevölkerung sicherlich en masse vorhanden, ebenso wie die Erwartung an die Regierung, entsprechend zu handeln.

Die Botschaftsbesetzung und die vielen Demos drumherum stellten eine Möglichkeit dar, auf solche Forderungen und Erwartungen zu reagieren, ohne politische Taten folgen zu lassen. Damit konnte sich die Regierung trotz ihrer wirklichen Untätigkeit in Sachen Antiimperialismus die Loyalität weiter Kreise der Bevölkerung sichern.

Am 14.2.79 hat es bereits einen Versuch linker Studenten gegeben, die US-Botschaft zu besetzen. Dies wurde von der Polizei rückgängig gemacht, die Regierung entschuldigte sich sogar bei den Amis. Teile der Regierung wußten von der bevorstehenden zweiten Besetzung im November 1979. Nach ihrem Bekanntwerden stellten sich die maßgeblichen Regierungsmitglieder hinter die Studenten. Wieso auf einmal?

Die Gründe dafür liegen in den innenpolitischen Verhältnissen des Iran: Streiks und Unruhen im ganzen Land, die Kämpfe in Kurdistan, ein drohender Loyalitätsverlust der Regierung, die Ende November bevorstehende Abstimmung über die Verfassung sowie eine sich nicht verbessernde katastrophale ökonomische Lage machten den Regierenden viel zu schaffen. Die Botschaftsbesetzung war ein willkommenes innenpolitisches Ablenkungsmittel.

Der Kampf gegen den Schah war auch ein Kampf um bessere Lebensbedingungen und politische Freiheiten gewesen. Während des Aufstands hatten sich überall im Iran Räte und Gewerkschaften gebildet, die das Recht auf Organisation der Arbeiter und soziale Verbesserungen forderten. Doch nach dem Umsturz verbesserte sich die Lage der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten kaum. Hohe Arbeitslosigkeit (SZ, 7.11.79 und FAZ, 10.11.79: 3 Millionen) und hohe Inflation bestanden z.B. nach wie vor. Die Einführung der 40-Stunden-Woche ließ auf sich warten, viele Arbeiter bekamen ihre Löhne nicht voll ausbezahlt. Daher kam es im Sommer und Herbst 1979 zu Unruhen und Streiks. So streikten z.B. in Abadan im Mai und Oktober 1979 die Ölarbeiter, die Auseinandersetzungen bewirkten erhebliche Produktionsausfälle; selbst die aus Teheran geschickten Revolutionsgarden konnten die Arbeiter nicht ,,befrieden". In Teheran streikten z.B. Busangestellte, in Bandar Anzali und in Rascht demonstrierten die Fischer einige Tage lang. Am 3.10.79 kam es in Teheran zu einer Arbeitslosendemo, nach der die Regierung sich sogar gezwungen sah, alle Kundgebungen in Teheran zu verbieten. Dennoch demonstrierten kurz darauf wieder 5.000 Arbeitslose. Im August hatte die Regierung ihren ersten Krieg gegen Kurdistan geführt, aber im Herbst 1979 eroberten die kurdischen Guerillagruppen die Städte langsam wieder zurück. Die Kunde von dem Krieg gelangte auch nach Teheran: Dort demonstrierten am 29.10. tausende Studenten gegen die Inhaftierung von Professoren und Studenten in Kurdistan.

Nach der Botschaftsbesetzung wurden alle Demonstrationen – bis auf die antiamerikanischen – verboten. Das Volk habe gegen den großen Feind Amerika zusammenzustehen, verkündete Khomeini, der Kampf aller Schreibstifte und Gewehre habe sich nur gegen die USA zu richten. Aktionen, in denen die Bevölkerung für ihre sozialen Rechte kämpfte, konnten als proamerikanisch abgetan und denunziert werden. Viele Linke wurden unter dem Pseudovorwurf der Amerikafreundlichkeit (!) verhaftet, die kämpfenden Kurden als Agenten der USA verteufelt. Damit mündete der ,,Antiimperialismus" in der Gleichung: Wer Khomeini kritisiert, nützt den USA. Ein weiteres Indiz für den drohenden Loyalitätsverlust der neuen Regierung waren die Kommunalwahlen ein bis zwei Wochen vor der Botschaftsbesetzung mit einer Wahlbeteiligung von unter 50 %.



Noch hatte die Islamisch Republikanische Partei die Regierungsgewalt nicht voll in der Hand, noch war der ,,liberale" Bazargan Premierminister und zahlreiche seiner Parteigänger saßen in Schlüsselpositionen. Eine Expertenversammlung, in der hauptsächlich schiitische Geistliche saßen, hatte eine Verfassung ausgearbeitet, die Ende November 1979 zur Abstimmung stehen sollte. In dieser war die Herrschaft der islamischen Rechtsgelehrten als eine Art Oberaufsicht über Gesetzgebung und Exekutive, die Einschränkung aller Grundrechte durch dubiose islamische Prinzipien und die Führungsrolle Khomeinis rechtlich abgesichert. Die Rolle der Frauen war auf die ,,befreiende Aufgabe der Mutterschaft" festgeschrieben. Natürlich war diese Verfassung nicht unumstritten.

Die Verfassungsabstimmung und die im Frühjahr 1980 anstehende Präsidentschaftswahl erforderten eine hohe Wahlbeteiligung in der richtigen Linie – durch die Botschaftsbesetzung und den scheinbar antiimperialistischen Kampf wurde es möglich, die Bevölkerung für die Islamische Republik neu zu mobilisieren und die Massenbasis für die Herrschaft des Klerus wiederherzustellen.

So ging auch nach dem Rücktritt der Bazarganregierung die Regierungsgewalt bis Sommer 1980 an den geheimen Revolutionsrat, in dem hauptsächlich Geistliche der Islamischen Republikanischen Partei sitzen. (Die Zusammensetzung des Revolutionsrats wurde nie vollständig bekannt, hier ein paar Namen, die zwischen Mitte und Ende November bekannt wurden: Bani Sadr, Ayatollah Beheschti, Ghotzbadeh, Minachi, Ayatollah Montaseri, Hashem Rafsanjani, Mustafa Chamran, Ali Akbar Moinfar, Sadegh Tabatabai; z.T. also gar nicht so ,,neu".)

Die häufig erwähnte Begründung, Ziel der Besetzung sei gewesen, Dokumente über die CIA-Arbeit im Iran zu erhalten, erwies sich auch als Scheinargument. Niemandem ist heute so richtig klar, welche Dokumente dort überhaupt gefunden wurden; die zunächst begonnenen Veröffentlichungen wurden bald vom Revolutionsrat kontrolliert. Mit der selektiven Veröffentlichung wurden politische Gegner der Islamischen Republikanischen Partei der Geistlichkeit aus dem ,,liberalen" Lager gezielt angegriffen und desavouiert.

Aber auch sonst hatte sich das neue Regime mit Veröffentlichungen sehr zurückgehalten, so auch bei den SAVAK-Dokumenten. Die Prozesse, in denen prominente SAVAK-Leute verurteilt wurden, fanden nicht öffentlich statt – so daß die Struktur und die gesamten organisatorischen und personellen Verbindungen des Schah-Regimes nie offengelegt wurden.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die neuen Machthaber in Teheran zwar den Namen austauschten, aber den Geheimdienst selbst übernahmen. Drei Bereiche des früheren SAVAK wurden in den heutigen SAVAMA übernommen: Nr. 2, 6 und 8. Ihre Aufgaben waren und sind: Kommunisten, Volksstämme und Gegenspionage (Financial Times 23.10.79 und FAZ, 29.10.79).

Die Entwicklung der Forderungen des Iran an die USA zur Geiselfreilassung zeigt eine im Vergleich zum öffentlichen Verbalradikalismus erstaunlich abnehmende Militanz: Die Geiseln wurden von einem angeblich antiimperialistischen Symbol zu einem Faustpfand für Finanzverhandlungen, bei denen die Regierung mehr und mehr zurücksteckte. Wir möchten hier nicht behaupten, daß der Iran seinen Antiimperialismus dadurch hätte beweisen sollen, indem er den USA möglichst

Fortsetzung nächste Seite

Nahost

Fortsetzung von der vorherigen Seite

viel Geld abtrotzte, aber ein Blick auf seine, im Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen, große Kompromißbereitschaft ist schon interessant. Von den ersten Novembertagen bis kurz vor der Freilassung wurde ständig wiederholt: Auslieferung des Schah und Rückgabe des Schahvermögens, es wurde mit einem Spionageprozeß oder Ölboykott gedroht.

Bald tauchten gemäßigtere Forderungen auf: Der damalige Außenminister Ghotbzadeh verlangte die Rückgabe des Schahvermögens und eine öffentliche Entschuldigung der USA für ihre Verbrechen; Bani Sadr schlug vor: Entschuldigung der USA und Nichteinmischungserklärung.

Am 13.4.80 verhängten die USA die Wirtschaftsblockade und drängten die EG-Länder zu Handelssanktionen, die auch bald nachfolgten. Bei der Hannovermesse im Frühjahr 1980 sollen die Iraner noch eifrig eingekauft haben. Im April 1980 erhielt Japan kein Öl mehr von Iran, allerdings, weil es den hohen Preis nicht bezahlen wollte. Der Iran verhängte einen Ölboykott über Portugal — aber zu dem Zeitpunkt bezog Portugal sowieso kein iranisches Öl mehr. Der Iran hatte immer damit gedroht, im Falle eines militärischen Eingreifens der USA die Ölfelder in die Luft zu sprengen oder den Golf zu verminen, und hatte alle Nachbarländer zu einem Ölboykott aufgefordert. Am 27.4.80 versuchten die USA eine militärische Geiselbefreiung; Außenminister Ghotbzadeh sprach sein Beileid für die dabei umgekommenen US-Soldaten aus. Die US-Militäraktion läßt einige Fragen offen: Wieso hat die so gut ausgerüstete iranische Armee nichts davon mitbekommen; oder wollte sie es nicht ...

Wieso hat der Iran so „sanft" reagiert? Bani Sadr sprach danach beruhigende Worte zu den Ausländern im Iran und sagte ihnen Sicherheit zu.

Ende Mai 1980 reisten die Sozialistischen Internationalisten Palme, Gonzales und Kreisky zum Vermitteln nach Teheran. Am 12.6.80 reiste Ghotbzadeh in Abstimmung mit dem Revolutionsrat nach Oslo zu einem Treffen der Sozialistischen Internationale; dort sprach er mit Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischnewski und Bruno Kreisky. Die SZ zitiert Brandt: Die Begegnung habe auch die Möglichkeit für Überlegungen eröffnet, *„wie wir unseren guten Willen und möglicherweise auch unsere guten Dienste für eine in die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit mit dem Iran einsetzen können"*.

Im Sommer 1980 konstituierte sich das Parlament, das über die Geiseln beschließen sollte. Am 2.11.80 stimmte das Parlament endlich den von Khomeini vorgeschlagenen vier Bedingungen zu:

1. Nichteinmischungserklärung der USA; von öffentlicher Entschuldigung ist nicht mehr die Rede.
2. 10 Milliarden US-Dollar eingefrorenen Vermögens sowie eine Garantiesumme für weitere 4 Milliarden US-Dollar.
3. Einstellung aller Schadensersatzforderungen von US-Firmen an den

3. Einstellung aller Schadensersatzforderungen von US-Firmen an den

Iran, keine Schadensersatzforderungen der Geiseln. Der Iran will die vom Schah aufgenommenen Kredite abzahlen bzw. neu verhandeln.
4. Rückgabe des Schahvermögens von 10 Milliarden US-Dollar Garantie.

Insgesamt forderte der Iran also 24 Mrd. US-Dollar bares Geld und Garantie, dies wurde noch am 2.1.81 in Radio Teheran verkündet.

Am 20.1.81 wurden die Geiseln dann freigelassen. Der Preis sieht für den Iran sehr bescheiden aus. Das Abkommen von Algier sieht vor:

1. Die US-Regierung blockiert die Guthaben des Schah soweit möglich und fordert ihre Landsleute dazu auf, mit Informationen über das Schahvermögen herauszurücken.
2. Verzicht auf Schadensansprüche der Geiseln und ihrer Familien.
3. Die US-Regierung verspricht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen, was immer das auch heißen mag.
4. Die US-Regierung zahlt 7,88 Milliarden US-Dollar, eingefrorene Iranguthaben incl. Zinsen, die bei verschiedenen US-Banken und ihren ausländischen Partnern sind, werden freigegeben. Davon muß der Iran aber mindestens 3,7 Milliarden US-Dollar an Banken und internationale Bankenkonsortien, darunter auch BRD-Banken, für Schulden aus der Schah-Zeit zahlen. Weitere 1,4 Milliarden US-Dollar wandern auf ein Treuhandkonto für umstrittene Kreditrückzahlungen.

Damit erhielt der Iran nur 2,8 Milliarden US-Dollar bar auf die Hand. Darüber hinaus soll es noch ca. 4 Milliarden US-Dollar iranisches Vermögen in den USA geben. Dies geht zur Hälfte an den Iran, zur Hälfte auf ein Sicherheitskonto. Dieses Konto, das der Iran immer auf einem Stand von mindestens 500 Millionen US-Dollar halten muß, ist dazu da, Schadensersatzforderungen und andere Ansprüche von US-Firmen an den Iran zu decken. Momentan gibt es ca. 3.000 solcher Ansprüche an den Iran im Wert von 3 - 4 Milliarden US-Dollar; 300 davon sind bei US-Gerichten anhängig. Alle diese Forderungen sollen vor eine internationale Schiedsstelle, die aus Vertretern des Iran, der USA und eines neutralen Landes zusammengesetzt ist, gebracht und dort geregelt werden. Die US-Regierung ist für die Einhaltung des Abkommens und scheint der internationalen Schiedsstelle zu vertrauen. Die meisten Firmen sind optimistisch, daß sich ihre Forderungen regeln lassen und sie bald wieder in den Iran zurückkehren können.

Brisant ist die Frage einer Waffenlieferung im Wert von 500 Millionen US-Dollar, die der Schah bestellt und bezahlt hatte, und die der Iran jetzt haben möchte. (Im Oktober 1979 hatte Iran schon eine Lieferung erhalten.) Zunächst hieß es im State Departement, die Waffen würden geliefert werden, aber Präsident Reagan hat angedroht, dies nicht zu tun (aber Reagan droht ja so vieles an ...).

Das Ergebnis aus dem Abkommen von Algier ist also für den Iran sehr mager. Sie erhalten lediglich das Geld, das ihnen eh zusteht, und müssen außerdem Schulden zurückzahlen für Kredite, die ein Regime gemacht hat, von dem sie sich lautstark distanzieren, und die zum Teil vom Parlament gar nicht bestätigt wurden. Eine rechtliche Sicherheit zur Rückgabe des Schahvermögens besteht nicht.

Nichtsdestotrotz mußte die iranische Regierung das Abkommen der Bevölkerung gegenüber als Sieg verkaufen und vermied es zunächst, dieses über die Verhandlungen zu informieren. Am 4.1.81 hieß es noch im Radio Teheran, es gehe um 24 Milliarden US-Dollar oder den Geiseln drohe der Spionageprozeß. Auch über die unmittelbar bevorstehende Freilassung wurde die Bevölkerung nicht informiert. Am 19.1.81 berichtete Staatsminister Nabavi endlich von den Verhandlungen, genaue Zahlen nannte er aber nicht. Er behauptete, das Schahvermögen würde sicherlich bald herausgegeben. *„Es ist vorbei, die große USA beugte sich all unseren Forderungen"*, stand in vielen Teheraner Tageszeitungen am Tage der Freilassung.

Interessant ist, daß die BRD auch ihr Scherflein zur Freilassung beigetragen hat: Bereits am 21.1.81 lobte Carter die BRD wegen ihrer entscheidenden Mithilfe. Aktiv in der Sache waren der ehemalige BRD-Botschafter in Teheran, Ritzel, und Hans-Jürgen Wischnewski, der gute Kontakte zu dem ehemaligen Regierungssprecher Tabatabai hat. Im Mai und Sommer 1980 soll es auf deutsche Vermittlung hin zu einem Treffen zwischen Warren Christopher und Tabatabai gekommen sein. BRD-Kanzler Schmidt hatte im Mai 1980 beim Tito-Begräbnis den algerischen Präsidenten Chadli wegen einer Vermittlungstätigkeit Algeriens angesprochen. Mitte 1980 haben auch die in der Sozialistischen Internationale

angesprochen. Mitte 1980 haben auch die in der Sozialistischen Internationale

vertretenen Regierungschefs zu vermitteln versucht. Daß hohe Vertreter der BRD mehrmals aktiv waren und ein großes Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und dem Iran hatten und haben, scheint sicher zu sein.

Was wären nun die Gründe für den Iran, die Geiseln auch auf Kosten so vieler Zugeständnisse freizulassen?

Zwei Probleme haben dabei sicher mitgespielt: Zum einen krankt der Iran (besonders seit Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges) an chronischem Devisenmangel. Die nun in den USA freiwerdenden Guthaben sind eine notwendige Hilfe zur Verhinderung des Staatsbankrotts.

Zum anderen sind die iranische Armee und die Industrie (vor allem im Ölsektor), die ja beide von den USA auf- bzw. ausgebaut wurden von ihrer Struktur und Ausrüstung her hochgradig auf westliche kapitalistische Hilfe — Ersatzteillieferungen und technisches know-how — angewiesen. Wenn Armee- und Industriestruktur nicht grundlegend verändert werden, dann kann sich der Iran keinen langfristigen Bruch mit den kapitalistischen Ländern erlauben. Der Krieg hat viele Industrieanlagen zerstört und die Waffenbestände der Armee verringert. Viele Fabriken mußten in der letzten Zeit wegen mangelnden Materials und Ersatzteillieferungen die Produktion ganz oder teilweise einstellen. Ende Januar 1981 erklärte ein Regierungsvertreter, der Iran sei an Ersatzteillieferungen für Industrie und Armee, auch aus den USA, und ferner an einer Rückkehr von nicht-US-amerikanischen, aber westlichen Technikern sehr interessiert. So muß der Iran an einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA und zu Europa interessiert sein.

Nicht ohne Grund haben alle europäischen Länder und die USA noch am Tage der Geiselfreilassung selbst schlagartig alle Sanktionen aufgehoben. Der Handelsboykott schien aber auch sehr löchrig gewesen zu sein. Die französischen Exporte in den Iran sind 1980 im Vergleich zum Vorjahr laut Liberation (21.1.81) um 40 % gestiegen, die britischen um fast 50 % und die westdeutschen um ca. 20 % (MEED vom 23.1.81). Damit ist der Umfang der Exporte aber noch geringer als in der Schahzeit. Österreich, das nicht an die Sanktionen gebunden war, soll seine Iran-Exporte sogar verdreifacht haben. In Wien soll es laut MEED vom 16.1.81 ein iranisches Büro zur Koordination des Handels mit den europäischen Firmen gegeben haben, die bereit waren, den Boykott zu brechen.

Nach Aufhebung des Handelsembargos — wie unvollständig es auch gewesen sein mag — und nach der Tilgung iranischer Kredite bei den ausländischen Banken und einer abzusehenden Regelung gegenseitiger Schadensersatz- und anderer Forderungen mit den US-Firmen scheint sich der Weg für eine erneute wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem kapitalistischen Westen und dem antiimperialistischen Iran zu ebnen. Es gibt auch schon zahlreiche Anfragen des Iran an kleinere US-Firmen wegen Ersatzteillieferungen (Handelsblatt, 29.1.81). Englische Firmen sind auch um Ersatzteillieferungen für Panzer und Kriegsschiffe sowie um militärische Hilfe gebeten worden (FR, 21.1.81). Die Regierungen dieser beiden Länder geben sich jedoch reserviert. Die französische Regierung hat hingegen angekündigt, von der Islamischen Republik bestellte Militärgüter (u.a. raketenbesetzte Schnellboote) jetzt zu liefern.

Die Ölmultis BP und Shell haben Anfang Januar 1981 wieder Verträge für Öllieferungen mit Iran abgeschlossen. Auch die Japaner rechnen damit, wieder Öl zu erhalten. Bisher hat der Iran vor allem an die Türkei, Indien und Spanien Öl geliefert.

Die iranische Ölförderung ist von zeitweise unter 150.000 Barrel täglich (zum Höhepunkt des Krieges) auf über 500.000 Barrel täglich gestiegen und soll auf über 1 Million gesteigert werden.

Drei japanische Textilfirmen wollen z.B. ihre Importe in den Iran wieder aufnehmen. Der Bau einer großen petrochemischen japanisch-iranischen Anlage in Bandar-Khomeini wurde zwar wegen der Kriegszerstörungen unterbrochen, die Anlage soll aber, sobald es geht, fertiggestellt werden. Der Iran zahlt eifrig seine Verpflichtungen an Japan und hat bereits um japanische Ingenieure zur Erkundung der Zerstörungen angefragt.

Auch die deutsch-iranische Handelskammer rechnet mit einer Belebung der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Eventuelle Schwierigkeiten sieht sie nicht in der politischen Unwilligkeit der iranischen Regierung, sondern eher in Transportschwierigkeiten und der Kriegssituation. Deutsche und internationale Kon-

schwierigkeiten und der Kriegssituation. Deutsche und internationale Kon-

zerne sehen neue Aufträge winken, wenn sie auch damit rechnen (Financial Times, 21.1.81), daß die Iraner momentan von Großprojekten abkommen. Allgemein rechnen Wirtschaftsvertreter mit einem zwar nicht ruckartigen, aber dennoch stetigem Anwachsen der Geschäfte. Große finanzielle Risiken wollen sie wegen der innenpolitischen Spannungen und wegen des Krieges aber n o c h nicht eingehen.

Dies sind einige Beispiele, die zeigen, daß der Iran beginnt, als Geschäftspartner wieder akzeptabel zu werden. Damit ist ein Schritt zu einer weiteren, vielleicht modifizierten Eingliederung des Iran in den kapitalistischen Weltmarkt geschehen. Vollzogen wurde er interessanterweise nicht von dem Japan- und Europa-freundlichen Bani Sadr und seinen „liberalen" Gesinnungsgenossen — Bani Sadr war nach eigenen Angaben an der Endphase der Verhandlungen gar nicht beteiligt — sondern gerade von der sich als radikal-antiimperialistisch gebärdenden Geistlichkeit.

Damit ist nicht gesagt, daß der Iran seine alte Schlüsselrolle für imperialistische Politik im Mittleren Osten wiedererlangen wird. Zumindest unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet, haben die USA mit dem Umbruch im Iran ihre nach Israel zweitstärkste Bastion in Nah- und Mittelost zunächst einmal verloren.

Die Entwicklung in Iran, die auch zur Auflösung des reaktionären CENTO-Paktes geführt hat, sollte in ihrer militärischen und militärisch-ökonomischen Bedeutung für den Imperialismus nicht unterschätzt werden. Die Entwicklung in Iran zwang die imperialistischen Staaten — allen voran die USA — dazu, ihre militärische Macht in diesem Gebiet teilweise neu zu organisieren. Zusätzlich haben sich politische Veränderungen vollzogen, die noch vor zwei Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Krassen Ausdruck findet diese Tatsache in der heutigen offenen Zusammenarbeit des Irak mit den reaktionären arabischen Staaten (Saudi-Arabien etc.).

Die Politik des Imperialismus ist heute durch zwei Haupttendenzen gekennzeichnet: Einmal die massive Aufrüstung reaktionärer arabischer Staaten, zum anderen die verstärkte direkte militärische Präsenz der imperialistischen Armeen in der Region selbst. Besondere Bedeutung kommt in diesen Plänen Saudi-Arabien, Ägypten und dem Arm der Nato in der Nah- und Mittelost-Region — der Türkei — zu. Natürlich bleibt von dieser Entwicklung die Rolle Israels als wichtigstem Stützpfeiler imperialistischer Politik in der Region unangefochten.

Im folgenden wollen wir stichwortartig einige Fakten über die militärische Rolle einiger Länder der Region nennen.

Saudi-Arabien ist heute z.B. der größte Abnehmer von Rüstung aus den USA. Der Militärhaushalt von Saudi-Arabien wurde zwischen 1974 und 1978 von 1,8 Milliarden US-Dollar auf 13,2 Milliarden US-Dollar gesteigert. In Saudi-Arabien arbeiten heute 30.000 amerikanische Militärberater. Außerdem haben die USA in Dahram einen großen Stützpunkt. Neben den USA arbeiten auch die BRD, Frankreich und Großbritannien auf militärischem Gebiet mit Saudi-Arabien zusammen.

Erwähnt sei hier für die BRD nur die in Verhandlung stehende Lieferung von 300 Leopard II-Panzern und 1.500 Spezialfahrzeugen im Wert von 10 Milliarden DM. Im Gegenzug will sich Saudi-Arabien zu (billigen) Öl-Lieferungen (die BRD bezieht 30 - 40 % ihres Bedarfs aus Saudi-Arabien), zu Investitionen im Anlagegeschäft der BRD (ebenfalls im Wert von 10 Milliarden DM) und zu (ebenfalls billigen) Kreditzusagen verpflichten. Für die Logistik, d.h. Ersatzteilbeschaffung und Wartung und für die Einweisung des saudi-arabischen Bedienungspersonals soll der Nato-Partner Türkei zuständig sein (SZ, 19.2.81). Ein weiteres spektakuläres Rüstungsgeschäft besteht in der ebenfalls in Verhandlung befindlichen Lieferung von 200 Flugzeugen des deutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftsprojekts „Tornado"; der Wert wird mit 15 Milliarden DM angegeben.

Auch Frankreich liefert Rüstungsmaterial aller Art an Saudi-Arabien. Im Oktober 1980 wurde zwischen Frankreich und Saudi-Arabien ein Rüstungsabkommen über 6,5 Milliarden DM abgeschlossen (AK 192), gleichzeitig berichtete die FAZ im Oktober, daß Saudi-Arabien „in den letzten Jahren" Waffen im Wert von 12 Milliarden FF aus Frankreich bezogen habe. Erwähnenswert ist ferner, daß sich Saudi-Arabien an den Entwicklungskosten des französischen Kampfflugzeuges „Mirage 4000" beteiligt.

An diesen Beispielen wird deutlich, daß diesen Rüstungslieferungen eine Bedeutung zukommt, die über den

daß diesen Rüstungslieferungen eine Bedeutung zukommt, die über den

rein militärischen Bereich hinausweist: Die Rüstungsgeschäfte werden an gesicherte und billige Rohstofflieferungen in die Metropolen und an die Retransferierung von Kapital aus den Entwicklungsländern in die Metropolen gekoppelt (Investitionen, Kredite). Damit wird den Entwicklungsländern Kapital für ihre eigene Entwicklung systematisch entzogen. Dies geht sogar soweit, daß die Entwicklungsländer ihre Ressourcen dafür einsetzen, Entwicklungskosten für imperialistische Rüstungsprojekte zu übernehmen bzw. mitzutragen.

Unter geopolitischen Gesichtspunkten fällt der Versuch auf, auf „hartem Weg" den Machtbereich der Nato via militärischer Zusammenarbeit zwischen Türkei und Saudi-Arabien praktisch auszuweiten; daß diese Anbindungsversuche ebenfalls über den militärischen Bereich hinausgehen, wird durch die erstmalige Teilnahme hoher türkischer Regierungsvertreter an der arabischen Gipfelkonferenz in Taif im Januar 81 deutlich. Man sollte den im Rahmen eines Nato-Manövers durchgeführten Putsch in der Türkei a u c h unter diesem Blickwinkel betrachten.

Saudi-Arabien ist jedoch nicht nur aufgrund seiner direkten Zusammenarbeit für den westlichen Imperialismus von Bedeutung, vielmehr spielt es als Mittler, als Finanzier für militärische Vorhaben seiner ökonomisch schwächeren Nachbarn eine wichtige Rolle. So trat Saudi-Arabien als Finanzier für das Projekt einer „Interarabischen Rüstungsgesellschaft" (an der Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Vereinigte Arabische Emirate beteiligt waren) in Erscheinung. Geplant war der Aufbau einer eigenen arabischen Rüstungsproduktion; Saudi-Arabien finanzierte den Aufbau der gesamten ägyptischen Luftwaffe. Mit dem Camp-David-Abkommen zerbrach dieses Vorhaben zunächst einmal.

Aktuell leistet Saudi-Arabien finanzielle Hilfe für das irakische Regime zur Unterstützung für dessen Aggression gegen den Iran (noch vor 2 Jahren wäre diese Zusammenarbeit wohl nicht für möglich gehalten worden). Zwar erhielt der Irak auch damals schon Militärmaterial aus dem Westen, speziell aus Frankreich, politisch befand sich Irak damals jedoch im Einflußbereich der UdSSR. Diese Zeiten sind jedoch vorbei: Inzwischen verhandelt Irak z.B. mit der Reagan-Regierung über die Wiederaufnahme der seit 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen (FT, 15.4.81). Militärisch hat sich der Irak in den letzten 2 Jahren verstärkt nach Frankreich orientiert. Zuletzt lieferte Frankreich im Februar 81 60 Mirage-Bomber an Irak (während des Krieges Iran - Irak).

Auch die BRD mischt bei dem aufblühenden Militärgeschäft mit dem Irak mit, wenn auch noch in vergleichsweise bescheidenem Rahmen: So lieferte MAN z.B. 1980 neben 600 Bussen auch 1000 LKWs, die ja durchaus für militärische Zwecke Verwendung finden können. Für 1981 ist die Lieferung von weiteren 1500 LKWs im Wert von 200 Millionen DM vereinbart.

Die Einbindung des Irak in das militärische Kalkül des westlichen Imperialismus offenbart sich auch an der intensiven Zusammenarbeit dieses Landes mit dem reaktionären jordanischen Regime seit Ausbruch des Krieges Iran - Irak. Diese Zusammenarbeit geht sogar so weit, daß in Irakisch-Kurdistan 40000 jordanische Soldaten zur Entlastung der irakischen Armee an der Front mit Iran stationiert sind. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß eine solche Kooperation ohne Zustimmung der westlichen Länder möglich wäre!

Zuletzt sei hier Ägypten als Bastion des Westens in der Region erwähnt. Neben einer ebenfalls massiven Aufrüstung des Sadat-Regimes ist hier insbesondere die Bereitschaft des Regimes hervorzuheben, seine militärischen Einrichtungen voll in den Dienst der US-Eingreiftruppe zu stellen. Dies wurde bereits deutlich, als Sadat letzten April den USA gestattete, die bei dem Angriff auf Iran eingesetzten Hercules C-130 Maschinen von ägyptischen Militärbasen aus starten zu lassen. Hatte Sadat bereits damals die „Carter-Doktrin", die Golfregion zum amerikanischen Einflußgebiet zu erklären, ausdrücklich begrüßt, so ordnet er sich jetzt auch der Reagan-Regierung unter, die den Nahen Osten zum Abwehrblock gegen die vermeintliche sowjetische Expansion in der Region zusammenschweißen will. Anläßlich des jüngsten Besuchs von Haig in Ägypten lobte Sadat Reagan als „rechten Mann am rechten Platz zur rechten Zeit" („SZ", 6.4.81). Drastischer läßt sich Vasallenpolitik wohl kaum ausdrücken!

Neben der Aufrüstung „befreundeter" Staaten ist der forcierte Auf- und Ausbau eines umfangreichen Stützpunktsystems durch die westlichen Länder in Nah- und Mittelost und

Stützpunktsystems durch die westlichen Länder in Nah- und Mittelost und

in den angrenzenden Gebieten Afrikas zu beobachten.

Es ist davon auszugehen, daß diese Stützpunkte eine große Rolle für die Logistik der in Aufstellung befindlichen, inzwischen 200000 Mann umfassenden US-Eingreiftruppe spielen. Den USA stehen heute neben den Stützpunkten in den bereits oben erwähnten Ländern Stützpunkte und Nutzungsrechte für militärische Basen aller Teilstreitkräfte in folgenden Ländern zur Verfügung: Oman, Bahrain, Dubai, Nord-Jemen, Somalia, Sudan und Kenia.

Großbritannien unterhält Militärstützpunkte in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait; in Dschibuti sind permanent 4000 französische Soldaten stationiert.

Abschließend sei nochmals betont, daß die USA und die westlichen Länder verstärkt auf die eigenen militärischen Kräfte setzen: Rapid Deployment Force, das lückenlose Stützpunktsystem und die starke Präsenz der imperialistischen Seestreitkräfte im Indischen Ozean und im Persischen Golf sind sicheres Indiz dafür.

Um das Ausmaß des hier angehäuften Zerstörungspotentials direkter imperialistischer Präsenz zu begreifen, ist folgendes Zitat aus der „FAZ" vom 18.10.80 hilfreich: *„Die Zerstörungsgewalt der Flugzeuge auf den Trägern ‚Eisenhower' und ‚Midway' übertrifft alles, was sämtliche Staaten des Mittleren Osten aufbringen könnten"*.

Nicht zuletzt der Sturz des Schah und damit der Verlust eines der wesentlichen imperialistischen Subsysteme dürfte diese Entwicklung hin zu massiver direkter imperialistischer Präsenz begünstigt haben. Gleichzeitig weist die Entwicklung in Ländern wie Saudi-Arabien und Ägypten (gekenn-

Fortsetzung nächste Seite

Widerstand in Chile

Die Kupferarbeiter der Mine El Teniente haben - nach letzten Meldungen - beschlossen, ihren Streik fortzusetzen. Sie fordern 10% mehr Lohn, während die Regierung 2% anbietet. Verhandlungen sind bisher gescheitert, auch in anderen Kupferminen wird der Beginn von Streiks diskutiert.

Am 1.Mai ist es in diesem Jahr erstmals geglückt, eine gemeinsame Kundgebung der wichtigsten oppositionellen Gewerkschaften durchzuführen. CNS, FUT (beides klassenkämpferische Gewerkschaften), die Gruppe der 10 (von der Christdemokratie dominiert, aber durch den Aufschwung der Widerstandsbewegung nach links gerückt) und die Gewerkschaft der privaten Angestellten riefen gemeinsam zu einer Mai- Veranstaltung auf, was noch im letzten Jahr an verschiedenen Differenzen gescheitert war. Nach ersten (noch ungesicherten) Berichten sollen 100 Teilnehmer verhaftet worden sein. Die vier Gewerkschaftsorganisationen haben einen halblegalen Status; sie werden z.T. geduldet, z.T. drastisch behindert und verfolgt. Im Januar wurden z.B. zwei Führer der CNS verhaftet, *„weil sie sich eine Repräsentation anmaßen, die ihnen keiner gegeben hat"* (dieses und alle anderen Zitate nach: Chile-Dokumentation April 1981). Hier nur ein kleiner Ausschnitt aus den Widerstandsaktionen der ersten zwei Monate von 1981, um die Vielfalt deutlich zu machen:

– Januar 1981:

Eine Gruppe von etwa 30 Frauen, die der „Organisation der Angehörigen politischer Gefangener" angehören, ketten sich an das Tor des Gefängnisses von Santiago, um dagegen zu protestieren, daß ihnen nicht erlaubt wurde, ihre Angehörigen zu Weihnachten und zu Neujahr zu besuchen. Sie protestierten damit gleichzeitig gegen die verschlechterten Haftbedingungen.

Eine Gruppe obdachloser Chilenen, unter ihnen 30 Frauen und Kinder, besetzten ohne Gewaltanwendung die schwedische Botschaft in
dung die schwedische Botschaft in
Santiago, um auf ihre Notsituation hinzuweisen.

Eine Gruppe von Studenten der Universität besetzte die französische Botschaft in Santiago, um gegen das neue Gesetz, das die chilenischen Universitäten in private Hand gibt,zu protestieren. Die Besetzung dieser Botschaft wurde - ebenso wie die der schwedischen - auf friedliche Weise durchgeführt.

Vom Fenster eines zentral gelegenen Hotels in Santiago aus wurde ein Transparent aufgehängt, auf dem stand:„ Wir haben alles verloren, nun verlieren wir auch die Angst.Auf zum Kampf!". Auch wurden zahlreiche Flugblätter hinuntergeworfen, auf denen zu lesen war: „Schließe dich dem Widerstand an!", „Die Freiheit erkämpft sich".

In der „Banco de Conception", „Banco Nacional" und der „Republic National Bank" wurden Brände gelegt und auf die „Banco Sao Paulo" wurde ein Überfall verübt, bei dem 100 000 US-Dollar enteignet wurden. Alle diese Banken befinden sich in der Hauptstadt.

– Februar:

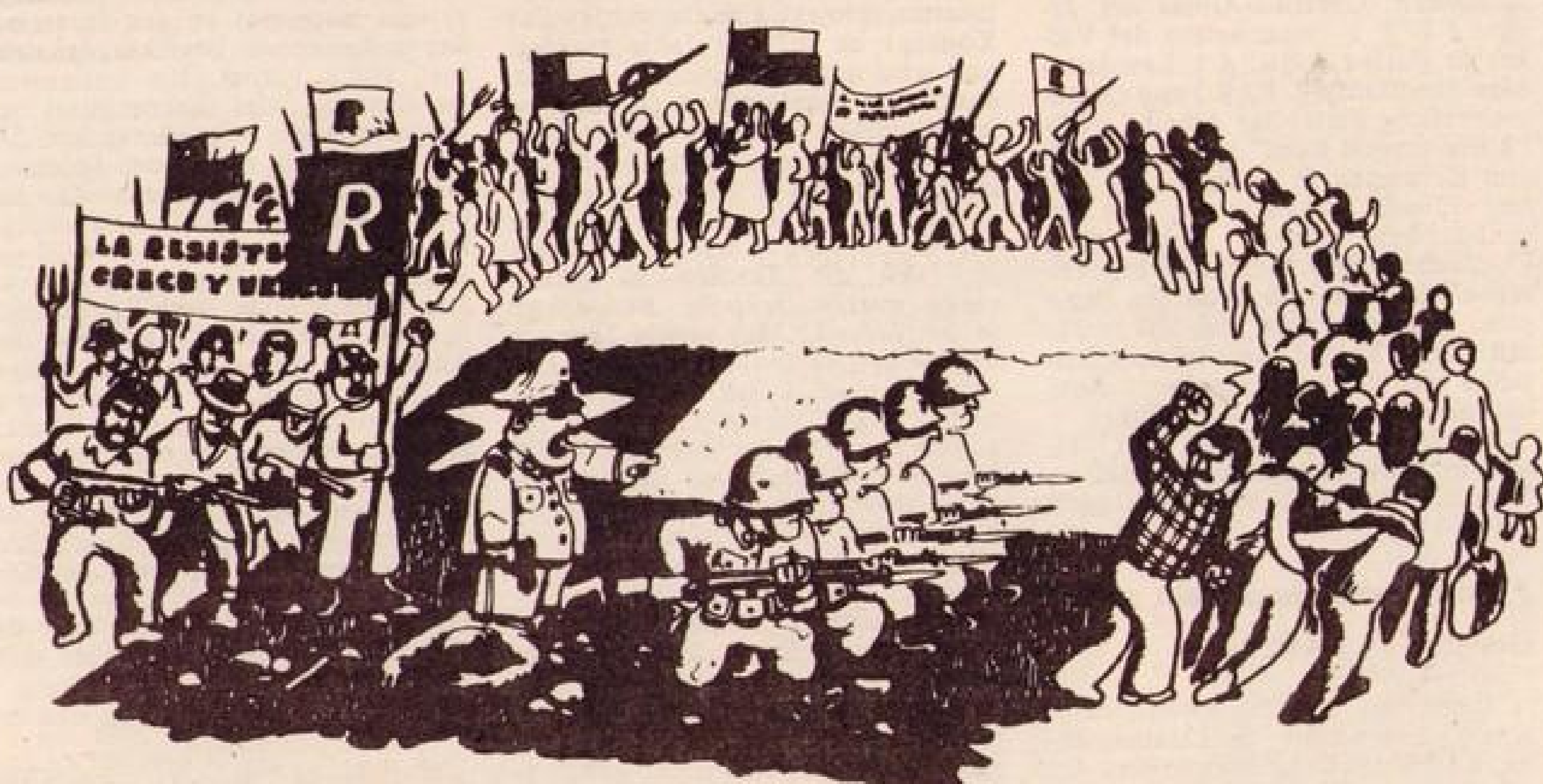
Hungerstreik in der Kathedrale der Hauptstadt, durchgeführt von Bewohnern der provisorischen Siedlung „22 de Julio" und des Armenviertels „La Bandera", um eine Lösung des Wohnungsproblems zu fordern und um die Pobladores, die die schwedische Botschaft besetzten, zu unterstützen.

Eine Gruppe von neun Angehörigen der politischen Gefangenen besetzte die Botschaft Österreichs in Santiago, um gegen die Entscheidung der Diktatur, ihre Angehörigen in unwirtliche und weit entfernt gelegene Gefängnisse des Landes zu verlegen, zu protestieren.

(Aus: „Chile-Dokumentation",April 1981).

Zur Bedeutung des bewaffneten Kampfes

Die letzte spektakuläre Aktion war die Besetzung der größten Rundfunkstation des Landes, die sich mitten in der Hauptstadt Santiago de Chile befindet, durch ein revolutionäres Kommando (vergl.„taz",30.4.). Am 28.April, d.h. rechtzeitig zum 1.Mai, stürmte das Kommando, genau zum Zeitpunkt einer Nachrichtensendung, „Radio Portales" und verlas sieben Minuten lang eine Erklärung in der es zum Generalstreik aufrief und das chilenische Volk zum Widerstand gegen die Diktatur aufforderte. Nach der Erklärung konnten die Kämpfer unserer Information nach unerkannt entkommen. Diese Art bewaffneter und erfolgreicher Aktionen hat im Laufe des letzten Jahres sprunghaft zugenommen. Im folgenden geben wir Auszüge aus einem Interview mit dem Genossen Pablo Gonzalez vom ZK des MIR wieder, in dem er sich zur Linie des bewaffneten Kampfes äußert.



¡EL RETORNO LO DECIDIMOS NOSOTROS, NO LA DICTADURA!

(Den Zeitpunkt der Rückkehr bestimmen WIR,

..Bedeutet das also, daß der MIR und der Volkswiderstand in die Phase der militärischen Auseinandersetzung mit der Diktatur eingetreten sind?

Es bedeutet vielmehr, daß das Volk und der Volkswiderstand zu einer neuen, höheren Etappe des Kampfes gelangt sind ... von einer spärlichen Initiative zu einer wachsenden Aktivierung, (...) von unterschwelligen, vereinzelten Angriffen zu einem immer offeneren und vielfältigeren Kampf gegen die Unternehmer, gegen die 50 Familien, die sich über Chile hergemacht haben; gegen die imperialistischen Konzerne, die unser Land ausplündern wollen, gegen Technokraten und Ideologen, die ihre Experimente auf Kosten des Hungers und des Elends des Volkes durchziehen, gegen die Generäle und Offiziere der bewaffneten Repressions - und Sicherheitskräfte (...) Wir befinden uns aber immer noch in der Anfangsphase der Akkumulation der militärischen Kraft, wir sind noch in der Phase der bewaffneten Propaganda, aber die Bedingungen des Klassenkampfes hier in unserem Land, die wachsenden Forderungen der Massen und die Verhärtung der Repression der Diktatur erfordern von uns den Übergang zu einer höheren Phase, zum eigentlichen militärischen Kampf, d.h. zu einem Kampf, der nicht nur politische Ziele verfolgt, sondern auch militärische, wie z.B. die Vernichtung von Kräften und militärischen Geräten des Feindes. (...)

Ist es nur der MIR, der diese Formen des Kampfes initiiert und entwickelt?

Wir haben schon vorhin gesagt, daß es das ganze Volk, die Massenbewegung heute in Chile sind, die in steigendem Maß diese Kampfformen anzuwenden beginnen. Der MIR ist aber die einzige Organisation der chilenischen Linken, die während dieser ganzen sieben Jahre der Diktatur darauf bestanden hat, daß nur der politische und der bewaffnete Kampf das Regime wegfegen kann.(..) Heute trägt der MIR das Hauptgewicht in den bewaffneten Aktionen gegen die großen Bosse und die Militärdiktatur, das ist für niemanden mehr ein Geheimnis. Ebenso wenig ist es ein Geheimnis, daß der bewaffnete Kampf, die bewaffnete Propaganda steigende Sympathie, Unterstützung und Beteiligung an der Basis aller Parteien der chilenischen Linken zu verzeichnen hat, das gilt sogar für wichtige Teile der Basis der Christdemokraten.(...)

Können Sie die Bedeutung der durchgeführten Aktionen erklären, die ja ganz verschiedener Art sind?
die ja ganz verschiedener Art sind?

Wie bereits erwähnt, verfolgen alle Aktionen, die wir gemacht haben, einen wesentlich politischen Zweck. Sie dienen zum einen dazu, revolutionäre Propaganda zu machen, unsere Ziele und Kampfplattform bekannt zu machen und zu zeigen, daß keine Diktatur, sei sie auch noch so stark und blutbespritzt, mit Gewalt und Terror auf Dauer die öffentliche Ordnung gegen den Willen des Volkes aufrechterhalten kann. (...) Die Operationen gegen Banken und Finanzinstitute verfolgen verschiedene Ziele: An erster Stelle die direkte Infragestellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Privateigentums, indem sich so das Volk und die Revolutionäre einen Teil, einen noch sehr kleinen Teil dessen zurückgewinnen, was die Banken, die Finanzgesellschaften und die großen Monopolgruppen in diesen Jahren aus ihnen herausgepreßt haben. Zweitens: die Beschaffung von Geldmitteln für unsere Partei und den Widerstand für den Kampf zum Sturz der Diktatur. Und drittens: durch solche Handstreiche und Aktionen dieser Art übt und stärkt sich die im Entstehen begriffene bewaffnete Kraft der Widerstandsbewegung und unserer Partei. Die MG-Beschießung und die Bombenanschläge auf das Gebäude der CNI sind einzuordnen in die Linie der Entwicklung eines offensiven Kampfes gegen die Repression und gegen die Sicherheitsorgane. Das geschieht durch Strafaktionen, Maßnahmen zur Einschüchterung und Hinrichtung. Andere Aktionen sind verbunden mit den Forderungen und konkreten Kämpfen der verschiedenen Bereiche der Massenbewegung, wie z.B. Druckausübung und Drohungen gegenüber Unternehmern und in Fabriken, wo die Gewerkschaft bei den Tarifverhandlungen oder im Streik ist, Organisation der Selbstverteidigung in Elendsvierteln, die von der Räumung bedroht sind, Landnahmen mit bewaffnetem Schutz, Enteignung von Lebensmitteln, um den Hunger in den Rand-, Elendsvierteln und auf dem Lande zu bekämpfen.(...)

Können Sie uns sagen,welches die
Können Sie uns sagen,welches die
wichtigsten Punkte des militärischen Programms des MIR sind?

Wir vertreten demnach die Linie des demokratisch- revolutionären Krieges des ganzen Volkes; Voraussetzung ist die Einbeziehung des gesamten Volkes auf verschiedenen Wegen und unterschiedlichen Formen (ideologische, psychologische, propagandistische und diplomatische Kriegsführung, gewerkschaftlicher und sozialer Kampf usw.); Voraussetzung ist die Entwicklung und Verallgemeinerung der politischen Gewalt der Massen in Form von direkten Aktionen, Selbstverteidigung, Demonstrationen und Kundgebungen auf den Straßen, lokalen Erhebungen, Teilaufständen und Generalaufstand. Parallel dazu haben wir uns vorgenommen, die bewaffneten Kräfte des Widerstandes aufzubauen, und zwar ausgehend von drei Grundtypen bewaffneter Kräfte:

- *die Volksmilizen im Untergrund*
- *Irreguläre bewaffnete Kräfte oder Stadt-, Untergrund- und Landguerillas*
- *Reguläre Volksarmee.*

(Aus: Chile- Dokumentation, April 1981. Das Interview wurde in Santiago de Chile gemacht).

Lateinamerika Kommission



Die „Beschützer" von „Ruhe und Ordnung" in Chile. Foto: dpa

Fortsetzung von der vorherigen Seite

zeichnet von militärischer Aufrüstung und auf gezwungener Modernisierung) daraufhin, daß der Imperialismus aus der iranischen Erfahrung nichts „gelernt" hat, nichts „lernen" kann, weil der Spielraum dazu strukturell begrenzt ist.

Bezüglich Iran ist zu sagen, daß er zunächst einmal aus dem direkten militärischen Zugriff des Imperialismus herausgelöst ist. Gleichzeitig wurde an den Hintergründen der „Geiselaffäre" deutlich, daß sich hinter dem antiimperialistischen Verbalradikalismus der gegenwärtigen iranischen Regierung eine, dem Imperialismus nicht abgeneigte, Wirtschaftspolitik verbirgt. Dies wird auch deutlich, wenn sich Ayatollah Montazeri (einer der höchsten Geistlichen des Iran) in einem Interview mit der „Teheran Times" erst kürzlich für Handelsbeziehungen mit allen Großmächten aussprach (vgl. „FR", 8.4.81). So muß der Eindruck entstehen, als spiele sich der Antiimperialismus der Islamischen Republik lediglich auf der kulturellen Ebene – der Rückbesinnung auf den Islam – ab. Ein umfassendes ökonomisches und politisches Konzept zur Befreiung aus imperialistischen Abhängigkeitsstrukturen ist von d e m Regime jedoch weder in Theorie noch in Praxis zu sehen und zu erwarten. Ein noch so vehement vorgetragenes Konzept auf kultureller Ebene wird jedoch nicht ausreichen – zumal es sich an einer vollkommen unhistorischen und faktisch rückwärts gewandten Islam-Auslegung orientiert.

Iran-Initiative Frankfurt April 81
Postlagerkarte 060964 A
6000 Frankfurt 16

El Salvador-Solidarität 100.000 in Washington DC

Die größte Aktion seit der Anti-Vietnam- Bewegung kam am 3.Mai in Washington DC zustande. Hunderte von Gruppen überall in den USA hatten zum Protest gegen Reagans El Salvador- Politik aufgerufen und 100 000 Menschen kamen (nach Angaben der Veranstalter). Schwerpunkt war die gemeinsame Solidarität mit El Salvador und der Protest gegen die Kriegspolitik der US- Regierung. Gleichzeitig wurde auf den Zusammenhang zwischen dem Abbau der Sozialleistungen und der Sparpolitik im Inneren und der Aggression nach außen hingewiesen. Viele Gruppen, wie schwarze Bürgerechtler, Feministinnen,Schwule und Lesben, brachten auch ihre spezifischen Forderungen zum Ausdruck. Dies ist ein hoffnungsvoller Auftakt für eine breite Solidarität mit Mittelamerika und für eine neue Anti-Kriegsbewegung (Informationen aus "taz", 5.5.81).

Elf Kongreßabgeordnete (Mitglieder der Demokratischen Partei) haben inzwischen eine Klage gegen die US-Regierung eingereicht. Sie klagen auf Abzug der nordamerikanischen Militärberater und Einstellung der Militärhilfe für die Junta in El Salvador. Beides sei ein Verstoß gegen die Verfassung und gegen die Regierung bindende Beschlüsse des Kongresses („SZ", 4.5.81).

Guerilla-Organisationen Guatemalas vereint!

Am 27. Januar 1981 gaben die vier bewaffneten Organisationen Guatemalas endlich ihre lang angekündigte Vereinigung offiziell bekannt. Es handelt sich dabei um folgende Organisationen: Guerrilla-Armee der Armen (EGP), Organisation des Volkes in Waffen (ORPA), Revolutionäre Streitkräfte (FAR) und Guatemaltekische Partei der Arbeit (PGT-"konsequenter Kern"). Laut offiziellem Kommunique umfassen die Vereinbarungen zwischen den vier Organisationen einen einheitlichen Oberbefehl, eine Einheit in militärischen Aktionen und in Sachen Disziplin. Weiterhin wird die Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen und des hondurischen Volkes besonders hervorgehoben (nach : „Guatemala Nachrichten" 1/81.Weitere Informationen zu den einzelnen Guerrilla-Organisationen siehe auch AK 193).

Alphabetisierungsprojekt zu Gunsten der Offiziere!

Guatemala hat die zweithöchste Analphabetenquote in Lateinamerika. 63,3% der Guamalteken sind Analphabeten. Bei den Indianern, der Landbevölkerung und bei den Frauen ist der Prozentsatz noch wesentlich höher. 1968 standen 1.165.000 Kindern im schulpflichtigen Alter nur 447.000 Schulplätze zur Verfügung – also weniger als der Hälfte. Die Situation dürfte sich bis heute noch wesentlich weiter verschärft haben. (Informationen aus „...und sie fordern nur das Land und ihr Leben", Informationsstelle Guatemala 1981).

Jetzt soll das alles ganz anders werden. Rund vier Millionen Menschen sollen mit dem neuen Alphabetisierungsprojekt erreicht werden.Das Konzept ist auf vier Jahre angelegt und wird mit 175 Millionen DM veranschlagt. Ein Großteil der Summe ist allerdings bereits in die Taschen der Offiziere gewandert, bevor das Projekt überhaupt begonnen wurde. *„Daß die Alphabetisierungsaktion ein 'Truco' (Trick) mehr der Militärs ist, sich die Taschen zu füllen, sehen guatemaltekische Beobachter in der Tatsache, daß wenige Tage vor Beginn der Aktion der Öffentlichkeit kein einziges Detail bezüglich Art und Umfang dieser Kampagne bekannt war. Die betreffenden Politiker, die aus Furcht vor Repressionsakten ihre Namen nicht erwähnt sehen wollen, sind auf Grund entsprechender Erfahrungen auch davon überzeugt, daß die Bevölkerung über die Verwendung der Gelder bzw. den Erfolg der Aktion nie etwas genaues erfahren wird. Indirekt ist die Korruptheit der guatemaltekischen Regenten sogar daran Schuld, daß die Lese- und Schreibunkundigkeit in diesem Land noch heute derart grassiert: Das Budget für 1981 sieht die Neuschaffung von ganzen 3500 Lehrerstellen vor, während 30 000 bis 40 000 fertig ausgebildete Lehrer stellenlos sind. Wer von diesen, hauptsächlich vom Staat ausgebildeten Kräften, eine Stelle will, hat im Erziehungsministerium laut zuverlässigen Informationen ein Schmiergeld von umgerechnet gut 700 DM zu entrichten."* („Neue",3.2.1981).

Abgesehen von dieser „Image-Alphabetisierung",die kaum stattfinden wird, geht das Erziehungssystem insgesamt an den Interessen der indianischen Bevölkerungsmehrheit völlig vorbei. Die indianische Bevölkerung wird diskriminiert und gewissermaßen zwangsintegriert. Die Schulerziehung zwingt den Indianern eine ihnen fremde Lebensweise auf, ihre eigene, auf die Mayas zurückgehende Kultur und Tradition wird zerstört, ihre wahre Geschichte wird verschwiegen. Stattdessen präsentiert man die Geschichte der Eroberer und Ausbeuter. Die verschiedenen Dialekte (in Guatemala 23 - entsprechend den verschiedenen Indianer–Volksgruppen)werden nicht berücksichtigt, die offizielle Sprache ist Spanisch. Vor diesem Hintergrund haben die indianischen Gruppen Guatemalas eine Kommission ins Leben gerufen, die eine Erziehung im Interesse der Indianer entwickeln will. Einige der Schwerpunkte dieses Projektes sind:

- Alphabetisierung in indianischen Sprachen, ausgehend von den Interessen des Volkes.
- Ausbildung von Lehrern außerhalb des bestehenden Erziehungssystems.
- Förderung der indianischen Frau.
- Ausarbeitung von Unterrichtsmaterialien und Übersetzung pädagogischer Schriften in die einzelnen indianischen Sprachen.

Wer dieses Projekt unterstützen möchte:
Postscheckkonto München
Nr. 2081 59-802
Informationsstelle Guatemala

(nach: Broschüre der Informationsstelle Guatemala).

Die Gewalt gegen das Volk

Gabriel Aguilera, ein Wissenschaftler aus Costa Rica, veröffentlichte eine Studie über die politische Gewalt in Guatemala von 1966 bis 1976. Aus der Studie geht hervor, daß in Gebieten mit den größten Vorkommen an Gewalt 85 % der Opfer Arbeiter und Bauern sind, 7% Studenten und 8% Mitglieder der Bourgeoisie und deren Diener in Vertrauenspositionen. So sehen also die Zahlen aus, die auch Auskunft darüber geben, wer (heute leider immer noch) Opfer ist. Wenn sich die Zahlen einmal umgekehrt haben, geht es den Menschen sicherlich besser. (Informationen aus: „Guatemala Nachrichten" 1/81).

Erfreulich: Tourismus geht zurück

1980 kamen 50% weniger Touristen nach Guatemala als 1979. Dies liegt vor allem an dem verschärften Terror des Regimes selbst und an den internationalen Boykottmaßnahmen. Dem Regime bereitet diese Entwicklung Kopfschmerzen, denn der Tourismus war 1979 nach dem Kaffee
lung Kopfschmerzen, denn der Tourismus war 1979 nach dem Kaffee
das zweitwichtigste Devisengeschäft.

Deswegen wurde jetzt eine internationale Werbekampagne bei einem US-Konzern in Auftrag gegeben. Der zwischen dem guatemaltekischen Tourismusinstitut und der US-Firma Needham& Grohmann zustande gekommene Vertrag sieht insbesondere Werbung in den USA, in Canada und Europa vor. Schon im Februar 1980 hatten die indianischen Gruppen in einer gemeinsamen Erklärung zu einem Tourismus-Boykott aufgerufen. Die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft fließen in die internationalen Hotelketten und Dienstleistungsbereiche, das Volk profitiert nicht davon. Die Indianer werden dabei als exotische Touristenattraktion ver-
davon. Die Indianer werden dabei als exotische Touristenattraktion ver-
marktet, ihre Auftritte werden direkt vom guatemaltekischen Tourismusinstitut organisiert. In den Dörfern werden arme Leute dafür bezahlt, daß sie zweimal wöchentlich, wenn die Touristen zum Markt kommen, ihre feierlichen Zeremonien in der Kirche durchführen. Zu einem jährlichen Traditionstreffen von Indianern in dem Ort Coban wurden Touristen angekarrt, man verlangte Eintritt, das Fernsehen filmte usw.. Deswegen die Forderung der Indianer: *„Für ein Ende unserer Verwendung als Objekte des Tourismus"*.

(Nach einer Broschüre der Informationsstelle Guatemala München).
mationsstelle Guatemala München).

Lateinamerika-Kommission

Tú,
que eres
campesino
guatemalteco

¡reflexiona!

Donde los comunistas toman el poder, la primera victima es el campesino.
Quien tiene una pequeña parcela, la pierde.
El trabajador del campo es reducido a la más infame esclavitud: la persecución, el desempleo y el hambre son su unico salario.
¿Quieres que los agitadores mandados por el extranjero se adueñen de tu patria?
¿Quieres que los cultivos sean arrasados por el fuego de la destrucción?
¿Quieres que el diálogo, que hoy es posible, sea reemplazado por el odio comunista?
Tú, que eres campesino guatemalteco, que amas a tu patria y anhelas vivir en paz y libertad...

¡reflexiona!

plan de acción nacional

Wo die Kommunisten die Macht übernehmen, ist das erste Opfer der Bauer. Wer kleines Stück Boden hat, verliert es. Der Landarbeiter wird der schlimmsten Sklaverei unterworfen: Verfolgung, Arbeitslosigkeit und Hunger sind sein einziger Lohn. Willst Du, daß die vom Ausland geschickten Agitatoren sich deines Vaterlandes bemächtigen ? Willst Du, daß Deine Ernte vom Feuer zerstört wird ? Willst Du, daß der Dialog, der heute möglich ist, durch den kommunistischen Haß ersetzt wird ? Du, der Du guatemaltekischer Bauer bist, der Du dein Vaterland liebst und Dich nach einem Leben in Freiheit und Frieden sehnst ...

DENK NACH!

(Propaganda der Diktatur gegenüber der Landbevölkerung)

TIKAL
HOTEL
CORREO
TAXI
BUS
alto
MAPA
25 av.

AYUDEMOS AL TURISTA

HELFEN WIR DEM TOURISTEN!

1. Fragen Sie, ob Sie helfen können,wenn Sie den Eindruck haben,daß ein Tourist sich verlaufen hat!
2. Nehmen Sie sich Zeit,und geben Sie genaue Auskünfte über Adressen!
3. Sprechen Sie langsam und deutlich, aber schreien Sie nicht,wenn Sie einem ausländischen Besucher helfen!
4. Gehen Sie mit ihm ein Stück oder auch mehr, um ihm den Weg zu erklären!
5. Wenn er ein fanatischer Fotograph ist,bieten Sie ihm an, ein Foto von ihm mit seiner eigenen Kamera zu schießen! Viele Touristen schätzen diese Geste der Höflichkeit.
6. Seien Sie freundlich,nützlich,nett und gastfreundlich Lächeln Sie...

DENKEN SIE DARAN: DER VERANTWORTLICHE DAFÜR,DASS DIE MEHRZAHL DER TOURISTEN IHR VOLK ODER IHRE STADT IN GUTER ERINNERUNG BEHÄLT, SIND S I E!

INSTITUTO GUATEMALTECO DE TURISMO
INGUAT

Werbung des guatemaltekischen Tourismus-Instituts für freundliche Aufnahme der Touristen.

Bundesweiter Aufruf zur Boykott-Aktion 1. - 3. Juni

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN VÖLKERN VON EL SALVADOR UND GUATEMALA!

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU EINES FREIEN LANDES IN NICARAGUA!

Wir alle trinken Kaffee. Diejenigen, die ihn anbauen, können sich selbst keinen Kaffee leisten. Die Kleinbauern und Landarbeiter in Mittelamerika arbeiten hart (die Kaffee-Ernte ist eine extrem mühselige Arbeit), und sie arbeiten für Hungerlöhne. Die hohen Profite, die der Kaffeehandel bietet, streichen andere ein. Setzt sich die Landbevölkerung zur Wehr, wird sie von Großgrundbesitzern und Militärs (unter Anleitung wohlbekannter 'Berater') rücksichtslos massakriert.

Selten lassen sich in Entwicklungsländern die Ursachen für Unterentwicklung, Elend und Unterdrükkungspolitik durch Militärdiktaturen so klar aufzeigen wie an den Beispielen El Salvador und Guatemala:

El Salvador ist das klassische Kaffee-Exportland. Mehr als 60 % seiner Ausfuhrerlöse verdient es durch den Export von Kaffee. Auch für Guatemala ist Kaffee das wichtigste Exportgut.

Die zu Beginn dieses Jahrhunderts einsetzende Umwandlung Mittelamerikas in eine Kaffeeanbauregion hatte einschneidende Folgen für die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Ländern dieser Region:

- Ihre Benachteiligung als Entwicklungsländer im internationalen Handel wurde festgeschrieben. Während die Preise für Industriegüter kräftig stiegen, hinkten die Kaffeepreise im langfristigen Durchschnitt deutlich hinterher.
- Die weitgehende Umstellung der Landwirtschaft auf den Anbau von Kaffee begünstigte die Herausbildung von wenigen Großgrundbesitzerfamilien, die die jeweiligen Länder beherrschten und beherrschen. Diese Familien reagierten in Zusammenarbeit mit den Militärs auf jeden Versuch der Landarbeiter, sich zu wehren, mit brutaler Unterdrückung.
- Die Lebensbedingungen von Kleinbauern und Landarbeitern verschlechterten sich so nachhaltig. Viele selbständige Bauern mußten den Kaffeeplantagen weichen und sind heute darauf angewiesen, ihr Jahreseinkommen während der vier Monate des Jahres, in denen der Kaffee geerntet wird, zu verdienen. Der Rückgang der Anbauflächen für Grundnahrungsmittel führte zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Elend und Existenzunsicherheit nahmen für den Großteil der Landbevölkerung somit ständig zu.

Während die Umstellung auf den Anbau von Kaffee für Länder wie El Salvador und Guatemala nur mit Nachteilen verbunden war - sieht man von den Gewinnen der Zwischenhändler und Großgrundbesitzer ab - profitierten der Staat (Steuer) und die großen Kaffeekonzerne in den kapitalistischen Industrieländern von den niedrigen Einkaufspreisen für Kaffee.

Die Profitraten im Kaffeegeschäft sind überdurchschnittlich hoch. Diese typischen Strukturen zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Staaten spiegeln sich in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mittelamerika besonders deutlich wider.

Der Großteil des mittelamerikanischen Kaffees, insbesondere aus El Salvador und Guatemala, wird in die Bundesrepublik ausgeführt. Für die Bundesrepublik ist Mittelamerika die zweitwichtigste Herkunftsregion für Kaffee.

Vom Kaffeehandel profitieren die Kaffeekonzerne und der Staat. Aber auch wir als Verbraucher werden in dieses System einbezogen und stützen damit indirekt die zynische Ausbeutung in den Ländern der 3. Welt. Wir beteiligen uns an einem System, dessen Mechanismen wir widerspruchslos hinnehmen und dessen Folgen wir alle kennen:

- Hunger, Repression, Vernichtung in der 3. Welt;
- Stabilisierung eines Systems hier bei uns, das uns durch Erziehung zum bewußtlosen Konsumenten immer mehr betäubt und dessen Profitorientierung auch hier unseren Lebensraum zerstört.

Deshalb: Laßt Euch nicht täuschen! Es ist ein gemeinsamer Feind, der seine Fangarme über Lateinamerika und die BRD ausgestreckt hat!

Fangen wir an, an einem Punkt:

BOYKOTTIERT DIE KAFFEEKONZERNE !

Die El Salvador-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ruft für den 1. - 3. Juni zu einem bundesweiten Kaffeeboykott auf. Wir stellen uns vor, daß überall vor möglichst vielen Kaffeeverkaufsstellen an diesen Tagen Aktionen laufen: Flugblätter, Infostände, Sketche... Wir fordern u n s alle auf, diese Boykottkampagne zu unterstützen. Schließt euch zu örtlichen Aktionskomitees zusammen (Informationen über die lokalen Mittelamerika-Komitees).

Unterstützen wir mit dieser Kampagne auch den Aufbau eines freien Landes: NICARAGUA hat gesiegt, aber es braucht heute mehr denn je unsere Hilfe. Konzerne und Regierungen (USA, BRD u.a.) haben bereits ihre Fangarme wieder ausgestreckt. Durch ökonomischen und politischen Druck soll Nicaragua in die Knie gezwungen werden.

Deshalb: Statt ein System der Unterdrückung und Ausbeutung zu finanzieren, laßt uns mit dieser Aktion anfangen, ab sofort langfristig durch den Kauf von Nicaragua-Kaffee (imprtiert über die GEPA, Wuppertal) Nicaragua direkt materiell zu unterstützen.

Nicht nur 3.Weltläden, auch Bio-Läden, Buchläden, Kneipen, Cafes.... können sich am Aufbau eines alternativen Vertriebssystems für Nicaragua-Kaffee beteiligen.

LASST UNS EINEN KLAREN TRENNUNGSSTRICH ZWISCHEN UNS UND UNSEREN FEINDEN ZIEHEN!

Wendet euch sofort an die zentrale Koordinationsstelle der Kaffee-Boykott-Aktion: Informationsstelle El Salvador und Guatemala, Maisstr. 29, 8000 München 2, Tel: 089/ 53 66 25.

Dort können Hintergrundmaterialien und Broschüren, Flugblätter, Plakate, Aktionsleitfäden (die örtliche Phantasie und Ideen natürlich nicht ersetzen sollen) angefordert werden.

Im Auftrag der Bundeskonferenz der El Salvador-Solidaritätsgruppen, El Salvador-Komitee Münster/ Lateinamerika-Kreis, Essen / Kinderhilfe Lateinamerika, Köln.

16. Mai 1966 — Vor 15 Jahren begann die Kulturrevolution

Am 16. Mai 1966 gab die Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit ihrem „Beschluß über die Große Proletarische Kulturrevolution" das Startsignal für eine Massenbewegung von historisch beispiellosem Ausmaß. Sie umfaßte bald Millionen von Menschen, die sich in einer Vielfalt von Basisorganisationen in Schulen und Büros, Betrieben und Volkskommunen zusammenschlossen und zum Sturm auf die Bastionen einer „Neuen Bourgeoisie" ansetzten.

Den „Revolutionären Rebellen" der Jahre 1966/67 gelang es nur an wenigen Punkten, tatsächlich die politische Macht zu übernehmen; sie wurden zurückgedrängt und nach und nach ausgeschaltet. — In den letzten Jahren wurde die Kulturrevolution in ihren theoretischen Grundpositionen ebenso wie in ihren praktischen Ergebnissen von den alten und neuen Herrschern in China liquidiert. Doch ihre historische Bedeutung bleibt: als Pariser Commune des Klassenkampfes im Sozialismus; als erster Versuch, eine bürgerliche Restauration in einem sozialistischen Land durch die unmittelbare Machtergreifung der mobilisierten Massen selber zurückzuschlagen.

Bei der sich damals gerade herausbildenden Neuen Linken in der BRD (und in ganz Westeuropa) löste die Kulturrevolution einen Prozeß der blinden Identifikation aus: dem bürgerlichen Schreckbild Sowjetunion/Stalinismus/DDR wurde voller Enthusiasmus das Modell China entgegengehalten.

Heute sind es große Teile derselben Linken, die mit derselben Maßlosigkeit die Kulturrevolution verdammen und mit der StalinÄra und sogar mit den Greueln des deutschen Faschismus vergleichen. Das Scheitern der Kulturrevolution wird als Beleg für ein Scheitern des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, als Beleg für die Sinnlosigkeit revolutionärer Politik überhaupt genommen — während gleichzeitig reformistische Vorstellungen wie die in Bahros „Alternative" entwickelten großen Anklang finden und an die Entwicklung in Polen die Illusion geknüpft wird, es könnte, ohne die leidige Machtfrage zu stellen und ohne organisierte revolutionäre Führung, einen Ausweg aus der „realsozialistischen" Misere geben.

All dies macht es notwendig, die Voraussetzungen, den Verlauf und die Gründe für das Scheitern der Kulturrevolution zu analysieren. Die in diesem AK beginnende Artikelfolge kann dafür nur ein erster Schritt sein. Es wäre zu begrüßen, wenn sich darauf eine Diskussion — auch mit anderen in der Linken vertretenen Positionen — entwickeln würde.

Es folgt nun in diesem und im nächsten AK zunächst ein Rückblick auf die Auseinandersetzungen, die der Kulturrevolution vorausgingen: auf die Periode des von Mao initiierten „Großen Sprung nach vorn" und auf das Roll-Back der Rechten in allen gesellschaftlichen Bereichen Anfang der 60er Jahre.



Im ganzen Land herumreisende Jugendliche („Rote Garde") bestimmten in der Anfangsphase der Kulturrevolution das Bild.

Die Vorgeschichte der Kulturrevolution [Teil 1]

In der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hatte es schon seit Gründung der Volksrepublik (1949) Diskussionen und Auseinandersetzungen um die beim Aufbau der Volkswirtschaft zu verfolgende politische Linie gegeben (1).

Mit einer gewaltigen Massenmobilisierung wurde von Herbst 1955 bis Frühjahr 1956 die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt — gegen den anfänglichen Widerstand von hohen Parteifunktionären wie Deng Zihui (der für die ländliche Arbeit des ZK zuständig war und noch im Mai 1955 die Auflösung von 200.000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefordert hatte), Li Xiannian (Finanzminister), Li Fuchun (Leiter der staatlichen Planungskommission), Bo Yibo (Leiter der staatlichen Kommission für Großindustrie) und Chen Yi (damals Bürgermeister von Shanghai).

Der unbestreitbare politische Erfolg der Kampagne (innerhalb weniger Monate stieg die Zahl der in Genossenschaften eingebundenen Bauernhaushalte bis zum Dezember 1955 von ca. 17 Mio. auf 70 Mio. an; Ende 1956 waren 96% der Bauern genossenschaftlich organisiert) wurde von wirtschaftlichen Engpässen (insbesondere in einigen Industriebereichen) begleitet. Diese zeitweiligen Schwierigkeiten wurden von den Anhängern des sowjetischen Entwicklungsmodells zu einer Gegenoffensive genutzt. Sie forderten einen zentral geplanten und bürokratisch gelenkten Wirtschaftsaufbau mit dem eindeutigen Schwerpunkt auf der Entwicklung der Schwerindustrie in Großkomplexen.

Auf dem VIII. Parteitag der KPCh (15. - 27. September 1956) konnten sich diese Kräfte weitgehend durchsetzen. In der auf dem Parteitag verabschiedeten Politischen Resolution wurde die Notwendigkeit für die Weiterführung des Klassenkampfes geleugnet: „*In der Frage der sozialistischen Umwandlung des Landes ist der entscheidende Sieg schon gewonnen worden. Dies bedeutet, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie im wesentlichen aufgelöst ist und die mehrtausendjährige Geschichte der Klassenausbeutung in China ein Ende erreicht hat*" (2). Für die Zukunft sollte die Partei ihre Kräfte darauf konzentrieren, die „rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräfte" zu entwickeln.

Nebenbei wurde auf dem Parteitag auch der Hinweis auf die Mao-Zedong-Ideen aus dem Statut der Partei getilgt, und Mao selbst blieb während des gesamten Verlaufs deutlich im Hintergrund.

Unmittelbar nach dem Parteitag leiteten Mao und seine Anhänger jedoch einen Gegenangriff ein. Auf der 2. ZK-Sitzung im November 1956 betonte Mao die Notwendigkeit des Klassenkampfes im Sozialismus, übte deutliche Kritik an der UdSSR und sprach sich für die Verankerung des Streikrechts in der Verfassung der VR China aus. Mao hob damals bereits hervor, daß die parteilosen Massen im Kampf gegen bürokratische Machthaber mobilisiert werden müßten und griff dabei namentlich Deng Xiaoping an (3).

Ende Februar 1957 hielt Mao seine Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk", in der er sich u.a. für offene und kontroverse Debatten, insbesondere in Fragen der Literatur und Kunst, aussprach. Die von ihm vorgeschlagene Politjk brachte Mao auf die kurze Formel: „*Laßt hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern*".

Ihr politisches Ziel, nämlich der Bürokratisierung der Partei durch Massenkritik und Massen-Debatte Einhalt zu gebieten, erreichte die „Hundert-Blumen"-Kampagne nicht. Zunächst versuchte die Parteibürokratie, insbesondere das Pekinger Stadtkomitee mit Peng Zhen an der Spitze, zu verhindern, daß Maos Reden eine allzu große Öffentlichkeit erreichten.

Im folgenden mißbrauchten dann im Mai/Juni 1957 vor allem bürgerliche Kräfte die „Hundert-Blumen"-Losung, um eine antisozialistische Pressekampagne und Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes zu organisieren. Die Führung der KPCh sah sich daraufhin veranlaßt, eine „Kampagne gegen die bürgerlichen Rechten" zu führen, die zur Entfernung von drei Mitgliedern der bürgerlichdemokratischen Parteien aus der Regierung der Volksrepublik und zum Ausschluß von etwa 10.000 „bürgerlichen Rechten" aus dem Staatsapparat führte (4). Bei dieser Kampagne wurden von Mao übrigens die „Dazibaos" (Wandzeitungen) als Mittel der Massenkritik aufgegriffen und propagiert; dieses Mittel würde „noch einige Generationen lang" notwendig sein.

Der „Große Sprung nach vorn"

Unterdessen hatten sich in der ganzen Gesellschaft und insbesondere auf dem Land, die Probleme verschärft: Bei einem Bevölkerungswachstum von ca. 2% im Jahr lag das Wachstum der Getreideproduktion bei nur 1%, was eine weitere Kürzung der städtischen Lebensmittelrationen notwendig machte. Verantwortlich wurde dafür das Verhalten der reichen Bauern gemacht, die einen wesentlichen Teil ihrer Ernte zurückhielten, um ihn auf dem freien ländlichen Markt mit besseren Erlösen verkaufen zu können.

Gleichzeitig bildete sich ein scharfer Widerspruch Stadt-Land heraus. Sowohl was die Löhne, als auch was die kulturelle und soziale Versorgung (Theater, Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen) anbetraf, waren die Arbeiter in den Städten wesentlich besser gestellt als die Bauern. Bei den Investitionen und beim Aufbau der Infrastruktur waren die industriellen Zentren klar bevorzugt: Im ersten Fünfjahresplan (1953-1957) waren 58,2% der Basisinvestitionen für die Industrie vorgesehen, für die Landwirtschaft (einschließlich Fischerei und Forstwirtschaft) aber nur 7,6%. Wie wenig bei einem zu 90% agrarischen Land für die Landwirtschaft abfiel, zeigte sich auch darin, daß für Kultur, Erziehung und Gesundheit mit 7,2% fast gleichviel angesetzt wurde. Von den für die Industrie vorgesehenen Investitionen wiederum gingen 88,8% in die Schwerindustrie und nur 11,2% in die Konsumgüterindustrie (5).

Die Akkumulation war — nach dem sowjetischen Modell— weitgehend auf Kosten der Bauern erfolgt; entsprechende Gegenleistungen hatten sie nicht erhalten. Eine Folge dieses Ungleichgewichts war der massive Zustrom vor allem junger Menschen vom Land in die Städte, wo sie auf bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten hofften. Vor allem aber wuchs auf dem Lande eine Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Auspressung durch die Stadt heran. Diese Entwicklung drohte das Klassenbündnis zwischen Arbeitern und Bauern in Frage zu stellen (6).

> „Manche Leute wiegen sich offenbar in Sicherheit, nun, da die Staatsmacht erobert ist, und denken, sie könnten sich wie Tyrannen aufführen. Die Massen werden sich gegen solche Leute wenden, werden sie mit Steinen bewerfen und mit der Hacke auf sie losgehen, und ich finde, das geschieht ihnen recht, ich begrüße das außerordentlich. Manchmal sind Prügel sogar die einzige Möglichkeit, die Probleme zu lösen. Die Kommunistische Partei muß eine Lektion erhalten. Immer wenn Studenten und Arbeiter auf die Straße gehen, solltet ihr, Genossen, dies als eine gute Sache betrachten" (Mao, November 1956, 'Werke' Bd. V, S. 388).

In der chinesischen Führung setzte sich die Ansicht durch, daß nur ein Bruch mit der Entwicklung nach sowjetischem Vorbild die Probleme Chinas lösen könnte.

Dieser Bruch wurde endgültig mit der Annahme der Politik der „Drei Roten Banner" (darunter verstand man die Generallinie des Sozialistischen Aufbaus, den Großen Sprung nach Vorn bei der Industrialisierung und die Einrichtung von Volkskommunen) Ende 1957/Anfang 1958 vollzogen. Die oben skizzierten Widersprüche sollten durch eine Massenmobilisierung größten Ausmaßes gelöst werden.

Die Einrichtung der Volkskommunen brachte eine Zusammenfassung und Zentralisierung der Genossenschaften zu wirtschaftlich arbeitenden Einheiten bei gleichzeitiger Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen dieser Einheiten gegenüber den übergeordneten staatlichen Instanzen. Die ländliche Industrialisierung (am bekanntesten wurde die Volkshochofen-Kampagne) sollte zu einer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung des Hinterlandes unabhängig von den großen Industriezentren



Parteiführung vor der Kulturrevolution: Peng Tschen, Deng Hsiao-ping, Tschu En-lai, Mao Tse-tung, Liu Schao-tschi, Tschu-Teh.

führen. Zugleich sollten die Bauern technische Erfahrungen sammeln und ihren Blick über die ländliche Kleinproduktion hinaus auf industrielle Produktionsformen ausweiten. Kader aus den Zentren wurden aufs Land geschickt, um den Aufbau zu unterstützen und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen (wobei sie gleichzeitig ihr eigenes Bewußtsein umgestalten sollten).

Deich- und Dammbauten, Bewässerungsanlagen, Kanäle, Straßenbau, Neulandgewinnung, Terrassierung der Berghänge, Verbesserung des Bodens usw. sollten die Infrastruktur für eine Steigerung der Produktion und eine Hebung des dörflichen Lebensstandards aufbauen. Mit der breiten Einrichtung von Volkskantinen, Wäschereien, Reisschälereien, Mühlen, Schneidereien und Kindergärten wurde ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Frauen von Hausarbeiten getan. Zusammen mit einem System der



Teilnahme von Funktionären an der Arbeit war in der Kulturrevolution eine Selbstverständlichkeit. Hier der Leiter der Volkskommune von Datschai, Tschen Yung-gui. Später wurde er Mitglied des Politbüros; 198o fiel er als „Linksradikaler" in Ungnade.

Arbeitsentlohnung, das sich eher an den Bedürfnissen als an der Arbeitsleistung orientierte, wurden damit auch Grundlagen für eine ideologische Umgestaltung in Richtung auf ein kommunistisches Bewußtsein gelegt (7).

Auf dem Gebiet der industriellen Planung und Leitung wurde die Mehrzahl der Betriebe der Leichtindustrie und später auch der Schwerindustrie den örtlichen Machtorganen unterstellt. Im ersten Halbjahr 1958 wurden etwa 80 % der Betriebe aus

> „Vor einigen Jahren ging man irgendwo in der Provinz Honan daran, einen Flugplatz zu bauen, doch weder wurden die notwendigen Vorkehrungen für das Leben der Bauern getroffen, noch wurde ihnen die Sache ausreichend erklärt; man zwang sie einfach umzusiedeln. Die Bauern des betreffenden Dorfes sagten, sogar die Vögel schreien, wenn du mit einem langen Stock an ihrem Nest herumstocherst, um es vom Baum zu holen. Deng Hsiao-Ping, du hast auch ein Nest; wenn ich jetzt daran ginge, es zu zerstören, würdest du nicht auch ein paarmal aufschreien? So bildete die dortige Bevölkerung drei Verteidigungslinien: Die erste Linie bestand aus Kindern, die zweite aus Frauen und die dritte aus jungen Männern. Alle, die zur Vermessung hingeschickt worden waren, wurden vertrieben, und am Ende siegten die Bauern. Später, nachdem ihnen befriedigende Erklärungen gegeben und Vorkehrungen getroffen worden waren, willigten sie in die Umsiedlung ein, und der Flugplatz wurde gebaut" (Mao, November 1956, 'Werke' Bd. V, S. 388).

dem Verantwortungsbereich der zentralen Ministerien herausgenommen (8). Es wurde eine Ausweitung der Produktion, in manchen Sektoren um mehrere hundert Prozent, angepeilt.

Am Anfang des „Großen Sprungs" stand kein detailliertes Konzept, sondern die wirtschaftlichen und politischen Aufgabenstellungen wurden aufgrund der positiven Erfahrungen in einer Reihe von Modellkommunen und im Zuge einer allgemeinen Welle der Begeisterung immer weiter gesteckt. Nach der Beideihe-Tagung im August 1958 schien der „Übergang zum Kommunismus" bereits für die nächsten Jahre auf der Tagesordnung zu stehen.

Man mußte jedoch bald feststellen, daß die angestrebten Ziele zu hoch gesteckt waren und daß sie zum Teil auf weit überhöhten Angaben der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsziffern beruhten. Wiederholt wurden daraufhin ab November 1958 die Zielvorgaben revidiert.

Dennoch kam es durch die übergroße Anspannung der Kräfte und durch Fehlplanungen in verschiedenen Bereichen zu einem gravierenden Mangel an Arbeitskräften, an Rohmaterialien und an Transportkapazität. Die weitgehende Einstellung der Arbeit durch die zentrale Planungskommission und einige zentrale Ministerien tat ein übriges. Zu einer mittleren wirtschaftlichen Katastrophe führte schließlich die plötzliche Einstellung der sowjetischen Wirtschaftshilfe, der Abzug der sowjetischen Techniker und Ingenieure (unter Mitnahme aller Konstruktionspläne etc.) im Sommer 1960 und ein massiertes Auftreten von Naturkatastrophen in den Jahren 1960/61, von denen 55% der landwirtschaftlichen Nutzfläche betroffen war (9).

Das große roll-back

Die Frage, inwieweit die Politik des Großen Sprungs an den wirtschaftlichen Einbrüchen der „drei schweren Jahre" (1960-1962) schuld war, oder ob im Gegenteil die im Großen Sprung geschaffenen Strukturen wesentlich dazu beitrugen, die Folgen der Naturkatastrophen etc. aufzufangen, ist sehr umstritten und soll hier wegen des Mangels an authentischem Material nicht weiter untersucht werden.

Die Rechten in Partei und Regierung jedenfalls nützten die entstandene Situation zu einem Großangriff auf die gesamte Politik des Großen Sprungs. Dabei konnten sie an verbreitete Stimmungen in der Partei anknüpfen, bei denen die anfängliche Euphorie in Resignation und Mutlosigkeit umgeschlagen war. Die Rechten erklärten den Großen Sprung pauschal für gescheitert und forderten eine umfassende gesellschaftliche Restauration.

Einen ersten Höhepunkt erreichten diese Angriffe auf den Sitzungen des Politbüros und des ZK der KPCh im Juli/August 1959 in Lushan. Peng Dehuai, der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, hatte Reisen durch weite Teile Chinas unternommen, um Fakten zur Untermauerung seiner Thesen zu sammeln. Er machte Mao persönlich für das „Scheitern" des Großen Sprungs verantwortlich.

Mao gab in seiner Rede vor der Lushan-Konferenz wirtschaftliche Fehler durchaus zu und übernahm persönlich die Verantwortung für das Mißlingen der „Stahlkampagne". Er hielt jedoch daran fest, daß die Politik der „Drei Roten Banner" ein p o l i t i s c h e r Erfolg gewesen sei und betonte die positiven Auswirkungen, die die Kampagnen und der Enthusiasmus der Massen auf die Erziehung des ganzen Volks gehabt hätten (10).

Zwar wurde schließlich vom ZK der allzu rüde Vorstoß Peng Dehuais verurteilt und er selbst sowie eine Reihe seiner Anhänger verloren ihre Ämter (Pengs Nachfolger wurde Lin Biao), doch der von ihm vertretene politische Kurs setzte sich durch. Unter Führung von Staatspräsident Liu Shaoqi und KP-Generalsekretär Deng Xiaoping gingen die Rechten zum Roll-Back in allen gesellschaftlichen Bereichen über.

(Fortsetzung im nächsten AK)

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

1 Vgl. zu dieser ganzen Periode Rainer Hoffmann: Kampf zweier Linien. Zur politischen Geschichte der chinesischen Volksrepublik 1949 - 1977, Stuttgart 1978.
2 Zit. nach Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 27
3 Ausgewählte Werke (AW) Bd. V, Peking 1978, S. 374-394. In einer Reihe von weiteren Reden und Papieren griff Mao das Streben vieler Parteimitglieder nach persönlicher Macht und Privilegien an, erinnerte an die Traditionen des Partisanenkrieges und setzt schließlich im Mai 1957 einen ZK-Beschluß durch, der leitende Kader aller Ebenen dazu verpflichtete, an der körperlichen Arbeit teilzunehmen.
4 Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 27-30; sowie Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1979, S. 247-253.
5 Wang Guanwei in La Chine 8/1955, zit nach Elo und Jürg Baumberger: Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen! Was geschah in China 1973/74? Reinbek 1975 S. 15f.
6 Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 30-36.
7 Zu den Volkskommunen vgl. Jacques Charriere: Planung und Leitung der Produktionseinheiten, in Gesammelte Schriften von Charles Bettelheim u.a. China-Analysen, München 1975, S. 198-209.
8 Nach Neueste Geschichte Chinas, S. 263.
9 Zu den Modifikationen der „Großen Sprung"-Politik vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 36-41; sowie Neueste Geschichte Chinas, S. 260-278. Zu dem Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten einige Fakten: 1961/62 kam es zu einer Hungersnot, die chinesische Zeitungen als „die schwerste, die das Land seit 1879 heimgesucht hat", bezeichneten (vgl. Pekinger Volkszeitung, 29.12.60, Arbeiterzeitung 17.4.63). Es kam zu massiven, teilweise von KMT-Kommandos und -Agenten angeleiteten konterrevolutionären Aktivitäten, allein 1961 in 250.000 Fällen, davon 3738 Fälle von „bewaffnetem Aufruhr" (Rote Fahne, 1.2.62). Zugleich brachen ganze Industriebereiche zeitweise zusammen, weil die Sowjetunion im Sommer 1960 schlagartig unter Bruch aller Verträge sämtliche Techniker, Pläne etc. zurückzog und jede wirtschaftliche Hilfe einstellte. (Angaben und Zitate nach: Jürgen Domes/ Die Ära Mao-Tse-Tung, Stuttgart etc. 1971, S. 128f).
10 Eine nicht authorisierte Version von Maos Rede auf dem Lushan-Plenum findet sich in Helmut Martin (Hg.): Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Maos 1949-1976, München 1977, S. 139-156.

Zur verwendeten Literatur

Über die Kulturrevolution sind Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre Unmengen von (Pseudo-) wissenschaftlicher Literatur erschienen. Das meiste davon kann man – ebenso wie die seinerzeitigen Ergüsse der bürgerlichen Tagespresse – getrost vergessen: Es ging über ein wildes Sammelsurium von oberflächlichen Eindrücken, Spekulationen über die „Machtkämpfe" innerhalb der KP Chinas und/oder blanke Sensationsmache nicht hinaus.

Begünstigt wurde diese Erscheinung von der Tatsache, daß in den offiziellen chinesischen Veröffentlichungen vor der Kulturrevolution nichts konkretes zum Verlauf der Auseinandersetzungen in Partei und Gesellschaft veröffentlicht wurde, geschweige denn zu deren politischen Hintergründen. Schon simple statistische Zahlen über Produktionsumfang oder Bevölkerungswachstum waren seit Ende der 50er Jahre nur noch ganz verstreut zu finden (und öfters waren diese wenigen Zahlen dazu noch ziemlich offenkundig „zurechtgebogen").

Während der Kulturrevolution änderte sich das Bild: Zwar waren die Berichte der chinesischen Presse (und noch stärker der „Peking Rundschau") nach wie vor überaus formel- und phrasenhaft und verzichteten fast immer darauf, Roß und Reiter zu nennen. Doch daneben entstand eine Fülle von Flugblättern, Wandzeitungen und Pamphleten, die von den verschiedensten Basisgruppen herausgegeben wurden und das ganze Land überschwemmten. Sie enthielten eine große Menge von bis dahin unbekannten Fakten über die Auseinandersetzungen während und vor allem vor der Kulturrevolution. Das Material war zum Teil von den Roten Garden zusammengetragen, meist aber ihnen durch Parteikader gezielt zugespielt, um der jeweils konkurrierenden Fraktion Schläge zu versetzen. Allerdings waren diese Schriften

Fraktion Schläge zu versetzen. Allerdings waren diese Schriften

im höchsten Maße polemisch und oft auch ein ganzes Stück von den Tatsachen entfernt. Zudem ist gerade von diesen Schriften der radikalen Linken nur relativ wenig auf verschlungenen Pfaden (nicht selten über westliche Geheimdienste) in zugängliche Archive gelangt. Es erforderte also eine ganze Menge Fingerspitzengefühl und Gesamtüberblick, dieses Material so gegeneinander abzuwägen und zusammenzustellen, daß ein einigermaßen realistisches Bild der historischen Abläufe gezeichnet werden kann.

Versucht hat das insbesondere **Rainer Hoffmann**, auf dessen ungemein faktenreiche Bücher sich meine Arbeit vor allem stützt (Die einzelnen Titel sind in den Anmerkungen genau zitiert). Er hat dazu Archive in den USA, Hongkong und Japan sowie die englischsprachige Chinaliteratur ausgewertet. Seine Sympathie gilt denjenigen, die unter der Restauration in China am meisten zu leiden hatten und die im Frühjahr und Sommer 1967 die radikale Speerspitze der Rebellenbewegung bildeten, die aber – nach Meinung Hoffmanns – ebenso zum Scheitern verurteilt waren wie die maoistische Gesellschaftskonzeption im Ganzen, weil sie den ökonomischen und technologisch-strukturellen Sachzwängen der chinesischen Mangelgesellschaft nichts entgegenzusetzen hatten.

Lesenswert sind nach wie vor die Schriften von Charles Bettelheim über die politische und vor allem ökonomische Entwicklung Chinas, obwohl auch Bettelheim damals (ähnlich wie eine ganze Reihe anderer Autoren: Myrdal, Daubier, Broyelle) ein sehr unkritisches Verhältnis zu den jeweiligen Schwenks der chinesischen Führung an den Tag gelegt hat.

Die „Neueste Geschichte Chinas" ist die maßgebliche Darstellung von sowjetischer Seite. Sie dokumentiert vor allem, wie tief der Schrecken der Kulturrevolution den realsozialistischen Philistern immer noch in den Knochen steckt. Als Nachschlagewerk ist das DDR-Handbuch „Die Volksrepublik China 1949 - 1979. Eine kommentierte Chronik" ganz praktisch (und preiswert).

Unter der bürgerlichen Chinaliteratur habe ich Bücher von **Jürgen Domes** benutzt, der im Gegensatz zu vielen anderen ziemlich differenziert und konkret schreibt und dabei ebenfalls viel chinesisches Material verarbeitet.

Zum Schluß will ich noch zwei wenig bekannte Bücher empfehlen, die sich sehr interessant und spannend lesen:

William Hintons **„Fanshen – Dokumentation über die Revolution in einem chinesischen Dorf"** (2 Bände, Frankfurt 1972) handelt eigentlich gar nicht von der Kulturrevolution, sondern von der Bodenreform Ende der 40er Jahre. Es gibt aber einen Eindruck davon, wie das Leben für den allergrößten Teil des chinesischen Volkes vor der Revolution aussah und wel-

Teil des chinesischen Volkes vor der Revolution aussah und wel-

che Fortschritte dieses Volk demgegenüber – trotz allem! – bis heute erkämpft hat. Vor allem jedoch dokumentiert das Buch, wie widersprüchlich und schwierig der Prozeß der Umgestaltung, des „Fanshen", an der Basis ablief und wie schnell sich neue Besitz- und Machtstrukturen herausbilden konnten, die die KP Chinas und die aufs Land geschickten Arbeitsgruppen sehr differenziert und in enger Fühlung mit den aktiven Bauern bekämpfte.

Das **„Shanghai Journal"** von Neale Hunter (Boston 1969) wurde leider nie ins Deutsche übersetzt. Hunter hat die Januarrevolution in Shanghai als Lehrer am Fremdspracheninstitut miterlebt und schildert sehr genau und eindrucksvoll die politischen Kämpfe und Stimmungen dieser Zeit, ohne in die sonst bei solchen Berichten übliche Sensationsgeilheit oder Parteinahme für diejenige Fraktion, die sich letztlich durchgesetzt hat.

Klassenkampf in China

Rationalisierungen und Betriebsstilllegungen großen Stils sind eine der tiefgreifenden Auswirkungen der neuen chinesischen Wirtschaftspolitik. Sie führen dem ohnehin gewaltigen Heer der Arbeitslosen zusätzlichen Nachschub zu. Daß die chinesischen Arbeiter sich ihrer Haut zu wehren wissen, zeigt folgendes Beispiel: Am 7.Januar 81 wurde beschlossen, die Stahlfabrik von Changde (Provinz Hunan) stillzulegen. Mehrere Arbeiter weigerten sich daraufhin, die Fabrik zu verlassen und sich an andere Orte „versetzen" zu lassen; andere ließen sich erst nach langem Widerstand „versetzen". Zudem begannen die Arbeiter, ihre alte, nunmehr geschlossene Fabrik stückweise zu demontieren und auszuschlachten. So verschwanden sämtliche Fensterrahmen und Glasscheiben, außerdem in der Fabrik aufbewahrte Arbeitskleidung, Schuhe, Handtücher, Maschinenteile. Das Wachpersonal der Fabrik bezog bei dieser stückweisen Übernahme des Inventars in Arbeiterhand mehrfach Prügel, sodaß es schließlich seine rasche Versetzung an einen ungefährlicheren Ort forderte. (Bericht des Provinz-Senders, 15.4. – nach „SWB", 23.4.).

* * *

Mehr als tausend Arbeitslose demonstrierten am 13.April durch die Strassen von Schanghai. Die Demonstranten zogen zur Arbeitsbehörde im Stadtzentrum. Erstmals wurden Soldaten – allerdings ohne Schußwaffen – zur „Bewachung" der Demonstration eingesetzt.

Bereits in den Vortagen hatten Hunderte von Arbeitslosen vor der Arbeitsbehörde demonstriert. („il manifesto", 23.4.).

Der Taktikwechsel der DKP und der Zangengriff der Z

„Im Zangengriff" hat die Ende 1979 vom KB abgespaltene „Z"-Gruppe nach eigenem gelassen-optimistischen Bekunden derzeit die DKP. Gemeint ist die in den letzten Monaten entstandene privilegierte Zusammenarbeit zwischen der „Z"-Gruppe und der DKP. Schauplätze dieser Zusammenarbeit sind im wesentlichen Hamburg und Bielefeld, wo die „Z" in der kommunalen Parlamentsarbeit aktiv ist. Früchte dieser privilegierten Zusammenarbeit sind u.a.:

– **Angebote an die DKP, für die Bunte Liste Bielefeld bzw. für die Bunte Liste-„Parlamentsfraktion" Hamburg-Eimsbüttel Ausschußposten zu besetzen.**

– **Ein „UZ"-Interview mit zwei Mitgliedern der BuLi Bielefeld, in dem – erstmalig und bisher wohl einmalig in der Praxis der DKP-Presse – auch scharfe Kritik an der Politik der DKP unzensiert geübt werden konnte. („UZ", 20.2.81).**

– **Eine Einladung an die „Z"-Gruppe zur Teilnahme am Hamburger Landesparteitag der DKP (4./5.4.81). Auch eine Rede durfte dort von der „Z" gehalten werden. Zwar hatte die DKP – noch etwas genierlich – eigentlich gar nicht die „Z" eingeladen, sondern die Grüne Partei. Das macht bei den konkreten Hamburger Verhältnissen aber kaum einen Unterschied. Inzwischen macht sich die „Z"-Gruppe sogar Hoffnung, auch zum Bundesparteitag der DKP (29.-31.5.81) eingeladen zu werden. Dann müßte die Einladung aber wohl d i r e k t an die „Z" gehen, da kaum anzunehmen ist, daß die Grüne Partei auch auf Bundesebene bereit sein würde, sich durch die „Z" stellvertreten zu lassen.**

– **In Hamburg-Eimsbüttel wurde eine „Initiative für kommunale Frauenarbeit" ins Leben gerufen. Unterzeichnet ist die Bekanntgabe der Gründung von einer „Z"-Frau, einer Frau von der BuLi-„Parlamentsfraktion", einer DKP-Frau und einer Frau von der DKP-nahen Frauenorganisation DFI (jeweils mit Organisationsangabe). Andere Frauen wurden für das Projekt offenbar gar nicht erst kontaktiert, sondern können sich in guter alter DKP-Tradition nachträglich „anschließen".**

– Am traditionellen linken Mai-Fest in Hamburg wurde in diesem Jahr **auch die DKP beteiligt. Das hinderte sie allerdings nicht, am Vorabend des 1. Mai auch noch ihr e i g e n e s Mai-Fest zu veranstalten.**

– Wie die „Z" in der Nr.12 ihrer Zeitschrift mitteilt, wurde sie von der DKP „gleichberechtigt" in mehrere von der DKP veranstaltete Hausbesetzungen in Hamburg einbezogen.

– Die DKP ist in ihrer Betriebszeitung beim Hamburger Chemie-**Betrieb Beiersdorf für die Wiederaufnahme ausgeschlossener Kolleginnen in die Gewerkschaft eingetreten – allerdings unseres Wissens eben n u r dort. Die betreffenden Ausgeschlossenen gehören, wie es die „Z" Nr.12 formuliert, „dem Spektrum der Grünen und ʻ unten an".**

– **Ein „Z"-Chefideologe wurde zu zwei DKP-internen Schulungsveranstaltungen als Referent eingeladen. Wahrscheinlich geschah auch diese Einladung unter dem schamhaften Vorwand, der Gast sei ein Repräsentant der Grünen Partei.**

Die DKP scheint im Vergleich eindeutig die größeren Vorleistungen für diese neue Freundschaft erbracht zu haben. Vertraulichkeiten, wie sie der „Z" derzeit erwiesen werden, (z.B. Einladung als Referent zu DKP-internen Schulungen), sind bisher unseres Wissens beispiellos und lassen sich auch nicht a l l e i n mit der generellen „Öffnung" der DKP erklären, die ungefähr seit den Bundestagswahlen (Oktober 1980) zu bemerken ist.

Eine Partei „mit Gespür für das Neue"

Selbstbeschreibungen der DKP erinnern häufig an die blumenreichen Grab-Inschriften in Pharaonen-Gräbern. Zu den schmückenden Beinamen, die sich die DKP gern beilegt, gehört auch ihre Behauptung, sie sei eine Partei „mit Gespür für das Neue" (DKP-Präsidiumsmitglied Deumlich in der „UZ" vom 20.3.81). An dieser Selbstbewertung gemessen hat die DKP allerdings reichlich lange gebraucht, um das durch das Aufkommen und die Ausbreitung alternativer Wahllisten seit 1977/78 signalisierte Neue zu begreifen und darauf zu reagieren.

Anfangs scheint sich die DKP tatsächlich der Illusion hingegeben zu haben, das „Problem" würde sich durch Verschwinden bald wieder lösen – wie ihre gegen die Bunte Liste Hamburg gerichtete Parole „Schmetterlinge leben nur einen Sommer" ausdrückte. Ansonsten gab man sich damit zufrieden, die Grünen als hauptsächlich zur Bekämpfung der DKP gegründeten Verein von Maoisten und Reaktionären einzuordnen. Wie lange die DKP zur Überwindung (?) dieser Einstellung brauchte, zeigt die Tatsache, daß sie in ihrer Hochburg Marburg noch bei den hessischen Kommunalwahlen im März einen rein hetzerischen Wahlkampf gegen die Grünen führte, ohne sachliche Argumente anzuführen, dafür aber mit der Behauptung, hinter der Kandidatur der Grünen stünde die CDU. („UZ", 14.3.81).

Den Ausschlag für die Entscheidung, eine „Kurskorrektur" zu versuchen, dürfte endgültig der Ausgang der Bundestagswahl (6.10.80) gegeben haben. Nun darf man sich Entscheidungsprozesse in der DKP aber nicht etwa so vorstellen wie in einer demokratisch-sozialistischen Organisation, also mit vorhergehenden, zumindest teilweise öffentlichen, Diskussionen und mit einer ausformulierten und argumentativ begründeten Beschlußfassung als Ergebnis der Diskussionen. Sofern es überhaupt Diskussionen in der DKP gibt – gerüchteweise soll es tatsächlich Ansätze solcher Diskussionen geben – werden sie total geheimgehalten. Dieser Mechanismus funktioniert rigider als in irgendeiner bürgerlichen Partei. Vor dem Ende Mai anstehenden 6. Parteitag der DKP beispielsweise gibt es in der „UZ" gelegentlich einen mehrseitigen Teil, der als „Diskussionstribüne" überschrieben ist. Wer aber dort politischen Meinungsstreit erwartet, wird sein blaues Wunder erleben! Ein großer Teil der „Diskussionsbeiträge" besteht aus Schilderungen, wie hier und dort erfolgreich mit dem Krefelder Appell gearbeitet wurde („*Fast die gesamte Schicht unterschrieb*", „*Friedensunterricht mit dem Krefelder Appell*" etc.); daneben findet man Mitgliederwerbung für die DKP („*Tausende Betriebsarbeiter in die Partei*"), Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ („*Hilfe nützt beiden*") oder der Hinweis, daß Oma Meier mit 80 Jahren noch einen „*Draht zur Jugend*" hat.

Das eben gesagte soll verdeutlichen, warum es ziemlich aussichtslos ist, exakt den Zeitpunkt für die „Kurskorrektur" der DKP oder gar deren Begründungszusammenhänge anzugeben. Parteioffiziell wird nicht einmal zugegeben, d a ß es überhaupt so etwas wie eine Kurskorrektur gibt. Eine selbstkritische und reflektierende Stellungnahme, wie sie der neue Hamburger DKP-Vorsitzende Wolfgang Gehrcke auf dem Landesparteitag Anfang April abgegeben hat, dürfte die absolute Ausnahme sein – in der „UZ" jedenfalls war bis heute nichts annähernd vergleichbares zu finden. U.a. führte Gehrcke aus: „*Bei Beurteilung von Programm und Praxis der Grünen hat unsere Partei beachtliche Schwierigkeiten gehabt, die nicht nur mit lokalen Unterschieden der Grünen zu erklären sind. Die Entwicklung und Durchschlagskraft, der mögliche antimonopolistische Charakter solcher Bewegungen wurde von uns unterschätzt ... Wir streben zu den Grünen und anderen linken Gruppen bessere Bündnisbeziehungen und kritische und offene Diskussionen miteinander an. Das erfordert, daß wir auf diese Gruppierungen offensiver zugehen und Berührungsängste ablegen ... Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften bringt es mit sich, Kompromisse einzugehen, Kompromisse, die im Interesse der Durchsetzung wichtiger Fragen liegen, und Meinungsverschiedenheiten zurückstellen. Zuhören lernen, Bereitschaft zum Gespräch, Aktion initiieren und eine Offenheit der Zusammenarbeit, dadurch kann in Bündnissen notweniges Vertrauen hergestellt werden.*"

„*Die Stimmenergebnisse unserer Partei haben sich unter dem Einfluß objektiver, aber auch subjektiver Faktoren rapide verschlechtert und die Partei in eine komplizierte Lage gebracht. Wir alle wissen, daß unser tatsächlicher Einfluß höher ist, als er bei Wahlen zum Ausdruck kommt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch Stimmenergebnisse eine gewisse politische Wertung sind*" (zit. nach „Z" Nr.12, S.42).

Dies, wie gesagt, ist immer noch die einzige Ausnahme. Eine Ausnahme scheint bisher auch zu sein, daß in der Hamburger DKP darüber diskutiert wird, sich bei den Bürgerschaftswahlen 1982 lieber in ein Wahlbündnis einzubringen, statt sich eine peinliche Niederlage einzuhandeln. Gehrcke machte hierzu bereits auf dem Landesparteitag einige – allerdings übervorsichtige und beliebig interpretierbare – Andeutungen. Interessanter ist ein Artikel von Erhard Stammberger in der „UZ" vom 4.5.81. Stammberger rechnet dort mit der Hamburger SPD in einer für DKP-Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Klarheit und Schärfe ab, einschließlich einer Kritik an der Politik der SPD-Linken, die dem ‚Druck von Rechts" gewichen seien. ‚Veränderungen' seien darum „nur mit der außerparlamentarischen Linken" zu erreichen, „ohne Abgrenzung anderer Meinungen". Notwendig sei dazu auch „der Einzug von Abgeordneten, die die demokratische Öffentlichkeit repräsentieren, bei den nächsten Bürgerschaftswahlen 1982". Und die „Z", die über intimere Kontakte zur Hamburger DKP verfügt, meldet frohlockend: „*Für die DKP ist die ‚Parteikandidatur um jeden Preis' kein absolutes Dogma mehr. Der Verzicht auf eine eigene Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen bei gleichzeitiger Tolerierung einer Alternativ-Kandidatur ist ebenso im Gespräch wie eine personelle Beteiligung an einer Alternativliste*" („Bunte *spräch wie eine personelle Beteiligung an einer Alternativliste*" („Bunte Zeitung" Hamburg, April 81).

Auch wenn die Dinge längst nicht überall so weit gediehen sind wie in Hamburg, und auch wenn die DKP längst nicht mit allen Linken auf so vertraulicher Basis kooperiert wie mit der „Z"-Gruppe, so sind die Wandlungen unübersehbar: Die DKP schickte eine relativ qualifizierte Delegation zur Marburger „Sozialistischen Konferenz" (Februar 81) und beteiligte sich sehr stark am „Kongreß zur Wohnungsnot und Wohnraumpolitik" in Münster (März 81). Die DKP organisierte Hausbesetzungen oder beteiligte sich daran. Nicht einmal vor bisher als „abenteuerlich und provokatorisch" diffamierten Aktionsformen wurde zurückgeschreckt: So besetzten MSB-Mitglieder Anfang April das Bonner dpa-Büro, um eine Offenlegung aller geplanten Raketenstandorte zu fordern. Ohne Rücksicht auf jahrelang liebevoll gehätschelte und konservierte Abgrenzungsbeschlüsse („Prothese 41") beteiligt sich die DKP an gemeinsamen Aktionen mit dem KB und sogar mit der von der KPD/ML dominierten „Volksfront". Nur mit der KPD/ML s e l b s t mag die DKP immer noch nicht gemeinsam auftreten.

Begleitet ist diese **insgesamt sehr erfreuliche und nützliche Öffnung der DKP** von einer gewissen Versachlichung und Bereicherung in der „UZ"-Berichterstattung: Wo früher nur Aktionen der DKP und ihres traditionellen Bündnisspektrums („Sozialdemokraten und Christen") erwähnenswert waren, tauchen jetzt immer häufiger auch „Grüne und Bunte" als Aktionsträger auf, und selbst die Walpurgisnacht-Umzüge der autonomen Frauenbewegung finden jetzt in der „UZ" einen – wenn auch winzigen – Platz. **Das heißt, die DKP stellt sich erheblich stärker auch d e n politischen Realitäten, die aus ihrem bisherigen Weltbild einfach ausgeblendet wurden.**

Die Analyse der „Z"

In der „Z" NR. 12 (erschienen Ende April) wird erstmals zum Taktikwechsel der DKP Stellung genommen. Verfasser der sehr lesenswerten und um Genauigkeit bemühten Analyse sind Willi K. Goltermann und Thomas Langer. Außerdem enthält die „Z" Nr. 12 die ebenfalls interessante Rede von Th. Langer auf dem Hamburger Landesparteitag der DKP.

Goltermann/Langer stellen dar, daß die „*relative Öffnung*" der DKP weder einfach als „*Aufstand der Basis*" gegen eine sektiererische Parteispitze noch ebenso simpel als „*planvoll durchgeführte taktische Weichenstellung*" der Parteispitze zu erklären sei. Vielmehr seien Elemente von beidem enthalten, also sowohl Unzufriedenheit in Teilen der DKP-Mitgliedschaft wie auch die bewußte Entscheidung in der Parteispitze, durch eine Politik der Öffnung aus der Isoliertheit und der Schwächesituation herauszukommen. Diese neue Politik sei in der DKP durchaus umstritten: **„Es gab und gibt unterschiedlichen Widerstand dagegen, auch an der Basis der Partei, wie auch umgekehrt Hoffnungen, daß mit diesem Prozeß erst ein erster Schritt in die gewünschte politische Richtung gegangen wurde".** „*Die bisher in der DKP stattgefundenen Kontroversen und erzielten Änderungen berührten allerdings keinesfalls die programmatische Lehrmeinung und die strategischen Leitlinien dieser Partei. Nicht einmal kann davon gesprochen werden, daß die DKP die Grundzüge ihrer politischen Taktik wesentlich verändert hätte, wohl aber e r g ä n z t und damit auch nachhaltig die festgefahrene Situation zwischen der allgemeinen Umbruch- und Neuorientierungsphase der Linken und einer scheinbar bisher unbetroffenen DKP in Bewegung gebracht hat*".

Im Zusammenhang mit den NATO-„Nachrüstungsbeschlüssen" usw. scheine zudem „*auch ein übergeordnetes politisches Moment zu existieren, das der DKP eine Öffnung nach links dringend geraten erscheinen läßt, weil und sofern eine Friedenspolitik, die in der Lage wäre, einen 3. Weltkrieg zu verhindern, auf den die NATO nachdrücklich zusteuert, weitgehend identisch ist mit einer die Lebensexistenz der Länder des RGW sichernden Politik und – angesichts der Schwäche der westdeutschen Linken und Friedensbewegung – nur als gemeinsamer Kraftakt denkbar ist.*"

Goltermann/Langer schildern sodann die bisherigen Erfahrungen in Hamburg. Die Zusammenarbeit spiele sich **„in der Regel auf der B ü n d n i s a c h s e DKP und alternative Wahlbewegung"** ab, „*bei unterschiedlicher Einbeziehung anderer Kräfte*". Goltermann / Langer umschreiben damit, daß es sich vor allem um eine Goltermann / Langer umschreiben damit, daß es sich vor allem um eine privilegierte z w e i s e i t i g e Zusammenarbeit handelt, in die „andere Kräfte" entweder gar nicht oder erst nachträglich „einbezogen" werden. Partner der DKP auf dieser „Bündnisachse" ist nicht, wie Goltermann/ Langer vernebelnd formulieren, die „alternative Wahlbewegung" allgemein, sondern ganz eindeutig die „Z"-Gruppe. Zur Bunten Liste-Mehrheit (‚Initiativentreffen') verhält sich die DKP nach wie vor kühl und distanziert. Und ihre Kontakte zur Grünen Partei wickelt die DKP in Hamburg weitgehend exklusiv über die „Z"-Gruppe ab, die sich für diese Kontaktpflege anscheinend selbst eine Blanko-Vollmacht ausgestellt hat.

„Eine solche Zusammenarbeit mit der Linken", schreiben Goltermann/ Langer abschließend, **„wird für die DKP nicht problem- und reibungslos über die Bühne gebracht werden können, sowohl was ihre internen Kontroversen anbelangt, als auch ihre Beziehungen zu ihrem traditionellen Bündnisspektrum".** Was damit konkret gemeint ist, hat Thomas Langer in seiner sehr klugen Rede auf dem Hamburger Landesparteitag der DKP näher ausgeführt: „ ... *Dabei allerdings habt ihr Schwierigkeiten mit dem jetzt von euch ins Auge gefaßten neuen Bündnisspektrum – der Hamburger Bürger- und Basisbewegung und der sog. Neuen Linken – bekommen, weil sich eure Optionen in diese Richtung nicht problemlos mit euren traditionellen Bündnisadressaten innerhalb der linkeren Sozialdemokratie und den Jusos harmonisieren lassen, weil letztere ständig versuchen, Protestpotentiale für ihre sog. ‚Doppelstrategie' verfügbar zu machen, also der SPD zuzuführen versuchen.*" An dieser Stelle erinnerte Langer an die Hamburger Brokdorf-Demonstration am 2.2., bei der die Jusos mit Unterstützung der DKP grob spalterisch

Fortsetzung nächste Seite

Originalton DKP

„*Der DKP ist es nicht einerlei, in welchem Zustand sich andere linke Kräfte befinden, meint aber, daß die ‚Krise der Linken' in Wirklichkeit die Krise der Maoisten, Trotzkisten und all der ‚wahren' Marxisten ist, die sich entweder als ‚Linke' aufspielen und objektiv den Rechten helfen oder ihre pseudolinken Theorien und Praxis letztlich gegen die Gewerkschaften, die DKP und die Länder des realen Sozialismus richten*".

„*Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß die Bereitschaft zur Diskussion, die bei uns Kommunisten vorhanden ist, auf die gleiche Bereitschaft zur Diskussion bei anderen linken Kräften stoßen würde ... Was hat die DKP in Dialog und Diskussionen mit anderen linken Kräften einzubringen? Der DKP-Vorsitzende antwortet: Sie hat mit ihrem Parteiprogramm einen Vorlauf in der Beantwortung von Fragen der 80er Jahre*".
(DKP-Vorsitzender Mies in „Marxistische Blätter" 1/81, zitiert nach „UZ" vom 13.2.).

„*Die Behauptung gegnerischer Kräfte aus allen Lagern, eine kommunistische Partei im Sinne Lenins sei eine Kaderpartei, ist eine Lüge, eine bewußte Verdrehung von Tatsachen, die darauf zielt, die klassenbewußtesten Arbeiter und Angestellten vom Eintritt in die DKP abzuhalten .. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie die DKP stärker wird, auch ihre Möglichkeiten wachsen, den Antikommunismus zurückzudrängen ... Wachsende Stärke und zunehmender Einfluß der DKP fördern auch insoweit das Zusammenwirken, als es die Einsicht erleichtert, daß es ohne Kommunisten nicht geht ...*".
(Fritsch/Schacht, Mitglieder des Parteivorstands, in der „UZ" vom 1.4.81).

„*Die DKP ist eine bewegende, eine einigende, eine zielstrebige, eine an den Klasseninteressen der Arbeiterklasse orientierte Kraft*".
(Mies auf dem 10.Parteitag der SED, zit. nach „UZ" vom 14.4. 81).

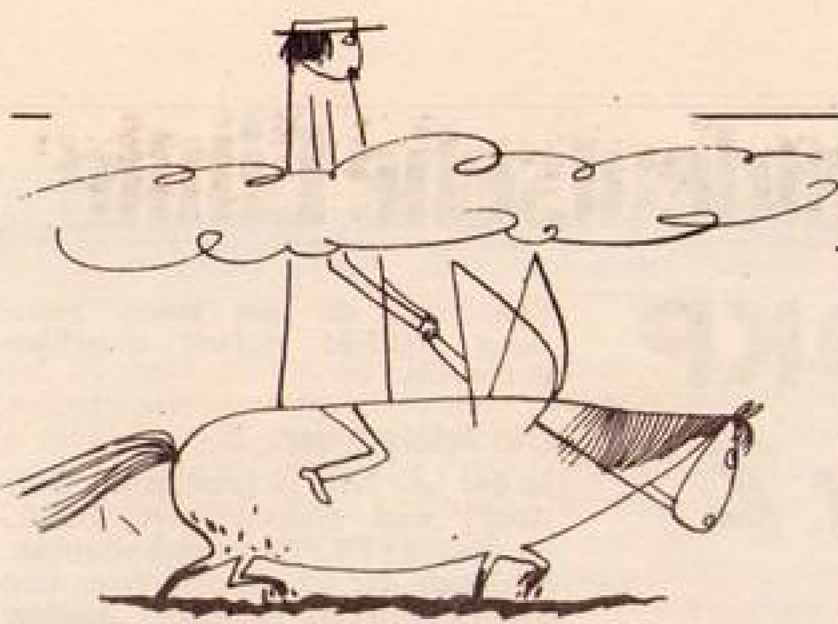
„*Die letzten Tage haben in Polen bestätigt, wie wenig es bei den Aktionen unter dem Firmenzeichen ‚Solidarnosc' um demokratische oder soziale Belange der Arbeiterschaft geht*".
(Labudda in der „UZ" vom 3.4.81).

„*Gruppierungen von Gegnern des Sozialismus üben Einfluß auf ‚Solidarnosc' aus, entwickeln eine gegen deren Statut und gegen die polnische Verfassung verstoßende politische Aktivität, maßen sich staatliche Kompetenzen an, brechen Gesetze, versuchen, das Land mit Streiks von eindeutig politischem Charakter in das wirtschaftliche Chaos und in die politische Zerrüttung zu stoßen. Das alles hat mit Arbeiterinteressen, mit nationalen Interessen des polnischen Volkes nicht das geringste zu tun. Das ist im Gegenteil eine gegen die Interessen der polnischen Arbeiter und gegen die nationalen Interessen Polens gerichtete Tätigkeit, die einzig und allein den strategischen Konzeptionen des Imperialismus, den Planern des Wettrüstens und nicht zuletzt den revanchistischen Feinden der heutigen polnischen Grenzen dient.*

Hilfe bei der Verteidigung der sozialistischen Ordnung Polens gegen die Gefahr einer schleichenden Konterrevolution liegt im Interesse der polnischen Arbeiter".
(„UZ"-Chefredakteur Polikeit in der „UZ" vom 8.4.81).

„*Unterdessen sehen die antisozialistischen Kräfte in der Legalisierung der sogenannten Land-Solidarnosc ein weiteres Feld für ihre Aktivitäten. Der jetzt erfolgten Zulassung einer solchen ‚Land-Solidarnosc' waren unter maßgeblicher Mitwirkung von ‚Solidarnosc'-Führern wochenlang widerrechtliche Besetzungen öffentlicher Gebäude, Streiks und Provokationen vorausgegangen*".
(„UZ", 23.4.81).

„*Diese Kräfte hoffen, auf der Basis berechtigter Unzufriedenheit der Bevölkerung ihr antisozialistisches Geschäft betreiben zu können. Es ist klar, daß man der konterrevolutionären Strategie energisch entgegentreten muß*".
(Weber in der „UZ" vom 29.4. 1981).



Der Arbeiterkampf: Keine Hauspostille — sondern »Arbeiterzeitung« des KB

Fortsetzung von der vorherigen Seite

und unsolidarisch aufgetreten waren – mit dem Ergebnis, daß ihnen ‚die Massen' davonliefen. Die DKP dürfe nicht erwarten, mahnte Langer die DKP-Delegierten, *„daß sich die Hamburger Basisbewegung Aktionen und Bündnissen anschließen wird, die letztlich von der Sozialdemokratie bestimmt werden, und glaubwürdig werdet ihr selbst auch eher, wenn ihr nicht jedesmal auf Gedeih und Verderb jeden Unfug aus Richtung der Jusos unterstützt und legitimiert, sondern gelegentlich auch einmal einen Bruch in diese Richtung riskiert ...".*

Nicht weniger herb als diese Aufforderung muß für die DKP-Delegierten auch Langers Erwähnung des Themas Polen gewesen sein: Man möge hoffen, daß es in Polen *„nicht zu einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes kommt".* **„Eine Legitimierung solcher denkbaren Entwicklung durch euch würde sicher das zarte Pflänzchen der sich anbahnenden Beziehung zwischen uns leicht zertreten können".**

Aus Langers Parteitagsrede (die er allerdings frei gehalten und für den Abdruck in der „Z" *„nachträglich rekonstruiert"*, d.h. möglicherweise ein wenig stilisiert und ergänzt hat) und aus der Analyse von Goltermann/Langer kann man den Eindruck gewinnen, daß die „Z" gegenüber der DKP außergewöhnlich selbstbewußt, illusionsfrei und kompromißlos agiert. Ein solcher Eindruck müßte in der Praxis wohl doch ein bißchen korrigiert werden:

* Die Polen-Diskussion ist in der „Z" unerklärterweise völlig abgebrochen worden, obwohl die „Z" zunächst erklärt hatte, gerade das Thema Polen als wesentlich für ein „neues Sozialismusverständnis der Linken" zentral zu behandlen.
* Zum Hamburger Mai-Fest (an dem in diesem Jahr die DKP beteiligt war) hatte der KB vorgeschlagen, auch die Solidarität mit den Kämpfen der polnischen Arbeiter und dem Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes zum Thema zu machen. Als der DKP-Vertreter dies ultimativ ablehnte, war auch die „Z" sofort gegen den Vorschlag.
* In der „Gewaltfrage" argumentiert die „Z" nicht mehr anders als die DKP. Ihr besonderes Anliegen ist es, den KB als Anstifter von Gewalttaten und Zerstörung gegen „die Bevölkerung" zu diffamieren. In Hamburg und Bielefeld hat die „Z" mittlerweile die Rolle des Oberhet-

burg und Bielefeld hat die „Z" mittlerweile die Rolle des Oberhet-

zers übernommen, während die DKP sich relativ zurückhält. Erfreut kommentierte die „UZ": *„Diejenigen, die bisher allein in der gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei das absolute Heil sahen, beginnen sich von den plündernden und randalierenden Schädlingen zu distanzieren, sie aus der Bewegung herauszudrängen".* (13.2.81)

Hier ungefähr sind die Motive für das besondere Interesse der DKP an einer privilegierten „Bündnisachse" mit der „Z"-Gruppe zu vermuten.

Grenzen und Probleme der DKP-Öffnung

Trotzdem ist die „Bündnisachse" mit der „Z" für die DKP alles andere als ein sicheres politisches Geschäft, wie überhaupt die neue Taktik der Öffnung sich recht bald als eine gefährliche Zeitbombe für die DKP entpuppen könnte:

1. Die DKP hat ein seit Jahren eingeübtes System zur Abschottung gegen äußere Einflüsse und Unterdrückung tendenzieller innerer Widersprüche. Dieses System beruht darauf, die DKP als den von einem *„Wust des Antikommunismus"* und einer *„Mauer des Totschweigens"* umzingelten Hauptgegner der herrschenden Klasse und sämtlicher anderer politischer Gruppierungen darzustellen. Auseinandersetzung mit der Neuen Linken hat die DKP bisher nicht einmal ansatzweise praktiziert, sondern sich mit gelegentlichen massiven Verleumdungen beholfen. Damit hat sie bisher die „ideologische Reinheit" und die „Geschlossenheit der Reihen" über die Runden gerettet. Die Taktik der Öffnung gebietet aber, sich dieses Instruments öffentlich nicht mehr zu bedienen, und sie schränkt sogar dessen Anwendbarkeit nach innen erheblich ein. Die DKP wäre jetzt gezwungen, sich einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen – aber gerade das hat sie nicht gelernt, zumal es ihr in vielen Streitfragen auch an Argumenten fehlt.
Fremde Einflüsse dringen auf diese Weise in Teile der DKP ein und könnten in der Tendenz zur Zersetzung „bewährter" Mechanismen und Rituale führen.
2. Das bedingungslos „positive" Verhältnis zum „realen Sozialismus", insbesondere aber zur sowjetischen Politik, bleibt zwangsläufig der wichtigste, unverrückbare Orientierungspunkt der DKP. Mit dieser Orientierung kann die DKP aber weder bei ihren traditionellen noch bei ihren neuen Bündnispartner Rückhalt und Bestätigung finden. Im Gegenteil kann erwartet werden, daß die derzeitige Öffnung dazu führen könnte, daß im Falle einer sowjetischen Militärintervention in Polen die Widersprüche in der DKP nicht mehr wie gewohnt unter Kontrolle gehalten werden könnten. Abgesehen davon würde ein solches Ereignis und seine unvermeidliche Unterstützung durch die DKP alle mit der Öffnungs-Taktik verbundenen Ziele der DKP wieder in weite Ferne rücken.
3. Die DKP hat sich ein traditionelles Bündnisspektrum aufgebaut (Jusos, SPD-Linke, Teile des Gewerkschaftsapparates etc.), zu dem sie – wie Thomas Langer in seiner Parteitagsrede richtig ausführte – durch ihre Öffnung zur Neuen Linken, zur Hausbesetzer-Szene, zu Teilen der neuen Jugendrevolte usw. in Widersprüche gerät. In vielen Situationen steht die DKP vor der Entscheidung, mit ihren traditionellen oder mit ihren neuen 'Bündnispartnern' zusammenzugehen.

Schon ist es zu Widersprüchen in der DKP selbst gekommen – beispielsweise zwischen DKP-Kadern, die mehr zu solidarischen Formen der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung tendieren auf der einen Seite, und auf der anderen Seite DKP'lern, die immer noch roboterhaft jedes auftauchende Problem mit dem „Antikommunismus"-Holzhammer erledigen möchten. **Die neue Taktik der DKP drückt ja keineswegs eine innerparteilich ausdiskutierte und vereinheitlichte Linie aus. Vielmehr ist es eine vom Parteivorstand beschlossene Politik, die sich zwischen Opposition und Skepsis von der einen wie von der anderen Seite hindurchzubalancieren versucht.**

Was sich dabei in der DKP abspielt, kann man in mancher Hinsicht

Was sich dabei in der DKP abspielt, kann man in mancher Hinsicht

recht gut mit dem „Erneuerungsprozeß" der polnischen KP vergleichen, der es mit ähnlichen Problemstellungen und Risiken zu tun hat. Insofern ist es in diesem Zusammenhang wahrscheinlich lehrreich, sich die Reaktionen der DKP-Spitze und (fast noch wichtiger!) der SED/DDR auf die polnischen Entwicklungen anzusehen. Denn in diesen Reaktionen wird sichtbar, mit welcher Mentalität und welchen Denkschemata DKP/SED derartige „Erneuerungsprozesse" betrachten. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

* **Wenig Mut zu Experimenten.**
* **Wenig Geduld, auf Ergebnisse zu warten, die ihrer ganzen Natur nach nur langfristig eintreten könnten.**
* **Nervosität und Überreaktionen bei auftauchenden Problemen.**
* **Eine brutale „Wehret-den-Anfängen"-Mentalität, d.h. die Neigung, Opposition gleich im Ansatz repressiv abzuwürgen, da ein zu langes Warten mit unkontrollierbarem politisch-ideologischem Verfall gleichgesetzt wird.**

Dies zusammengenommen ist zu befürchten, daß die DKP-Politik der Öffnung wahrscheinlich nicht von langer Dauer sein wird. Sobald sich zeigt, daß die Öffnung einerseits nicht die erhofften raschen Ergebnisse bringt („Stärkung der DKP"), andererseits Probleme innerhalb der DKP selbst auftreten, könnte sich in der DKP/SED-Spitze die Überzeugung durchsetzen, die Partei wieder stärker nach außen abzuschotten und die alten Instrumente der „Krisenbewältigung" (ritualisierte Selbstverherrlichung, strammes Feindbild gegen die Neue Linke) wieder voll anzuwenden.

Daß das dann ohne Brüche und Verluste für die DKP abgeht, ist allerdings nicht zu erwarten. **Hier liegen Chancen für den voranzutreibenden Parteibildungsprozeß der sozialistischen Linken.**

Es ist schon erschreckend, daß die Auflage des AK schon wieder gesunken ist, von 7.500 (AK 198) auf 7.000 (AK 199). Ebenso der Personalmangel der AK-Technik, der einen öffentlichen Aufruf in AK 199 erforderlich machte.

Offenbar ist es immer noch so, daß viele Genoss/inn/en den AK nicht mehr als ihre Zeitung betrachten, sich weniger oder gar nicht um die Erstellung und den Verkauf kümmern. Daran, und an anderen Anzeichen, läßt sich ablesen, daß die Krise des KB unvermindert scharf anhält.

Dies drückt sich z.B. auch in den im KB stattfindenden Auseinandersetzungen aus. „Allgemeinpolitische" Debatten laufen relativ wenige, und mit geringer Beteiligung. „Keimform"-Debatten hingegen werden mit großer Beteiligung geführt und teilweise mit einer Verbissenheit, die an Auseinandersetzungen in den „guten, alten ML-Zeiten" erinnert.

Diese Gewichtsverlagerung, welche Auseinandersetzung mit welcher Beteiligung, und wie sie geführt werden – das alles deutet m.E. auf eine gefährliche Entwicklung hin.

Große Teile des KB sind dabei, sich der Ideologie der „Neuen Innerlichkeit" anzunähern und sich diese anzueignen. Diese „Neue Innerlichkeit", anfangs insbesondere von Teilen der Spontis propagiert, findet innerhalb der westdeutschen Linken immer mehr Anhänger.

„Neue Innerlichkeit" heißt: Die eigene Person, die eigenen Interessen und Bedürfnisse werden zum Zentrum der Politik und der politischen Auseinandersetzung gemacht. Gesellschaftliche Prozesse und Auseinandersetzungen treten demgegenüber in den Hintergrund.

Eine Auseinandersetzung damit, oder gar aktives Eingreifen, wird als „entfremdet" begriffen und abgelehnt. Hintergrund dieser Entwicklung ist die politische Resignation. Besonders diejenigen, die in Hochzeiten der Bewegung (Studentenrevolte 68, Frankfurter Häuserkampf, Brokdorf 76/77) nicht über eine reale Einschätzung der Kräfteverhältnisse verfügten, sondern diese mehr oder weniger stark als Beginn der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse (im Sinne der Revolution) mißdeuteten, neigen dazu, in ruhigeren Zeiten zu resignieren. Diese Resignation schlägt leicht in die Ablehnung des Eingreifens in gesellschaftliche Prozesse um, soweit es über unmittelbare persönliche Interessen und Bedürfnisse hinausgeht. Das wird in der Regel theoretisch legitimiert. Z.B. lehnen die Vertreter/innen des „neuen Antifaschismus" jede tat-

lehnen die Vertreter/innen des „neuen Antifaschismus" jede tat-

sächliche antifaschistische Arbeit ab.

Die Resignation, die Entwicklung hin zur „Neuen Innerlichkeit", kann auch aus überhöhten Erwartungen in die gesellschaftliche Wirkung einer Organisation resultieren. Deutlichstes Beispiel dafür war die „KPD" in ihrer Auflösungsphase.

Auch im KB sind Tendenzen hin zur „Neuen Innerlichekeit" erkennbar. Es fällt teilweise sehr schwer, „entfremdete" Arbeit, wie Flugblattverteilen, AK-Verkauf etc., zu organisieren. Aber auch die Gewichtsverlagerung in den inhaltlichen Auseinandersetzungen, das merkliche Desinteresse vieler Genoss/inn/en bei der Diskussion „allgemeinpolitischer" Themen, ist Ausdruck dieser „Neuen Innerlichkeit".

An dieser Stelle seien nur ganz kurz einige Beispiele genannt:

– Der Artikel „Für eine feministische sozialistische Frauenkonferenz! Keine sozialistische Konferenz ohne Feminismus!" von Bx./KB Münster (AK 199). Darin baut Bx. einen Gegensatz zwischen „Kopf"- und „Bauch"-Frauen auf. Ihre Sympathien gehören eindeutig den „Bauch-Frauen".

„Persönliche Betroffenheit" gegen „ML-Besserwisserei" auszuspielen, ist eine nachgerade klassische Vorgehensweise der Vertreter/innen der „Neuen Innerlichkeit".

– Im AK 194 findet sich ein Artikel, in dem ein Streit in der Niederlande-Kommission dargestellt wird. Abgesehen davon, daß es sich um äußerst unerfreuliche Vorgänge zu handeln scheint, dürfte der Artikel wohl kaum sonderlich zu einer Lösung des Konfliktes beigetragen haben. Ist es schon soweit, daß die diversen KB-Gruppen, Zellen und Kommissionen derartige Streitereien als Beiträge zur „Keimform"-Debatte im AK austragen wollen?

– Ein Höhepunkt und deutlichste Parallele zu der bei den Spontis vor einigen Jahren abgelaufenen Entwicklung hin zur „Neuen Innerlichkeit" war die „Entdeckung der Männerfrage". Dies war auch zugleich Ausdruck davon, mit welcher Beliebigkeit inzwischen über die Krise des KB diskutiert wird, Oder, um es schärfer zu formulieren: Wie unter dem Vorwand „Krisendebatte" persönliche Interessen und Neigungen durchgesetzt werden (sollen).

Obwohl dies „an sich" ein Beitrag zur Krisendebatte ist, ist es m.E. erforderlich, auch kurz auf diese Krisentendenz, die „Neue Innerlichkeit", einzugehen.

Denn diese macht sich nicht nur im Personalmangel der AK-Technik und dem zurückgehenden AK-Verkauf bemerkbar, die als „entfremdete" Arbeit immer weniger Genoss/inn/en mitzutragen bereit sind. Sondern sie findet über die Diskussionsbeiträge und Artikel etlicher Genoss/inn/en auch im AK ihren Niederschlag. Und diese bestimmen nicht unwesentlich den Charakter der Zeitung; tendenziell entwickelt sich der AK zu einer Hauspostille (oder, freundlicher formuliert, Mitgliederzeitung) des KB.

Nun, das soll er nicht sein (und auch nicht werden). Vielmehr ist der AK die „Arbeiterzeitung" des KB. „Arbeiterzeitung" heißt, er soll eine Zeitung sein, die sich an ein breites Leser/inn/enspektrum richtet, die fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterklasse und den demokratischen und sozialen Bewegungen. Als „Arbeiterzeitung" hat der AK folgende Aufgaben:

– Umfassende Information über die Kämpfe der Arbeiterklasse, der demokratischen und sozialen Bewegungen.

– Information und Analysen über die Politik der Bourgeoisie und der Reaktion zu liefern.

– Darstellung der Positionen und der Politik des KB; Auseinandersetzung mit der Politik und den Positionen anderer Organisationen und Strömungen.

– Als „Kollektiver Organisator" zu wirken. D.h., Menschen für die Politik des KB zu gewinnen; sei es als Mitglieder oder Sympathisant/inn/en, oder auch „nur" für die Zusammenarbeit in einem bestimmten Arbeitsbereich.

An diesen Aufgaben muß der AK gemessen werden, entlang dieser Aufgaben muß eine Diskussion um und für einen besseren AK geführt werden.

Festzustellen ist, daß der AK es nicht immer schafft, umfassend genug über Ereignisse und Kämpfe zu berichten. Das liegt häufig am berühmt-berüchtigen Platzmangel, teilweise aber auch an der mangelnden

rühmt-berüchtigen Platzmangel, teilweise aber auch an der mangelnden

Berichterstattung mancher KB-Gruppen. Andererseits ist festzustellen, daß der AK oftmals mindestens ebensoviel an Berichterstattung über ein Thema zu bieten hat wie die „taz" oder die „Neue". (Andere Zeitungen, die vergleichend herangezogen werden können, gibt es m.E. eigentlich nicht. Die „UZ" fällt wegen der teilweise sehr unseriösen Berichterstattung weg, „KVZ", „Rote Fahne", „was tun" sind zu sehr Organisationszeitungen, die vorrangig der Darstellung der Positionen und Aktivitäten der jeweiligen Organisation dienen). In einigen Bereichen, z.B. Antifa, Betrieb und Gewerkschaft, Wahlbewegung, teilweise auch Wohnungskampf, hat der AK sogar oftmals eine Nasenlänge voraus. Dies gilt es m.E. auszubauen. Die bundesdeutsche bürgerliche Presse ist bekanntermaßen ein Trauerspiel. Fast durchgängig ist eine verfälschende und unterdrückende Berichterstattung über Aktivitäten der Arbeiterklasse und der demokratischen und sozialen Bewegungen. Sehr häufig wird bei für die Bourgeoisie besonders heiklen und brisanten Themen eine (fast) allgemein eingehaltene, freiwillige Selbstzensur ausgeübt.

Daraus entwickelte sich bei linken, demokratischen und liberalen Menschen ein starkes Bedürfnis nach einer anderen Presse: einer Presse, die genau die von der bürgerlichen Presse nicht erfüllte Aufgabe einer umfassenden Informationsarbeit leistet. Dieses Bedürfnis wurde auch deutlich, als in der ersten AK-Debatte (am Anfang der Krisendebatte im KB) einige Genoss/inn/en weniger Informationsartikel, dafür mehr Kommentare, in denen die kommunistischen Standpunkte des KB dargestellt werden sollten, forderten. Derartige Vorschläge wurden gerade von nicht der Organisation angehörenden Leser/innen abgelehnt; sie forderten die Beibehaltung des informativen Charakters der Zeitung.

Dieses starke Bedürfnis hat z.B. auch einer so miserabel gemachten, weil oftmals mehr schlecht als recht informierenden Zeitung wie der „taz" das Überleben ermöglicht. Ein Punkt, um den AK noch attraktiver zu machen, ist das Bemühen um größtmögliche Aktualität. Diese kann eine 14-tägig erscheinende Zeitung logischerweise nur begrenzt leisten. Aber auch bei ihr ist es möglich, sich dem Lauf der Dinge stärker anzunähern.

Wenn z.B. viele Sachen, die sich am Wochenende vor dem Erscheinen des AK ereignen, erst 14 Tage später berichtet werden, wirkt sich das auch auf das Interesse der Leser/innen aus.

Um den AK etwas aktueller zu machen, schlage ich vor: Die zweite Seite wird zu einer ständigen Rubrik „Letzte Meldungen". Diese wird von einer am Wochenende vor dem Erscheinen erreichbaren und arbeitenden „Aktuellen-Redaktion" betreut. So wäre es dann möglich, z.B. die Demo von 5.000 Menschen am 28.3. gegen Wohnungsnot und Polizeiterror in Bielefeld mit mehr als einem Satz zu melden.

Langfristig ist anzustreben, daß der AK zu einer Wochenzeitung wird. Das setzt allerdings einen vernünftigen Vertrieb, entsprechend hohe Verkaufszahlen und ein gut funktionierendes Korrespondentennetz voraus.

Der AK lebt auch wesentlich von der Artikelarbeit seiner Korrespondent/inn/en; eine regelmäßige Berichterstattung über lokale Ereignisse macht ihn für die Leser/inn/en interessanter und atraktiver.

„Angekommen ist auch der Artikel zum Freiburger Lokalknüller ‚Schwarzwaldhof', auf den ich beim Verkauf gesondert hingewiesen (z.T. aufgeblättert) habe. Dies war bei den früheren Häuserkämpfen (Dreisameck) auch der Fall! Daraus folgt, daß die in einigen Städten wohl etwas dürftig entwickelte Untersuchungsarbeit über lokale/regionale Fragestellungen ein wichtiger Hebel zur Verkaufsförderung werden könnte, wenn die Genoss/inn/en hier mal Überlegungen entwickeln (und ausführen!). würden, anstatt über den ‚schwierigen AK-Verkauf' zu stöhnen". (Ein Genosse aus Freiburg in AK 191). Ähnlich erlebe ich das auch hier in Düsseldorf, wo ich recht häufig auf meine Artikel zum Häuserkampf und anderen Ereignissen angesprochen werde. Und durchweg positiv. Interessanterweise gilt dies nur für derartige Artikel, hingegen überhaupt nicht in Bezug auf KB-interne Auseinandersetzungen oder auch die „Männerdebatte" (auf diesen Punkt werde ich weiter unten noch mal zurückkommen).

te" (auf diesen Punkt werde ich weiter unten noch mal zurückkommen).

Deshalb sollten m.E. alle KB-Gruppen über den Auf- oder Ausbau einer derartigen Artikelarbeit reden und ihn auch angehen. Es bietet sich auch in starkem Maße an, diesem Auf- und Ausbau gemeinsam mit interessierten Sympathisant/inn/en anzugehen. Viele dieser Sympathisant/inn/en sind ja sehr an dieser guten Zeitung interessiert.

Oftmals löste der AK überhaupt erst ein Interesse an der ihn tragenden Organisation, dem KB, aus.

Vielleicht lassen sich ja in dem einen oder anderen Ort AK-Initiativen aufbauen, in denen die schreibenden Genoss/inn/en und Sympathisant/inn/en gemeinsam eine solche Artikelarbeit entwickeln.

Nun zu einem wahrscheinlich etwas heiklen Punkt. M.E. gibt es im AK einen Haufen Artikel, die in dieser Form nicht in eine „Arbeiterzeitung" reingehören.

Gemeint sind die diversen Artikel, in denen um Positionen des KB geclincht wird. Für Leser/innen, die nicht gerade dem KB oder seinem engsten Umfeld angehören, sind sie erstmal wenig oder gar nicht von Interesse. Zumindest nicht in dieser Ausführlichkeit.

Alle erstmal nur KB-intern interessierenden Auseinandersetzungen sollten möglichst rasch aus dem AK rausgenommen werden. Und stattdessen in dem wieder regelmäßig erscheinenden „Unser Weg" oder einem (halb)internen – auch Sympathisant/inn/en zugänglichen – Info ausgetragen werden.

Das heißt nun nicht, daß sich der KB nach außen hin abschotten soll, Auseinandersetzungen und Widersprüche nicht mehr öffentlich bekannt werden sollen. Vielmehr sollten sie in anderer Form im AK dargestellt werden. Z.B. in Zwischenbilanz-Artikeln, selbstverständlich jeweils eigene der Kontrahent/inn/en.

Fortsetzung nächste Seite

Leserbrief

Zum Geburtstag des »Arbeiterkampf« — statt einem Blumenstrauß

Leider ist die Diskussion um die Verbesserung des ARBEITERKAMPF mittlerweile ziemlich eingeschlafen. Mir sind in letzter Zeit einige Mängel aufgefallen, die nicht ungenannt bleiben sollen.

Im Zuge der wachsenden Kriegsgefahr und dem erfreulichen Erstarken der antimilitaristischen Bewegung hat auch die entsprechende Sparte im AK an Quantität und Qualität gewonnen. Dennoch ist mir – je mehr ich mich mit den Dingen beschäftige, je öfter ich andere antimilitaristische und pazifistische Zeitungen lese – aufgefallen, daß der AK oft nicht auf der Höhe des Geschehens ist. Es geht hier nicht um eine zweifelhafte Aktualität – das kann seit der Etablierung der „TAZ“ gar nicht unsere Aufgabe sein. Es geht aber darum, **über Aktionsberichte hinaus** die aktuellen inhaltlichen Diskussionen der Kriegstreiber und Kriegsgegner zusammenzufassen, widerzuspiegeln und gegebenenfalls einzuschätzen. Einige Beispiele:

– Der „Krefelder Appell“ erschien im AK erst M o n a t e nach seiner Initiierung im Herbst 1980. Entweder hat da jemand geschlafen, oder es gab Diskussionen um den Stellenwert und die Richtigkeit dieses Aufrufs; die aber wären auch für den AK-Leser (oder zumindest für die KB-Genoss/inn/en) interessant gewesen.

– Im Sommer letzten Jahres erschien in der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ ein zentrales Planspiel von Militärexperten zur „Führbarkeit“ eines Dritten Weltkrieges. Titel: „Victory is possible“. Im Dezember 1980 erfolgte die vollständige Übersetzung in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“. Diese US-Studie wurde mittlerweile praktisch überall kommentiert – nur nicht im AK!

– Recht spektakulär war vor ca. drei Wochen die Klage der „Grünen“ gegen bundesdeutsche Spitzenpolitiker wegen „Vorbereitung eines Angriffskrieges“, vorgebracht bei Generalbundesanwalt Rebmann. Für AK-Leser uninteressant?

– Nach Berichten der seriösen Münchner Zeitschrift „Epoche“ – auszugsweise nachgedruckt in „Die Grünen“ vom 18.4.81 – planten die USA am 25.4.80 im Iran nicht nur eine „kleine Geiselbefreiung“, sondern eine ausgedehnte „Strafaktion“ mit Beteiligung von 2.000 Mann Bodentruppen. Erst als sowjetische MIG-Jäger in den persischen Luftraum eindrangen und die Konfrontation der atomaren Supermächte drohte, entschloß sich Carter zum Rückzug. Eine interessante Neuigkeit! Glänzend geeignet zur Agitation über die Unmittelbarkeit eines Weltkreiges, aber auch zur Debatte um die Stärken und Möglichkeiten der sowjetischen (Atom)Politik. Leider auch hier: keine Zeile im AK ...

– Seit einiger Zeit wird in der Friedensbewegung von einer neuen Sorte Vaterlandsverteidiger die Offensive gesucht. „Soziale“ und „zivile“ Verteidigung heißen die Schlagworte, vom „Afheldt-Konzept“ und von „Techno-Kommandos“ ist die Rede. Den Lesern des AK dürften diese Begriffe leider ziemlich unbekannt sein ...

Schritt halten

Wenn wir wirklich unsere Zeitung zur Verbreiterung unseres Einflusses nutzen wollen, wenn wir wirklich den AK zum wichtigen Diskussionsorgan der Friedensbewegung (und anderer Bewegungen!) machen wollen, dann m ü s s e n wir die „brennenden Fragen“ dieser Kämpfe aufgreifen. Und: Nur wenn wir auf diese Art den AK „unentbehrlich“ für die in diesen Bereichen Aktiven machen, werden wir die Verbreitung unserer Zeitung wieder entscheidend steigern können! Dies bedeutet vor allem, daß z. B. die (zweifelsohne überlastete!) Antimil-Kommission weitere Genoss/inn/en in ihre Arbeit einbeziehen muß, und sei es auch nur durch eine zeitlich gebundene Tätigkeit an einem bestimmten Artikelprojekt oder durch Auswertung von Zeitungen, Studien, neuen Büchern. Bitte Arbeitsplan vorlegen!

Weitere Vorschläge

Obwohl ich dies für den wichtigsten Punkt für die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung des AK (und damit auch des KB) halte, möchte ich das Folgende keineswegs als „nebensächlich“ hintenanstellen:

– Die formale Seite: Beim AK 200 hatten wir auf der oberen Hälfte der Titelseite ein Sammelsurium von Schlagworten: „Arbeiterkampf – Lohnkampf – Klassenkampf“. Sicherlich hätte man sich da eine agitatorischere Kombination einfallen lassen können – oder sollte die Häufung dieser Begriffe das Fehlen eines 1. Mai-Aufrufes überspielen?

– Der Verkauf: Ich habe in früheren Leserbriefen im AK schon oft darauf hingewiesen, daß ich die Erfahrung gemacht habe, daß der AK keineswegs schlechter zu verkaufen ist als noch vor einem oder zwei Jahren. Lediglich das Ausmaß der „Selbstgänger“ hat im Zuge der ideologischen Versumpfung der Linken abgenommen; bei offensiven und gut geplanten Verkaufseinsätzen sind die Ergebnisse oft absolut spitze! So hängt das Absinken der Verkaufzahlen m. E. auch n i c h t damit zusammen, daß der AK schlechter geworden wäre. Das A u s m a ß des Verkaufsrückgangs gerade in den letzten zwei Jahren ist für mich nur dadurch erklärbar, daß die KB-Genoss/inn/en den AK viel zu selten und viel zu schüchtern a n b i e t e n!

– Die Werbung: Da ist nun totale Funkstille. Für mich auch völlig unverständlich ist das Herausfallen der „Arbeiterkampf“-Werbung aus den Büchern des „buntbuch“-Verlages. Gerade bei Bestsellern wie „Tod des Märchenprinzen“ mit einer Auflage von mittlerweise 25.000 Exemplaren wäre der Hinweis auf den AK am Ende des Buches (oder durch eine

den Büchern des „buntbuch“-Verlages. Gerade bei Bestsellern wie „Tod des Märchenprinzen“ mit einer Auflage von mittlerweise 25.000 Exemplaren wäre der Hinweis auf den AK am Ende des Buches (oder durch eine

Einlegekarte) doch eine Chance, neue Leser/innen an unsere Zeitung heranzuführen, oder? Zumal wenn diese Werbung keine 0815-Schablone ist, sondern der inhaltliche Bezug zum Buch (in dem Fall: Frauenproblematik) hergestellt wird.

Prinzipiell möchte ich eine n e u e S p e n d e n k a m p a g n e für die AK-Werbung anregen (das Spendenziel für die Technik ist ja mittlerweise erreicht). Allerdings müßten dazu dann auch mal Vorschläge gemacht werden.

Jeder kann beginnen!

Soll ja keine(r) auf die Idee kommen, dieser Leserbrief wäre an die AK-Redaktion oder das LG gerichtet. Im Gegenteil, jeder sollte die obigen Anregungen auf sich selber beziehen:

– Wie kann ich meine Artikel wegbringen von bloßen Aktionsberichten, wie kann ich auch noch einiges über die politischen Debatten vor und während der Aktion darstellen?

– Habe ich nicht die Möglichkeit, eine Kommission in ihrer Arbeit zu unterstützen? Das bringt übrigens Spaß und einen selber auch weiter!

– Mache ich mir Überlegungen, wie ich einen Artikel vom Stil und der Wortwahl her so schreibe, daß ihn nicht nur Insider verstehen, sondern auch jemand, der den AK zum ersten Mal liest? Habe ich eine gute Überschrift, einen ansprechenden Einstieg? Kann ich meinem Artikel Fotos, lay out-Material beilegen?

– Für die Hamburger: Habe ich Zeit, in der AK-Technik auszuhelfen?

– Wann habe ich zuletzt AK verkauft? Welche Kontakte könnte ich mal wieder mit dem AK anhauen? Wie agitiere ich am besten bei meinem nächsten Straßenverkauf (Mensaeinsatz/Kneipentour)?

– Wie kann ich selber für den AK werben? Man denke nur an die gute alte Verkaufs-Wandzeitung, an Stelltafeln oder „Sandwiches“! Kann ich irgendwo eine billige Anzeige unterbringen, oder kann irgendeine Zeitung einen AK-Artikel (mit Quellenangabe und Bezugsadresse!) nachdrucken?

Alles klar? Na denn los!

Jü./KB-Gruppe Freiburg

zeige unterbringen, oder kann irgendeine Zeitung einen AK-Artikel (mit Quellenangabe und Bezugsadresse!) nachdrucken?
Alles klar? Na denn los!
Jü./KB-Gruppe Freiburg

Fortsetzung von der vorherigen Seite
Damit würde der seit einiger Zeit gewachsenen Gefahr, daß der AK zu einer Hauspostille des KB wird, begegnet.
Eine andere äußerst wichtige Fra-
kaufsstarken Stadt (Hamburg, Westberlin) aufgenommen werden. Dazu muß, damit er erfolgreich ist, auch eine entsprechende Werbung betrieben werden.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Damit würde der seit einiger Zeit gewachsenen Gefahr, daß der AK zu einer Hauspostille des KB wird, begegnet.

Eine andere äußerst wichtige Frage ist die des AK-Verkaufs. Zu Beginn der 2. AK-Debatte vor einigen Monaten wurde angesichts der sinkenden Bereitschaft der KB-Genoss/inn/en, den AK zu verkaufen, der Vorschlag gemacht, über andere Möglichkeiten des AK-Vertriebs nachzudenken. Als eine Möglichkeit wurde der Kiosk-Verkauf genannt.

Dieser Gedanke wurde m.W. nicht weiter verfolgt, über seine mögliche Umsetzung nicht weiter diskutiert. Deshalb möchte ich das hier noch einmal aufgreifen.

Andere Zeitungen, z.B. die „taz“, haben ja bereits Erfahrungen mit dem Kiosk-Verkauf gemacht, von denen wir lernen können.

In der Anfangszeit des Erscheinens war die „taz“ bemüht, in möglichst vielen Städten in Zeitschriftenhandlungen, an Kiosken etc. präsent zu sein. Aber auch die „taz“ hat, ähnlich wie der AK, erst einmal einen relativ beschränkten Leser/innenkreis. Das führte dazu, daß trotz der weiten Verbreitung der „taz“ an Kiosken etc. der Verkauf weit unter der gedruckten Auflage blieb. Und die Kosten (nicht verkaufte Exemplare, Vertrieb) bedrohten die „taz“ bei weiterer Aufrechterhaltung dieses aufwendigen Vertriebs mit dem finanziellen Ruin. Deshalb wurde der Verkauf über Kioske zunächst einmal weitgehend eingestellt. Lediglich in einigen Städten (z.B. Hamburg, Westberlin) war er aufgrund des guten Verkaufs sinnvoll und wurde aufrechterhalten. In der Folgezeit arbeiteten die taz-Initiativen daran, in ihren jeweiligen Städten den Vertrieb aufzubauen.

Zunächst über den Aufbau eines „kleinen“ Vertriebsnetzes über linke und fortschrittliche Buchhandlungen, Alternativläden etc. Wenn der Verkauf darüber dann gut lief, wurde der Vertrieb auf Bahnhofskioske und andere, ausgesuchte Zeitschriftenhandlungen ausgedehnt.

Dieser (Wieder-) Aufbau des Vertriebs wurde mit einer Werbung für die Verkaufsstellen in der „taz“ und den örtlichen Alternativzeitungen verbunden.

M.E. können wir daraus für den Aufbau eines erweiterten AK-Vertriebes lernen, ähnlich vorgehen.

Zunächst sollte der Kioskbetrieb in einer auch jetzt schon relativ verkaufsstarken Stadt (Hamburg, Westberlin) aufgenommen werden. Dazu muß, damit er erfolgreich ist, auch eine entsprechende Werbung betrieben werden.

Zum einen, logisch, über den AK. Aber das dürfte nicht reichen. In den örtlichen Alternativzeitungen sollten bereits vorher Anzeigen erscheinen: Ab xy auch am Kiosk, bzw.: Jetzt auch am Kiosk.

Wenn sich der Verkauf über die Kioske bewährt und etabliert hat, wird er in der nächsten verkaufsstarken Stadt aufgebaut, usw.

Und die Gruppen in den eher verkaufsschwachen Städten könnten, ähnlich wie die taz-Initiativen, „kleine“ Vertriebsnetze aufbauen. Ebenfalls verbunden mit einer entsprechenden Werbung über den AK und die lokalen Alternativzeitungen. Darüberhinaus sollte ein Werbeplakat für den AK entworfen werden, das in Kneipen etc. aufgehängt werden kann und auf dem Platz ist, die lokalen AK-Verkaufsstllen einzutragen.

Das Ganze ist natürlich eine recht arbeits- und kostenintensive Sache (höhere Druckauflage, Vertriebskosten, Werbung, Plakate), die sich erst längerfristig bezahlt machen wird, über entsprechend hohe Verkaufszahlen.

Deshalb sollte daran gegangen werden, daß die KB-Gruppen ihre jeweiligen Möglichkeiten diskutieren, die Ergebnisse zentral zusammengetragen werden und ein Arbeitsplan erstellt wird. Sobald die Spendensammlung für die AK-Technik beendet ist, sollte mit einer Spendenkampagne für den Auf- und Ausbau des Vertriebs begonnen werden.

Weitere Möglichkeiten, den AK-Verkauf zu stabilisieren und eventuell neue Leser/innen zu gewinnen:

– Ein Probe-Abo zum Kennenlernen, z.B. zwei Nummern des AKs für 5 DM. Dieses Probe-Abo könnte bei den Anzeigen in der Alternativpresse, aber auch beim Handverkauf angeboten werden.

– Es wird noch einmal schwerpunktmäßig die Abonnenten-Kampagne aufgenommen, bei der Sympathisant/inn/en und Kontakte angesprochen werden. Allerdings diesmal nicht, wie beim letztenmal, allgemein und Open-End. Vielmehr sollte es diesmal in einem begrenzten Zeitraum, z. B. einen Monat lang, i n t e n s i v betrieben werden.

Detlef/Düsseldorf, 26.4.

GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN
deutsche Sektion der IV. Internationale
-Ortsgruppe Hamburg -

c/o ISP-BUCHLADEN
Rentzelstr. 12
2000 Hamburg 13
Tel. 040/ 45 09 81

den 24.4.1981

An den Kommunistischen Bund
z.H. des Leitenden Gremiums

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen ,

Ihr habt einen Offenen Brief zu den B ürgerschaftswahlen 1982 herausgegeben, den wir für einen konstruktiven Ansatzpunkt einer Diskussion halten.
Der allgemeinen Ch arakterisierung der heutigen politischen Lage, der notwendigen Antworten darauf, der Darstellung der Situation der Linken und der Notwendigkeit einer gemeinsamen Vorgehen sweise der linken Kräfte bei diesen Wahlen können wir zustimmen. Wir meinen darüberhinaus daß es für den Aufbau einer Alternative zur Sozialdemokratie wichtig ist, auch klare gesellschaftspolitische Perspektiven aufzuzeigen, d.h. die Notwendigkeit zu erklären, daß das kapitalistische Gesellschaftssystem als Ursache allen Übels insgesamt abgeschafft werden muß. Weiterhin sind wir davon überzeugt, daß ein gemeinsames Vorgehen der Linken entscheidend dafür ist, wie breit die Unterstützung für eine solche Alternative sein wird.
Ohne an dieser Stelle weiter ins Detail zu gehen, möchten wir euch vorschlagen, daß sich Vertreter der jeweiligen Leitungen in möglichst kurzer Zeit einmal treffen, damit wir uns gegenseitig über den jeweiligen Diskussionsstand innerhalb des KB und der GIM informieren und um die Möglichkeit abzuklären, ob und welche Schritte in der Öffentlichkeit in der Zukunft unter gemeinsamer vorheriger Absprache gemacht werden können. In der heutigen Situation haben die Kräfte, die weiterhin die Grundelemente des Marxismus verteidigen und die an der Notwendigkeit festhalten, eine leninistische Partei aufzubauen, eine besondere politische Verantwortung. Deshalb halten wir über die öffentliche Debatte hinaus auch ein direktes Gespräch zwischen unseren beiden Organisationen für wichtig.

mit solidarischen Grüßen,

für die Leitung der GIM, Ortsgruppe Hamburg [Unterschrift]

Liebe Genossinnen und Genossen von der GIM,

Ihr habt uns mit Brief vom 24.4. vorgeschlagen, auf Leitungsebene über die Hamburger Bürgerschaftswahlen 1982 zu sprechen. Solche Gespräche führen wir gern, s o f e r n der Zweck und Nutzen erkennbar ist. Das scheint uns hier aber nicht der Fall zu sein. Zwar sprecht ihr davon, eine „Alternative zur Sozialdemokratie“ gemeinsam mit anderen Kräften der Linken aufbauen zu wollen. Die Tatsache ist aber, daß ihr sowohl aus Anlaß der hessischen Kommunalwahlen vor ein paar Wochen wie auch in Westberlin zur Wahl der SPD aufgerufen habt. Letzteres halten wir für einen besonderen Skandal – beweist es doch, daß die GIM von Alternativen zur SPD zwar s p r i c h t, aber deren Entstehen (und die AL ist eben eine der konkreten Formen, in denen heute diese Alternative entsteht) aktiv bekämpft. Uns ist nicht bekannt, daß ihr zu dieser Politik eurer Organisation in Opposition steht. Unter diesen Umständen wäre ein Gespräch für beide Seiten nur eine bedauerliche Zeitverschwendung.

Mit solidarischen Grüßen
für das LG des KB
8.5.81

Problem eines Chamäleons

Der MSB und die real existierende Atomkraft

Für die DKP-Studentenorganisation MSB sind schwere Zeiten gekommen, seit der DKP-Vorsitzende Herbert Mies seiner Partei den „Dialog mit der Jugend“ verschrieb. Er sprach: *„Wir können nicht übersehen, daß sich linke Kräfte in solchen Gruppen wie der ‚Grünen‘, der ‚Alternativen‘ und ‚Bunten‘ sammeln (...) Viele dieser Linken sprechen selbst von Umgruppierung ihrer Reihen und Neuorientierung ihrer Politik. Sie sind verunsichert, sie stellen ihre eigenen Positionen infrage, weil sie sich in der Praxis nicht bewährt haben“* („UZ“, 19.3.81).

Es wird ja auch Zeit, daß sich die DKP etwas einfallen läßt, denn die Bunten, Alternativen und Grünen haben allerorts die Stimmen für die einzige Partei der deutschen Arbeiterklasse halbiert. Also betreibt die DKP nun neben ihrer traditionellen Bündnispolitik und mit ihren alten Positionen die „Öffnung nach links“. Diese Taktik hat allerdings für den MSB den Nachteil, daß er, statt seinem bisher üblichen blinden Gepöbel nach links, argumentieren muß. Und das ist für diesen schwerer, als mancher glaubt. Eine wirliche Sisyphus-Arbeit: Gleichzeitig soll der MSB mit den Jusos, der „SPD der 80er Jahre“, zusammenarbeiten, und es sich trotzdem nicht völlig mit dem Heer der Alternativen usw. verscherzen. Bekanntlich ist eine der größten Hürden der DKP in der Basisbewegung ihre Verteidigung der „realsozialistischen“ Atomkraft. Dieses Themas nahmen sich die „Roten Blätter“ des MSB (1/1981) an:

„Besteht nun ein Widerspruch darin, daß die marxistischen Organisationen in diesem Lande den Bau von AKWs ablehnen, während die Kommunisten in der DDR einen Ausbau der Atomenergie anstreben? Dieser scheinbare Widerspruch löst sich allerdings schon auf, wenn sich bei näherer Betrachtung herausstellt, daß in der BRD im Unterschied zur DDR keine Notwendigkeit zum Bau von AKWs besteht“ (S. 42). Im Klartext: Nicht die Sicherheit der Bevöl-

Ausbau der Atomenergie anstreben? Dieser scheinbare Widerspruch löst sich allerdings schon auf, wenn sich bei näherer Betrachtung herausstellt, daß in der BRD im Unterschied zur DDR keine Notwendigkeit zum Bau von AKWs besteht“ (S. 42). Im Klartext: Nicht die Sicherheit der Bevöl-

kerung, sondern energiepolitische „Sachzwänge“ geben für den MSB den Ausschlag. Er bestreitet eben n u r, daß in der BRD ein Sachzwang für Atomkraft besteht. Damit das auch niemand übersieht, wird das Argument gleich noch einmal verdeutlicht: *„Es ist vollkommen uneinsichtig, warum wir die mit der Atomenergie verbundenen Risiken – egal wie hoch oder gering sie sind – hinnehmen sollten, da AKWs für den Strombedarf in der BRD überflüssig sind. In den sozialistischen Ländern sieht die Situation dagegen anders aus“* (S. 44). Den „sozialistischen“ Arbeitern darf man also das Risiko getrost zumuten.

Wir wollen nicht die in dem MSB-Artikel zahlreich vorhandenen RGW-Standardpositionen wiedergeben; sie sind so dämlich wie bekannt (z. B. der Scherz mit dem Meteoriten und der Wahrscheinlichkeitsrechnung). Beachtung verdient allerdings folgendes ebenfalls aus der DDR importierte Argument: *„Die AKWs sowjetischer Bauart gelten als sehr betriebssicher ... Ein internationaler Vergleich (allerdings nur bis 1975) sagt aus, daß die damals elf AKWs der sozialistischen Länder eine rund 4 Prozent höhere Ausnutzung erreichen als im Durchschnitt der Welt“* (S. 45).

Der MSB scheint seine Leser für völlig bescheuert zu halten: Die Betriebsdauer sagt über die Sicherheit der AKWs schlicht gar nichts aus! Schon gar nicht in der Sowjetunion, wo sogar gegen das „Hochspielen“ der *„im Grunde genommen geringen Auswirkungen der Havarie“* von H a r r i s b u r g gestänkert wird („Sowjetunion“ Nr. 9/1979). Aber nehmen wir das MSB-Argument einmal ernst. Dann ergibt sich, daß die sowjetischen AKWs genauso (un-)sicher sind wie die US-amerikanischen: *„Sowjetische Kernkraftwerke arbeiten im Durchschnitt 5.000 Stunden jährlich, aber zum Beispiel Nowoworonesch sogar 7.000 Stunden. Solche Daten weisen nur unsere besten Kraftwerke und einige amerikanische auf“* (Bortschenkow von der „ständigen Kommission für friedliche Nutzung der Kernenergie“ des RGW; zitiert nach „Wechselwirkung“ Nr. 8, 1981, S. 43).

Vor den Hauruck-Argumentationen der DKP/MSB braucht sich sicher niemand zu fürchten. Damit wird die DKP kaum Schaden anrichten. Abgesehen von den eigenen Reihen natürlich ...

J., RGW-Kommission

Lion Feuchtwanger — wiederentdeckt

„Nie gehört" – so wäre wohl noch vor einem Jahr die Reaktion der meisten Befragten auf die Frage gewesen, was sie über Lion Feuchtwanger wissen.Es bleibt zu hoffen,daß jetzt nach der Verfilmung seines Romans „Exil" und dessen Sendung im Fernsehen die Romane Feuchtwangers endlich aus der Verbannung ins zweite, nachfaschistische Exil zurückgeholt werden und ihren Platz unter den wichtigsten Werken des literarischen Antifaschismus erhalten, den sie verdienen.

Wer war dieser Lion Lion Feuchtwanger, der jetzt als einer der vielen von den Nazis geächteten und in der offiziellen Kulturpolitik der BRD so lange Zeit totgeschwiegenen Autoren wiederentdeckt werden?

Geboren am 7.7.1884 als Sohn einer jüdischen Familie, erhielt Lion Feuchtwanger eine Ausbildung, die der gesellschaftlichen Stellung des gehobenen Bildungsbürgertums der damaligen Zeit entsprach: Humanistisches Gymnasium, alte Sprachen, Geschichte – konservativ und patriotisch. Und doch, schon früh erlebte Lion Feuchtwanger die gesellschaftliche Isolation, in der er lebte: Nicht mehr gläubiger Jude zu sein wie seine Eltern und Verwandten und dennoch als Jude getrennt zu sein von seinen Lehrern und Mitschülern. Dieses Erlebnis des gesellschaftlichen Außenseiters war es auch, das Feuchtwanger dazu bewegte, eine mögliche akademische Karriere, die ihn, den Juden, „höchstens zum außerordentlichen Professor" hätte führen können, aufzugeben und sich als freier Schriftsteller zu betätigen.

Nach ersten Stücken und Artikeln geht Feuchtwanger 1914 nach Italien, wird in Tunesien nach Ausbruch des 1. Weltkriegs interniert, flieht und wird als „kriegsverwendungsunfähig" vom Militär entlassen. In den Jahren 1916/17/18 entwickelt sich Feuchtwanger mehr und mehr zum Pazifisten, der allerdings „noch nicht gegen den Krieg selbst, sondern nur gegen die schlechten Gedichte, die ihn pathetisch verherrlichen" protestiert.

Später bezeichnet Feuchtwanger die Kriegs- und die darauffolgenden Revolutionsjahre als Abschiedsjahre von seiner „Elfenbeintumrperiode". Der literarische „Durchbruch" gelingt ihm 1925 mit der Veröffentlichung des Romans „Jud Süß", der sich mit dem Leben des jüdischen Bankiers Josef Oppenheimer im 18. Jahrhundert in Württemberg beschäftigt. Es gehört zur Tragik Feuchtwangers, daß Elemente dieses Romans, der selbst von Humanismus getragen ist und klar gegen jeden Antisemitismus Stellung bezieht, von den Nazis später zu dem wohl ekelerregendsten Film-Machwerk des Antisemitismus umgelogen wurden (Veit Harlans Film „Jud Süß").

Nach dem „Jud Süß" versucht Feuchtwanger, all das nachzuholen, was ihm seine großbürgerliche Erziehung vorenthalten hatte: Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Politik. Schon in seinem Stück „Die Petroleuminsel" versucht er, „die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen im Zeichen der kapitalistischen Entfremdung auf die Bühne zu bringen, und sei es zunächst auch in noch so abstrakter und stilisierter Form".

In diesen Jahren beginnt auch Feuchtwangers Auseinandersetzung mit Brecht, der wiederum seine Auseinandersetzung mit Feuchtwanger im „Me-ti" zusammenfaßt. Fe-hu-wang (dahinter verbirgt sich Feuchtwanger) ist derjenige Schriftsteller, der an seiner Herkunft aus dem Bildungsbürgertum leidet, der die Deformierung der humanistischen und liberalen Ideen des fortschrittlichen Bürgertums im reaktionären Kaiserreich und der Weimarer Republik nicht erträgt und einen Weg sucht, diesen Humanismus zu verteidigen und literarisch zu verarbeiten. Wie Feuchtwanger später schreibt, ging es ihm darum, mit seinem Roman nicht nur die Massen zu erreichen, sondern sie auch zu bewegen.

Feuchtwanger selbst nähert sich in dieser Auseinandersetzung konsequenterweise immer mehr an antifaschistische und sozialistische Positionen an.

Sein bedeutendstes Werk ist dabei ohne Zweifel die Roman-Trilogie „Der Wartesaal". Der erste Roman „Erfolg" beschreibt anhand des Kampfes einer jungen Frau um die Freiheit eines eingekerkerten liberalen Museumsdirektors die politischen Verhältnisse in Bayern in den Jahren 1923 - 25, die mit dem Hitlerputsch von 1923 ihren äußeren Höhepunkt haben. Der Justizmord an dem Museumsdirektor Krüger dient Feuchtwanger dabei als die Rahmenhandlung, um die zentrale Problematik des „Wartesaal"-Zyklus darzustellen: „Der Wiedereinbruch der Barbarei und ihren zeitweiligen Sieg über die Vernunft".

Der zweite Roman „Die Geschwister Oppermann", war 1932 gerade von Feuchtwanger begonnen worden, als der Sieg des Faschismus ihn auf einer Vortragsreise in den USA überraschte und zu einer Exil-Existenz in Frankreich zwang. Deutlicher noch als in „Erfolg" gerät dieser Roman zu einer Auseinandersetzung Feuchtwangers mit seiner eigenen Existenz: Er, der großbürgerliche Literat, gefeiert, erfolgreich, wird von den „Völkischen" zur Flucht gezwungen und versucht, seine Aufgaben unter den Bedingungen der Barbarei zu finden. Die tragende Figur des Romans, Gustav Oppermann, schließlich kommt durch die Folgen einer KZ-Haft ums Leben ... Er hatte versucht, die Wahrheit über den Faschismus durch Recherchen vor Ort zu erfahren und war – trotz der Warnungen seiner (kommunistischen) Freunde – gefaßt worden.

Weniger autobiographisch schließlich ist der dritte Roman „Exil", der in schonungsloser und episch breiter Weise das Elend der Existenz im Exil beschreibt. Es ist das Elend des Lion Feuchtwanger selbst und seiner Zeitgenossen, die – zum Exil gezwungen – keine Perspektive für sich als bürgerliche Schriftsteller, Künstler etc. mehr finden können und die letztlich ihren eigenen Humanismus, ihre Produktivität als Musiker, Dichter usw. nur durch die Teilnahme am antifaschistischen Kampf erhalten können.

Feuchtwangers Romane sind eine einzige Anklage an den Faschismus. Immer wieder enthalten sie Verweise auf reale Ereignisse, politische Affären; sie bewegen sich fast völlig im Rahmen des liberalen Bürgertums, drigen nahezu völlig in dessen Widersprüchlichkeit ein, scheinen hierin zu versinken – und dennoch: In allen kommt immer wieder ein zentraler Gedanke zum Ausdruck – das Bündnis des fortschrittlichen Bürgertums; der Intelligenz, mit der Arbeiterklasse.

Wie sehr Feuchtwanger sich selbst als ein Vertreter dieses Bündnisses sah, verdeutlicht die Erscheinungsweise der „Geschwister Oppermann": Sie erscheinen im Herbst 1933 als Teil eben all der Bemühungen der internationalen demokratischen Öffentlichkeit, die damals durch das berühmte „Braunbuch über Reichtstagsbrand und Hitlerterror", durch den Gegenprozeß in London gegen den Reichstagsbrandprozeß und ähnliche Bemühungen die Anklage gegen den Faschismus erhoben. (Daß Feuchtwanger zugunsten dieser Erscheinungszeit im zweiten Teil des Romans seine sonst vorherrschende epische Breite vermissen läßt und der Roman hier gegenüber anderen – was seine „rein literarische" Qualität anbelangt – abfällt, ist durch die politischen Ereignisse mehr als gerechtfertigt).

Mir scheint, daß eben die Propagierung dieses Bündnisses gegen die Barbarei der wesentliche Grund dafür ist, daß Feuchtwanger zwar in der DDR, nicht aber in der BRD nach 1945 wieder viel gelesen wurde.

Als „Einstieg" in die Romane Feuchtwangers empfehle ich „Die Geschwister Oppermann" – eben aus dem Grund, weil dieser Roman für Antifaschisten am ehesten den Zugang zu diesem fast vergessenen Autor ermöglicht.

E.S., Hamburg

Törichte Verwendung kluger Köpfe

Der Schriftsteller Fe-hu-wang sagte zu Me-ti: Die mit dem Kopf arbeiten, stehen eurem Kampf abseits. Die klügsten Köpfe halten eure Ansichten für falsch. Me-ti antwortete: Die klugen Köpfe können sehr töricht verwendet werden, sowohl von den Machthabern als auch von ihren Eigentümern selbst. Gerade um die allerdümmsten oder unhaltbarsten Behauptungen oder Einrichtungen zu stützen, mietet man kluge Köpfe. Die klügsten Köpfe bemühen sich nicht um die Erkenntnis der Wahrheit, sondern um die Erkenntnis, wie Vorteile zu erlangen sind durch die Unwahrheit. Sie streben nicht nach dem Beifall ihrer selbst, sondern dem ihres Bauches.

Bert Brecht: Me-ti, Buch der Wendungen

Erich Fried wurde 60 Jahre alt

Am 6.Mai 1981 feierte Erich Fried seinen 60.Geburtstag. Dazu gratulieren wir ihm ganz herzlich und wünschen ihm und uns allen, daß er noch viele solcher Gedichte schreibt, wie die beiden unten abgedruckten.
"Sprachlos" entnahmen wir dem Band "Die Freiheit den Mund aufzumachen", der ebenfalls wie "Lebensschatten" im Verlag Klaus Wagenbach erschien. Aus dem gerade dieser Tage erschienenen Band stammt das Gedicht "Bevor ich sterbe".
Eine Besprechung und eine genauere Würdigung des Schaffens von Erich Fried soll folgen.
Ein Genosse der Kulturkommission



Sprachlos

Warum schreibst du
noch immer
Gedichte
obwohl du
mit dieser Methode
immer nur
Minderheiten erreichst

fragen mich Freunde
ungeduldig darüber
daß sie mit ihren Methoden
immer nur
Minderheiten erreichen

und ich weiß
keine Antwort
für sie

Bevor ich sterbe

Noch einmal sprechen
von der Wärme des Lebens
damit doch einige wissen:
Es ist nicht warm
aber es könnte warm sein

Bevor ich sterbe
noch einmal sprechen
von Liebe
damit doch einige sagen:
Das gab es
das muß es geben

Noch einmal sprechen
vom Glück der Hoffnung auf Glück
damit doch einige fragen:
Was war das
wann kommt es wieder?